

Denise Bergold-Caldwell
Rebekka Blum
Marina Dangelat
Juno Grenz
Susanne Maurer
Christine Thon (Hrsg.)

Pädagogik und Geschlecht als Gegenstand politischer Kämpfe

Zur Analyse rechter, antifeministischer
und rassistischer Diskurse



Verlag Barbara Budrich

Pädagogik und Geschlecht als Gegenstand politischer Kämpfe

Denise Bergold-Caldwell
Rebekka Blum
Marina Dangelat
Juno Grenz
Susanne Maurer
Christine Thon (Hrsg.)

Pädagogik und Geschlecht als Gegenstand politischer Kämpfe

Zur Analyse rechter, antifeministischer
und rassistischer Diskurse

Verlag Barbara Budrich
Opladen • Berlin • Toronto 2025

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://portal.dnb.de> abrufbar.



Zentrum für Bildungs-,
Unterrichts-, Schul- und
Sozialisationsforschung

© 2025 Dieses Werk ist beim Verlag Barbara Budrich GmbH erschienen und steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0): <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>
Diese Lizenz erlaubt die Verbreitung, Speicherung, Vervielfältigung und Bearbeitung unter Angabe der Urheber*innen, Rechte, Änderungen und verwendeten Lizenz.
Stauffenbergstr. 7 | D-51379 Leverkusen | info@budrich.de | www.budrich.de



Die Verwendung von Materialien Dritter in diesem Buch bedeutet nicht, dass diese ebenfalls der genannten Creative-Commons-Lizenz unterliegen. Steht das verwendete Material nicht unter der genannten Creative-Commons-Lizenz und ist die betreffende Handlung gesetzlich nicht gestattet, ist die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers für die Weiterverwendung einzuholen. In dem vorliegenden Werk verwendete Marken, Unternehmensnamen, allgemein beschreibende Bezeichnungen etc. dürfen nicht frei genutzt werden. Die Rechte des jeweiligen Rechteinhabers müssen beachtet werden, und die Nutzung unterliegt den Regeln des Markenrechts, auch ohne gesonderten Hinweis.

Dieses Buch steht im Open-Access-Bereich der Verlagsseite zum kostenlosen Download bereit (<https://doi.org/10.3224/84743116>).

Eine kostenpflichtige Druckversion (Print on Demand) kann über den Verlag bezogen werden. Die Seitenzahlen in der Druck- und Onlineversion sind identisch.

ISBN 978-3-8474-3116-9 (Paperback)
eISBN 978-3-8474-3251-7 (PDF)
DOI 10.3224/84743116

Umschlaggestaltung: Bettina Lehfeldt, Kleinmachnow – www.lehfeldtgraphic.de
Titelbildnachweis: Christine Thon

Inhalt

Vorwort und Danksagung9

I. Zur Einführung

Denise Bergold-Caldwell, Marina Dangelat, Juno Grenz
Die postmigrantische Gesellschaft als Austragungsort
antifeministischer, rassistischer und rechtsextremer Diskurse..... 13

II. Antifeminismus und Autoritäre Strömungen als (Trans-)Nationale Phänomene

Rebekka Blum
Antifeministische Mobilisierungen in transnationaler Perspektive29

Johanna Sigl, Juliane Lang
Frauen- und Queerfeindlichkeit in rechtem Gewalthandeln 43

Viktoria Rösch
Tradwives und Rechte Momfluencerinnen – Rechte Bilder von
Mutterschaft in den Sozialen Medien 55

Judith Goetz
„Inakzeptable Frühsexualisierung“ und „ungustiöse
Sexualisierungspropaganda“ – Kinderbuchlesungen von Dragqueens
im Visier antifeministischer Angriffe auf sexuelle Bildung 69

Funda Hülagü Demirbilek
Anti-gender Ideology as Social Pathology of Rights? Anti-feminist
Mobilization and the Politics of Child Well-Being in Turkey 87

Jennifer Degner-Mantoan
Antifeministische Netzwerke: Die deutsche Männerrechtsbewegung..... 107

Gwenaëlle Perrier
Der Bildungsbereich als wirksames Mobilisierungsfeld für
Anti-Gender-Aktivist*innen in Frankreich – diskutiert am Beispiel der
Kontroverse um eine inklusive, geschlechtergerechte Sprache 125

Rajni Palriwala
The Hindutva Educational Project: One Nation, one Religion, one
Culture, two Genders 143

Z. Ece Kaya
Wer *macht* (die) Geschichte? Antimanzipation und Antifeminismus
in der deutschen Pädagogik als herrschaftsimmanente Wissenschaft
im Kolonialismus und im NS 163

III. Antifeminismus und Neurechte Aneignungsversuche des Pädagogischen

Juno Grenz
Pädagogik als Schauplatz antifeministischer Metapolitik..... 183

Meike Sophia Baader
Erziehung, Bildung und die Geschlechterpolitik der Neuen Rechten.....201

Julian Sehmer, Stephanie Simon
Queerfeindliche Mobilisierung von rechts: Kulturelle
Deutungskämpfe um geschlechtliche und sexuelle Vielfalt und ihre
Bedeutung für Bildung und Erziehung219

Heike Mauer
Antifeminismen in Bildungskontexten als Angriffe auf die
Gleichheits- und Partizipationsversprechen von Demokratie239

Katja Lell, Burak Şengüler
Aşk, Mark ve Ölüm – Rassistische Kontinuitäten, hegemoniale
Männlichkeiten und affektive Blickwechsel in Filmbildungsräumen
der Migrationsgesellschaft 259

Elija Horn, Klemens Ketelhut
Umkämpfte Kinder und Jugendliche: Trans*, Pädagogik und Politik.....279

Lucia Bruns, Esther Lehnert
“Even the toughest Nazis came crying to me when they had a broken heart”. Gender-reflective perspectives on the social-pedagogical interaction with right-wing youth in the early 1990s295

Thea Stolle
Sonderzeichen? Nein danke! – Wie Genderstern & Co aus der Schule verbannt wurden. Eine Analyse von Delegitimierungsstrategien309

Christine Thon
Rechte Diskurse über Familie und Erziehung – hegemonietheoretische Analysen.....325

Christopher Fritzsche, Susanne Maurer
Ist autoritäre Erziehung schuld am Antifeminismus? Ein Briefwechsel zwischen Sozialpsychologie und Erziehungswissenschaft335

Sieglinde Jornitz, Susanne Maurer, Sarah Meyer, Werner Thole
Zwischen Analyse und Stellungnahme: Erziehungswissenschaftliche Perspektiven auf die Neue Rechte im Gespräch349

IV. Statt eines Ausblicks

Andrea Petö
„Bessere Geschichten“ in der Hochschulbildung – Listige Strategien für die Geschlechterforschung oder: Was kann man tun, wenn man nichts tun kann? Kann der Henker ein Verbündeter der Geschlechterforschung sein?.....371

Autor*innenverzeichnis385

Herausgeber*innenverzeichnis389

Vorwort und Danksagung

„Fragend schreiten wir voran.“ (Graffito)

In einer Zeit der Polarisierung und Vereindeutigung, der Verschärfung von Grenz-Regimes aller Art sowie eines maskulinistischen Dominanz-Gebahrens, das Selbsterhöhung und die Verachtung, gar Vernichtung ‚Anderer‘ (‚Veränderter‘) als Stärke interpretiert, kommt der Schaffung und Verteidigung von Räumen, in denen ein offene(re)s gemeinsames Nachdenken stattfinden kann, nicht nur wissenschaftliche, sondern auch gesellschaftspolitische Bedeutung zu.

Wissenschaftliche Befunde und Analysen sowie Erfahrungen und Erkenntnisse aus unterschiedlichen Praxis-Kontexten und Feldern der Auseinandersetzung miteinander ins Gespräch zu bringen, war ein Anliegen der Tagung „Pädagogik und Geschlecht als Gegenstand politischer Kämpfe – Zur Analyse rechter, antifeministischer und rassistischer Diskurse“, die im Mai 2023 in Flensburg stattgefunden hat.

Von Teilnehmenden wurde dieser Moment des Zusammen-Kommens als ‚gemeinsamer Lern-Raum‘ bezeichnet, als ‚gemeinsame Suchbewegung‘, die die kritische Selbst-Befragung und -Reflexion, auch die eigene Erschütterbarkeit, bewusst einbezieht. Von dieser Suchbewegung zeugt nun der vorliegende Band – nicht nur inhaltlich, sondern auch vermittelt über einige als Gespräch angelegte Textformate.

Ein Denken der Zusammenhänge und in Zusammenhängen ist eine Praxis, die die eigene (von Ungleichheit und Differenz geprägte) Positioniertheit und Involviertheit in gesellschaftliche Verhältnisse, historische und politische Prozesse nicht ausklammert. Es ist eine Praxis, die dafür einen respektvollen, verantwortungsbewussten und solidarischen Umgang sucht.

Dem sehen auch wir, als Herausgeber*innen dieses Bandes, uns verpflichtet.

Zu danken haben wir vielen. Allen, die die Flensburger Tagung im Mai 2023 durch ihre inhaltlichen Beiträge mitgestaltet haben. Allen, die diese Zusammenkunft durch ihr Interesse, ihre Offenheit und ihr Dabei-Sein zu einem Raum des gemeinsamen Nachdenkens gemacht haben. Allen, die die dafür so wichtige Vorbereitungs- und Hintergrundarbeit geleistet haben.

Caring for research and knowledge hat viele Gesichter.

Mit großem Engagement und ebenso tiefgründig wie kreativ haben sich die Autor*innen des vorliegenden Bandes eingebracht. Manche der Texte beruhen auf Beiträgen zur genannten Tagung, manche wurden eigens für die Buchpublikation verfasst. Unser besonderer Dank gilt Ayla Fedorchenko, die den Band durch ihr fachkundiges und fundiertes Lektorat begleitet und dabei die inhaltlichen Anknüpfungspunkte zwischen den Beiträgen ebenfalls noch einmal verdeutlicht hat. Auch Jelka Reimann danken wir sehr, die durch ihr ebenso aufmerksames wie kluges Korrektorat zur Verfeinerung der Texte einen großen Beitrag geleistet hat, und wir danken Mila Kujath, für die Formatierung des Bandes bis zur Manuskriptreife. Sehr zu danken haben wir schließlich auch Ilonca Merte, die die Druckvorlage mit großer Umsicht und Sorgfalt zur Vollendung gebracht hat.

Beim Barbara Budrich Verlag – insbesondere bei Katarina Willems – bedanken wir uns für die kompetente Begleitung, und beim ZeBUSS (Zentrum für Bildungs-, Unterrichts-, Schul- und Sozialisationsforschung) der Europa-Universität Flensburg für die finanzielle Unterstützung zur Veröffentlichung im Open-Access.

Die Aufmerksamkeit und Achtsamkeit, das Wissen, kritische Mit-Denken und Sprachgefühl, sowie die Unterstützung aller Beteiligten hat den Band zu dem werden lassen, was er nun ist.

Wir schauen auf einen Prozess der kollaborativen Arbeit – in Respekt, Solidarität und Freundlichkeit. Für den dabei entstandenen gemeinsamen Denk-Raum sind wir sehr dankbar.

Die Herausgeber*innen.

I. Zur Einführung

Die postmigrantische Gesellschaft als Austragungsort antifeministischer, rassistischer und rechtsextremer Diskurse

Denise Bergold-Caldwell, Marina Dangelat, Juno Grenz

1 Einleitung

Obwohl Antifeminismus als Teil (extrem) rechter Ideologie in den letzten Jahren zugenommen hat (s. *Blum* in diesem Band) und häufig über pädagogische und bildungspolitische Themen ausgetragen wird (s. *Grenz* in diesem Band), gibt es bislang wenige erziehungswissenschaftliche Auseinandersetzungen mit dem Thema (*Grenz 2025; Thon 2024*). Selten ist auch eine analytische Perspektivierung, die über die Phänomenbeschreibung hinausgeht. Um diese erziehungswissenschaftliche Expertise in einen gemeinsamen Diskurs zu bringen, entwickelte Christine Thon 2022 an und mit ihrem Arbeitsbereich an der Europa-Universität Flensburg die Idee für ein Panel für den DGfE-Kongress 2022 *Ent / Grenz / Ungen*. An dem Symposium nahmen alle sechs Herausgeber*innen dieses Bandes teil.

Die sich im Hinblick auf das Erstarken autoritärer Kräfte international zuspitzende gesellschaftliche Lage und der Wille, die Themen in einer erziehungswissenschaftlichen Fundierung weiter zu verfolgen, führten zu der Idee, gemeinsam eine internationale Tagung auszurichten. Sozial-politische Zuspitzungen in europäischen Ländern waren zu diesem Zeitpunkt bereits bekannt (*Kuhar/Paternotte 2017*), auch Berichte aus Brasilien und den USA oder auch Ungarn sind diskutiert worden. Was jeweils nicht in den Fokus kam, waren weitere globale Kontexte und die Verknüpfung der Phänomene mit bildungspolitischen Auswirkungen und neurechten Vereinnahmungen des Pädagogischen.

Beide Zugänge – sowohl die Erweiterung der globalen Perspektive als auch die Analyse der Auswirkungen in und auf pädagogische Kontexte – waren das Anliegen und Erkenntnisinteresse der Tagung, die wir dann vom 4. bis 6. Mai 2023 an der Europa-Universität Flensburg ausrichteten. Deutlich sollte werden, wie der Kampf gegen Gender als Affektbrücke nicht nur in populistischen und antidemokratischen Medien wirkt, sondern auch im pädagogischen und bildungspolitischen Raum. Darüber hinaus sollten pädagogische Programmatiken rechter Akteur*innen selbst offengelegt und erwogen werden, wie mit

diesem Material (erziehungs)wissenschaftlich umgegangen werden kann. Bereits sehr früh erkannte Christine Thon, dass in dem Zugriff auf Familien und in der Einhegung pädagogischer Konzepte eine neuere Strategie der ‚Neuen Rechten‘ zu verorten ist, die Sarah Meyer (2022) im Kontrast zu den lauten und verbalen Angriffen auf demokratische Ordnungen als ‚leise‘ Metapolitik bezeichnet. Dieses ‚leise‘ metapolitische Projekt gilt es zu analysieren und hegemonietheoretisch zu betrachten, weil es insbesondere die Eroberung des vorpolitischen Raums ist, die eine ‚Kulturpolitik‘ von rechts so erfolgreich werden lässt, wie sie derzeit ist.

Mit der Tagung ist es gelungen, einen gemeinsamen Diskussionsraum zu eröffnen, der nicht nur transdisziplinär ausgerichtet war, sondern auch innerhalb der Erziehungswissenschaft Forschung zu Rechtsextremismus und Rassismus sowie Geschlechterforschung in einen Austausch brachte. Das nun vorliegende Buch versammelt die interdisziplinären Beiträge der Tagung, ordnet sie systematisierend ein und wird durch zusätzliche Beiträge erweitert. Rechtsextremismus, rechte Ideologien und auch Antifeminismus haben sich seither weiter normalisiert und antidemokratische Kräfte sind in parteipolitischen Aussagen alltäglich geworden. Auch Zugriffe auf Bildungsinstitutionen und eigene Bildungsentwürfe demokratiefeindlicher Kräfte erfahren eine zunehmende Normalisierung. Der Band changiert daher zwischen Bestandsaufnahme, Reflexion und situierten Gegenentwürfen.

Die Systematisierung und letztlich auch die Verknüpfung der verschiedenen Kontexte ist nicht zuletzt der publizistischen, forschenden und Netzwerke knüpfenden Arbeit von Christine Thon zu verdanken, die von außen disparat wirkende Themenstränge und Auseinandersetzungen schnell in einen Zusammenhang brachte und Personen aus verschiedenen Kontexten zur Teilhabe in gemeinsamen Foren einlud. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist die Multiperspektivität dieses Bandes entstanden, die ihren erziehungswissenschaftlichen Fokus dennoch nicht einbüßt. Der Band leistet einen Beitrag dazu, die Netzwerke, Theoreme und Strategien neurechter und antidemokratischer Akteur*innen in den Feldern Pädagogik, Bildung, Erziehung, Familie und auch darüber hinaus sichtbar zu machen, mit dem normativen Ziel verbunden, die harmlos erscheinenden ‚leisen‘ Metapolitiken aufzuzeigen und Ansätze für mögliche Gegenstrategien zu entwickeln.

Anders als die Beiträge von *Rebekka Blum* und *Juno Grenz* in Teil 1 und 2 des Bandes, nimmt die vorliegende Einleitung keine systematische Einführung in die Auseinandersetzung rund um Antifeminismus und rechte Ideologien vor; vielmehr verfolgt sie das Ziel, einen gesellschaftstheoretischen Einblick auf Zusammenhänge zu vermitteln und eine Rahmung vorzunehmen. In diesem einführenden Beitrag gehen wir deshalb zunächst auf Entstehungskontexte und Hintergrundbedingungen der Verknüpfung von Ideologien der Ungleichheit bei gleichzeitiger Postulierung der menschlichen Gleichheit ein und verdeutlichen hier, wie vor dem Hintergrund einer postmigrantischen Gesell-

schaftsanalyse der rechte Kampf, um Hegemonie zu verstehen ist (1). In einem zweiten Schritt stellen wir verschiedene Zusammenhänge zwischen Rassismus und Antifeminismus dar, besonders um hervorzuheben, wie sie auch aufeinander verweisen können (2) und um sie im dritten Schritt vor dem Hintergrund einer postmigrantischen Gesellschaft zu lesen (3). Abrundend nimmt diese Einführung Bezug auf Gegennarrative und demokratisierende Horizonte, die im Buch ebenfalls angesprochen werden (4).

2 Die Ambivalenz der Moderne

Die Moderne erscheint häufig als der Beginn des Gleichheitsversprechens aller Menschen und gleichzeitig wird sie in vielerlei Hinsicht als zentraler Kontext und Beginn verschiedener Ideologien der Ungleichheit betrachtet. Neben explizit kolonialismuskritischen Forscher*innen (Castro Varela/Dhawan 2015; s. *Kaya* in diesem Band) verweisen auch Geschlechterforscher*innen (Klinger 2006), Gesellschaftstheoretiker*innen (Bauman 2022) und kapitalismuskritische Theorie- und Forschungsperspektiven (Althusser 1977) auf die Ambivalenz der Moderne. Die in diesem Zeitraum entstandenen Ideologien der Ungleichheit einerseits und das Versprechen der Gleichheit andererseits, lässt sich als Ambivalenz auch in den Erziehungs- und Bildungskonzeptionen der Moderne wiederfinden, die sich in die entstehende Pädagogik konstitutiv einschreibt. Nicht zuletzt deshalb finden rechtsextreme, rassistische und antifeministische Kräfte auch ihren Ausdruck in pädagogischen Kontexten bzw. wird Pädagogik als Vehikel genutzt, um Ideologien der Ungleichheit zu festigen oder zu verbreiten. Denn noch immer kann – auch über pädagogische Maßnahmen – das Gleichheitsversprechen der Moderne in ihr Gegenteil verkehrt und besonders im Hinblick auf rechtsextreme Ideologie zu deren Verbreitung genutzt werden (Rommelspacher 2009).

Besonders (extrem) rechte Akteur*innen knüpfen an verschiedene Ideologien der Ungleichheit an – neben Rassismus und Antisemitismus auch Antifeminismus (Salzborn 2018) –, um das Gleichheitsversprechen aufzukündigen und Ungleichheit zu legitimieren.

Rechtsextreme Ideologien der Ungleichwertigkeit verfolgen das Ziel, Ungleichheiten zu normalisieren, und versuchen, in das politische, private und kulturelle Feld vorzudringen, um eine Hegemonie hierarchischer Positionen durchzusetzen. Besonders in popularisierten Formen halten diese Ideologien sehr viele Anschlussmöglichkeiten bereit, weil dahinterliegende antidemokratische Prinzipien nicht erkannt oder verkannt werden. Mit Bezug auf Antonio Gramscis Hegemonietheorie lässt sich von einer Aneignungsstrategie der ‚Neuen Rechten‘ besonders im vorpolitischen Feld sprechen. Dort muss das vorbereitet werden, was dann die Machtübernahme ermöglicht, denn ein

politischer Wechsel muss auf kulturellem Gebiet vorbereitet werden (s. *Baader* in diesem Band). Zu diesem vopolitischen Feld gehören nicht nur Bildungseinrichtungen und Bildung selbst, sondern auch die familiäre Umgebung und das häusliche Umfeld; genau auf diese Bereiche zielen neurechte Akteur*innen ab, indem sie drei Strategien verwenden: Sie gewinnen (Artikulations-)Raum, in dem sie das Feld des Sagbaren verschieben und neue Felder der Unsagbarkeit abstecken (Grenz 2025), sie lösen klare (moralische) Grenzziehungen auf und stellen sich selbst als harmlos und sogar als Opfer dar (ebd.). Diese Strategien sorgen dafür, dass Begriffe wie „Remigration“, „Ethnopluralismus“ und „der große Austausch“ durch diskursive Verschiebungen letztlich auch in der bürgerlichen Mitte verfangen. All diese Begriffe sind zentral für das metapolitische Projekt der ‚Neuen Rechten‘, sie werden inzwischen aber auch zunehmend in vermeintlich neutralen Berichterstattungen und Auseinandersetzungen verwendet.

3 Rassismus und Antifeminismus als ideologische Versatzstücke im Rechtsextremismus

Rassismus, Antisemitismus und Antifeminismus sind Teile rechtsextremer und neurechter Ideologien. Alle drei nehmen weniger die individuellen/affektiven Einstellungen Einzelner in den Blick, sondern lassen sich gesellschaftstheoretisch als Dominanzstrukturen einordnen (s. für Rassismus Foroutan 2020: 13). Rassismus ist zudem auf vier Ebenen wirksam: Der individuellen, der zwischenmenschlichen, der institutionellen und der gesellschaftlichen (Mecheiril/Melter 2011). Rassismus lässt sich somit als Ordnungsprinzip betrachten, das auf all diesen vier Ebenen eine Wirkung entfaltet und letztlich auch in alltäglichen Zuschreibungen, Verletzungen bis hin zu Tötungen ersichtlich werden kann (Bojadžijev et al. 2025). Auch Antifeminismus und Antisemitismus lassen sich auf diesen vier Ebenen betrachten, die ineinandergreifen und nur analytisch voneinander zu trennen sind.

Während Rassismus in der NS-Zeit und davor und auch danach als biologische Unterscheidung hervorgebracht wurde, stellt Etienne Balibar schon in den 1980er Jahren fest, dass der Begriff ‚Kultur‘ oder kulturelle Zuschreibungen einer rassifizierenden und festschreibenden Logik folgen und wir es derzeit eher mit einer „Kulturalisierung von Rassismus“ oder „Kulturalismus“ (Foroutan 2020: 14) zu tun haben bzw. dies im Mittelpunkt einer rassismuskritischen und postmigrantischen Analyse stehen muss. Diese Art des Rassismus geht von grundsätzlich verschiedenen und unveränderlichen Kulturen aus, wobei Gruppen von Menschen homogenisiert und ihnen Eigenschaften oder Mentalitäten zugeschrieben werden (ebd.). Durch den relationalen Charakter von Rassismus ist die Erzeugung von „Anderen“ an spezifische historisch-poli-

tische Kontexte geknüpft (ebd.: 16) und verweist immer auf beides: die Veränderten und auf das Selbstbild derjenigen, die die Veränderung vornehmen (Vello/Thomas-Olalde 2011).

Wenn deutlich wird, dass die jeweils rassifizierte Gruppe letztlich austauschbar ist, dann wird erkenntlich, dass es beim Rassismus nicht um die Gruppen selbst geht, sondern um ihre Funktion für den Erhalt des Selbstbildes, der Privilegien und der Macht einer Dominanzgesellschaft (Foroutan 2020: 17).

Besonders am Begriff und am Umgang mit den sog. Gastarbeiter*innen wird die Funktion „für den Erhalt des Selbstbildes der Dominanzgesellschaft“ (ebd.) deutlich, wie Veronika Kourabas (2021) gezeigt hat. Sie arbeitet heraus, dass besonders Personen, die in der Versorgungsarbeit tätig waren, einem Rassismus begegnet sind, der „zwischen Auf- und Abwertung“ changierte und in dem „gerade das Wechselspiel beider Elemente für ‚Gastarbeit‘ kennzeichnend ist“ (Kourabas 2021: 294). Deutlich wird, dass das Element der Zuordnung mit einem eingeflochtenen hierarchischen Bezug auf das relationale Selbstbild der Dominanzgesellschaft diese Form der Veränderung erst hervorbringt und sie sowohl in einer materiellen wie auch symbolisch-diskursiven Situierung des Ge-Brauchens zurücklässt (Kourabas 2021: 295). Die kategoriale und (begrenzte) Aufwertung bei gleichzeitiger monetärer Abwertung in einer prekären gesellschaftlichen Stellung führt diese Gruppe in eine aktive Form der Arbeitskraftausbeutung und lässt gleichzeitig das Selbstbild der Dominanzgesellschaft intakt, dass Arbeiten wie diese nicht von ihnen ausgeführt werden (müssen).

Eine solche Konstruktion unterliegt aber nicht nur rassistischen Ordnungen, sondern sie bedient gleichermaßen antifeministische Konstruktionen. Antifeminismus wird in diesem Zusammenhang als Herrschaftssicherung verstanden (Kurz-Scherf et al. 2009), dem kein Begriff von Feminismus vorausgesetzt werden muss (s. ausführlich dazu auch *Blum* in diesem Band). Antifeministische Artikulationen – insbesondere in Zusammenhang mit Rassifizierungen – halten in sich selbst das Potenzial bereit, sich gegen Gruppen von marginalisierten Subjekten zu wenden und diese abzuwerten und gleichzeitig eine Aufwertung der autochthonen Gruppe vorzunehmen (s. auch *Lell/Sengüler* in diesem Band).

Wiederum am Beispiel der Gastarbeiter*innen lässt sich auf einer symbolisch diskursiven Ebene zeigen, dass vor allem Frauen „vorrangig als Opfer und Unterdrückte patriarchaler Kulturen homogenisiert“ wurden. Vor allem muslimische oder als muslimisch gelesene Frauen „galten und gelten als negativer Kontrast der *weißen*, deutschen, bürgerlichen Frau und dienen damit der Selbstvergewisserung als aufgeklärte und vermeintlich geschlechtergerechte Gesellschaftsordnung“ (Messerschmidt 2016: 162f. zit. n. Kourabas 2024: 150). Ulrike Lingen-Ali und Paul Mecheril (2020) verweisen auf den dominantkulturellen Sinn und die affektiv-praktische Wirksamkeit der Rückständigkeitzuschreibung und stellen heraus, dass diese „nur erfasst werden durch eine Historisierung der Zuschreibungsmuster und eine Analyse historischer

(Dis-)Kontinuitäten der entsprechenden Affektlogiken“ (ebd.: 8). Sie verweisen darauf, dass der „imaginierte Körper der Anderen und nicht zuletzt seine Sexualisierung [...] zur kulturellen Plausibilisierung der immer auch einen Reiz mit sich führenden Gefahr, die von ihm ausgeht, eine bedeutsame Rolle [spielt]. Diese wird dem Körper der migrationsgesellschaftlichen Anderen, die im Zuge dieses Prozesses zu Anderen werden, nicht zuletzt über migrationsgesellschaftliche Geschlechterdiskurse zugewiesen“ (ebd.: 8f.).

Die Affektlogiken gilt es vor allem in der Auseinandersetzung mit Rassifizierungen in ihrem antifeministischen Gewand nachzuvollziehen. Es ist aber auch wichtig, Geschlecht nicht nur in seiner kulturrassistischen Überformung in rechten Diskursen auszumachen, sondern gleichzeitig die Einhegungen und die nach innen gewandten Erwartungshaltungen, Zuschreibungen und Festschreibungen im Blick zu behalten, denn in dieser dichotomen Ordnung erfolgen rechte Zugriffe auf Geschlecht und Geschlechterverhältnisse auch grundsätzlich.

4 Rassismus und Antifeminismus in der Migrationsgesellschaft

Die aktuelle gesellschaftliche Situation zeichnet sich durch eine Ambivalenz aus, denn einerseits sind die migrationsgesellschaftlichen Verhältnisse normalisiert worden und doch oder gerade deswegen gleichzeitig auch stark in Frage gestellt worden. Sie werden zum diskursiven Gradmesser einer Debatte um Zugehörigkeitsordnungen, sind aber gleichzeitig von Rassifizierungen, Kulturalisierungen und auch von rechten Ideologien strukturiert und bedroht. Es lässt sich eine Zunahme der Anerkennung von Migration als gesellschaftlicher Realität sehen und gleichzeitig zeigt sich eine Fortführung der Gewalt nicht nur gegenüber rassifizierten Menschen, sondern aktuell kann eine Zunahme der Gewalt gegen die Menschen beobachtet werden, die sich insgesamt gegen Rassismus wenden (Füllekruss et al. 2022: 11f.).

Der Begriff *Migrationsgesellschaft* (Mecheril 2004; Füllekruss et al. 2022) verweist auf die Bedeutung von Migrationsphänomenen, die eine spezifische Konstitution der gesellschaftlichen Ordnungen zeigen. Zugleich wird auf ein Spannungsverhältnis von Migrationsphänomenen im Allgemeinen verwiesen. Es geht um die Herstellung und Wandelung von Grenzen und spezifisch um die Relationalität der Positionierung der Migrationsanderen zu Nicht-Migrationsanderen (Füllekruss et al. 2022: 14). Diese Perspektive verschiebt die Betrachtung von den Migrationsanderen zu Kontexten und Strukturen und die damit einhergehenden „Ermöglichungs- und Verunmöglichungsbedingungen“ (ebd.: 15), die auch durch rassistische Strukturen und Institutionen geprägt sind. Migrationsgesellschaftliche Analysen verstehen sich als Gegenteil der

Perspektiven, die Begriffe wie Einwanderungsgesellschaft oder Zuwanderungsgesellschaft nutzen, da die nationalstaatliche Idee in diesen Begriffen mittransportiert wird, wodurch die Migrations-Andere immer die Migrations-Andere bleiben und als solche hergestellt werden. Der Begriff Migrationsgesellschaft „geht in Anlehnung an hegemonietheoretische Perspektiven vielmehr von der Brüchigkeit und Kontingenz des stets umkämpften Sozialen aus“ (ebd.: 15), denn in der Instabilität der Ordnungen liegt zugleich auch das Transformationspotenzial (ebd.). Diese Kontingenz und Brüchigkeit werden von neurechten Strömungen und Akteur*innen als etwas Konsistentes und Festes, als eine Art Bedrohung konstruiert.

Kommend aus der Kunst und Kulturszene wurde der Begriff Postmigrantisches Gesellschaft von einer akteurszentrierten Perspektive zur kritischen Gesellschaftsanalyse transformiert (Foroutan 2021: 47). „Das Postmigrantisches verweist auf eine stetige Hybridisierung und Pluralisierung von Gesellschaften, die zwar nicht allein durch Migration erzeugt, jedoch an ihr entlang verhandelt werden. Migration wirkt als zentraler diskursiver Treiber in dieser Gesellschaft und ordnet kulturelle Erzählungen, nationale Narrative und Prämissen der Zugehörigkeit neu“ (Foroutan 2021: 49).

Die Neuverhandlungen gesellschaftlicher Ordnungen, die nicht von der Migration an sich ausgehen, sie aber als zentrales auch diskursives Feld verhandeln, sind in diesen Konflikt um Anerkennung und Zugehörigkeit eingewoben. Als treibende Kraft des Kernkonfliktes der postmigrantisches Gesellschaft sieht Foroutan (2021) die „Aushandlung und Anerkennung von Gleichheit als zentralem Versprechen der modernen Demokratien, die sich auf Pluralität und Parität als Grundsatz berufen“ (ebd.: 13), dies wird aber durch die „Omnipräsenz des Migrationsdiskurses verdeckt“ (ebd.: 14). Zentraler Punkt einer postmigrantisches Analyse, ist es deswegen, den „Fokus auf gesellschaftspolitische Kernkonflikte um Anerkennung, Chancengerechtigkeit und Teilhabe zu lenken, die als umkämpfte politische Güter auch von Migrant*innen und ihren Nachkommen beansprucht werden“ (ebd.).

Foroutan (2021: 19) hebt drei zentrale Aspekte im Hinblick auf die Erklärung von post-migrantisches Gesellschaften hervor: Zunächst geht es um Gesellschaften, die sich selbst im Hinblick auf Aushandlungsprozesse in der Anerkennung ein Migrationsland bzw. Einwanderungsland geworden zu sein, (neu) positionieren. Als zweites Moment versteht sie darunter Analysen, in denen Migration vordergründig angesprochen und es eigentlich um gesellschaftliche Normen und Wertedebatten geht, wobei hinter der Migrationsfrage andere Kämpfe ausgeblendet werden. Als drittes Moment hebt sie hervor, dass postmigrantisches Analysen über die binär codierte Migrationslinie hinaus gehen müssen und hybride Zugehörigkeitslinien in den Fokus rücken. Ein „multiparadigmatische(r) Zugang“ (ebd.), in dem die starke Fokussierung der Ungleichheitsforschung auf die Fragen der sozialstrukturellen und ökonomischen

Ungleichheit durch „kulturelle und symbolische, also auch emotional-identifikative Ansätze“ erweitert wird (ebd.: 20).

In der postmigrantischen Perspektive wird es möglich Rassismus als gesamtgesellschaftliche Konsequenz zu betrachten (Foroutan 2020: 12) und diese auch als ideologische Versatzstücke in rechten und neurechten Diskursen zu erkennen. In Deutschland ist Rassismus mit Migrationsfragen und der Abwehr entsprechender Pluralisierung geknüpft (ebd.: 17f.): „Die Abstraktion der Pluralität wird plötzlich greifbar im Körper ‚des Anderen‘, nämlich ‚des Migranten‘, der ungefragt Grenzen überschreitet: nationale Außengrenzen ebenso wie identitäre, kulturelle und symbolische Zugehörigkeitsordnungen“ (ebd.). Sie schlussfolgert daraus, dass das normative Paradox der postmigrantischen Gesellschaft sich in einem ambivalenten Verhältnis zwischen dem zentralen Versprechen der demokratischen Gesellschaften auf Freiheit und Gleichheit sowie die Pluralität und die Aushandlung von Anerkennung, Chancengleichheit und Teilhabe formiert (ebd.: 18). Um aber die Aufrechterhaltung von sozialen Hierarchien und deren Legitimation vorzunehmen, bedarf es einer „Normabsenkung“: „Rassismus kann also als eklatante Normabsenkung verstanden werden, bei der den nichtdominanten Gruppen die Schuld an ihrer sozialen Benachteiligung zugesprochen wird“ (ebd.).

Die derzeitige und schon lange andauernde Zunahme antifeministischer, rassistischer, autoritärer, rechter und rechtsextremer Narrative, Diskurse und Gewalttaten kann deshalb einerseits vor dem Hintergrund gelesen werden, dass diese Normabsenkung spezifisch als hegemoniale Strategie verfangen hat, oder sie kann andererseits vor dem Hintergrund verstanden werden, dass die postmigrantische Gesellschaft schon von Beginn an auf Strukturen und Ideologien der Ungleichheit aufgebaut war, die lange Zeit verdeckt, nun aber ziemlich offensichtlich Früchte trägt.

Denn, wie Veronika Kourabas festhält, gab es zwar eine Veränderung des Blicks auf Migration etwa seit den 2000er-Jahren in Deutschland (z.B. erkennbar durch die Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts) (Kourabas 2021: 61). Es lässt sich aber gleichzeitig auch von einer Zunahme rassistischer und rechtspopulistischer politischer Diskurse und die Positionierung von „sog. Volksparteien als Vertreter_innen der gesellschaftlichen Mitte“ sprechen, die nicht nur „offen gegen eine Veränderung Deutschlands durch Flucht/Migration“ (ebd.: 62) sprechen, sondern auch die Zugehörigkeit beispielsweise von Musliminnen offen in Frage stellen. Und nicht nur das, mit der Debatte um Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ (2010) wurde die Tür zu einer erneuten bio-rassistischen Debatte um Intelligenz, Körperlichkeit und Zugehörigkeit in der Mitte der Gesellschaft geöffnet.

Obwohl eine Perspektive auf Postmigration es ermöglicht, „Mehrdeutigkeit in Bezug auf identitäre Verortungen, geografische Lebensbezüge, familiäre und verwandtschaftliche Konstellationen mitzudenken“ (Lemberger 2019: 171) und es zugleich ermöglicht, den Blick auf die „Verflechtungen“ zu werfen

und zu analysieren, wie „struktureller Rassismus beispielweise die postmigrantische Gesellschaft unterläuft“ (ebd.), scheint die Situierung, konfrontiert mit zunehmendem Autoritarismus und Rechtsextremismus, noch eine besondere Tiefenschärfe zu verlangen.

5 Artikulationen und Gegennarrative in der postmigrantischen Gesellschaft

Die Perspektive auf eine Migrationsgesellschaft, wie sie Paul Mecheril u.a. vertreten, und die Perspektive auf eine postmigrantische Gesellschaftstheorie, wie sie beispielsweise von Naika Foroutan vertreten wird, begreifen Migration als „integrales und strukturbildendes Merkmal moderner Gesellschaften“ (İkiz-Akıncı/Foroutan 2024: 19). Diese (post-)migrantische Gesellschaft zeichnet sich nach Foroutan durch „Hybridisierung und Pluralisierung von Lebenswirklichkeiten und Identitätskonstruktionen“ (ebd.) aus. Als Faktoren einer gelungenen Transformation verweist Foroutan auf einen „Umgang mit Diversität“, genauso wie einen „Garant von Partizipation(smöglichkeiten)“ und eine „öffentliche Darstellung, sowie politische und soziale Repräsentation“ (ebd.: 20f., kursiv i.O.).

Von einer gelungenen Transformation sind wir (nicht nur derzeit) weit entfernt; es lässt sich eher von einer zunehmenden Transformation in autoritäre Strukturen sprechen. Dennoch lässt sich festhalten: „Gesellschaft postmigrantisch zu betrachten, bedeutet, gerade die marginalisierten, nicht erzählten oder systematisch ausgeblendet Geschichten und Biographien in den Mittelpunkt zu stellen“ (Ohnmacht 2023: 145). Einen solchen Blickwechsel nehmen nicht nur Katja Lell & Burack Şengüler im vorliegenden Band vor. Auch im Beitrag von Ece Kaya finden sich Gegenartikulationen und eine Zentrierung des anderen Blicks in der postmigrantischen Gesellschaft. Die Autorin nimmt eine historisierende Perspektive ein und zeigt, wie die Gewalt vom Kolonialismus zum Nationalsozialismus reicht und wie pädagogische Institutionen sowie erziehungswissenschaftliche Forschung daran beteiligt sind. Denn die Perspektive der postmigrantischen Gesellschaft ermöglicht nicht nur, die gesellschaftlichen Prozesse von Othering in den Blick zu nehmen, sondern auch den Forschungsprozess selbst „gemäß der postkolonialen Intervention“ in den Fokus der Wissenschaftskritik zu setzen (Siouti et al. 2022: 15) und damit die „Situiertheit der Forschung“ (ebd.: 16) (auch der historischen) zu reflektieren. Die den Forschungsprozess leitende Frage ist: „[W]er forscht über wen, wie und in welchem Rahmen?“ (ebd.).

Die Perspektive auf eine postmigrantische Gesellschaft erfordert nicht zuletzt die Annäherung an und die unbedingte Nutzung von Transdisziplinarität, um die Grenzen der Ordnungen von Wissensproduktion zu reflektieren. Sie

verdeutlicht auch gleichzeitig den wichtigen Einsatz von *activist research* (ebd.: 17), wie sie auch in (queer-)feministischen, rassismuskritischen und anderen kritischen Forschungen zum Tragen kommt. Eine postmigrantische Lesart bedeutet, eine „*epistemologische Wende* und [...] eine radikale Infragestellung des binären Denkens zwischen Migrant*innen und Nicht-Migrant*innen“ (Yildiz 2021: 25, kursiv i.O.) vorzunehmen. Eine postmigrantische Lesart bedeutet vor allem ein *non-dualistisches Erkenntnisprinzip* und eine *erkenntnistheoretische Verschiebung* (Yildiz 2022: 32). Es gilt das „essenzialisierende Differenzdenken zu entnaturalisieren und als soziale Konstruktionen sichtbar zu machen“, z.B. in Hinblick auf die Betrachtung von Migration und Mobilität (ebd.: 35) oder von Othering Prozesse auch innerhalb der Forschung. „Eine kritische Haltung gegenüber dominanten nationalen Deutungen und der dazugehörigen Geschichtsschreibung ist das Markenzeichen postmigrantischer Studien. Unter postmigrantischer Geschichtsschreibung ist gleichzeitig eine postnationalistische Form der Historiografie zu verstehen“ (ebd.: 47).

Die postmigrantische Lesart der Wirklichkeit ist als ein Versuch zu verstehen, die Perspektiven und Erfahrungen jener zur Sprache zu bringen, die im Sinne des dominanten eurozentrischen Weltbildes als ›nicht modern‹, ›nicht zivilisiert‹, ›nicht aufgeklärt‹ und ›nicht emanzipiert‹ verortet wurden und werden. Im Gegensatz zu gängigen nationalen Narrativen wird im postmigrantischen Diskurs nicht nach integrativen Leistungen von Menschen gefragt, die ein wesentlicher Bestandteil der Gesellschaft sind, es rücken vielmehr Prozesse von Entortung und Neuverortung, Mehrdeutigkeit und Grenzerfahrungen ins Zentrum (Yildiz 2022: 46).

Entsprechend sind Subjektivierungsfragen auch intersektional und dekolonial zu denken (Spies/Tuider 2022; Bergold-Caldwell 2020). Im Sinne der Gegenartikulation und des Empowerments sind diese Artikulationen auch vor dem Hintergrund einer Aneignung und Rückbeziehung zu verstehen, die sich in hybriden Räumen Bahn brechen kann und gleichzeitig als postmigrantische Kompetenz (Akbaba/Wagner 2024) deutlich wird.

Mit Blick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in der postmigrantischen Gesellschaft stellen sich Forderungen nach Partizipation und Inklusion, welche als ineinander verschränkt gesehen werden können. Auch in der pädagogischen Praxis werden die gesellschaftlich etablierten Dominanz- und Diskriminierungsverhältnisse sichtbar und stellen damit dem transformativen Potenzial der Etablierung von Teilhabe und Inklusion eine Barriere. Das Forschungsprojekt von Bostanci (2023) zu Gelingensbedingungen für Inklusionsprozesse in den frühkindlichen Bildungseinrichtungen kommt zum zentralen Ergebnis, dass die institutionelle Etablierung von entsprechenden Lernräumen für die pädagogischen Fachkräfte einer der zentralen Faktoren ist.

Es braucht Räume, die ermöglichen, auch die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verstehen, und zwar auf allen Ebenen, auf individueller, struktureller und historischer Ebene. Das eigene Erleben zu reflektieren, auf der aktuellen und biografischen Ebene, ist notwendig, um das Eingebunden-Sein diese Verhältnisse nachvollziehen zu können (ebd.: 176f.).

In diesem Sinne braucht es Räume der aktiven Auseinandersetzung und Reflexion einerseits, es braucht andererseits Ebenen der Auseinandersetzung mit den Verschränkungen und zu guter Letzt auch Ressourcen, um diesen Widersprüchen, Veränderungen und auch der Gewalt begegnen zu können.

6 Gegennarrative und ein Fazit

Analysen, die sich mit Rechtsextremismus beschäftigen, tun das häufig *nicht* vor dem Hintergrund einer postmigrantischen Gesellschaft, in der die Verletzung, Diffamierung und Ausgrenzung der Anderen immer die der Migrations-Anderen bleibt und wenig hinterfragt wird. Mit einer postmigrantischen Perspektive wird jedoch die Normverletzung und -herabsetzung gegenüber Migrations-Anderen deutlich hervorgehoben; eine Perspektive, die wir hier einmal deutlich machen wollten. Mit unserem Aufschlag wollten wir eine weitere Tiefenschärfe bereitstellen, die neben Rassismus auch Antifeminismus als Ideologie begreift, die sich in einer postmigrantischen Gesellschaft, rassistischer Stereotypisierungen bedient.

Obwohl die Analysen in diesem Buch größtenteils nicht explizit auf die postmigrantische Gegenwartsanalyse Bezug nehmen, wenn sie hinsichtlich neurechter und antifeministischer Artikulationen und Zuspitzungen Systematisierungen vornehmen, geschieht dies doch vor dem Hintergrund eines vielschichtigen Gesellschaftsverständnisses, zu dem auch eine postmigrantische Perspektive gehört.

„There is always a better story“, so hält Andrea Pető in ihrem Abschlussbeitrag des Bandes fest. Trotz des repressiven Verlustes der eigenen Stelle und folgend der Schließung der Gender Studies Zentren in Ungarn und der notwendigen (Wissenschaft-)Migration. Sie stellt sich die Frage: „[W]hat can you do, when you think nothing can be done?“ und sie gibt uns einige Hinweise, die in Zeiten wie diesen, in Zeiten einer kollektiven und diskursiven Verdichtung von autoritären und rechten Narrativen und Strukturen doch noch an die eigene Stimme glauben lässt. Zunächst verweist sie auf eine Strategie des kollektiven Teilens der eigenen Geschichte und des eigenen (vielleicht auch besseren) Durchkommens und verweist auf die politisch-strategische Wirkung dieser Kollektivierung. Sie hält uns an, besonders in diesen Zeiten in öffentlichen Debatten engagiert zu sein und sich nicht zurückzuziehen. Es soll darum gehen, wie Probleme gelöst werden können und weniger darum, in technologischen Fragen zu verharren. Denke über deinen Widerzugang nach, darüber wie du schreiben und sprechen kannst. Sei präsent und pass auf dich auf... und last but not least: Stop sleepwalking!

Literatur

- Akbaba, Yaliz/Wagner, Constantin (2024): Postmigrationsgesellschaftliche Kompetenz. Verhandlungen von Rassismus zwischen Reproduktion weißer Vorherrschaft und dezentrierender Transformation. In: Baquero Torres, Patricia/Boger, Mai-Anh/Chadderton, Charlotte/Chamakalayil, Lalitha/Spieker, Susanne/Wischmann, Anke (Hrsg.): Rassismuskritik und (Post)Kolonialismus. Jahrbuch für Pädagogik, Band 2023. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 116–130.
- Althusser, Louis (1977): Ideologie und ideologische Staatsapparate. Aufsätze zur marxistischen Theorie. Hamburg/Berlin: VSA.
- Bauman, Zygmunt (2022): Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit. 5. Auflage. Hamburg: Hamburger Edition.
- Bergold-Caldwell, Denise (2020): Schwarze Weiblich*keiten. Intersektionale Perspektiven auf Bildungs- und Subjektivierungsprozesse. Bielefeld: transcript.
- Bojadžijev, Manuela/Celikates, Robin/Mecheril, Paul (2025): The racism debate in Germany: concepts of anti-racism and matters of solidarity: introduction to the special issue. In: *Ethnic and Racial Studies*, S. 1–12. <https://doi.org/10.1080/01419870.2024.2446479>.
- Bostanci, Seyran (2023): Partizipation und Inklusion in einer postmigrantischen Gesellschaft. In: Achour, Sabine/Gill, Thomas (Hrsg.): Partizipation und politische Teilhabe mit allen: Auftrag politischer Bildung. Vom Klassenrat zum zivilen Ungehorsam. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag, S. 169–180.
- Castro Varela, María do Mar/Dhawan, Nikita (2015): Postkoloniale Theorie: eine kritische Einführung. 2., komplett überarbeitete Auflage. Bielefeld: transcript.
- Foroutan, Naika (2020): Rassismus in der postmigrantischen Gesellschaft. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 70, 42–44, S. 12–18. <https://doi.org/10.18452/22456>.
- Foroutan, Naika (2021): Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie. X-Texte zu Kultur und Gesellschaft. 2., unveränderte Auflage. Bielefeld: transcript. <https://doi.org/10.1515/9783839459447>.
- Füllekruss, David/Kourabas, Veronika/Krenz-Dewe, Daniel/Natarajan, Radhika/Ohm, Vanessa/Ranger, Matthias/Schitow, Katharina/Shure, Saphira/Streicher, Noelia (2022): Migrationspädagogik als solidarisches Projekt. Einleitung in die Festschrift. In: Füllekruss, David/Kourabas, Veronika/Krenz-Dewe, Daniel/Natarajan, Radhika/Ohm, Vanessa/Ranger, Matthias/Schitow, Katharina/Shure, Saphira/Streicher, Noelia (Hrsg.): Migrationsgesellschaft – Rassismus – Bildung. Festschrift für Paul Mecheril. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 9–34.
- Grenz, Juno (2025): Bildung in Zeiten von Antifeminismus. Eine bildungs- und queertheoretische Diskursanalyse der Debatte um den ‚Bildungsplan 2015‘. Opladen, Berlin und Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- İkiz-Akinci, Dilek/Foroutan, Naika (2024): Migration als Gesellschaftsaufgabe. Teilhabe- und Repräsentationsverhältnisse aus einer postmigrantischen Perspektive. In: Bostanci, Seyran/Ilgün-Birhimeoğlu, Emra (Hrsg.): Elementarpädagogik in der postmigrantischen Gesellschaft. Theoretische und empirische Zugänge zu einer rassismuskritischen Pädagogik. Weinheim: Juventa Verlag, S. 12–24.
- Klinger, Cornelia (2006): Das unmögliche weibliche Subjekt und die Möglichkeiten feministischer Subjektkritik. In: Keupp, Heiner/Hohl, Joachim (Hrsg.):

- Subjektdiskurse im gesellschaftlichen Wandel. Zur Theorie des Subjekts in der Spätmoderne. Sozialtheorie. 1. Auflage. Bielefeld: transcript, S.99–118. <https://doi.org/10.14361/9783839405628-004>.
- Kourabas, Veronika (2021): Die Anderen ge-brauchen. Eine rassismustheoretische Analyse von ‚Gastarbeit‘ im migrationsgesellschaftlichen Deutschland. Kultur und soziale Praxis. Bielefeld: transcript. <https://doi.org/10.1515/9783839453841>.
- Kourabas, Veronika (2024): Rassismus und Sexismus als Verflechtungsverhältnis – Feministische und rassismuskritische Perspektiven für eine kritische Erinnerungsbildung. In: FZG – Freiburger Zeitschrift für GeschlechterStudien 30, 1, S. 145–160. <https://doi.org/10.3224/fzg.v30i1.11>.
- Kuhar, Roman/Paternotte, David (Hrsg.) (2017): Anti-Gender Campaigns in Europe. Mobilizing against Equality. Lanham/New York: Rowman & Littlefield.
- Kurz-Scherf, Ingrid/Lepperhoff, Julia/Scheele, Alexandra (Hrsg.) (2009): Feminismus: Kritik und Intervention. 1. Auflage. Münster, Westf. Westfälisches Dampfboot.
- Lemberger, Barbara (2019): Migration und Mittelschicht eine Ethnografie sozialer Mobilität. Dissertation. Arbeit und Alltag. Beiträge zur ethnografischen Arbeitskulturenforschung, Band 16. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Lingen-Ali, Ulrike/Mecheril, Paul (2020): Rückständigkeitsgenerative Geschlechterdiskurse in der Migrationsgesellschaft. Eine Einleitung. In: Lingen-Ali, Ulrike/Mecheril, Paul (Hrsg.): Geschlechterdiskurse in der Migrationsgesellschaft. Zu »Rückständigkeit« und »Gefährlichkeit« der Anderen. migration – macht – bildung, Band 6. Bielefeld: transcript, S. 7–16.
- Mecheril, Paul (2004): Einführung in die Migrationspädagogik. Weinheim/Basel: Beltz.
- Mecheril, Paul/Melter, Claus (2011): Rassismustheorie und -forschung in Deutschland. Kontur eines wissenschaftlichen Feldes. In: Mecheril, Paul/Melter, Claus (Hrsg.): Rassismuskritik. Rassismustheorie und -forschung, Band 1. 2. Auflage. Schwalbach/Ts: Wochenschau Verlag, S. 13–24.
- Meyer, Sarah (2022): Erziehung, Familie und Geschlecht in der Krise: Landnahmestrategien des Pädagogischen durch die Neue Rechte. In: Baar, Robert/Maier, Maja S. (Hrsg.): Familie, Geschlecht und Erziehung in Zeiten der Krisen des 21. Jahrhunderts. Jahrbuch erziehungswissenschaftliche Geschlechterforschung, Band 18. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, 133–146.
- Ohnmacht, Florian (2023): Antirassismus und Privilegien. Rassismuskritische Subjektbildungen in der postmigrantischen Gesellschaft. Bielefeld: transcript. <https://doi.org/10.1515/9783839466964>.
- Rommelspacher, Birgit (2009): Was ist eigentlich Rassismus? In: Melter, Claus/Mecheril, Paul (Hrsg.): Rassismuskritik. Rassismustheorie und -forschung, Band 1. Schwalbach/Ts: Wochenschau Verlag, S. 25–38.
- Salzborn, Samuel (2018): Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze. 3. Auflage. Studienkurs Politikwissenschaft. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.
- Siouti, Irini/Spies, Tina/Tuider, Elisabeth/von Unger, Hella/Yildiz, Erol (2022): Methodologischer Eurozentrismus und das Konzept des Othinging. Eine Einleitung. In: Siouti, Irini/Spies, Tina/Tuider, Elisabeth/von Unger, Hella/Yildiz, Erol (Hrsg.): Othinging in der postmigrantischen Gesellschaft. Postmigrantische Studien, Band 12. Bielefeld: transcript, S. 7–30.

- Spies, Tina/Tuider, Elisabeth (2022): Subjektivierung und Othering. Entwurf einer intersektional-dekolonialen Subjektivierungsforschung. In: Siouti, Irini/Spies, Tina/Tuider, Elisabeth/Unger, Hella von/Yildiz, Erol (Hrsg.): Othering in der postmigrantischen Gesellschaft. Postmigrantische Studien, Band 12. Bielefeld, Germany: transcript, S. 57–83.
- Thon, Christine (2024): Die Krise der Familie in bildungspolitischen und pädagogischen Programmatiken der neuen Rechten. In: Wischmann, Anke/Engel, Juliane/Demmer, Christine/Vehse, Paul (Hrsg.): Differenz und Krise. Krisenthematisierungen in der qualitativen Bildungs- und Biographieforschung. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 57–73.
- Velho, Astride/Thomas-Olalde, Oscar (2011): Othering and its effects : exploring the concept. In: Niedrig, Heike/Ydesen, Christian (Hrsg.): Writing postcolonial histories of intercultural education. Frankfurt a.M.: Peter Lang, S. 27–50.
- Yildiz, Erol (2021): Das Postmigrantische und das Politische. Eine neue Kartographie des Möglichen. In: Gensluckner, Lisa/Ralser, Michaela/Thomas-Olalde, Oscar/Yildiz, Erol (Hrsg.): Die Wirklichkeit lesen. Political Literacy und politische Bildung in der Migrationsgesellschaft. Postmigrantische Studien, Band 7. Bielefeld: transcript, S. 21–41.
- Yildiz, Erol (2022): Postmigrantische Lesart. Theoretische und methodisch-methodologische Implikationen. In: Siouti, Irini/Spies, Tina/Tuider, Elisabeth/Unger, Hella von/Yildiz, Erol (Hrsg.): Othering in der postmigrantischen Gesellschaft. Postmigrantische Studien, Band 12. Bielefeld: transcript, S. 31–56.

II. Antifeminismus und Autoritäre Strömungen als (Trans-)Nationale Phänomene

Antifeministische Mobilisierungen in transnationaler Perspektive

Rebekka Blum

1 Nicht nur eine Gegenbewegung – Antifeminismus als Absicherungskraft in patriarchalen Gesellschaften und zentraler Bestandteil rechtsautoritärer Entwicklungen¹

Im Zuge des internationalen Erstarkens rechtsautoritärer Kräfte sind antifeministische und queerfeindliche Entwicklungen derzeit nahezu allgegenwärtig. Dies zeigt sich in Deutschland beispielsweise an den Verboten von Gender-sonderzeichen (Schomburg 2023) und den Angriffen auf Christopher Street Day Paraden (CSD) (Ohlendorf 2024; Lang/Sigl i.d.Bd.). Auf internationaler Ebene wird dies zum Beispiel deutlich anhand der Verschärfung der Abtreibungsgesetze (Biskupic 2022) und der Einschränkung der Gesundheitsversorgung für trans* Personen (Human Rights Watch 2025) in den USA. Im Zusammenhang mit Auswirkungen antifeministischer und rechter Mobilisierungen sind darüber hinaus in Ungarn die Abschaffung des Fachs Gender Studies an Hochschulen 2018 (Perintfalvi 2021; Zacharenko 2020) und Verbote von Pride Marches 2025 zu nennen, gegen die sich jedoch breiter Widerstand formiert (Wendt 2025; vgl. dazu auch den Beitrag von Pető i.d.Bd.). Antifeministische und queerfeindliche Entwicklungen zeigen sich auch in Polen, wo sich seit 2020 viele polnische Gemeinden selbst zu LGBTIQ*-freien Zonen erklären. Dies ist kein formaljuristischer Akt, jedoch eine klare Ansage an LGBTIQ*-Personen und legitimiert zumindest indirekt Diskriminierung und LGBTIQ*-feindliche Übergriffe (Chołuj 2021).

Antifeministische Narrative werden global artikuliert und lokal adaptiert, je nach Geschichte, politischem System und aktuellen Diskursen. Die Ausdrucksformen, Begriffe und Aktionsformen sind aufgrund der internationalen Verschränkungen von Akteur*innen oft ähnlich. So entstanden anlässlich der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare in Frankreich (2013) die von

1 Ich bedanke mich für den Austausch im femPI-Netzwerk, insbesondere mit Julia Haas und Len Schmid sowie mit Michaela Köttig. Viele Analyseansätze des Textes basieren auf kollegialem Austausch und auf Texten, die bereits gemeinsam geschrieben wurden.

reaktionären, christlich-fundamentalistischen und rechten Akteur*innen dominierten Demonstrationen „Manif pour tous“. Bis zu hunderttausend Menschen nahmen an den Demonstrationen teil (Ball 2014). Sie dienten als Vorbild für weitere rechte Mobilisierungen in Europa mit ähnlichen Inhalten, z.B. die „Demo für Alle“ in Deutschland, die „Familien Allianz“ in Österreich, „U ime Obitelji“ („Im Namen der Eltern“) in Kroatien; „Aito avioliitto“ („Echte Ehe“) in Finnland; „La Manif Pour Tous-Italia“ („Die Demonstration für alle“) in Italien; „Alianca za Rodinu“ („Allianz für die Familie“) in der Slowakei; und „Coalitie pentru Familie“ („Koalition für die Familie“) in Rumänien (Datta 2021).

Im Folgenden wird die Verwobenheit von Antifeminismus mit rechten Entwicklungen auf der Basis theoretischer Analysen eingeordnet. Hier zeigt sich bereits die gesellschaftliche Anschlussfähigkeit antifeministischer Inhalte über Geschlechterbilder, die in verschiedenen Gesellschaften und Milieus geteilt werden. Anschließend wird die Verschränkung von Antifeminismus mit Rassismus verdeutlicht und herausgearbeitet, warum ein Verständnis von Antifeminismus als eigenständige Kraft und nicht nur als Gegenbewegung zu feministischen Mobilisierungen sowohl inhaltlich sinnvoll als auch notwendig ist, um Ausschlüsse in feministischen Bewegungen nicht zu reproduzieren. Dazu wird das Verständnis von Antifeminismus als Absicherungskraft patriarchaler Verhältnisse vorgestellt. Dieses Verständnis ermöglicht es, die verschiedenen in diesem Kapitel zusammengefassten Beiträge unter dem Dach des Begriffs Antifeminismus zu bündeln und trotz regionaler, zeitlicher und (sub)kultureller Unterschiede die Gemeinsamkeiten der Entwicklungen zu erfassen.

2 Antifeminismus als zentraler Bestandteil von extrem rechtem und autoritärem Denken

Antifeminismus als zentrales Element extrem rechter Ideologie zu begreifen, ist noch relativ neu und feministischen Interventionen in der Arbeit und Forschung zur extremen Rechten zu verdanken (u.a. AK FE. IN 2019; Goetz 2018; Haas 2020a; Lang 2017). Die Auseinandersetzung steht auch im Zusammenhang mit rechten Anschlägen, die sowohl antisemitisch und rassistisch als auch antifeministisch motiviert waren. So begründeten die Attentäter von Halle (2019, Deutschland), El Paso (2019, USA), Oslo/Utøya (2011, Norwegen) und Christchurch (2019, Neuseeland) ihre Taten mit dem wahnhaften Glauben an die Gefahr eines „Großen Austauschs“² (Haas 2020b; Sanders 2020; Kaya i.d.Bd.).

2 Das Verschwörungsnarrativ des ‚Großen Austauschs‘ behauptet, dass Masseneinwanderung zu einem Austausch der als weiß imaginierten ‚ursprünglichen‘ Bevölkerung Europas oder

Doch nicht nur anhand dieser gewaltvollsten Ausprägungen lässt sich erkennen, dass das extrem rechte Weltbild und vor allem die ihm zugrundeliegenden Geschlechterbilder als grundlegend antifeministisch zu verstehen sind. Rechte Weltbilder basieren auf dem Glauben an eine vermeintlich natürliche Ordnung, die allein auf Zweigeschlechtlichkeit beruht. Cis Männern und cis Frauen werden dabei komplementäre Eigenschaften zugeschrieben. So werden Frauen klassisch vor allem mit Attributen wie emotional, passiv und fürsorglich beschrieben und auch in modernisierten Varianten meist als Gegenentwurf (Haas 2020a) zum als kämpferisch, rational und stark geltenden Mann gezeichnet (Virchow 2011). Die extrem rechte Parole, Männer und Frauen seien „gleichwertig, aber nicht gleichartig“, betont die jeweils spezifischen Aufgaben und ihre natürliche Unterschiedlichkeit. Judith Goetz beschreibt es als eine imaginierte Wesens- oder Naturhaftigkeit der Geschlechter, die ohne weitere Argumente auskommt (Goetz 2018). Eine „eindeutige“ Geschlechtsidentität ist neben der „ethnischen“ Zugehörigkeit ein Grundpfeiler extrem rechten Denkens und zentral für die Herausbildung einer klaren Identität. Feministische Emanzipationsbestrebungen greifen diese propagierte Eindeutigkeit des Geschlechts und die daraus resultierende Rollenverteilung an. Feminismus wird so zum Feindbild eines rechten Weltbildes, das nur zwei Geschlechter kennt und diese unumstößlich biologisch begründet (Hermann 2020; Schutzbach 2019). Jegliche Veränderung der Geschlechterrollen wird abgelehnt und alle Menschen werden auf ihren Platz, ihre Rolle im zweigeschlechtlich konstruierten Gefüge festgelegt (Blum/Haas 2025).

3 Die gesellschaftliche Verankerung von Antifeminismus

Antifeminismus ist, wie gezeigt, einerseits ein zentraler Bestandteil rechter Ideologie. Zum anderen ist Antifeminismus als grundlegende Ideologie in patriarchalen Gesellschaften zu verstehen, die jeweils den aktuellen Status quo im Geschlechterverhältnis absichert bzw. versucht, idealisierte Geschlechterverhältnisse der Vergangenheit wiederherzustellen. Dies geschieht, indem mit einer vermeintlichen Ursprünglichkeit oder Natürlichkeit der Geschlechterhierarchie argumentiert wird (Blum 2021). Das Unbehagen gegenüber der Liberalisierung von Geschlecht und Sexualität ist gesellschaftlich etabliert. Aktuelle Studien belegen die weite Verbreitung antifeministischer Einstellungen in Deutschland. Mehr als ein Drittel der deutschen Bevölkerung (47,3 % der

Nordamerikas führe. Dieser Prozess werde von einer kleinen Gruppe von Menschen, die zumindest implizit als Jüd*innen konstruiert werden, gesteuert und von ‚dem‘ Feminismus vorangetrieben. Der so herbeigeführte ‚Untergang des Abendlandes‘ sei demnach durch (v.a. muslimisch gedachte) Migrant*innen, emanzipierte Frauen und eine vermeintliche politische und mediale Elite verschuldet (Haas 2020b).

Männer und 28,7 % der Frauen) stimmt mindestens einer der antifeministischen Aussagen zu, die in der Einstellungsstudie der Universität Leipzig abgefragt wurden (Höcker/Pickel/Decker 2020). Darüber hinaus ist ein Anstieg der Häufigkeit geschlossen antifeministischer Weltbilder von 19 % im Jahr 2020 auf 25 % im Jahr 2022 zu beobachten (Decker et al. 2022).

Weil dieses Geschlechterbild gesellschaftlich weit verbreitet ist kann Antifeminismus als Türöffner in die extreme Rechte fungieren (Blum 2021): „So gesehen stehen neonazistische Männlichkeits- und Weiblichkeitskonstruktionen in engem Zusammenhang mit der Herausbildung bürgerlicher (d.h. *weißer*, deutscher, hetero- und cissexueller, nicht-behinderter Mittel- und Oberschichts-)Männlichkeiten und -Weiblichkeiten, werden aber expliziter und radikaler formuliert und in eine neonazistische Deutung der Welt eingebunden“ (Stuve/Hechler 2015: 52). Darüber hinaus ist Antifeminismus eng mit weiteren Ideologien der Ungleichheit verknüpft, etwa mit Antisemitismus (Hessel/Misiewicz 2020; Stögner 2014) und Rassismus (Bergold-Caldwell/Grubner 2021; Dietze 2016; Jäger 1999).

4 Die Verschränkung von Antifeminismus und Rassismus

Die Verschränkung von Antifeminismus und Rassismus zeigt sich an verschiedenen Stellen. Neben der Aufforderung an *weiße* Frauen, viele Kinder zu bekommen, um dem vermeintlichen „großen Austausch“ entgegenzuwirken, werden *weiße* Frauen nicht nur in extrem rechten Narrativen vor allem als Opfer „importierter Gewalt“ durch eine vermeintliche „Masseneinwanderung“ dargestellt (Goetz 2018: 255f.). Sexismus und sexualisierte Gewalt auf „die Anderen“ zu projizieren und sie dadurch abzuwerten, ist kein neues Phänomen in der Beobachtung der extremen Rechten (ausführlich dazu AK FE. IN 2019). In den letzten Jahren hatte diese „Ethnisierung des Sexismus“ (Jäger 1999) und damit die rassistische Aufladung und Instrumentalisierung feministischer Positionen in verschiedenen Kampagnen und Wahlkämpfen in Europa Hochkonjunktur. In zahlreichen europäischen Ländern versuchten Gruppierungen ab 2015/16, ihre rassistischen Inhalte durch die Instrumentalisierung von Frauenrechten voranzutreiben. Lang erkämpfte Werte wie Gleichberechtigung müssten gegen einen vermeintlich rückständigen Islam verteidigt und geschützt werden, so die Argumentation (Bergold-Caldwell/Grubner 2021).

Die Forderung nach dem „Schutz der einheimischen Frauen und Kinder“ (AK FE. IN 2019: 148) wird häufig mit Forderungen nach einer Verschärfung der Migrations- und Bevölkerungspolitik verbunden und basiert auf klassischen antifeministischen Rollenbildern, in denen die (*weiße*) Frau von ihrem (*weißen*) Mann vor dem als bedrohlich behaupteten „fremden“ Mann geschützt werden muss (AK FE. IN 2019; Bergold-Caldwell/Grubner 2021). Ein gene-

reller Aufruf gegen (sexualisierte) Gewalt an cis Frauen ist hingegen selten zu finden. Vielmehr wird im Namen von Frauenrechten antifeministisch agiert, indem patriarchale Verhältnisse als Grundlage von (sexualisierter) Gewalt unsichtbar gemacht werden. Durch die Verschiebung auf als fremd markierte „migrantische Männer“ als vermeintlich alleinige Täter wird der Blick weg von strukturell verankerten Gewaltverhältnissen in patriarchalen Gesellschaften hin zu einer vermeintlichen Tätergruppe gelenkt. Statt einer Auseinandersetzung mit diesen bedrohlichen Strukturen findet eine Externalisierung patriarchaler Gewalt auf „die Anderen“ statt (Blum/Haas 2025). Dass es rechten antifeministischen Akteur*innen vor allem um eine rassistische Vereinnahmung dieser Fälle geht, zeigt sich auch daran, dass sie massiv gegen die Istanbul-Konvention gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt mobilisieren. Diese Konvention wurde 2011 auf EU-Ebene als verbindlicher Standard festgelegt. Der Ratifizierungsprozess stockt jedoch, da viele Länder Einschränkungen fordern oder sich gänzlich dagegen aussprechen (Zacharenko 2020).

5 Antifeminismus als Absicherung patriarchaler Verhältnisse

Häufig wird Antifeminismus vor allem als Gegenbewegung zum „Feminismus“ beschrieben (Kiepels 2013; Roßhart 2008), die durch feministische Errungenschaften erstarkt. In einigen Definitionen von Antifeminismus wird daher zunächst das eigene Verständnis von Feminismus definiert und daraus Antifeminismus abgeleitet (Henninger 2020). Antifeministische Mobilisierungen arbeiten sich jedoch entgegen der Intention einer Definition des Feminismusverständnisses kaum an spezifischen feministischen Verständnissen ab, sondern konstruieren Zerrbilder von Feminismus, die ihre Angriffe vermeintlich legitimieren (AK FE. IN 2019: 26–30). Antifeministische Mobilisierungen weisen im Zeitverlauf durchaus rhetorische Modernisierungen auf, weshalb teilweise auch von Anti-Genderismus gesprochen wird. Eine genauere Analyse zeigt jedoch, dass auch aktuelle Entwicklungen, die den Begriff Gender fokussieren, im Kern mit klassischem Antifeminismus verbunden sind (Blum 2019: 106–115).

Dies zeigt sich exemplarisch an den Entwicklungen in den USA. Hier wird parallel und von denselben Akteur*innen, insbesondere der Republikanischen Partei, sowohl für die Einschränkung des Zugangs zu Schwangerschaftsabbrüchen – klassisch antifeministisch – als auch gegen die Rechte von queeren und trans* Personen – modernisierte Varianten – mobilisiert. Dies macht deutlich, dass Antifeminismus und LGBTQIA*-Feindlichkeit im Kern zusammenhängen, da es in beiden Fällen um die Aufrechterhaltung cis-männlicher bzw. heterosexueller Hegemonie geht. Dies ist jedoch keine neue Entwicklung,

sondern im antifeministischen Weltbild angelegt (Blum 2023). Ein Beleg mit Fokus auf Deutschland ist, dass der Frauenbewegung bereits im Kaiserreich vorgeworfen wurde, Frauen zu entweiblichen und zu „Zwitterwesen“ zu machen (Planert 1998: 93–95). Dabei handelt es sich um Vorwürfe, die sich sprachlich von heutigen unterscheiden, aber deutlich auf Vorstellungen von Heterosexualität und Zweigeschlechtlichkeit als ausschließlicher Norm beruhen.

Wenn Antifeminismus eine Definition von Feminismus vorausgesetzt wird, passiert es zudem schnell, dass nur Personen, die sich diesem Verständnis von Feminismus zuordnen, als Betroffene von Antifeminismus anerkannt werden. Dabei wirkt Antifeminismus auch strukturell und zielt in der Regel darauf ab, FLINTA* und queere Personen auf ihren – im antifeministischen Weltbild – gesellschaftlichen Platz zu verweisen. Während die gesellschaftliche Erwartung an cis Frauen ein „klassisch“ weibliches Auftreten und die Festbeschreibung auf den privaten Raum und entsprechende Aufgaben wie Care- und Fürsorgearbeit bedeutet, kommen queere Personen im antifeministischen Weltbild schlicht nicht vor, was eine Unsichtbarmachung bis hin zu Auslöschungsversuchen bedeutet. Dies äußert sich beispielsweise in Angriffen auf queere Clubs wie 2022 in Bratislava, Oslo und Orlando und auf queere Veranstaltungen wie den CSD (Blum 2023) oder Drag-Lesungen (mehr dazu im Beitrag von Judith Goetz i.d.Bd.).

Darüber hinaus ist Antifeminismus, wie beschrieben, eng mit Rassismus, Antisemitismus, Klassismus und anderen Ungleichheitsideologien verknüpft und FLINTA* of color, FLINTA* in Armut und jüdische FLINTA* erleben Antifeminismus auf spezifische Weise. Dies wird jedoch oft übersehen, wenn nur auf konkrete feministische Bewegungen geschaut wird, die ihrerseits oft sehr *weiß* und akademisch organisiert sind (Gutiérrez Rodríguez/Tuzcu 2021), so dass viele FLINTA* of color sich teils nicht mit dem hegemonialen Verständnis von Feminismus identifizieren (können) bzw. oftmals nicht als Feminist*innen angerufen oder rezipiert werden (Zamani 2023). Wenn Antifeminismus eine Definition von Feminismus vorausgesetzt wird, besteht die Gefahr, dass Ausschlüsse in feministischen Bewegungen reproduziert und auch in Konzepte und Definitionen von Antifeminismus übernommen werden. Dies kann dazu führen, dass FLINTA*, die intersektionale Diskriminierung erleben, nicht als von Antifeminismus betroffen erkannt werden – eine doppelte Exklusion (Blum 2023). Es ist daher notwendig, Antifeminismus als eigenständige Ideologie zu begreifen und Definitionen möglichst allgemeingültig zu formulieren.

6 Der Dreischritt des Antifeminismus

Das Ziel, an der Theoriebildung zu Antifeminismus weiterzuarbeiten und Verständnisse zu schärfen, liegt auch meiner Promotion zu Antifeminismus in

Westdeutschland zwischen 1945 und 1990 zugrunde, die ich 2024 abgeschlossen habe.³ Anhand von Primärquellen habe ich ein Grundverständnis von Antifeminismus erarbeitet und die Systematik eines „Dreischritts des Antifeminismus“ entwickelt. Die Systematik basiert auf der Erkenntnis, dass patriarchale Verhältnisse sozial konstruiert sind (u.a. Cyba 2008) und daher immer wieder abgesichert werden müssen, um ihre Stabilität zu gewährleisten. Diese Absicherung ist in rechtlichen Rahmenbedingungen und institutionellen Normen verankert, entfaltet ihre Wirkung aber oft so implizit, dass sie für viele unsichtbar bleibt. Um dieses Phänomen zu erklären, habe ich den Ansatz des strukturellen Antifeminismus entwickelt. Wenn patriarchale Strukturen trotz ihrer vermeintlichen Selbstverständlichkeit durch Gleichstellungsbemühungen, feministische und queere Bewegungen oder Personen herausgefordert werden, also gegen diese aufgebeht wird, mobilisiert sich struktureller Antifeminismus zu einer Bewegung, die diese Herausforderung abwehrt. Diese Entwicklungen lassen sich als Dreischritt von Absicherung, Aufbegehren und Abwehr systematisieren, der verdeutlicht, dass Antifeminismus nicht erst als Reaktion auf feministische Bewegungen entsteht, sondern bereits in patriarchalen Strukturen verankert ist, um deren Fortbestand zu sichern.

Diese Erweiterung des Verständnisses von Antifeminismus ist wichtig, um der im Begriff Antifeminismus angelegten Vorstellung, Antifeminismus gäbe es nur aufgrund feministischer Bewegungen, Antifeminismus als eigenständige Ideologie entgegenzusetzen, die der Absicherung patriarchaler Verhältnisse dient. Dieses Verständnis ermöglicht es auch, Kräfte und Entwicklungen als antifeministisch zu begreifen, die sich nicht gegen sich dezidiert als feministisch verstehende Personen richten. Darüber hinaus lässt sich diese Systematik – die Absicherung patriarchaler Verhältnisse durch strukturellen Antifeminismus, das Aufbegehren dagegen, z.T. durch schlicht nonkonformes Verhalten, und die Mobilisierung zu einem bewegungsförmigen Antifeminismus, der für viele Antifeminismus erst sichtbar macht – auf unterschiedliche Entwicklungen anwenden. Mit diesem Verständnis lässt sich der gemeinsame Kern antifeministischer Entwicklungen und Mobilisierungen mit einem gemeinsamen Begriff erfassen, trotz zum Teil großer regionaler, zeitlicher und (sub)kultureller Unterschiede. Denn so unterschiedlich die im Folgenden dargestellten Entwicklungen, Netzwerke, Akteur*innen und Mobilisierungen auch sein mögen, sie alle stehen im Zusammenhang mit der Absicherung patriarchaler Verhältnisse und/oder der Abwehr von Infragestellungen durch feministische, gleichstellungspolitische und queere Personen.

3 Die Dissertation wird im Frühjahr 2026 bei Barbara Budrich erscheinen. Die Forschung orientierte sich an Ansätzen der Grounded Theory nach Glaser/Strauss, da diese das Ziel verfolgt, in einem zirkulären Prozess von Datenerhebung, Datenanalyse und Theoriebildung neue Theorien zu entwickeln (Glaser/Strauss 2010). Ausgehend von einem offenen, der Gegenstandsangemessenheit verpflichteten Forschungsprozess wurde klassische Literaturarbeit mit 20 qualitativen Interviews und Archivrecherchen in drei feministischen Archiven kombiniert.

7 Absicherung, Aufbegehren und Abwehr anhand der Beiträge im Sammelband

Die Struktur des Dreischritts von Absicherung, Aufbegehren und Abwehr ermöglicht es, die unterschiedlichen Beiträge und Ansätze im folgenden Kapitel unter dem Dach des Antifeminismus zu vereinen. Unabhängig von konkreten feministischen und queeren Bewegungen sowie antifeministischen Kräften und Akteur*innen, die jeweils regionale, (sub)kulturelle und zeitliche Spezifika aufweisen, können wir sie als im Kern antifeministisch beschreiben. Dass antifeministische Entwicklungen dabei viele verschiedene Ausprägungen und Ausdrucksformen haben können, wird in der Fülle unserer Beiträge deutlich.

Johanna Sigl und *Juliane Lang* beleuchten in ihrem Beitrag die Verschränkung von extrem rechter Gewalt und Geschlecht. Sie erläutern diese anhand der Notwendigkeit, intersektionale Verschränkungen, wie das Zusammenwirken von geschlechtsspezifischen und rassistischen Tatmotiven, in den Blick zu nehmen. Darüber hinaus ordnen sie Angriffe auf queere Menschen und die Christopher Street Days in der CSD-Saison 2024 als rechte Artikulationsformen ein, in denen das extrem rechte Geschlechterbild gewaltförmig in Erscheinung tritt. Dabei zeigen sie die Zusammenhänge in den Tatmotivationen, den spezifischen Tausführungen und -kontexten sowie in den Folgen und Auswirkungen für gewaltbetroffene Frauen und Queers auf und ordnen rechte Gewalt aus frauen- und queerfeindlichen Motiven als männliche Resouveränisierungsstrategie ein, die zur Normierung einer binären und heteronormativen Geschlechterlogik beiträgt. Dieser Blick zeigt die Gewaltförmigkeit, die in der *Abwehr* von Emanzipationsbestrebungen liegen kann und die rechten Weltbildern insgesamt zugrunde liegt.

Auch *Viktoria Rösch* setzt sich mit dezidiert rechten Erscheinungsformen auseinander. Sie analysiert rechte Tradwives und Momfluencerinnen – vermeintlich harmlose Varianten extrem rechter Geschlechterbilder – und zeigt den Einfluss und die Attraktivität (rechter) Mutterschaftsbilder auf. Diese Mutterschaftsbilder können als *Absicherung* patriarchaler Verhältnisse und Momfluencerinnen als vermeintliche Ausbrüche rechter Frauen aus starren Geschlechterbildern verstanden werden, wobei deutlich wird, dass sie vor allem die Möglichkeit der Partizipation auf Basis der *Absicherung* patriarchaler Verhältnisse ermöglichen. Die Fixierung auf den vermeintlich privaten Raum wird von Momfluencerinnen nicht ernsthaft unterlaufen, sondern vielmehr durch öffentliche Wiederholung abgesichert. Im Beitrag wird deutlich, dass Tradwives und Momfluencerinnen als *Absicherung* patriarchaler Verhältnisse zu verstehen sind, die auf der Ausbeutung und Unsichtbarmachung von (weiblicher) Care-Arbeit basieren.

In dem Beitrag von *Judith Goetz* wird wiederum die *Abwehr* gesellschaftlicher Aufbrüche durch antifeministische Akteur*innen deutlich. Sie analysiert

die mediale Berichterstattung in Österreich zu antifeministischen Protesten gegen Drag-Lesungen zwischen März und Juni 2023 und untersucht, wie diese Anfeindungen in bestehende antifeministische Narrative zu sexueller Bildung der Vielfalt eingebettet sind. Dabei können Drag-Lesungen als „progressive Bildungsansätze, die zum Abbau von Diskriminierung und Benachteiligung beitragen wollen“ und damit als *Aufbegehren* gegen cis-heteronormative Strukturen verstanden werden. Die Proteste gegen diese Lesungen können als *Abwehr* dieses *Aufbegehrens* eingeordnet und als Versuch verstanden werden, traditionelle Geschlechterverhältnisse abzusichern. *Judith Goetz* beleuchtet, wie die Proteste und darin gezielt eingesetzte antifeministische Narrative, wie das Narrativ „Frühsexualisierung“ auch durch die Medienberichterstattung eine weite Verbreitung und Popularisierung erfahren, auch weil in den wenigen Klarstellungen und Richtigstellungen oft ausführliche Erläuterungen zu Hintergründen und Zielen der Drag-Lesungen und sexueller Bildung weitgehend fehlen.

Funda Hülagü Demirbilek analysiert antifeministische Mobilisierungen und die Instrumentalisierung eines vermeintlichen Kindeswohls in der Türkei und betrachtet sie unter Fragen der Verschränkung mit autoritären Entwicklungen sowie den Auswirkungen von Neoliberalismus und sozioökonomischer Erosion. Dabei fokussiert sie nicht nur auf die Artikulation, sondern betrachtet antifeministische Entwicklungen als Effekte gesellschaftlicher und struktureller Widersprüche. Dazu nutzt sie das Konzept der „sozialen Pathologien“ aus der Kritischen Theorie, um antifeministische Bewegungen in den Kontext gesellschaftlicher und vor allem kapitalistischer Entwicklungen zu stellen. *Demirbileks* Ansatz kann dabei als Analyse der *Absicherung* von Herrschaftsverhältnissen gegen Liberalisierungen durch die Instrumentalisierung des Kindeswohls verstanden werden. Sie zeigt auch, dass dies gelingt, weil Kinder nicht als eigenständige Subjekte, sondern als Eigentum betrachtet werden. Ein gemeinsamer Bezugspunkt der Beiträge von *Goetz* und *Demirbilek* ist, dass sie jeweils beleuchten, wie im Namen des vermeintlichen Kindeswohls antifeministische Inhalte durchgesetzt werden. Auch wenn sich *Demirbilek* auf die Türkei und *Goetz* auf Österreich konzentriert, wird deutlich, dass antifeministische Artikulationen oft eine ähnliche Rhetorik aufweisen.

Jennifer Degner-Mantoan analysiert die Vernetzung verschiedener maskulistischer Gruppierungen in Deutschland und fokussiert damit auf Vernetzungen in der *Abwehr* gesellschaftlicher und feministischer Aufbrüche. Dieser Fokus ermöglicht es, antifeministische Mobilisierungen als Effekte gezielter Vernetzung zu verstehen und macht deutlich, wo die Grundlagen für gemeinsame Artikulationen und Mobilisierungen liegen (können). *Degner-Mantoan* arbeitet heraus, dass die Männerrechtsbewegung einen starken Fokus auf Problemdeutungen und Ideologieproduktion legt, was immer einfacher ist, als konstruktive Ansätze zu entwickeln und sich mit der Komplexität gesellschaftlicher Verhältnisse auseinanderzusetzen.

In *Gwenaelle Perriers* Analyse der Debatten um geschlechtergerechte Sprache in Frankreich wird der Dreischritt von *Absicherung*, *Aufbegehren* und *Abwehr* deutlich. Sie analysiert diese Kämpfe um Geschlechterordnungen in Frankreich auch aus linguistischer Perspektive. Dabei wird deutlich, dass Sprachpolitiken und vor allem der Versuch, Sprache in einer wie auch immer gearteten Ursprünglichkeit festzuschreiben, als *Absicherung* (patriarchaler) Verhältnisse verstanden werden können. Praxen geschlechtergerechter Sprache können als *Aufbegehren* und Intervention gegen „antifeministische Normen“ verstanden werden, die wiederum zum Teil aggressiv abgewehrt werden. Dabei wird deutlich, dass diese *Abwehr* als symbolische Kämpfe im Sinne eines Kulturkampfes gedacht werden können und oft eine lange Kontinuität aufweisen. *Gwenaelle Perrier* gelingt es, diese *Abwehr* in den Kontext von Kolonialismus und Nationalismus zu stellen, wenn sie herausarbeitet, dass die „Standardsprache“ auch als „Kitt der Nation“ verstanden wird.

Die letzten beiden Beiträge dieses Kapitels zeigen, wie wichtig eine Auseinandersetzung mit Antifeminismus und Erziehung bzw. Erziehungswissenschaft ist und schlagen damit bereits eine Brücke zum nächsten Kapitel. *Rajni Palriwala* arbeitet antifeministische Geschlechterbilder im Hindunationalismus heraus und zeigt, wie sich diese in Erziehung und Bildung niederschlagen. Dazu stellt sie zunächst den Hindunationalismus in seinen Grundzügen sowie verschiedene hindunationalistische Organisationen vor. Daran anknüpfend arbeitet sie Männlichkeitserwartungen – „new ideal Hindu man“ – und Weiblichkeitsanforderungen heraus, die zum Teil in einer Aufwertung spezifischer Weiblichkeit liegen und so deren Attraktivität erklären. Auch wenn sich in der spezifischen Artikulation zum Teil große Unterschiede zu Entwicklungen in Europa ausmachen lassen, wird gleichzeitig deutlich, dass Erziehung, Bildung und insbesondere Geschlechterbilder für die politischen Akteur*innen zentral sind und umfassend wirken. So wird auch im Beitrag von *Rajni Palriwala* der Zugriff auf Kinder über eine allumfassende Zurichtung durch Erziehung und Pädagogik deutlich. Der Beitrag von *Rajni Palriwala* ist somit als Analyse der *Absicherung* patriarchaler Verhältnisse auch durch pädagogische Konzepte zu verstehen.

Ece Kaya arbeitet die *Absicherung* von Herrschaftsverhältnissen heraus und zeigt, dass aktuelle Artikulationen eine lange Kontinuität haben, auf Kolonialismus aufbauen und mit Rassismus verwoben sind. *Ece Kaya* fokussiert dabei auch auf die *Absicherung* von Herrschaftsverhältnissen durch erziehungswissenschaftliche Strukturen und arbeitet heraus, dass Wissenschaft nicht das „Andere von Herrschaft“ ist, sondern sich in Komplizenschaft mit Herrschaftsverhältnissen befindet. Damit wird die Verstrickung unserer Wissenssysteme mit Kolonialismus, Antifeminismus und anderen herrschaftssichernden Kräften deutlich, der wir uns nicht einfach entziehen können, sondern die einer ständigen Reflexion und Aufarbeitung bedarf. *Ece Kayas* Beitrag fungiert somit bereits als wichtiger Anknüpfungspunkt für den zweiten

Teil des Sammelbandes, in dem antifeministische und neurechte Entwicklungen im Bereich der Pädagogik und aus erziehungswissenschaftlicher Perspektive näher beleuchtet werden.

Literatur

- AK FE. IN (2019): Frauen*rechte und Frauen*hass: Antifeminismus und die Ethnisierung von Gewalt. 1. Auflage. Berlin: Verbrecher Verlag.
- Ball, Sam (2014): Protesters take to streets over French gov't's „familyphobia“. In: France 24, 05.10.2014. <https://www.france24.com/en/20141005-protesters-take-streets-over-french-govt-familyphobia-paris-manif-pour-tous> [Zugriff: 13.05.2025].
- Bergold-Caldwell, Denise/Grubner, Barbara (2021): Effekte der diskursiven Verknüpfung von Antifeminismus und Rassismus. Eine Fallstudie zu Orientierungskursen für neu Zugewanderte. In: Henninger, Annette/Birsl, Ursula (Hrsg.): Antifeminismen: »Krisen«-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential? 1. Auflage. Bielefeld: transcript Verlag, S. 149–192.
- Biskupic, Joan (2021): Trump's appointees are turning the Supreme Court to the right with different tactics. In: CNN politics, 26.07.2021. <https://edition.cnn.com/2021/07/26/politics/trump-kavanaugh-gorsuch-barrett-supreme-court/index.html> [Zugriff: 13.05.2025].
- Blum, Rebekka (2019): Angst um die Vormachtstellung. Zum Begriff und zur Geschichte des deutschen Antifeminismus. Hamburg: Marta Press.
- Blum, Rebekka (2021): Historische Kontinuitäten und Brüche im deutschen Antifeminismus. In: Gender Blog. <https://www.gender-blog.de/beitrag/antifeminismus-deutschland-kontinuitaeten-brueche> [Zugriff: 13.05.2025].
- Blum, Rebekka (2023): Nicht nur eine Gegenbewegung – Grundlegende Überlegungen zu einem differenzierten Verständnis von Antifeminismus. In: IDA. Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V.: Reader für Multiplikator:innen in der Jugend- und Bildungsarbeit Antifeminismus und Feminismen der Migrationsgesellschaft, S. 18–22.
- Blum, Rebekka/Haas, Julia (2025): Antifeminismus – Agitationsfeld und Betätigungsmöglichkeit für rechte Aktivistinnen. In: Kaufmann, Fabian/Sierts, Lena (Hrsg.): Medienpädagogische Interventionen im Feld der Neuen Rechten: theoriebasierte Analysen, praktische Methoden und Reflexionen. Opladen Berlin Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 47–64.
- Chohuj, Bożena (2021): Gender und LGBTQ: Unbekannte Begriffe als Machtinstrumente in Polen. In: Strube, Sonja Angelika/Perintfalvi, Rita/Hemet, Raphaela/Metze, Miriam/Sahbaz, Cicek (Hrsg.): Anti-Genderismus in Europa: Allianzen von Rechtspopulismus und religiösem Fundamentalismus: Mobilisierung, Vernetzung, Transformation. Bielefeld: transcript Verlag, S. 147–160.
- Cyba, Eva (2008): Patriarchat: Wandel und Aktualität. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hrsg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung: Theorie, Methoden,

- Empirie. 2., erw. aktualisierte Auflage. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften, S. 17–22.
- Datta, Neil (2021): TIP OF THE ICEBERG Religious Extremist Funders against Human Rights for Sexuality and Reproductive Health in Europe 2009–2018. Brüssel: EPF European Parliamentary Forum on Population and Development.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (Hrsg.) (2022): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?/Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Dietze, Gabriele (2016): Das „Ereignis Köln“. In: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 25, 1, S. 93–102.
- Glaser, Barney G./Strauss, Anselm L. (2010): *Grounded theory: Strategien qualitativer Forschung*. 3., unveränd. Auflage. Bern: Huber.
- Goetz, Judith (2018): „Aber wir haben die wahre Natur der Geschlechter erkannt...“. Geschlechterpolitiken, Antifeminismus und Homofeindlichkeit im Denken der ‚Identitären‘. In: Goetz, Judith/Sedlacek, Joseph Maria/Winkler, Alexander (Hrsg.): *Untergangster des Abendlandes: Ideologie und Rezeption der rechts-extremen „Identitären“*. 2., leicht korrigierte Auflage. Hamburg: Marta Press, S. 253–284.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación/Tuzcu, Pinar (Hrsg.) (2021): *Migrantischer Feminismus: in der Frauen:bewegung in Deutschland (1985–2000)*. 1. Auflage. Münster: edition assemblage.
- Haas, Julia (2020a): „Anständige Mädchen“ und „selbstbewusste Rebellen“: aktuelle Selbstbilder identitärer Frauen. 1. Auflage. Hamburg: Marta Press.
- Haas, Julia (2020b): Antifeminismus und seine Rolle in der neurechten Erzählung des „Großen Austauschs“. In: *Überblick. Zeitschrift des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung in NRW (IDA-NRW). Rechte Frauen* und Frauen*Rechte? Antifeminismus in der extremen Rechten* 26, 1, S. 6–9.
- Henninger, Annette (2020): Antifeminismen. „Krisen“-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potenzial? In: Henninger, Annette/Birsl, Ursula (Hrsg.): *Antifeminismen: „Krisen“-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential? Bielefeld: transcript Verlag, S. 9–42.*
- Hermann, Melanie (2020): Antimoderner Abwehrkampf – zum Zusammenhang von Antisemitismus und Antifeminismus. In: *Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.): Antimoderner Abwehrkampf – zum Zusammenhang von Antisemitismus und Antifeminismus, Band 7. Jena: Amadeu Antonio Stiftung, S.26–35.*
- Hessel, Florian/Misiewicz, Janne (2020): Antifeminismus und Antisemitismus in der Gegenwart – eine Fallanalyse zu Verschränkung und kultureller Codierung. In: *Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.): Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Antisemitismus, Band 8. Jena: Amadeu Antonio Stiftung, S. 168–179.*
- Höcker, Charlotte/Pickel, Gert/Decker, Oliver (2020): Antifeminismus – das Geschlecht im Autoritarismus? Die Messung von Antifeminismus und Sexismus in Deutschland auf der Einstellungsebene. In: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.): *Autoritäre Dynamiken: alte Ressentiments – neue Radikalität: Leipziger Autoritarismus Studie 2020. Originalausgabe. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 249–282.*

- Human Rights Watch (2025): US: Trans Youth's Access to Lifesaving Care Under Threat. <https://www.hrw.org/news/2025/02/03/us-trans-youths-access-lifesaving-care-under-threat> [Zugriff: 13.05.2025].
- Jäger, Margarete (1999): Ethnisierung von Sexismus im Einwanderungsdiskurs. Analyse einer Diskursverschränkung. Göttingen. http://www.diss-duisburg.de/Internebibliothek/Artikel/Ethnisierung_von_Sexismus.htm [Zugriff: 13.05.2025].
- Kiepels, Sandra (2013): Antifeminismus im Zeitungsdiskurs von 1980–2013: Untersuchung und Vergleich der antifeministischen Diskursstrategien in den Zeitungsdebatten über den „Backlash“, „Political Correctness“, „Gender Mainstreaming“ und die Frauenquote. Hamburg: Diplomatica-Verlag.
- Lang, Juliane (2017): Feindbild Feminismus Familien- und Geschlechterpolitik in der AfD. In: Grigat, Stephan (Hrsg.): AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder. Baden-Baden: Nomos, S. 61–78.
- Ohlendorf, Vera (2024): CSD-Saison 2024 zwischen Queerfeindlichkeit und Solidarität. In: Belltower News. <https://www.belltower.news/mehr-hass-und-gewalt-csd-saison-2024-zwischen-queerfeindlichkeit-und-solidaritaet-156835/> [Zugriff: 12.05.2025].
- Perintfalvi, Rita (2021): Der Kampf um Geschlechtergerechtigkeit als ein Kampf um Demokratie. Anti-Genderismus in Ungarn im Kontext einer »Sakralisierung der Politik«. In: Strube, Sonja Angelika/Perintfalvi, Rita/Hemet, Raphaela/Metze, Miriam/Sahbaz, Cicek (Hrsg.): Anti-Genderismus in Europa: Allianzen von Rechtspopulismus und religiösem Fundamentalismus: Mobilisierung, Vernetzung, Transformation. Bielefeld: transcript Verlag, S. 173–186.
- Planert, Ute (1998): Antifeminismus im Kaiserreich: Diskurs, soziale Formation und politische Mentalität. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- Roßhart, Julia (2008): Bedrohungsszenario „Gender“: gesellschaftliches Geschlechterwissen und Antifeminismus in der Medienberichterstattung zum Gender Mainstreaming. Magisterarbeit. Berlin: Universität Potsdam.
- Sanders, Eike (2019): Normen im Ausnahmezustand. Geschlechtlich konnotierte Identitätsangebote und Feindbilder im Rechtsterrorismus. In: Wissen schafft Demokratie. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft, Band 6. Jena: Amadeu Antonio Stiftung, S.118–130.
- Schomburg, Neele (2023): Gendern in Schule und Verwaltung: Welche Bundesländer es verbieten – und welche den Doppelpunkt nutzen. In: RedaktionsNetzwerk Deutschland, 15.07.2023. <https://www.rnd.de/politik/gendern-in-schule-und-verwaltung-wo-gilt-das-verbot-bundeslaender-uebersicht-UXSOG4QPP5FFJLHZORHZWR4FA4.html> [Zugriff: 12.05.2025].
- Schutzbach, Franziska (2019): Anti-feminism is making right-wing stances socially acceptable. In: [gwi-boell.de](https://www.gwi-boell.de) – Feminism and Gender Democracy. <https://www.gwi-boell.de/en/2019/05/03/anti-feminism-making-right-wing-stances-socially-acceptable> [Zugriff: 12.05.2025].
- Stögner, Karin (2014): Antisemitismus und Sexismus: Historisch-gesellschaftliche Konstellationen. 1. Auflage. Baden-Baden: Nomos.
- Stuve, Olaf/Hechler, Andreas (2015): Weder ‚normal‘ noch ‚richtig‘: Geschlechterreflektierte Pädagogik als Grundlage einer Neonazismusprävention. In: Stuve, Olaf/Hechler, Andreas (Hrsg.): Geschlechterreflektierte Pädagogik gegen Rechts. Opladen Berlin Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 44–72.

- Virchow, Fabian (2011): Tapfer, stolz, opferbereit – Überlegungen zum extrem rechten Verständnis „idealer Männlichkeit“. In: Claus, Robert/Lehnert, Esther/Müller, Yves/Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): „Was ein rechter Mann ist...“: Männlichkeiten im Rechtsextremismus. 2. Auflage. Berlin: Karl Dietz Verlag, S. 39–52.
- Wendt, Ansgar (2025): Orban verschärft Maßnahmen: Ungarn: Proteste gegen Pride-Verbot. In: ZDF heute, 07.04.2025. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/ungarn-orban-pride-proteste-lgbtqia-100.html> [Zugriff: 12.05.2025].
- Zacharenko, Elena (2020): Anti-gender mobilisations in Europe. Study for policy makers on opposition to sexual and reproductive health and rights (SRHR) in European institutions. The Greens/EFA in the European Parliament.
- Zamani, Dschihan (2023): Migrantischer Feminismus: „Wir schreiben uns in die Geschichte“. In: blog interdisziplinäre geschlechterforschung. <https://doi.org/10.17185/gender/20230131>.

Frauen- und Queerfeindlichkeit in rechtem Gewalthandeln

Johanna Sigl, Juliane Lang

1 Einleitung

Während Rechtsextremismus und Antifeminismus in ihrer ideologischen Verbindung und im Zusammenhang bereits seit längerem diskutiert werden (exemplarisch Lang i.E.), wird die Forschung zu rechtem Gewalthandeln nur selten mit jener zu Gewalt gegen Frauen und Queers verknüpft. Dabei verweisen erste Untersuchungen zur vergeschlechtlichten Dimension rechter Gewalt auf deutliche Zusammenhänge in den Tatmotivationen, den spezifischen Tausübungen und -kontexten wie auch in Folgen und Auswirkungen für gewaltbetroffene Frauen und Queers (Lang/Sigl 2023). Beratungs- und Dokumentationsstellen zu Vorfällen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt sprachen mitunter in den letzten Jahren von einem Anstieg rechter Gewalttaten gegen Frauen und ihre Kinder (exemplarisch OPP 2020). Die Vermutung liegt nahe, dass dieser Anstieg als *ein* Effekt antifeministischer Diskursverschiebungen zu betrachten ist. Zugleich hat die Abwertung von allem Weiblichen eine lange Tradition auch in der Ideologieggeschichte des Faschismus (Theweleit 2019) und rechte Gewalt richtete sich stets gegen weibliche und queere Körper, um diese zu beherrschen.

Wir blicken im Folgenden aus der Sicht einer geschlechterreflektierenden Rechtsextremismusforschung auf den Themenkomplex rechte Gewalt. Wir fragen danach, wo sie in ihren Hervorbringungskontexten, ihrer Ausübung und in ihren Folgen mit frauen- und queerfeindlichen Diskursformationen und Narrativen verwoben ist und welche vergeschlechtlichten Dimensionen rechter Gewalttaten dadurch sichtbar werden.

Nach einer einleitenden Betrachtung von Gewalt und ihrer Funktion im Geschlechterverhältnis, fokussieren wir auf rechte Gewalttaten. Dafür greifen wir auf Interviewmaterial sowie Medienberichterstattung zurück und analysieren die Tathergänge und -motive rechter Gewalt, die sich gegen Frauen und Queers richten.

Dabei zeigen wir auf, wie rechte Gewalt aus frauen- und queerfeindlichen Motiven heraus als männliche Resouveränisierungsstrategie genutzt wird und

wie antifeministische Diskursgewalt zur Normierung einer binären und heteronormativen Geschlechterlogik beiträgt. Deutlich wird die Notwendigkeit, sich rechter Gewalt in der Verschränkung mit frauen- und queerfeindlichen Motiven in der Analyse weiter zuzuwenden.

2 Gewalt gegen Frauen und Queers

Der Begriff des *Antifeminismus* beschreibt ein Bündel an Einstellungen und Verhaltensweisen, in denen es um die Aufrechterhaltung ungleicher Geschlechterverhältnisse geht (Lang i.E.). Dem zugrunde liegen gesellschaftlich wirkmächtige Vorstellungen von Geschlecht, die Männern und Frauen unterschiedliche Aufgabenbereiche zuweisen und zu vergeschlechtlichten Identitätsanrufungen führen. Die Rollen von Männern und Frauen sind darin binär gedacht und hierarchisch angeordnet. Ein Ausdruck jener ungleichen Geschlechterverhältnisse ist damit historisch schon immer auch die Verfügungsgewalt über die Körper von Frauen (exemplarisch Hedayati 2023). Gewalt (auch körperliche) dient der Aufrechterhaltung ungleicher Geschlechterverhältnisse. Auch in der Analyse der dem Artikel zugrunde liegenden rechten Gewalttaten zeigt sich, dass frauenfeindliche Gewalt dazu dient, Frauen auf ihrem zugewiesenen Platz zu halten und dass queerfeindliche Gewalt als Sanktionierung der Normabweichung zu verstehen ist. Der Wunsch nach der Verteidigung einer traditionell zweigeschlechtlichen Ordnung geht mit der Ablehnung vielfältiger geschlechtlicher und sexueller Lebensweisen einher.

Unterschiedliche Phänomene geschlechterbezogener Abwertung und Normierung sind Teil des Antifeminismus. Im modernen Antifeminismus existieren Schnittmengen mit Sexismus und Misogynie, aber auch Homosexuellen- und Transfeindlichkeit. Zugrunde liegt allen Phänomenen die Vorstellung einer sozialen Ordnung, die Menschen aufgrund ihres Geschlechts bestimmte Eigenschaften, Rollen und Aufgabenbereiche zuweist – und die es zu erhalten gelte. Bei Sexismus handelt es sich um eine unmittelbare und alltägliche Erfahrung von v.a. Mädchen und Frauen (siehe auch: Becker 2014), die aufgrund ihres Geschlechts eine Ungleichbehandlung erfahren. Misogynie dagegen beschreibt den Hass gegen Frauen aufgrund ihres Geschlechts. Der gewalttätigste Ausdruck der Misogynie sind Femizide, also die Ermordung von Frauen, weil sie Frauen sind: die Journalistin Susanne Kaiser beschreibt Femizide als Zuspitzung der alltäglichen misogynen Gewalt, die Frauen erfahren (2023: 42f.). Wissenschaftler:innen, Journalist:innen und Rechtsanwält:innen verweisen darauf, dass diese weltweit zunehmen (siehe auch Clemm 2023). Laut dem Labelbild zu „Geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten“ starb in Deutschland zuletzt fast jeden Tag eine Frau durch Gewalt durch einen Femi-zid, die Zahl der versuchten Tötungen übersteigt diese noch um ein Vielfaches

(BKA 2024).¹ Der Journalistin Susanne Kaiser folgend steigt die Gewalt gegen Frauen nicht *trotz* ihrer Emanzipation, sondern *wegen* ihr: „je selbstbewusster und selbstbestimmter die Frauen werden, desto mehr empfinden ihre Partner einen Kontroll- und Bedeutungsverlust, den sie über Gewalt auszugleichen versuchen“ (Kaiser 2023: 29f.).

3 Rechte Gewalt und Geschlecht

In Statistiken zu rechter Gewalt steigen in den letzten Jahren die Zahlen zu jenen Vorfällen, bei denen ein trans- oder homosexuellenfeindliches Motiv angenommen oder nachgewiesen wird (VBRG 2024). Dies mag mit unterschiedlichen Entwicklungen zu tun haben: zum einen sind Queers und ihre Lebenswelten heute in der Tat stärker sichtbar, im öffentlichen Raum ebenso wie als prominente Akteur:innen in öffentlichen Debatten, nicht nur um LGBTIQ*-Themen. Zum anderen hat die autoritäre und extreme Rechte einen aggressiven Antifeminismus und die Ablehnung vielfältiger Lebensweisen entlang von Geschlecht und sexueller Identität seit einigen Jahren zum Kern der eigenen Mobilisierung gemacht. Antifeminismus ist dabei anschlussfähig in unterschiedlichen Teilen der Gesellschaft: so spricht die Leipziger Autoritarismus-Studie von hohen Zustimmungswerten aus allen Teilen der Bevölkerung zu antifeministischen und noch stärker ausgeprägt transfeindlichen Ressentiments (Decker et al. 2024).

Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt dokumentieren vermehrt geschlechterbezogene rechte Gewalttaten und Anfeindungen (exemplarisch VBRG 2024). Die Zahlen steigen kontinuierlich über die letzten Jahre und zeugen von der Notwendigkeit, sich aus Perspektive der Rechtsextremismusforschung mit frauen- sowie queerfeindlicher Gewalt und deren Schnittmengen mit rechtem Gewalthandeln zu beschäftigen. Wie stark Antifeminismus und andere Formen geschlechterbezogener Ungleichwertigkeitsideologien als mögliches Motiv rechter Gewalttaten zu begreifen sind, zeigt auch der aktuelle Lagebericht des Bundeskriminalamts (BKA 2024) zu geschlechtsspezifischen Straftaten gegen Frauen. Hasskriminalität mit der Tatmotivation „Vorurteile gegen Frauen oder das weibliche Geschlecht“ verzeichnet für das Jahr 2023 einen Anstieg von frauenfeindlich motivierten Straftaten um über 50%. Dabei machen Straftaten aus dem Bereich der „Politisch

1 Das BKA weist dabei selbst darauf hin, dass ihre Zahlen zu Femiziden diese nicht inhaltlich hinsichtlich der Tatmotivation, sondern nur quantitativ als Tötungsdelikte gegenüber Frauen fassen können (BKA 2024: 36). Deutlich wird hier erneut der weitere thematische Forschungsbedarf.

motivierten Kriminalität – rechts“ (PMK rechts) laut BKA-Statistik 45% der Gesamtfälle aus (BKA 2024: 6).

Analog zum Verständnis von rechter Gewalt als ‚Botschaftstat‘ lässt sich auch Gewalt gegen Frauen und Queers unabhängig von der ideologischen Verortung der Täter:innen als eine solche verstehen: Sie richtet sich neben den direkt Betroffenen immer auch an die gesellschaftliche Gruppe, der diese angehören und an die Gesellschaft insgesamt. Die Strafverteidigerin Asha Hedayati begreift „Gewalt gegen Frauen [als] Ausdruck von Macht- und Abhängigkeitsverhältnissen, die strukturell in unserer Gesellschaft begründet sind“ (Hedayati 2023: 14) und die in rechten Weltbildern eine Zuspitzung erfahren (Clemm 2023). Ungleichheitsverhältnisse allgemein und eine traditionell ungleiche Geschlechterordnung im Besonderen werden in rechten Weltbildern als „naturegeben“ verklärt. Rassismus begrenzt die gedachte Wir-Gemeinschaft nach außen, eine starre Geschlechterordnung strukturiert die Gemeinschaft in ihrem Inneren. Gewalt dient hierbei der Verteidigung der gedachten Ordnung nach innen wie nach außen. Sie trifft u.a. Frauen, die gängigen Weiblichkeitsanforderungen nicht entsprechen, ebenso wie LGBTIQ*-Personen, die qua ihrer Existenz die binäre Geschlechterordnung unterlaufen. Die Gewalt fußt in antifeministischen, homo- und transfeindlichen Motiven, wobei sich die einzelnen Ungleichwertigkeitsdimensionen überlagern und mitunter potenzieren können. So berichtet Hedayati davon, dass behinderte Frauen – im Vergleich zur Gesamtbevölkerung – fast doppelt so viel körperliche und zwei bis dreimal so viel sexualisierte Gewalt im Erwachsenenalter erfahren (Hedayati 2023: 167f.). Extrem rechte Angriffe gegen politische Gegner:innen treffen weibliche und LGBTIQ*-Politikerinnen in besonderer Härte: weil sie emanzipierte Frauen oder Queers sind und damit nicht nur als politische Gegner:innen angegriffen, sondern auch für die Abweichung von der Geschlechternorm sanktioniert werden (Lang/Sigl 2023).

4 Rechte Gewalt in geschlechterreflektierender Perspektive

Die Verwobenheit von rechter Gewalt mit jener Gewalt, die Frauen und Queers aufgrund ihrer Position im Geschlechterverhältnis trifft, zeigt sich in den Dynamiken, die den Taten zugrunde liegen ebenso wie in den spezifischen Tatusformungen und den Folgen für die Betroffenen. Rechte Gewalt kennt dabei verschiedenste Ausdrucksformen und die Annäherung an rechte Gewalt kann aus unterschiedlichen Blickwinkeln erfolgen (exemplarisch Köbberling 2018). Wir möchten uns hier auf Formen rechter Gewalt konzentrieren, in denen das Geschlecht der Opfer oder deren geschlechtliche und sexuelle Orientierung eine Rolle für die Tatausübung spielen. Dabei zeigen wir auf, wie die Über-

schneidung extrem rechter und geschlechterbezogener Gewalt wiederum spezifische Gewaltfelder hervorbringt, in denen Frauen und Queers zu Betroffenen rechter Gewalttaten werden. In der gesellschaftlichen Wahrnehmung und der wissenschaftlichen Diskussion wird diese vergeschlechtlichte Analyse rechter Gewaltmotivationen und Gewalttaten meist nach wie vor vernachlässigt. Wenn aber davon auszugehen ist, dass Geschlecht eine Strukturkategorie (vgl. Aulenbacher 2021) für rechtes Denken wie Handeln darstellt, dann wird es nötig, rechte Gewalt unter eben dieser Perspektive zu analysieren.

Hierfür greifen wir zum einen auf Tatbeschreibungen zurück, die im Rahmen eines Interviews mit Mitarbeiterinnen einer Beratungsstelle für Betroffene von antisemitischer, rassistischer und rechter Gewalt entstanden sind², zum anderen nutzen wir exemplarisch ausgewählte Medienberichte über entsprechende Gewalttaten aus dem Jahr 2024 und explizieren die geschilderten Taten in einer intersektionalen Perspektive. In der Darstellung blicken wir zunächst auf rechte Gewalt, in denen die (durch die Täter zugeschriebene) weibliche und queere Geschlechtsidentität der Betroffenen tausalösend ist. Geschlecht wird hier zu einem zentralen Referenzpunkt für die direkte Gewaltausübung. Hierzu zählen in besonderer Weise auch Taten, die Frauen in ihrem privaten Nahraum angreifen. Im Weiteren fokussieren wir auf rechte Diskursgewalt, die sich gegen die Sichtbarkeit queeren Lebens richtet. Anhand von Beispielen wird deutlich, wie der radikalisierte Diskurs, der mitunter in den Sozialen Medien beginnt, den Nährboden für reale Angriffe bietet.

5 Rechte Gewalt gegen Frauen

In einem patriarchal überformten, heterosexuellen männlichen Begehren werden Frauen objektiviert. Lehnt eine Frau männliche Annäherungsversuche, Ansprüche und Zugriffe auf ihren Körper ab, so fordert das dementsprechend männliches Besitzdenken heraus. Wenn Männer in ihrem Begehren durch Frauen zurückgewiesen werden, erleben sie dies als Kränkung ihrer Männlichkeit.

Die in einem solchen Kontext ausgeübte Gewalt gegen Frauen kann damit als männliche Resouveränisierungsstrategie verstanden werden. Besonders gefährdet durch männliche Gewalt ist eine Frau dann, wenn sie sich aus einer Partnerschaft löst, den Mann verlässt (Clemm 2020: 132). Nicht zuletzt die aktuellen Zahlen zu Femiziden und Partnerschaftsgewalt zeigen, dass die

2 Wir beziehen uns im Folgenden auf Interviews mit Mitarbeiterinnen einer Beratungsstelle für Betroffene rechter Gewalt, welche die Grundlage für eine Untersuchung zu den vergeschlechtlichten Dimensionen rechter Gewalt mit Blick auf Brandenburg bildeten (vgl. Lang/Sigl 2023).

Bereitschaft von Männern, sich durch Gewalthandeln gegenüber Frauen in ihrem Männlichkeitsbild zu rehabilitieren, steigt (BKA 2024). Zu sehen sind diese Zahlen im Kontext weltweiter geschlechterpolitischer Entwicklungen: auf politischer Ebene findet sich diese in der Verschärfung von Gesetzen u.a. im Feld der reproduktiven Selbstbestimmung von Frauen. Auf der Mikroebene sehen wir weltweit steigende Zahlen an Femiziden und Gewalttaten von Männern an Frauen (Dyroff et al. 2023).

Frauen, die sich an eine Beratungsstelle für Betroffene rechter Gewalt wenden, erfahren männliche Gewalt in der Intersektion mit rassistischen, antisemitischen oder rechtsextremen Motiven. Auch hier finden sich Fälle, in denen die Männer entweder gewaltvoll agierten, wenn eine Partnerin die Beziehung beendete, oder aber wenn Frauen die Annäherungsversuche eines Mannes direkt zurückwiesen.

Beispielhaft berichteten die Mitarbeiterinnen einer Beratungsstelle von einem Fall, in dem ein Mann seiner Nachbarin gegenüber sexuell motiviertes Interesse zum Ausdruck brachte. Die Frau selbst war als *weiße* Deutsche nicht direkt von Rassismus betroffen, ihr Kind sowie der Vater ihres Kindes jedoch schon. Nachdem die Frau die Annäherungsversuche ihres Nachbarn abwies, schlug sein Interesse in Ablehnung um. Es folgten regelmäßige misogyn konnotierte verbale Angriffe, die unter Bezugnahme auf ihr Kind und den Kindsvater rassistische Ausdrucksformen fanden. Für die Frau, die mit ihrem Kind zusammen die Wohnung bewohnte, bestand die einzige Möglichkeit, der Situation zu entkommen, darin, sich eine neue Wohnung zu suchen. Vorhergegangene Versuche, Unterstützung durch ihre Vermieter:innen zu bekommen, schlugen fehl. Ebenso fehl schlug das Vorhaben, den Vorfall zur Anzeige zu bringen. Die Beamt:innen bewerteten die von ihr geschilderten Situationen als „Nachbarschaftsstreit“ und negierten damit die Misogynie und den Rassismus des Mannes als Tatmotiv.

Die Mehrfachbetroffenheit von Frauen, die neben ihrer Geschlechtszugehörigkeit noch von weiteren Diskriminierungsdimensionen betroffen sind, hebt auch Christina Clemm als Erfahrungswert ihrer Arbeit als Anwältin für gewaltbetroffene Frauen hervor (Clemm 2020: 193). Sie erschwere es den Betroffenen, adäquate Unterstützung zu bekommen – etwa indem, wie hier geschildert, die politische Motivation der Taten nivelliert oder den Frauen und ihren Familien nicht zugehört wird. Viele von rechter, rassistischer und misogyner Gewalt betroffene Frauen machen die Erfahrung, dass das von ihnen Erlebte als Beziehungsgewalt oder Nachbarschaftsstreit entpolitisiert wird. Dies gilt sowohl für Hausverwaltungen und Vermieter:innen wie für die zuständigen Ermittlungsbehörden. Hier ist zu vermuten, dass der weiterhin dominierende entpolitisierende wie emotionalisierende Blick auf Frauen innerhalb der Ermittlungsbehörden die Wahrnehmung der rechten Tatmotivation behindert und es zugleich für sie erschwert, Unterstützung zu bekommen (vgl. Lang/Sigl 2023).

Nicht immer stellen sexualisierte Tatmotivationen den Beginn der Angriffe auf Frauen in ihrem Wohnumfeld dar. In anderen Fällen begründet das rassistische Denken der Nachbar:innen die Gewalt. In einem durch die Mitarbeiter:innen der Beratungsstelle im Interview geschilderten Fall sah sich eine junge Frau rassistischer Gewalt durch einen Nachbarn ausgesetzt. Sie war nach ihrer Flucht aus einem Land im nordöstlichen Afrika in ihre erste eigene Wohnung in eine ostdeutsche mittelgroße Stadt gezogen. Direkt nach ihrem Umzug begann der Nachbar, sie rassistisch zu bedrohen. Jedes Mal, wenn sie ihre Wohnung verließ, wurde sie von ihm gefilmt und dabei rassistisch beleidigt. Dies führte nach einiger Zeit dazu, dass sie nur noch unter Begleitung ihre Wohnung verlassen konnte. Sein Verhalten machte es der jungen Frau unmöglich, sich in ihrer Wohnung weiterhin sicher zu fühlen. Auf ihre Beschwerden bei der Hausverwaltung erfolgten keine Reaktionen, so dass sie sich genötigt sah, zu kündigen und sich eine neue Wohnung zu suchen.

Die fehlende Unterstützung beschränkt die Möglichkeiten von Frauen, sich gegen Gewalt zur Wehr zu setzen. Was allgemein für die Handlungsräume gewaltbetroffener Frauen gilt, trifft auf mehrfachmarginalisierte Frauen in besonderer Weise zu: „Frauen wehren sich häufig nicht, weil ihnen das gesellschaftlich so beigebracht wurde, und wenn sie es doch tun, werden sie damit bestraft, dass ihnen nicht geglaubt wird, weil sie von dem erwarteten ‚typisch weiblichen‘ Verhalten abweichen“ (Hedayati 2023: 85).

Von solchen und ähnlich gelagerten Fälle wussten die Mitarbeiterinnen der Betroffenenberatung mehrfach zu berichten. Dass von rassistischen Angriffen im Wohnumfeld möglicherweise häufiger Frauen betroffen sind, kann auch damit zusammenhängen, dass das Wohnumfeld als häusliche Sphäre in klassischen Geschlechterentwürfen Frauen zugerechnet wird. Zugleich bedeuten Angriffe im eigenen Wohnumfeld das Eindringen in einen privaten Raum, in dem sich Menschen eigentlich geschützt fühlen sollten. An einem Ort, an dem es keine Öffentlichkeit gibt, potenziert sich die Vulnerabilität von Frauen gegenüber rechter und misogynen Gewalt: „Hier sind sie besonders verletzlich und in ihrer Sorge für die Familie und den persönlichen Nahbereich der Gewalt in besonderer Weise ausgesetzt. Die vermeintliche Privatheit des Raumes schützt sie dabei nicht. Ganz im Gegenteil machen sie die Erfahrung, dass ihnen ein Schutz verwehrt wird – indem Außenstehende das Geschehen wahlweise, wie bereits oben beschrieben, als ‚Beziehungskonflikt‘ oder ‚Nachbarschaftsstreit‘ entpolitisieren“ (Lang/Sigl 2023: 102).

Rechte Angriffe im Nachbarschaftsumfeld gegenüber Frauen und Kindern benötigen keine sexualisierte Komponente; gleichwohl drücken sie sich aus den geschilderten Gründen geschlechtsspezifisch aus. Aus einer rassistischen Tatmotivation heraus erfolgen Angriffe auf Mütter und ihre Kinder, die sehr bewusst von den Tätern als Nachbarschaftskonflikte inszeniert werden. Diese vermeintlichen Nachbarschaftskonflikte werden durch die Täter rassistisch überladen. Sei es, dass die Lebensweise der neuen Nachbar:innen exotisiert

wird oder die Lautstärke der Kinder kulturalisiert wird. Der geteilte soziale Nahraum wird von den Tätern als Bedrohung und Provokation ihres rechten und rassistischen Lebensentwurfs gesehen. Die Spanne der ausgeübten Gewalt reicht dabei von verbalen Bedrohungen im Treppenhaus über mutwillige Sachbeschädigung bis hin zu versuchtem Totschlag und Mord (ebd.).

Die Intersektion misogynen Gewalt mit rechten und rassistischen Tatmotivationen und Gewaltartikulationen findet hier auf zwei Ebenen statt: Die dem Rechtsextremismus inhärente Geschlechterideologie unterstützt die Entwicklung von Männlichkeitsbildern, bei denen Gewalt elementarer Bestandteil der männlichen Identität ist. Frauenhass als Teil einer „Ideologie der Ungleichwertigkeit“ fügt sich ein in ein rechtes menschenverachtendes Weltbild und kann Gewalt gegen Frauen nicht nur legitimieren, sondern auch verstärken. Die doppelte Akzeptanz der Ungleichwertigkeit schreibt sich in die geschilderten Taten ein. Es sind nur wenige Fälle bekannt, in denen es den Betroffenen gelang, die Angriffe als rassistische und rechte Gewalt öffentlich zu machen und dadurch auch politische Unterstützung zu erfahren. In einem solchen Fall wurde durch die Betroffene und ihre solidarische Nachbarschaft auf die rassistische Bedrohung einer alleinerziehenden Frau und ihrer Kinder aufmerksam gemacht. So kam es zu Sachbeschädigung in Form eines verbrannten Kinderwagens sowie zu rassistischen Bedrohungen, die an die Wohnungstür der Familie geklebt worden sind (vgl. Hamburger Abendblatt 2024). Anders als in vielen anderen ähnlich gelagerten Fällen konnte hier durch ein solidarisches Umfeld der betroffenen Frau so viel Öffentlichkeit geschaffen werden, dass die Bedrohungen durch die verantwortlichen Stellen nicht ignoriert werden konnten. Nicht nur Teile der städtischen Politik verurteilten die Angriffe, sondern auch die Wohnungsgenossenschaft äußerte sich öffentlich und sprach ihrer Mieterin Unterstützung zu. Der Familie war es kurze Zeit später möglich, umzuziehen. In vielen ähnlich gelagerten Fällen, die uns von Mitarbeiterinnen der Betroffenenberatungsstelle geschildert wurden, gelingt es indes nicht, die Betroffenen in dieser Weise umfassend zu unterstützen.

6 Querfeindliche rechte Gewalt

Zeitgleich zur Zunahme frauenfeindlicher und femizidaler Gewalt prägen Bilder queerfeindlicher Aufmärsche und antifeministischer Selbstinszenierung das Bild einer sich modernisierenden Rechten. Die ablehnende Positionierung gegenüber diversen Geschlechtsidentitäten und queerem sexuellem Begehren kann als öffentliche Verhandlung über die Deutungshoheit von vergeschlechtlichter Wirklichkeit verstanden werden. Während sich rechte Gewalt, ausgeübt von männlichen Tätern gegen Frauen, häufig im persönlichen Nahraum der Frauen ereignet und eine öffentliche Thematisierung mitunter unterbleibt,

prägt das offen queer- und transfeindliche Gewalthandeln die Auftritte rechter Gruppierungen in aller Öffentlichkeit. Damit wird diese Art des Gewalthandelns zur rechten Botschaftstat, mit der die Opfer als Repräsentant:innen einer Community angegriffen werden – ganz unabhängig davon, ob sie sich selbst der Community zugehörig fühlen. Die misogynen Taten rechter Männer gegen Frauen und Kinder folgen einer sexistischen und antifeministischen Ideologie und dienen den Tätern zur Wiederherstellung ihrer beschädigten gewaltvollen Männlichkeit. In den rechten queerfeindlichen Taten wird dieser Aspekt abgelöst durch die politische Botschaftsfunktion, die den Taten innewohnt. Hier geht es weniger um die ‚Reparatur einer konkret beschädigten Männlichkeit‘, stattdessen folgen die Taten einem Normierungsdrang – im Sinne einer Verdeutlichung sexueller Identität und der Repräsentation derselben.

Dass die Botschaftstaten nicht minder gefährlich für die von ihnen Bedrohten bleiben, zeigt sich an folgendem Beispiel: Im Rahmen gemeinwesenorientierter Sozialer Arbeit wurden in einem Stadtteil in Hamburg in einem Treffpunkt der Offenen Kinder- und Jugendarbeit regelmäßig Angebote für queere, nicht-binäre und trans Kinder und Jugendliche organisiert. Auf diese Arbeit wurden rechte Medien aufmerksam und skandalisierten sie über ihre Kanäle in den Sozialen Medien. Im Rahmen der entfachten politischen Hetzkampagne, in der sich Positionen gegen eine vermeintliche ‚Frühsexualisierung‘ mit Queerfeindlichkeit verbanden, wurden auch die Kontaktdaten und die Adresse der Einrichtung geteilt. Dies führte dazu, dass der Treffpunkt im Frühjahr 2024 direkt angegriffen wurde: Unbekannte verübten Sachbeschädigungen auf dem Gelände und legten aus Holzbalken ein großes Hakenkreuz auf das Grundstück. Der Angriff erfolgte im direkten zeitlichen Vorfeld des nächsten angekündigten Treffens für queere, nicht-binäre und trans Kinder und Jugendliche. Die Sozialarbeiter:innen sahen sich in der Folge gezwungen, das Angebot zum Schutz der Kinder und Jugendlichen an einen anderen, nicht öffentlichen Ort zu verlegen (Kutter 2024).

Auch die Angriffe und Proteste gegen Christopher Street Day Paraden in verschiedenen deutschen Städten im Sommer 2024 (vgl. Mellea/Dücker 2024) lassen sich unter dem Vorzeichen der öffentlichen Artikulation queer- und transfeindlicher Gewalt als Botschaftshandeln verstehen. Hier ließ sich beobachten, dass eine Vielzahl der Demonstrierenden junge, mitunter minderjährige Angehörige neonazistischer Szenen und Subkulturen waren. Dies ist insofern neu, als klassisch antifeministische Kampagnen gegen das rechte Feindbild „Gender“ in der Vergangenheit maßgeblich aus dem rechts-intellektuellen sowie parteigebundenen Spektrum getragen wurden (Lang i.E.). Das Bundesinnenministerium äußerte auf eine Anfrage, dass es „seit Jahren ein steigendes Niveau verbaler Angriffe auf die queere Szene [feststelle]. Insbesondere seit dem Sommer 2024 erkenne man jedoch eine vermehrt ‚realweltliche und physisch-gewaltorientierte‘ Fokussierung, zum Beispiel im Rahmen von Veranstaltungen wie dem Christopher Street Day“ (Reichert 2024, o.S.).

Die subkulturelle Rechte gilt seit jeher als gewaltbereit. Den Protesten der jugendlichen Neonazis folgten in mehreren Fällen Gewalttaten gegen Teilnehmende der Paraden: in der brandenburgischen Kreisstadt Oranienburg griffen Unbekannte einen Teilnehmer der Parade an: zwei Unbekannte stießen ihn vom Fahrrad und schlugen ihn auf dem Heimweg von einer Feier nach der Parade bewusstlos (Domscheit 2024). Die unbekanntenen Täter:innen konnten entkommen, ein Zusammenhang mit der Pride-Parade am Tag zuvor liegt nahe. Im sächsischen Bautzen entschieden sich die Veranstalter des Christopher Street Days dafür, die anschließende Feier nach der Parade abzusagen, aus Angst vor ähnlichen Gewaltszenarien (SZ 2024).

Durch ihre äußere Erscheinung erkennbare queere und trans Personen sind einem erhöhten Risiko ausgesetzt, körperlich angegriffen zu werden, da sie schon durch ihr bloßes Dasein die heteronormative Geschlechterordnung in Frage stellen. Nicht in jedem Fall lassen sich Aussagen zur ideologischen Verortung der Täter:innen treffen, bei einigen Gewalttaten aber liegt ein extrem rechter Hintergrund nahe. Die öffentlichen Angriffe jugendlicher Neonazis im Sommer 2024 sind der bisherige Höhepunkt einer offen queerfeindlichen Agenda der extremen Rechten und des allgemeinen Anstiegs queerfeindlicher Gewalttaten der letzten Jahre (exemplarisch Lüter et al. 2022). Zugleich sorgte die öffentliche Wahrnehmung rechter Gewalt gegen Queers auch für Momente der gegenseitigen Unterstützung und Solidarisierung: Die Anzahl von Pride-Paraden in Deutschland 2024 stieg und dabei auch die Zahl der daran Teilnehmenden.

7 Fazit

Der Wunsch nach Aufrechterhaltung einer heteronormativen Geschlechterordnung dient rechten Täter:innen zur ideologischen Legitimation frauen- und queerfeindlicher Gewalt. In mehreren der von uns beschriebenen Tatkonstellationen äußert sich diese als männliche Gewalt. Die Täter bedienen sich dabei männlicher Legitimationsstrategien ebenso wie rechter Ideologiefragmente zur Begründung ihrer Tat (Lang/Sigl 2023: 103). Rechte Gewalt dient in diesen Fällen der Herstellung und Resouveränisierung einer gewaltaffin-wehrhaften, soldatischen Männlichkeit (vgl. Virchow 2010). Jene Bilder einer traditionellen, gewaltaffinen Männlichkeit finden sich in den Ansprachen rechter Akteure an Jungen und Männer (Sauer 2024) – und sie finden ihre Zuspitzung im Gewalthandeln rechter Täter.

Der Blick auf die vielfältige Verschränkung von frauen- und queerfeindlicher Gewalt mit rechter Gewalt eröffnet Möglichkeiten, die jeweiligen Tatkonstellationen präziser beschreiben und dem Phänomen auch politisch in adäquater Weise begegnen zu können. In Zeiten autoritärer Verrohung, in denen

die gesellschaftliche Verhandlung geschlechterpolitischer Themen immer zentraler wird, scheint uns dies sowohl in wissenschaftlicher wie auch zivilgesellschaftlicher Perspektive dringend geboten.

Literatur

- Aulenbacher, Brigitte (2021): Geschlecht als Strukturkategorie: Über den inneren Zusammenhang von moderner Gesellschaft und Geschlechterverhältnis. In: Wilz, Sylvia Marlene (Hrsg.): Geschlechterdifferenzen – Geschlechterdifferenzierungen, Wiesbaden, 3. Auflage, S. 141–169.
- Becker, Julia C. (2014): Subtile Erscheinungsformen von Sexismus. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/178674/subtile-erscheinungsformen-von-sexismus/> [Zugriff: 12.12.2024].
- Bundeskriminalamt (BKA) (2024): Geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten. Bundeslagebild 2023. https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/Lagebilder/StraftatengegenFrauen/StraftatengegenFrauen_node.html [Zugriff: 12.12.2024].
- Clemm, Christina (2020): AktenEinsicht. Geschichten von Frauen und Gewalt. München.
- Clemm, Christina (2023): Gegen Frauenhass. Berlin.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (Hg.) (2024): Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Gießen.
- Domscheit, Yasha (2024): CSD in Oranienburg: Erst queere Freude, dann rechte Gewalt. <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1185452.christopher-street-day-csd-in-oranienburg-erst-queere-freude-dann-rechte-gewalt.html> [Zugriff: 27.10.2024].
- Dyroff, Merle/Maier, Sabine/Pardeller, Marlene/Wischnewski, Alex (Hrsg.) (2023): Feminizide. Grundlagentexte und Analysen aus Lateinamerika. Leverkusen.
- Hamburger Abendblatt (2024): Familie mit Hassparolen bedroht: Heute Demo ab Bahnhof Altona. <https://www.abendblatt.de/hamburg/altona/article241592310/AfD-Logo-und-Hassparolen-plakatiert-Altona-93-erschuettert.html> [Zugriff: 27.10.2024].
- Hedayati, Asha (2023): Die stille Gewalt. Wie der Staat Frauen alleinlässt. Hamburg.
- Kaiser, Susanne (2023): Backlash – Die neue Gewalt gegen Frauen. Berlin.
- Köbberling, Gesa (2018): Beratung von Opfern rechter und rassistischer Gewalt. Herausforderungen Sozialer Arbeit zwischen individueller Hilfe und politischer Intervention. Bielefeld.
- Kutter, Katja (2024): Angriff nach „Russia Today“-Artikel – „RT Deutschland“ berichtete im Februar über einen Hamburger Bauspielplatz für trans* Kinder. Nun tauchten dort Hakenkreuze und Geschmiere auf. taz, 1.7.2024: <https://taz.de/Bauspielplatz-mit-trans-Angebot!/6020131/> [Zugriff: 27.10.2024]
- Lang, Juliane (i.E.): Rechtsextremismus und Geschlecht im Wandel. Wiesbaden.

- Lang, Juliane/Sigl, Johanna (2023): Rechte Gewalt und Geschlecht. Eine fallbezogene Analyse von Dynamiken und Verwobenheiten. In: Botsch, Gideon/Köbberling, Gesa/Schulze, Christoph (Hrsg.): Rechte Gewalt. Berlin, S. 93–112.
- Lüter, Albrecht/Breidscheid, Dana/Greif, Philippe/Imhof, Willi/Konradi, Moritz/Riese, Sarah (2022): Berliner Monitoring. Trans- und homofeindliche Gewalt. https://www.lsbti-monitoring.berlin/wp-content/uploads/Monitoring-trans-und-homophobe-Gewalt_2022_barrierefrei.pdf [Zugriff: 27.10.2024].
- Mellea, Jessa/Düker, Joe (2024): Eine neue Generation von Neonazis: Mobilisierungen gegen CSD-Veranstaltungen im Jahr 2024 durch rechtsextreme Jugendgruppen im Internet. CEMAS, research paper, 20.11.2024, <https://cemas.io/publikationen/neue-generation-neonazis-mobilisierung-gegen-csd-veranstaltungen/> [Zugriff: 12.12.2024].
- Opferperspektive Potsdam (OPP) (2020): Wahrgenommene Bedrohung bleibt hoch. Hintergrundpapier der Opferperspektive vom 11.03.2021. <https://www.opferperspektive.de/aktuelles/statistik-2020> [Zugriff: 31.01.2025].
- Reichert, Philipp (2024): Queere Szene im Visier gewaltbereiter Rechtsextremisten, tagesschau, 24.10.2024, <https://www.tagesschau.de/investigativ/report-mainz/rechtsextremisten-gewaltbereit-queer-szene-csd-100.html> [Zugriff: 27.10.2024].
- Sueddeutsche Zeitung (SZ) (2024): Sicherheitsbedenken: CSD-Abschlussparty in Bautzen abgesagt, 09.08.2024, <https://www.sueddeutsche.de/leben/rechte-mobilisierung-sicherheitsbedenken-csd-abschlussparty-in-bautzen-abgesagt-dpa-urn-newsml-dpa-com-20090101-240809-930-199338> [Zugriff: 31.01.2025].
- Sauer, Birgit (2024): Autoritär-rechte Männlichkeiten. <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/555723/autoritaer-rechte-maennlichkeiten/> [Zugriff: 12.12.2024].
- Theweleit, Klaus (2019): Männerphantasien. 3. Auflage, Berlin.
- Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) (2024): Rechte Gewalt 2023: Eine alarmierende Jahresbilanz der Opferberatungsstellen. Pressemitteilung, 21.05.2024, https://verband-brg.de/wp-content/uploads/2024/05/VBRG_Jahresbilanz_rechte_Gewalt_2023_final_21.05.2024.pdf [Zugriff: 27.10.2024].
- Virchow, Fabian (2010): Tapfer, stolz, opferbereit – Überlegungen zum extrem rechten Verständnis „idealer Männlichkeit“, in: Claus, Robert/Lehnert, Esther/Müller, Yves (Hrsg.), „Was ein rechter Mann ist...“. Männlichkeiten im Rechtsextremismus. Berlin, S. 39–52.

Tradwives und Rechte Momfluencerinnen – Rechte Bilder von Mutterschaft in den Sozialen Medien

Viktoria Rösch

1 Einleitung

Lana Lokteff, eine Influencerin der US-amerikanischen Alt-Right-Bewegung, spricht in einem Interview mit der Autorin Seyward Darby darüber, Mutter zu sein, obwohl sie noch gar keine ist (vgl. Leidig 2023: 106). Melanie Schmitz, die von den Medien als „Postergirl der Neuen Rechten“ (Würger 2017) bezeichnet wird, ist seit der Geburt ihres Kindes aus der ersten Reihe verschwunden. Brittany Sellner (ehemals Pettibone) verkündete am 04. Juni 2022 auf ihrem Telegramkanal ihren Abschied vom Aktivismus und stellte – zumindest vorübergehend – die Videos auf ihrem YouTube-Kanal auf privat¹.

Diese drei Beispiele rücken jeweils auf ihre Weise einen spezifischen Aspekt des Verhältnisses von rechtem, weiblichen Aktivismus und Mutterschaft ins Licht. Einerseits gilt Mutterschaft als Norm, andererseits steht sie in Widerstreit zum eigenen politischen Aktivismus, denn trotz Modernisierungen im Rollenangebot für rechte Frauen, fungiert Geschlecht in der Ideologie der extremen Rechten immer noch als „sozialer Platzanweiser“ (Lang 2015: 169). Frauen gelten als für die Reproduktion zuständig, Männer für die Politik. Keine Mutter zu sein ist ebenso begründungsbedürftig wie die eigene politische Betätigung als Frau. Mutterschaft stellt in diesem ideologischen Gerüst einen zentralen Stellenwert dar, die Essenz der Existenz als Frau und zentraler Antrieb für die eigene politische Betätigung. Eine Möglichkeit, das spannungsgeladene Verhältnis aufzulösen, ist es, die eigene (zukünftige) Mutterschaft zum inhaltlichen Kern des politischen Aktivismus zu machen – etwa als Tradwife oder rechte Momfluencerin.

Die *Tradwife* (Kofferwort aus „traditional“ und „(house-)wife“) ist eine Social-Media-Figur. So bezeichnen sich Frauen, die ihr Hausfrauensein in ihren Accounts prominent nach außen tragen. Tradwives verkörpern in erster Linie einen Lifestyle, der nicht vordergründig politisch ist, sondern sich auf das

1 Die Autorin hat dies am 29.08.2022 in ihren Feldnotizen notiert und einen Screenshot des entsprechenden Posts des Telegramaccounts von Brittany Sellner <https://t.me/s/brittany sellner> erstellt.

Private fokussiert. Die Einflussnahme auf Lifestyleentscheidungen und alltägliche Fragen ist Teil der Strategie der Neuen Rechten, die unter dem Begriff der *Metapolitik* bekannt ist. Ziel der Neuen Rechten ist es, (auch) außerhalb der politischen Institutionen ihre Ideologie kulturell zu verankern (vgl. Pfahl-Traugher 2022: 97ff.). Hierfür eignen sich im besonderen Maße Aktivitäten in den sozialen Medien (vgl. Maly 2020).² Einer dieser Wege ist die Etablierung von rechten Influencer*innen³ oder auch die Anbindung bereits bestehender Accounts an das Feld extrem rechter Allianzen. Insbesondere für Frauen ist dieser Modus interessant, verknüpft er doch die öffentliche – aktivistische – Sphäre (im rechten Weltbild eigentlich Domäne der Männer) mit dem Privaten. Und für Mütter bietet sich darüber die Chance, ihre Rollenerwartung zu erfüllen, sich selbst aufzuwerten und gleichzeitig öffentlich sichtbarer Teil der Bewegung zu sein.

Rollenbilder und die damit verknüpfte Bildproduktion verstehe ich vor diesem Hintergrund als ein Element des gesamtgesellschaftlichen Geschlechterverhältnisses (Knapp 2001), das Teil politischer Auseinandersetzungen ist. Aus diesem Grund frage ich in diesem Beitrag nach der bildlichen Performanz von Mutterschaft in rechten Netzwerken. Dafür werde ich zunächst den Stellenwert von Mutterschaft in der (extremen) Rechten skizzieren und die Frage nach der Attraktivität des rechten Rollenangebots für Frauen im 21. Jahrhundert diskutieren (Kap. 2). Nach einem kurzen Exkurs zu Ikonizität zeige ich exemplarisch anhand der Analyse eines Instagram-Accounts, wie rechte Mutterschaft inszeniert wird, welche Bildsprache dabei genutzt und welche Verschränkungen wir mit gesamtgesellschaftlichen Diskursen um Erziehung und Mutterschaft herauszuarbeiten können (Kap. 3). Zum Abschluss beleuchte ich die biopolitische Funktion von Mutterschaft in der Weltvorstellung der extremen Rechten und argumentiere, dass Bildproduktion in den sozialen Medien immer auch politisch ist, da Bilder und visuelle Inszenierungen gesellschaftliche Vorstellungen sowohl widerspiegeln als auch mitformen.

2 Im aktuellen Vokabular der organisierten Rechten in Deutschland werden diese Akteur*innen als „Vorfeld“ bezeichnet.

3 Als politische Influencer*innen fasse ich Accounts, die versuchen, mit den Strategien des Influencer-Marketings politischen Einfluss zu nehmen. Zentral ist, dass die mediale Selbstinszenierung und die zu transportierenden politischen Inhalte eng miteinander verwoben sind. Die Accounts portraituren einen Lifestyle, der als erstrebenswert gilt. Statt Produkte zu verkaufen, vermarkten sie ihre politischen Botschaften (ausführlicher dazu Rösch 2023a).

2 Mutterschaft als Rollenangebot für Frauen in der (extremen) Rechten

„Wir Europäer sind gebärmüde und zeugungsfaul“ (Kositza 2008: 56), schreibt die neurechte Publizistin Ellen Kositza 2008 und verweist direkt auf die biopolitische Dimension rechter Ideologie. Die Gründe für ihre Diagnose sieht sie in „geschlechtliche[r] Gleichheits-Ideologie“ (ebd.: 16) und der industriellen Revolution (vgl. ebd.: 61). Die Leidtragenden seien in erster Linie „die Kinder“ (ebd.: 16). Das Narrativ ist in seinen Grundzügen bekannt und zentral für rechte apokalyptische Zeitdiagnosen (vgl. Botsch/Kopke 2018: 70) und findet sich etwa in der deutschen Eugenikbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts (vgl. Blum 2019; Neumann 2023). In rechten Schriften und weiteren Medienereignissen wird eine behauptete feminisierte Männlichkeit des 21. Jahrhunderts (Sanders 2019) und mangelnde Weiblichkeit beklagt. Die rechte Kritik an der Moderne wird verknüpft mit einer Kritik an der (vermeintlichen) Auflösung der binären Geschlechterordnung. Die Neue Rechte setzt ihrer apokalyptischen Zeitdiagnose (vgl. Schilk 2021: 460ff.) in ihrem Bild von Mutterschaft ein Gegenentwurf. Ellen Kositza etwa bricht eine Lanze für die „Glücke“ und ihre spezifische Stärke (vgl. Kositza 2008: 53).

2.1 Rechte Mutterschaftsbilder im historischen Kontext

Mutterschaft ist ein zentrales Inklusionsversprechen für Frauen in die rechte Ideologie (Reusch 2021). Bereits im Nationalsozialismus wurden als arisch konstruierte Frauen durch die Überhöhung von Mutterschaft in die Dominanzgesellschaft inkludiert (Rommelspacher 1995). In Bildern der NS-Propaganda, werden Frauen bzw. präziser der Körper der ‚arischen‘ Frau als Mutter ästhetisch aufgeladen und Teil der eliminatorischen Rassenpolitik (vgl. Klammer 2019). Gleichzeitig muss konstatiert werden: In der (extremen) Rechten existiert kein einheitliches Mutterbild; neben dem völkischen Ideal finden sich ideologische Bezüge, die im Konservatismus und somit der bürgerlichen Mutterrolle verwurzelt sind (vgl. u.a. Bitzan 2000). Trotz divergierender Perspektiven, die sich sowohl in unterschiedlichen Strömungen als auch im zeitlichen Verlauf zeigen, lässt sich ein zentraler Kern identifizieren. Auch heutzutage gilt Mutterschaft als das Ideal von Weiblichkeit und letztlich die Aufgabe von Frauen und wird stets positiv aufgeladen (vgl. Haas 2020: 110; Lang/Reusch 2022: 271; Reusch 2022: 28).

Mutterschaft dient der (extremen) Rechten als „Trägerthema“ (Reusch 2022) in andere Milieus, indem Bilder (rechter) Mütter lange bekannte, tief im gesellschaftlichen Wissensvorrat vorhandene Bilder von Mutterschaft aufgreifen und an etablierte Vorstellungen von sorgender Mutterschaft anknüpfen.

Besonders wirkmächtig ist die Vorstellung von Mutterliebe. Das Bild der liebenden Mutter und der Care-Arbeit als ‚Liebesdienst‘, auf das wir heute rekurren, ist Teil eines bürgerlichen Geschlechterverhältnisses, welches sich im 19. Jahrhundert herausbildete (vgl. Woesler de Panafieu 1990). Weibliche Produktivität wurde negiert und die reproduktive Tätigkeit der Frau als Mutterliebe umgedeutet. Ein polares Geschlechterverhältnis wurde vorherrschend, wobei Frauen und Männern komplementäre Eigenschaften zugeschrieben wurden, was mit einer vergeschlechtlichten Arbeitsteilung korrespondierte. Die sich entwickelten Vorstellungen von Mutterschaft und die Emergenz der Mutterliebe im 19. Jahrhundert wiederum basierten ebenfalls auf überzeitlichen Bildern von Mutterschaft. Als eines von vielen Beispielen ist der Kult um die Göttin Isis im antiken Ägypten zu nennen, die als (stillende) Mutter abgebildet wurde (vgl. Jones 2012).

Die Wirkmächtigkeit der rechten Weltvorstellung zeigt sich insbesondere bei jenen Frauen, die selbst (noch) keine Mütter sind, deren zukünftige Mutterschaft jedoch stets ein fester Bestandteil ihrer öffentlichen Darstellung ist. Die identitäre Aktivistin Freya Honold schreibt über die Schönheit von Muttergefühlen und ihr Muttersein als Wunsch (vgl. Haas 2020: 110f.).⁴ Die Imagination als Mutter hat zudem die Funktion sich selbst als rechte Aktivistin zu legitimieren (vgl. ebd.: 103). Es findet eine „Verzeitigung von Vereinbarkeit“ (Lang/Reusch 2022: 270) von politischem Aktivismus und Mutterschaft statt. Diese Verzeitigung lässt sich auch in den Aussagen extrem rechter Akteurinnen der 1980er Jahre nachvollziehen – wenn auch mit einem veränderten Schwerpunkt: Der politische Kampf wird nur so lange als notwendig erachtet, bis die ‚Krisenzeit‘ vorbei ist. In den idealen rechten Verhältnissen wäre die genuine Rolle der Frau, wieder die der Mutter (vgl. Bitzan 2000: 126). Trotz der Fokussierung auf Mutterschaft als Kernaufgabe von Frauen, lässt sich immer wieder beobachten, wie Rechte offen sind für alternative Rollenangebote außerhalb starrer, ‚traditioneller‘ Vorstellungen. Allerdings nur solange der Kern der Ideologie nicht angegriffen wird (vgl. AK-Fe.In 2019: 144).

2.2 *Der Tradwife-Lifestyle als individualisierter Umgang mit der weiblichen Malaise*

Die Transformation der gesellschaftlichen Organisation von Sorge verändert das gesellschaftliche Bild von Mutterschaft. In Westdeutschland kann beobachtet werden, wie Unterhalts- und Sorgeregelungen sich wandelten und wie das Ideal der Hausfrauenehe durch sozial- und arbeitspolitische Maßnahmen abgelöst wurde (vgl. Reusch 2018). Damit verschränkt kam es ab den

4 Interessanterweise präsentiert sie sich auf ihrem Account @freyrosi seit dem 08.01.2025 als Mutter und Ehefrau.

60er-Jahren zu beginnenden Flexibilisierungen im Geschlechterverhältnis⁵. Begleitet wurden diese Entwicklungen durch neue Vorstellungen über die Ausgestaltung von Mutterschaft sowie durch veränderte Paradigmen in der (Kinder-)Erziehung (vgl. ebd.: 89). Vorstellungen von Mutterschaft sind demnach eingespannt in ein Netz aus althergebrachten gesellschaftlichen Ikonografien der Mutter, gesellschaftlich hegemonialen Vorstellungen des Geschlechterverhältnisses und wohlfahrtsstaatlichen Institutionen. Die Bilder sind geprägt von Persistenz einerseits und Wandel andererseits. Den Idealbildern steht darüber hinaus die konkrete Ausgestaltung im Alltag und die empirische Realität entgegen.

Die (Ideal-)Bilder von Mutterschaft verstehe ich als Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse, als Spiegel oder Gegenentwurf. Das Selbstverständnis demokratischer Gesellschaften impliziert ein Gleichheitsversprechen im Sinne der Aufklärung, das – nach Jahrzehnten des feministischen Kampfes (vgl. Gerhard 2018) – auch Frauen inkludiert. Die rechtliche Gleichstellung von Frauen und Männern gilt als deren Basis, auch Deutschland besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass Frauen und Männer – sowohl juristisch als auch im Berufsleben – gleichberechtigt sein sollten (vgl. Vinken 2022: 46). Betrachtet man jedoch die praktische Ausgestaltung der Geschlechterverhältnisse, zeigt sich weiterhin eine deutliche Ungleichheit. Ein prägnantes Beispiel hierfür ist der sogenannte Gender-Care-Gap. So wird in Deutschland der Großteil der Sorge- bzw. Care-Arbeit in privaten Haushalten geleistet. Laut dem Statistischen Bundesamt leisten Frauen wöchentlich durchschnittlich 9 Stunden mehr unbezahlte Arbeit als Männer – was 2022 zu 44 % mehr unbezahlter Arbeit im Vergleich zu Männern führte. Betrachtet man zudem die Situation von Eltern mit Kindern, steigen diese Werte noch weiter an (vgl. Statistisches Bundesamt 2024). Die Situation steht „im Konflikt mit den Gerechtigkeits- und Solidaritätsversprechen der modernen Gesellschaft“ (Knapp 2022: 54f.). Was Leo Löwenthal als „Malaise“, dem sozialen Unbehagen mit der Moderne, aufgrund nicht eingelöster Gleichheitsversprechen beschreibt (Löwenthal 1982: 29), können wir für Frauen im 21. Jahrhundert in besonderer Weise beobachten: eine spezifisch *weibliche Malaise* als Reaktion auf ein uneingelöstes emanzipatorisches Gleichheitsversprechen.

Neben ökonomischen und sozialpolitischen Differenzen steht auch der Rollenanspruch an Mütter, der sich aus traditionellen Bildern und Vorstellungen von Mutterschaft speist, im Widerspruch zum Gleichheitsanspruch der Gesellschaft (vgl. Vinken 2022). Dieser Sachverhalt wird in der deutschen

5 Die Flexibilisierung der Geschlechterverhältnisse ist nicht alleine als Ausbruch aus gesellschaftlichen Zwängen zu verhandeln, so konstatiert Marie Reusch neue Formen der „Rigidisierung“ von Mutterschaft (vgl. Reusch 2018). Auch die „Mutti“ in der DDR war trotz staatlich verordneter Gleichberechtigung wiederum eigenen Formen der Rigidisierung unterworfen (vgl. Neumaier 2022: 35). Doch auch hier waren weiterhin die Frauen in erster Linie für die Familie verantwortlich (vgl. ebd.: 37) und galten als „versierter bei der Erledigung von Hausarbeiten“ (ebd. 79).

Gesellschaft keineswegs ignoriert; es besteht grundsätzlich eine hohe Sensibilität für die fortwährende Diskriminierung von Frauen (vgl. Umrath 2022: 146). Zu beobachten ist also eine Divergenz zwischen den normativen Ansprüchen einer egalitären Geschlechterordnung einerseits und der Ausgestaltung im Geschlechterverhältnis andererseits. Diese Divergenz produziert Spannungen und Konflikte, welche auch von einer Mehrheit der Gesellschaft anerkannt werden. Die Bearbeitung dieser Konflikte, die sich bspw. durch Vereinbarkeitsfragen ergeben, gelten im Neoliberalismus als individuelle Aufgabe. Die Bearbeitungsmechanismen können unterschiedlich gestaltet sein, etwa durch die Externalisierung von Sorgetätigkeiten an andere Personen (Kalkstein 2021), Selbstoptimierung im Zeitmanagement oder Meditation und Self-Care, um der Belastung entgegenzuwirken (vgl. Röcke/Nehring/Salmenniemi 2024). Auch hunderte Reels für die perfekte Organisation von Kinderspielzeug, das effiziente Waschen von Kleidung oder TikToks für gesunde Meal-Preps können als Symptom dieses Bearbeitungsmodus verstanden werden. Es gilt als individuelle Entscheidung, wie Personen, die Care-Krise lösen – ungeachtet von den unterschiedlichen materiellen, kulturellen Ressourcen der Akteur*innen. An diesen individualisierten Bearbeitungsmodus knüpft der Tradwife-Trend und die damit verbundenen Bilder von Mutterschaft an.

Das Phänomen der Tradwife breitet sich seit einigen Jahren ausgehend von den USA in den Sozialen Medien aus (Mattheis 2021). Junge Frauen verkörpern ihre Vorstellung eines traditionellen Lebens als Hausfrau auf Instagram, TikTok oder Pinterest. Unter dem Slogan „Femininity not Feminism“ (Leidig 2023: 56) verknüpfen sie in perfekt abgestimmten Bildern einen romantisierenden Blick auf Care-Arbeit und eine strikt binäre Geschlechterordnung mit einer antifeministischen Haltung (vgl. Rösch 2023b). Tradwives sind dabei zumeist in ihrer Selbstbezeichnung betont unpolitisch, doch bieten sich sowohl ideologische als auch personelle Überschneidungen zur extremen Rechten (vgl. Bauer/Rösch 2023; Leidig 2023: 89ff.). Die Schnittmenge bildet dabei in erster Linie die latente oder manifeste Ablehnung des Feminismus.

Tradwives fokussieren sich auf den privaten Raum und schaffen mit ihrer Absage an die Maxime der Erwerbstätigkeit einen Lösungsweg. Sie verknüpfen dieses Rollenangebot mit einem strikt binären Geschlechterverständnis und einer Absage an die Moderne. Sie knüpfen dabei die Konflikthaftigkeit der „doppelten Vergesellschaftung von Frauen“ (Becker-Schmidt 2003) an die Errungenschaften emanzipatorischer Bewegungen, woraus sich ihre antifeministische Haltung speist. Darüber hinaus begeben sie sich offensiv in die materielle Abhängigkeit zu ihren männlichen Partnern (vgl. Mattheis 2018). Gleichzeitig rekurrieren Sie auf bürgerliche Freiheitsnormen, wenn sie etwa die Maxime zur Frauenerwerbstätigkeit als Einschränkung der Wahlfreiheit von Frauen zur Mutterschaft (vgl. Sauer/Penz 2023: 103ff.) umdeuten. Die Maxime zur Freiheit und Autonomie treiben sie dabei auf die Spitze und zeigen

die Paradoxie des Autonomiegrundsatzes auf: Die Möglichkeit einer selbstgewählten Unterwürfigkeit und idealisieren diese als weibliche Tugend.

Nicht nur Tradwives, auch dezidiert politische rechte Akteurinnen zeichnen ein Idealbild von weiblicher Care-Arbeit und damit auch immer implizit und explizit eine Romantisierung von Mutterschaft (vgl. Lang/Reusch 2022: 271). Das Rollenangebot der extremen Rechten, das eine Retraditionalisierung der Care-Arbeit umfasst, individualisiert die Folgen der potenziellen Konflikthaftigkeit einer gesellschaftspolitischen Norm der Erwerbstätigkeit aller Erwachsenen (vgl. Lang/Reusch 2022: 275). Damit passt die Retraditionalisierung von Geschlechterrollen und Care-Arbeit in den individuellen Konfliktbearbeitungsmodus des Neoliberalismus.

Die Retraditionalisierung manifestiert sich bildlich in der Figur der Tradwife. Diese schafft über Bilder in den Sozialen Medien Rollenangebote für (junge) Frauen und auch implizit für das komplementäre Gegenüber, die (jungen) Männer. Der Trend ist damit Teil gesamtgesellschaftlicher Bildproduktionen über (gute) Mutterschaft.

3 Bildproduktion von (rechter) Mutterschaft

Im Ringen um eine gesamtgesellschaftliche Vorstellung von Mutterschaft sind (extrem) rechte und identitäre Akteur*innen eine wichtige Stimme. Die von ihnen produzierten Bilder auf TikTok, Instagram oder Pinterest sind ein Teil dieses Ringens, denn gesellschaftliche Vorstellungen von Mutterschaft sind eng verknüpft mit bildlichen Darstellungen dieser. Wenn wir verstehen wollen, wie die permanente Bebilderung zur Verhandlung über die Ausgestaltung des Geschlechterverhältnisses beiträgt und wie das Posten von Bildern in den sozialen Medien Gesellschaft mitformt, müssen wir zunächst einen Schritt zurücktreten und uns fragen, was aus soziologischer Sicht Bilder ausmacht.

Bilder sind „Produkte und Bestandteile gesellschaftlich eingeübter oder institutionalisierter Handlungsroutinen“ (Müller 2020: 358). Diese Handlungsroutinen prägen einerseits die Produktion der Bilder und andererseits die Konventionen und gesellschaftlichen Sehgewohnheiten, das heißt, wie Bilder und ihre Bedeutungen in der Gesellschaft rezipiert werden. So wird verständlich, dass Darstellungen nicht bloße Abbildungen von Realität sind, sondern auch aktiv an der Konstruktion und Interpretation gesellschaftlicher Wirklichkeiten mitwirken (vgl. Breckner 2010). Am Beispiel von Mutterschaftsbildern beutet dies, dass die Bilder auf bekannte Darstellungsformen zurückgreifen, die bestimmte gesellschaftliche Erwartungen und Ideale widerspiegeln, wie zum Beispiel die Vorstellung der fürsorglichen, aufopfernden Mutter. Gleichzeitig können über das Spiel mit Ähnlichkeit und Differenz (dem Kern ikonografischer Ausdrücke (vgl. Müller 2016: 130ff.)), Aspekte dieser Vorstellungen

verstärkt werden, aber auch alternative Deutungen etabliert werden, die veränderte Perspektiven auf Mutterschaft ermöglichen.

Exemplarisch möchte ich dies anhand meiner Analyse des Accounts einer jungen Frau aufzeigen, die bereits bei dem rechten Kampagnen-Versuch #120Dezibel (vgl. Wielens 2019) in Erscheinung trat und auf Instagram Teil des rechten Netzwerkes ist. Im Entstehungsprozess dieses Artikels wurde das Profil auf Instagram auf ‚privat‘ gestellt, weswegen ich darauf verzichten werde, das Profil zu benennen und die Bilder zu zeigen. Die Reichweite nach Außen ist dementsprechend nicht mehr gegeben, doch hat sie mit weit über tausend Follower*innen mindestens innerhalb der Szene und angrenzenden Milieus eine gewisse Reichweite.

Ich möchte dabei zwei Aspekte hervorheben: (a) die Bildsprache und (b) die Anknüpfung an die Debatte um Attachment-Parenting.

Der Account umfasst knapp 330 Beiträge und knapp 30 Highlightstories (Stand 15.08.2024). In ihrer Bio (einer Art Kurzsteckbrief auf Instagram) nennt sie ihr Alter, führt sich als Mutter ein und beschreibt sich als bedürfnisorientiert, naturnah und interessiert an traditioneller Ernährung. Diese Selbstdarstellung zieht sich auch durch die Bilder, die sie präsentiert. Wir sehen eine junge Frau mit langem rotbraunem Haar in der Natur, mal schwanger, mal spielend mit ihren Kindern, die Kinder tragend im Tuch oder auf dem Arm, wir sehen sie stillen. Die Farben der Fotos spiegeln die Jahreszeiten wider. Wir sehen sie in verschiedenen Posen den Kindern zugeneigt, sich kümmernd. Neben den vielen Bildern enthalten die Beiträge teils auch sehr lange Ausführungen über ihren Alltag als Mutter und ihre Gedanken zu Mutterschaft und Familie. Sie thematisiert dort auch immer wieder Anstrengungen, in den Bildern sind diese allerdings nicht präsent. In der Übersicht über das ganze Profil zeigt sich eine visuelle Harmonie und das vollkommene Aufgehen der jungen Frau in der Rolle als Mutter.

Die junge Frau orientiert sich an der sogenannten bedürfnisorientierten Erziehung und empfiehlt auch einen Erziehungsratgeber mit dem Titel „artgerecht“. Erziehungsdiskurse wandeln sich und so auch mögliche Anknüpfungspunkte der (extremen) Rechten. Stephanie Simon und Werner Thole haben Bürgerlichkeit und Autorität als zentrale zeithistorisch überdauernde Kennzeichen von Elternratgebern herausgearbeitet, an die die extreme Rechte anknüpfen kann (Simon/Thole 2021). Eine der jüngsten Entwicklungen ist die Integration bedürfnisorientierter Erziehungsansätze, auch bekannt als Attachment-Parenting (Köhler 2022). Ein zentraler Anknüpfungspunkt rechter Akteur*innen liegt in der erziehungsmäßigen Legitimation von Homeschooling und der Erziehung zu Hause (vgl. Köhler 2022: 41, 47). Ähnliche Entwicklungen lassen sich in der Befürwortung von Hausgeburten und anderen reproduktiven Praktiken beobachten, die gezielt vom staatlichen Einfluss ferngehalten werden sollen. Damit geht eine strategische Depolitisierung von Elternschaft einher, in deren Rahmen Mutterschaft und Elternschaft vollständig als private Aufgaben

verhandelt werden. Die Anhänger*innen dieser Erziehungskonzepte positionieren sich häufig als Außenseiterinnen und inszenieren ihre Praktiken als widerständige Ansätze gegen die vorherrschenden gesellschaftlichen Normen. In diesem Kontext wird die Rolle der Mutter gezielt als Gegenentwurf zu staatlich regulierten Erziehungsmodellen konzipiert.

Bilder von hingebungsvoller Mutterschaft finden wir in den sozialen Medien auch außerhalb der (extremen) Rechten, ebenso die Bebilderung des bedürfnisorientierten Erziehungsansatzes in alternativen Milieus. Auf dem analysierten Account werden normalisierte Vorstellungen von Familie und Mutterschaft präsentiert. Auch ihre Highlightstories sind für Instagram keine Besonderheit: Von Stoffwindeln, Kinderbüchern, Erstausrüstung bis zu ‚Homemaking‘. Der Trend zur Ursprünglichkeit als Gegenbild zur hektischen Moderne und Überflussgesellschaft findet sich auch in anderen Milieus (Stichwort: Slow-Food, DIY, Minimalismus etc.). Die digitale Aufbereitung der eigenen Naturnähe und die Bildsprache der Romantik sind ebenfalls gängige Sujets auf Instagram (vgl. Lickhardt 2021). Der Fokus auf die Kernfamilie fügt sich darüber hinaus nahtlos in den gesellschaftlichen Familismus ein (Notz 2015).

In der Kontrastierung zu anderen Bildern auf Instagram wird deutlich, dass die extreme Rechte keine genuin rechten Bilder von Mutterschaft etablieren muss, die über bekannte Rollenbilder hinausgehen. Sie kann auf ein gesellschaftliches Bildwissen zurückgreifen, denn die Romantisierung von Mutterschaft ist bildlich in unserer Gesellschaft eingelassen.

4 Fazit und Ausblick: Bildproduktion und Geschlechterverhältnis

In diesem Beitrag wurde deutlich, wie Tradwives und rechte Momfluencerinnen ein Rollenangebot für junge Frauen schaffen und dabei das gesamtgesellschaftliche Bild von Mutterschaft mitprägen. Die Fokussierung auf das Private bietet einen Bearbeitungsmodus für die Care-Krise. Durch die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung bekommen reproduktive Tätigkeiten einen Platz. Tradwives und rechte Momfluencerinnen rekurrieren auf ein idealisiertes Bild von Tradition und schaffen mit ihrem Rollenangebot einen Gegenentwurf zu den Zumutungen des Alltags. Gleichzeitig findet über die Bilder eine ästhetische Aufwertung von Care-Arbeit und Mutterschaft statt.

Gesamtgesellschaftliche Vorstellungen von Mutterschaft sind untrennbar verwoben mit den visuellen Darstellungen von Mutterschaft ob in Social Media, auf Plakaten oder im Museum. Sie spiegeln einerseits gesellschaftliche Aushandlungsprozesse wider und bieten andererseits durch ihre Bildhaftigkeit die Möglichkeit, diese zu beeinflussen, denn Bilder entfalten eine ungeheuer

normative Wirkkraft. Daher lohnt sich ein Blick auf die visuelle Performanz rechter Mütter, um zu verstehen, wie Mutterschaft als „Trägerthema“ (Reusch 2022) der extremen Rechten funktioniert. Diese Darstellungen greifen auf tief im gesamtgesellschaftlichen Bildwissensvorrat verankerte Vorstellungen zurück – insbesondere auf das Bild der sorgenden Frau, die in ihrer Rolle als Mutter vollends aufgeht.

Auf den sozialen Medien treffen die Tradwives und rechten Momfluencerinnen auf ein Umfeld, das in erster Linie individuelle Bearbeitungsmodi von Alltagsfragen und Lifestyleentscheidungen sichtbar macht. Tradwives bieten mit ihrem individualisierten Bearbeitungsmodus letztlich ein Beitrag neben vielen weiteren Bildern. So wird es möglich, das regressive Geschlechterbild als Wahlfreiheit zu framen, obwohl eine aktive Entscheidung innerhalb der Rechten gegen Mutterschaft keine adäquate Wahlmöglichkeit ist. Wie an den eingangs beschriebenen Beispielen sichtbar wurde, besteht ein normativer Zwang zur Mutterschaft.

Wenn die Bilder von Mutterschaft, die von Tradwives und rechten Momfluencerinnen in den sozialen Medien verbreitet werden, nicht explizit rechts, sondern Teil einer kollektiven Ikonologie von Mutterschaft sind, stellt sich die Frage nach dem spezifisch rechten Momentum. Ein genauerer Blick auf die Funktion von Mutterschaft für die Weltvorstellung der extremen Rechten zeigt, dass diese trotz aller Bekundungen der Privatheit eine biopolitische Funktion hat. Sie wird unmittelbar mit dem Erhalt der eigenen Gemeinschaft verknüpft, sei es in Bezug auf Volk, Ethnie oder Tradition (vgl. Botsch/Kopke 2018). Der rechte Pronatalismus ist dabei stets auch ein Antinatalismus: Mutterschaft gilt zwar als essenzieller Bestandteil von Weiblichkeit, wird jedoch nur dann anerkannt und idealisiert, wenn sie bestimmten Zugehörigkeiten entspricht – nicht jedoch bei migrantischen oder queeren Personen. Tradwives idealisieren zudem eine asymmetrische Konstellation in einer heterosexuellen Partnerschaft. Auch wenn diese als selbstgewählte Lebensstilentscheidung präsentiert wird, treten dabei doch regressive Elemente jener Geschlechterpolitik zutage, die letztlich im Widerspruch zur Gleichheitsmaxime demokratischer Gesellschaften stehen. Letztlich ist die gesellschaftliche Frage nach der Ausgestaltung des Geschlechterverhältnisses und nach der gesellschaftlichen Organisation von Sorgetätigkeiten (innerhalb vs. außerhalb der Familie, private vs. gesamtgesellschaftliche Aufgabe etc.) eine politische. Bilder von Mutterschaft und Care-Arbeit sind elementarer Bestandteil dieser Auseinandersetzung. Auf Instagram, TikTok und Pinterest aber auch im Fernsehen begegnet uns eine schier endlose Flut von Bildern. Diese wird noch verstärkt durch KI-generierte Visualisierungen, die auf bestehenden gesellschaftlichen Vorstellungen beruhen und letztlich dazu beitragen, althergebrachte Bilder zu festigen (Adeoso et al. 2024). Eine Auseinandersetzung um die gesellschaftliche Ausgestaltung von Mutterschaft ist ein Ringen um die Bilder von Mutterschaft.

Literatur

- Adeoso, Marie-Sophie/Berendsen, Eva/Fischer, Leo/Schnabel, Deborah (2024): Code & Vorurteil. Über Künstliche Intelligenz, Rassismus und Antisemitismus. Berlin: Verbrecher Verlag.
- AK-Fe.In, Autor*innenkollektiv »Feministische Intervention« (2019): Frauen*rechte und Frauen*hass. Antifeminismus und die Ethnisierung von Gewalt. Berlin: Verbrecher Verlag.
- Bauer, Mareike Fenja/Rösch, Viktoria (2023): Self-Care, Mental Health und Antifeminismus – visuelle Strategien antifeministischer Influencerinnen auf TikTok und Instagram. In: Wissen schafft Demokratie 14, S. 60–77.
- Becker-Schmidt, R. (2003): Zur doppelten Vergesellschaftung von Frauen: Soziologische Grundlegung, empirische Rekonstruktion. In: gender...politik...online 1, S. 1–18.
- Blum, Rebekka (2019): Angst um die Vormachtstellung. Zum Begriff und zur Geschichte des deutschen Antifeminismus. Hamburg: Marta Press.
- Bitzan, Renate (2000): Selbstbilder rechter Frauen. Zwischen Antisexismus und völkischem Denken. Tübingen: edition diskord.
- Botsch, Gideon/Kopke, Christoph (2018): Der »Volkstod«. Zur Kontinuität einer extrem rechten Paranoia. In: Lang, Juliane/Peters, Ulrich (Hrsg.): Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt. Hamburg: Marta Press, S. 63–90.
- Breckner, Roswitha (2010): Sozialtheorie des Bildes. Zur interpretativen Analyse von Bildern und Fotografien. Bielefeld: transcript.
- Gerhard, Ute (2018): Frauenbewegung und Feminismus. Eine Geschichte seit 1789. München: C.H. Beck.
- Haas, Julia (2020): »Anständige Mädchen« und »selbstbewusste Rebellinnen«. Aktuelle Selbstbilder identitärer Frauen. Hamburg: Marta Press.
- Jones, Prudence (2012): Mater Patrie. Cleopatra and Roman Ideas of Motherhood. In: Hackworth Petersen, Lauren/Salzman-Mitchell, Patricia (Hrsg.): Mothering and Motherhood in Ancient Greece and Rome. Austin: University of Texas Press, S. 165–183.
- Kalkstein, Fiona (2021): „Geld lässt ruhiger schlafen, das hab‘ ich erlebt“ – Vereinbarkeit zwischen Mutterschaft und Beruf aus klassensensibler Perspektive. Hamburg: Alma Marta.
- Knapp, Gudrun-Axeli (2001): Dezentriert und viel riskiert: Anmerkungen zur These vom Bedeutungsverlust der Kategorie Geschlecht. In: Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hrsg.): Soziale Verortung der Geschlechter. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 15–62.
- Knapp, Gudrun-Axeli (2022): Konstellationen von Kritischer Theorie und Geschlechterforschung. In: Stögner, Karin/Colligs, Alexandra (Hrsg.): Kritische Theorie und Feminismus. Berlin: Suhrkamp, S. 37–57.
- Klammer, Carina (2019): Körper- und Geschlechterbilder im Nationalsozialismus. Kontinuitäten und Brüche. In: FIPU (Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit) (Hrsg.): Geschlechterreflektierte Perspektiven. Rechtsextremismus, Band 3. Wien/Berlin: Mandelbaum, S. 58–87.
- Köhler, Isabel (2022): Attachment-Oriented Motherhood and the German New Right on Instagram. <https://urn.kb.se/resolve?urn=urn:nbn:se:uu:diva-476780> [Zugriff: 03.08.2024].

- Kositza, Ellen (2008): Gender ohne Ende oder Was vom Manne übrigblieb. Schnellroda: Antaios.
- Lang, Juliane (2015): Familie und Vaterland in der Krise. Der extrem rechte Diskurs um Gender. In: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hrsg.): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: transcript, S. 167–181.
- Lang, Juliane/Reusch, Marie (2022): Kinder, Küche, Politik? Vereinbarkeitsfragen in der autoritären und extremen Rechten. In: Fröhlich, Marie/Schütz, Ronja/Wolf, Katharina (Hrsg.): Politiken der Reproduktion. Umkämpfte Forschungsperspektiven und Praxisfelder. Bielefeld: transcript, S. 265–277.
- Leidig, Eviane (2023): The Women of the Far Right. Social Media Influencers and Online Radicalization. New York: Columbia University Press.
- Lickhardt, Maren (2021): Zivilisationsfluchtfantasien in Cottagecore und Haute Couture. In POP. Kultur & Kritik, 10, 2/21, S. 21–27.
- Löwenthal, Leo (1982): Falsche Propheten. Studien zum Autoritarismus. In: I. Schriften 3. Zur politischen Psychologie des Autoritarismus. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 9–159.
- Maly, Ico (2020): Metapolitical New Right Influencers: The Case of Brittany Pettibone. In: Social Sciences 9, 7, S. 1–22.
- Mattheis, Ashley A. (2018): Shieldmaidens of Whiteness: (Alt) Maternalism and Women Recruiting for the Far/Alt-Right. In: Journal for Deradicalization 17, S. 128–162.
- Mattheis, Ashley A. (2021): #TradCulture: Reproducing Whiteness and Neo-fascism through Gendered Discourse Online. In: Hunter, Shona/van der Westhuizen, Christi (Hrsg.): Routledge Handbook of Critical Studies in Whiteness. London: Routledge, S. 91–101.
- Müller, Michael R. (2016): Bildcluster. Zur Hermeneutik einer veränderten sozialen Gebrauchsweise der Fotografie. In: Sozialer Sinn. Zeitschrift für hermeneutische Sozialforschung 17, 1, S. 95–142.
- Müller, Michael R. (2020): Kritik des Sehens. Drei Thesen zu einer Soziologie ikonischer Formen. In: Hitzler, Ronald/Reichertz, Jo/Schröer, Norbert (Hrsg.): Kritik der Hermeneutischen Wissenssoziologie. Problematisierungen, Entwicklungen und Weiterführungen. Weinheim Basel: Beltz Juventa, S. 353–366.
- Neumaier, Christopher (2022): Hausfrau, Berufstätige, Mutter? Frauen im geteilten Deutschland. Berlin: be.bra Verlag.
- Neumann, Andreas (2023): „Feminismus und Völkertod“? Kulturkritische Deutungen zu Frauenemanzipation und Geburtenrückgang in den Diskursen der deutschen Eugenik und Rassenhygiene. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 481, 2, S. 197–219.
- Notz, Gisela (2015): Kritik des Familismus. Theorie und soziale Realität eines ideologischen Gemäldes. Stuttgart: Schmetterling Verlag.
- Pfahl-Traughber, Armin (2022): Intellektuelle Rechtsextremisten. Das Gefahrenpotential der Neuen Rechten. Bonn: Verlag J.H.W Dietz.
- Reusch, Marie (2018): Emanzipation undenkbar? Mutterschaft und Feminismus. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Reusch, Marie (2021): Mutterschaft als modernisiertes Inklusionsversprechen für Frauen. Extrem rechte Thematisierungen von Mutterschaft vor dem Hintergrund der Krise der sozialen Reproduktion. In: ZReX. Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung, 1, 2, S. 228–241.

- Reusch, Marie (2022): Mutterschaft als Trägerthema für völkische Ideologie. Thematisierungen und Inszenierungen von Mutterschaft in der extremen Rechten. In: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit 7, 1, S. 23–37.
- Rommelspacher, Birgit (1995): Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht. Berlin: Orlanda Frauenverlag.
- Röcke, Anja/Nehring, Daniel/Salmenniemi, Suvi (2024): Dynamics of self-optimisation: An introduction. Debating self-optimisation: Practices, paradoxes, and power. Historical Social Research, 49, 3, S. 7–29.
- Rösch, Viktoria (2023a): Politische Influencer:innen, die neuen Emotionsarbeiter:innen? In: Wagener, Andreas/Stark, Carsten (Hrsg.): Die Digitalisierung des Politischen. Theoretische und praktische Herausforderungen für die Demokratie. Wiesbaden: Springer VS, S. 307–326.
- Rösch, Viktoria (2023b): Heimatromantik und rechter Lifestyle. Die rechte Influencerin zwischen Self-Branding und ideologischem Traditionalismus. In: GENDER – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft 15, 2, S. 25–40.
- Sanders, Eike (2019): Von Helden, Denkern und Barbaren. Eine Analyse der neuen Rechten und ihrer Männlichkeiten. Hamburg.
- Sauer, Birgit/Penz, Otto (2023): Konjunktur der Männlichkeit. Affektive Strategien der autoritären Rechten. Frankfurt a.M./New York: campus.
- Schilk, Felix (2021): „Heroismus als Weg zur Transzendenz.“ Metadiskursive Religionsbezüge und apokalyptische Diskurspraxis der Neuen Rechten. In: Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik (ZRGP) 5, 2, S. 445–469.
- Simon, Stephanie/Thole, Werner (2021): Die braune Melange »konservativ-revolutionärer« Erziehung. Zum naturgegebenen Programm einer christlich-fundamentalistischen, national-autoritären Erweckungsphilosophie. In: Schmer, Julian/Simon, Stephanie/Ten Else, Jennifer/Thiele, Felix (Hrsg.): recht extrem? Dynamiken im zivilgesellschaftlichen Räumen. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 227–247.
- Statistisches Bundesamt. (2024): Zeitverwendungserhebung 2022: Unbezahlte Arbeit nach Geschlecht. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt. https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Zeitverwendung/Ergebnisse/_inhalt.html [Zugriff: 09.01.2025].
- Umrath, Barbara (2022): Rechtsextremismus, Autoritarismus und Geschlecht. Erkenntnisse und Forschungsdesiderate. In: Zeitschrift für Kritische Theorie 28, 54/55, S. 122–150.
- Vinken, Barbara (2022): Die deutsche Mutter. Der lange Schatten eines Mythos. Frankfurt a. M.: Fischer Verlag.
- Wielens, Alia (2019): „Wo bleibt euer Aufschrei?“ Rassistische Umdeutungen von #aufschrei und #metoo durch Identitäre Frauen. In: femina politica 28, 1, S. 111–120.
- Woesler de Panafieu, Christine (1990): Patriarchale Ideologien in der bürgerlichen Gesellschaft. In: Schaeffer-Hegel, Barbara (Hrsg.): Vater Staat und seine Frauen. Beiträge zur politischen Theorie. Pfaffenweiler: Centaurus-Verlagsgesellschaft, S. 166–174.
- Würger, Takis (2017): Das Postergirl der neuen Rechten. Der Spiegel. <https://spiegel.de/politik/melanie-schmitz-der-star-der-ultrarechten-identitaeren-bewegung-a-3a3f3d21-4dfc-4c57-9c67-5c18808840a1> [Zugriff: 09.07.2022].

„Inakzeptable Frühsexualisierung“ und „ungustiöse Sexualisierungspropaganda“ – Kinderbuchlesungen von Dragqueens im Visier antifeministischer Angriffe auf sexuelle Bildung¹

Judith Goetz

1 LGBTIQA+-Feindlichkeit im Aufwind

Seit einigen Jahren geraten Kinderbuchlesungen von Dragqueens in verschiedenen österreichischen und deutschen Städten verstärkt ins Visier rechter, konservativer und antifeministischer Akteur*innen. Bereits zuvor hatten in den USA Lesungen, bei denen Dragqueens in Bibliotheken, Schulen oder anderen öffentlichen Räumen Kinderbücher mit dem Ziel vorlesen, kindgerechte Einblicke in vielfältige Lebens- und Liebesweisen zu vermitteln, zu massiven Protesten und sogar Verboten entsprechender Veranstaltungen in einigen Bundesstaaten geführt.² Dass Dragqueen Story Hours auch im deutschsprachigen Raum zunehmend zum Ziel von konservativen und rechtsextremen Gruppen avancierten, lässt sich jedoch nicht allein als Importprodukt aus den USA bzw. als Folge der Rezeption rechter US-amerikanischer Diskurse erklären. Denn auch hierzulande zählt LGBTIQA+-Feindlichkeit zu den zentralen, wenn auch häufig von der Forschung vernachlässigten, Ideologien entsprechender Akteur*innen und ist auch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft tief verwurzelt (vgl. u.a. die Leipziger Autoritarismus Studien 2020, 2022 und 2024 hg. von Decker et al.).³ Auch Angriffe auf sexuelle und geschlechtliche Bildung der Vielfalt, zu denen auch Kinderbuchlesungen von Dragqueens gezählt

-
- 1 Im Beitrag werden verschiedene Zitationsstile verwendet. Literaturangaben, die sich auf den Korpus der im Beitrag durchgeführten Medienanalyse beziehen, werden in Fußnoten angegeben. Die übrigen Literaturangaben werden im Text in Klammern als Kurzzitationen dargestellt und im ausführlichen Literaturverzeichnis am Ende aufgeführt.
 - 2 Nossel, Suzanne (2023): The drag show bans sweeping the US are a chilling attack on free speech. In: The Guardian, 10. März. <https://www.theguardian.com/culture/commentis-free/2023/mar/10/drag-show-bans-tennessee-lgbtq-rights> [Zugriff: 10.08.2024].
 - 3 Goetz, Judith/Temel, Brigitte (2024). Die LGBTIQ-Feindlichkeit der (extremen) Rechten. In: Der Standard, 22. Juli. <https://www.derstandard.at/story/3000000226943/die-lgbtq-feindlichkeit-der-extremen-rechten> [Zugriff: 10.08.2024].

werden können, haben im deutschsprachigen Raum eine lange Tradition. Dass LGBTIQ+-Feindlichkeit jedoch in den vergangenen Jahren Aufwind bekommen hat, kann als Teil eines umfassenderen antifeministischen Projekts rechter und konservativer Bestrebungen eingeordnet werden, das darauf abzielt, durch emotional besetzte Themen (wie etwa Geschlecht und Sexualität) Bedrohungs- und Schreckensszenarien zu verbreiten, um dadurch neue Aufmerksamkeit im medialen und gesellschaftlichen Diskurs zu gewinnen. In dieser Hinsicht versuchen rechtsextreme Parteien und Gruppierungen gemeinsam mit konservativen und christlichen Akteur*innen Dragqueen-Lesungen als Bedrohung, insbesondere für Kinder, aber auch für Familien darzustellen. Dabei ist es ihr Ziel, progressive Bildungsansätze, die zum Abbau von Diskriminierung und Benachteiligung beitragen wollen, zu delegitimieren und traditionelle Geschlechterverhältnisse zu stärken.

Antifeministischen Akteur*innen geht es darum, Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Gerade ihre Mobilisierungen gegen Dragqueen Story Hours veranschaulichen, dass sie diskursive Räume wie die mediale Berichterstattung und die öffentliche Debatte für die Verbreitung und Popularisierung antifeministischer Narrative nutzen können. Insofern wird hier die von Elisabeth Tuider (Tuider 2016, S. 177) bereits 2016 beschriebene „erneute Diskursivierung von sexueller Vielfalt und Sexualpädagogik“ fortgesetzt, durch die „ein normatives Verhandlungsfeld“ geschaffen wird, in dem „sexistische, homo- und trans*-feindliche Ressentiments wieder als scheinbar normale Alltäglichkeit geäußert werden“ können und „das Sexuelle darin re/normiert“ wird. Gerade weil dieser Prozess noch nicht abgeschlossen scheint, lohnt sich eine genauere Betrachtung der damit verbundenen Debatten.

2 Anliegen des Beitrags

Ausgehend von einer diskursanalytischen Betrachtung der medialen Berichterstattung in Österreich während der ersten Hochphase der Proteste gegen Dragqueen-Lesungen, die sich von Anfang März bis Ende Juni 2023 erstreckte, soll im vorliegenden Beitrag der Frage nachgegangen werden, wie sich die Anfeindungen im Kontext bisheriger antifeministischer Narrative rund um sexuelle und geschlechtliche Bildung der Vielfalt einordnen und, welche wiederkehrenden diskursiven Muster sich dabei identifizieren lassen.

Dabei begreife ich Kinderbuchlesungen von Dragqueens insofern als Teil sexueller Bildung der Vielfalt, als es bei entsprechenden Events vor allem darum geht, in einer kindgerechten Art und Umgebung Geschichten vorzulesen, die Kindern die Möglichkeit bieten, Einblicke in die Vielfalt möglicher Gender-Performances, Lebens- und Liebesweisen zu erhalten. Sowohl die Geschichten in den ausgewählten Büchern als auch die Inszenierungen der

Dragqueens selbst ermöglichen es Kindern auf unterhaltsame Weise ein breites Spektrum von Geschlechtsidentitäten und -ausdrücken kennenzulernen. Auch die Akzeptanz gegenüber Menschen, die nicht binär-hierarchischen bzw. (hetero-)normativen Vorstellungen entsprechen, kann so gefördert werden. Dragqueens können Kindern zudem als Rolemodels dafür dienen, die eigene Kreativität und Fantasie im Hinblick auf Selbstaussdruck zu entfalten. Sie ermutigen dazu, Individualität entlang der eigenen Wünsche und Vorstellungen zu entwickeln und sich nicht den vorherrschenden Normen unterordnen zu müssen. Kinderbuchlesungen von Dragqueens regen somit vielfältige Lern- und Sensibilisierungsprozesse mit Bezug auf Diversität, Anderssein, Inklusion und Gleichberechtigung an; sie können ermutigend und empathiefördernd wirken und Kindern dadurch auch helfen, ihre Umwelt besser zu verstehen, und sich in der Welt zu orientieren (vgl. u.a. Keenan & Hot Mess 2021).

Der Fokus dieses Beitrags liegt auf der Analyse der medialen Berichterstattung zu (Angriffen auf) Dragqueen-Lesungen, um sichtbar zu machen, welche rechtsextremen und antifeministischen Diskurspositionen in der Berichterstattung aufgegriffen werden und so in die öffentliche Debatte gelangen. Es soll untersucht werden, wie entsprechende diskursive Muster kontextualisiert und erklärt werden sowie ob bzw. inwieweit Medien zur Aufklärungsarbeit über die Thematik beitragen.

Um das Vorhaben zu realisieren, soll in einem ersten Schritt 1) die Geschichte rechter und konservativer Angriffe auf sexuelle Bildung der Vielfalt in Österreich rekonstruiert und anschließend daran sollen 2) die in der Forschungsliteratur zum Thema bisher benannten, zentralen antifeministischen Narrative identifiziert werden. Der Fokus wird dabei auf den Vorwurf der *Sexualisierung von Kindern* bzw. sechs wiederkehrende diskursive Muster innerhalb des Narrativs gelegt. Anknüpfend daran soll ausgehend von der Medienanalyse, am Beispiel des rechten Kampfbegriffs *Frühsexualisierung*, 3) aufgezeigt werden, inwiefern selbige in aktuellen Debatten fortgesetzt werden. Im Zuge dessen sollen 4) Versäumnisse der medialen Berichterstattung beleuchtet sowie 5) soll der Frage, wie Bildung in der medialen Berichterstattung verhandelt wird, nachgegangen werden.

3 Empirisches Material und Methoden

Für die Analyse der medialen Berichterstattung über Dragqueen-Lesungen wurde eine kritische Diskursanalyse (KDA) nach Siegfried Jäger (Jäger 2012) gewählt, um die zugrunde liegenden Machtverhältnisse und Ideologien aufzudecken. Das empirische Material dieser Untersuchung umfasst 172 Beiträge aus 19 verschiedenen österreichischen Tageszeitungen sowie acht OTS-Meldungen aus dem Zeitraum vom 1. März 2023 bis zum 30. Juni 2023. Diese

Quellen wurden mithilfe einer Stichwortsuche nach „Dragqueen“ im APA-OnlineManager Library und dem APA-OTS Archiv identifiziert. Der Untersuchungszeitraum wurde gewählt, da am 16. April 2023 der Höhepunkt der Proteste gegen Dragqueen-Lesungen mit der Demonstration vor der Rosa Lila Villa in Wien stattfand. Durch die Berücksichtigung der Wochen vor und nach diesem Ereignis war es möglich, Entstehung, Entwicklung und Nachwirkungen der Anfeindungen detailliert zu analysieren. Zu den ausgewählten Materialien zählen Presseaussendungen (PA), Berichte aus dem Wiener Gemeinderat und Landtag, Berichterstattungen in österreichischen Tageszeitungen, Kommentare und Leser*innenbriefe.

4 Angriffe auf sexuelle Bildung in Österreich

Antifeministische Akteur*innen sind nicht nur feministische Errungenschaften wie Gleichstellungsmaßnahmen und Theorien zur Analyse gesellschaftlicher Geschlechterverhältnisse ein Dorn im Auge – auch Verbesserungen für LGBTIQ+-Personen wie die Ehe und Adoptionsrechte für gleichgeschlechtliche Paare, die Anerkennung eines dritten Geschlechts oder Diskriminierungsschutz werden abgelehnt (Vgl. dazu Dietze & Roth 2020; Goetz & Mayer 2023; Hark & Villa 2015; Henninger & Birsl 2020; Kuhar & Paternotte 2017; Strube, Perintfalvi, Hemet, Metzke & Sahbaz 2021). Auch (schulische) sexuelle Bildung⁴ (der Vielfalt) avancierte zu einem zentralen Kampffeld antifeministischer Politiken. Im Fokus der Angriffe standen neben sexualpädagogisch arbeitenden Vereinen, Projekten und Programmen sowie Reformen von Bildungsplänen und Unterrichtsprinzipien auch Kinderbuchlesungen von Dragqueens. In Österreich wetterten beispielsweise 2012 neben ÖVP und FPÖ auch (rechts-)katholische Organisationen gegen die vom *Verein Selbstlaut* herausgegebene sexualpädagogische Broschüre „Ganz schön intim“ (Selbstlaut 2013), die Anregungen für Lehrer*innen im Hinblick auf die Behandlung von Themen wie Liebe und Sexualität im Unterricht liefert „und unter anderem Selbstbefriedigung, Patchwork-Familien, gleichgeschlechtliche Beziehungen

4 Hier wird der Begriff der (emanzipatorischen) sexuellen Bildung jenem der Sexualpädagogik vorgezogen, weil er stärker Aspekte in den Vordergrund stellt wie die Fähigkeit zu Reflexion, Sinnzusammenhänge zu verstehen, Selbstbildung – und somit auch der Persönlichkeitsentwicklung. Unter sexueller Bildung wird also mehr verstanden als Sexualaufklärung oder (normative) Wissensvermittlung (vgl. Schmidt, Sielert & Hennigsen 2017, S. 125). Mit ‚sexueller Bildung der Vielfalt‘ ist gemeint, dass nicht nur die vielfältigen Lebens- und Liebesweisen Berücksichtigung finden, sondern Kinder und Jugendliche auch dazu befähigt werden, respektvolle Umgangsformen mit sexueller und geschlechtlicher Diversität zu erlernen, und dass sie schließlich selbstbestimmt und verantwortungsvoll auch zwischen den unterschiedlichen Lebensentwürfen wählen können.

und Intersexualität selbstverständlich behandelt“⁵. In diesem Zusammenhang empörten sich beispielsweise (ehemalige) FPÖ-Politiker*innen wie Barbara Rosenkranz u.a. darüber, dass „Kindern ein irritierendes Bild von Familie und Sexualität“⁶ vermittelt werde. Walter Rosenkranz (FPÖ) wiederum beschwerte sich über die Diskreditierung „natürlich gewachsene[r] Familien zwischen Mann und Frau in dem Druckwerk“⁷ während LGBTIQ+ Personen völlig gleichgestellt darstellt werden. Auch die Mainstream-Medien sprangen auf den vermeintlichen Skandal auf und bezeichneten die Broschüre als „Sex- Fibel“⁸ (Kurier) oder „Sex-Unterlagen“⁹ (Krone). Nur wenige Jahre später, im März 2017, stand der steirische sexualpädagogisch arbeitende Verein *L(i)ebenslust* im Fokus einer Diffamierungs-Kampagne der FPÖ Steiermark. Besonders attackiert wurden Workshops an Schulen, die der Verein im Rahmen des Projekts „Sexuelle Bildung der Vielfalt in der Steiermark“ durchführte – mit dem Ziel „zu einem bewussteren Umgang mit der eigenen Sexualität und weniger riskantem Verhalten“¹⁰ beizutragen.

Sexualpädagogisch arbeitende Vereine wurden auch zum Spielball politischer Auseinandersetzungen während der ÖVP-FPÖ Regierung (2017–2019). Ausgangspunkt war eine Recherche der Wochenzeitung *Falter*, durch die 2018 bekannt wurde, dass der christlich-konservative Verein *Teenstar* sexualpädagogische Workshops an Schulen durchführte, in denen „u. a. Homosexualität als heilbares Identitätsproblem und Selbstbefriedigung als schädlich dargestellt“ sowie „kein Sex vor der Ehe und natürliche Empfängnisverhütung propagiert“¹¹ wurden. Eine Analyse der verwendeten Materialien durch das Bildungsministerium bzw. die *Koordinationsstelle für Gesundheitsförderung* und das *Bundeszentrum für Sexualpädagogik* kam zu dem Schluss, dass die Unterlagen „geschlechterdiskriminierende und menschenrechtlich bedenkliche

-
- 5 Goetz, J. (2016). Retter_innen der Kernfamilie. <https://www.progress-online.at/artikel/rette-rinnen-der-kernfamilie> [Zugriff: 10.8.2024].
 - 6 Freiheitlicher Klub im NÖ Landtag (2012). Barbara Rosenkranz zur Sexualbroschüre: Landeshauptmann in der Pflicht! https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20121127_OTS0122/barbara-rosenkranz-zur-sexualbroschuere-landeshauptmann-in-der-pflicht [Zugriff: 10.8.2024].
 - 7 Kronen Zeitung (2012). Empörung über Sex-Unterlagen für 6- bis 12-Jährige. <https://www.krone.at/342256> [Zugriff: 10.8.2024].
 - 8 Reibenwein, M. & Schreiber, D. (28. November 2012). „Sexfibel ist benutzerfreundlich“. *Kurier*. <https://kurier.at/politik/inland/sexfibel-ist-benutzerfreundlich/1.502.618> [Zugriff: 10.8.2024].
 - 9 Kronen Zeitung (2012) Empörung über Sex-Unterlagen für 6- bis 12-Jährige. <https://www.krone.at/342256> [Zugriff: 10.8.2024].
 - 10 Team *Liebeslust* (2017). Stellungnahme des Netzwerkes Sexuelle Bildung Steiermark zum Thema Sexualpädagogik in Schulen. <https://www.liebenslust.at/stellungnahme-des-netzwerk-sexuelle-bildung-steiermark/> [Zugriff: 8.3.2021].
 - 11 O. A. (2019). Faßmann empfiehlt Schulen Ende von *Teenstar*-Kooperation. <https://orf.at/stories/3117249/> [Zugriff: 10.8.2024].

Aussagen¹² enthalten. In weiterer Folge wurde die Tätigkeit des Vereins in Schulen Ende 2018 unterbunden. Bei dieser Maßnahme blieb das Ministerium jedoch nicht stehen, sondern ordnete an, dass *alle* schulischen Sexualpädagogik-Workshops externer Anbieter*innen bei den zuständigen Bildungsdirektionen gemeldet und überprüft werden müssten. Darüber hinaus appellierten ÖVP und FPÖ im Nationalrat mittels eines Entschließungsantrags, der u.a. von der rechtskatholischen Abtreibungsgegnerin Gudrun Kugler (ÖVP) eingebracht wurde, dass der Sexualkundeunterricht künftig ausschließlich von Lehrer*innen selbst durchgeführt werden solle, „ohne Beiziehung von schulfremden Personen oder Vereinen“. Auf diese Weise meinte die Regierung, eine „weltanschaulich neutrale Sexualerziehung“¹³ sicherstellen zu können. Begründet wurde der Antrag damit, dass „[e]ine eingehende Prüfung der Sachlage“ zeige, „dass die vom Staat vorgegebene Neutralität (,Indoktrinationsverbot‘) in diesem Unterrichtssegment oft nicht gewährleistet“¹⁴ sei. Auch an dieser Stelle wird deutlich, dass die Argumentation an bekannte antifeministische diskursive Muster anknüpft. Die Kritik an der antifeministischen Ausrichtung von TeenStar wurde letztlich paradoxerweise so umgelenkt, dass sie die Arbeit progressiver und diversitätsorientierter Vereine verunmöglicht. So betonte auch die Wiener Sexualpädagogin Barbara Rothmüller, dass eine Umsetzung des Antrags „ein voller Lobbyfolg (sic) der FundamentalistInnen“¹⁵ sei. Im Regierungsprogramm der ÖVP-Grünen Regierung (2020–2024) war vorgesehen, die Arbeit von Vereinen mit sexualpädagogischen Angeboten für Schulen wieder zu ermöglichen. Im März 2023 berichteten unterschiedliche Medien darüber, dass vier Expert*innen mit der Qualitätssicherung externer Angebote beauftragt wurden. Eine Liste der Angebote findet sich auf der unübersichtlichen und antiquiert wirkenden Homepage allerdings bislang nicht¹⁶ (Stand August 2024).

In der jüngsten Vergangenheit richteten sich die Angriffe auch gegen Kinderbuchlesungen von Dragqueens. Ihren Höhepunkt erreichten sie im April 2023, als eine breite Allianz von ehemaligen Covid-19 Maßnahmegegner*in-

12 Theißl, B. & Hausbichler, B. (27. Mai 2020). Christliche Sexualpädagogik und ihre Netzwerke. Der Standard. <https://www.derstandard.at/story/2000117703855/christliche-sexualpaedagogik-und-ihre-netzwerke> [Zugriff: 10.08.2024].

13 APA (25. Juni 2019). Antrag von ÖVP und FPÖ ging durch: Sexualkunde ohne Vereine. Der Standard. <https://www.derstandard.at/story/2000105423450/entschliessungsantrag-ging-durch-sexualunterricht-kuenftig-ohne-vereine> [Zugriff: 10.8.2024].

14 Brückl, H. (2019). Entschließungsantrag: Sicherstellung einer weltanschaulich neutralen Sexualerziehung. https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/A/A_00927/fnameorig_842402.html [Zugriff: 10.8.2024].

15 Theißl, B. (1. Juli 2019). Warum Rechte sich gegen Sexualpädagogik stellen. Der Standard. <https://www.derstandard.at/story/2000105569348/warum-rechte-sich-gegen-sexualpaedagogik-stellen> [Zugriff: 10.8.2024].

16 Geschäftsstelle zur Qualitätssicherung von schulexternen Angeboten (o.J.). Startseite. <https://www.sexualpaedagogik.education/landingpage/web/ui/#Landingpage> [Zugriff: 10.8.2024].

nen und Identitären gemeinsam mit Vertreter*innen der FPÖ sowie Akteur*innen aus dem christlich-fundamentalistischen Spektrum gegen eine Lesung in dem LGBTIQ+-Haus Rosa Lila Villa in Wien mobilisierte. Dabei brachten die Gegner*innen der Dragqueen-Lesungen nur rund 200 Menschen auf die Straße, während sich über 1000 Menschen der homo- und queerfeindlichen Mobilisierung in den Weg stellen. Dennoch konnten die antifeministischen Proteste – wie sich in der Analyse der medialen Berichterstattung zeigen wird – große gesellschaftliche und mediale Aufmerksamkeit für ihre Botschaften generieren.

5 Antifeministische Narrative im Kontext geschlechtlicher und sexueller Bildung der Vielfalt

Inzwischen findet sich eine Fülle an wissenschaftlichen Publikationen, die die unterschiedlichen Ziele, Strategien und Argumentationsmuster der Angriffe auf geschlechtliche Vielfalt und eine sexuelle Bildung der Vielfalt beleuchten (vgl. u.a. Baader 2020; Fichtberger 2023; Geserer 2018; Kämpf 2015; Laumann & Debus 2018; Nitschke 2019; Schmincke 2015; Tuidier 2016). Thematisch lassen sich die in der Forschungsliteratur benannten antifeministischen Narrative in folgenden Unterstellungen zusammenfassen: 1) Vorwurf der ‚(Früh)Sexualisierung‘ von Kindern durch geschlechtliche und sexuelle Bildung der Vielfalt, 2) Vorwurf der ‚Indoktrinierung‘ und ‚Umerziehung‘, 3) Vorwurf der Bedrohung der heterosexuellen (Klein-)Familie und 4) die Forderung „Kinder müssen geschützt werden“. Im Beitrag wird der Fokus auf das erstgenannte Narrativ gelegt.

5.1 Zum Vorwurf der ‚(Früh)Sexualisierung‘ von Kindern durch geschlechtliche und sexuelle Bildung der Vielfalt

Ein zentrales Argumentationsmuster antifeministischer Akteur*innen basiert auf dem Vorwurf, dass geschlechtliche und sexuelle Bildung eine gezielte *Sexualisierung* von Kindern darstelle. Innerhalb dieses Diskurses lassen sich sechs diskursive Muster festmachen. Dabei wird 1) behauptet, dass die Auseinandersetzung mit verschiedenen Geschlechtsidentitäten und sexuellen Orientierungen in Bildungskontexten das Kindeswohl gefährde und die Entwicklung von Kindern negativ beeinflusse. Meike Sophia Baader (2020) betont, dass in den entsprechenden Auseinandersetzungen 2) „Kindheit als Raum imaginiert [wird], der frei von Sexualität sein soll. Bezug genommen wird dabei auf eine Idee der kindlichen Unschuld“ (S. 146). Die Gegner*innen (schulischer) Sexualpädagogik gehen davon aus, dass Kinder asexuell seien, also keine

Sexualität und auch kein Interesse daran hätten, sondern sexuelle Bildung ‚zu früh‘ zu einer (aufgezwungenen) ‚Sexualisierung von außen‘ führe. Sie negieren damit die kindliche Neugier sowie die Tatsache, dass Kinder auch Opfer sexualisierter Gewalt sein können. Die unterstellte *Frühsexualisierung* hätte 3) eine Überforderung der Kinder zur Folge, die Kinder langfristig – so das gezeichnete Schreckensszenario – entweder homosexuell oder pädophil mache (Kämpf 2015, S. 119) oder Kinder zum Sex animiere und zu Übergriffen unter Kindern führe (Laumann & Debus 2018, S. 280). In der Feindbildkonstruktion werden 4) nicht selten Verbindungslinien zur 1968er Bewegung, sexueller Befreiung und Liberalisierung gezogen und durch eine Überbetonung ihrer problematischen Auswüchse, wie pädophile Praxen, Analogien zur heutigen sexuellen Bildung hergestellt. „Umschreibungen“ der sexuellen Bildung als „unnatürlich“, ‚pervers‘ oder gar ‚pädophil‘ zielen zudem nicht nur darauf ab, Homosexualität damit in Verbindung zu bringen, sondern alles von Heterosexualität Abweichende zu stigmatisieren“¹⁷. Antifeminist*innen imaginieren eine ‚Homosexualisierung‘ der Kinder und Jugendlichen durch sexuelle Bildung, weil ihrer Auffassung nach dadurch homosexuelle Lebensweisen propagiert würden. Kämpf (2015) zeigt, dass es sich 5) hier auch um eine *Büchse der Pandora Argumentation* handelt, die davon ausgeht, dass wenn erst eine Öffnung für sexuelle Bildung der Vielfalt stattfindet, es nicht mehr weit sei zur Akzeptanz von Pädophilie oder anderen Formen sexualisierter Gewalt. Durch den inklusiven Fokus auf sexuelle und geschlechtliche Vielfalt würden 6) zudem Themen wie Familie, Partner*innenschaft, Bindungen wie der Ehe zu wenig Aufmerksamkeit eingeräumt.

Sämtliche Vorwürfe ignorieren dabei, dass geschlechtliche und sexuelle Bildung darauf abzielt, Kindern und Jugendlichen ein umfassende(re)s Verständnis für die Vielfalt menschlicher Erfahrungen zu vermitteln und sie in ihrer eigenen Identitätsfindung zu unterstützen. Durch die Verweigerung dieser Bildung versuchen antifeministische Akteur*innen folglich den Zugang zu Informationen zu beschränken, die wichtig für die Förderung von Toleranz, Respekt und Selbstakzeptanz in einer pluralistischen Gesellschaft sind.

6 Antifeministische Narrative im Kontext der Angriffe auf Kinderbuchlesungen von Dragqueens

Die kritische Diskursanalyse der medialen Berichterstattung im ausgewählten Untersuchungszeitraum fokussierte darauf, ob und in welcher Weise das in der Forschungsliteratur identifizierte antifeministische Narrativ der *Frühsexuali-*

17 Goetz, J. 2016. Retter innen der Kernfamilie. <https://www.progress-online.at/artikel/retterinnen-der-kernfamilie> [Zugriff: 10.8.2024].

sierung sowie die damit verbundenen diskursiven Muster in den aktuellen Debatten über Dragqueen-Lesungen aufgegriffen wurden. Dabei wurde auch der Frage nachgegangen, ob und wenn ja, wie sich die entsprechenden Diskurse verändert haben. Zudem wurden die Versäumnisse sowie die Rolle von Bildung herausgearbeitet.

6.1 Die Normalisierung des Narrativs

In den untersuchten Debatten über Dragqueen-Lesungen für Kinder wurde der rechtsextreme Kampfbegriff „Frühsexualisierung“ in elf Beiträgen aufgegriffen, vier weitere Beiträge sprachen von „frühkindlicher Sexualisierung“ oder schlicht „Sexualisierung“, wobei insgesamt zwei Texte doppelt vorkamen. Bei genauerer Betrachtung lassen sich zwei Phasen in der Berichterstattung ausmachen, wobei in der ersten vor allem FPÖ-Politiker*innen zitiert werden. Durch die Übernahme des Motivs der ‚Frühsexualisierung‘ im medialen Diskurs wird das Narrativ in die öffentliche Debatte gebracht und die darin enthaltenen diskursiven Muster verbreitet bzw. popularisiert. In der zweiten Phase entwickelt der Begriff dann eine Eigendynamik und wird von Journalist*innen auch losgelöst von direkten Zitaten – in einzelnen Fällen zumindest unter Anführungszeichen – verwendet. Damit geht auch die Normalisierung des Begriffs und seiner homo- und queerfeindlichen Implikationen einher.

Bereits zu Beginn der medialen Berichterstattung¹⁸ zitiert *Der Standard* (21.03.2023) den Chef der Wiener FPÖ, Dominik Nepp, der von „Sexualisierungspropaganda“, „Indoktrinierung von Kindern“ und „Transgender-Irrsinn“ sprach sowie „die umgehende Absage dieser Veranstaltung“ forderte. Auch die *Kleine Zeitung* (23.03.2023) verweist darauf, dass die FPÖ alarmiert sei, weil sie eine „zu frühe Sexualisierung“ wittere und demgegenüber „Kinder und Jugendliche darin stärken [wolle], zum eigenen Geschlecht, derer es ausschließlich zwei gibt“ zu stehen“. Im Boulevard Medium *Heute* (13.04.2023) werden O-Töne von Nepp wiedergegeben, in denen er „die Lesungen hingegen als ‚Perversitäten‘ bezeichnete und meinte: ‚Eine solche ungünstige Sexualisierungspropaganda ist strikt abzulehnen.“ Die *Kronen Zeitung* (15.04.2023) wiederum beruft sich auf eine Aussage Nepps, in der er ein Verbot der Lesungen mit der Begründung forderte: „Hier findet eine inakzeptable Frühsexualisierung von Kleinkindern statt.“ Die Wiedergabe von Wortspenden rechter Akteur*innen setzt sich auch nach der Lesung am 16. April 2023 fort und so wird in *Der Standard* (17.04.2023) erneut darauf verwiesen, dass Nepp die Lesung als „ungünstige Sexualisierungspropaganda“ bezeichnet, vor „Frühsexuali-

18 Die im Weiteren zitierten Tageszeitungen können folgendermaßen eingeordnet werden: *Der Standard*: linksliberal; *Die Presse*: bürgerlich-konservativ, wirtschaftsliberal; *Kurier*: liberal; *Kleine Zeitung*: bürgerlich-konservativ; *Tiroler Tageszeitung*: Konservativ; *Krone*: rechtspopulistisch; *Heute*: Boulevard.

sierung“ gewarnt und „mit den Jugendschutzbestimmungen argumentiert“ hatte. Durch die häufige Verwendung des Begriffs, eingebettet in Zitate rechter Politiker*innen, entwickelt sich dessen Eigendynamik, so dass er fortan auch ohne direkte Zitate oder kontextualisierende Erklärungen in den Medien aufgegriffen wird. Die *Tiroler Tageszeitung* (17.04.2023) nennt beispielsweise „Frühsexualisierung von Kleinkindern“ als Grund, warum „Vertreter der FPÖ, der Identitären um Martin Sellner und Personen aus dem Hooligan-Umfeld [...] gegen die Veranstaltung“ protestiert hatten. Ein ähnlicher Wortlaut ist in *Der Standard* (22.04.2023) zu lesen, dass „neben rechtsextremen Gruppen wie den Identitären um Martin Sellner auch die Wiener FPÖ und ÖVP gegen [...] angebliche ‚Frühsexualisierung‘ getrommelt hätten. Fortgesetzt wird das Narrativ auch, als in Graz Kinderbuchlesungen von Dragqueens stattfinden sollen. Die *Kleine Zeitung* spricht vom „Tenor: Es würde sich dabei um eine ‚inakzeptable Frühsexualisierung‘ handeln“ (21.05.2023) und thematisiert die Sorge, dass es sich „um unangemessene, frühkindliche Sexualisierung handelt“ (22.05.2023). Anhand der Beispiele wird nicht nur die scheinbar selbstverständliche Verwendung des Begriffs – häufig ohne Erklärungen und Kontextualisierungen – deutlich. Das damit verbundene Narrativ erlangt dadurch in der medialen Berichterstattung auch einen weiteren Legitimationsschub – und ebenso die politischen Bestrebungen antifeministischer Akteur*innen.

6.2 *Verändert-gleichbleibende diskursive Muster*

Die Analyse der medialen Berichterstattung zeigt nicht nur die zentrale Rolle des Narrativs der *Frühsexualisierung* im Zuge der Angriffe auf Dragqueen-Lesungen. Auch eine Fortsetzung der aus der Forschungsliteratur über sexuelle Bildung bekannten diskursiven Muster wird deutlich. So findet sich 1) der Vorwurf einer gezielten *Sexualisierung* von Kindern, die das kindliche Wohl gefährde, bei nahezu allen Zitaten der FPÖ Akteur*innen zum Thema wieder, oft auch in Verbindung mit der Rede von Kinder- und Jugendschutz.

Anstatt die vermeintlich negativen Auswirkungen sexueller Bildung auf die Entwicklung von Kindern in Stellung zu bringen, sind ihre Gegner*innen dazu übergegangen, stärker die angeblich dadurch hervorgerufenen Verunsicherungen als Argument anzuführen. So lautet der Titel der PA (16.04.2023): „FPÖ-Nepp: Kinder dürfen in ihrer Geschlechtsidentität nicht verunsichert werden!“. Im weiteren Text heißt es: „Für uns Freiheitliche sowie die überwältigende Mehrheit der Gesellschaft ist klar, dass es nicht in Ordnung ist, wenn als Frauen verkleidete Männer versuchen, Kinder in ihrer Geschlechtsidentität zu verunsichern.“ Trotz der Verschiebung bleibt die dahinter stehende Absicht dieselbe: Der Vorwurf potentieller Verunsicherungen von Kindern zielt ebenso wie die Behauptung der negativen Entwicklungen darauf ab, Ängste und Sorgen um eine besonders vulnerable Gruppe (Kinder) zu verbreiten und dadurch

Dragqueens ebenso wie sexuelle Bildung als Bedrohungen zu konstruieren. In der medialen Berichterstattung wurde der Verunsicherungsdiskurs abseits der Pressemeldungen bislang noch kaum aufgegriffen. Die in der Forschungsliteratur 2) erwähnte Konstruktion von Kindheit als sexualitätsfreiem Raum, basierend auf der Vorstellung einer idealisierten kindlichen Unschuld, schwingt dabei zwar stets mit, wird jedoch nicht explizit zum Thema der Berichterstattung gemacht. Anstelle des 3) Vorwurfs, sexuelle Bildung führe durch eine Propagierung homosexueller Lebensweisen zu einer ‚Homosexualisierung‘ von Kindern und Jugendlichen, scheint inzwischen das Feindbild Transgender gerückt zu sein. So finden sich in der medialen Berichterstattung und den Presseausendungen zahlreiche Angriffe der FPÖ auf die „Transgender-Lobby“, „Transgender-Agenda“ (zit. n. PID Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien, 24.03.2023), die „linken Transgender-Propagandisten“ (FPÖ Wien Rathausklub, 16.04.2023) oder die „Transgender-Propaganda“ (FPÖ Wien RK, 11.04.2023): „Aber Kinder sollen einfach Kinder sein und nicht mit Transgender-Propaganda zugemüllt“ (FPÖ Wien RK, 14.03.2023) oder für „Transgenderpropaganda missbraucht“ (FPÖ Wien RK, 11.04.2023) werden.

Während die von der FPÖ konstruierten Begriffe „Transgender-Irrsinn“ und „Sexualisierungspropaganda“ immerhin fünf bzw. neun Mal in der untersuchten medialen Berichterstattung vorkamen, konnten sich „Transgender-Agenda“ und „Transgender-Propaganda“ (je eine Nennung) nicht durchsetzen. Dennoch verdeutlichen die Beispiele, dass das aktuelle, (leicht) veränderte Feindbild zwar in gegenwärtige Debatten integriert wurde, das diskursive Muster jedoch in gleichbleibender Weise darauf abzielt, die Darstellung vielfältiger Lebens- und Lebensweisen grundsätzlich als Bedrohung für Kinder darzustellen. Daran knüpft 4) auch die BÜchse-der-Pandora-Argumentation an, mittels derer behauptet wird, die Akzeptanz sexueller Bildung der Vielfalt würde den Weg zur Toleranz von Pädophilie oder ‚Missbrauch‘ ebnen. Eine entsprechende Argumentation zeigt sich in der Zusammenfassung eines Statements von Nepp im Wiener Landtag: „Nepp erwähnte ein Beispiel einer 12-Jährigen in den USA, die sich durch die ‚Indoktrinierung‘ veranlasst sah, ihre Brüste abzunehmen, was sie nun bereuen würde. [...] Hormontherapien bei Sexualstraftätern würden abgelehnt, gleichzeitig würde dasselbe Medikament bei Kindern verwendet werden“ (PID der Stadt Wien, 24.03.2023). Auch hier konstruiert die FPÖ unzulässige Automatismen und Vergleiche, die Ängste schüren und falsche Zusammenhänge suggerieren. So dient der irreführende Vergleich von Hormontherapien bei Sexualstraftäter*innen mit deren Anwendung bei Kindern in erster Linie dazu, die medizinische Behandlung von trans*- Jugendlichen in ein negatives Licht zu rücken. Dass es bei den Lesungen lediglich um ein Aufzeigen der vielfältigen Möglichkeiten und nicht um Zwänge geht, wird von der FPÖ bewusst ignoriert. 5) Die Darstellung von sexueller Bildung als *unnatürlich*, *pervers* oder *pädophil* mit dem Ziel, alles von der Heterosexualität Abweichende zu stigmatisieren und abzuwerten,

findet sich ebenfalls in aktuellen Diskursen. So berichtet *Der Standard* (17.04.2023) darüber, dass „LGBTQI-Personen“ im Zuge der Proteste gegen die Lesung am 16.4.2023 „rufschädigend als Pädophile verunglimpft“ wurden. Nepp hatte schon im Vorfeld betont, dass „solche Perversitäten [...] von Kleinkindern ferngehalten werden“ (FPÖ Wien RK, 11.04.2023) müssten. Auch die negativen Zuschreibungen wie „ungustiös“ oder „inakzeptabel“ dienen letztlich der Abwertung der Lesungen sowie der vielfältigen Lebensentwürfe, die dabei thematisiert werden. Auch 6) der Fokus auf heteronormative Zweigeschlechtlichkeit und ‚traditionelle‘ Werte (sowie Geschlechterverhältnisse) wird deutlich.

So wird die FPÖ von der *Kleinen Zeitung* (23.03.2023) damit zitiert, dass sie „Kinder und Jugendliche darin stärken, zum eigenen Geschlecht, derer es ausschließlich zwei gibt“ zu stehen. Zudem brachte die FPÖ einen Antrag ein, „dass der Gemeinderat und Landtag nur zwei Geschlechter anerkennen solle“ (PID Stadt Wien, 24.03.2023). Obgleich die FPÖ in ihren Statements häufig darauf abzielt, sexueller Bildung der Vielfalt ein Aufzwingen bestimmter Lebensweisen zu unterstellen, zeigt sich bei genauerer Betrachtung, dass von ihr selbst ein Gegenmodell zu Vielfalt propagiert wird, das keine Abweichungen zulässt.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Angriffe auf Kinderbuchlesungen von Dragqueens in vielerlei Hinsicht an bestehende diskursive Muster anknüpfen und diese in einer neuen Rahmenerzählung adaptieren bzw. aktualisieren. Wenngleich sich bestimmte diskursive Versatzstücke oder Feindbilder geändert haben, bleiben die mit unterschiedlichen rhetorischen Mitteln in den Diskurs eingebrachten Bedrohungskonstruktionen, Abwertungen und Delegitimationen weitgehend gleich.

6.3 Erklärende Kontextualisierungen

In einigen wenigen Beiträgen wird das Narrativ der *Frühsexualisierung* zumindest kontextualisiert oder sogar hinterfragt. Dazu zählen einerseits Beiträge, die erklärende Einordnungen unterschiedlicher Identitäten und Begehrensformen sowie Erwähnungen der LGBTIQ+-Feindlichkeit der extremen Rechten beinhalten, und andererseits Thematisierungen, die erklären, dass es bei den Lesungen weder um Sex noch um Sexualisierung geht. Als Beispiel für den erstgenannten Zugang kann ein früher Kommentar aus *Der Standard* genannt werden, der den unterschiedlichen Umgang mit Hetero- und Homosexualität der extremen Rechten und deren Alarmismus zum Thema macht: „Wenn in einem Kinderbuch ein Papa seiner Gattin einen Schmatzer gibt, ist alles gut. Wenn in einem anderen eine Mama der anderen Mama ein Bussi gibt, dann ist das ‚Frühsexualisierung‘. Wenn ein der heterosexuellen Mehrheit angehöriger Mensch aus einem der unzähligen Kinderbücher über Vati-Mutti-Kind

vorliest, ist das bestens. Wenn eine Dragqueen aus einem Buch vorliest, in dem es um die Vielfalt von Lebensentwürfen geht, ist das ‚Sexualisierungspropaganda‘ (Der Standard vom 10.03.2023).

In weiteren Beiträgen kommen Dragqueens selbst für korrigierende Klarstellungen zu Wort. So wird beispielsweise Bernd Heinrich-Piebel alias Samantha Gold in der *Kleinen Zeitung* (23.03.2023) zitiert: „Ich renne nicht in Strapsen herum und verwirre Kinder. Unser Auftritt hat nichts mit Sexualerziehung zu tun. Die FPÖ wirft Transgender und Drag in einen Topf. Ich bin ein schwuler Mann und fühle mich nicht als Frau“ (23.03.2023). Dragqueen Freya von Kant antwortet in einem Interview in der *Kleine Zeitung* (18.04.2023) auf die Frage, ob sie nachvollziehen könne, warum „von den Gegnern ja eine angebliche ‚Frühsexualisierung von Kleinkindern‘“ kritisiert werde: „Wenn ich so etwas höre, muss ich im ersten Moment lachen, im zweiten bin ich schockiert. Ich habe selbst pädagogischen Hintergrund – und mit Sex haben diese Geschichten nicht im Geringsten zu tun“. Auch in *Der Standard* (17.04.2023) wird im Nachgang der Lesung am 16.4.2024 zumindest in einem Halbsatz berichtet, dass in der gelesenen Story „viele drinnen“ gewesen sei, „nur keine Sexualisierung“. In einem anderen Beitrag heißt es, dass die Lesungen als „sexualisierte Bühnenperformances gebrandmarkt“ würden, „auch wenn dort in Wahrheit nur altersgerechte Kinderbücher vorgetragen werden“ (*Der Standard*, 22.04.2023).

Wenngleich die entsprechenden Klar- bzw. Richtigstellungen durchweg begrüßenswert sind, fehlen ausführliche Erklärungen zu Hintergründen und Zielen sexueller Bildung weitgehend; auch Expert*innen, die viele der skizzierten Vorwürfe und Argumente entkräften könnten, kommen in der medialen Berichterstattung kaum zu Wort. Wie hilfreich entsprechende Kontextualisierungen für eine sinnvolle Debatte sein könnten, zeigt sich beispielsweise in einem Kommentar der Vorsitzenden im *Bundesverband Österreichischer Kinderschutzzentren*, Petra Birchbauer. Darin kritisiert sie nicht nur die Verwendung des Begriffs, sondern verweist auch auf die präventive Wirkung sexueller Bildung: „Bei solchen Veranstaltungen mit Dragqueens von ‚Frühsexualisierung‘ zu sprechen ist nicht richtig. Was heißt das denn? Dass Kinder zu früh über Sexualität Bescheid wissen? Davor brauchen wir keine Angst zu haben. Aus dem Kinder- und Jugendschutz wissen wir, dass eine altersangemessene Sexualerziehung bereits im Kleinkindalter beginnt. Sie ist eine wesentliche Prävention gegen sexuellen Missbrauch“ (*Der Standard*, 18.04.2023). Aber auch Birchbauers umfassendere Einordnung wird durch das problematische Narrativ der potentiellen Bedrohung eingeleitet: „Können solche Events mit Dragqueens Kindern wirklich schaden?“ DER STANDARD hat zwei Expertinnen aus dem Kinder- und Jugendschutzbereich gefragt. (*Der Standard*, 18.04.2023). Insofern mag es auch nicht verwundern, dass die vielfältigen Möglichkeiten, über Kinderbuchlesungen von Dragqueens Lernprozesse anzuregen, in der medialen Berichterstattung kaum erwähnt werden. So stellt

Birchbauers Kommentar, in dem sie auch die Potentiale diversitätsbewusster Bildung unterstreicht, eine der wenigen Ausnahmen dar: „Wenn Kinder etwa Diversität früh kennenlernen, fällt es ihnen leichter, diese einzuordnen. Das macht keine Angst, sondern nimmt sie“ (*Der Standard*, 18.04.2023). Lediglich in einem Beitrag über Freya von Kant wird der Frage, was Kinder von Dragqueens lernen können, etwas ausführlicher nachgegangen. Sie betont die Vermittlung universeller Werte, den Abbau von Berührungängsten, aber auch Mehrsprachigkeit und Multikulturalität – sowohl für zugezogene Kinder, aber auch jene der „sogenannten Mehrheitsgesellschaft“. Sie wolle „Identifikationsfiguren präsentieren“, da sie selbst erlebt habe, „wie es ist, wenn immer nur über andere geredet wird, nie über einen selbst“ (*Der Standard*, 19.04.2023). Und an anderer Stelle führt von Kant aus: „Kinder können von uns viel zu Themen wie Diversität lernen. Viele von uns sind selbst durch ein tiefes Tal der Düsternis gegangen – das macht uns glaubwürdig. Und, nicht zuletzt: Wir Dragqueens und -kings sind natürlich tolle Entertainerinnen!“ (*Kleine Zeitung*, 19.04.2023).

7 Fazit

Der vorliegende Beitrag hat es sich zur Aufgabe gemacht, ausgehend von einer kritischen Diskursanalyse der medialen Berichterstattung über Kinderbuchlesungen von Dragqueens in Österreich der Frage nachzugehen, inwiefern sich die aktuellen Debatten in bereits bekannte antifeministische Narrative rund um sexuelle und geschlechtliche Bildung der Vielfalt einordnen und welche wiederkehrenden diskursiven Muster sich dabei identifizieren lassen. Dabei wurde deutlich, dass die aktuellen Mobilisierungen an eine Vorgeschichte und bestimmte Narrative und diskursive Muster anknüpfen konnten, die bereits zuvor für andere Angriffsziele eingesetzt wurden. Der Hauptteil der Analyse widmete sich der Frage, wie der rechtsextreme Kampfbegriff der *Frühsexualisierung* in der aktuellen Berichterstattung thematisiert wird und inwiefern sich damit verbundene diskursive Muster verändert haben. Dabei hat sich zunächst gezeigt, dass rechte Akteur*innen über öffentliche Statements versuchen, bestimmte Narrative in den medialen und somit auch öffentlichen Diskurs einzubringen, um diese weiter verbreiten zu können. Durch den Fokus auf die Berichterstattung konnte veranschaulicht werden, welche Diskurspositionen aus rechtsextremen und antifeministischen Milieus in Zeitungsartikeln aufgegriffen werden und dadurch auch in die gesellschaftliche Debatte gelangen. Zwar wurden nicht alle von der FPÖ in Presseaussendungen oder in Gemeinde- und Landtagssitzungen konstruierten Begriffe und Narrative in den Medien dann tatsächlich auch übernommen. Dennoch konnte anhand des Beispiels der *Frühsexualisierung* gezeigt werden, dass durch wiederholte Zitationen von

FPÖ Statements in der medialen Berichterstattung die Verwendung des Begriffs eine Eigendynamik erlangte. Die unkritische Übernahme dieser Rhetorik ermöglichte es antifeministischer Akteur*innen, ihre Sichtweisen und Narrative weiter zu verbreiten und zu normalisieren.

Darüber hinaus machte die Analyse deutlich, dass der Vorwurf der vermeintlichen *Frühsexualisierung* weiterhin ein zentrales Narrativ antifeministischer Akteur*innen ausmacht und die in der Forschungsliteratur zum Thema identifizierten diskursiven Muster im Kontext des neuen Angriffsziels Kinderbuchlesungen von Dragqueens fortgesetzt und in die neue Rahmenerzählung integriert wurden. Die zentralen Argumentationslinien blieben dabei im Wesentlichen unverändert, wenngleich sie an aktuelle Debatten angepasst und durch neue Versatzstücke integriert wurden. Auch in aktuellen Argumentationen werden Ängste und Bedrohungen konstruiert, indem die Vermittlung von Wissen über sexuelle Vielfalt und Geschlechteridentitäten als *unnatürlich* und *schädlich* dargestellt wird, weil es Kinder überfordere. ‚Traditionelle‘, binäre Geschlechterrollen und Heteronormativität hingegen werden als der richtige Weg zur *gesunden* Entwicklung von Kindern propagiert. Neu ist der vermehrte Fokus auf Transgender-Themen und Verunsicherungsdiskurse. Mit Begriffskonstruktionen wie „Transgender-Propaganda“ versucht die FPÖ weiterhin Ängste vor einer angeblichen Verunsicherung der Geschlechtsidentität von Kindern zu mobilisieren.

Abschließend lässt sich ergänzen, dass umfassende Erklärungen zu sexueller Bildung der Vielfalt und zu den positiven Effekten damit verbundener Lernprozesse für Kinder weitgehend fehlen. Expert*innen, die diese Debatten mit fundierten Informationen hätten bereichern können, kamen kaum zu Wort, was eine differenzierte Diskussion ebenfalls erschwerte. *Dragqueens und Veranstalter*innen* bekamen zwar gelegentlich die Möglichkeit zur Richtigstellung, doch *insgesamt dominiert das problematische Narrativ der Bedrohung von Kindern*.

Die Analyse macht folglich auch deutlich, dass Medien eine entscheidende Rolle in der Verbreitung antifeministischer – und hier v.a. LGBTIQ+ - feindlicher – Narrative einnehmen, weil sie, wie das Beispiel der Dragqueen-Lesungen zeigt, häufig unkritisch und ohne ausreichende Hinterfragung die von rechtsextremen Akteur*innen verbreiteten Narrative übernehmen. Durch die teils unkommentierte Reproduktion rechtsextremer Kampfbegriffe wie *Frühsexualisierung* werden entsprechende Narrative nicht nur normalisiert, sondern auch Ängste weiter gestärkt. In dieser Hinsicht werden viele Beiträge der Verantwortung nicht gerecht, komplexe Themen wie sexuelle Bildung der Vielfalt differenziert zu beleuchten, da sie es versäumen, ihren aufklärerischen Auftrag ernst zu nehmen und die Öffentlichkeit umfassend und faktenbasiert zu informieren. Durch die verengte Debatte werden letztlich auch Chancen zur Aufklärung und Bildung, die gleichzeitig auch wirksame Strategien in der Zurückdrängung homo- und queerfeindlicher Einstellungen sind, reduziert.

Literatur

- Baader, M. S. (2020). Neue Rechte – „Umerziehung“, „Genderideologie“ und „Frühsexualisierung“ – Kampfbegriffe in einem neuen Kulturkampf. Erziehungswissenschaftliche Themen im Fokus von Populismus und Neuer Rechter. In U. Binder & J. Oelkers (Hg.), „Das Ende der politischen Ordnungsvorstellungen des 20. Jahrhunderts.“: Erziehungswissenschaftliche Beobachtungen (S. 129–154). Wiesbaden: Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-29192-1_9.
- Dietze, G. & Roth, J. (Hg.). (2020). Right-Wing Populism and Gender. Bielefeld: transcript.
- Fichtberger, N. (2023). Sexualpädagogik an österreichischen Schulen: Der Grundsatzlerlass Sexualpädagogik in Lehrmaterialien [Masterarbeit]. Wien: Universität Wien. <https://theses.univie.ac.at/detail/67706>.
- Geserer, L. (2018). Diffamierung Sexueller Bildung der Vielfalt: Umgangsstrategien österreichischer Vereine [Masterarbeit]. Wien: Universität Wien. <http://othes.univie.ac.at/55184/>
- Goetz, J. & Mayer, S. (2023). Global Perspectives on Anti-Feminism: Far-Right and Religious Attacks on Equality and Diversity. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Hark, S., & Villa, P.-I. (Hg.). (2015). Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: transcript.
- Henninger, A. & Birsl, U. (2020). Antifeminismen: „Krisen“-Diskurse mit gesellschaftspaltendem Potential? Bielefeld: transcript.
- Jäger, S. (2012). Kritische Diskursanalyse: Eine Einführung. Münster: Unrast Verlag.
- Kämpf, K. M. (2015). Eine Büchse der Pandora? Die Anrufung der Kategorie Pädophilie in aktuellen antifeministischen und antiequeeren Krisen-Diskursen. In S. Hark & P.-I. Villa (Hg.), Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. (S. 109–128). Bielefeld: transcript.
- Keenan, H. & Hot Mess, L. M. (2020). Drag pedagogy: The playful practice of queer imagination in early childhood. *Curriculum Inquiry*, 50(5), S. 440–461. <https://doi.org/10.1080/03626784.2020.1864621>.
- Kuhar, R. & Paternotte, D. (2017). Anti-Gender Campaigns in Europe: Mobilizing against Equality. Lanham/New York: Rowman & Littlefield.
- Laumann, V. & Debus, K. (2018). ‚Frühsexualisierung‘ und ‚Umerziehung‘? Pädagogisches Handeln in Zeiten antifeministischer Organisationen und Stimmungsmache. In J. Lang & U. Peters (Hg.), Antifeminismus in Bewegung: Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt (S. 275–302). Hamburg: Marta Press.
- Nitschke, J. (2019). Schützt unsere Kinder! Der Topos „Frühsexualisierung“ und die Diskreditierung sexueller Bildung im Kindesalter. *Sozial Extra*, 43(2), S. 127–130. <https://doi.org/10.1007/s12054-019-00157-6>.
- Schmidt, R.-B., Stelert, U. & Henningsen, A. (2017). Gelebte Geschichte der Sexualpädagogik. Weinheim: Beltz Juventa.
- Schmincke, I. (2015). Das Kind als Chiffre politischer Auseinandersetzung am Beispiel neuer konservativer Protestbewegungen in Frankreich und Deutschland. In S. Hark

- & P.-I. Villa (Hg.), *Gender Studies. Anti-Genderismus* (S. 93–108). Bielefeld: transcript.
- Selbstlaut (2013). *Ganz schön intim. Sexualerziehung für 6–12 Jährige. Unterrichtsmaterialien zum Download.* https://selbstlaut.org/wp-content/uploads/Selbstlaut_Broschuere_Ganz_schoen_intim_korr20200301.pdf.
- Strube, S. A., Perintfalvi, R., Hemet, R., Metze, M., & Sahbaz, C. (2021) (Hg.). *Anti-Genderismus in Europa: Allianzen von Rechtspopulismus und religiösem Fundamentalismus: Mobilisierung – Vernetzung – Transformation.* Bielefeld: transcript. <https://doi.org/10.14361/9783839453155>.
- Tuider, E. (2016). *Diskursive Gemengelage. Das Bild vom ‚unschuldigen, reinen Kind‘ in aktuellen Sexualitätsdiskursen.* In R. Claus, Robert, A. Henningsen, E. Tuider, & S. Timmermanns (Hg.), *Sexualpädagogik kontrovers* (S. 176–193). Weinheim: Beltz Juventa.

Anti-gender Ideology as Social Pathology of Rights? Anti-feminist Mobilization and the Politics of Child Well-Being in Turkey

Funda Hülagü Demirbilek

1 Introduction

Over the past decade, several right-wing populist and/or neo-conservative actors around the world have made the issue of child protection and a particular understanding of children's rights one of their main mobilizing themes. They have portrayed children as victims, sometimes of what they call "gender ideologues". For example, during the 2024 European Parliament elections, the far-right VOX party in Spain placed a baby figure on its campaign posters, inviting people to vote for politicians who would protect children.¹ In Brazil, Bolsonaro's victorious 2018 election campaign propagated that the leftist opposition planned to distribute baby bottles with penis-shaped teats, sparking outrage in working-class neighborhoods despite the obviousness of the lie (Della Torre 2023). In the recently declared Vatican doctrine on human dignity, "gender theory" is considered once more one of the most important attacks on human dignity, along with abortion and surrogacy, which are said to harm children and their inalienable rights from birth (Dicastery for the Doctrine of the Faith Declaration 2024). In some other contexts where anti-gender policies meet pro-natalist policies, as in Hungary, "living for one's children" is posited as the most sanctioned norm, and those who allegedly "live off their children" are presented as those citizens who are less desirable and excluded from so-called respectable society (Kováts 2020).

Echoing these global political strategies and discursive patterns, the anti-gender/anti-feminist mobilization in Turkey has politicized the issue of children in two main ways. First, children are seen as threatened by so-called "perverse ideologies". This discourse targets non-heteronormative gender identities and relations. It develops a nativist-nationalist attack that

1 For further details on the election campaign of the Vox Party and their use of the discourse of children's rights, please check their social media channels. <https://www.instagram.com/p/C7z14W4uif-/>.

criminalizes intellectual thought and artistic practices that criticize heteronormative dominance. Secondly, children's rights are said to be violated and/or neglected by "vengeful mothers" and their legal representatives – following the ever-increasing number of divorces in Turkey. The purpose of this essay is mainly to ask what makes it possible for the issue of children and children's rights to be politicized in this particular way by the anti-feminist mobilization in Turkey.

An initial answer would be that the issue of children is easy to instrumentalize because it appeals strongly to emotions. Given that children have been constructed as "innocent beings" in need of protection, using children and politicizing children's rights to appeal to people's fears or sympathies and similar empathetic responses is obviously a successful method for harnessing political emotions (e.g. Kuhar/Paternotte 2017; Graff/Korolczuk 2022; Stein 2023). In this essay, I agree with this perspective on the affect-based instrumentalization of children for purposes of political influence and self-aggrandizement. It indeed shows very clearly how the religious and/or conservative actors in the anti-gender movement know which buttons to push to mobilize anxious parents and/or capitalize on their anger. I also argue, however, that this perspective needs to be further strengthened by sorting out the structural factors that enable, incite and/or shape the politicization of children's rights by "ugly movements".² Apart from a general contextual reference to neoliberalism and the socio-economic erosion caused by it, the analyses on the politicization of children's rights by the anti-gender movements generally rely on methodological individualism and not on a methodology of structural and internally related social relations.³ While methodological individualism explains social phenomena through individual actions and choices, a methodology of internally related social relations insists that social structures analytically exist independently of individuals and exert causal influence over them (Archer 1998).

In that sense, while it is very important to point out the vested interests and religious and ideological dispositions that lead anti-gender ideologues to use the discourse of children's rights as a disguise, it is equally important to recognize that the mobilisers are not solely strategic actors but also subjects living in highly contradictory capitalist social formations. In other words, anti-gender ideologues act not only in accordance with political ideologies such as

2 As in the definition used by Conny Roggeband (2018), anti-feminist mobilizations differ in terms of means and ends. Different from the „bad“ ones, which are critical of feminist ideals but still try to remain within the limits of democratic exchange, the „ugly“ ones are reactionary, hostile, and often anti-democratic. These movements frequently align with broader illiberal and anti-democratic projects, positioning feminism as an existential threat to traditional values, the nation, or masculinity.

3 For non-individualist social sciences methodology, which suggests that the parts of a social structure (like individuals, movements, or institutions) are inseparable from the whole; their characteristics, behaviors, and development are shaped by the totality of the social structure, see Bertell Ollman (2003).

conservatism and nationalism, but also with a materially shaped ideological disposition: a specific way of thinking and knowing that is conditioned by structural dynamics. This approach to ideology-critique, which puts focus on the materiality of ideologies (e.g. Rehmann 2023), leads me to resume that it is not enough to explain anti-gender reasoning solely in terms of voluntaristic factors such as strategic instrumentalization and political-ideological opportunism. In this sense, anti-gender mobilization is for sure a political movement that uses populist emotional strategies and mass manipulation. And yet, it is also a convoluted outcome of the structural contradictions that make up a society. This essay aims, in a modest way, to shed light on these structural contradictions and the ways in which they may have influenced the reasoning and strategies of anti-gender ideologues in the specific case of child well-being politics in Turkey. This paper builds on the initial findings of an ongoing research project I have been conducting over the past few years, titled “Organized Anti-Feminism in the Middle East and North Africa: The Case of Turkey”. As part of this project, I have carried out qualitative data collection, including interviews with legal experts. In the text below, occasional references are also made to these interviews, with expert names anonymized and cited as personal communications.

Following the structure-oriented methodological priority, which invites us to consider political movements also with a focus on the socio-ontological level, this essay argues that anti-gender ideology is a manifestation of a specific *social pathology of rights*. Social pathologies are “processes of belief-formation and stabilization that functionally serve to reproduce inegalitarian social structures by hiding their essentially historical character and social causes” (Zum 2011: 348). In other words, they are ideological mechanisms that obstruct recognizing the real sources and targets of right infringements and injustices. In the case addressed by this essay, the social pathology is related to a specific understanding of (children’s) rights held by anti-gender ideologues and anti-feminists. Thus, the universally accepted notion that children’s rights consist in the recognition and protection of their inherent dignity and well-being, ensuring that their basic needs are met and that they can develop to their full potential, takes on an inverted and pathologized meaning. This specific understanding conflates children’s rights with a neo-authoritarian understanding of parental freedom and custodianship. It displaces the causes of social wrongs children suffer from in either scandalous or false spaces, and thus obscures the real dynamics behind social wrongs. As a social pathology, it also creates concrete practices of injustice and forfeiture. Through these actions, anti-gender politics as social pathology of rights ends by imitating and entrenching the structural hypocrisy of the existing inegalitarian social formation.

This essay is structured as follows. In part 2, I present my conception of ideology critique, drawing on the social pathology literature within Critical Theory. Part 3 introduces anti-feminist organizations in Turkey, with a

particular focus on their discourse on children's rights. I then examine the current state of child well-being politics in Turkey, highlighting the structural hypocrisy that characterizes it (part 4). By structural hypocrisy, I refer to the inherent contradiction within Turkey's inegalitarian social formation, which ideologically values children while materially devaluing them. The final analytical section (part 4.3) explores the relationship between this structural hypocrisy and the emergence of social pathologies of mind, particularly in the context of anti-gender and anti-feminist mobilizations in Turkey. This essay is both experimental and exploratory in nature. Therefore, in the conclusion, I outline open questions and potential directions for future research (part 5).

2 What is Social Pathology?

The notion of pathology is a problematic one in social sciences. It somehow medicalizes social phenomena and risks providing those in power with further justifications and tools for disciplining society. However, as a framework for social analysis, it retains certain advantages, which have been compellingly reaffirmed by contemporary scholars within the Critical Theory tradition. The concept depicts well the worsening of a situation, the "downward" spiral experienced in social relations (Freyenhagen 2018: 4). In addition, and more importantly, it invites us to perceive certain social phenomena with the help of a different normative vocabulary and register: the notion of pathology tells us that there is something wrong in the society that cannot be captured by notions such as injustice and illegitimacy (Freyenhagen 2018, 2019; Harris 2019). It points to a more foundational societal challenge, to a problem of reasoning or rationality that contributes to the worsening of unfavorable social conditions (Honneth 2009).

Christopher Zurn (2011) primarily explains this problem of reasoning as a form of *disconnect* between first-order content – be it experiences of deprivation, suffering or injustice – and second order reflexive comprehension of those contents. Accordingly, social pathologies cause a sort of discontinuity between first-order experience and second-order reflexive understanding of it. The first-order content is not recognized as it is but is perceived only through the mediation of another structure of belief or practice. This mediation separates the experience from its understanding and creates an obstacle to true understanding.

The recent rise of right-wing populist politics has revitalized discussions of social pathology. Recognizing that right-wing populist discourses do not challenge the foundations of current inegalitarian social formations and yet provide an outlet for the formulation of grievances and discontent, several researchers from the critical theory tradition have proposed to understand right-wing populism as a specific form of social pathology. For example, Hirvonen and

Pennanen (2019) argue that populism creates a social pathology of recognition as it “obstructs the recognition of the ‘other’ as something else than just pre-identified other” and “limits the self-understanding of ‘the people’ by narrowing available identity categories and by defining themselves only in opposition to an imagined other”. In this approach, the pathological character of populism is linked to its retrogressive impact on socio-political relations. For Zamora (2022), this interpretation however misses something significant about the pathological quality of populism. Zamora argues that right-wing populism is indeed not only a pathology of recognition where social groups are misrecognized and disrespected but also a pathology of freedom. For Zamora (2022), social pathology of freedom means a wrong understanding of freedom, i.e. freedom from epistemic procedures and infrastructures such as universities and parliaments. As a result, Zamora argues, populist practices of thought undermine the very conditions that make political freedom possible. A theoretical implication of Zamora’s analysis is that populism is pathological not only because of its nasty social implications for interpersonal and intergroup relations, but also because of the damage it does to the historical legacy of emancipatory institutions. The so-called freedom from elite rule turns out to be freedom from the existing means of (potential) emancipation.

In this essay, I do concur with Zamora’s perspective on social pathologies. In other words, I consider social pathologies that operate in the field of the *Political* or political pathologies as flipped understandings of norms and values, which cause harm to those norms themselves and the primary owners of them (e.g. the oppressed and/or injured parties). Indeed, in Critical Theory any social ideal (e.g. the ideal of freedom), including those that are deemed positive, can function as *dis-connecting* and thus pathologizing mediations. The most known example of this interpretation is represented by the Honnethian strand of cultural critical theory. Ideals such as self-realization, both promoted and adopted in market societies, can function as forms of rationality that sabotage genuine emancipation (Honneth 2009). This is because these ideals are transposed onto cases of injustice or mal recognition to the point of making injustice and/or misrecognition impossible to be recognized as such. This essay follows a similar methodology and proposes that the recently adopted discourses of “having rights” in anti-feminist men’s rights groups and/or anti-gender organizations, and in this case “children’s rights”, function as *dis-connections* and/or distractions rather than ways of recognizing and addressing the very injustices children face.

However, unlike these two perspectives on populist pathologies, which are limited to the description of cognitive/rational or ideal symptoms, I would also like to stress that social pathologies have causes that go beyond the socio-cultural sphere. In other words, as Zurn arguments, the task of Critical Theory is to go beyond giving a detailed portrait of the symptoms but also to display the causal mechanisms, the root causes of social pathologies (2011: 346):

It [*note of the author: Critical Theory*] must also develop a convincing explanation of the social pathologies precisely so that social members can comprehend the discontinuities between their first-order experiences and their second-order reflexive understandings of them as discontinuities caused by *specific social institutions, structures and practices* [italics added], and for them to engage productively in the manifold social struggles necessary to overcome the causes of the pathological disorder (ibid.).s.

To research the root causes of social pathologies means that “these do not exist merely in the head” (Harris 2019). They are indeed produced, facilitated and/or conditioned by material structures. On that point, however, material structures cannot be reduced to economic production processes, as is the case with the original ideology-critique in classical Marxism. In classical Marxism, the process of alienation is rightly thought in its foundational relation to laboring under exploitative conditions. In this essay, *material structure* refers to the broader matrix of capitalist social formation, encompassing both the economic and political dimensions, as well as the institutional and normative orders of the state and the market.

As a result, this essay experiments with this two-partite analytical approach: (1) describing symptoms akin to social pathologies and (2) revealing social structures that cause these pathological disorders. This essay will shed light on the structural hypocrisy of the capitalist social formation in Turkey in the field of child wellbeing policies as a possible structural mechanism that may have paved the way for the pathologization of rights by anti-feminist groups. A symptomatic reading of one anti-feminist/anti – gender group in Turkey precedes this presentation. The focus remains on the issue of children’s rights.

3 Organized Anti-feminist Discourse on Children’s Rights in Turkey

As a researcher, I have been following several anti-gender/anti-feminist organizations in the digital world for almost five years now (2019–2024). However, the data presented below are specifically collected from the public relations and dissemination activities of one of these groups, *the World Children’s Rights Association*. The Association, also known by the abbreviation *Gelecek* (in Turkish, trans. Future) was established in 2011 under the leadership of a conservative local journalist in Istanbul. The journalist has close affinities with the political Islamist worldview; that is, his writing opposes the principle of secularism in the organization of state-society relations and demands that the state adopts a particular version of religious law as its official legal orientation. On the other hand, the Association is closely linked to other groups that are not necessarily religious in character but are involved in men’s rights mobilization

and/or secular pro-family associations. They share discursive strategies and tactics and form issue-specific coalitions to put pressure on the government.

For its public messaging app and platform, The World Children's Rights Association uses the tag, "Children's rights are not left alone" (in original language, Çocuk Hakları Yalnız Değildir). As the literal English translation of the tag makes clear, the title in Turkish is somewhat vague in meaning and semantically awkward as it applies a phrase typically used for people ("not left alone") to an abstract concept like rights. It does not say, for example, "children are not left alone" or "we are for children's rights". Read in conjunction with other group statements, the main message is that children have rights, but that society is either unaware of them or deliberately ignorant of them. The group, thus, claims to be a proud defender of children's rights. As successfully demonstrated by Agnieszka Graff and Elzbieta Korolczuk (2022) for the cases of Italy, France and Poland, the group uses shame as a political emotion to gather attention and appeal to their self-righteous cause. When, however, more than 25 declarations (made by the Association for the last two years, since June 2022) are analyzed, there is no one specific reference to universal children's rights as adopted in 2006 in Turkey.⁴ Not even a vernacularized version of them is to be found in the declarations. If this is the case, then what rights is this Association referring to?

3.1 *Conflating a child's rights with the so-called fathers' rights*

One concept that is frequently used by the association is the "Parental Alienation Syndrome". As a highly dubious and indeed pseudo-scientific concept that travels several national contexts, the syndrome denotes a child's refusal to meet and/or be with one of the parents due to alleged manipulation and inoculation by the other parent, especially during and after divorce/separation processes. Despite the seemingly neutral and pro-child posture, in reality the parent who is mostly accused of indoctrinating children against the other parent is the mother. The Association blames the tendency of public authorities to grant custody to mothers in a large number of cases. According to them, it is the fathers who are mostly wronged during separation phases.

It is true that joint custody is not *de jure* in Turkey and that in most of the cases custody belongs to mothers either because male partners have been violent and/or harmful to familial unity or because they are unable to take care of children due to their everyday full-time professional occupation (A.K., personal communication, 27.03.2023). However, none of these two conditions are recognized and problematized in the children's rights perspective of these anti-feminist groups. The risk of parental violence and harm, which indeed

4 The discourse examples given in this part are taken from these statements posted by the group on its own Telegram channel.

constitutes one of the reasons behind non-shared custody decisions, is totally lost from their perspective. Thereby, in these groups' perception, a child's right to a caring and safe environment is actually conflated with the right of the father to have authority over his child and/or unhindered access to the child.

In that sense, the rights discourse becomes an inverted and flipped adoption of original children's rights. The notion of rights is used as if particularistic views and/or hetero-patriarchal conceptions of fatherhood are amenable to make universal claims on the rights of children. The already weak and non-effective public measures that are taken to protect children and promote their autonomy are considered as coercive infringements onto private life.

3.2 Displacing the causes of harms

The Association reacts to actual child abuse and/or crimes against children only selectively. For example, they especially react in the case of incidents where the harm process involves so-called "alcohol" or "drug" using perpetrators. These factors make it possible for the self-described children's rights defenders to give a plausible explanation for wrongs against children that associates harm with bad habits. This inevitably blurs other elements that have a greater explanatory potential.

A recent case of this attitude was displayed in relation to the murder of the 9-year-old Syrian refugee Gina Mercimek in 2023 in Kilis, Turkey. Gina was subjected to sexual violence before being murdered and the perpetrators were two male adults with Turkish citizenship. The association supported the view that the main cause of this violent murder was the insufficiency of the legally determined sentences, which failed to deter criminals from bad behavior and/or correct them. Neither the intersectional power differences between parties (a 9-year-old refugee girl and two adult men with close connections to local power holders) nor the intoxicating political culture of impunity (see below) were thematized as causes of the crime.

Several progressive institutions in Turkey, including civil society organizations and women's rights advocates, contend that the existing penal legislation is already highly developed and sufficient both for addressing gender-based crimes and serving as a deterrent, and yet they add that significant problems arise during the implementation phase (Human Rights Watch 2022). One such significant problem is granting impunity (e.g. reduced sentences or abatement) to the male perpetrators of several severe crimes against women and non-binary individuals. In Turkey, especially in relation to cases of gender-based violence, courts often hand down reduced sentences based on "good conduct" (i.e., respectful behavior during trial) and "provocation" (e.g., victim's alleged actions leading to violence). Such legal justifications reinforce patriarchal norms and discourage survivors from seeking justice. The defense

of children's rights by anti-feminist groups deliberately ignores this reality and advocates severe and, if necessary, retributive forms of punishment: e.g. chemical and surgical castration for sexual offenders, or total prohibition of alcoholic drinks and drugs.

To sum up, the anti-gender group refers to children's rights in two main ways. In cases of family breakup, a child's right to safe and caring environment is conflated with the untethered right of a father to have access to his child – regardless of the father's tendency to violent behavior. In cases of public harms against children, a child's right to safety and protection from abuse is reduced to the elimination of bad individual habits (of adults) via harsh measures of punishment. In both cases, the child's right to well-being is flipped and turned almost upside down to ask either for more uninhibited private licenses over children or for more retributive public measures over the private. This inverted neo-authoritarian understanding, which takes unfettered entitlement to children as justified parental protection and care, or severe punishment as a form of child protection, also creates a permissive basis for justifying other forms of injustice.

3.3 Permissiveness towards injustice

The group sees the public ban on marriage before the age of 17 as a form of unwarranted public interference. Teenagers over the age of 12–15 are considered mature enough to enter into marriage contracts. The existing legal provisions to protect children, especially girls, from early marriage are seen as too restrictive and even ignorant of human nature. To cover up and/or rationalize this permissiveness, the groups resort to tactics and strategies that give the impression of exposing elite conspiracies against children.

Several international conventions such as the Council of Europe Convention on the Protection of Children against Sexual Exploitation and Sexual Abuse, also known as the Lanzarote Convention (2007), are targeted by the Association on the alleged reasons that they lower the consensual age of sexuality between children to 15 and thus purportedly provide the ground for sexual offenses against children. The Lanzarote Convention is also portrayed as an elite plot against children, allegedly to serve the “global fashion industry” that exploits children's bodies. The aim of this discourse is to not only cover up their advocacy of early marriage and make it appear harmless, but also to scandalize intimate and healthy adolescent friendships – in the way they are designated and maintained by progressive feminist and children's rights advocacy groups – and create misleading addresses as perpetrators of social harm to children.

4 Structural Hypocrisy of the Capitalist Social Formation in Turkey on Child Well-Being

The capitalist social formation under the rule of the Justice and Development Party (AKP) in Turkey has been governed by two different modes of social power since the early 2000s. On the one hand, in line with the ethos of progressive neoliberalism as defined by Nancy Fraser (2016), human life, including the well-being of children, has been normatively valued – but of course within the limits of the neoliberal imaginary of “family values” (Cooper 2020) and the further privatization of care. Consequently, children’s rights are largely formulated as rights pertaining to the private sphere. On the other hand, again like the “cannibalistic” (Fraser 2023) neoliberal register of social power, human life including the well-being of children has been materially devalored: life is subject to destructive powers of the market and marketization. Furthermore, devalorization processes operate in an intersectional modality, whereby children are exposed to diverse harms depending on their social position. These diverse harms are, however, only sporadically recognized by the ruling power. In most cases and fields of injustice, big segments of society as well as the ruling power stay either silent or de-mobilized. The cases that drive most public outcry are scandalized cases of sexual offense against children. This combination of an already problematic process of valuation with a disavowed process of devalorization creates a *sui generis* condition of structural hypocrisy, which acts as a social dynamic that further conditions societal cognition and consciousness. Let me unpack these three arguments, respectively the two modes of social power and the ideological implications of their hypocritical coexistence.

4.1 *Valuing through Privatization*

The Turkish President Erdoğan himself was able to mobilize a considerable sum of social support in the early 2000s thanks to his claims that the primary aim of a state is to make human life cherish. As such, he was also polemicizing against the state security tradition in 1990s Turkey that put state survival over human security. In 2005, Turkey adopted the Child Protection Law, which is built on the United Nations Convention of Rights of a Child. With the late 2000s and early 2010s, the AKP governments have seemingly become more assertive in including children in social policies. To that end, the Ministry of Family and Social Policies introduced a series of public announcements and advertisements to sensitize the public as well as inform caregivers about their duties on children’s rights.

The Ministry has since then claimed to support children before all with the motto of “Children First” (2011). In public service advertisements that followed this new policy era, the Ministry has encouraged children personally to call a national help number in case they are witnesses of domestic violence and/or if they fear it. This valuation and encouragement, however, has stayed largely symbolic. For example, legal experts underline that the involvement of the Ministry of Family Affairs in child protection cases (e.g. against child abuse at home or at school) is considered to be mostly ineffective, either because the Ministry remains mostly reluctant and ill-prepared to get involved or when it does get involved, this involvement remains contingent and conjuncture-driven (A.D., personal communication, 18.08.2023). However, the most important reason for the symbolic activation of the Ministry is the planned replacement of public protection mechanisms by private organizations and the privatization of public responsibility through the responsibility of heteronormative family individuals for the child’s well-being.

In fact, the Ministry is very active in organizing private support and yet reluctant to expand public resources. The notions of public responsibility and public power to create the necessary mechanisms that would support children’s well-being have been largely replaced by so-called civil responsibility, which means giving greater social power to unaccountable and religiously motivated groups to organize the public sphere where children are supposed to be under the protection of public power. This includes compulsory primary and secondary education facilities, dormitories and/or any other recreational schools (Emanet 2023). This was a shocking case during the healing process after the earthquake in Southeast Turkey in 2023. Several surviving children, who had lost their parents and close relatives, were entrusted to (legally outlawed) religious sects and their private institutions (Birgün 2023).

In line with this privatization modality, strengthening heteronormative family values have been deemed essential to the reproduction of neoliberal-neoconservative society in Erdoğan’s Turkey. In public service ads that followed the “Children First” policy era, for example, on the foster care system it is said, “We can of course provide the child with sports services, but he also needs to play football with his father” (2011). Nevertheless, beyond discursive encouragement and advertisement, it is also due to the force of material circumstances that a child’s general well-being has become a family affair and a task for private commitment. The pronatalist policies that are supported by the state in Turkey, such as the IVF treatments or the de facto restriction of abortion surgeries or medication provided in public hospitals, leave a limited room especially to mothers living in poverty and/or with no access to private hospitals for a free choice about having a child or not. Overall, the normative valuation of children in Turkey posits children’s rights mainly as a “right to be born” and to be cared for by heteronormative family and/or private institutions such as religious sects and civil society organizations.

4.2 *Disavowed De-valorization*

Despite all these (already problematic and limited) discursive or symbolic valuations, several reports and expert opinions based on objective indicators show that the percentage of children with high life satisfaction in Turkey is drastically low. A recent report prepared by the United Nations Children’s Fund (UNICEF 2020) ranked the country to have the lowest percentage of children with “reasonable” satisfaction among the OECD countries. Turkey was ranked the second country to have the highest fatality rate among kids aged 5 to 14, reporting a 1.96 percent mortality rate.

The assessments, based on children’s own accounts, also show that there are several other dimensions of well-being that adversely affect children in Turkey. In their pioneering research on children’s voice on well-being, Pınar Uyan-Semerçi and Emre Erdoğan (2014: 37) demonstrate that from children’s perspective, happiness is also closely related with fair treatment and non-discrimination at school, a more love and appreciation-oriented togetherness with friends and a more equal relation with the parents. In other words, from the children’s point of view, it is very important to be recognized and respected as autonomous individuals with intrinsic self-worth, and yet the organization of social life is far from meeting this important demand.

The education system is heavily marketed, and public schooling is so badly affected that this increases inequalities among children and impoverishes the quality of school life. Working-class children who want to be successful at school must rely on sectarian religious communities and associations for teaching material support and/or for extracurricular activities. Yet, the activities of these communities are also lacking transparency and accountability (Emanet 2023). For the last decade, several incidents happened which involved cases of sexual(ized) violence against children in those communities and/or serious child neglect.

Moreover, many working-class children are involved in income-generating activities to help their families (Uyan-Semerçi/Erdoğan 2022). Some are unofficially laboring with their families in seasonal agricultural work and thus cannot attend school (Dayioğlu/Kirdar/Koc 2024). Others are officially integrated into the labor force under the scheme of apprenticeship programs and yet are subjected to severe workplace exploitation (Korkmaz 2025). In both cases, children are heavily harmed. In the case of fieldwork, the situation might be even worse for the girls who along with their mothers are usually in charge of housework and sibling care as well. In the case of apprenticeship programs, which also involve refugee and displaced child workers, the rate of occupational accidents is high. The Syrian children refugees living in Turkey also suffer from significant abuse and exploitation as they are pushed to and/or must engage in informal jobs in the textile and similar labor-intensive small production sectors (Dayioğlu/Kirdar/Koc 2024).

To sum up, this short portrait of the child-well-being politics in Turkey points to a structural hypocrisy, a state of two-facedness which ideally values and yet materially devalorizes children. This hypocrisy is structural because there are no universal and genuinely developed public welfare policies that aim at redressing the harms the children suffer from. There is a self-contradictory talk and practice of valuing children, which indeed functions as an ideological mechanism that deeply affects the societal/public perception on children's rights. This contradictory combination of valuation through privatization and disavowed devalorization exerts a tremendous orienting pressure on social schemas of thinking and understanding.

4.3 *Devalorizing while Valuing: The Implications for the Social "Mind"*

In Gramscian thought, hegemony operates by establishing a specific pedagogic relation with the already ambiguous consciousness of the dominated masses (Patnaik 1988). It indeed educates masses in certain ways of seeing and perceiving. In the same way, I would argue that the co-existence of valuation and devalorization creates a specific impairing pedagogy. The very fact that these two apparently contradictory social processes can coexist and be sustained in this coexistence, without necessarily causing a crisis of political legitimacy, points to a "pathology of normality" (Harris 2019). Despite the pervasive talk of value, children are tangibly, continuously and diversely devalorized. In other words, the contradiction is neither questioned, exposed, nor contested at a general and systemic level. On the contrary, in the absence of an emancipatory commitment—one that seeks to bridge the gap between cherished values and harmful practices by actively addressing the harm—the real contradiction solidifies into structural hypocrisy. The longer such a contradiction is normalized without effective challenge, the more it deepens problems of reasoning or rationality.

The normalization of structural hypocrisy, I would argue, generates a disconnect, which in turn among many other expectable pathological reactions or social disorders – such as the general dethematization of social harms, e.g. in the case of child labor in Turkey – causes a special social pathology: the pathologization of rights. The structural hypocrisy in the field of children's well-being corrupts societal consciousness and performances, because by disavowing the cherished values in practice, it also "undermines the intrinsic value of these values" (Brown 2018). The rights are either indeed disrespected in concrete or deemed as private responsibilities. This process of trivialization and privatization deprives children's rights of their universally agreed content and normative power. They turn children's rights into an empty signifier that can be filled with different contents and even with their very opposite. This relativization

facilitates the use of children's rights as a political weapon that also disguises social injustices. This is also because the routinization of political hypocrisy makes it possible to imitate it: to use symbolic politics as a smokescreen for social injustice/for forms of injustice and deprivation. Rather than exposing the structural hypocrisy, the children's rights discourse serves to further obscure it.

However, I would like to underline that although structural hypocrisy affects the whole society, not all social groups are affected in the same way by this disconnect and its pedagogic power. In other words, different social groups reproduce or also refute this corrupting process in their own political performances in various ways. In the words of the new generation adherents of the Critical Theory tradition, there is a "dynamic adaptation" (Thompson 2019: 101) process. This adaptation and the shape of it differs from one social group to another because of the societal positions these groups occupy. Societal positions are understood here as non-static and situated locations, which are defined by intersecting class, gender, sexuality, ethnic relations but also by political affiliation and worldviews.

Some social groups do not only normalize structural hypocrisies in their own ways and methods but also "raise [their ways of normalization] as a virtue" (Harris 2019: 722). This means that they find great comfort and joy in their ways of adapting to and/or accommodating structural hypocrisies. Those who possess such a tendency in the case of children's well-being politics, I would argue, are especially groups that are already engaged in political ideologies such as religious extremism or exclusionary nationalism, which produce gendered, racialized and/or class-based justifications for reigning social structures of inequality. These groups already tend to possess a flipped notion of civil and/or personal rights: masculinist rights as untethered private or particularistic entitlement to have power over and/or ownership of something (be it other personal beings, animals and/or ecological entities such as land and water). The structural hypocrisy and the normalization of it permits them to make a virtue out of this flipped understanding. In other words, those groups use and usurp the rights discourse as the hypocritical climate both teaches and enables them to mimic it as an opportunistic virtue cover for their own political and interest-oriented agendas. In the case of anti-feminist groups who use and usurp the discourse of children's rights, this manifests itself in the following three ways that again refer to symptoms described in the previous part:

In the absence of a political commitment to universal rights and their realization and due to the privatization of children's care and protection, these rights are easily resigned and even turned upside down to refer to the neo-authoritarian parental rights over children. The anti-feminist groups' usurpation of children's rights creates a confusion of minds and hearts about the real causes and perpetrators of the harms children suffer from. On the one hand, they portray public remedies that are designed to address child vulnerabilities as atrocities against fathers/parents. Rather than criticizing child vulnerability,

they address and attack the legal and/or universal normative frameworks that allow for a generalized problematization of vulnerability. On the other hand, they use the discourse of children's rights to justify their misogynist and/or anti-feminist attitude towards divorced mothers. As such, they also create a moralist orbit, which draws several people in like a magnet— and not necessarily sectarian and/or religious ones — who are trying to make sense of their perceived victimhood such as fathers and/or divorced men. The children's rights discourse also sublimates the rage and anger these groups possess towards women (i.e. their ex-partners).

Moreover, as children's rights lose their normative anchor, which would normally establish clear, open and universally binding relationships between forms of abuse and their causes, it becomes easier to obscure and/or shift the real causes of abuse. As such, the discourse of children's rights — in its pathological form — not only provides some temporary relief to those seeking explanations and/or easy solutions, but also provides a free check on a range of practices ranging from moralist to vigilantist actions. In other words, in the absence of available progressive social and political tools, the pathologization of the rights discourse provides a free check on regressive-moralist and/or rebellious-vigilantist modes of re-connecting with perceived injustices. One of the excuses given by the mob that lynched Syrian refugee workers in Turkey in Kayseri in the summer of 2024 was the alleged abuse of a child by a Syrian man (Gazete Duvar 2024).

Finally, a recurrent structural hypocrisy also incites these groups to weaponize the discourse of children's rights for their own political objectives: 1) to attack their self-declared opponents such as feminist and/or LGBTQI+ rights advocates; 2) to cover their own corrupt and abusive behavior towards children. Such a weaponization becomes most effective — effective in the sense of getting out of marginal political positions and mainstreaming itself — as it does not operate by denying rights straightaway and/or disavowing injustices. On the contrary, it operationalizes a discourse of children's rights by developing a discursive toolkit that makes the so-called adversaries (e.g. feminist/queer activists) the real exploiters. They thus entrench structural hypocrisy rather than challenge it.

5 Concluding Remarks

In this essay, I argued for the need to deepen the existing feminist analyses on the instrumentalization of children's rights by the anti-gender mobilization with respect to the social wrongs that plague the lives of children in concrete. Such a framework helps contextualize this instrumentalization and point to its structural determinants. The main thesis is that the perspective provided by the

social pathology discussions introduces different levels of social reality and provides a more holistic analysis of the recent retrogressive phenomena. It invites us to reflect on the socio-ontological sources of a social phenomenon: “what makes this possible?” or in the case of this essay, “what makes children’s rights to be politicized in this anti-genderist way possible?”

This essay answers this question with the help of the Turkish case by saying that structural contradictions that are not addressed turn into structural/political hypocrisies that create pathological ways of seeing and perceiving. Structural hypocrisies have a pedagogical, mind-forming power. They create and/or incite the fertile ground for the eruption of pathologies of mind. Social pathologies as second order disorders, as Zurn (2011) defines them, deny in various ways the true nature or quality of social wrongs that drive structural hypocrisies. They either obscure and/or for example dethematize them. Some social groups, already under the influence of political ideologies of inequality, adapt to these social injustices in a dynamic way, which not only obscures the social injustice but also creates a virtue out of their method of adaptation. In effect, they create a pathological version of the children’s rights discourse. In doing so, they both entrench the existing structural hypocrisy and create conditions for usurping the rights discourse for their own interests and socio-political goals.

The structural hypocrisies that plague contemporary capitalist social formations exercise a pathological formative power over social consciousness. Anti-gender ideology is such a pathology of rights. This argument needs to be further discussed and substantiated through comparative research in different national contexts. First, because, this essay is limited to the Turkish case and the limited analysis of data on the Turkey-centered anti-feminist groups needs to be enriched by material from diverse contexts. Second, when it comes to exploring structural and/or material conditions, the existing literature on ideology critique tends to point to the alienating forces of the capitalist market, ranging from self-estrangement to commodification processes. However, the capitalist market does not exist in a political void. It is always mediated by a political-ethical field, which adds further layers to the alienating powers unleashed by the capitalist market. Third, more research is needed because in order to show how structural contradictions and/or materially conditioned social injustices become pathologies of the mind, it is necessary to reveal the exact ideological mechanisms, practices and transmission belts through which social contradictions turn into social pathologies.

Such a research agenda is necessary not only to advance scientific robustness, but also to help develop progressive counter-strategies that would expose and combat these formative mechanisms or “ugly” pedagogies. Regarding political strategies, the ideology-critique developed above, even if indirectly, hinted at the importance of political legitimization crises for a successful discrediting of pathologization processes. Of course, there is no prescription for

the making of a successful legitimation crisis, which unmask all hypocrisies and reconnects first-order experience of injustices with a vigorous (re)cognition of them. As Nancy Fraser (2015) underlines, there is a difference between legitimacy deficits and legitimation crises. For the latter, a stronger counter-hegemonic force is required—one that not only upholds progressive values and universal norms but also enhances their immanency and practical applicability.

Finally, the political nature of children's rights is distinct and categorically different from that of women's rights, for example. Children are not recognized as natural spokespersons for their own rights, making children's rights particularly vulnerable to usurpation. To address this limitation and re-center children within emancipatory thinking, further feminist research is needed – especially studies that explore shifts in the societal and intergenerational significance of children and childhood.

References

- Archer, Margaret (1998): Realism and morphogenesis. In: Archer, Margaret/Bashkar, Roy/Collier, Andrew/Lawson, Tony/Norrie, Alan (Eds.): *Critical realism*. London: Routledge, pp. 356–382.
- Birgün (2023): Cocuklar Menzil Cemaatine Teslim. <https://www.birgun.net/haber/cocuklar-menzil-cemaati-ne-teslim-423942> [Access: 05.05.2024].
- Brown, Wendy (2018): Neoliberalism's Frankenstein: Authoritarian freedom in twenty-first century "democracies". In: *Critical Times* 1, 1, pp. 60–79.
- Cooper, Melinda (2020): Neoliberalism's family values: Welfare, human capital, and kinship. In: Plehwe, Dieter/Slobodian, Quinn/Mirowski, Philip (Eds.): *Nine Lives of Neoliberalism*. London, New York, NY: Verso Books, pp. 95–119.
- Dayıoğlu, Meltem/Kırdar, Murat/Koc, Ismet (2024): The making of a "lost generation": Child labor among Syrian refugees in Turkey. *International Migration Review*, 58(3), pp. 1075–1113.
- Della Torre, Bruna (2023): The cross and the pink shotgun: Apocalypse and the antifeminist movement in Bolsonaro's Brazil. In: Stümer, Jenny/Dunn, Michael (Ed.): *Worlds Ending. Ending Worlds: Understanding Apocalyptic Transformation*. Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg, pp. 187–208.
- Dicastery for the Doctrine of the Faith Declaration (2014): *Dignitas Infinita*. https://www.vatican.va/roman_curia/congregations/cfaith/documents/rc_ddf_doc_20240402_dignitas-infinita_en.html [Access: 23.04.2024].
- Emanet, Zühre (2023): *The Politics of Education in Turkey*. London: IB Tauris.
- Fraser, Nancy (2015): Legitimation crisis? On the political contradictions of financialized capitalism. In: *Critical Historical Studies* 2, 2, pp. 157–189.
- Fraser, Nancy (2016): Progressive neoliberalism versus reactionary populism: A choice that feminists should refuse. In: *NORA-Nordic Journal of Feminist and Gender Research* 24, 4, pp. 281–284.

- Fraser, Nancy (2023): *Cannibal capitalism: How our system is devouring democracy, care, and the planet and what we can do about it*. London and New York: Verso Books.
- Freyenhagen, Fabian (2018): Critical theory and social pathology. In: Gordon, Peter E./Hammer, Espen/Honneth, Axel (Eds.): *The Routledge companion to the Frankfurt School*. New York: Routledge, pp. 410–423.
- Freyenhagen, Fabian (2019): Characterizing social pathologies: An analytic grid. In: *Studies in Social and Political Thought*, 28, pp. 15–20.
- Gazete Duvar (2024): Local Mob Vandalizes Syrian Homes. https://www.duvarenglish.com/local-mob-vandalizes-syrian-homes-businesses-in-central-turkey-news-64593#google_vignette [Access: 27.08.2024].
- Graff, Agnieszka/Korolczuk, Elzbieta (2022): *Anti-gender politics in the populist moment*. London, New York: Taylor & Francis.
- Harris, Neal (2019): Recovering the critical potential of social pathology diagnosis. In: *European Journal of Social Theory* 22, 1, pp. 45–62.
- Hirvonen, Onni/Pennanen, Joonas (2019): Populism as a pathological form of politics of recognition. In: *European Journal of Social Theory* 22, 1, pp. 27–44.
- Honneth, Axel (2009): *Pathologies of reason: On the legacy of critical theory*. New York: Columbia University Press.
- Human Rights Watch (2022): Türkiye’de Kadına Yönelik ve Aile İçi Şiddetle Mücadele Korumadaki Zaafların Ölümcül Sonuçları. https://www.hrw.org/sites/default/files/media_2022/05/turkey0522turk_web_0.pdf [Access: 10.10.2024].
- Korkmaz, Nurcan (2025): Child Labor exploitation: Experiences of Student-Workers in Vocational Training Centers in Türkiye. In: *Journal for Critical Education Policy Studies (JCEPS)*, 22, 3, pp. 110–129.
- Kováts, Eszter (2020): Post-Socialist Conditions and the Orbán Government’s Gender Politics between 2010 and 2019 in Hungary. In: Dietze, Gabriele/Roth, Julia (Ed.): *Right-Wing Populism and Gender: European Perspectives and Beyond*. Bielefeld: transcript Verlag, pp. 75–100.
- Kuhar, Roman/Paternotte, David (2017): *Anti-gender campaigns in Europe: Mobilizing against equality*. London: Rowman & Littlefield.
- Ollman, Bertell (2003): *Dance of the dialectic: Steps in Marx’s method*. Illinois: University of Illinois Press.
- Patnaik, Arun K. (1988): Gramsci’s concept of common sense: Towards a theory of subaltern consciousness in hegemony processes. In: *Economic and Political Weekly* 23, 5, pp. PE2-PE10.
- Rehmann, Jan (2023): Theory of Ideology. In: Baehrens, Konstantin/Koivisto, Juha/Strazzeri, Victor/Fritz Haug, Wolfgang/Haug, Frigga/Jehle, Peter/Küttler, Wolfgang (Eds.): *Historical-Critical Dictionary of Marxism*. Leiden, Niederlande: Brill, pp. 602–645.
- Roggeband, Conny (2018): The good, the bad, and the ugly: Making sense of opposition to feminisms from a social-movement perspective. In: Verloo, Mieke (Ed.): *Varieties of opposition to gender equality in Europe*. New York: Routledge, pp. 19–37.
- Stein, Arlene (2023): Gender, authoritarian populism, and the attack on democracy. In: *Sociological Forum* 38, 4, pp. 1340–1348.
- Thompson, Michael J. (2019): Hierarchy, social pathology and the failure of recognition theory. In: *European Journal of Social Theory* 22, 1, pp. 10–26.

- UNICEF (2020): Country Office Annual Report 2020. <https://www.unicef.org/media/101206/file/Turkey-2020-COAR.pdf> [Access: 16-03-2024].
- Uyan-Semerci, Pınar/Erdoğan, Emre (2014): Defining and Evaluating Child Well Being Domains and Indicators through the Eyes of Children in Turkey. <https://www.unicef.org/turkiye/media/5311/file/Defining%20and%20Evaluating%20Child%20Well%20Being%20Domains%20and%20Indicators%20Through%20The%20Eyes%20of%20Children%20in%20Turkey.pdf> [Access: 15.03.2024].
- Uyan-Semerci, Pınar/Erdoğan, Emre (2022): Child Labor in Turkey: An Overview. In: Şen, Hilal H./Selin, Helaine (Eds.): *Childhood in Turkey: Educational, Sociological, and Psychological Perspective*. Cham: Springer, pp. 31–43.
- Zamora, Justo Serrano (2022): Is populism a social pathology? The myth of immediacy and its effects. In: *European Journal of Social Theory* 25, 4, pp. 578–595.
- Zurn, Christopher F. (2011): Social Pathologies as Second-Order Disorders. In: Petherbridge, Danielle (Ed.): *Axel Honneth: Critical Essays*. Leiden: Brill, pp. 345–370.

Antifeministische Netzwerke: Die deutsche Männerrechtsbewegung

Jennifer Degner-Mantoan

1 Einleitung

Antifeminismus speist sich aus Vorstellungen einer ‚natürlichen‘ Ungleichheit in Bezug auf die Strukturkategorie Geschlecht und dient der Absicherung bzw. Wiederherstellung einer hierarchischen, patriarchalen Geschlechterordnung (femPI et al. 2022). Historisch wie aktuell lassen sich Überschneidungen zu weiteren Ideologien der Ungleichheit, z.B. Antisemitismus (A.G. Gender-Killer 2005; Stögner 2014; Fedders 2018; Frauen & Geschichte Baden-Württemberg e.V. 2019), Rassismus (Stöss 2009; Schiedel 2019; Rahner 2020; Speit 2020) oder auch verschwörungsideologischen Narrativen (Culina 2018; Baeck/Speit 2020; Blum 2022) feststellen. Antifeminismus kann als ein zentraler Bestandteil (extrem) rechter Weltbilder eingeordnet und durch seine breite Anschlussfähigkeit an die Dominanzgesellschaft (Rommelspacher 1995) sowohl als ‚Türöffnerideologie‘ (Blum in diesem Band) als auch verbindendes Element bzw. ‚Scharnier‘ (Kremers 2015; Henniger 2020: 33) zwischen verschiedenen Ideologien und Akteur_innen bezeichnet werden.

Dies lässt sich am Beispiel der Männerrechtsbewegung nachzeichnen, deren Gruppierungen ein breites politisches Spektrum abbilden, regionale wie themenspezifische Kontakte zu Bündnispartner_innen pflegen und eine mindestens feminismuskritische, in der Regel antifeministische Haltung einnehmen.¹ Eine aktuelle Übersicht zentraler Akteur_innen und Strukturen dieser Szene liegt bislang nicht vor. Daher dient mir für den vorliegenden Beitrag die soziale Netzwerkanalyse als Handwerkszeug zur kritischen Betrachtung und Einordnung der Männerrechtsbewegung und ihres Umfelds. Zunächst werden die Entstehung und Entwicklung der Männerrechtsbewegung sowie deren Verortung im Feld sozialer Bewegungen betrachtet. Anschließend werden Netzwerke als Ressource sozialer Bewegungen beleuchtet und in die Methode der sozialen Netzwerkanalyse zur Erforschung der (größtenteils) online aktiven

1 Während Feminismuskritik eine kritisch-konstruktive Auseinandersetzung mit verschiedenen feministischen Strömungen und Ansätzen darstellt, zeichnet sich Antifeminismus durch eine homogenisierende Feindbildkonstruktion aus.

Männerrechtsbewegung eingeführt. Sodann werden die Ergebnisse der Netzwerkanalyse vorgestellt, ein Überblick über die Akteur_innen der Männerrechtsbewegung und deren Beziehungen, Themen und politische Verortung gegeben und abschließend vor dem Hintergrund der bisherigen Erkenntnisse zur deutschen Männerrechtsbewegung interpretiert.

2 Die deutsche Männerrechtsbewegung

Im Zentrum männerrechtlicher Bestrebungen stehen geschlechtsbasierte Identitätspolitiken sowie Verteilungs- und Deutungskämpfe. Profeministische Akteur_innen orientieren sich dabei an aktuellen Gleichstellungsmaßnahmen und -diskursen. Feminismuskritische und dezidiert antifeministische Akteur_innen, auch Maskulist_innen genannt, gehen dagegen von einer systematischen Benachteiligung von Jungen und Männern aus und sehen diese in modernen Geschlechterpolitiken begründet. Hinrich Rosenbrock (2012a) hält innerhalb der Männerrechtsbewegung insbesondere eine männliche Opferideologie für zentral. Feminismus wird dabei als homogenes, allmächtiges Feindbild konstruiert, gegen das kollektive Maßnahmen ergriffen werden müssen (ebd.: 11ff.). Die daraus resultierenden Männlichkeitskonstruktionen reichen von einer soldatischen, wehrhaften Männlichkeit (Virchow 2010) bis hin zur Feststellung einer Krise der Männlichkeit. Dabei steigere sich der Antifeminismus teils zu einem Frauenhass als emotionalem Abwehreffekt, der zwar die Anschlussfähigkeit der Bewegung gefährde, aber sozialpsychologisch relevant für die maskulistische Vergemeinschaftung sei (Rosenbrock 2012b: 58ff.). Nach Robert Claus ergeben Ideologien männlicher Überlegenheit und transformative Männlichkeitsentwürfe zusammen ein „Normalitätsregime‘ maskulistischer Identitätsproduktion mit Fokus auf patriarchalen Machterhalt“ (Claus 2012: 97). Er stellt die These auf, „dass der Maskulismus [...] fähig ist, seine Männlichkeitsartikulationen zu flexibilisieren und zugleich regressiv zu transformieren“ (ebd.: 82f.). Er sei daher „eine moderne Bewegung antimoderner Couleur“ (ebd.: 94) und eine organisierte Gegenbewegung zu emanzipatorischen Idealen (Claus 2014).

2.1 Ursprünge und Aktualität des Maskulismus²

Die Vorläufer der deutschen Männerrechtsbewegung lassen sich bis in die Weimarer Republik zurückverfolgen. Bereits damals gab es männerbündlerische³ und männerrechtliche Formierungen, wobei hier noch nicht von einem Bewegungsanspruch gesprochen werden kann (Kemper 2011a: 19ff.).

In den 1970er Jahren entstanden erstmals antisexistische Männergruppen, die sich mit der männlichen Rolle und den eigenen Zurichtungen im Patriarchat auseinandersetzten. Bereits in den 1980er Jahren kam es zu Brüchen zwischen bürgerlichen und autonomen Männern; in den 1990er Jahren spaltete sich die Männergruppenszene schließlich. Einerseits fand eine Institutionalisierung der Jungen-, Väter- und Männerarbeit statt, die häufig kirchlich getragen und auf individuelle Hilfen statt struktureller Veränderung fokussiert war. Autonome Zusammenhänge lösten sich weitestgehend auf. Andererseits stießen antifeministische Positionen zunehmend auf Resonanz und konnten sich nach der Jahrtausendwende in der maskulistischen Bewegung durchsetzen (Kemper 2011b). Zwar etablierte sich die deutsche Männerrechtsbewegung erst rund 25 Jahre nach der US-amerikanischen Bewegung, sie fand dort jedoch thematische und ideologische Vorbilder und übernahm bspw. Diskurse zu ‚Political Correctness‘. Auch esoterische und biologistische Zugänge zu Männlichkeit nach dem Vorbild der ‚Wild Men-Bewegung‘⁴ wurden populär (Kemper 2011a: 9). Vor dem Hintergrund des Attentats von Anders Breivik⁵ in Oslo und Utøya im Juli 2011 und den darauf bezogenen Vorwürfen, Rechtsextremismus zu unterstützen, fand eine erneute Polarisierung innerhalb der Bewegung statt. Der selbsternannte linke Flügel grenzte sich von Rassismus und Homofeindlichkeit ab und übte öffentlich Kritik (Kemper 2012: 35ff.).

2 Bei den hier angeführten Entwicklungen handelt es sich um eine schlaglichtartige Darstellung. Für eine tiefergehende Auseinandersetzung mit der Geschichte der Männer(rechts)bewegung empfehle ich Kemper (2011a; 2012) und Claus (2014).

3 Blazek (2001) fasst Männerbünde als exklusiv männliche Vergemeinschaftungsorte, die u.a. durch Überbetonung von Männlichkeit, räumliche und gesellschaftliche Geschlechtertrennung, eine männliche Überlegenheitsideologie, ein aggressives Moment sowie Initiationsriten gekennzeichnet sind (18ff.). Zudem waren völkischer Rassismus, Antisemitismus und Antifeminismus in den Männerbünden der 1920er Jahre maßgeblich. Weitere Ausführungen finden sich u.a. bei Völger/von Welck (1990) und Sombart (1996).

4 Die ‚Wild Men‘ oder auch mythopoetische Männerbewegung hat ihre Wurzeln in den Schriften C. G. Jungs, dessen Ideen in den 1990er Jahren durch Robert Bly *Eisenhans* (1991) wiederbelebt wurden. Essentialisierende Vorstellungen eines archaischen Kerns von Geschlecht sowie die Notwendigkeit, diesen durch spirituelle Praktiken, männliche Vergemeinschaftung und Weiblichkeitsabwehr (wieder) zu entdecken, stehen hier im Mittelpunkt (Meuser 2010: 176ff.).

5 In seinem Manifest wähnt Breivik eine ‚Feminisierung der europäischen Kultur‘ durch den Radikalfeminismus, welcher verantwortlich für eine geschwächte Männlichkeit, die Zersetzung traditioneller Werte und Familien und damit den vermeintlichen drohenden Untergang des Abendlandes sei und spricht sich für die gezielte Ermordung von Frauen aus (AK FE.IN 2019: 112f.).

Beck et al. (2021) gehen davon aus, dass sich in den vergangenen Jahren Kontext, Inhalte und Strategien maskulistischer Akteur_innen veränderten. Männerrechtsorientierte Vereine hätten zugunsten von väterrechtlichen Lobbyist_innen und Anti-Gender-Aktivist_innen an Relevanz eingebüßt.⁶ Strategisch werde zunehmend auf die Anpassung und Umdeutung geschlechterpolitischer Begriffe und hegemonialer Gleichheitsdiskurse gesetzt (ebd.: 8; Gesterkamp 2020), aber auch Diskurspiraterie, Reframing von Diskursen und Provokation gehören zum Repertoire (Beck et al. 2021: 23). Post- und antifeministische, biologistische sowie anti-etatistische und wissenschaftsfeindliche Argumentationsmuster sowie familistische Gemeinschaftsideale (Notz 2015) bilden den Kern maskulistischer Ideologieproduktion (Gesterkamp 2012). Damit verbunden ist der Wunsch nach einer patriarchalen Resouveränisierung (Forster 2006) sowie eine Ablehnung staatlicher Eingriffe (durch Familiengerichte, Jugendämter oder Bildungseinrichtungen) in die ‚private Sphäre‘ der Familie (Beck et al.: 2021: 32ff.). Hinrich Rosenbrock stellt zudem fest, dass die Männerrechtsbewegung eine inhaltliche Nähe insbesondere zur Neuen Rechten aufweist und deren Ressourcen zum Teil für sich nutzt (Rosenbrock 2012a: 132).

Neben profeministischen, institutionalisierten Männerberatungsstellen sowie therapeutischen und kommerzialisierten Beratungs- und Coachingangeboten gibt es einige maskulistische Anlaufstellen. Vereine wie *MANNdat*, *A-GENS (Arbeitsgemeinschaft zur Verwirklichung der Geschlechter-Demokratie)*, das *Forum Soziale Inklusion (FSI)*, der *Väteraufbruch für Kinder (VafK)* oder die *Interessensgemeinschaft Jungen–Männer–Väter (IG-JMV)* betreiben Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit, bieten regionale Vernetzungsgruppen an und sind an der Organisation des seit 2015 stattfindenden *Genderkongress* in Nürnberg beteiligt (Beck et al. 2021).

Austausch, Vergemeinschaftung und Ideologieproduktion finden jedoch vor allem online statt – auf Social Media, Blogs, in Foren oder durch bewegungsnahe alternative Medienportale. Das Netz entsprechender Internetseiten wird als ‚*Manosphere*‘ (Ging 2019; Johanssen 2023) bezeichnet. Neben männer- und väterrechtsorientierten Akteur_innen zählen hierzu auch Gruppierungen wie *Pick Up-Artists* (Schutzbach 2018), *Men Going Their Own Way (MGTOW)* (Lin 2017; Jones/Trott/Wright 2020) und *Incels* (involuntary celibates) (Kaiser 2020; Kracher 2020).

6 Männerrechte stellen hierbei einen Sammelbegriff für verschiedene Männer betreffende Anliegen und Problemdeutungen (s.u.) dar. Väterrechte sind einer von vielen Pfeilern männerrechtlicher Anliegen, der häufig von eigenständigen Organisationen bearbeitet wird. Anti-Genderismus ist eine Spielart des Antifeminismus, die sowohl in Teilen der Männerrechtsbewegung als auch bei christlich-fundamentalistischen und radikalfeministischen Akteur_innen zu finden ist.

2.2 *Maskulismus als soziale Bewegung*

Soziale Bewegungen zeichnen sich aus durch einen (informellen) Netzwerkcharakter (1), die Ausbildung einer kollektiven Identität und kollektiv geteilter Deutungsrahmen (2), das Streben nach gesellschaftlichem Wandel (3) und darauf abzielendes Protestverhalten (4) (della Porta/Diani 1999: 16; Rucht 1995: 11; Roth/Rucht 2008: 638). Sie sind ein relationales Phänomen, d.h. sie handeln die eigenen Grenzen und Zugehörigkeiten, Problemdeutungen und Verantwortlichkeitszuschreibungen, Strategien und Ziele ständig neu aus und sprechen Anhänger_innen und Unterstützer_innen, aber auch Opponent_innen in einer Weise an, die auf die (De-)Mobilisierung verschiedener Zielgruppen einwirkt (Rucht 2005: 197).

Die deutsche Männerrechtsbewegung besteht aus Einzelpersonen, Vereinen und informellen Gruppen, die netzwerkartig miteinander verbunden sind. Um moralische Ressourcen zu generieren, muss sie insbesondere die Legitimität ihrer Anliegen kommunizieren (Roth/Rucht 2008: 25; Rucht 1984: 616) bzw. die Illegitimität ihrer politischen Gegner_innen betonen, eine starke Solidarität untereinander entwickeln und Verbündete finden, die ihre Interessen auch über den Wirkungskreis der Bewegung hinaus verbreiten.

Die aus dem Netzwerk entstehenden Bewegungsgemeinschaften (Staggenborg 1998; Hassan/Staggenborg 2015) sind in ihrer ideologischen Prägung, thematischen Schwerpunktsetzung und Organisationsform durchaus verschieden: Es gibt informelle (Unterstützungs-)Netzwerke, institutionalisierte und auch parteinahe Strukturen (Beck et al. 2021). Mit Hilfe eigener alternativer Medien lassen sich Inhalte über die Bewegungskanäle hinaus verbreiten und neue Unterstützer_innen generieren. Die Bewegung kann aber auch auf Befürworter_innen in den hegemonialen Medien zählen, die über die Benachteiligung von (cis) Männern und die vermeintlichen Verfehlungen ‚des Feminismus‘ berichten oder auch zentralen Akteur_innen der Männerrechtsbewegung über Interviews und Gastbeiträge eine Plattform geben (Aigner 2012). Thematisch problematisiert die Männerrechtsbewegung zu unterschiedlich starken Anteilen eine Benachteiligung von (cis) Männern u.a. bezüglich Bildung, Arbeit, Gesundheit, Partnerschaft, Elternschaft und Erziehung. Antifeminismus und eine (cis)männliche Opferhaltung dienen als geteilter Deutungsrahmen, der eine kollektive Identifikation ermöglicht. Ideologisch reicht das Spektrum von (links-)liberalen bis hin zu extrem rechten Einstellungen und Weltdeutungen.

Die verschiedenen Gemeinschaften können als Teil einer ‚Bewegungsfamilie‘ (della Porta/Rucht 1995: 232) verstanden werden, die sich zunächst über den Einsatz für Männerrechte definiert. Innerhalb der Bewegungsfamilie lässt sich zwischen diversen Gruppierungen unterscheiden, die miteinander kooperieren, konkurrieren oder auch in Konflikt zueinander stehen. Darüber hinaus lassen sich situationspezifische Bewegungskonkordien, d.h. zeitlich begrenzte Kooperationen, beobachten, während derer Ressourcen geteilt und

Aktionen gemeinsam koordiniert werden (McCammon/Moon 2015: 326f.). Dies ist bspw. der Fall, wenn einzelne Organisationen der Männerrechtsbewegung sich mit christlich-fundamentalistischen oder auch verschwörungsideologischen Akteur_innen verbünden, wie bei Protesten gegen eine Pädagogik der geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt (Oldemeier et al. 2020) oder auch im Rahmen der Coronaproteste (Blum/Rahner 2020).

3 Netzwerke als Bewegungsressource

Das Internet und neue Technologien bieten Möglichkeiten der schnellen, zeit- und ortsunabhängigen, kostengünstigen, vergleichsweise niedrigschwelligen und massentauglichen Kommunikation sowie eine Vielzahl an Handlungsrepertoires für Bewegungsakteur_innen (Dolata/Schrape 2015: 17ff.; Rucht/Teune 2017: 21; Illgner 2018: 254; Fielitz/Staemmler 2020: 433). Netzwerke lassen sich mit wenig Aufwand aufbauen und pflegen. Sie stellen nicht nur eine Ressource von Bewegungen dar, sondern bieten auch die Möglichkeit der Einflussnahme auf Gelegenheitsstrukturen (Diani 1996; Cinalli/Füglister 2008). Darüber hinaus können sie ein kollektives Bewusstsein fördern, mit dem die eigene Position und Weltdeutung (insbesondere im Falle radikaler Gruppierungen) weniger alleinstehend erscheint (Ackland/Gibson 2013: 231ff.; Veilleux-Lepage/Achambault 2019: 23). Personalisierte Kommunikationsformen wie Social News Aggregatoren und Mikroblogs ergänzen kollektives Handeln, das wiederum von Onlineplattformen koordiniert und gebündelt werden kann (Bennett/Seeger 2012: 743ff.). So entstehende Koalitionen mobilisieren wiederum größere Mengen an Akteur_innen (Earl/Kimport 2011: 148ff.). Gleichzeitig besteht die Gefahr einer Abschottung in homogene, virtuelle Gemeinschaften und einer Radikalisierung von Online-Communities (Caiani/Parenti 2013: 3ff.), wie in Teilen der Manosphere (Horta Ribeiro et al. 2020; Rothermel 2020).

3.1 Soziale Netzwerkanalyse

Die soziale Netzwerkanalyse liefert relationale Daten über die Einheiten, Beziehungen und Abgrenzungen eines Netzwerks (Serdült 2002: 127f.). Betrachtet werden einzelne Verbindungen von Individuen sowie die allgemeine Netzwerkstruktur (Snow/Zurcher/Ekland-Olson 1983: 118), welche als Form sozialen Kapitals und damit als Bewegungsressource interpretiert werden (Diani 2005: 340; Schmidt 2006: 38f.). Wie eingangs beschrieben, liegt bisher keine Studie vor, die das Netzwerk der Männerrechtsbewegung erfasst. Zwar konnte eine breite Anschlussfähigkeit maskulistischer Ideologiefragmente und Narra-

tive festgestellt werden (u.a. Ganz/Meßmer 2017; Mayer/Ajanovic/Sauer 2018; Höcker/Pickel/Decker 2020; Kaiser 2020; Näser-Lather/Oldemeier/Beck 2019; Kalkstein et al. 2024), ein Überblick über die Akteurslandschaft und deren Verbindungen über die eigenen Kanäle hinaus aber stellt ein Forschungsdesiderat dar.

Die Online-Netzwerkanalyse nutzt Hyperlinks (Park 2003; Park/Thelwall 2003), um Kommunikationsstrukturen aufzudecken (Baggio/Antonioli Corigliano 2009: 309f.). Verlinkungen können als Affinitätsbeziehungen, als Kommunikations- und Koordinationspfade sowie als Unterstützungsangebote betrachtet werden (Burris/Smith/Strahm 2000: 215) und haben verschiedene Funktionen: Sie dienen der Rekrutierung, Informationsverbreitung, Solidarisierung, Koalitionsbildung und Ressourcenteilung (Diani 1996; Diani/Mische 2015).⁷

Netzwerke basieren zunächst auf zwei zu betrachtenden Einheiten: Knoten (*nodes*) und Kanten (*ties/edges*). Bei der Online-Netzwerkanalyse stellt jede Webseite einen Knoten dar. Die Verbindung zwischen zwei Webseiten ist die Kante. Eine Webseite fungiert also als Knoten im virtuellen Netzwerk, der über Links Pfade zu anderen Knoten herstellt.

Erhoben wurde in diesem Fall ein ego-zentriertes Netzwerk (Gamper 2020: 109), d.h. es wird mit einem oder mehreren Startknoten begonnen, deren Beziehungen dann schrittweise erhoben werden. Die Verbindungen wurden gerichtet erfasst, es wurde also zwischen eingehenden und ausgehenden Verlinkungen (Inlinks und Outlinks) unterschieden. Die Erhebung erfolgte binär und statisch, so dass nicht die Häufigkeit der Verlinkungen zwischen Knoten dokumentiert wurde, sondern allein die Tatsache, dass eine Verbindung zwischen ihnen besteht. Die Daten basieren auf einer einmaligen Erhebung, die sich über den Zeitraum Dezember 2022 bis März 2023 erstreckte.⁸

Bei der Auswertung wurden folgende Messwerte⁹ berücksichtigt:

-
- 7 Einschränkend gilt, dass über die hyperlinkbasierte Netzwerkanalyse nur diejenigen Akteur_innen erfasst werden, die eine Internetpräsenz haben und nur jene Beziehungen und Inhalte aufgedeckt, die die Akteur_innen öffentlich preisgeben. Darüber hinaus stellt die Netzwerkanalyse bloß einen punktuellen Einblick in die Strukturen der Bewegung dar. Das gleiche Vorgehen zu einem anderen Zeitpunkt oder das Nutzen einer anderen Erhebungssoftware kann andere Ergebnisse liefern. Nicht zuletzt können während der Erhebung und Auswertung diverse Fehler auftreten (Borgatti et al. 2022: 43ff.). Es handelt sich hier daher um einen eingeschränkten Blick auf das Netzwerk der Männerrechtsbewegung, der dennoch eine grundlegende Übersicht und eine Basis für aussagekräftige Untersuchungen der Informationskanäle und (Online-)Ressourcen liefert.
 - 8 Die Datenerhebung und -auswertung wurde mit der freien Programmiersprache R und der Applikation RStudio durchgeführt und teils durch die Netzwerkanalyse-Software Gephi ergänzt. Diese wurde auch zur Visualisierung des Netzwerks herangezogen.
 - 9 Zur Analyse wurden verschiedene Verfahren genutzt, die einführend bei Borgatti et al. (2020), Luke (2015) und Thelwall (2004) beschrieben werden. Die nachfolgenden Ausführungen sind dort im Detail nachzulesen.

- *Dichte des Netzwerks*: Wie stark sind die Akteur_innen miteinander vernetzt?
- *Durchschnittliche Pfadlänge & Diameter (längster Pfad)*: Wie viele Schritte liegen zwischen den Akteur_innen, d.h. wie schnell fließen Informationen?
- *Degrees*: Anzahl der (eingehenden und ausgehenden) Verlinkungen – Wie stehen Akteur_innen mit anderen in Verbindung?
- *Clusterkoeffizient*: Wie offen oder geschlossen ist das Netzwerk? Lassen sich geschlossene Subgruppen finden?
- *Modularität*: Wie durchlässig sind einzelne Subgruppen?
- *Assortativität*: Vernetzen Akteur_innen sich auf Basis bestimmter Merkmale?
- Globale und individuelle *Zentralitätsmaße*: Gibt es Akteur_innen, die besondere Rollen im Netzwerk einnehmen, und wenn ja, welche sind dies?

3.2 Schritte der Datenerhebung und -analyse

Ausgehend vom oben skizzierten Forschungsstand zur Männerrechtsbewegung habe ich sieben Akteur_innen zum Ausgangspunkt genommen, von deren Webpräsenzen aus ich händisch eine Wanderung über die jeweiligen Verlinkungen unternommen habe, um so weitere Startknoten für die Netzwerkanalyse zu finden. Außerdem habe ich das *Bundesforum Männer* als einen Akteur aufgenommen, der aus pro-feministischer Perspektive agiert, während für die anderen Akteur_innen auf Basis bisheriger Forschung eine antifeministische Positionierung angenommen wird (Beck et al. 2021: 7ff.; Claus 2014; 16ff.; Kemper 2011a: 36ff.). Insgesamt ergaben sich so elf Startknoten. Darunter befinden sich die Homepages der bekanntesten deutschen Männer- und Väterrechtsvereine (u.a. *MANNdat*, *AGENS*, *Forum Soziale Inklusion*, *Väteraufbruch für Kinder*) sowie verschiedene, meist von Einzelpersonen bespielte Weblogs. Daneben wurden Kampagnen und Aktionsbündnisse, die eine Schnittstelle zwischen der Bewegung und anderen zivilgesellschaftlichen und politischen Akteur_innen darstellen, in das Sample aufgenommen (u.a. die Initiativen *Genug Tränen* und *Familienschutz*) sowie der deutsche *Genderkongress* als eine (zumindest in der Außendarstellung) international ausgerichtete, von Bewegungsakteur_innen getragene Tagung. Außerdem wurden die Knoten auf den Dimensionen politische Orientierung¹⁰, thematischer Schwerpunkt

10 Unterschieden wurde zwischen (links-)liberalen, konservativen und extrem rechten Akteur_innen. Diese verstehe ich als Sammelbegriffe, die eine erste grobe Einordnung ermöglichen sollen, daher wurde keine weitere Ausdifferenzierung vorgenommen. Ausschlaggebend für die Einordnung waren sowohl die Selbstverortung der Akteur_innen (sofern

und Akteursart kategorisiert, um einen Überblick zu bekommen, über welche Strukturen die Bewegung verfügt (Organisationen, Beratungsstellen, Blogs, ...), ob es feste Themenschwerpunkte gibt und welcher politischen Orientierung die Akteur_innen am ehesten zuzuordnen sind.

Mit dem Paket *RCrawler* (Khalil/Fakir 2017) habe ich einen einfachen Crawl¹¹ für jede der elf Webseiten durchgeführt. Anschließend wurden alle Webseiten, die von mindestens zwei der Startknoten verlinkt wurden, in einen zweiten Crawl aufgenommen und in einen dritten all jene, die vier oder mehr Inlinks aufwiesen. Das erhobene Netzwerk mit 1.095 Knoten und 1.738 Kanten ist aufgrund von Ausreißern und fehlenden Werten nur wenig aussagekräftig. Daher wurden im Anschluss an Erhebung und Auswertung mehrere Reduktionen des Netzwerks vorgenommen. Im Folgenden werden die Ergebnisse der Netzwerkanalyse nach einem ersten Reduktionsschritt auf alle Knoten mit zwei oder mehr Inlinks vorgestellt und anschließend allgemeine Aussagen zum Netzwerk der Männerrechtsbewegung auf Basis aller Reduktionsschritte getroffen.

3.3 Ergebnisse

Das Netzwerk reduzierte sich im ersten Reduktionsschritt auf 237 Knoten und 809 Kanten. Jedoch sind weniger als zwei Prozent der Knoten direkt miteinander verbunden. Der Diameter beträgt acht Schritte, die durchschnittliche Pfadlänge 3,4 Schritte. Informationen brauchen also vergleichsweise lange, um von einem Ende des Netzwerks zum anderen zu gelangen.

In der grafischen Darstellung (Abb. 1) sind ein sehr gut vernetztes Zentrum sowie einige stark vernetzte Knoten erkennbar, die zum Teil im Zentrum, zum Teil peripher liegen. Dies deutet auf verschiedene Communities hin, die jedoch miteinander in Austausch stehen. Der Clusterkoeffizient beträgt 0,159. Die Knoten im Netzwerk tendieren somit nur in geringem Maße dazu, geschlossene Gruppen zu bilden. Mit dem Algorithmus von Blondel et al. (2008) lassen sich sechs Communities mit einer Modularität von 0,397 ausfindig machen. Das bedeutet, die verschiedenen Communities stehen in Austausch miteinander und überlappen sich, statt klar voneinander abgegrenzt zu sein. Niedrige Assortativitätswerte deuten ebenfalls darauf hin, dass Ähnlichkeiten in Bezug auf die vorgestellten Merkmale keinen Einfluss auf die Beziehungen der Knoten haben – liberale und rechte Akteur_innen, Vereine, Blogs und alternative

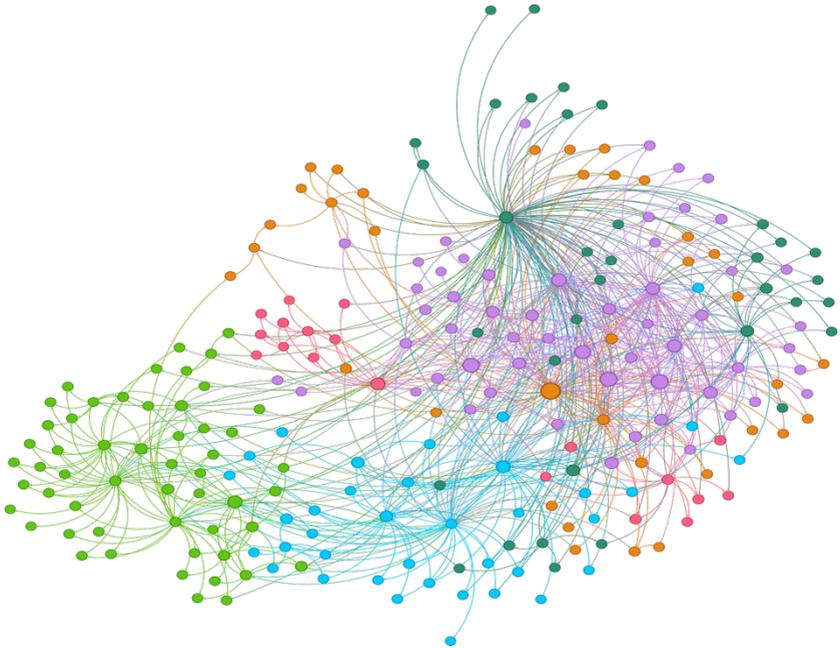
vorhanden) als auch Fremdverortung durch Forschung, Recherchen und Enzyklopädien. Bei Uneindeutigkeit wurde die Webpräsenz auf sprachliche Codes und Rhetorik untersucht (Populismus, Feindbilder, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit) oder in seltenen Fällen als nicht zuzuordnen markiert.

11 Ein Webcrawler ist ein Computerprogramm, das automatisch das Internet bzw. in diesem Fall einzelne Webseiten durchsucht und analysiert.

Medien und Akteur_innen mit verschiedenen thematischen Schwerpunkten stehen miteinander in Austausch.

Im Durchschnitt verfügt jeder Knoten über 3,4 Verbindungen innerhalb des Netzwerks, wobei die meisten weniger als fünf eingehende und weniger als drei ausgehende Verlinkungen aufweisen. Es gibt wenige Ausreißer mit besonders vielen Outlinks, die Inlinks sind dagegen gleichmäßiger verteilt. Die Zentralisationsmaße zeigen eine hohe Popularität einzelner Knoten (s. Tab. 1), sowie dass einige Knoten besonders nah zu allen anderen stehen und besonders einflussreich sind. Dass einzelne Knoten eine Brückenfunktion einnehmen, ist dagegen eher unwahrscheinlich (s. Tab. 2).

Abbildung 1: Nach Blondel et al. (2008) gruppierte Übersicht des Netzwerks



Quelle: Eigene Darstellung

Tabelle 1: Übersicht der Knoten mit den meisten In- und Outlinks

<i>Inlinks</i>	<i>Outlinks</i>
https://genderama.blogspot.com (23)	https://jungsundmaedchen.wordpress.com (111)
https://allesevolution.wordpress.com (18)	https://patriarchat.wordpress.com (54)
https://man-tau.net (17)	https://wgvd.com (47)
https://mandat.de (16)	https://emannzer.wordpress.com (47)
http://cuncti.net (14)	https://genderama.blogspot.com (43)

Quelle: Eigene Darstellung

Tabelle 2: Übersicht der Knoten mit den höchsten Zentralitätswerten

<i>Closeness Centrality (1)</i>	<i>Eigenvektor Centrality (2)</i>	<i>Betweenness Centrality (3)</i>
https://jungsundmaedchen.wordpress.com	https://genderama.blogspot.com	https://genderama.blogspot.com
https://patriarchat.wordpress.com	https://allesevolution.wordpress.com	https://jungsundmaedchen.wordpress.com
https://genderama.blogspot.com	https://man-tau.net	https://agensev.de
https://emannzer.wordpress.com	http://cuncti.net	https://patriarchat.wordpress.com/
https://wgvd.com	https://mandat.de	https://mandat.de

Quelle: Eigene Darstellung

Liberaler Akteur_innen sind kaum Teil der direkten Routen zwischen anderen Knoten. Zentraler sind dagegen Akteur_innen, die eher dem konservativen bis (extrem) rechten Spektrum zugeordnet werden können (1). Besonders schnell erreichen einige Blogs sowie das alternative Nachrichtenportal *Cuncti* andere Akteur_innen. Sie sind somit besonders einflussreich (2). Gut vernetzt sind neben zwei maskulistischen Blogs zwei der größten deutschen Männerrechtsvereine (3). Die Korrelation der Zentralitätsmaße ergibt einen (sehr) starken positiven Zusammenhang. Dies spiegelt sich auch in der Übersicht der Zentralisationsmaße: Unter den fünf zentralsten, populärsten und einflussreichsten Knoten befinden sich auch nach weiteren Reduktionsschritten immer wieder

die gleichen Akteur_innen. Diese können als Kern des Netzwerks beschrieben werden.

4 Fazit & Ausblick

Das erhobene (unbereinigte) Netzwerk reicht über die Männer- und Väterrechtsbewegung hinaus. Neben Bewegungsakteur_innen und alternativen Medien existieren Verbindungen zu anderen politischen Akteur_innen, zu Sympathisant_innen und Opponent_innen, diversen Beratungsstellen und öffentlichen Einrichtungen. Es gibt einige besonders gut vernetzte Akteur_innen. Insgesamt ist die Dichte des Netzwerks jedoch eher gering.

Die Netzwerkanalyse diente als erster Schritt, um einen Überblick über die Akteur_innen der Männerrechtsbewegung und deren Beziehungen zu gewinnen. Deutlich wurde, dass das Netzwerk aus wenigen, dafür umso aktiveren Akteur_innen besteht. Die Strukturen sind kaum formalisiert. Thematisch liegt der Schwerpunkt auf Männerrechten und Antifeminismus, die eine ideologische Klammer für die Bewegungsfamilie darstellen. Trotz politisch unterschiedlicher Verortung weisen die zentralen Akteur_innen in ihren Verlinkungen zumindest eine Offenheit für die (extreme) Rechte auf.

Liberaler Akteur_innen weichen mit jedem Reduktionsschritt zugunsten konservativer und extrem rechter Akteur_innen. Dies deckt sich mit der Abnahme institutionalisierter Strukturen zugunsten von Einzelpersonen betriebener Weblogs. Konkrete Hilfs- und Unterstützungsangebote für Männer wie psychologische und medizinische Beratung, Präventionsangebote, Anlaufstellen für Opfer häuslicher Gewalt, Sozialberatungen oder Straffälligen- und Obdachlosenhilfen werden kaum bis gar nicht verlinkt und verschwinden nach nur wenigen Reduktionsschritten gänzlich. Fraglich ist, warum institutionalisierte Angebote im Netzwerk kaum präsent sind. Anti-etatistische Vorstellungen und ein allgemeines Misstrauen gegenüber staatlichen Organisationen, die stets unter Feminismusverdacht stehen, können eine mögliche Erklärung sein. Darüber hinaus lässt sich fragen, wie hoch die Bereitschaft ist, über die Textproduktion hinaus aktiv zu werden, um eigene Strukturen aufzubauen. Wenn bspw. der Ausbau von Frauenhäusern mit dem Mangel an vergleichbaren Angeboten für (cis) Männer in Frage gestellt wird, könnte sich darin eine verletzte Anspruchshaltung (Kimmel 2017) zeigen.

Thematisch verschiebt sich der Schwerpunkt mit jedem Reduktionsschritt zugunsten maskulistischer und antifeministischer Inhalte. Dies bestätigt den Befund, dass Antifeminismus und eine (cis)männliche Opferhaltung fester Bestandteil der kollektiven Identität der Männerrechtsbewegung sind und die heterogenen Gemeinschaften der Bewegungsfamilie zusammenhalten. Interessant ist darüber hinaus, dass zwar Familie und Elternschaft auch in diesem

Rahmen verhandelt werden, Akteur_innen, die einen Fokus auf das Thema setzen, jedoch kaum präsent sind.

Aus den bisherigen Erkenntnissen lässt sich folgern, dass die Männerrechtsbewegung einen starken Fokus auf Problemdeutung und Ideologieproduktion legt, jedoch wenig eigene Problemlösestrategien entwickelt. Der Aktivismus ist geprägt von Abgrenzung und Empörung und lässt somit wenig Raum für konstruktive Ansätze. Vorhandene Ressourcen werden aufgrund ideologischer Differenzen nicht wahrgenommen. Die Männerrechtsbewegung schafft es somit bisher nicht, nachhaltige Bündnisse einzugehen und die eigenen Inhalte über ein begrenztes Unterstützungsnetzwerk hinaus zu etablieren.

Literatur

- Ackland, Robert/Gibson, Rachel (2013): Hyperlinks and networked communication: a comparative study of political parties online. In: *International Journal of Social Research Methodology* 16, 3, S. 231–244.
- A.G. Gender-Killer (Hrsg.) (2005): Antisemitismus und Geschlecht. Von »maskulinierten Jüdinnen«, »effeminierten Juden« und anderen Geschlechterbildern. 1. Aufl. Münster: Unrast.
- Aigner, Isolde (2012): »Schrumpfmänner« im »lila Imperium« – antifeministische Denkmuster im medialen Diskurs. In: Kemper, Andreas (Hrsg.): *Die Maskulisten. Organisierte Antifeminismus im deutschsprachigen Raum*. 1. Aufl. Münster: Unrast, S. 46–57.
- AK FE.IN (2019): *Frauen*rechte und Frauen*hass: Antifeminismus und die Ethnisierung von Gewalt*. 1. Aufl. Berlin: Verbrecher Verlag.
- Baack, Jean-Philipp/Speit, Andreas (Hrsg.) (2020): *Rechte Ego-Shooter. Von der virtuellen Hetze zum Livestream-Attentat*. 1. Aufl. Berlin: Christoph Links Verlag.
- Baggio, Rodolfo/Antonioli Corigliano, Magda (2009): On the Importance of Hyperlinks. A Network Science Approach. In: Buhalis, Dimitrios/Höpken, Wolfram/Gretzel, Ulrike (Hrsg.): *Information and Communication Technologies in Tourism 2009. Proceedings of the International Conference in Amsterdam (NL)*. Wien: Springer VS, S. 309–318.
- Beck, Dorothee/Gesterkamp, Thomas/Kemper, Andreas/Stiegler, Barbara/Bargen, Henning von (2021): *Antifeminismus auf dem Weg durch die Institutionen. Strategien und maskulistische Netzwerke*. Hg. v. Heinrich Böll Stiftung und Gunda Werner Institut.
- Bennett, W. Lance/Seegerberg, Alexandra (2012): The Logic of Connective Action. The Personalization of Contentious Politics. In: *Information, Communication & Society* 15, 5, S. 739–768.
- Blazek, Helmut (2001): *Männerbünde: Eine Geschichte von Faszination und Macht*. Berlin: Aufbau Taschenbuch.
- Blondel, Vincent/Guillaume, Jean-Loup/Lambiotte, Renaud/Lefebvre, Etienne (2008): Fast unfolding of communities in large networks. In: *Journal of Statistical Mechanics: Theory and Experiment*, 10, P10008.

- Blum, Rebekka (2022): Das Verhältnis von Antifeminismus und Verschwörungdenken. In: Hessel, Florian/Chakkarath, Pradeep/Luy, Mischa (Hrsg.): Verschwörungdenken: Zwischen Populärkultur und politischer Mobilisierung. Gießen: Psychosozial-Verlag (Psyche und Gesellschaft), S. 193–214.
- Blum, Rebekka/Rahner, Judith (2020): Antifeminismus in Deutschland in Zeiten der Corona-Pandemie. Hg. v. Friedrich-Ebert-Stiftung (Triumph der Frauen – Das weibliche Antlitz des Rechtspopulismus und -extremismus in ausgewählten Ländern, 01).
- Bly, Robert (1991): Eisenhans. Ein Buch über Männer. München: Kindler.
- Borgatti, Stephen P./Everett, Martin E./Johnson, Jeffrey C./Agnessens, Filip (2022): Analyzing Social Networks Using R. London: Sage Publications.
- Burris, Val/Smith, Emery/Strahm, Ann (2000): White Supremacist Networks on the Internet. Special Issue: White Supremacy and Hate Crimes. In: Sociological Focus 33, 2, S. 215–235.
- Caiani, Manuela/Parenti, Linda (2013): European and American Extreme Right Groups and the Internet. Farnham: Ashgate.
- Cinalli, M./Füglister, K. (2008): Networks and Political Contention over Unemployment: A Comparison of Britain, Germany and Switzerland. In: Mobilization: An International Journal, 13,3, S. 259–76.
- Claus, Robert (2012): Ambivalente Identitäten – Männlichkeiten im Maskulismus zwischen Traditionalismus und Flexibilisierung. In: Kemper, Andreas (Hrsg.): Die Maskulisten. Organisierter Antifeminismus im deutschsprachigen Raum. 1. Aufl. Münster: Unrast, S. 79–100.
- Claus, Robert (2014): Maskulismus. Antifeminismus zwischen vermeintlicher Salonfähigkeit und unverhohlenem Frauenhass. Bonn: FES.
- Culina, Kevin (2018): Verschwörungdenken, Antifeminismus, Antisemitismus. Die Zeitschrift Compact als antifeministisches Diskursorgan. In: Lang, Juliane/Peters, Ulrich (Hrsg.): Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt. 1. Aufl. Hamburg: Marta Press, S. 91–116.
- Della Porta, Donnatella/Diani, Mario (1999): Social Movements. An Introduction. Oxford: Blackwell Publishing.
- Della Porta, Donatella/Rucht, Dieter (1995): Left-Libertarian Movements in Context: A Comparison of Italy and West Germany, 1965–1990. In: Klandermans, Bert/Jenkins, Craig (Hrsg.): The Politics of Social Protest: Comparative Perspectives on States and Social Movements. Minneapolis/St. Paul: University of Minnesota Press, S. 229–272.
- Diani, Mario (1996): Linking Mobilization Frames and Political Opportunities. Insights from Regional Populism in Italy. In: American Sociological Review 61, 6, S. 1053–1069.
- Diani, Mario (2005): Networks and Participation. In: Snow, David A./Soule, Sarah A./Kriesi, Hanspeter (Hrsg.): The Blackwell Companion to Social Movements. Oxford: Blackwell Publishing, S. 339–359.
- Diani, Mario/Mische, Ann (2015): Network Approaches and Social Movements. In: Della Porta, Donnatella/Diani, Mario (Hrsg.): The Oxford Handbook of Social Movements. Oxford: Oxford University Press, S. 306–325.
- Dolata, Ulrich/Schrage, Jan-Felix (2015): Zwischen Ermöglichung und Kontrolle. Kollektive Formationen im Web. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 28, 3, S. 17–25.

- Earl, Jennifer/Kimport, Katrina (2011): *Digitally Enabled Social Change. Activism in the Internet Age*. London: MIT Press.
- Fedders, Jonas (2018): »Die Rockefellers und Rothschilds haben den Feminismus erfunden.« Einige Anmerkungen zum Verhältnis von Antifeminismus und Antisemitismus. In: Lang, Juliane/Peters, Ulrich (Hrsg.): *Antifeminismus und Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt*. 1. Aufl. Hamburg: Marta Press, S. 213–232.
- femPI/Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus (2022): *Antifeminismus – Plädoyer für eine analytische Schärfe*. Impulspapier. <https://fempinetzwerk.wordpress.com/2022/07/01/antifeminismus-pladoyer-fur-eine-analytische-scharfe/> [Zugriff: 13.01.2025].
- Fielitz, Maik/Staemmler, Daniel (2020): Hashtags, Tweets, Protest? Varianten des digitalen Aktivismus. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 33, 2, S. 425–441.
- Forster, Edgar (2006): Männliche Resouveränisierungen. In: *Feministische Studien* 24, 2, S. 193–207.
- Frauen & Geschichte Baden-Württemberg e.V. (Hrsg.) (2019): *Antisemitismus – Antifeminismus. Ausgrenzungsstrategien im 19. und 20. Jahrhundert*. Roßdorf: Ulrike Helmer Verlag.
- Gamper, Markus (2020): Netzwerkanalyse – eine methodische Annäherung. In: Klärner, Andreas et al. (Hrsg.): *Soziale Netzwerke und gesundheitliche Ungleichheiten: Eine neue Perspektive für die Forschung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 109–133.
- Ganz, Katrin/Meßmer, Anna-Katharina (2017): Anti-Genderismus im Internet: Digitale Öffentlichkeiten als Labor eines neuen Kulturkampfes. In: Hark, Sabine/Villa Paula-Irene (Hrsg.): *Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. 2. Aufl Bielefeld: transcript, S. 59–77.
- Gesterkamp, Thomas (2012): Die »Männerbewegung« zwischen Geschlechterdialog und Antifeminismus. In: Kemper, Andreas (Hrsg.): *Die Maskulisten. Organisierter Antifeminismus im deutschsprachigen Raum*. 1. Aufl. Münster: Unrast, S. 12–17.
- Gesterkamp, Thomas (2020): *Maskulisten-Mimikry*. Gunda Werner Institut. <https://www.gwi-boell.de/de/2020/12/21/maskulisten-mimikry> [Zugriff: 20.12.2024].
- Ging, Debbie (2019): Alphas, Betas, and Incels: Theorizing the Masculinities of the Manosphere. In: *Men and Masculinities* 22, 4, S. 638–657.
- Hassan, Hatem M./Staggenborg, Suzanne (2015): Movements as Communities. In: Della Porta, Donnatella/Diani, Mario (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Social Movements*. Oxford: Oxford University Press, S. 340–354.
- Henniger, Annette (2020): Antifeminismen. „Krisen“-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potenzial? In: Henniger, Annette/Birsl, Ursula (Hrsg.): *Antifeminismen. »Krisen«-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential?* 1. Aufl. Bielefeld: transcript, S. 9–41.
- Höcker, Charlotte/Pickel, Gert/Decker, Oliver (2020): Antifeminismus – das Geschlecht im Autoritarismus? Die Messung von Antifeminismus und Sexismus in Deutschland auf der Einstellungsebene. In: Oliver Decker, Elmar Brähler (Hg.): *Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments – neue Radikalität*. Gießen: Psychosozial, S. 249–282.
- Horta Ribeiro, Manoel/Blackburn, Jeremy/Bradlyn, Barry/Cristofaro, Emiliano de/Stringhini, Gianluca/Long, Summer/Greenberg, Stephanie/Zannettou,

- Savvas(2020): The Evolution of the Manosphere Across the Web. <https://arxiv.org/abs/2001.07600> [Zugriff: 04.06.2023].
- Illgner, Johannah L. (2018): Hass-Kampagnen und Silencing im Netz. In: Lang, Juliane/Peters, Ulrich (Hrsg.): Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt. 1. Aufl. Hamburg: Marta Press, S. 253–272.
- Johansen, Jacob (2023): Die Mannosphäre. Frauenfeindliche Communities im Internet. Köln: Halem.
- Jones, Callum/Trott, Verity/Wright, Scott (2020): Sluts and soyboys: MGTOW and the production of misogynistic online harassment. In: *new media & society* 20, 10, S. 1–19.
- Kaiser, Susanne (2020): Politische Männlichkeit. Wie Incels, Fundamentalisten und Autoritäre für das Patriarchat mobilmachen. Berlin: Suhrkamp.
- Kalkstein, Fiona/Pickel, Gert/Niendorf, Johanna/Höcker, Charlotte/Decker, Oliver (2024): Antifeminismus und Geschlechterdemokratie. In: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (Hrsg.) *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten*. Gießen: Psychosozial, S. 245–270.
- Kemper, Andreas (2011a): [r]echte Kerle. Zur Kumpanei der MännerRECHTSbewegung. 1. Aufl. Münster: Unrast.
- Kemper, Andreas (2011b): Maskulinität. <https://andreaskemper.org/2011/10/31/maskulinität/> [Zugriff: 25.03.2024].
- Kemper, Andreas (Hg.) (2012): Die Maskulisten. Organisierter Antifeminismus im deutschsprachigen Raum. 1. Aufl. Münster: Unrast.
- Khalil, Salim/Fakir, Mohamed (2017): RCrawler: An R package for parallel web crawling and scraping. In: *Original Software Publication* 6, S. 98–106.
- Kimmel, Michael (2017): *Angry White Men: American Masculinity at the End of an Era*. 2. Aufl. New York: Bold Type Books.
- Kracher, Veronika (2020): *Incels. Geschichte, Sprache und Ideologie eines Online-Kults*. 1. Aufl. Mainz: Ventil Verlag.
- Kremers, Britta (2015): „Kampf dem Genderismus“. Antifeminismus als Scharnier zwischen extremer Rechter, Konservatismus und bürgerlichem Mainstream. In: Lotta (Sonderdruck #3), S. 3.
- Lin, Jie Liang (2017): Antifeminismus Online: MGTOW (Men Going Their Own Way). In: Frömming, Urte/Köhn, Steffen/Fox, Samantha/Terry, Mike (Hrsg.): *Digital Environments. Ethnographic Perspectives across Global Online and Offline Spaces*. Bielefeld: transcript, S. 77–96.
- Luke, Douglas A. (2015): *A User’s Guide to Network Analysis in R*. Cham: Springer International.
- Mayer, Stefanie; Ajanovic, Edma; Sauer, Birgit (2018): Kampfbegriff ‚Gender-Ideologie‘: Zur Anatomie eines diskursiven Knotens. Das Beispiel Österreich. In: Lang, Juliane/Peters, Ulrich (Hrsg.): *Antifeminismus in Bewegung: Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt*. Hamburg: Marta Press, S. 37–59.
- McCammon, Holly J./Moon, Minyoung (2015): Social Movement Coalitions. In: Della Porta, Donatella/Diani, Mario (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Social Movements*. Oxford: Oxford University Press, S. 326–339.
- Meuser, Michael (2010): *Geschlecht und Männlichkeit: Soziologische Theorie und kulturelle Deutungsmuster*. 3. Aufl, Wiesbaden: Springer VS.

- Näser-Lather, Marion/Oldemeier, Anna Lena/Beck, Dorothee (Hrsg.) (2019): Backlash?! Antifeminismus in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Roßdorf: Ulrike Hemer.
- Notz, Gisela (2015): Kritik des Familismus. Theorie und soziale Realität eines ideologischen Gemäldes. 1. Aufl. Stuttgart: Schmetterling Verlag.
- Oldemeier, Anna Lena/Backöfer, Ferdinand/Maurer, Susanne/Aleksin, Katharina (2020): Divergenz, Ambivalenz, Kongruenz. Verhältnisbestimmungen zwischen antifeministischem Diskurs und pädagogischem Feld. In: Henniger, Annette/Birsl, Ursula (Hrsg.): Antifeminismen. ›Krisen‹-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential? 1. Aufl. Bielefeld: transcript, S. 231–264.
- Park, Han Woo (2003): Hyperlink Network Analysis: A New Method for the Study of Social Structure on the Web. In: Connections 25, 1, S. 49–61.
- Park, Han Woo/Thelwall, Mike (2003): Hyperlink Analyses of the World Wide Web: a Review. In: Journal of Computer-Mediated Communication 8, 4.
- Rahner, Judith (2020): Tödlicher Antifeminismus. Antisemitismus, Rassismus und Frauenfeindlichkeit als Motivkomplex rechtsterroristischer Attacken. In: Henniger, Annette/Birsl, Ursula (Hrsg.): Antifeminismen. ›Krisen‹-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential? 1. Aufl. Bielefeld: transcript, S. 337–352.
- Rommelspacher, Birgit (1995): Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht. 1. Aufl. Berlin: Orlanda Frauenverlag.
- Rosenbrock, Hinrich (2012a): Die antifeministische Männerrechtsbewegung. Denkweisen, Netzwerke und Online-Mobilisierung. 2. Aufl. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung (Schriften des Gunda-Werner-Instituts, 8).
- Rosenbrock, Hinrich (2012b): Die Hauptideologien der Männerrechtsbewegung: Antifeminismus und männliche Opferideologie. In: Kemper, Andreas (Hrsg.): Die Maskulisten. Organisierter Antifeminismus im deutschsprachigen Raum. 1. Aufl. Münster: Unrast, S. 58–78.
- Rothermel, Ann-Kathrin (2020): Die Manosphere. Die Rolle von digitalen Gemeinschaften und regressiven Bewegungsdynamiken für on- und offline Antifeminismus. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 33, 2, S. 491–505.
- Roth, Roland/Rucht, Dieter (2008): Soziale Bewegungen und Protest – eine theoretische und empirische Bilanz. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.): Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt a.M.: Campus, S. 635–668.
- Rucht, Dieter (1984): Zur Organisation der neuen sozialen Bewegungen. In: Falter, Jürgen/Fenner, Christian/Greven, Michael (Hrsg.): Politische Willensbildung und Interessensvermittlung: Verhandlungen der Fachtagung der DVPW vom 11.-13. Oktober 1983 in Mannheim. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 609–620.
- Rucht, Dieter (1995): Kollektive Identität: Konzeptionelle Überlegungen zu einem Desiderat der Bewegungsforschung. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 8, 1, S. 9–23.
- Rucht, Dieter (2005): Movement Allies, Adversaries, and Third Parties. In: Snow, David A./Soule, Sarah A./Kriesi, Hanspeter (Hrsg.): The Blackwell Companion to Social Movements. Oxford: Blackwell Publishing, S. 197–216.
- Rucht, Dieter/Teune, Simon (2017): Einleitung. Das Protestgeschehen in der Bundesrepublik seit den 1980er Jahren zwischen Kontinuität und Wandel. In: Daphi, Priska/Deitelhoff, Nicole/Rucht, Dieter/Teune, Simon (Hrsg.): Protest in

- Bewegung? Zum Wandel von Bedingungen, Formen und Effekten politischen Protests. Baden-Baden: Nomos, S. 9–33.
- Schiedel, Heribert (2018): Unheimliche Verbindungen. Über rechtsextremen Islamneid und die Ähnlichkeiten von Djihadismus und Counterdjihadismus. In: Goetz, Judith/Sedlacek, Joseph Maria/Winkler, Alexander (Hrsg.): Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen ‚Identitären‘. 2. Aufl. Hamburg: Marta Press, S. 285–307.
- Schmidt, Jan (2006): Social Software: Onlinegestütztes Informations-, Identitäts- und Beziehungsmanagement. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 19, 2, S. 37–47.
- Schutzbach, Franziska (2018): Dominante Männlichkeit und neoreaktionäre Weltanschauungen in der Pick-Up-Artist-Szene. In: *Feministische Studien* 36, 2, S. 305–321.
- Serdült, Uwe (2002): Soziale Netzwerkanalyse: eine Methode zur Untersuchung von Beziehungen zwischen sozialen Akteuren. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31, 2, S. 127–141.
- Snow, David A./Zurcher, Louis A., JR./Ekland-Olson, Sheldon (1983): Further thoughts on social networks and movement recruitment. In: *Sociology* 17, 1, S. 112–120.
- Sombart, Nicolaus (1996): Männerbund und Politische Kultur in Deutschland. In: Kühne, Thomas (Hrsg.): *Männergeschichte – Geschlechtergeschichte. Männlichkeit im Wandel der Moderne*. Frankfurt a.M.: Campus, S. 136–155.
- Speit, Andreas (2020): Im Krieg gegen Frauen. In: *der rechte rand*, 31, 183, S. 6–7.
- Staggenborg, S. (1998): Social Movement Communities and Cycles of Protest: The Emergence and Maintenance of a Local Women’s Movement. In: *Social Problems* 45, 2, S. 180–204.
- Stögner, Karin (2014). *Antisemitismus und Sexismus. Historisch-gesellschaftliche Konstellationen*. Baden-Baden: Nomos.
- Stöss, Richard (2009): Rechtsextremismus, Sexismus und Gender-Gap. In: Kühnel, Steffen M./Niedermayer, Oskar/Westle, Bettina (Hrsg.): *Wähler in Deutschland. Sozialer und politischer Wandel, Gender und Wahlverhalten*. Wiesbaden: Springer VS, S. 261–310.
- Thelwall, Mike (2004): *Link Analysis. An Information Science Approach*. San Diego: Elsevier.
- Veilleux-Lepage, Yannick; Archambault, Emil (2019): Mapping Transnational Extremist Networks. An Explanatory Study of the Soldiers of Odin’s Facebook Network, Using Integrated Social Network Analysis. In: *Perspectives on Terrorism* 13, 2, S. 21–38.
- Virchow, Fabian (2010): Tapfer, stolz, opferbereit – Überlegungen zum extrem rechten Verständnis »idealer Männlichkeit«. In: Claus, Robert/Lehnert, Esther/Müller, Yves (Hrsg.): »Was ein rechter Mann ist...« *Männlichkeiten im Rechtsextremismus*. Berlin: Dietz, S. 39–52.
- Völger, Gisela/v. Welck, Karin (Hrsg.) (1990): *Männerbände – Männerbünde: Zur Rolle des Mannes im Kulturvergleich*. Köln: Rautenstrauch-Joest-Museum.

Der Bildungsbereich als wirksames Mobilisierungsfeld für Anti-Gender-Aktivist*innen in Frankreich – diskutiert am Beispiel der Kontroverse um eine inklusive, geschlechtergerechte Sprache

Gwenaëlle Perrier

Im Herbst 2017 flammte in Frankreich die Debatte über geschlechtergerechte Sprache, die bereits seit den frühen 1980er Jahren geführt wurde, erneut auf. Zwei aufeinanderfolgende Ereignisse brachten die Auseinandersetzung um eine geschlechtergerechte Sprache wieder auf die Tagesordnung der französischen Medien: Am 22. September veröffentlichte die konservative Zeitung *Le Figaro* einen Artikel, in dem die Verwendung geschlechtergerechter Sprache in einem Schulbuch für Drittklässler*innen angeprangert wurde, und am 7. November erklärten 314 Lehrer*innen in einem Manifest auf der Online-Nachrichtenseite *Slate.fr*: „Wir werden nicht mehr lehren, dass das Maskulinum über das Femininum herrscht“¹. Es äußerten sich aber nicht nur Personen aus dem schulischen Bereich oder dem Journalismus. Schriftsteller*innen, Wissenschaftler*innen, Aktivist*innen, institutionelle Akteur*innen und Politiker*innen organisierten ebenfalls Debatten im Fernsehen, im Radio oder im Internet bzw. nahmen an solchen Debatten teil. Gewerkschaften, Universitäten, Medien und Unternehmen beschlossen, geschlechtergerechte Sprache verstärkt zu verwenden. Das trug dazu bei, eine Kontroverse auszulösen und zu schüren, die sich vor allem auf der medialen und politischen Bühne entfalten sollte. Seitdem wurden nicht weniger als zehn Gesetzesvorschläge in der Nationalversammlung und/oder im Senat eingebracht, die darauf abzielen, die Verwendung geschlechtergerechter Sprache zu verbieten, zu sanktionieren oder einzuschränken. Unzählige Presseartikel, Podcasts, Fernseh- und Online-Sendungen wurden zu diesem Thema veröffentlicht. Die Heftigkeit und Hartnäckigkeit dieser oft auch sehr polemischen Debatte mag überraschen. Während manche Kritiker*innen behaupten, dass der Kampf um Gleichheit in der Sprache lediglich symbolisch und damit angeblich zu vernachlässigen sei, dramatisieren andere die Tragweite der von den Befürworter*innen der

1 Nach dieser Grammatikregel gilt: Sobald einer gemischtgeschlechtlichen Gruppe von Personen auch nur ein Mann angehört, wird bei allen Pronomen, Determinativen und Adjektiven der maskuline Plural verwendet.

inklusive Sprache vorgeschlagenen grafischen, lexikalischen und grammatikalischen Änderungen in zahlreichen öffentlichen Stellungnahmen. So erklärte z.B. im Mai 2017 ein Mitglied der Académie Française², Michael Edwards, auf der Website der Akademie, dass mit der inklusiven Schreibweise „das Fleisch des Französischen selbst zerfressen und sein Geist mit einer Art zerebralem Stottern belegt wird“. Im Herbst 2017 wurden Lehrer*innen, die das Manifest „Nous n’enseignerons plus que le masculin l’emporte sur le féminin“ (siehe oben) unterzeichnet hatten, von Abgeordneten sogar mit Sanktionen bedroht. Sind die oft sehr heftigen Reaktionen und auch die Dauer dieser Debatte als Beispiel für eine ‚französische Besonderheit‘ zu verstehen, die aus einer manchmal als ‚viszeral‘ bezeichneten, also aus einer tief empfundenen, emotionalen und geradezu leibkörperlichen Bindung an die Sprache besteht? Sind die Französ*innen nicht sogar dafür bekannt? So schreibt etwa Dubois (2003: 461): „In dieser ‚Nation der Grammatiker‘ [...] ist die Rechtschreibung ein ‚National sport‘, dessen ‚Meisterschaften‘ einen beeindruckenden Erfolg verzeichnen.“³ – Westlich des Rheins haben schließlich auch schon andere Debatten, z.B. über Regionalsprachen oder Anglizismen, getobt ...

Aber wie ist es dann zu erklären, dass auch in Brasilien, Deutschland, Schweden, Österreich, Italien, Argentinien oder der Schweiz das Bestreben der Förderung geschlechtergerechter Sprache so hitzige Debatten auslöst? Ein Vergleich der Kontroversen um die versuchte Etablierung geschlechtergerechter Sprache in Frankreich mit den entsprechenden Auseinandersetzungen in anderen nationalen Kontexten ist durchaus aufschlussreich. Zwar gibt es in Frankreich tatsächlich bestimmte Sprachideologien, die dazu beitragen, die Akzeptanz von geschlechtergerechter Sprache zu blockieren (1). Wenn man die Debatte über geschlechtergerechte Sprache allerdings nur im Hinblick auf die Beziehung der Französ*innen zu ihrer eigenen Sprache analysiert, so werden die beiden wichtigsten politischen Funktionen dieser Debatte ausgeblendet: Denn in Frankreich wie auch in vielen anderen Ländern wird die Ablehnung geschlechtergerechter Sprache oft als Teil eines breiteren Widerstands des konservativen Lagers gegen den Wandel von Geschlechternormen und gegen Feminismus insgesamt inszeniert (2).

Die Analyse der Entwicklung der in der französischen Debatte mobilisierten Argumente ist hier instruktiv. Denn die Kontroverse konnte auch deshalb so lange andauern, weil die Kritiker*innen geschlechtergerechter Sprache ihre

2 Die Académie française ist eine kulturelle Institution, die im 17. Jahrhundert gegründet wurde und ursprünglich damit beauftragt war, die französische Sprache mit Regeln auszustatten. Heute ist sie eher eine Institution, die zur Verbreitung der französischen Literatur und Sprache beitragen soll. Ihre Legitimität ist jedoch umstritten, insbesondere auf linguistischer Ebene, was mit dem sehr geringen Anteil von Linguist*innen in ihren Reihen zusammenhängt.

3 Im französischen Original heißt es : «Dans cette ‘nation de grammairiens’ [...], l’orthographe est constituée en un ‘sport national’ dont les ‘championnats’ recueillent un impressionnant succès.».

Argumente erneuern konnten, indem sie sie einerseits an einen Diskurs anknüpften, der zu einer neuen Form des Antifeminismus gehört und der speziell auf den Bildungsbereich bezogen ist. Zu diesem Diskurs mobilisiert die Antigender-Bewegung in Frankreich seit Anfang der 2010er Jahre (3). Andererseits konnte an einen antiintellektualistischen Diskurs angeknüpft werden, der auf die Delegitimierung von kritischem Wissen insgesamt abzielt und der seit 2020 von einem Teil der politischen Rechten und extremen Rechten vertreten wird (4).

1 Zwei Sprachideologien, die in Frankreich besonders stark vertreten sind

In anderen frankophonen Ländern und Regionen wie der Schweiz, Belgien oder Québec (Bosvieux-Onyekwelu 2020; Moron-Puech/Saris/Bouvattier 2020) scheint die Regulierung der geschlechtergerechten Sprache durch die damit befassten Behörden weniger Kontroversen auszulösen. Laut der Linguistin Ann Coady (2020) ist es die in Frankreich besonders ausgeprägte Präsenz zweier linguistischer Ideologien, verstanden als ‚kulturelle Vorstellungen von der Natur, der Form und dem Zweck einer Sprache und von Sprache allgemein‘ (Gal/Woolard 1995: 130), die die Virulenz der Debatte in Frankreich erklären können.

Die erste dieser Ideologien ist die Vorstellung einer ‚Standardsprache‘, die in einem vertikalen Konzept der ‚Sprachverbreitung‘ von einer ‚Sprachbehörde‘ legitimiert wird und für die Sprecher*innen verbindlich sein soll. Diese Standardsprache sei „von Natur aus besser (schöner, eleganter, logischer) als alle anderen Varianten und [müsse] daher geschützt werden“ (Coady 2020: XI–XII). Diese Ideologie wird in Frankreich insbesondere von den Mitgliedern der Académie française genährt, die den Mythos einer einst universell gefeierten Sprache aufrechterhalten, welche den Geist der Aufklärung und der Universalität in das Europa des 18. Jahrhunderts und dann während der Kolonialzeit auch in die ganze Welt getragen habe. Auf etwas diffusere Weise wird dieser Mythos auch von der konservativen französischen Presse gepflegt. Der Linguist Alain Bentolila formuliert es z.B. so: „Wir Franzosen legen großen Wert auf die Verbindung zwischen Sprache und Denken – einem starken und präzisen Denken –, während die frankophonen Länder ein eher utilitaristisches Verhältnis zur Sprache haben. Wir sind das Volk der Aufklärung. Wir haben nicht die gleiche Geschichte ...“ (Pech 2018). Trotz ihrer geringen offiziellen Befugnisse und ihrer schwachen Argumente spielt die Académie française weiterhin eine in symbolischer Hinsicht sehr dominante Rolle als Hüterin der französischen Sprache (Viennot et al. 2015). Die vorherrschende Ideologie einer ‚Standardsprache‘, die geschützt werden sollte, beeinflusst aber nicht nur die Institutionen, sondern auch die Vorstellungen der französischen Bürger*in-

nen, die in Bezug auf geschlechtergerechte Sprache „konservativer als der Rest der Frankophonie“ sind (Abbou et al. 2018a).

Die zweite linguistische Ideologie, die die Akzeptanz geschlechtergerechter Sprache blockieren kann, ist Ann Coady zufolge die Ideologie von der Sprache als ‚Kitt der Nation‘. Während die Sprache in etlichen anderen europäischen Staaten vor allem im 19. Jahrhundert als Instrument zur Erzeugung, Bestärkung und Verbreitung eines Nationalgefühls und damit zur Legitimierung der entstehenden Nationalstaaten eingesetzt wurde (Thiesse 2001), so diente in Frankreich die Bekräftigung der Einheit der französischen Sprache schon in der Vergangenheit politischen Ambitionen: Bereits 1539 trug die Verordnung von Villers-Cotterêts, mit der Französisch als einheitliche Verwaltungssprache bestimmt wurde, zur Durchsetzung und Etablierung eines zentralisierten Staates bei. Während der Französischen Revolution wurde eine regelrechte Sprachpolitik (Candéa/Véron 2019: 174) eingeleitet, und in der Dritten Republik dann noch aktiver verfolgt. Um ‚die Erzählung von der Nation‘ zu nähren, wurde eine Politik der sprachlichen Vereinheitlichung – gegen die Regionalsprachen – praktiziert, für die die Schule eine zentrale Rolle spielte. Die Stärke der Ideologie der Sprache als ‚Kitt der Nation‘ ist auch heute noch spürbar – ob man dabei nun an die Bedeutung der Frankophonie im Kontext der Außenpolitik denkt, um ‚die Größe Frankreichs‘ zu bekräftigen (Erfurt 2018), an den deutlichen Widerstand gegen die Ratifizierung der Europäischen Charta zu den Regionalsprachen oder an die Reaktionen bestimmter Politiker*innen auf die Forderungen nach einer geschlechtergerechten Sprache. So bekräftigte der ehemalige Bildungsminister Jean-Michel Blanquer in seiner Rede vor der Nationalversammlung am 15. November 2017 die Macht des zentralistischen Staates in sprachlichen Angelegenheiten und drohte zum wiederholten Male mit der Gefährdung des republikanischen Universalismus: „ich werde natürlich darauf achten, dass es nur eine Grammatik gibt, so wie es auch nur eine Sprache und eine Republik gibt“⁴. In Frankreich besteht die umstrittene Dimension der geschlechtergerechten Sprache also in erster Linie darin, dass sie die Autorität des Staates in sprachlichen Angelegenheiten in Frage stellt. Die Debatten bieten insofern die Möglichkeit, ein von bestimmten Eliten getragenes vertikales Sprachverständnis zu reaffirmieren, und zugleich Forderungen zivilgesellschaftlicher Akteur*innen im Kontext eines zentralisierten Staates zurückzuweisen.

4 <http://www.assemblee-nationale.fr/15/cri/2017-2018/20180055.asp#P1095007>.

2 Ein euphemistisches Feld für den ‚gewöhnlichen Antifeminismus‘⁵

Obwohl sich die Medienberichterstattung über die französische Kontroverse um geschlechtergerechte Sprache oft nur auf den französischen Fall konzentriert hat, sollte man – angesichts ähnlicher Debatten in anderen Ländern – diese Kontroverse nicht ausschließlich unter dem Gesichtspunkt einer französischen Sprachspezifik betrachten. So stieß etwa in Brasilien Dilma Rousseffs Entscheidung, statt des üblichen Titels *presidente* demonstrativ die weibliche Form *presidenta* zu verwenden, auf heftige Kritik und erregte den Zorn insbesondere von Teilen der gesellschaftlichen und politischen Eliten (Paz/Pelúcio/Borba 2020). Ähnliche Reaktionen waren in Italien zu beobachten, als Laura Boldrini, die ehemalige Präsidentin der Abgeordnetenkammer, das Thema geschlechtergerechte Sprache und die Feminisierung von Titeln in die öffentliche Debatte einbrachte. In Deutschland äußerten sich mehrere Linguist*innen, Literatur*innen und Persönlichkeiten aus dem Bildungsbereich alarmiert zu den vermeintlichen Gefahren, die feministische Forderungen und staatliche Initiativen für eine geschlechtergerechte Sprache für die Gesellschaft angeblich mit sich bringen würden (Hergenhan 2020). In Schweden wiederum wird die Förderung und Verwendung des neutralen Pronomens *hen* in der dritten Person Singular problematisiert: Auch hier prangern manche Linguist*innen, Schriftsteller*innen und Journalist*innen die Verwendung dieses Pronomens als gefährlich für die schwedische Sprache und ihre Sprecher*innen an (Le Bouillec 2020). Wie lässt sich all das erklären? Ein Vergleich der jeweiligen Diskurs-Konstellationen ist erhellend, da er die antifeministische Dimension der Debatten deutlich macht. Folgende Befunde werden dabei deutlich:

1. Überall dort, wo die geschlechtergerechte Sprache umstritten ist, finden die Debatten in einem Kontext statt, in dem die Norm der Gleichheit der Geschlechter und der Sexualitäten an öffentlicher Anerkennung gewinnt. In Frankreich fällt die 2017 eröffnete Kontroverse z.B. in eine Zeit, in der mehrere Maßnahmen verabschiedet wurden, die eine wachsende institutionelle Legitimität feministischer Anliegen, und neuerdings auch LGBTQI-Anliegen, in verschiedenen Bereichen manifestieren: Das betrifft den Bereich der politischen Repräsentation ebenso wie den der Arbeitswelt, die Wirtschaft ebenso wie den Bildungsbereich, nicht zuletzt die Institution der Ehe und Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. In all diesen Bereichen erlässt der Staat Gesetze und verabschiedet Policy-Programme, die darauf abzielen, Geschlechtergleichheit zu stärken. Beispiele für den Fall Frankreich sind die 1999 und 2000 verabschiedeten Gesetze zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Politik, die in den folgenden Jahren noch erweitert wurden, um das

5 Der wesentliche Inhalt dieses Abschnitts ist dem folgenden Artikel entnommen: Loison/Perrier/Noûs 2020.

Prinzip der Parität zu stärken; die Einführung von Quoten in der Wirtschaft und die Einführung von Bildungsprogrammen zur Sensibilisierung von Kindern für die Gleichstellung von Mädchen und Jungen. Ein vergleichbarer Kontext ist auch in anderen Ländern zu beobachten, in denen geschlechtergerechte Sprache umstritten ist. In Brasilien folgt der Widerstand eines Teils der politischen Klasse und der Medien gegen den Begriff *presidenta* auf Initiativen der Regierung von Dilma Rousseff in Bezug auf die Rechte von Frauen und von Gruppen, die in Bezug auf Sexualität und Geschlecht marginalisiert werden (Paz/Pelúcio/Borba 2020). In Deutschland „haben sich die Sprachdebatten re-politisiert, seit 2018 ein Gesetz verabschiedet wurde, das die Existenz eines dritten Geschlechts anerkennt“ (Wieder 2019).

2. Geschlechtergerechte Sprache wird überall besonders von konservativen Personen und Gruppen bekämpft, die auch noch an anderen Fronten als der Sprache in einen Kampf gegen Gleichstellung involviert sind. So wurden die zahlreichen Gesetzesvorschläge, die in Frankreich seit 2017 in die Nationalversammlung und den Senat eingebracht worden sind, um die Verwendung geschlechtergerechter Sprache zu verbieten oder einzuschränken, stets von Akteur*innen forciert, die sich in verschiedenen parlamentarischen Debatten öffentlich gegen die Förderung geschlechtlicher und sexueller Gleichstellung positioniert haben. Der französische Abgeordnete Julien Aubert, Mitunterzeichner eines Gesetzesvorschlags zum Verbot geschlechtergerechter Sprache im öffentlichen Dienst⁶ hat sich z.B. auch öffentlich dazu bekannt, 2019 in den Reihen von „La Manif pour tous“ („Demo für alle“) gegen den Entwurf des Bioethikgesetzes mitdemonstriert zu haben (Forcari 2019). Dieser Entwurf sah in seinem Artikel 1 die Öffnung der assistierten Reproduktion auch für lesbische Frauenpaare vor. Derselbe Abgeordnete hatte sich überdies in den Parlamentsdebatten über die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare als Gegner eines solchen Vorschlags hervorgetan. Agnès Thill, ebenfalls eine Unterzeichnerin von Gesetzesvorschlägen gegen geschlechtergerechte Sprache, wurde 2019 aus der Partei „La République en Marche“⁷ ausgeschlossen, weil sie sich im Rahmen der Debatten über die Fortpflanzungsmedizin homofeindlich geäußert hatte. In Deutschland trat die CSU, die ultrakonservative ‚Schwesterpartei‘ der CDU, in ihrem Wahlprogramm vom September 2017 dafür ein, die öffentliche Finanzierung von Forschungen zu geschlechtergerechter Sprache und von Geschlechterforschung allgemein zu streichen. Auch die – inzwischen als verfassungsfeindlich eingestufte – rechtsextreme Partei „Alternative für Deutschland“ versuchte von Anfang an über die Länderparlamente die Einführung geschlechtergerechter Sprache aufzuhalten bzw. wieder

6 Gesetzesvorschlag Nr. 3922 zum Verbot der Verwendung geschlechtergerechter Sprache für juristische Personen, die mit einer öffentlichen Aufgabe betraut sind, 23. Februar 2021.

7 „La république en marche“, zuvor „En marche“, ist die politische Partei, die von Emmanuel Macron 2016 gegründet wurde, Auch wenn die Partei angibt, sie sei weder rechts noch links, kann sie auf der rechten Seite des politischen Spektrums eingereiht werden.

abzuschaffen (Hergenhan 2020). In Schweden kommt die Kritik am neutralen Pronomen *hen* zu einem großen Teil „von antifeministischen Gruppen, die in Internetforen aktiv sind und einen vermeintlichen ‚Staatsfeminismus‘ anprangern, sowie von rechtsextremen Gruppen“ (Le Bouteillec 2020: XV-XVI).³ In öffentlichen Stellungnahmen gegen geschlechtergerechte Sprache wird vielfach auf rhetorische Muster zurückgegriffen, wie sie seit langem für das Repertoire antifeministischer Diskurse typisch sind. Zahlreiche Beiträge in der französischen Debatte über geschlechtergerechte Sprache prangern z.B. die vermeintliche Inkompetenz ihrer Befürworter*innen an – ein klassisches Motiv antifeministischer Polemik. So z.B. ein Journalist von *Causeur*⁸ im Jahr 2020, der die feministische Aktivistin Typhaine D. als „Dummkopf“ bezeichnet (Desrimais 2020). Andere machen sich über die Debatte lustig, indem sie beispielsweise eine berühmte Fabel des bekannten Schriftstellers La Fontaine⁹ parodistisch gendern: „Maître.sse corbe.au.lle sur un arbre perché...“ (Meister.in Kolkrabe.rin auf einem Baum...)¹⁰. Andere wiederum sexualisieren die Debatte, anstatt sie inhaltlich zu führen. Marc Fumaroli von der Académie française schrieb 1998: „tranchons entre recteuse, rectrice et rectale“¹¹ (Lasst uns zwischen Rektorin, Rektörin und rektal unterscheiden). Diese drei Diskursstrategien, die für einen „gewöhnlichen Antifeminismus“ (Descarries 2006) charakteristisch sind, werden seit jeher dafür eingesetzt, feministische Forderungen zu delegitimieren. Die Gegner*innen geschlechtergerechter Sprache sind auch der Meinung, dass es keinen Sinn mache, das Französische ändern zu wollen, weil es nicht sexistisch sei. Sie erklären beispielsweise, dass das Geschlecht von Wörtern (Genus als grammatische Kategorie) nichts mit dem Geschlecht von Individuen zu tun habe, oder auch, dass das Maskulinum ‚neutral‘ sei (Bosvieux-Onyekwelu 2020), und widersprechen damit zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten zu diesem Thema. Dieses ‚sprachliche Argument‘ kann durchaus als Variante einer klassischen Argumentationsstrategie des Antifeminismus verstanden werden, die darin besteht, Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern zu untertreiben oder sogar zu leugnen (Devreux/Lamoureux 2012: 17). Die Verzerrung bzw. die Desinformation, die mit dieser Negation verbunden ist, besteht darin sich zu weigern, „die Vorherrschaft anzuerkennen, die männlichen Werten und Praktiken eingeräumt wird“ (Descarries 2006: 144). Diese Weigerung wird hier sozusagen auf das sprachliche Feld angewandt.

8 *Causeur* ist eine französische Zeitschrift, die der reaktionären Rechten zugerechnet wird (ein Begriff, den sie laut der Website Wikipedia möglicherweise selbst für sich beansprucht hat).

9 Jean de la Fontaine war ein im 17. Jahrhundert lebender berühmter französischer Schriftsteller, dessen Gedichte oft im Schulunterricht behandelt werden. Er wird als ‚klassischer Autor‘ betrachtet.

10 „Écriture inclusive: des manuels scolaires tentent l’expérience“, Franvetvinfo.fr, 27. September 2017.

11 „La querelle du neutre“, *Le Monde*, 31 juillet 1998.

Doch wenn die Gleichheitsnorm im öffentlichen Raum an Legitimität gewinnt, wie es heute in allen Ländern der Fall ist, in denen sich eine geschlechtergerechte Sprache entwickelt, ändern sich die Argumentationsstrategien der Antifeminist*innen in Reaktion darauf ebenfalls.

3 ‚Geschlechtergerechte Sprache in der Schule‘ als Gegenstand und Artikulationsarena für einen Diskurs, der Geschlechtergleichheit ablehnt

In den Debatten um geschlechtergerechte Sprache in Frankreich und anderen Ländern (z.B. Deutschland, Schweden und Brasilien) wurden auch andere Argumente vorgebracht, die die Institutionen Schule und Hochschule sowie die Schüler*innen und ihr Wissen in den Mittelpunkt stellen. Damit unterschieden sie sich von den Argumenten, die von Gegner*innen geschlechtergerechter Sprache in früheren Phasen der Kontroverse vorgebracht wurden. So zielten in Frankreich mehrere der zahlreichen eingebrachten Gesetzesvorschläge, mit Hilfe derer die Verwendung geschlechtergerechter Sprache verboten oder zumindest eingeschränkt werden sollte, speziell auf den schulischen Bereich ab. Der bereits erwähnte Abgeordnete Julien Aubert von der Partei „Les Républicains“¹² reichte bereits 2017 einen Gesetzesvorschlag¹³ ein, in dem die Regierung aufgefordert wurde, die Einführung geschlechtersensibler Sprache in Schulen zu verhindern. Der Abgeordnete Roger Chudeau von der Partei „Rassemblement National“¹⁴ reichte seinerseits einen Gesetzesvorschlag ein, dem zufolge die sogenannte „inklusive Schreibweise“ („écriture inclusive“) in schulischen und hochschulischen Dokumenten und Publikationen aller Art sowie in Zivil-, Verwaltungs- und Handelsakten verboten werden sollte¹⁵. Welcher Art genau sind die Argumente, die auf Schule und Wissen bezogen sind? Und wie lässt sich erklären, dass sie in Frankreich erst ab Herbst 2020 in den Vordergrund rückten, obwohl die entsprechende Kontroverse in diesem Land ja bereits 2017 eröffnet wurde – nach der erwähnten Veröffentlichung eines

12 „Les républicains“ ist eine konservative politische Partei am rechten Rand des politischen Spektrums, die bis vor kurzem die größte rechtsgerichtete politische Partei in Frankreich darstellte. Ihr Wählergewicht hat sich mit dem Aufkommen des Macronismus und dem Erstarken der extremen Rechten abgeschwächt.

13 Gesetzesvorschlag Nr. 381, in dem die Regierung aufgefordert wird, die Einführung geschlechtergerechter Sprache in Schulen zu verhindern.

14 „Rassemblement National“ ist der neue Name der „Front National“ und stellt die wichtigste politische Partei der extremen Rechten in Frankreich dar.

15 Gesetzesvorschlag Nr. 777 über das Verbot der sogenannten „inkluisiven“ Schreibweise in Schul- und Universitätsveröffentlichungen und -dokumenten, sowie in Zivil-, Verwaltungs- und Handelsakten, der in der Nationalversammlung am 31.01.2023 eingereicht wurde.

von Lehrer*innen unterzeichneten Manifests, sowie eines Schulbuchs, das bestimmte Formen geschlechtergerechter Sprache verwendet? Mit anderen Worten: Wie lässt sich die Entwicklung der Argumente gegen geschlechtergerechte Sprache in Frankreich verstehen und interpretieren? Und was zeigt uns eine entsprechende Analyse im Hinblick auf die politische Funktion der Debatte über geschlechtergerechte Sprache in Frankreich?

Zunächst einmal wurde wiederholt die Idee formuliert, dass geschlechtergerechte Sprache und inklusive Schreibweise, deren Gebrauch sich (angeblich) auf akademische Kreise und feministische Aktivist*innen beschränke, in doppelter Hinsicht ausgrenzend seien: gegenüber Personen mit geringeren Bildungsabschlüssen als Akademiker*innen, gegenüber Kindern, die dadurch beim Lernen ‚in Schwierigkeiten gebracht‘ würden –beispielsweise Schüler*innen mit Problemen wie Dyslexie oder Dysphasie¹⁶ –, sowie gegenüber Kindern und Personen mit spezifischen kognitiven Beeinträchtigungen oder mit Sehbehinderungen. Das Argument, die Verwendung geschlechtergerechter Sprache ‚im Namen der Verteidigung der Rechte von Kindern mit Behinderungen‘ abzulehnen, findet sich auch in der Regierungspolitik wieder. Das zeigt insbesondere ein Rundschreiben vom 5. Mai 2021, das sogenannte ‚Rundschreiben Blanquer‘ (nach dem Namen des ehemaligen Bildungsministers) über die Regeln für die Feminisierung in Verwaltungsakten des Bildungsministeriums. Hier heißt es: „Die Komplexität und Uneinheitlichkeit [geschlechtergerechter Sprache] stellen ... Hindernisse für den Erwerb der Sprache wie der Lesefähigkeit dar. Solche künstlichen Klippen sind besonders unangebracht, wenn sie die Bemühungen um Schüler mit Lernschwierigkeiten behindern, die an öffentlichen Schulen mit dem Ziel der Inklusion unternommen werden.“ Die Wiederaufnahme dieser Argumentation lässt sich auf zweierlei Weise erklären. Zum einen ist das Argument quasi ein Echo auf eine Rhetorik, die seit den 2010er Jahren in mehreren Ländern weit verbreitet ist und dazu dient, öffentliche Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung diverser Geschlechter und Sexualitäten zu delegitimieren. Sie stützt sich auf die Figur, gemäß derer ‚Kinder als unschuldige Opfer schulischer Indoktrination‘ gelten. Überdies würden ihre Eltern dabei in ihrer Erziehungsfreiheit behindert (Kuhar/Paternotte 2018). Diese international zirkulierende Idee wird in verschiedenen Ländern regelmäßig von Gegner*innen der Geschlechtergerechtigkeit und sexuellen Gleichstellung angeführt, um öffentliche Programme zur Förderung der Gleichstellung zu disqualifizieren (Kuhar/Paternotte 2018; Paz et al. 2020; Schmincke 2017). Wie Kuhar und Paternotte betonen, erscheint die ‚Figur des kindlichen Opfers‘ als ein Mechanismus, der ‚moralische Paniken‘ aktivieren kann (Thompson 1998 in Kuhar/Paternotte 2018). Dadurch,

16 Siehe Gesetzesvorschlag 4003, der am 23. März 2021 in der Nationalversammlung eingebracht wurde und darauf abzielt, die Verwendung geschlechtergerechter Sprache in öffentlichen Verwaltungen und Organisationen, die mit einer öffentlichen Dienstleistung betraut sind oder öffentliche Zuschüsse erhalten, zu verbieten und zu ahnden, S. 4.

dass sie geschlechtergerechte Sprache als Bedrohung für die gesellschaftliche Ordnung darstellen und so eine ‚moralische Panik‘ auszulösen suchen, verfolgen die Aktivist*innen der Anti-Gender-Bewegung das Ziel, Besorgnis in der Bevölkerung zu erregen und die Aufmerksamkeit der Medien auf sich zu ziehen. Die ‚westliche Konstruktion der kindlichen Unschuld‘ ist laut Kuhar und Paternotte (2018) ein besonders effektives Framing, um große Teile der Bevölkerung anzusprechen.

Zwar wird in der französischen Debatte über geschlechtergerechte Sprache nicht so sehr mit einer Gefahr für die Geschlechtsidentität gedroht, wie es sonst in internationalen Debatten häufig der Fall ist¹⁷, sondern eher mit der Gefahr erhöhter Schwierigkeiten beim Lernen in der Schule. Die Hervorhebung dieses Arguments trägt jedoch dazu bei, das Misstrauen gegenüber der (staatlichen) Institution Schule zu schüren und die Vorstellung zu verbreiten, dass diese mit einer ‚Erziehung zu Geschlechtergleichheit und sexueller Vielfalt‘ potenziell schädlich für Kinder sein könnte. In Frankreich ist der Rückgriff auf dieses Argument Teil einer Reihe von öffentlichen Debatten, die seit Anfang der 2010er Jahre von verschiedenen Aktivist*innen der Anti-Gender-Bewegung, von Journalist*innen und Politiker*innen inszeniert wurden und auf die Institution Schule und die Eltern von Schüler*innen abzielten, um öffentliche Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung zu delegitimieren (Gallot/Pasquier 2018). So wurde 2010 z.B. ein Kurzfilm für die Grundschule, der einen Kuss zwischen zwei Fischen mit männlichen Vornamen zeigte und auf diese Weise der Homophobie entgegenwirken wollte, letztlich nicht ausgestrahlt, nachdem der Vorwurf erhoben worden war, der Film befördere Homosexualität bei Kindern. 2011 wurden die neuen Biologielehrpläne, die ein Kapitel mit dem Titel „Mann oder Frau werden“ enthielten, zunächst von katholischen Vereinigungen und später auch von rechten Parlamentarier*innen kritisiert, die gegen die ‚Gender-Theorie‘ mobilisierten. Schließlich wurde 2014 ein Schulversuch – das Pilotprojekt „ABCD de l’égalité“, das gemeinsam vom Ministerium für Bildung und vom Ministerium für Frauenrechte getragen wurde und darauf abzielte, Geschlechterstereotypen zu bekämpfen und die Gleichstellung von Mädchen und Jungen zu fördern – abgebrochen. Dies geschah in einem politischen Kontext, der nicht zuletzt von massiven Mobilisierungen gegen die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geprägt war. Angesichts solcher Ereignisse wird klar, dass die Gegner*innen geschlechtergerechter Sprache, die die Kontroverse über eine inklusive Schreibweise in die Schule hinein tragen, die Aufmerksamkeit eines Publikums auf sich ziehen wollen, das bereits für andere Auseinandersetzungen um Genderfragen in der Schule mobilisiert worden ist. Insbesondere kann mit der Aufmerksamkeit von Organisationen wie den

17 In Schweden vertrat die Kolumnistin „Elise Claeson die Ansicht, dass die Verwendung des Pronomens *hen* schädlich sein könnte, insbesondere für kleine Kinder. Da Kinder von Natur aus zum Konservatismus neigten, könne die Vorstellung, dass es ein ‚Dazwischen‘ gebe, sie bei ihrer Entdeckung von Geschlecht und Sexualität stören“ (Le Bouteillec 2020: XVI).

„wachsamen Eltern“ („parents vigilants“¹⁸) gerechnet werden. 2022 wurde diese Gruppe von Éric Zemmours rechtsextremer Partei „Reconquête“ ins Leben gerufen. Sie mobilisiert seitdem gegen die Thematisierung von Genderfragen in der Schule¹⁹. Auf der Webseite der Gruppe befinden sich zwei der 14 Aussagen, die die verschiedenen Themen illustrieren, auf die die Aufmerksamkeit von Eltern gelenkt werden soll, die Verwendung geschlechtergerechter Sprache²⁰. Sie wird als Zeichen für ein ‚Ableiten‘ der Institution Schule interpretiert. Das Schreckgespenst der Schulschwierigkeiten für Kinder mit Behinderungen kann aber auch in ganz anderen politischen Kreisen Widerstand hervorrufen. Mit der (unbewiesenen) Unterstellung, dass das Streben nach Geschlechtergleichheit andere Ungleichheiten (zwischen sozialen Klassen, zwischen nicht behinderten und behinderten Menschen) hervorbringe, greifen Kritiker*innen geschlechtergerechter Sprache auf ein klassisches Verfahren der reaktionären Rhetorik zurück, das Albert O. Hirschmann (1991) in seinem Buch *„Rhetoric of reaction: perversity, futility, jeopardy“* beschrieben hat. Als ‚pervers‘ werden die angeblich moralisch fragwürdigen Auswirkungen von Gleichstellungsmaßnahmen etikettiert. Diese rhetorische Strategie zielt darauf ab, die Bestrebungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter zu delegitimieren, indem man ihnen andere Herausforderungen gegenüberstellt. Eine solche Strategie wurde in Frankreich bereits Ende der 1990er Jahre bei den Debatten über Geschlechter-Parität in der Politik angewandt. Damals wurden entsprechende Maßnahmen mit dem Argument kritisiert, dass sie die Ungleichheit zwischen den sozialen Klassen im politischen Feld nicht berücksichtigen. Auf diese Weise wurde ermöglicht, das Prinzip der Geschlechtergleichheit nicht offen in Frage stellen zu müssen. Vielmehr wurde das Ausschlussargument umgekehrt und gegen die Bekämpfung von Ausschluss qua Geschlecht zum Einsatz gebracht. Geschlechtergerechte Sprache will ja gerade der Unsichtbarmachung oder Herabwürdigung des Weiblichen sowie queerer und nicht-binärer Identitäten in der Sprache entgegenwirken und die egalitäre Repräsentation aller Menschen in der Sprache ermöglichen. Wenn das konservative Lager behauptet, diese Sprache sei das Privileg einer akademischen und

18 Das Äquivalent dazu in Deutschland wären die „besorgten Eltern“. Siehe: <https://www.besorgte-eltern.net/>.

19 Auf ihrer Website stellen sich die „wachsamen Eltern“ als ein Kollektiv vor, das insbesondere auf die „zahlreichen militanten Linksextremisten und ‚Wokes‘ [aufmerksam machen will], [denen] es gelingt, die dekonstruktivistische Ideologie bis in die Schulbücher, in die Lehrpläne zu verbreiten“.

20 „Ich bin Lehrer an einem Gymnasium (...), wo die ideologische Indoktrination permanent ist: inklusive Schrift, LGBT-Entgleisungen oder Druck von Seiten der Gewerkschaften. Wenn wir ihren Thesen widersprechen, müssen wir mit hinterhältigen Repressalien wie geleerten Mülleimern in unseren Spinden oder Drohungen auf unseren Messengern rechnen“ (Sylvain, Lehrer). – „In einem Gymnasium haben Lehrer das Gedicht ‚La Corneille et la Renarde‘ („Die Rabe und die Füchsin“) umgeschrieben und die Schüler aufgefordert, es zu lernen, indem sie das für ihren Geschmack ‚zu männliche‘ Werk von La Fontaine vernichteten“ (Bruno, Angehöriger eines Schülers). [Website abgerufen am 30. Januar 2025].

militanten Elite, die sich nicht um die Schwierigkeiten schere, die sie damit für ‚gewöhnliche Menschen‘²¹ (die ‚breite Bevölkerung‘ bzw. nicht-akademisch Gebildete) schaffe, so stellt es sich als Verteidiger der Gleichheit dar. Das Argument des Ausschlusses ermöglicht damit den Gegner*innen der inklusiven Schreibweise bzw. geschlechtergerechter Sprache, neue Bündnisse mit Personen und Gruppen zu schließen, die sich um die Interessen von Kindern und Menschen mit Behinderungen oder Lernschwierigkeiten ernsthaft sorgen. Das Lager der Gegner*innen lässt sich auf diese Weise offenbar stark vergrößern.

4 Ein Tummelplatz für Antiintellektualismus

Der Diskurs, der sich auf die Schwierigkeiten konzentriert, die bei Kindern und Menschen mit Behinderungen und Lernschwierigkeiten ‚durch eine kleine akademische und militante Elite‘ angeblich verursacht werden, schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe. Denn indem er diese ‚Elite‘ anderen Individuen gegenüberstellt, nährt er eine zweite Art von Diskurs, die man als anti-intellektuelle Rhetorik bezeichnen kann. Sie wird von Eric Fassin (2024: 24) als ein Diskurs definiert, der darauf abzielt kritisches Wissen zu delegitimieren, nicht unbedingt die Intellektuellen per se²². Diese Rhetorik begnügt sich nicht damit, die angebliche ‚Gleichgültigkeit einer gewissen akademischen und militanten Elite gegenüber dem Schicksal von Kindern und Menschen mit Behinderungen‘ anzuprangern. Mehrere Gegner*innen geschlechtergerechter Sprache zielen vielmehr auf die Wissensinhalte ab, die von deren Befürworter*innen in Frankreich – und auch in Deutschland (Hergenhan 2020: XVI) – vermittelt werden. Sie leugnen die wissenschaftlichen Grundlagen der Argumente für geschlechtergerechte Sprache und ignorieren bewusst die historischen und linguistischen Arbeiten zu dieser Frage. Die Mobilisierungen für geschlechtergerechte Sprache werden als ‚militant‘ und ‚aktivistisch‘ zurückgewiesen, wobei davon ausgegangen wird, dass bereits solche Zuschreibungen ausreichen, um sie zu disqualifizieren. Die beschriebenen Merkmale reihen die Argumente gegen die inklusive Schreibweise bzw. geschlechtergerechte Sprache in einen breiteren Diskurs der Diskreditierung von Gender Studies ein, die insgesamt als ‚ideologisch‘ und ‚unwissenschaftlich‘ dargestellt werden (Kuhar/Paternot-

21 Laut dem Abgeordneten Guy Teissier, von der Partei „Les Républicains“, der einen 2021 in der Nationalversammlung eingereichten Gesetzesvorschlag zum „Verbot und zur Bestrafung der inklusiven Schreibweise in öffentlichen Verwaltungen“ verfasst hat, „repräsentiert diese Schreibweise beispielsweise eine elitäre Vision“.

22 So betont Eric Fassin: „Der Antiintellektualismus stellt nicht zwei soziale Gruppen gegenüber, die intellektuell sind oder nicht, die mit kulturellem Kapital ausgestattet sind oder nicht. Er zielt nicht auf eine ganze Gruppe ab, wie auch immer diese definiert wird. Sein eigentliches Ziel ist heute das kritische Denken.“ (Fassin, 2024: 24).

te 2018). Die Begründung des Gesetzesvorschlags des Abgeordneten François Jolivet, in der so etwas wie „die persönliche und militante Entscheidung, die Rechtschreibung und Grammatik unserer Sprache zu ändern“ erwähnt wird, ist ein gutes Beispiel dafür²³, ebenso wie ein Beitrag mit dem vielsagenden Titel „Une écriture excluante qui s'impose par la propagande“ („Eine ausgrenzende Schreibweise, die mit Hilfe von Propaganda durchgesetzt wird“), der am 18. September 2020 in der Wochenzeitung *Marianne* erschien und von 32 Linguist*innen unterzeichnet wurde. Angriffe auf Befürworter*innen einer geschlechtergerechten Sprache, die auf antiintellektualistischer Rhetorik beruhen, gehen also nicht nur von politischen Akteur*innen aus, sondern auch von Akteur*innen des akademischen Feldes. Solche Angriffe gegen kritisches Wissen finden überdies auch im Bildungsministerium statt, wie die Verabschiedung des Blanquer-Rundschreibens vom 5. Mai 2021 belegt, mit dem geschlechtergerechte Sprache in der Schule angeblich²⁴ verboten werde²⁵. Auch hier muss die Art der Argumente, die zur Delegitimierung geschlechtergerechter Sprache mobilisiert werden, im Zusammenhang mit anderen Debatten gesehen werden, die das politische und mediale Feld in Frankreich – aber auch in anderen Ländern²⁶ – strukturieren. Wie kommt es, dass diese Sprache als ‚exklusives Gut‘ einer ‚kleinen akademischen und militanten Elite‘ dargestellt wird – obwohl die Fakten eine ganz andere Realität widerspiegeln? Geschlechtergerechte Sprache wird in der Schule, in gewerkschaftlichen und politischen Mitteilungen, in Dokumenten von Behörden, in Medien und in der Werbung, im Kino, in Fernsehserien und im Sport verwendet. Warum sollte man also behaupten, dass geschlechtergerechte Sprache keine wissenschaftliche Grundlage hat, wenn doch zahlreiche wissenschaftliche Artikel in Zeitschriften unterschiedlicher akademischer Disziplinen ihre positive und inklusive Wirkung belegen? Eine Antwort auf diese Fragen lautet:

Indem sie im Streit um geschlechtergerechte Sprache das Argument der Militanz mobilisieren, greifen die Gegner*innen dieser Sprache ein klassisches Verfahren des Anti-Gender-Diskurses auf, mit dem sie das von mehreren Politiker*innen ab 2020 in Frankreich eingeleitete Unternehmen der Delegitimierung von kritischem Wissen an den Universitäten fortsetzen können. Dieser „staatliche Antiintellektualismus“ (Fassin 2024) wurde in mehreren Kontexten geschürt und zielte auf Wissen zu verschiedenen Minderheiten ab, die zudem gegeneinander ausgespielt werden. Während sich das Wissen über Gender seit nunmehr 25 Jahren in einem Institutionalisierungsprozess befindet, erfährt das

23 Gesetzesvorschlag Nr. 3922 zum Verbot der Verwendung der inklusiven Schrift für juristische Personen, die mit einer öffentlichen Aufgabe betraut sind, 23. Februar 2021.

24 In Wirklichkeit will dieses Rundschreiben nur bestimmte Formen der inklusiven Schreibweise verbieten, da beispielsweise die Verwendung der Feminisierung von Titeln und Funktionen empfohlen wird.

25 Für eine kritische Analyse dieses Rundschreibens siehe Viennot 2021.

26 Für eine Reflexion über die Zirkulation dieser Diskurse zwischen Frankreich und den USA siehe Fassin, 2024.

Wissen über *race* in Frankreich erst ganz allmählich Anerkennung. Vor diesem Hintergrund ist es bemerkenswert, dass Emmanuel Macron im Juni 2020 in einem Interview mit der Zeitung *Le Monde*, das zwischen zwei Großdemonstrationen gegen Rassismus und Polizeigewalt geführt wurde, ‚die Akademiker*innen‘ beschuldigte, „die Republik in zwei Teile zu zerbrechen“; Macron behauptete, sie hätten „die Ethnisierung der sozialen Frage befördert“. Auch ehemalige Minister*innen für Bildung, Hochschulwesen und Forschung haben wiederholt einen Teil der Lehrer*innen und Forscher*innen – implizit diejenigen, die sich auf die Themen Geschlecht und/oder *race* spezialisiert haben – verunglimpft, indem sie andeuteten, dass diese eine ‚Gefahr für die Nation‘ darstellten. Nach der Ermordung des Lehrers Samuel Paty²⁷ im Oktober 2020 prangerte der damalige Bildungsminister Jean-Michel Blanquer beispielsweise öffentlich die angebliche „intellektuelle Komplizenschaft“ mit dem Terrorismus an, die bei einem Teil der französischen Intellektuellen bestehe. Am 14. Februar 2021 kündigte die ehemalige Ministerin für Hochschulbildung und Forschung, Frédérique Vidal, auf dem Sender CNews²⁸ eine Untersuchung über den „Islam-Gauchismus in der Schule“ an.

5 Fazit

Politisch, medial wie intellektuell zielen die Angriffe auf geschlechtergerechte Sprache in Frankreich nicht vorrangig auf die ‚Verteidigung der französischen Sprache‘ ab. Die entsprechenden Debatten sind vor allem deshalb so virulent, weil sie dem Antifeminismus einen mehr oder weniger diskreten Artikulationsraum bieten. Dies ist nicht unerheblich in einem Kontext, in dem expliziter öffentlicher Protest gegen die Gleichstellung der Geschlechter und Sexualitäten heikler geworden ist, weil die entsprechenden Anliegen eine gewisse Institutionalisierung erfahren. Auch wenn die Gleichstellung der Geschlechter zumindest rhetorisch an Legitimität gewinnt, kann mit Bezug auf geschlechtergerechte Sprache immer noch öffentlich behauptet werden, dass sie weder relevant noch notwendig sei. Indem die Gegner*innen geschlechtergerechter Sprache die diskriminierten Gruppen nicht direkt angreifen, sondern ‚nur‘ das grammatische Femininum und/oder das genderneutrale Pronomen, setzen sie

27 Samuel Paty war ein Lehrer für Geschichte und Geografie, der im Oktober 2020 von einem islamistischen Terroristen ermordet wurde.

28 Laut Wikipedia ist CNews ein privater landesweiter französischer Nachrichtensender: „Seine redaktionelle Linie wird als sehr rechts und konservativ beschrieben, mit einer zunehmend rechtsextremen und identitären Ausrichtung, die Wahlkampfthemen wie Einwanderung und Unsicherheit aufgreift und Diskurse gegen muslimische Einwanderung banalisiert.“ – Dies sei insbesondere durch Éric Zemmour, den Star-Kolumnisten des Senders (bis zu dessen Ausscheiden im September 2021) forciert worden.

darauf nicht mit Konservatismus und Diskriminierung in Verbindung gebracht zu werden.

Insofern veranschaulichen die Debatten über geschlechtergerechte Sprache die „Bedeutung des Verbreitungsraums, der dem gewöhnlichen Antifeminismus eingeräumt wird“ (Descarries 2006: 145). Die Karriere der gegen die inklusive Schreibweise und geschlechtergerechte Sprache mobilisierten Argumente im politischen Feld Frankreichs – die durch eine Zunahme von solchen Argumenten gekennzeichnet ist, die seit 2020 spezifischer auf die Geschlechterfrage in der Schule abzielen und eine anti-intellektuelle Rhetorik nähren – zeigt zumindest eines: In einem Kontext, in dem die Norm der Gleichheit der Geschlechter und der Sexualitäten in mehreren gesellschaftlichen Räumen zunehmend legitimiert wird, sind die Gegner*innen der Gleichstellung in der Lage ihre argumentativen Strategien zu erneuern.

Es gibt verschiedene Hintergründe für die Ablösung der klassischen antifeministischen Diskurse in der öffentlichen Debatte über geschlechtergerechte Sprache in Frankreich. So erweisen sich vormalige antifeministische Argumente, wie sie auch im Herbst 2017 noch mobilisiert wurden, inzwischen anscheinend als weniger wirksam als in früheren Debatten über geschlechtergerechte Sprache²⁹.

In einem Kontext, in dem die egalitäre Norm an Legitimität gewinnt und die Befürworter*innen einer inklusiven Schreibweise und geschlechtergerechten Sprache mehr Zugang zum öffentlichen Diskurs haben als noch in den 1980er und 1990er Jahren, scheint das konservative Lager andere argumentative Parademen einsetzen zu müssen, um geschlechtergerechte Sprache zu kritisieren (Loison/Perrier 2022). So zielen die Anti-Gender-Aktivist*innen inzwischen lieber auf die vermeintlichen Gefahren geschlechtergerechter Sprache für Schüler*innen mit Behinderungen und Lernschwierigkeiten ab. Sie knüpfen damit an eine Rhetorik an, die sich auf die ‚Bedrohung‘ bezieht, die mit einer Politik zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Sexualitäten innerhalb der staatlichen Institution Schule für Kinder angeblich einhergeht.

Nicht zuletzt nähren die erneuerten Argumente eine Offensive gegen kritische Wissensbestände überhaupt – zu denen prominent auch die Befunde der Geschlechterforschung zählen: Seit Anfang der 2000er Jahre sind die Gender Studies zur Zielscheibe der katholischen Kirche avanciert, seit Anfang der 2010er Jahre stehen sie im Mittelpunkt verschiedener nationaler Mobilisierun-

29 Diese Debatte wurde in Frankreich 1984 eröffnet, als Yvette Roudy, die ehemalige Ministerin für Frauenrechte, die Einrichtung einer Terminologiekommission forderte, die über die Feminisierung von Berufsbezeichnungen nachdenken sollte. Ende der 1990er Jahre forderten mehrere weibliche Mitglieder der Regierung Jospin die Anrede „Madame la Ministre“ für sich selbst, um die vorherige Bezeichnung „Madame le Ministre“ zu ersetzen. Im Französischen ist Minister ein Begriff, der für alle Geschlechter gleichermaßen verwendet wird. Mehrere Ministerinnen forderten, dass vor diesem Wort das weibliche Determinativ („la“) für sie angehängt wird und nicht mehr das männliche („le“). Siehe dazu Hergenhan 2012; Baudino 2001.

gen in Frankreich. Die Offensive gegen Gender-Wissen und Geschlechterpolitiken ist seit einigen Jahren Teil eines umfassenderen Unterfangens, verschiedene kritische Wissensbestände (nicht zuletzt auch in Bezug auf *race*) zu delegitimieren. Die Kritik an diesem Wissen wird sowohl von rechten und rechts-extremen Politiker*innen als auch von Akteur*innen im Rahmen staatlicher Politik getragen. Vor diesem Hintergrund kann die Analyse der Debatte um geschlechtergerechte Sprache in Frankreich dazu beitragen, reaktionäre Ideologien außerhalb wie innerhalb derjenigen staatlichen Institutionen zu rekonstruieren, die geschlechtergerechte Sprache vermitteln und zu ihrer Normalisierung beitragen können und sollen. Die Analyse der Debatte um geschlechtergerechte Sprache beleuchtet insofern auch die Präsenz eines staatlichen Antifeminismus und Antintellectualismus in Frankreich, der von einem bestimmten medialen Resonanzboden profitiert.

Auch wenn es notwendig ist, sich kritisch mit den politischen Funktionen auseinanderzusetzen, die die Debatte um geschlechtergerechte Sprache erfüllt, so sind die pädagogischen Herausforderungen, die durch geschlechtergerechte Sprache entstehen, ebenfalls von Bedeutung und verdienen entsprechende Aufmerksamkeit. Die Frage, inwieweit bestimmte Formen geschlechtergerechter Sprache Schüler*innen oder Menschen mit Behinderungen in Schwierigkeiten bringen können, muss ernsthaft geprüft werden. Aussagen von Lehrer*innen, die geschlechtsneutrale Sprachformen verwenden, deuten allerdings darauf hin, dass „die Schülerinnen und Schüler sprachliche Veränderungen weniger scheuen als Erwachsene und sich weniger an den Status quo des Geschlechts klammern“ (Abbou et al. 2018b). Wenn solche Aussagen durch Untersuchungen in soziologischer, erziehungswissenschaftlicher und linguistischer Perspektive empirisch belegt werden, kann die Auseinandersetzung um geschlechtergerechte Sprache auf einer pädagogisch-praktischen und wissenschaftlichen Grundlage produktiv weitergeführt werden.

Literatur

- Abbou, Julie/Arnold, Aron/Candea, Maria/Marignier, Noémie (2018a): Qui a peur de l'écriture inclusive? Entre délire eschatologique et peur d'émasculation. In: *Semen*, 44. <https://doi.org/10.4000/semen.10800>.
- Abbou, Julie/Ropiteaux, Cécile/Dorvaux, Karine/Colère, Hortense (2018b): Les genres décrits n°3. Peut-on montrer des tirets aux enfants ? In: *GLAD!*, 05, p. 1. <http://journals.openedition.org/glad/1426>.
- Baudino, Claudie (2001): *Politique de la langue et différence sexuelle. La politisation du genre des noms de métier*. Paris: L'Harmattan, p. 364.
- Bosvieux-Onyekwelu, Charles/Translated by Garnier, Lucy (2020): „Droits humains“ vs. „Droits de l'Homme“ in French. Arguments for a more gender-friendly

- language of rights. In: *Cahiers du Genre*, 69, 2, p. 131–150. <https://shs.cairn.info/journal-cahiers-du-genre-2020-2-page-131?lang=en>.
- Candea, Maria/Véron, Laélia (2019): *Le français est à nous! Petit manuel d'émancipation linguistique*. Paris: La Découverte.
- Coady, Ann (2020): A French garden or an English park? Language ideologies as obstacles to non-sexist language. In: *Cahiers du Genre* 69, 2, p. 59–83. <https://shs.cairn.info/journal-cahiers-du-genre-2020-2-page-59?lang=en>.
- Descarries, Francine (2006): L'antiféminisme « ordinaire ». In: *Recherches féministes* 18, 2, p. 137–151.
- Desrimais, Didier (2020): *Écriture inclusive : une obsession pathologique*. In: Causeur, 20 mai 2020, <https://www.causeur.fr/ecriture-inclusive-une-obsession-pathologique-176918>. [Zugriff: 15.05.2025].
- Devreux, Anne-Marie/Lamoureux Diane (2012): Les antiféminismes : une nébuleuse aux manifestations tangibles. In: *Cahiers du Genre* 52, 1, p. 7–22.
- Dubois Vincent (2003): Comment la langue devient une affaire d'État. La défense de la langue française au milieu des années 1960, In: Lagroye, Jacques (dir.): *La politisation*. Paris: Belin éditeur.
- Erfurt, Jürgen (2018): Ce que francophonie veut dire. In: *Cahiers internationaux de sociolinguistique*, 13, 1, p. 11–49.
- Fassin, Eric (2024): *Misère de l'anti-intellectualisme. Du procès en wokisme au chantage à l'antisémitisme*. Paris: textuel.
- Forcari, Christophe (2019): Présidence de LR: Julien Aubert, l'outsider conservateur. In: *Libération*, 30 août 2019, https://www.liberation.fr/france/2019/08/30/presidence-de-lr-julien-aubert-l-outsider-conservateur_1748377/ [Zugriff: 15.05.2025].
- Fumaroli, Marc (1998): La querelle du neutre. *Le Monde*, 31 juillet 1998, https://www.lemonde.fr/archives/article/1998/07/31/la-querelle-du-neutre_3663177_1819218.html [Zugriff: 15.05.2025].
- Gal, Susan/Woolard, Kathryn A. (1995): *Constructing Languages and Publics: Authority and Representation*. In: *Pragmatics*, 5, 2, p. 129–138.
- Gallot, Fanny/Pasquier, Gaël (2018): L'école à l'épreuve de la 'théorie du genre' : les effets d'une polémique. In: *Cahiers du Genre*, 65, 2, p. 5–16.
- Gygax, Pascal/Zufferey, Sandrine/Gabriel, Ute (2021): *Le cerveau pense-t-il au masculin ? Cerveau, langage et représentations sexistes*. Paris: Le Robert.
- Hergenhan, Jutta/Translated by Garnier, Lucy (2020): Non-sexist language and anti-feminism in Germany. In: *Cahiers du Genre*, 69, 2, p. 85–107. <https://shs.cairn.info/journal-cahiers-du-genre-2020-2-page-85?lang=en>.
- Hergenhan, Jutta (2012): *Sprache Macht Geschlecht. Sprachpolitik als Geschlechterpolitik. Der Fall Frankreich. Sulzbach/Taunus: Ulrike Helmer Verlag*.
- Hirschmann, Albert O. (1991): *Deux siècles de rhétorique réactionnaire*. Paris: Fayard.
- Kuhar, Roman/Paternotte, David (dir.)(2018): *Campagnes anti-genre en Europe. Des mobilisations contre l'égalité*. Lyon: Presses universitaires de Lyon.
- Le Bouteillec, Nathalie/Translated by Garnier, Lucy (2020): Hen and the pursuit of equality in Sweden. In: *Cahiers du Genre*, 69, 2, p. 205–229. <https://shs.cairn.info/journal-cahiers-du-genre-2020-2-page-205?lang=en>.
- Loison, Marie/Perrier, Gwenaëlle/Noûs, Camille/Translated by Garnier, Lucy (2020): *Inclusive Language as a Political Issue: A French Specificity? (introduction)*. In: *Cahiers du Genre*, 69, 2, p. 5–29. <https://shs.cairn.info/journal-cahiers-du-genre-2020-2-page-5?lang=en>.

- Loison, Marie/Perrier, Gwenaëlle (2022): Un « langage excluant » ? Solidité, sincérité et enjeux des arguments d'opposition à l'écriture inclusive. In: *Travail, genre et sociétés*, 47, 1, p. 153–156.
- Moron-Puech, Benjamin/Saris, Anne/Bouvattier, Léa/Translated by Garnier, Lucy (2020): State normalization of inclusive language A review of differences between France and Quebec. In: *Cahiers du Genre*, 69, 2, p. 151–176. <https://shs.cairn.info/journal-cahiers-du-genre-2020-2-page-151?lang=en>.
- Paz, Diego/Pelúcio, Larissa/Borba, Rodrigo/Translated by Garnier, Lucy (2020): The gender of the nation and ,the [cru]x of the matter' Linguistic controversies in the Brazilian political context. In: *Cahiers du Genre*, 69, 2, p. 177–203. <https://shs.cairn.info/journal-cahiers-du-genre-2020-2-page-177?lang=en>.
- Pech, Marie-Estelle (2018): Dans le monde francophone, la France dernier héraut de sa grammaire. In: *Le Figaro*, 7 septembre 2018.
- Schmincke, Imke (2017): Das Kind als Chiffre politischer Auseinandersetzung am Beispiel neuer konservativer Protestbewegungen in Frankreich und Deutschland. In: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene(Hrsg.): *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. 2. Auflage. Bielefeld: transcript, S. 93–107.
- Thiesse, Anne-Marie (2001): *La création des identités nationales : Europe XVIIIe-XXe siècle*. Paris: Seuil.
- Viennot, Eliane/Candea, Maria/Chevalier, Yannick/Duverger, Sylvia/Houdebine, Anne-Marie/Audrey, Lasserre (dir.) (2015): *L'Académie contre la langue française : le dossier « féminisation »*. Donnemarie-Dontilly: Éditions iXe.
- Viennot, Éliane (2021): Décryptage. Circulaire Blanquer contre l'écriture dite inclusive In: *Cahiers du Genre*, 70, 1, p. 199–214.
- Wieder, Thomas (2019): « L'appel à la résistance » de linguistes allemands contre la « soi-disant langue dégenrée ». In: *Le Monde*, 26 mars 2019, https://www.lemonde.fr/international/article/2019/03/26/en-allemande-des-linguistes-en-guerre-contre-les-gagas-du-genre_5441199_3210.html?random=893474810 [Zugriff: 15.05.2025].

The Hindutva Educational Project: One Nation, one Religion, one Culture, two Genders¹

Rajni Palriwala

Right wing organisations and mobilisations, their ideologies and polarisation are growing globally. In looking at the phenomena, the pre-dominant focus, particularly of journalists and political scientists, has been on activities and debates in public spaces oriented to elections, their links to collective violence or pogroms, hate campaigns and attacks on those named as liberal, left-wing, anti-national and/or terrorists. Critical concerns remain – what makes and sustains the members and sympathisers of these formations in their world view. What are the ideologies and pedagogies of self-creation and identity learning of these organisations? Despite the often misogynistic and conservative views they advocate and the palpable gender-based violence they enable, how are women visible in them, even passionate in their support? A growing body of work has turned to these questions and paradoxes, as does this article.

The rightist upsurge has followed the depredations of neo-liberal and finance capital with increasing social and economic inequalities. Many areas and groups are unable to obtain the livelihoods and community life they had or meet their aspirations. They actively scapegoat ‘othered’ social groups as the culprits and a threat to a purported past of social, familial and gender harmony. Majoritarian and supremacist political formations – some with a long if shifting presence – propound this, essentialising socio-cultural boundaries and a national ethos. In India, the Rashtriya Swayamsevak Sangh (henceforth RSS or Sangh), established in 1925, embeds its explanations for current predicaments in its narratives of tradition, history, religious conflict and injuries to the Hindu nation. Caste, ethnic and other identities and an anti-feminist thrust in gender and social relations are imbricated.

Even a brief incursion into rightist projects confronts us with complexity and diversity, globally and in any one country. This article rests on the premise that historical, empirical and processual *specificities* are crucial to understand their sway. Quick generalisations, often based on comparison with European

1 My appreciation for the Pedgen team for organizing this important conference and publication. Many thanks to team members and to friends in India, whose careful reading and comments have made the paper stronger, though many of their concerns could not be addressed.

fascism and national socialism admired by the Sangh's early mentors and founders, may obscure the dynamics. Unfortunately, space limitations demand that many dimensions, trajectories and details be elided.

This article moves beyond visible economic processes and behind political parties to look at pedagogical processes within the RSS. Contests over ideas take place in many domains—in formal political processes and campaigns, in state institutions, in media, in cultural performances and artefacts, in research institutions and intellectual work, and more. In each arena, the dynamics of teaching-learning link those who speak/perform with those who hear/watch. The RSS had explicitly framed itself as an educational project of affect and organisation. It deploys words and symbols that evoke meanings and emotions with a logic other than that of rational debate, even as the latter is both asserted and sniffed at. This is evident in one of the “civic and moral lessons” in an RSS activist’s diary: “Rational arguments separate people from us. It is not necessary to convince people of the need of the RSS. Our arguments should appeal to the heart. To succeed in RSS work, we should attract society with a sweet tongue. We should avoid a hot temper and debate” (Andersen/Damle 1987: 95, 96).

After outlining some central tenets of the RSS, this article discusses its pedagogical spaces, infrastructure, work and strategies, the content and processes of teaching-learning. It draws on a diverse range of writings and disciplines, particularly ethnographies, memoirs, and reportage, as well as personal encounters and conversations. It looks at everyday practices and the common sense of the organisation, members, and sympathisers. A focus on its central gender constructs follows—the militant, aggressive Hindu male (despite the ‘sweet tongue’) protecting the Hindu-Indian nation, supported by the domesticated Hindu women, undergirded by a Brahmanical Hinduism. Taking this further, the Rashtriya Sevika Samiti (henceforth Samiti) is discussed. It was formed in 1936 as the first affiliate and female counterpart to the exclusively male parent Sangh. RSS ideas and practices pervade all its affiliates, perhaps with shifts in accent. Among the affiliates engaged in education is Vidya Bharati (1977; henceforth VB), a network of formal and non-formal institutions, some of which had long been run by the RSS (Nair 2009). Pedagogical practices in VB and other schools and its curricula are discussed. These three sites form an arc of teaching and constructions of society and gender now being pushed into public education and examinations by the ruling party, despite resistances not elaborated here.

There are other right oriented political formations in India, many rooted in Hindu or other religious groups, but the RSS is undoubtedly the largest. Said to be the largest NGO in the world, it guides a ‘family’ of affiliates – the Sangh Parivar (Sharda 2018). It was estimated that in 2016 there were 1.5–2 million regular RSS *swayamsevaks* (volunteer members). They met in around 57,000 daily *shakhas* (local branches), and weekly and monthly branches, distributed over 36,293 locations. Alumni and affiliate members add up to several millions

(Andersen/Damle 2019: xi). Its growth surged from when its members first had a significant presence in the central government. Affiliates are active in diverse domains: the Vishwa Hindu Parishad (1964 – VHP) mobilising Hindu *sadhus* for religious campaigns, Seva Bharati in social work, the Samiti (1936) and Vidya Bharati mentioned earlier and the current ruling party, the Bharatiya Janata Party (BJP). It is the largest and richest political party globally with almost total control over the mass media in the country and a viral presence in social media. The Parivar runs an English weekly, a Hindi daily, a vernacular news service, an online portal and publishing houses (Andersen/Damle 2019). The sheer volume of membership numbers, funds and multiplicity of locations, organisations and activities gives the RSS and its ideology a tremendous materiality. This has been made by and for activists' sustenance and commitment.

1 The RSS and Hindutva

At its inception early in the last century, the RSS described itself as an educational project of character building of Hindu men, to alert and 'awaken' them to fight a supposed 'threat' of marginalisation; this is the case despite a Hindu majority population and its predominance in state and cultural institutions, as well as in policy and governance instruments. It was through gradual change and organisation rather than direct involvement in the electoral-political process that the RSS said it would transform the political and social direction of a country struggling against foreign rule and make a Hindu *Rashtra* or Hindu nation-state (Kanungo 2002). An internal debate as to whether it should directly participate in electoral politics was resolved by cooperation with like-minded parties and setting up a political party affiliate. This boosted its numbers and power, but it continues to call itself a cultural and not a political organisation.

Streams of Hindu nationalists, including the Sangh Parivar, have coalesced around the term *Hindutva*² or self-assertive Hinduness constructing a singular political Hinduism. This presupposes who is a Hindu and what Hindu religion and culture are. The RSS and Parivar ideologues tend to equate Hinduism with a particular sect, perhaps the largest – *sanatandharm*. Simultaneously, they navigate sectarian boundaries and differences working to create an idea of **one** unified Hindu community, embracing all they name as Indic religions. They

2 This was coined by V.D. Savarkar, never a member of the RSS but admired by its founder. He was an atheist and anti-religion with a chequered history within the anti-colonial struggle. He was accused in Mahatma Gandhi's assassination but, citing lack of sufficient evidence of direct involvement, was discharged. He has gained iconic status within the Hindu Right, leading the present regime to hang his portrait in Parliament near those of other freedom fighters.

argue that Hinduism is the culture of the Indian nation-state, a Hindu Rashtra of all those whose sacred sites fall within its geographical borders. As Sarkar (1993) argues, it is an endless circling of faith and politics.

Scholars remind us that “Hindutva is not a monolithic cultural construct. It has varied over time [and...] the context within which it has been articulated” (Banerjee 2005: 75). Some of the Parivar, too, assert plurality (Ander- sen/Damle 2019). Paraphrased below are some constant tenets delineated by a multi-disciplinary group of scholars.

Hindu, and Hindus alone...are the original inhabitants and sole creators of...[the] society and culture [of the Indian nation]. Hinduism is uniquely catholic and tolerant, and hence superior to any other faith, but its tolerance has often been mistaken for weakness. The Hindu nation has been repeatedly conquered by aliens, particularly Muslims and then the Christian British, and must acquire strength through RSS *sangathan* [organisation] to counter all present and future threats...all cultural traditions [within India must]...Hinduize themselves.... It was the Western form of knowledge...that systematized and popularized the idea that India lacked a homogeneous civilization and a single community. ‘Pseudo-secular’ nationalists...perpetuated it...within the ‘pseudo-secular’ constitution...only a...Hindu Rashtra will afford protection to non-Hindus... [as against] ‘pseudo-secularists’ who ‘appease(d)’ Muslims in their pursuit of a politics of ‘vote banks’ (Basu et al. 1993: 37).

In sum, the great harmonious Hindu society and culture of the past, simultaneously tolerant, assimilative and unitary, of the original inhabitants and ancient nation were denigrated and weakened by the depredations, ideas and culture of intolerant Muslim and Christian ‘invaders’ and rulers. Hindus who have learnt the truth must hold the reins of governmental power if Hindus are to live the life they deserve and if India, that is Bharat, is to be great again.

A core element in the RSS world view and strategy is that the Hindu nationalist must be intellectually, morally and physically trained and organised, ready to fight for the Hindu-Indian nation; it has been emasculated by philosophies and the practice of non-violence, such as of Gandhi (who remains a prime *bete noire*) and Buddhists (Banerjee 2005).³ Propagated in obvious and subtle ways, theirs is a staunchly binary sexual and gendered construction of the family⁴ for social harmony, though some advocates deny this by citing policies for the ‘third gender’ and the presence of queer heroes in the epics.⁵

3 Emperor Ashoka, third century BCE.

4 This was seen recently in the government arguments against same-sex marriage in the Supreme Court.

5 Which are downplayed if not made invisible.

2 Organization and training in the RSS: Learning Hindutva

These tenets are concretised in the Sangh's activities and teachings. Across writings by ideologues and members of the RSS (Sharda 2018) or affiliates, disenchanted earlier members (Meghwanshi 2020; Kelkar 2011), journalists and film-makers (Vachani 2022), ethnographers (Valiani 2011; Ghassem-Fachani 2012; Mathur 2008), political scientists (Andersen/Damle 1987; 2019; Kanungo 2002) and historians, literary and cultural theorists (Basu et al. 1993), one finds commonality on the form and content of its explicit pedagogy.⁶ Differences emerge on sub-texts, experiences of socially diverse participants and directions being taken.

The organisational spine of the RSS is a network of local neighbourhood units named *shakha* of 10–20 Hindu men, and a hierarchy of carefully chosen and trained full-time leaders/teachers/preachers/organisers (*pramukhs, pracharaks, sanghchalaks, sarsangchalak*) with divided and increasing responsibilities over ideological education, organisational matters and area covered. From 1979, Muslims could formally join (Andersen/Damle 2019: 82) and a Muslim affiliate has been formed. Sharda (2018) claims that there are Christian and Muslim senior workers and many long-time *swayamsevaks*, but the few reports and personal testimonies of non-Hindus are of those who left.

Ideally, boys join the RSS as pre-adolescents, for “you can educate young children and inculcate good value systems (*samskaar*) in them more easily” (Sharda 2018: 94). *Shakha* members are slotted into four age groups: 6 to 10 years, 10 to 14 years, 14 to 28, and 28 or older. They meet daily – morning, early evening, or at night – as per participants' convenience.⁷ Held in open, public spaces, mostly within or near residential areas, the sessions are visible to passersby. This embeds the RSS in neighbourhood and community life. Increasing presence in fields, parks and spaces attached to state educational institutes further normalises it.

For Golwalkar,⁸ the daily *shakha* was akin to meditation and ensured habit, conviction and loyalty (Kanungo 2002). It was and remains the central ‘character-forming’ pedagogical process. Starting and concluding a *shakha* session, members stand in age-ordered lines saluting the *bhagwa dhwaja* (saffron flag) – it is the Sangh's Guru. The Sangh prayer speaks of bowing to the holy Motherland of Hindus and to God; it asks that volunteer-*swayamsevaks* be resolute and heroic to protect their faith and achieve victory of their organised power

6 Individual citations are given only where there are differences or particularities.

7 Along with weekly, monthly and e-shakhas for diaspora members, this is a new flexibility, partly to deal with membership attrition (Andersen/Damle 1987: 87).

8 Golwalkar, the head of the RSS after the founder Hegdewar, is known as Guruji or respected teacher.

to make the Hindu nation prosperous. The activities are designed to create community as in the celebration of selected Hindu and RSS constructed festivals.

Rituals, games and physical exercise provide fun and laughter, and encourage bonding and cooperation and build courage. Past and current members speak of the attraction of the activities for boys, especially for those from ‘chaotic’ homes and poor neighbourhoods, where open space, physical education trainers and any equipment were absent or inaccessible. Training through “a series of performances of regulated violence,” (Valiani 2011: 142) reference purported ancient Hindu traditions and histories of brave Hindu warriors and rulers. The physical drills are basic and militaristic – wielding bamboo or wooden sticks (*lathi*), tridents and swords. According to an ex-member, Sanjeev Kelkar, sympathetic to what he says are the original RSS teachings, “Militarism was synonymous with discipline, splendour and power, not fascism” (2011: 11). Even with better or improved infrastructure, the regularity and ‘discipline’, the ideology of ‘character-building’, the community/welfare activities that members may participate in and, increasingly, the important ‘contacts’ that can be made lead parents to send their sons to the *shakha* (as I heard over the years from family members and university students).

Vachani suggests that “the didactic component in the *sharirik* [physical] programme is subtle with the primary aim of tiring recruits and preparing them to be receptive for the ideological messaging that occurs in the *boudhik* (intellectual) sessions” (2022: 85). There may be no direct denigration of Muslims, but the games involve role-play with the sub-text of defeating the other – the Muslim enemy – with proper strategy and inner strength (Vachani 2022: 84–86). Stories of Hindu and other Indic heroes, who fought or escaped ‘cruel’, ‘oppressive’ Muslim rulers and were victorious despite betrayals by Muslims build an anti-Muslim worldview. In the discourses and songs, recitation of the names of Hindu-Indian heroes, Vedic sages and contemporary scientists, non-Muslim and non-Christian freedom fighters, places of pilgrimages and rivers and mountains call into being an eternal Hindu nation. A few ‘great’ women are named, claiming that Hinduism always “respected” women (see later). *Swayamsevaks* learn RSS principals, morals and its history of India as a Hindu nation – an idealised past, where myth, epic and fact coalesce. Only those corrupted by western ideologies can deny this past (Basu et al. 1993).

Hindu disunity and lack of courage in facing Muslim oppressors, and the need for the organised Hindu unity of the RSS to change their plight, weave through the discourse. “The RSS appeal is the basic simplicity of its ideological message, preached in a style that deliberately avoids complexities and debates, and inculcated simultaneously via a whole battery of rituals and symbols. No major intellectual effort, or mastering of difficult texts, is required” (Basu et al. 1993: 36). Sharda, too, emphasises this: “The very process of induction is so simple and fun [sic] that before one realises, he is adopted into the saffron brotherhood. The intellectual inputs come much later and they are

not anywhere near heavy stuff like Dialectic Materialism ... Since these inputs are based on Hindu ethos and ancient traditions, understanding and appreciating them is much easier. They strike a chord immediately in one's heart. I don't know of many people who joined RSS as active volunteers after being convinced about its philosophy and ideology" (Sharda 2018: 95). Though proud of the intellectual lessons, he says that the regular *swayamsevak* can find it repetitive, but that they have become more varied (Sharda 2018: 100).

Andersen and Damle (1987) had noted the high attrition among members,⁹ but also an ability to sustain high levels of commitment. Loyalty is central to the pedagogy. Those who remain, and even some who leave, note the intensity of the male bonds formed through *shakha* activities, informal interaction and personalised care in any difficulty. Some say that the warmth and friendship rather than the substance of the world view ensure loyalty, even of those long inactive.

Kanungo (2002) says a common vocabulary is formed that enhances a sense of community and brotherhood. The uniform of white shirts and brown trousers is part of this.¹⁰ This is furthered by the broadly homogeneous class and caste compositions of locality-based branches, congruent with urban neighbourhoods. The internal homogeneity has another critical element. Radically different experiences or other points of view are not heard – on history, Hinduism, religious and political conflict or gender. The 'discussion' is one-way, led by the *pracharak* or 'teacher' of the day. Questions are preferably kept to informal, one-to-one interactions and should not contest the teacher. This is not dissimilar from local schools. Following relocation, a *swayamsevak* is provided support and warned against interaction with 'dangerous', anti-Hindu elements (Megwanshi 2020).

Discipline is paramount in the pedagogy of building character, Hindu unity and strength to fight the Others. Yet, according to Valiani (2011), the punishment for indiscipline is gentler than that seen in local schools and seems unnecessary. Possibly, the incorrigibly defiant are gently ejected or ostracised (Vachani 2022); Sharda denies the last and 'rebellious' Meghwanshi and Kelkar left on their own volition.

Three dimensions of discipline, of the microphysics of power, are relevant here. The first is the subtle governmentality of a systematised branch of knowledge (Foucault 1997). In the RSS, systematisation of Hindu faith is without a coherent and singular Hindu theology, allowing for opportune accretions in rituals, symbols and myths to reach across sects. Shifts in the Sangh encouraged forms of worship, seen dramatically in the Ramjanmabhoomi campaign

9 For diverse reasons, including family and livelihood demands on time, loss of interest, unmet or new aspirations, interpersonal conflict, migration, ideological distancing and discrimination due to caste or religion. Some leave because they find the Parivar's Hindutva is not militant enough (Purohit 2023).

10 A shift from loose shorts to trousers is recent.

(discussed later), reaffirm the central core of a Hindu-India nation-state to be achieved through the organised assertion of manly Hindu strength, aggression and dedication (Banerjee 2005: 87). The same is true of changes in its espousal of electoral politics and groups organised.

Two further meanings of discipline are necessary and explicit: obedience to Sangh authority without questioning and discipline through practice. *Swayamsevaks* must accept the directions and authority of the *pracharaks* and *sanghchalaks* in the strategies and ways to achieve Hindu Rashtra, on who their enemies are and the idea of the true Hindu man ready for ‘self-avenging’ and ‘defensive’ violence. Observing *lathi* practice by individuals outside a *shakha* session, Valiani (2011) found improvisation and innovation. It must be said, however, that this was not in the Sangh’s moral, social and ideological tenets, but within the discipline and search for “physical and moral self-mastery”. Valiani argues that “somatic and moral processes of daily physical culture were intertwined, processes through which militant subjects have been formed and routines of violence are sustained as a social and ‘ethical’ practice” (165). In the embodied morality of the RSS person, they could deny that their ‘macabre acts of violence’ in 2002 Gujarat (supported in government statements) were merely an expression of ethnic hatred. Their ‘performances’ were, according to the activists, without conscious thought; this seemed to enable them to live with their actions, even to forget them, a forgetting noted also by Ghassem-Fachandi (2012). Even if condemned, the collective acts of violence produced collective and effervescent claims of putting training into righteous practice.

3 The new ideal Hindu man

Silence, symbol and ambiguity are important in the pedagogical style and the understanding learnt through the prayers, stories, histories and games cannot be interrogated through the internal frame. Interpretive authority is with the ‘teachers’. Some aspects are constant: a good Hindu man contrasts with the inherently hateful, lustful and violent Muslim man. The ideal Hindu man and woman are dichotomous in biology and ensuing ways of being. Men and the ideal Hindu women – domestic, virtuous and maternal – have distinct roles in making the Hindu nation. Hindu men, especially *santandharmis*, must fulfil the duties of *varnaashramdharma* – the conjoined caste-family system, in which men move through life stages of celibate student, householder and ascetic retirement.

Banerjee (2005) elaborates an ideal man in Hindu nationalism that is somewhat in conflict with the last – the male Hindu soldier (Kshatriya caste) and the warrior-monk, who leave home and society for the greater cause of the nation. The whole-timer *swayamsevak* is its embodiment—the celibate male

warrior, the controlled and restrained volunteer for the nation. The non-domestic but chaste female warrior is also invoked, strategically.

Views on caste and class are equivocal. Social divisions weaken the unity and strength of the Hindu nation, but class and caste give a division of labour that is functional, as do gender divisions. Caste endogamy, i.e. the practice of marrying within one's own caste, is valorised, but 'Untouchability'¹¹ is abjured (at least in rhetoric). A new recruit is not asked about his caste (Sharda 2018), though caste identity cannot be hidden in a neighbourhood group. Dalits who left the RSS in anguish over caste discrimination did not speak of experiencing it in the local, daily *shakha* (Meghwanshi 2020). Its sociality and games that involve touch help in this. A concerted outreach to non-upper castes and co-opting their local deities and heroes as true defenders of the faith have brought them into the Sangh and the BJP (Narayan 2006). They have been promoted in the last, but denied leadership in the Sangh itself (Meghwanshi *ibid.*). A Brahmanical upper caste ethos and ways of being persist in defining the advocated practices of the organisation. Hindu cohesion is promoted through sanskritisation, where 'lower' castes and classes adopt the rituals and practises of higher Hindu castes, and by encouraging adherence to '*sanatani*' (traditional, orthodox) Hindu ways. The 'work' of Seva Bharati and Vidya Bharati Samskara Kendras (Civilising Centres) is to „impart good values to children who don't get a chance to have such an education”, because they live in slums (Sharda 2018: 188–189). For Sharda (2018), a sense of equality and self-respect is promoted by conducting mass *devi pooja* (goddess worship) of girls from slums and inviting children from an orphanage for Diwali (important Hindu festival) dinner at home. Others could describe such initiatives as patronising charity that reiterates the superiority of the benefactor.

Shifting representations of sacred figures and gods, over time and between Parivar affiliates, capture the gender and emotional directions. In its first decades, there were no images of gods in a *shakha*, other than the paramount saffron flag and, at the most, a poster of Goddess Durga as Mother India forming the background of a map of Akhand Bharat. This changed with the Ram-janmabhoomi campaign to build a temple to the god Ram, which the VHP led. One move in the RSS was from Ram as *Maryada Purushottam* or ideal man to God. A second was God Ram transformed “from a tranquil, tender and serene god to an angry, punishing one, armed with several weapons” come to save his infant self, replacing “the almost androgynous, unmuscled and somewhat disengaged body” (Kapur 1993: 75, 103). He appears without earlier companions – his consort, the goddess Sita, and their devotee, the god Hanuman. In portrayals of the latter, he, too, is no longer depicted as gentle and worshipful, but as an angry and ferocious warrior. The earlier greeting of a simple recital of Ram's name or Siyaram, which evoked the tender and androgynous unity of

11 The social group with the lowest status in hierarchical Hindu society are the Dalits. They are called and meant to be ‚untouchable‘ and ‚casteless‘.

Sita and Ram, is replaced with the salutation to a king – Jai Shri Ram. This is not without resistance, seen in those who persist in using earlier greetings (Dutta 1993).

Returning to Valiani (2011) on the entanglement of somatic and moral processes in forming militant subjects and sustaining routines of violence, it can be argued that the new Ram valorises the hyper-masculinised, ideal male subject, who shuns any femininity and must be aggressively ready to attack the enemy – internal and external. Publications of the VHP and the Sangh reveal this (Pandey 1993; Dutta 1993). It is reflected in the increasing number of physical attacks, especially by young men, on Muslims, Christians, Dalits and others for impugned acts or statements that are said to insult Hindu beliefs, gods and nation. The threat of violence in public spaces is constant as is the persisting, even increasing, violence against women within the home and beyond and in social media.

4 The female subject in the Sangh Parivar

Women feature in Sangh songs, prayers and discussions as Mother India/Bharat Mata and as heroic mothers and chaste wives, who teach Hindu sons their religious and cultural heritage, push them to be manly and fight for the nation and as the vulnerable women/nation who have to be protected from Muslim, occasionally British, predators. For the Sangh Parivar, feminism and women's liberation or emancipation are *anathema* – they are western, colonial, culturally alien and unnatural modes of thinking that will destroy family harmony and thence the Hindu-Indian nation. The domestic woman is the ideal, but the militant Hindutva female subject calling for violent action in the 'national' interest and even taking to arms herself is a current figure (Sarkar 1993; Bacchetta 1996). The Samiti and the VHP are 'resolutions' of these conflicting and simultaneous models.

In schools, cultural programmes and government policy, the ruling regime now invokes "women's empowerment" (*nari shashaktikaran*) and "respect for women", arguing that they were part of 'ancient Hindu' polity and society. Muslim invasions and atrocities undermined this and produced 'social evils' such as *sati* (widow immolation), the veil and sex selective abortion. Education for girls is advocated, though not by all Sangh affiliates or members. Some new initiatives are close to streams of liberal feminism, with a dollop of Hindutva.¹² Women may have to earn and even work outside the home due to

12 Along with articles on women's high status even in the Manusmriti, Jagriti, a Sevika publication carried an occasional article on women's problems and rights (Sarkar 1993). Were the latter a reason for replacing Jagriti with an annual news-sheet, Sevika, or was it the departure

economic compulsion (especially in the absence of male support), but their mothering and domestic roles have priority, including over public roles to strengthen the Hindu nation. The Manusmriti, an ‘ancient’ text, is pushed as Hindu-Indian knowledge traditions and law into educational curricula—not to be read critically. It advocates, among other things, physical punishment to control women (and lower castes).

The Samiti’s name translates as ‘the association of national servants’ in contrast to the national organisation/unity of individual activists or volunteers that is the male RSS (Sarkar 1993: 29; Bacchetta 1996). Researchers write that it is respected within the Parivar hierarchy, yet often neglected and little known. Self-defence of women against male street violence was the immediate motivation in Hegdewar’s allowing it in 1936. The aim is a trained, physically strong, hardened and courageous female body and Hindu force, though some observers suggest that physical training is given lesser importance than in the Sangh (Banerjee, 2005). *Sevikas* are often of Parivar families, largely middle class and upper caste, but the spectrum has widened (Bacchetta 1996), if perhaps to a lesser extent than in the RSS.¹³

The Samiti’s basic structure and organisational principles, daily or weekly meetings, age groups, activities, trainings, festivals (five as against six), pedagogical style and tools, the seamless mix of myth, history, fiction and facts are rooted in the ideology of Hindutva and similar to that of the Sangh. It too stresses informal interactions, care and fostering warm personal ties among members and Hindu neighbours. Its activities, texts, and oral narratives are not the same, however (Sharda 2018; Bacchetta 1996; Sarkar 1993). Advice on women’s work in Sangh designated festivals and women’s rituals, fasts and associated domestic work is a strategy to draw them in and build social ties that bind.

Tyagi discusses the pedagogical significance of gendered storytelling, which is central to the didactics in Samiti *shakhas* and camps for girls and young women (2022: 127, 135). Brief and simple tales around death, religion and heroism are embedded in Sangh versions of India’s history. They invoke the enemies—Muslims and others, their attacks on Hindus, women in particular, Hindu women who avenged the nation, and their fortune not to be born as pitiful Muslim women. Women are assumed to have an innate maternal selflessness, kindness and compassion that *sevikas* must nurture, along with initiative and leadership. The role models fulfilled familial, ritual and caste duties to make and unite Hindus and called on their kin to do the same. The teacher asks

of younger members who had written and who now questioned the patriarchal Brahminical settlement within the Samiti?

13 In 2018, the Samiti had 400,000 members in 5000 daily *shakas* (Tyagi 2022, citing Gandhi 2018). This implies that relatively few women of Sangh activists’ families, particularly wives, join, but I have not found any documentation of them contesting its cultural politics or violence.

rhetorical questions to affirm the ‘lesson’ and its connection to the present; interrogation of ‘facts’ by a listener is ignored in the group sessions. That women must provide patriotic guidance and relational stability to *swyamsevaks* (Vachani 2022) in their familial roles is enunciated by leaders of the various Sangh affiliates (Katju 2022: 152). *Sevikas* should not opt for a celibate and full-time organization life, unlike *swyamsevaks*, who may do so for varied time periods

Commonly, women’s experiences of violence are ascribed to their own behaviour. Harassment of women in public spaces by strangers – especially if non-upper caste Hindus – is an object lesson in women’s vulnerabilities and to be avenged, but domestic violence in a Hindu home is silenced. Through stories and texts, many of which are read during fasts undertaken by women, the *sevikas* and VHP women assert that a good, virtuous and patient Hindu woman, who ‘adjusts’ and respects her elders and the gods, puts family first and does not try and compete with men, will be respected and thence empowered. The advice to those who voice concerns regarding domestic abuse is to be “obedient to rules of domesticity and family hierarchy. Any sign of defiance is sternly discouraged” (Katju 2022: 152),¹⁴ as it can break the Hindu family and nation.

Within the ideological convergence of the Samiti with the Sangh, Bacchetta (1996) highlights a specific feminine Hindu nationalism that I argue is vital for contemporary Hindutva women who see and hear ‘modern’ practices. Histories of female warriors and queens, who took on the mantle of dead husbands or incited their weak sons or husbands to war and the significant leaders of the Samiti are given more space. Women become more than mere helpmates of Hindu men or in need of protection; they are the protectors of the Hindu nation and faith. As mothers, they are more determined, reliable and moral than men. Sita, who disappeared from the Ram Janmabhoomi iconography, is reclaimed – albeit as the ideal wife thence ideal woman. She accepts tribulations her husband puts her through, but crucially, it is she who urges the men to do their duty to save the nation. Many Samiti and VHP female activists insist that Sita comes before Ram in their greetings and supplications (Dutta 1993). They actively invoke the goddesses of learning, wealth and strength as signs of historical and contemporary Hindu women’s empowerment. The nation is Bharatmata, Parvati and Durga, ranging from mild mother to the fierce protector (Bacchetta 1996). Sarkar (1993) suggests a decline in the presence of the de-sexualised, masculinized, Hindu female warrior after the high point of the early 1990s campaigns. Katju (2022), however, finds them continuing in the cultural vigilantism of the VHP women’s wing, asserted as positive counter-actions against public, ‘sexualised’ representations of women said to have negative moral effects.

14 Bacchetta (1996: 133-134) suggests that defiance of anti-Hindutva, non-Sangh family authority is allowed.

The Samiti, then, emphasises its own version of female agency. Women have become critical in the making of Hindu Rashtra for the Parivar. Women in the BJP, elected representatives at all levels and government ministers have been increasing. They give a woman friendly electoral credibility to the party, assert the Sangh version of women’s empowerment in the Hindu nation, religion and government policies and are paths for personal and familial advancement. Three other expressions of the feminine dualities that run through the Parivar’s practices have direct pedagogic functions. One is the VHP vigilantes just mentioned and the militant *kar sevaks* active in in the Ram Jamabhoomi campaigns¹⁵; they not only incited men to violence, but joined in it. Katju finds that these assertive, fiery and street-smart agitators and public actors “were fully compatible with patriarchal norms” (2022: 151) and domesticity. The second renounces the last—the much-feted celibate *sadhvis*. Their speeches and widely circulated tapes have energised communal violence. They denounce Muslims as evil, preying on Hindu women, anti-Hindu and anti-national. They exhort Hindu men to show they are men by eliminating Muslims and their livelihoods. Similar in an orientation to incitement is a third: singers, creatives and influencers. The combination of aspirations for an audience, new technologies, social media and Hindutva gives a virality to their militant nationalism and anti-Muslim hate (Purohit 2023). Tying them together and to the Samiti and Parivar is a cultural politics communicating a passionate, gendered Hindu nationalism.

5 Schools, pedagogy and gender: The power of education

The *shakha* is not entirely a strange world for a new recruit, not least because of the resonance with a ubiquitous Hindu ethos as Sharda asserts. Through a study of primary schools in a district in Maharashtra in the early 2000s, Benei (2008) elaborates on the ‘banal nationalism’ (citing Billig 1995) and a “banal Hinduism” unremarkably present in both state-run and private schools.¹⁶ The “minutiae of daily life at school” – the visual displays of posters, flags and idols, songs and textbooks, the conduct of lessons and assemblies, celebratory events and school trips – have a pedagogical effect. Mother-deity-country (Bharat Mata) is infused with an embodied emotion formed through the stipulated bodily comportment when the motherland is called up, through symbols, the

15 A long-standing Hindu-nationalist campaign to construct a temple at a site believed to be the birthplace of Lord Rama.

16 In part, this is linked to the Marathi origins of the RSS founders and Hindu Right leaders and ideas of nation in Maharashtra since the nineteenth century.

national anthem or a prayer. They demand young children love the nation (and the region) and are devoted to it with a readiness to physically defend it.

Many primary school teachers in Maharashtra are/were members of the Sangh or had been through teacher training colleges and refresher courses conducted by Parivar members. They are in the state textbook writing and prescribing bodies, which, with mass school education, enters the lives of most children. Accompanying this is the majoritarian assertion that Hindus are the majority and regional/national culture must be Hindu; this also blurs (Hindu) religion and (Indian) culture. The non-Hindu, the Muslim child and teacher in particular, or those whose personal experiences in school and home are not in tune, navigate as best they can or withdraw.

The emphasis on discipline (even corporal), obedience, moral values, *samskaras*, proper gender behaviour, love for the nation and passing board exams is central to learning from the primary school itself and a widespread vernacular demand (Froerer 2007). The powerful nation is summoned as mother and the gender equality that the Constitution promises is spoken of, but models of the proper and subservient woman are not directly contradicted. Everyday practices give girls a second position. Both girls and boys draw war pictures and play war games, but it was more encompassing of the boys' repertoire (Benei 2008). Traditional attire is the dress code for women teachers alone, who assert that they are better mothers than the children's own mothers as they discipline them into becoming modern and patriotic citizens.

As said at the start, education has been central to the Sangh's strategy of creating a Hindu nation, in the *shakha* but also through formal institutions. Vidya Bharati (VB) is the largest network of private schools in the country, spread over 92% of the country's districts. Outside Maharashtra, region may have a different resonance, but Hindutva inspired nationalist pedagogy is explicit and strident across the variety and levels of VB and Vanvasi Kalyan Ashram (VKA) schools. Figures of enrolment, well over 3 million, and numbers for formal and non-formal schools vary, even on their website (<https://vidyabharti.net/> accessed 31 May, 2024). Samskara Kendras for non-formal education are attached to schools. Many VKA schools provide boarding facilities. Graduate and teacher training colleges are also run.

Compared to most government schools, Sangh linked formal schools tend to have large, better maintained campuses, facilities and modern equipment (such as computers), regular classes, and relatively low fees (enabled by donations from local supporters), especially in small towns (Nair 2009; Froerer 2007), and courses oriented to new career possibilities. Mostly co-educational, schools are named temples of the Hindu goddess of learning (Saraswati *Mandir*). Teachers are said to be committed because they are Sangh/Samiti activists. The school does not overtly mark the child by ascriptive (caste or ethnic) or sexual identity. VKA schools were to counter the Christian ethos and educational success promised by Christian mission run schools, especially in

Adivasi ('tribal') areas. Non-Hindu students are few if any (Sundar 2004), also in VB schools. The lack of religious diversity among students and teachers, as in the *shakhas* and unlike in government and other private schools, has a pedagogical impact in itself – asserting the Hinduness of educated people and the nation.

The curriculum is dual: one aligned to the state or central board examinations and the second focussing on Hindu 'ancestral values', its customs, superiority and glory (Froerer 2007; Sundar 2004). Laudatory lessons on the Sangh are interwoven into the first. Compared to state schools, Sangh views are more explicit in lessons, courses and extra-curricular activities. A respect for a 'Hindu philosophy informed way of life' is explicitly mentioned (<https://vidyabharti.net/> accessed 31 May, 2024). Said to be in keeping with this, the ethics and spirituality courses emphasise discipline, courtesy, honesty and cleanliness. Invoking self-confidence, courage, fearlessness, determination, a sense of responsibility and punctuality resonates with *shakha* demands. The religious diversity of the country and values of secularism are ignored, but both teachers and students deny denigration and hate of other communities (Sundar 2004). Indeed, it is not direct: it is by blanking others out, teaching Hindu culture as national culture, naming it as tolerant and Islam as anti-women and terrorist in one breath, and the mix of fact and fiction in lessons.

Belying that any ascribed identity is marked, there is a special curriculum component for girls. It starts in primary classes, asserting a biological dichotomy. Girls will be educated through 'activities of the girl's natural specialities'. This will develop 'the ability of motherhood', 'family spirit', 'culture protection, and patriotism' and 'family responsibility and job reconciliation'. It includes home management and the qualities of shame, spirituality, devotion to traditions, care and emotion (<https://vidyabharti.net/> accessed 31 May, 2024). Girls, Sundar found, "especially, welcome the training in 'values' they get – the idea that girls must study and perhaps even have careers but never abandon their primary duty to their family" (2004:1611). For parents, this education could prevent girls being led astray by the cultural pollution of westernised media and consumerism and, most dangerous, interactions with young men of a different caste and religion.

The Samiti has been involved in writing middle school textbooks such as *Balika Shikshan* or Education for Girls (Manjrekar 2011), published by VB. It also conducts teacher training making an unsurprising continuity between the teachings in their camps and in the school. Instructions are imparted on ritual fasting, pilgrimages, chants and religious hymns to be sung while undertaking domestic tasks, salutations to elders, family prayers and the auspicious and religious markers that protect married Hindu women's chastity. "*Sahenshilita*, the capacity to withstand grief and hardship, self-restraint, purity and chastity and subordination of all desires to those of the family, community [read caste] and the Hindu nation" is emphasised (Manjrekar 2011: 361). The Hindutva

educated girl child is the agent in saving the Hindu-Indian family and nation from ‘social evils’.

Froerer (2007), Sundar (2004) and others argue that “two belief systems” can coexist, as the pedagogic emphasis is on both academic success for an aspirational future through passing exams and getting marks as well as discipline and (Hindu nationalist) moral education. Despite periodic and sharp contests over curricula and ideas of the nation,¹⁷ this has become explicit over the last decade. Chapters on the Mughal (Muslim rulers) era are being dropped in prescribed history textbooks and on modern science in general studies. The BJP government at the centre (and provinces) is openly imposing the Hindutva ideational and political project in state institutions in multiple ways. Formal and nonformal educational institutions, increasingly part of people’s lives, are normalising the nation as Hindu and the gendered constructs of Hindutva.

6 Concluding Remarks

Not all right-wing formations give priority to the shaping of education and cultural institutions, as in the Sangh’s founding strategy. Benei’s (2008) discussion of formal schools and Valiani’s (2011) of the RSS *shakha* show that its pedagogy goes beyond the formal teaching of texts and ideas. Through entangled ways of being and performance in the teachings and activities, a Hindutva selfhood is configured in embodied emotion, consciousness, and morality embracing Hindu pride and militant hate of its (othered) enemies. Though never final, as seen in writings by ex-members (Meghwanshi 2020; Kelkar 2011), this is deeply consequential. Benei demonstrated that with the ubiquitous evocations of the nation, with a ‘Hindu’ edge, and the value given to discipline and obedience the pedagogy across a variety of schools was not worlds apart. This becomes truer with the official mainstreaming of a Hindutva inspired education policy, courses and teaching materials.

Moreover, as with all individuals and collectives, social networks shape the Hindutva activist. Sangh and Parivar networks reaffirm that self and belief. They increasingly give access to instruments of state power and advancement, further sustaining loyalty. The Hindutva world view has embedded across mass media, institutions and in community and cultural associations, such as residents’ welfare associations, adding to its materiality. Truth is claimed to power and critiques of the government or top leaders are attacked as anti-national and anti-Hindu.

A critical element of the Parivar ethos and self is its constructs of family and gender relations. Differences and ambiguities within the Parivar’s

17 In history and school textbooks in particular. See Guichard (2010).

elaborations are deployed in mobilising women to Hindutva. Terms such as ‘women’s empowerment’ and ‘the democracy of the market’ have been co-opted. These are conjoined with the idea of an ancient respect for women found only in Hinduism, their valour and a biological sexual binary. On one hand, structural, social, and economic dependence on family is reiterated; women must be shielded, privileges and wisdom lie with men and elders. This flows in the common sense of their everyday. On the other, not only can women be the moral anchor of the family. Hindutva trained women are given a recognition and agency in public life – to assert and protect Hindu traditions and confront its enemies. Not with equality or leadership in the Sangh, however (Basu and Sarkar 2022). Samiti meetings, its educational work, experiences of effervescent solidarity and community in actions along with the Sangh, the VHP and other Parivar affiliates sustain them.

Nevertheless, they may yet see, hear, read and learn contrary to the Parivar teachings. Withdrawal, questioning, and resistance can begin when their own experiences of familial violence are explained away or aspirations for a different life pushed aside. Especially if other solidarity groups are met, the pervasive presence of the Sangh in their lives and world around them may not be sufficient to hold them.

References

- Andersen, Walter K./Damle, Shridhar D. (1987): *The Brotherhood in Saffron: The Rashtriya Swayamsevak Sangh and Hindu Revivalism*. Boulder and London: Westview Press.
- Andersen, Walter K./Damle, Shridhar D. (2019): *Messengers of Hindu Nationalism: How the RSS Reshaped India*. London: Hurst & Co.
- Bacchetta, Paola (1996): *Hindu Nationalist Women as Ideologues: The ‘Sangh’, the ‘Samiti’ and their Differential Concepts of the Hindu Nation*. In: Jayawardena, Kumari/de Alvis, Malathi (eds.): *Embodied Violence: Communalising Women’s Sexuality in South Asia*. London: Zed Books, pp. 126–167.
- Banerjee, Sikata (2005): *Make me a Man! Masculinity, Hinduism and Nationalism in India*. Albany: State University of New York Press.
- Basu, Amrita/Sarkar, Tanika (eds.) (2022): *Women, Gender and Religious Nationalism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Basu, Tapan/Dutta, Pradip/Sarkar, Sumit/Sarkar, Tanika/Sen, Sambuddha (1993): *Khaki Shorts and Saffron Flags*. Delhi: Orient Longman.
- Benei, Veronique (2008): *Schooling Passions: Nation, History and Language in Contemporary Western India*. Stanford: Stanford University Press.
- Dutta, Pradip Kumar (1993): *VHP’s Ram: The Hindutva Movement in Ayodhya*. In: Pandey, Gyanendra (ed.): *Hindus and Others: The Question of Identity in India Today*. Delhi: Viking, pp. 46–73.

- Foucault, Michel (1997): *Power: The Essential Works of Foucault 1954–1984*. Vol. 3 (ed. By James Faubion). New York: New Press.
- Froerer, Peggy (2007): *Disciplining the Saffron Way: Moral Education and the Hindu Rashtra*. In: *Modern Asian Studies* 4, 5, pp. 1033–1071.
- Ghassem-Fachandi, Parvis (2012): *Pogrom in Gujarat: Hindu Nationalism and Anti-Muslim Violence in India*. Princeton and Oxford: Princeton University Press.
- Guichard, Sylvie (2010): *The Construction of History and Nationalism in India*. London: Routledge.
- Kanungo, Pralay (2002): *RSS's Tryst with Politics: From Hegdewar to Sudarshan*. Delhi: Manohar.
- Kapur, Anuradha (1993): *Deity to Crusader: The Changing Iconography of Ram*. In: Pandey, Gyanendra (ed.): *Hindus and Others: The Question of Identity in India Today*. Delhi: Viking, pp. 74–109.
- Katju, Manjari (2022): *Sanskaras, Sexuality and Street Activism: VHP Women at Work*. In: Basu, Amrita/Sarkar, Tanika (eds.): *Women, Gender and Religious Nationalism*. Cambridge: Cambridge University Press, pp. 149–168.
- Kelkar, Sanjeev (2011): *Lost Years of the RSS*. Delhi: Sage.
- Manjrekar, Nandini (2011): *Ideals of Hindu Girlhood: Reading Vidya Bharati's Balika Shikshan*. In: *Childhood* 18, 3, pp. 350–366.
- Mathur, Shubh (2008): *The Everyday Life of Hindu Nationalism: An Ethnographic Account*. Delhi: Three Essays Collective.
- Meghwanshi, Bhanwar (2020): *I Could Not be Hindu: The Story of a Dalit in the RSS*. Delhi: Navayana.
- Narayan, Badri (2006): *Memories, Saffronising Statues and Constructing Communal Politics*. In: *Economic and Political Weekly* XLI, 45, pp. 4695–4701.
- Nair, Padmaja (2009): *Religious Political Parties and their Welfare Work: Relations between the RSS, the Bharatiya Janata Party and the Vidya Bharati Schools in India*. University of Birmingham, Religions and Development Research Programme, Working Paper 37.
- Pandey, Gyanendra (1993): *The Civilised and the Barbarian: The 'New' Politics of Late Twentieth Century India and the World*. In: Pandey, Gyanendra (ed.): *Hindus and Others: The Question of Identity in India Today*. Delhi: Viking, pp. 1–23.
- Purohit, Kunal (2023): *H-Pop: The Secretive World of Hindutva Pop Stars*. Delhi: Harper Collins Publishers.
- Saluja, Anshu (2022): *Conflicting Modes of Agency and Activism: Conversations with Hindutva Women*. In Basu, Amrita/Sarkar, Tanika (eds.): *Women, Gender and Religious Nationalism*. Cambridge: Cambridge University Press, pp. 169–191.
- Sarkar, Tanika (1993): *Women's Agency within Authoritarian Communalism: The Rasthrasevika Samiti and the Ramjanmabhoomi*. In: Pandey, Gyanendra (ed.): *Hindus and Others: The Question of Identity in India Today*. Delhi: Viking, pp. 24–45.
- Sharda, Ratan (2018): *RSS 360: Demystifying Rashtriya Swayamsevak Sangh*. New Delhi: Bloomsbury.
- Sundar, Nandini (2004): *Teaching to Hate: RSS' Pedagogical Programme*. In: *Economic and Political Weekly* XXXIX, 16, pp. 1605–1612.
- Tyagi, Aastha (2022): *Spinning the Saffron Yarn: Lessons of Ideal Girlhood in Hindu Nationalist Storytelling*. In: Basu, Amrita/Sarkar, Tanika (eds.): *Women, Gender and Religious Nationalism*. Cambridge: Cambridge University Press, pp. 125–146.

- Vachani, Lalit (2022): The Shakha, the Home and the World: Going beyond the Shakha and the RSS Family. In: Basu, Amrita/Sarkar, Tanika (eds.): Women, Gender and Religious Nationalism. Cambridge: Cambridge University Press, pp. 77–124.
- Valiani, Arafat A. (2011): Militant Publics in India: Physical Culture and Violence in the Making of a Modern Polity. New York: Palgrave Macmillan.

Wer *macht* (die) Geschichte? Antiemanzipation und Antifeminismus in der deutschen Pädagogik als herrschaftsimmanente Wissenschaft im Kolonialismus und im NS

Z. Ece Kaya

1 Einleitung

Wenn wir mit Blick auf die Gegenwart von historischen Verflechtungen unterschiedlicher Diskriminierungen in der deutschen Vergangenheit sprechen, stoßen wir auf zwei problematische Aspekte, die in der postkolonialen und postnationalsozialistischen Mehrheitsgesellschaft weit verbreitete Phänomene sind: Zum einen die Abwehr von Schuld und Erinnerung, zum anderen die Kontinuität tradierter Diskriminierungen und die diskursive Persistenz antiemanzipatorischer Positionen über die Jahrhunderte hinweg. Dazu gehören neben den in der deutschen Mehrheitsgesellschaft weit verbreiteten menschenfeindlichen Ideologien des Antisemitismus, Antiziganismus und Rassismus auch bestimmte Geschlechterkonstruktionen aus völkisch-nationalistischen und antifeministischen Denktraditionen – eine Kontinuität, die gesellschaftliche und pädagogische Diskurse über Jahrhunderte geprägt hat und in ihren vielschichtigen Ausprägungen in der Praxis insbesondere schulischer Sozialisation bis heute fortwirkt.

Die foucaultsche These, dass Wissenschaft als Spezialdiskurs mit besonderer Wirkung nicht außerhalb der Ideologie steht und innerhalb hegemonialer Diskurse eine herrschaftslegitimierende und -reproduzierende diskursive Funktion übernimmt (vgl. Foucault zit. in Kaya 2010: 67), lässt sich durch einen Rückblick in die (koloniale und NS-)Geschichte der deutschen Pädagogik und Erziehungswissenschaft bestätigen.¹ Im Folgenden soll versucht werden,

1 Foucault sieht den Zusammenhang zwischen Ideologie und dem Anspruch auf „Wissenschaftlichkeit“ in der Frage nach der Ideologie als diskursive Praxis (und nicht etwa als *der* Gegensatz zur Wissenschaft) und lehnt daher die Rolle der Wissenschaft als „Gerichtshof der Vernunft“ (zit. in Kaya 2010: 67) ab. Insbesondere am Beispiel der NS-Wissenschaft, in der jegliche Gegenposition zur Verfolgung oder Ermordung führen konnte, ist die ideologische und herrschaftslegitimierende Funktion eindeutig. In gegenwärtigen rechten Diskursen zeigt

diese herrschaftsimmanente Funktion der (deutschen) Pädagogik am Beispiel der Antiemanzipation und des Antifeminismus in ihren historischen Verschränkungen und ideologischen Kontinuitäten herauszuarbeiten. Welche antiemanzipatorischen und antifeministischen Aussagen lassen sich im Verlauf des pädagogischen und erziehungswissenschaftlichen Diskurses auf allen zeitübergreifenden Ebenen durchgängig beobachten und sind somit ‚diskurstypisch‘? In welchen Facetten zeigt sich die Abwertung emanzipatorischer Positionen im pädagogischen und gesellschaftlichen Diskurs?

Der Beitrag geht diesen Fragen nach und diskutiert, dass die deutsche Pädagogik Emanzipation unterschiedlich als Wahn und Ursache von Dekadenz (vgl. Blum 2019: 21), als Bedrohung des männlich konstruierten *weißen* Herrschaftsanspruchs, aber auch in unterschiedlichen Bezügen zu Anti-Intellektualismus, Anti-Liberalismus, Anti-Kosmopolitismus, Anti-Internationalismus jeweils als Machtinstrument eingesetzt oder mit einem vermeintlichen ‚Verrat‘ an der eigenen Gemeinschaft oder gar ‚Rasse‘² oder ‚Volk‘ gleichgesetzt hat. Hier zeigen sich auch Kontinuitätslinien von der Kolonial- und NS-Ideologie bis zum heutigen Ethnopluralismus und ‚Anti-Genderismus‘ der sogenannten Neuen Rechten.

Diskursgeschichtliche Analysen können m.E. zu einer kritischen Reflexion aktueller politischer Zustände in der Gesellschaft und in pädagogischen Berufsfeldern beitragen. Im Fokus steht daher die Bedeutung der Aufklärung über die eigene Geschichte für einen angemessenen, bewusst kritisch-emanzipatorischen (sozial-)pädagogischen Umgang mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und antidemokratischen Positionen heute. Zunächst sollen im Folgenden Emanzipation (und Anti-Emanzipation) erläutert und diskurstypische antiemanzipatorische Denkfiguren zusammengefasst werden. Anhand eines Rückblicks sollen diese dann speziell in die koloniale und NS-Geschichte der deutschen Pädagogik kritisch-diskursanalytisch aufgespürt werden.³

sie sich jedoch subtiler, beispielsweise in Form von Angriffen auf hegemoniekritische Wissenschaften bzw. Gegendiskurse (siehe Pető in diesem Band).

- 2 In diesem Beitrag wird der Begriff ‚Rasse‘ in Anlehnung an den rassismuskritischen Ansatz von Arndt (2022) durchgestrichen. Ziel ist es, die Reproduktion des rassistischen Inhalts des Begriffs zu reduzieren und ihn gleichzeitig kritisch sichtbar zu machen. Durchgestrichen werden auch kolonialrassistische Begriffe wie ‚Mulatte‘. Das N-Wort wird an keiner Stelle ausgeschrieben und im direkten Zitat zu [N.] abgekürzt. Das Z-Wort wird als [Zi.] abgekürzt, da die Abkürzung Z. die NS-Bezeichnung für die gefangenen Sinti**z*ze und Rom**n*ja war. Schwarz wird in Anlehnung an die politische Selbstbezeichnung der Schwarzen Bürger*innenbewegung auch in adjektivischer Form großgeschrieben.
- 3 Insbesondere in den Abschnitten 4 und 5 beziehe ich mich u.a. auf kolonialpädagogische Schriften aus dem Materialkorpus meiner Dissertation (Kaya 2017) sowie auf pädagogische und erziehungswissenschaftliche Zeitschriften in der NS-Zeit, die sich im Archiv der ehem. Forschungsstelle NS-Pädagogik an der Goethe-Universität Frankfurt befanden und u.a. in einer vierbändigen Dokumentation kritisch kommentiert wurden (Ortmeyer 2016).

2 Zum Begriff der Emanzipation (und Antiemanzipation)

Antifeminismus wird definiert als „unmittelbare Reaktion auf Emanzipationsansprüche“ (Planert 1998: 12). Als (auch) pädagogischer Begriff beschreibt Emanzipation allgemein die „Befreiung aus einem Zustand der Abhängigkeit“ (Duden Online o.J.) und die „rechtliche und soziale Gleichstellung“ (ebd.) und ist seit langem Teil einer kritischen Terminologie, die – eng verknüpft mit dem Begriff der Mündigkeit – für ein Bildungsverständnis steht, das gesellschaftlichen Missständen durch Pädagogik entgegenwirken will (vgl. Oelkers 2024). Dazu gehört der Versuch, diskriminierende, ungerechte Machtstrukturen abzubauen, die bestimmte gesellschaftliche Gruppen entweder gänzlich ausschließen oder deprivilegieren. In diesem Sinne ist antiemanzipatorischen Positionen gemeinsam, dass sie sich gegen Emanzipation, also gegen eine Befreiung und Veränderung gesellschaftlicher Ungleichheitsverhältnisse, die zugunsten der in Abhängigkeit gehaltenen Personengruppen ausfallen könnte, positionieren bzw. bestehende Machtverhältnisse aufrechterhalten wollen. Dieses vermeintliche ‚Bewahren und Schützen wollen‘ ist Ausdruck eines kulturalistisch-nationalistisch formulierten Rassismus (vgl. z.B. Messerschmidt 2018) und geht eng mit Untergangspanthasien einher, da eine vermeintlich reine, traditionelle Form von Volk oder Nation (bzw. ‚Rasse‘) gegen eine Verschwörung und Bedrohung durch als ‚Andere‘ markierte Menschen bewahrt werden soll. Im Kern geht es in der Antiemanzipation um ein Festhalten an traditionellen Normen und Herrschaftsverhältnissen, die zudem mit binären Geschlechtskonstruktionen und zugeschriebenen gesellschaftlichen Funktionen eng zusammenhängen.

In diesem Sinne wurde auch im Rahmen der antiemanzipatorischen wissenschaftlichen Diskurse der deutschen Geschichte ein bewusst männlich und nationalistisch artikuliertes Selbstbild propagiert, das sich gegen die als Gefahr wahrgenommene Emanzipation richtete. Autorinnen waren in den hegemonialen wissenschaftlichen Diskurs teilweise zugelassen und konnten vom späten 19. Jh. bis in die NS-Zeit hinein teilweise scheinbar emanzipatorische Forderungen formulieren und einige durchsetzen, jedoch waren sie den Männern hierarchisch untergeordnet und ihre Stimmen wurden nicht als legitime gleichberechtigte Positionen wahrgenommen, sondern allenfalls geduldet oder als Aushängeschild gegenüber sozialistischen und/oder internationalistischen Frauenbewegungen benutzt (Planert 1998). Die Autorinnen des kolonialen Diskurses, der bürgerlichen Frauenbewegung und die NS-Funktionärinnen teilten ohnehin alle Antisemitismus, Rassismus und Antifeminismus als Grundgedanken – und affirmierten zudem das ‚Haus‘ als vermeintlichen Daueraufenthalt bzw. Mutterschaft und Kindererziehung als Hauptfunktionen (vgl. z.B. Planert 1998; Blum 2019). Hier zeigt sich die epochenübergreifende diskursiv-strategische Anschlussfähigkeit des Antifeminismus an eine traditionel-

le, christlich-bürgerliche Vorstellung von „Familie als Keimzelle der Gemeinschaft“ (vgl. Goetz 2024: 122). Durch Instrumentalisierung oder direkte Übernahme emanzipatorischer Einzelargumente wird versucht, das Sagbarkeitsfeld zu eigenen Gunsten zu erweitern und alle Gegenpositionen als illegitim erscheinen zu lassen. Die Idee einer homogen imaginierten *deutschen* Familie und eines vermeintlichen Nationalgeistes wird je nach Epoche unterschiedlich akzentuiert, bleibt aber durchgehend ein zentrales Element.

3 Antiemanzipatorische Denkfiguren im völkischen Nationalismus als Reaktion auf die ‚Moderne‘

Völkisches Denken entstand im deutschsprachigen Diskurs zeitgleich mit Rassen- und Rassenhygienetheorien und forderte zunächst einen deutschnationalen Staat und nach der Gründung des Kaiserreichs eine imperialistische Politik Deutschlands bei gleichzeitiger vermeintlicher Reinhaltung des deutschen ‚Volkes‘ von den als ‚nicht dazugehörig‘ angesehenen Menschen, insbesondere der Jüdinnen*Juden. Sie wurden von den Antisemit*innen des 19. Jh. mit den unterschiedlichsten Erscheinungen der Moderne in Verbindung gebracht: Atheismus, Aufklärung, Kapitalismus, Sozialismus, Feminismus, Urbanisierung, Weltfinanzen und Presse, sogenannte ‚Entsittlichung‘, Säkularisierung etc. Der völkische Nationalismus war also spätestens seit dem 19. Jahrhundert mit ‚rassenhygienischen‘ Vorstellungen verbunden, und seine Theoretiker aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen gelten zumeist als Wegbereiter der NS-Ideologie bzw. wirkten in der NS-Zeit weiter. Sie wollten nicht nur das deutsche ‚Volk‘ ‚rein erhalten‘, sondern auch einen vermeintlichen (kulturellen, sozialen, aber auch biologischen) Verfall verhindern und gleichzeitig zynisch andere Menschengruppen zu ihrer ‚Eigenart‘ und zur Arbeit erziehen (vgl. Kaya 2017). In der Pädagogik spielte die rassistische Unterscheidung zwischen ‚Eigenart‘ und ‚Fremdart‘ sowie zwischen ‚deutsch‘, ‚nichtdeutsch‘ und ‚undeutsch‘ bereits in kulturtheoretischen bzw. missions- und kolonialpädagogischen Schriften zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine zentrale Rolle, die antiemanzipatorische und antifeministische Denkweisen mit Überlegenheitsvorstellungen vermeintlicher ‚Kulturvölker‘ und ‚geistiger Rassen‘ verband.

Zum völkisch-nationalistischen Welt- und Menschenbild gehören nicht nur die traditionellen Formen menschenverachtender Verschwörungsideologien, sondern auch weitere Feindbilder, vor allem in Bezug auf politische Oppositions- und Emanzipationsbewegungen, die in verschiedener Hinsicht abgewertet werden: *Erstens* aufgrund der Ambivalenz von zugeschriebener Stärke und Schwäche im jeweils spezifischen Selbst- und Fremdbild (vgl. Stögner 2019: 16ff.), *zweitens* zur Aufrechterhaltung bestehender Machtverhältnisse und Privilegien, gegen die sich emanzipatorische Bewegungen richten, und *drittens*

zur antiintellektualistischen (antisemitischen, rassistischen und antifeministischen) Implikation eines vermeintlichen Gegensatzes zur produktiven Handarbeit, die wiederum den zweiten Aspekt der Herrschaftslegitimation stützt und erweitert. Durch erweiterte bzw. zusammengesetzte Feindbilder sollen in diesem ideologischen Gefüge alle Phänomene der Moderne abgelehnt und die daraus resultierenden sozialen Ungleichheiten und gesellschaftlichen Veränderungen legitimiert werden. Dabei lassen sich drei zentrale antiemanzipatorische Denkfiguren herausarbeiten: Emanzipation wird als Wahnvorstellung, als Dekadenz und als Bedrohung dargestellt.

3.1 *Emanzipation als Wahnvorstellung: Feindbild ‚Büchermenschen‘*

Demokratische Forderungen seien Ausdruck eines neuen Menschentypus, den beispielsweise der Kulturmorphologe Oswald Spengler in seinem berüchtigten „Untergang des Abendlandes“ (1918) beschrieb: „ein neuer Nomade, ein Parasit, der Großstadtbewohner, der reine, traditionslose, in formlos fluktuierenden Massen auftretende Tatsachenmensch, irreligiös, intelligent, unfruchtbar“ (Spengler zit. in Kaya 2017: 89). Diese seien „zeitlose, geschichtslose, literarische Menschen, Menschen der Gründe und Ursachen, nicht des Schicksals, die, dem Blut und dem Dasein innerlich entfremdet, für den Begriff der Nation [...] keinen ‚vernünftigen‘ Inhalt mehr entdecken“ und „ohne ursprüngliche Triebe, aber desto mehr auf Logik versessen [...], in einer Welt der Wahrheiten, Ideale und Utopien zu Hause, Büchermenschen“ (Spengler zit. in ebd.).

Den emanzipatorischen Bewegungen, den Pazifist*innen, Internationalist*innen, Kosmopolit*innen fehle „das Weltgefühl des ~~Rasse~~mäßigen“, sie seien daher „immer lebensfremd und daher geschichtsfeindlich, unkriegerisch, ~~rasselos~~“ (Spengler zit. in Kaya 2017: 90). Die Abwertung wurde von Spengler noch weiter zugespitzt auf die rassistische Diffamierung als „Abfall“ eines Volkes und als „Menscheninsekten“ (Spengler zit. in ebd.), die zur rassistisch als [N.]-Musik abgewerteten Jazzmusik tanzend den vermeintlichen Tod der (*deutschen/weißen*) Kultur feiern würden (vgl. Kaya 2017: 90). Der (anti-Schwarze) Rassismus bzw. die Implikation der ‚~~Rassen~~mischung‘ und der durch Ungezieferanalogien propagierte Antisemitismus als vermeintliche Bedrohung der deutschen Kultur fließen hier in die Diskursposition des deutschen Nationalismus ein. Denn auch die Jüdinnen*Juden würden, so Spengler, den faustischen Geist des Abendlandes nicht verstehen, dieser würde ihnen „innerlich ganz fremd und daher lästig und sinnlos“ erscheinen (Spengler zit. in Kaya 2017: 92). Sie hätten daher kein Verständnis für die Idee des ‚Vaterlandes‘ und verträten einen vermeintlich nicht realistischen Internationalismus (vgl. ebd.). Demgegenüber wurde das Selbstbild der „Tatmenschen großen Stils“ (Spengler zit. in ebd.) konstruiert und die Ideale des Weltfriedens, der

Gleichheit aller Menschen als Hass auf das vermeintlich naturgegebene Schicksal und/oder als utopische Illusionen abgewertet (vgl. ebd.).

Die Vorstellung von der Natur als unüberwindbarer Vorbestimmung des Menschen als zentrale Denkfigur des Antisemitismus, Rassismus, Antifeminismus und Sexismus wird hier deutlich. Auf diese Diffamierung der Gleichheit aller Menschen und emanzipatorischer Ideen als realitätsfernem Irrtum wird im deutschen Nationalismus über die NS-Zeit und die Zeit nach 1945 bis heute immer wieder zurückgegriffen. Der Spengler-Freund und NS-Kolonialexperte für Schulen, Wolfgang Drascher – der allerdings noch in den späten 1960er Jahren publizistisch aktiv war und dabei weiterhin die deutschen Kolonialverbrechen leugnete und auch die NS-Verbrechen verharmloste – schrieb 1936 in Anlehnung an Spengler, die Deutschen hätten eine besondere Mission innerhalb der europäischen Völker, die Demokratie habe „überaus gefährliche Folgeerscheinungen“ (Drascher zit. in Kaya 2017: 98) und Bolschewisten hätten „dem ‚weißen Arbeiter‘ zu einer Schicksalsgemeinschaft mit den ‚Farbigen‘ eingeredet und wollen damit den ‚Sturz der weißen Völker‘ von ihrer weltbeherrschenden Stellung herbeiführen“ (Kaya 2017: 98f.). Damit wird die Argumentation antikommunistisch und antidemokratisch erweitert und eine Bedrohung konstruiert, die in fast allen NS-Publikationen von den ‚jüdischen Bolschewisten‘ ausgeht und gegen die eine vermeintliche Lösung angeboten werden muss. Die Menschen- und Bürger*innenrechte von Jüdinnen*Juden, Frauen*, Arbeiter*innen, Schwarzen Menschen und allen, die sich dafür einsetzen, werden einer anderen imaginären ‚Schicksalsgemeinschaft‘ als der des deutschen Nationalismus zugeordnet und damit nicht nur als *fremd*, sondern auch als *quasi natürliche Feinde* konstruiert, deren Ziel die Abschaffung der *weißen* Herrschaft sei.

3.2 *Emanzipation als Dekadenz: Denkfigur ‚Zersetzung‘*

Innerhalb rechter Ideologien wird – typisch widersprüchlicher Art: seit Jahrhunderten – eine vermeintliche Dekadenz und ‚Überfremdung‘ beschworen. In diesem Verschwörungsdenken, das nach Adorno den Untergang des Ganzen, nicht aber den der eigenen Gruppe herbeisehnt (vgl. Adorno 2019: 20), wurde auch der Emanzipationsgedanke in jeweils unterschiedlicher Weise für die eigene Propaganda genutzt und diskursiv umgedeutet, wie z.B. in den Zeitschriften der auch kolonial motivierten Frauenverbände oder der NS-Frauen- und Jugendorganisationen der Fall war. Den *deutschen* Frauen zugeschriebene rassistische Funktion bei der Aufrechterhaltung der *weißen ‚Rasse‘* wurde dabei als ein zentrales Anliegen übernommen und als vermeintliche Aufwertung des jeweiligen gesellschaftlichen Status der *deutschen weißen* Frau betrachtet.

Dass die Verschwörung um die vermeintliche ‚Zersetzung‘ von Gesellschaft, Bildung und Kultur durch Feminismus und Geschlechteremanzipation

ein zentrales ideologisches Element des Antifeminismus darstellt und sich dieses Verschwörungsdenken insbesondere im deutschsprachigen Diskurs bis zu seinem antisemitischen Kern zurückverfolgen lässt, ist bereits Ergebnis zahlreicher wissenschaftlicher Studien zum Rechtsextremismus (vgl. z.B. Amadeu Antonio Stiftung 2021; Grosse 2022). Das (kolonial-)rassistische Verständnis von Kultur und Geschlecht als vermeintlich endloser Kampf zwischen homogenen Einheiten (wie z.B. ‚Kulturkreisen‘, vgl. z.B. Kaya 2023) wird auch in der Gegenwart insbesondere im Rahmen des anti-Schwarzen Rassismus und des antimuslimischen Rassismus propagiert. Zugleich wird Emanzipation als Bedrohung für patriarchale Phantasien der imaginierten *weißen* Vorherrschaft und der als rein imaginierten *deutschen* Familie und Gemeinschaft wahrgenommen und daher mitunter auch durch scheinbare Übernahme von Begriffen und Konzepten in ihrem Kern verfälscht oder antiemanzipatorisch umgedeutet, wie dies etwa im „männerzentrierten Anti-Feminismus“ (Blum 2019: 51) der Fall ist. In der Überblicksforschung zu Verschränkungen von Antifeminismus mit rechten Ideologien wird festgestellt, dass dabei häufig weitere soziale Benachteiligungen oder Ungleichheiten ausgeblendet und menschliche Verhältnisse allein auf der Ebene der Naturbestimmtheit diskutiert werden (ebd.: 53). Hier zeigt sich nicht nur die Ideologieimmanenz der zu der Zeit hegemonialen wissenschaftlichen Diskurse, die antiemanzipatorische Positionen als aus Naturverhältnissen abgeleitete Erfahrung darstellten, sondern auch der Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit bzw. mangelnden Intelligenz gegenüber emanzipatorischen Bewegungen.

Emanzipation wurde im Antifeminismus auch als „unweiblich“ (vgl. Planert 1998: 93) präsentiert. Die Frauenbewegung und ihre Forderungen im Bereich des Wahlrechts und der Bildung wurden als Versuch verstanden, die deutsche Männlichkeit zu zerstören. Dagegen müsse sich der deutsche Staat zur Wehr setzen, d.h. „den männlich wehrhaften Charakter zu wahren und der Verweigerung mit allen Mitteln zu erwehren“ (Langemann 1913: 13). Das deutsche Volk sei „das männlichste der Erde, an dessen Wesen noch die Welt genesen soll“ (ebd.: 105) und dürfe nicht dem Schicksal der europäischen Völker verfallen, die „am Weibe verkommen“ seien (ebd.). Das Selbstbild als das männlichste Volk geht mit einem vermeintlich drohenden Untergang einher – allein dadurch, dass Frauen höhere Bildung oder das Wahlrecht erhielten. Die Sozialdemokratie sei daher „nicht nur international, sondern auch antinational“ (ebd.: 15), eine „Verstümmelung [des] männlichen Charakters“ könne nicht rückgängig gemacht werden, die Frauenemanzipation würde in diesem Fall „unstreitbar [sic!] zum Untergang“ (ebd.: 16) führen.

3.3 Emanzipation als Bedrohung: ‚Weißer‘ Selbstblick als Opfer

Auf die Emanzipation als Bedrohung in bestehenden völkisch-nationalistischen Denktraditionen ist an vielen Stellen hingewiesen worden, vor allem auf ihr Fortwirken und ihre Anschlussfähigkeit an rechte Diskurse der Gegenwart. Berg, Goetz und Sanders schreiben, dass „bereits vor dem Nationalsozialismus [...] sowohl die Vordenker*innen und Apologet*innen des Antisemitismus als auch des Kolonialrassismus spezifisch gegenderte Bilder des ‚Anderen‘ entwickelt [haben]“ (2020: 166) und verweisen auf den mittelalterlichen Antijudaismus, der eine jüdische Männlichkeit und Weiblichkeit konstruierte, die den christlichen Mann verführen und die *weiße* Frau bedrohen würde, sowie auf kolonialrassistische Vorstellungen von vermeintlicher Triebhaftigkeit (ebd.). In den 1920er Jahren wurde dies im Rahmen der rassistischen Kampagne der ‚Schwarzen Schmach‘ propagiert und Schwarze französische Kolonialsoldaten wurden als triebhafte Bestien diffamiert. Diese Propaganda wurde auch vom NS-Regime aufgegriffen. Kinder aus Ehen mit *deutschen* Frauen wurden in der NS-Zeit als „Rheinlandbastarde“ zwangssterilisiert und erwachsene Schwarze Menschen wegen ‚Rassenschande‘ in Konzentrationslager deportiert, wenn sie mit *deutschen* Frauen/Männern eine Beziehung eingingen. Der *weiße* Mann wurde als Opfer eines als jüdisch markierten Feminismus und Internationalismus dargestellt. Das Bild der bedrohten *weißen deutschen* Frau bildet in diesem Sinne eine kontinuierliche Denkfigur in antiemanzipatorischen Diskursen. In den folgenden zwei Abschnitten werden auf diese Kontinuität im Rahmen der kolonialen Ideologie und NS-Ideologie eingegangen.

4 „Männer machen (Kolonial)Geschichte“ – Der *deutsche* ‚koloniale Blick‘

Die deutsche Kolonialpädagogik wurde zum ersten Mal in der NS-Zeit als erziehungswissenschaftliche Theorie formuliert, in der es keine deutsche Kolonien in Afrika mehr gab. Ein besonderer Grund dafür war zweifellos die Motivation der Kolonialpropagandist*innen, in der NS-Herrschaft auch eine zukünftige (neue) Kolonialherrschaft sehen zu wollen und bis dahin Vorbereitungen für eine pädagogische, männlich artikulierte Tätigkeit des *deutschen Erziehers* – so hieß das Zentralorgan des Nationalsozialistischen Lehrerbundes – auch in den zukünftigen Kolonien zu treffen.

„Männer machen Kolonialgeschichte“ stand beispielsweise auf dem Titelblatt der Kolonialzeitschrift „Kolonie und Heimat“ – eine von vielen Kolonialzeitschriften, die in der NS-Zeit zu Propagandazwecken in Schulen eingesetzt wurden – in einer Ausgabe von 1939, zwanzig Jahre nach dem Versailler

Vertrag, der die deutsche Kolonialherrschaft völkerrechtlich beendete. Das Titelblatt ziert eine Zeichnung: Ein geordnet wirkendes Treiben von Kolonisierten, ein deutscher Kolonialleutnant oder ‚Schutztruppler‘ (zum Begriff „Schutz“ als Euphemismus im deutschen Kolonialismus vgl. Kaya 2023: 189 in Anlehnung an Arndt 2022) verhandelt mit einheimischen Machthabern, Kolonialwaren werden in Kisten getragen und verladen, im Hintergrund vermutlich sich ausruhende Schutztruppen (s. Abbildung 1). Keine Spur von Brutalität, keine Spur von Widerstand oder Abneigung gegen die Kolonialherren, keine Spur von Misswirtschaft. Und keine Spur von Frauen, weder von kolonisierten noch von kolonisierenden Frauen. Erst einige Seiten später in derselben Ausgabe ist eine *deutsche* Frau im Pelzmantel zu sehen. In der Bildunterschrift heißt es: „Zu den wertvollsten Pelzkleidungen gehört das Fell eines in einer deutschen Kolonie aufgezogenen Jungtieres“ (s. Abbildung 2). Den *deutschen* Frauen wird hier eine passive Rolle als Nutznießerin der von Männern ‚gemachten‘ Kolonialgeschichte zugewiesen, obwohl sie durch Frauenkolonialvereine, Missionen und andere (u.a. Pflege-)Tätigkeiten aktiv an der deutschen Kolonialherrschaft beteiligt waren.

Abbildung 1 und 2: Titelbild „Kolonie und Heimat. Die deutsche Koloniale Bilderzeitung“ 3 Jg., H. 6 (1939) u. im gleichen Heft, S. 211 (aus dem Archiv der ehem. Kolonialschule Witzenhausen)



by
Zu den wertvollsten Pelzkleidungen zählt das Fell eines in einer deutschen Kolonie aufgezogenen Jungtieres.

Dieser bewusst männlich artikulierte Herrschaftsanspruch sah für die „Mädchen- und Frauenerziehung“ in den sogenannten ‚Schutzgebieten‘ eine spezifisch deutsche Kolonialerziehung vor, die sich vor allem auf die Erziehung zur Hausfrau, die Loslösung von einheimischen sozialen Praktiken und die Regulierung der Arbeitskraft konzentrierte (vgl. Kaya 2025: 95). Auch hier wurde auf eine ‚weibliche Eigenart‘ verwiesen und höhere Bildung war nicht

vorgesehen, wie Planert zu den „frauenpolitischen Kontroversen“ zu Beginn des 20. Jahrhunderts beschreibt (vgl. 1998: 191ff.). Allerdings wurde in Bezug auf die Kolonien die Vorstellung einer kolonisierten ‚Eigenart‘ betont, denn die ‚weibliche Eigenart‘ der Kolonisierten war für die deutschen Kolonisa-tor*innen dennoch nicht gleichzusetzen mit der ‚weiblichen Eigenart‘ *weißer* deutscher Frauen – daher wurden diesbezügliche Aussagen meist mit dem Begriff der ‚Fremdart‘ verbunden. „Die absolute Schönheit der weißen Frau nordischer Art“, so der Reichskolonialbund in der oben zitierten Zeitschrift, liege „in der vollkommenen Reinheit ihres Blutes“ (1939: 173). Dass die Emanzipation der Kolonisierten zudem immer auch eine Gefahr für die Kolonisierenden bzw. für die Kolonialherrschaft bedeutete, liegt auf der Hand.

Diese Verschmelzung von Selbst- und Fremdbildern schlug sich aber auch in widersprüchlichen Konstruktionen nieder, etwa in Vergleichen zwischen Frauen, Jüdinnen*Juden und Schwarzen Menschen, insbesondere in antifemini-stischen Schriften. Planert schreibt am Beispiel des deutschen Neurologen Paul Julius Möbius, dass dieser einen vermeintlichen ‚Schwachsinn‘ konstatierte und behauptete, dass „die Fähigkeit zu abstrakt-logischem Denken“ neben Frauen „auch Schwarzen [fehle]“: (Planert 1998: 79). Damit wurde „die Devianz von Frauen, Juden und Schwarzen gegenüber dem männlich-weißen ‚Herrenmenschen‘(ebd.) vermeintlich bewiesen und die Neurologie in diesem Fall als Wissenschaft gegen weibliche und jüdische Emanzipation sowie gegen antikoloniale Haltungen als innen- und außenpolitisches Instrument eingesetzt (vgl. ebd.: 79f.)⁴. Möbius unterstellte den Frauen mangelndes Interesse an Bildung bzw. die Inanspruchnahme von Bildungsangeboten nur aus Eigeninteresse, wie es in der deutschen Kolonialpädagogik den Kolonisierten unterstellt wurde (vgl. z.B. Kaya 2017: 336). In dieser Schrift lassen sich viele weitere ähnlich absurde Aussagen finden, wie z.B. der Vorwurf mangelnder Kreativität, Intelligenz, Bildungsfähigkeit etc., die sich mit dem *weißen* kolonialen Blick der deutschen Kolonialpädagogik vergleichen lassen: „Wie die Thiere seit undenklichen Zeiten immer dasselbe thun, so würde auch das menschliche Geschlecht, wenn es nur Weiber gäbe, in seinem Urzustand geblieben sein. Aller Fortschritt geht vom Manne aus“ (Möbius 2024: 36) – vom *weißen* Mann, versteht sich. Ein bestimmtes Muster des Selbst- und Fremdbildes lässt sich offenbar für unterschiedliche Kontexte nutzen, sofern es um den Macht- und Herrschaftsanspruch des *weißen deutschen* Mannes geht, der als Experte für vermeintliche ‚Eigenart‘ alle anderen belehren konnte und in patri-archalen Verhältnissen wie selbstverständlich durfte. Eine höhere Bildung wurde dabei sowohl den Kolonisierten als auch den Frauen nur in Einzelfällen ermöglicht, weil diese zu emanzipatorischen Ansprüchen führen könnte.

4 Eine besondere Kontinuität bis in die Gegenwart zeigt sich an dieser Stelle in dem Versuch der Antifeminist*innen die Genderforschung und emanzipatorische Forderungen als ‚Schwachsinn‘ abzuwerten (vgl. Berg/Goetz/Sanders 2020: 77).

Der deutsche Kolonialismus beinhaltete unterschiedliche Konzepte kolonialer Erziehung: Einerseits die Erziehung der Deutschen zu Kolonisator*innen und andererseits die Erziehung der Kolonisierten zur ‚Arbeit‘. Beide Konzepte beinhalteten die Vorstellung, dass Menschen in einer Gesellschaft als Einheit erzogen werden könnten, und diese Vorstellung ist nur möglich, wenn man davon ausgeht, dass Menschengruppen entsprechend ihrer vermeintlich unterschiedlichen Natur gleiche kulturelle und soziale (Charakter-)Eigenschaften besitzen würden – hier liegt also die diskursive Strategie der Homogenisierung zugrunde, die eine hohe Anschlussfähigkeit an reaktionäre ideologische Diskurse mit sich bringt. Homogenisierte Menschengruppen verlieren dabei ihren Subjektstatus, da der patriarchale koloniale Machtanspruch vorgibt, alle ‚Eigenarten‘ und ‚Fremdarten‘ genau zu kennen und eine vermeintlich ‚artgemäße‘ Erziehung anbieten zu können, ohne die Subjekte dieser Erziehung (denen ihr Subjektstatus aberkannt wurde) zu Wort kommen zu lassen (vgl. Kaya 2017: 152).

Dieser Erziehungsauftrag wurde allen *weißen* Männern und Frauen in den deutschen Kolonien geschlechtsunabhängig vermittelt. Wengleich die Kolonisator*innen den Kolonisierenden und die Männer den Frauen hierarchisch übergeordnet, aber alle kolonisierten Frauen und Männer den *weißen* Frauen untergeordnet waren. ‚Artgemäß‘ bedeutete in diesem (kolonialen) Kontext unmittelbar auch ‚rassengemäß‘, so wurde z.B. von deutschen Kolonialpädagogen der französischen Kolonialmacht vorgeworfen, sie ignoriere „alle Wesensunterschiede zwischen den ~~Rassen~~ und leugne das Recht jeder Volks- oder Völkergruppe auf ein artgemäßes Leben, auf eine ihr gemäße Religion und Weltanschauung und auf ihre eigene Kultur“ (Der NS-Kolonialpädagoge Becker, zit. in ebd.: 217). Die Idee der Gleichheit der Menschen wolle „am liebsten alle ~~Rassen~~, Völker und Einzelwesen in eine uniforme Menschheitskultur zwingen“ (ebd.). Geschlechtsbezogene Emanzipationsideen seien für die Kolonisatoren ein „vollendeter Irrweg“ (Missionswissenschaftler Siegfried Knak in der NS-Zeit, zit. in Kaya 2025: 101) und die Idee der Kulturbegegnung bedeute zwangsläufig einen Zusammenstoß. Wenn die Kolonisierten keine ‚artgemäße‘, sondern eine europäische Erziehung erhielten, seien sie ebenso Gefahren ausgesetzt, nämlich der Urbanisierung, der Entstehung eines Kolonialproletariats sowie der „Entwurzelung und Entnationalisierung der ~~Eingeborenen~~“ (Becker, zit. in Kaya 2017: 235).

5 Antiemanzipation und Antifeminismus in der NS-Pädagogik

Die NS-Pädagogen, die auf eine ‚totale Erziehung‘ abzielten, kritisierten zynisch den „pädagogischen Wahnglauben an die Allmacht der Erziehung“ (Otto

Wecker, Autor in der Zeitschrift „Die Erziehung“, zit. in Ortmeier 2016b: 171), wenn es um die Gleichheit aller Menschen ging, da es angeblich natürliche Grenzen der Bildsamkeit gäbe. Diese totale Erziehung, in der sich alle Deutschen gegenseitig erziehen sollen⁵, basierte auf die direkte Übertragung von Naturverhältnissen auf menschliche Beziehungen. Menschengruppen seien „leiblich-seelisch-geistig verschieden organisiert“ (der geisteswissenschaftliche ‚Klassiker‘ Eduard Spranger, zit. in ebd.: 34). In diesem Sinne blieben reaktionäre, antiemanzipatorische und völkische Positionen aus der Zeit vor dem Nationalsozialismus mit der NS-Ideologie inhaltlich kompatibel und wurden in der Pädagogik und Erziehungswissenschaft weiterhin durchaus vertreten.

Die vermeintlich ‚weibliche Natur‘ wurde dabei im Rahmen der ‚weiblichen Erziehung‘ auch von den wenigen Autorinnen in NS-Zeitschriften vertreten (vgl. Blochmann 1933, zit. in ebd.: 64). Die NS-Pädagog*innen schrieben über die „Kultur und Erziehung der Frau[en]“, die die „Ziele des Völkischen und Rassen“ verfolgen sollte, die darin bestünden, „uns das Menschliche neu zu erobern – nicht aus den Hochzielen einer vergangenen Epoche, sondern aus den natürlichen seelisch-geistigen Grundkräften der ewig mütterlichen Frau“ (Knoche 1935/36, zit. in ebd.: 88). Die zugeschriebene biologische Funktion der Frau „im Dienste der Rassenzucht“ (Hartmann zum „neuen Frauenbild“ 1933/34, hier zit.n. Ortmeier 2016b: 217; vgl. auch Kaya 2025: 99) wurde ergänzt durch vermeintlich emanzipatorische Bilder des ‚Hitlermädel‘ und vielmehr durch Verweise auf ‚germanische‘ Charaktereigenschaften, die als „Würde des freien Weibes“ ein „lange verschüttetes Erbe“ (zit.n. Ortmeier 2016b: 170) darstellten. Die neu zu eröffnenden Berufe sollten „im Bereich jener spezifisch weiblichen Gesamtaufgaben liegen“ (zit. in ebd.: 198) und für „arische, erbgesunde Frauen“ (Kompisch 2008: 241) gäbe es immer Entfaltungsmöglichkeiten (d.h. die ‚Möglichkeit‘, ihr ganzes Leben dem NS-Staat zu widmen).

Die NS-Pädagogik zielte darauf ab, durch die bereits erwähnte totale Erziehung auch bei Frauen die Opferbereitschaft zu stärken, insbesondere wenn es um den „vollen Einsatz für Führer und Volk“ ging (Richtlinien zur Aufstellung von Lehrplänen 1940, zit.n. Ortmeier 2016b: 213f.). Die für den Nationalsozialismus spezifischen antisemitischen, antiziganistischen und rassistischen Feindbilder wurden auf dieser Weise häufig mit antifeministischen und antiemanzipatorischen Denkfiguren verbunden, indem die systematische Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung, der Sinti*innen und Rom*innen, Schwarzen Menschen und vieler anderer Opfergruppen mit dieser propagierten Opferbereitschaft der *Deutschen* einherging. Im Rahmen der NS-Krankenmorde wurde gefordert, dass sich auch deutsche Frauen, die als erbkrank stigmatisiert wurden, sterilisieren lassen sollten (vgl. ebd.: 300).

5 Das propagierte Motto des NS-Ideologen Ernst Krieck, Rektor der Goethe-Universität 1933-1934, war folgendes: „Jeder erzieht jeden“ (siehe etwa Ortmeier 2014: 56).

Die Idee der Gleichheit aller Menschen wurde dabei stets diffamiert. Der NS-Ideologe Rosenberg, dessen antisemitisch-rassistische Positionen von vielen anderen NS-Erziehungsfunktionären unmittelbar übernommen wurden, schrieb in seinem Hauptwerk:

Dank der Humanitätspredigt und der Lehre von der Menschengleichheit konnte jeder Jude, [N.], **Mulatte** vollberechtigter Bürger eines europäischen Staates werden; dank der humanitären Sorge für den Einzelnen wimmelt es in den europäischen Staaten von Luxusanstalten für unheilbare Kranke und Irrsinnige; [...] dank der Humanität dürfen [N.] und Juden in die nordische **Rasse** hineinheiraten, ja wichtige Ämter bekleiden. (Rosenberg zit. in ebd.: 203)

Diese antiemanzipatorische Position wurde mehrfach ergänzt durch antisemitische Feindbilder vom „welthistorischen Gegner“ (Ortmeyer 2016d: 53) und auch z.B. durch das antiziganistische Feindbild der „[Zi.]-weib“ (ebd.). Die Gleichheit der Menschen entspringe einem „**Rasseinstinkt**“ (vgl. ebd.: 54) der Jüdinnen*Juden. Jegliche Kritik wurde mit antisemitischen und rassistischen Stereotypen verbunden, wie z.B. in der nationalsozialistischen Tabakpolitik, in der das Rauchen für deutsche Frauen nicht erwünscht war, da es ihre „Mutter-schaftsbefähigung“ beeinträchtigen würde. Das Rauchen sei ein „fremdrassiger Einfluss“ von „**Indianer**[n], [Zi.] und Juden“ (vgl. ebd.: 99). Die deutschen Männer wurden immer wieder vor den angeblichen Gefahren der ‚**Rassenmischung**‘ gewarnt; Frankreich erlebe eine „afrikanische Unterwanderung“ (o.A., zit.n. ebd.: 57), weil es angeblich u.a. durch den Einsatz von Schwarzen Kolonialsoldaten in Europa (siehe oben Abschnitt 3 zur ‚Schwarzen Schmach‘) ein Verbrechen an der **weißen Rasse** begangen habe – ähnlich wie es der NS-Kolonialpädagoge Becker als „Verrat der weißen **Rasse**“ formulierte (Becker, zit.n. Kaya 2017: 156).

Auch die Emanzipation der Jüdinnen*Juden wurde von den NS-Pädagogen⁶ antisemitisch als eine Invasion interpretiert (vgl. Ortmeyer 2016c: 65) und „Frankreich [N.], Juden und weiße Franzosen“ (ebd.) dürften nicht gleichberechtigt sein, da dies „die Gefahr einer rassischen Invasion im europäischen Raum“ (ebd.) bedeuten würde. Diese absurde antisemitische Vorstellung einer ‚Invasion‘ durch Jüd*innen, die bereits seit Jahrhunderten in Deutschland lebten, wurde insbesondere in der Nachkriegszeit im Zuge der Re-Nationalisierung der Pädagogik um weitere rassistische Feindbilder ergänzt (vgl. Rhein 2019) bis hin zu rechtsextremen Verschwörungserzählungen bzw. Kampf-begriffen wie dem ‚Großen Austausch‘ oder einer imaginierten Invasion durch Migrant*innen als ein „Völkermord an den Weißen“ (siehe etwa Wagner 2025: 2, 11). Im Gegensatz zu späteren diskursiven Neuformulierungen dieser

6 An dieser Stelle wird nicht gegendert, um die männliche Dominanz des historischen pädagogischen Diskurses in der kolonialen Zeit und in der NS-Zeit zu betonen. Mit dem gleichen Ziel wird von Kolonialpädagogogen gesprochen, dabei soll aber nicht ausgeblendet werden, dass Frauen* sowohl in kolonialen als auch in den NS-Verbrechen eine zentrale Rolle gespielt haben, auch wenn sie zahlenmäßig relativ wenig und auch hierarchisch den Männern untergeordnet waren.

Bedrohung, in denen Migrant*innen als minderwertig dargestellt wurden, ging die NS-Pädagogik von einer Übermacht der Jüdinnen*Juden aus und davon, dass die jüdische Emanzipation ein „großer Zersetzungsprozess“ sei (NS-Pädagoge Ernst Kriek, zit. in Ortmeier 2016c: 85), für die u.a. Humanisten und Individualisten kämpfen würden, die „weder Raum für den autoritären Staat noch für Ideale völkischer oder ~~rassistischer~~ Art“ (zit. in ebd.: 160) hätten. Die Analogie zu Spenglers „~~rasselose~~ Büchermenschen“ ist unverkennbar.

Dieses Feindbild umfasste demnach auch jüdische Frauen und Männer, die ihre Sexualität für die jüdische Weltherrschaft einsetzen würden – die Folge sei „der Vormarsch des [N.] in Europa“ (zit. in ebd.: 176) und eine „humanistische Benebelung der Deutschen“ (zit. in ebd.). Trotz der zugeschriebenen Überlegenheit wurde die Emanzipation der Jüdinnen*Juden mit dem Kommunismus in Verbindung gebracht (vgl. ebd.: 194). Es ist sogar die Rede von einer „bewusste[n] und planmäßige[n] ~~Rasse~~verderb“ (Kriek, zit. in ebd.) und von den jüdischen Männern „gegen deutsche Frauen systematisch verübten Künste[n] der Verführung“ (ebd.). Die Jüdinnen*Juden hätten die [N.] entdeckt und dies sei „die brutalste Entdeckung der Kulturmenschheit“ (ebd.) – der Begriff der „Kulturmenschheit“ fließt als negativ konnotierter Begriff des Antiintellektualismus in Abgrenzung zu den „Kulturvölkern“ der deutschen Kolonialpädagogik ein. Mit solchen Widersprüchen wurde sowohl in der deutschen Kolonialpädagogik als auch in der NS-Pädagogik selbstverständlich umgegangen, so dass nicht mehr auf einer rationalen Begründungsebene gesprochen werden konnte, sondern nur noch absurde Behauptungen hinzugefügt wurden. So wurde z.B. behauptet, dass jede ~~Rasse~~ ihren eigenen Geruch habe, dass es kein Zufall sei, „wenn sich in Zeiten rassistischen Zerfall gerade die Fremd~~rassigen~~ – insbesondere die Frauen – stark parfümieren“ (zit. in Ortmeier 2016a: 196). Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die verbrecherische antisemitisch-völkisch-rassistische NS-Ideologie alle Komponenten einer Verschwörung enthielt, nämlich die vermeintliche Zersetzung der *deutschen* Kultur durch Reichtum, politische Macht, Sexualität/Trieb und Geist. All dies gefährde die gesellschaftliche Ordnung und müsse daher zum Selbstschutz abgewehrt werden – eine hochzynische Diskursstrategie der Täter-Opfer-Umkehr, die bis heute Kontinuitäten aufweist, auf die abschließend hingewiesen werden.

6 Fazit: Aus der Geschichte über sich selbst lernen?

Die sog. Neue Rechte gibt vor, im Ethnopluralismus die ‚Vielfalt der Völker‘ anzuerkennen, wobei diese Vielfalt nicht im Sinne von Akzeptanz zu verstehen ist, sondern eher im Sinne von ‚Eigenart‘ und ‚Fremdart‘ der ehemals deutsch-nationalen und kolonialistischen Kreise und der NS-Ideologie (siehe Baader in

diesem Band). Um Frieden zu erreichen, sollten Völker und Menschengruppen nicht in ein Land ‚geworfen‘ werden (vgl. Kaya 2023: 197), da sie sich aufgrund ‚kultureller‘ Unterschiede, die naturalisiert bzw. als naturgegeben und damit als unveränderbar dargestellt werden, nicht vertragen würden. Die „Ethisierung des Sexismus“ seit den 1990er Jahren führt, ähnlich wie die antisemitische Ausrichtung antifeministischer Strömungen im Kaiserreich, dazu, dass nicht nur gegen den Feminismus, sondern auch gegen kollektive Menschengruppen, in diesem Fall Migrant*innen, gehetzt wird (vgl. z.B. Bergold-Caldwell/Grube 2020 in Anlehnung an Jäger). Dahinter stünden „die Eliten“, ‚Multikulturalisten‘, ‚Kulturmarxisten‘ etc.“ (Grosse 2022: o.S.) als antisemitische Chiffren für jüdische Menschen, denn

[s]chon vor dem Nationalsozialismus wurden sie beschuldigt, die westliche Gesellschaft unterwandern, verweiblichen und somit zerstören zu wollen. Dieser Vorwurf kehrt hier im Kontext einer globalisierten, vom Kapitalismus bestimmten Welt zurück. Für als negativ empfundene, abstrakte Aspekte des Kapitalismus, so auch die Emanzipation der Frauen, Homosexuellen und nicht-heteronormativen Menschen, werden Jüdinnen und Juden verantwortlich gemacht. (vgl. ebd.)

Auch der Vorwurf der Gleichmacherei weist eine historische Kontinuität auf. Die sogenannte Neue Rechte behauptet weiterhin, dass emanzipatorische Bewegungen, insbesondere der Feminismus, ‚neue Menschen schaffen‘ wollten, die in jeder Epoche anders benannt würden: „Im Kern geht es jedoch erneut darum, Gender-Ansätze als kommunistisches Projekt zu diffamieren“ (Berg/Goetz/Sanders 2020: 45). Lang und Peters zeigen anhand eines Zitats den antikommunistisch tradierten Vorwurf auf, Gender Mainstreaming erfinde einen ‚neuen Menschen‘. In dem Zitat ist von einem „kompletten Umbau der Gesellschaft und einer Neuerfindung der Menschheit“ sowie von „einer Art totalitärem Kommunismus in Sachen Sex und Geschlechterbeziehung“ die Rede (Lang/Peters 2019: 12). Auch Goetz konstatiert eine „Modernisierung“ rechter Geschlechterpolitiken (vgl. Goetz 2024), ähnlich wie etwa rassistische Argumente im Ethnopluralismus in einen scheinbar ‚neutraleren‘ Bereich der Kultur verschoben wurden. Dieser „Neo-Antifeminismus“ beinhaltet weiterhin die ideologische Komponente des völkischen Nationalismus, formuliert diese jedoch in populistisch angepassten Aussagen im Rahmen der Konstruktion einer vermeintlichen Bedrohung der *weißen* Vorherrschaft, der als *deutsch* imaginierten Kultur, Familie und Nation und nicht zuletzt der *weißen deutschen* Frau durch ‚Andere‘.

Tucholsky schrieb 1929 in seinem Text „Heimat“, man müsse „Freiheitsliebende aller Grade“ berücksichtigen, „wenn man von Deutschland spricht“⁷. Kritisch-emanzipatorische Gegendiskurse und Widerstand waren immer Teil der Geschichte, auch der deutschen. Für eine emanzipatorisch-kritische

7 Der Text bildet das letzte Kapitel seines Buches „Deutschland Deutschland über alles“ (1929) und ist aufrufbar unter: [https://de.wikisource.org/wiki/Heimat_\(Tucholsky\)](https://de.wikisource.org/wiki/Heimat_(Tucholsky)) (Stand: 01.04.2025).

Pädagogik ist es vor allem wichtig, aus dieser Vergangenheit über sich selbst zu lernen, die eigene historische Verantwortung wahrzunehmen und Betroffen- und Widerstandsperspektiven in die pädagogische Praxis einzubringen bzw. Empathie und Solidarität zu zeigen, zu ersuchen und zu fördern. Die Aufarbeitung kolonialer und nationalsozialistischer Verbrechen erfordert eine Auseinandersetzung mit der eigenen gesellschaftlichen Rolle als Pädagog*in sowie eine selbstkritische Reflexion der Fachgeschichte im Hinblick auf die Kontinuität von Diskriminierung und antidemokratischen sowie antiemanzipatorischen Denkweisen.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (2019): Aspekte des neuen Rechtsradikalismus. Berlin: Suhrkamp.
- Amadeu Antonio Stiftung (2021): FAQ-Verschwörungsideologien. https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2021/01/FAQ_Verschwörungsideologien.pdf [Zugriff: 01.04.2025].
- Arndt, Susan (2022): Rassistisches Erbe. Wie wir mit der kolonialen Vergangenheit unserer Sprache umgehen. Berlin: Duden Verlag.
- Berg, Anne O./Goetz, Judith/Sanders, Eike (2020): Frauen*rechte und Frauen*hass. Antifeminismus und die Ethnisierung von Gewalt. Autor*innen-Kollektiv „Feministische Intervention“ (AK Fe.In), 2. Auflage. Berlin: Verbrecher Verlag.
- Bergold-Caldwell, Denise/Grubner, Barbara (2020): Effekte der diskursiven Verknüpfung von Antifeminismus und Rassismus. Eine Fallstudie zu Orientierungskursen für neu Zugewanderte. In: Henninger, Annette/Birsl, Ursula (Hrsg.): Antifeminismen. „Krisen“-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential? Bielefeld: transcript Verlag, S. 149–191.
- Blum, Rebekka (2019): Angst um die Vormachtstellung. Zum Begriff und zur Geschichte des deutschen Antifeminismus. Hamburg: Marta Press.
- Duden Online (o.J.): Emanzipation. <https://www.duden.de/rechtschreibung/Emanzipation> [Zugriff: 01.04.2025].
- Goetz, Judith (2024): Geschlechterpolitiken der Identitären. Ein Beitrag zur politischen Bildung gegen Rechtsextremismus. Wiesbaden: Springer VS.
- Grosse, Laura (Bildungsstätte Anne Frank) (2022): Die „normale Familie“ und „die Eliten“. Was Verschwörungstheorien mit Gender-Vorstellungen zu tun haben. Aufrufbar unter: <https://www.bs-anne-frank.de/mediathek/blog/verschwörungstheorien-und-gender> [Zugriff: 01.04.2025].
- Kaya, Z. Ece (2010): Ideologie/Ideologiekritik. In: Jäger, Siegfried/Zimmermann, Jens (Hrsg.): Lexikon Kritische Diskursanalyse. Eine Werkzeugkiste. Münster: Unrast, S. 65–68.
- Kaya, Z. Ece (2017): Kolonialpädagogische Schriften in der NS-Zeit. „Eine spezifisch deutsche Theorie der Kolonisation“ – Zur Geschichte des Kolonialrassismus in der deutschen Erziehungswissenschaft. Weinheim/Basel: Beltz-Juventa.

- Kaya, Z. Ece (2023): „Das Element der Barbarei“: Kultur und ‚Abendland‘ in der deutschen Kolonialpädagogik. In: Baquero Torres, Patricia/Boger, Mai-Anh/Chadderton, Charlotte/Chamakalayil, Lalita/Spieker, Susanne/Wischmann, Anke (Hrsg.): Rassismuskritik und (Post)Kolonialismus. Jahrbuch für Pädagogik 2023. Weinheim: Beltz-Juventa, S. 186–199.
- Kaya, Z. Ece (2025): „Der ewige Bauplan der Welt“ – Konstruktionen von ‚Rasse‘ und ‚Geschlecht‘ in der Geschichte der deutschen Pädagogik von der kolonialen bis in die NS-Zeit. In: Klenk, Florian Cristóbal/Fütty, Tamás Jules/Bergold-Caldwell, Denise/Akbaba, Yalız (Hrsg.): Jahrbuch erziehungswissenschaftliche Geschlechterforschung (2021/2025): Geschlecht im Kontext Schule – New Gender, Old School? Leverkusen: Verlag Barbara Budrich, S. 91–106.
- Kompisch, Kathrin (2008): Täterinnen. Frauen im Nationalsozialismus. Köln/Weimar/Wien: Böhlau Verlag.
- Lang, Juliane/Peters, Ulrich (2019): Antifeminismus in Deutschland. Einführung und Einordnung des Phänomens. In: AStA Uni Frankfurt (Hrsg.): Feindbild Emanzipation. Antifeminismus an der Hochschule. Frankfurt.
- Langemann, Ludwig (1913): Auf falschem Wege: Beiträge zur Kritik der radikalen Frauenbewegung. Berlin: Zillesen.
- Messerschmidt, Astrid (2018): Alltagsrassismus und Rechtspopulismus. In: Gomolla, Mechtild/Kollender, Ellen/Menk, Marlene (Hrsg.): Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland. Figurationen und Interventionen in Gesellschaft und staatlichen Institutionen. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 80–91.
- Möbius, Paul Julius (1900/2024): Über den physiologischen Schwachsinn des Weibes: Ein umstrittenes Werk über Frauen: Wissenschaftliche Studien und genderbezogene Diskussionen im 19. Jahrhundert. Glasgow: Good Press Verlag.
- Oelkers, Jürgen (2024): Dialektik der Emanzipation: Sexualität und Geschlecht in der modernen Erziehung. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Ortmeyer, Benjamin (2014): Erziehung als Zucht. Prof. Ernst Krieck – Rektor der Goethe-Universität 1933–34. Vortrag am 12.05.2014 an der Goethe-Universität Frankfurt. https://forschungsstelle.wordpress.com/wp-content/uploads/2014/05/ortmeyer_erziehung-als-zucht_folien.pdf [Zugriff: 15.05.2025].
- Ortmeyer, Benjamin (2016a): Rassismus und Judenfeindschaft in der NSLB-Zeitschrift »Deutsches/Nationalsozialistisches Bildungswesen« 1933–1943. NS-Ideologie im Wissenschaftsjargon, Teil I. Frankfurt am Main: Protagoras Academicus Verlag.
- Ortmeyer, Benjamin (2016b): Rassismus und Judenfeindschaft in der Zeitschrift »Die Erziehung« 1933–1942 (Eduard Spranger). NS-Ideologie im Wissenschaftsjargon, Teil IV. Frankfurt am Main: Protagoras Academicus Verlag.
- Ortmeyer, Benjamin (2016c): Rassismus und Judenfeindschaft in der Zeitschrift »Volk im Werden« 1933–1944 (Ernst Krieck) NS-Ideologie im Wissenschaftsjargon, Teil II. Frankfurt am Main: Protagoras Academicus Verlag.
- Ortmeyer, Benjamin (2016d): Rassismus und Judenfeindschaft in der Zeitschrift »Weltanschauung und Schule« 1936–1944 (Alfred Baeumler). NS-Ideologie im Wissenschaftsjargon, Teil III. Frankfurt am Main: Protagoras Academicus Verlag.
- Planert, Ute (1998): Antifeminismus im Kaiserreich. Diskurs, soziale Formation und politische Mentalität. In: Berding, Helmut/Kocka, Jürgen/Ullmann, Hans-Peter/Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.): Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Band 124. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

- Reichskolonialbund (Hrsg.) (1939): Kolonie und Heimat. Die deutsche Koloniale Bilderzeitung 3, 6, München.
- Rhein, Katharina (2019): Erziehung nach Auschwitz in der Migrationsgesellschaft. Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus als Herausforderungen für die Pädagogik. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Stögner, Karin (2019): Konstellationen von Antisemitismus und Sexismus. In: Homering, Liselotte/Oßwald-Bargende, Sybille/Riepl-Schmidt, Mascha/Scherb, Ute (Hrsg.): Antisemitismus – Antifeminismus. Ausgrenzungsstrategien im 19. und 20. Jahrhundert. Roßdorf: Ulrike Helmer Verlag, S. 15–35.
- Wagner, Florian (2025): „Remigration“. In: Bartels, Inken/Löhr, Isabella/Reinecke, Christiane/Schäfer, Philipp/Stielike, Laura/Stierl, Maurice (Hrsg.): Inventar der Migrationsbegriffe, 20.02.2025. www.migrationsbegriffe.de/remigration [Zugriff: 15.05.2025].

III. Antifeminismus und Neurechte Aneignungsversuche des Pädagogischen

Pädagogik als Schauplatz antifeministischer Metapolitik¹

Juno Grenz

1 Einleitung

[W]o die öffentliche Bühne der politischen Auseinandersetzung immer Gefahr läuft, durch ‚laut‘ inszenierte, populistische Skandale von Akteur*innen im Netzwerk der Neuen Rechten nicht auf die erhoffte Zustimmung zu treffen, sondern in Ablehnung umzuschlagen, verspricht das Vordringen in das Private von Erziehung, Familie und Geschlecht, ‚leise‘ Metapolitik zu betreiben. (Meyer 2022: 143)

Die Mobilisierungen ‚gegen Gender‘ seit Beginn der 2010er Jahre konzentrieren sich zunächst darauf, ‚laut‘ und öffentlich gegen eine angebliche Gender-Ideologie zu protestieren. Den Beginn dieser neuen antifeministischen Welle markieren u.a. die Angriffe auf die geplante Verankerung von „Akzeptanz sexueller Vielfalt“ im baden-württembergischen *Bildungsplan 2015* sowie die Skandalisierung der *Sexualpädagogik der Vielfalt* (nach Tuider et al. 2012). Der Kampf ‚gegen Gender‘ war also von Beginn an mit pädagogischen und bildungspolitischen Themen verknüpft. Inzwischen aber operieren antifeministische Agitationen nicht mehr hauptsächlich über öffentliche Demonstrationen und Skandalisierungen. Vielmehr verfolgen sie eine ‚leise‘ metapolitische Strategie. Mit dem Begriff der ‚Metapolitik‘ bezeichnet die sogenannte ‚Neue Rechte‘ „eine Form der Einflussnahme [...], die nicht über die Mühlen von Parteipolitik und auf dem Wege demokratischer Verfahren erfolgt, sondern direkt Kultur und Alltag verändern soll“ (Thon 2024: 58). Für diese demokratiefeindliche Strategie wird die Pädagogik zunehmend als Aktionsfeld erschlossen, da sich „[d]as Private des Pädagogischen [...] ganz besonders gut als politischer Ort der nachhaltigen Aufrüstung gegen den ‚Mainstream‘ und für eine Erziehung hin zu einem ‚höheren‘ Menschen zu eignen“ scheint (Meyer 2022: 143). In der Erziehungswissenschaft sind in den letzten Jahren einige Arbeiten entstanden, die sich diesen Aneignungsversuchen des Pädagogischen durch die ‚Neue Rechte‘ widmen. Dass die rechte Vereinnahmung von Pädagogik aber eng mit antifeministischen Ideologien verbunden ist, bleibt

1 Die Ausführungen in diesem Beitrag basieren auf der Auseinandersetzung mit den Perspektiven und Erkenntnissen der interdisziplinären und erziehungswissenschaftlichen Forschung zu Antifeminismus und der ‚Neuen Rechten‘ in meiner Monographie *Bildung in Zeiten von Antifeminismus* (Grenz 2025).

hierbei meist unberücksichtigt. In diesem Kapitel versammeln wir daher Beiträge, die sich explizit der Verschränkung von Antifeminismus und neurechten Aneignungsstrategien des Pädagogischen widmen.

Hierzu nehme ich in diesem das Kapitel einleitenden Beitrag zunächst noch einmal die Verknüpfung von Antifeminismus und der ‚Neuen Rechten‘ in den Blick und erläutere, warum Antifeminismus als Teil neurechter Metapolitik verstanden werden muss. Ich schließe hierbei an den das erste Kapitel einleitenden Beitrag von Rebekka Blum an und befaße mich dementsprechend weniger ausführlich mit dem Antifeminismus-Begriff, sondern konzentriere mich vor allem auf die Frage, was die ‚Neue Rechte‘ ist, inwiefern sie tatsächlich als ‚neu‘ zu verstehen ist und warum ihre Aktivitäten ohne eine geschlechter-sensible Perspektive nicht sinnvoll analysiert werden können (1). Abschließend werfe ich noch einmal einen Blick zurück auf den Beginn der antifeministischen Mobilisierung gegen die Thematisierung von geschlechtlich und sexuell vielfältigen Lebensweisen in Bildungskontexten und der hierzu entstandenen Forschung. Hierbei wird deutlich, dass die meisten frühen Analysen die Angriffe in erster Linie als ‚Anti-Gender‘-Mobilisierung in den Blick nahmen. Dass hierbei auch gegen liberale und anti-autoritäre Bildungs- und Erziehungskonzepte gekämpft wurde, geriet erst später in den Fokus der Antifeminismusforschung. Der Schwerpunkt der frühen Analysen lag vor allem auf der Frage, welche Auswirkungen die antifeministischen Mobilisierungen auf das pädagogische Feld hatten (2). Inzwischen dringt die ‚Neue Rechte‘ aber zunehmend in unterschiedliche pädagogische Handlungsfelder vor. Dass mit diesem Vordringen in das Private des Pädagogischen auch eine Reaktualisierung von heteronormativen und patriarchalen Geschlechter- und Familienverhältnissen einhergeht, nehmen bislang nur wenige Arbeiten in den Blick. An diese schließen eine Reihe der in diesem Kapitel versammelten Beiträge an (3). Schließlich nehme ich in diesem Beitrag noch einmal eine andere Perspektive auf die aktuellen Entwicklungen ein. Ich frage hier im Anschluss an einen weiteren Beitrag aus diesem Kapitel weniger danach, inwiefern über neurechte Metapolitik ein antifeministisch-autoritäres Verständnis von Erziehung reproduziert wird. Vielmehr drehe ich die Blickrichtung um und frage, inwiefern autoritäre Erziehung die Entwicklung einer antifeministischen Weltansicht zur Folge hat (4). Abschließend fasse ich die zentralen Aspekte noch einmal zusammen und betone, dass antifeministische Angriffe auf Bildung und neurechte Vereinnahmungen von Erziehung² als Angriffe gegen die Demokratie und Demokratisierungsprozesse zu verstehen sind (5).

2 Zur diskursiven Trennung der Begriffe Bildung und Erziehung in rechten Diskursivierungen des Pädagogischen siehe Grenz 2025.

2 Antifeminismus und die ‚Neuen Rechten‘

Die Verwendung des Begriffs ‚Neue Rechte‘ ist nicht unproblematisch, weil es sich hierbei auch um eine Selbstbezeichnung der extremen Rechten handelt, die darüber hinwegtäuscht, dass sich die ‚Neue Rechte‘ ideologisch kaum von der ‚alten Rechten‘ unterscheidet. In der Rechtsextremismusforschung wird allerdings auch eine analytische Perspektive auf die ‚Neue Rechte‘ verfolgt, die dezidiert danach fragt, was tatsächlich ‚neu‘ ist an der ‚Neuen Rechten‘. Hierbei wird deutlich, dass der Begriff zwar Gefahr läuft, historische Kontinuitäten zu verdecken, sich aber durchaus neue Strategien der extremen Rechten identifizieren lassen (vgl. Salzborn 2019: 75f.).

Zu diesen Strategien gehört *Meike Sophia Baader* zufolge die Diskreditierung der Liberalisierungsbewegungen in den 1960er und 1970er Jahren (vgl. Baader 2019: 259, 2020: 132 sowie ihre Ausführungen in diesem Band). Baader zufolge fungiert 68 als „Kollektivsymbol für die Neue Rechte“ (Baader 2020: 133). Während die 68er-Bewegung auch als Kampf gegen das Fortwirken von rechtsextremen Strukturen und Akteur*innen in der Nachkriegszeit verstanden werden kann, schließt die ‚Neue Rechte‘, trotz ihrer rhetorischen Abarbeitung an 68, nicht explizit an den Nationalsozialismus an. Wie Baader im Anschluss an Weiß (2017) nachzeichnet, verfolgt die ‚Neue Rechte‘ eine rhetorische Abgrenzung vom NS und bezieht sich stattdessen auf die Autor*innen der sogenannten ‚Konservativen Revolution‘, die grob auf die Zeit zwischen dem ersten und zweiten Weltkrieg datiert wird (vgl. ebd.: 44–48). In der historischen Forschung ist unstrittig, dass es sich beim deutschen Radikalnationalismus der Weimarer Republik um einen Vorläufer des Nationalsozialismus handelt. Die ‚Neue Rechte‘ aber behauptet, bei der ‚Konservativen Revolution‘ handle es sich um eine vom NS unabhängige Bewegung (vgl. ebd.: 44). Im Anschluss an diese radikalnationalistischen Denkweisen macht die ‚Neue Rechte‘ den Liberalismus (und nicht, wie vielfach angenommen, den Islam) als ihren Hauptgegner aus (vgl. ebd.: 16–23).

‚Neu‘ ist darüber hinaus die Intellektualisierung der extremen Rechten. So treten neurechte Akteur*innen weniger als Springerstiefel tragende Skinheads, sondern vielmehr als „eloquente Ideologen“ (ebd.: 27) in Erscheinung. Zur Strategie der Intellektualisierung gehört das Umdeuten von bekannten sowie das Prägen von neuen Begriffen. Das bekannteste Beispiel ist vermutlich der Begriff ‚Ethnopluralismus‘. Mit dem Bezug auf Ethnien bzw. Ethnizität und den liberal anmutenden Begriff ‚Pluralismus‘ erscheint dieser weniger rassentheoretisch. Gemeint ist aber auch hier eine zu erstrebende „konsequente[.] räumliche[.] Separierung und geopolitische[.] Trennung von Menschen nach ethnisch-kulturalistischen Kriterien“ (Salzborn 2019: 79). Grundlage für diese Kriterien ist die Annahme einer kategorialen Ungleichheit der Menschen.

Schließlich gehört auch die Selbstinszenierung als gesellschaftliche Mehrheit zu den Strategien der ‚Neuen Rechten‘. Während sich einige neurechte Akteur*innen in populistischer Manier als Vertreter*innen des Volkes inszenieren, geht es beispielsweise bei der ‚Identitären Bewegung‘ mehr darum, sich medial als Masse darzustellen. Einzelaktionen weniger Akteur*innen erscheinen so als große soziale Bewegung (vgl. Salzborn 2019: 85).

Auf organisatorischer Ebene macht Wilhelm Heitmeyer drei Bühnen aus, auf denen neurechte Akteur*innen – die er als autoritäre Nationalradikale beschreibt – agieren (vgl. Heitmeyer 2018: 240). Auf der Hinterbühne versammeln sich rechtsintellektuelle Denkfabriken und Publikationsorgane. Hierzu zählen insbesondere das u.a. von Götz Kubitschek gegründete *Institut für Staatspolitik* (IfS)³ und die *Bibliothek des Konservatismus* sowie der ebenfalls von Kubitschek und seiner Frau Ellen Kositzka geleitete *Antaios*-Verlag, bei dem auch die vom IfS herausgegebene Zeitschrift *Sezession* erscheint. *Meike Sophia Baader*⁴ nimmt in ihrem Beitrag beispielhaft das neurechte Magazin *Cato* in den Blick und befasst sich hier insbesondere mit den Artikeln, die pädagogische Themen aufgreifen. Während diese Institutionen und Publikationen nach der Jahrtausendwende gegründet wurden, existiert die Wochenzeitschrift *Junge Freiheit* bereits seit 1986. Sie wurde Anfang der 2000er allerdings ebenfalls neu organisiert und gilt heute als das „Mutterschiff“ (Weiß 2017: 19) der ‚Neuen Rechten‘ und stellt die „inoffizielle[.] Parteizeitung der AfD“ dar (ebd.: 26).

Auf der Vorderbühne ist vor allem die AfD als parlamentarischer Arm der ‚Neuen Rechten‘ sichtbar. Die AfD wurde im Jahr 2013 von einer (extrem) rechten/rechts-konservativen, aber dennoch heterogenen Gruppe gegründet (vgl. ebd.: 8). Während sich die Partei zunächst gegen neurechte Einflüsse wehrte (Kubitschek und Kositzka wurde die Parteiaufnahme zunächst verwehrt), bildete sich schon bald der sogenannte ‚Flügel‘ um Björn Höcke und André Poggenburg. Ob mit der Abwahl von Bernd Lucke im Juli 2015 tatsächlich die Parteiübernahme durch den rechtsextremen Flügel eingeleitet wurde, wird kontrovers diskutiert, in jedem Falle aber öffnete sich die AfD anschließend gänzlich für die ‚Neue Rechte‘ und die Ideen des IfS (vgl. ebd.: 8f.). Während der Verfassungsschutz die AfD erst im Mai 2025 als gesichert

3 Das IfS wurde im April 2024 offiziell aufgelöst. Es wird vermutet, dass der Leiter Kubitschek mit der Auflösung einem drohenden Vereinsverbot zuvorkommt, denn das IfS wurde im April 2020 vom Verfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall und im April 2023 als gesichert rechtsextrem eingestuft. Dass sich die neurechte Denkfabrik tatsächlich auflöst, wird hingegen bezweifelt und vielmehr davon ausgegangen, dass die Aktivitäten unter neuem Namen fortgesetzt werden (vgl. Götschenberg/Schmidt 2024). Dem Bundesamt für Verfassungsschutz zufolge wurde bereits im Februar 2024 die „Menschenpark Veranstaltungen UG“ gegründet, „deren alleiniger Geschäftsführer der ehemalige Vorsitzende des IfS ist“ (BfV 2024).

4 Die kursiv gesetzten Namen beziehen sich auf die Beiträge dieser Autor*innen in diesem Band.

rechtsextremistisch einstufte, hat die Partei Samuel Salzborn zufolge bereits „[m]it dem Bundestagswahlkampf im Jahr 2017 [...] programmatisch und personell ihre Entwicklung zu einer rechtsextremen Partei abgeschlossen“ (Salzborn 2019: 44).

Die dritte Bühne bildet der aktionistische Arm der ‚Neuen Rechten‘. Diese wird vor allem von (extrem) rechten Aktivist*innen wie der Bewegung der *Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes* (Pegida) und der *Identitären Bewegung* (IB) bespielt. Auch antifeministische Bündnisse wie die *Demo für Alle* (DfA) und die *Initiative Familienschutz* sind als „populistisch-aktivistischer Arm neurechter Ideen“ (Meyer 2022: 135) zu verstehen. Dass antifeministische Akteur*innen und Organisationen im ‚Mainstream‘ der Rechtsextremismusforschung bislang nicht als Teil der ‚Neuen Rechten‘ berücksichtigt werden, zeigt, dass die Perspektiven der Geschlechterforschung in der Rechtsextremismusforschung nach wie vor marginalisiert werden (vgl. Degen 2024; Dietze/Roth 2020).

Auch in der bisherigen Forschung zu Vereinnahmungsstrategien des Pädagogischen wird die Geschlechterdimension weitestgehend ignoriert. So sind in den letzten Jahren zwar einige Arbeiten entstanden, die sich damit befassen, wie die ‚Neue Rechte‘ in die Felder von Wissenschaft und Bildung (z.B. Hacker/Otterspeer 2021), Soziale Arbeit (z.B. Krüger et al. 2022; Gille et al. 2021), Schulbildung (z.B. Wischmann 2023; Brüning 2021) und (Familien-)Erziehung (z.B. Simon/Thole 2021; Jornitz 2020; Rödel 2020) vordringt. Eine Verbindung zu Antifeminismus wird hier aber nur sehr bedingt hergestellt.

Antifeminismus aber ist als Teil der ‚Neuen Rechten‘ zu verstehen und so analysieren auch *Julian Sehmer* und *Stephanie Simon* Queerfeindlichkeit explizit als Brückennarrativ und Mobilisierungsmoment der (extremen) Rechten, das aktuell vor allem im Feld der Pädagogik zu beobachten ist. Die Autor*innen identifizieren fünf queerfeindliche Mobilisierungsdynamiken und diskutieren diese im Hinblick auf die sich hieraus ergebenden Konsequenzen für die pädagogische und erziehungswissenschaftliche Auseinandersetzung.

Heike Mauer beschreibt antifeministische Angriffe auf Bildungsprojekte darüber hinaus als paradoxe Form der Politisierung. Anhand dreier Beispiele von antifeministischen Angriffen auf Schulbildung, öffentlich-rechtliche Medienbildung und frühkindliche Bildung verdeutlicht sie, dass in antifeministischen Mobilisierungen zwar das Ziel verfolgt wird, die Verhandlung des Dualismus von öffentlich und privat zu entpolitisieren, hierfür aber auf politische Strategien der Mobilisierung zurückgegriffen wird. Die Trennung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit wird hierbei ebenso naturalisiert wie die binäre Geschlechterordnung, wodurch die Konstruiertheit dieser Trennung unsichtbar und durch ihre Politisierung entpolitisiert wird.

Katja Lell & *Burak Şengüler* zeigen in ihrem Beitrag zudem die Verknüpfung zwischen Antifeminismus und Rassismus auf. Aus der Perspektive der ästhetischen Filmbildung analysieren sie den Dokumentarfilm *Aşk, Mark ve*

Ölüm (Kaya, 2022) sowie dessen Aufführung vor Publikum. Unter dem Begriff des Blickwechsels verfolgen sie die Irritations- und Störungsmomente der im Film thematisierten migrationsgesellschaftlichen Realität und zeichnen nach, wie diese die hegemoniale Konstruktion von *weißer*, heteronormativer, patriarchaler und nationalistischer Männlichkeit herausfordern und affektive antifeministische und rechte Reaktionen hervorbringen.

3 Antifeministische Angriffe auf Pädagogik und Bildungspolitik und deren Auswirkungen auf das pädagogische Feld

In der Forschung zu Antifeminismus wird in den 2010er Jahren eine Verschiebung vom männer- zum familienzentrierten Antifeminismus beobachtet (vgl. Scheele 2016: 5, 2015: 33). Hier steht die Figur des ‚unschuldigen, bedrohten Kindes‘ im Zentrum. Die ersten Analysen zur antifeministischen Mobilisierung gegen den ‚Bildungsplan 2015‘ und der Skandalisierung der ‚Sexualpädagogik der Vielfalt‘ konzentrieren sich darauf, diese Figur und ihre Funktion für die ‚Anti-Gender‘-Mobilisierung herauszuarbeiten. In ihrem viel rezipierten Beitrag bezeichnet Imke Schmincke die „Chiffre Kind als moralische Waffe“ (Schmincke 2015: 94), die auch historisch insbesondere in christlichen Diskursivierungen immer wieder zum Einsatz kam (vgl. ebd.: 102). Ergänzend zeigt Katrin Kämpf (2015), dass über die Figur des ‚unschuldigen Kindes‘ auch die Verknüpfung bzw. Gleichsetzung von sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Homosexualität tradiert wird (vgl. ebd.: 110–112). Elisabeth Tuiider greift auf die Beiträge von Schmincke und Kämpf zurück und analysiert „Diskreditierungsweisen von Sexualpädagogik und -wissenschaft als Teil antifeministischer Diskreditierungen“ (Tuiider 2016: 178). Sie zeigt, dass das Bild des ‚unschuldigen Kindes‘ auf rassistischen und völkisch-nationalen Vorstellungen basiert und hierüber „Re/Normierungen des Sexuellen“ (ebd.: 177) betrieben werden. Tuiider sieht hierin eine Reaktualisierung der biopolitischen Vorstellungen vom Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts (vgl. ebd.: 188–190).

Spätere Studien nehmen stärker in den Blick, dass mit der Mobilisierung ‚gegen Gender‘ auch ein Angriff auf verschiedene pädagogische Felder einhergeht. Oldemeier et al. (2020) zeigen, dass geschlechterreflektierte, Antidiskriminierungs- und Sexualpädagogik in ‚Anti-Gender‘-Mobilisierungen häufig grundsätzlich die Notwendigkeit abgesprochen und die pädagogische Bearbeitung von Geschlechter- und Sexualitätsfragen in Gewalt und Gewaltausübung umgedeutet wird (vgl. ebd.: 236–238). Zudem befassen sich Oldemeier et al. damit, dass sich Pädagogik „grundsätzlich in einem Spannungsfeld

zwischen elterlichem Bestimmungsrecht und staatlichem Bildungsauftrag“ (ebd.: 232) befindet und daher „per se von spannungsreichen Verhältnissen, (potenziell) konflikthaften Momenten, Widersprüchen und Dilemmata gekennzeichnet [ist], die es zu einer besonders ‚attraktiven‘ Arena für antifeministische (bzw. insgesamt politische) Auseinandersetzungen machen“ (ebd.). Über eine Dispositivanalyse von problemzentrierten Interviews mit Pädagog*innen aus den angegriffenen Feldern und teilnehmenden Beobachtungen in sexualpädagogischen Fortbildungen untersuchen die Autor*innen, „[w]ie genau [...] (Sexual-)Pädagogik zum Gegenstand antifeministischer Thematisierungen [wird] und in welchem Verhältnis [...] das zum Feld des (Sexual-)Pädagogischen selbst [steht]“ (ebd.: 231).

Annette Henninger betont, dass „antifeministische Diskurse im Feld der (Sexual-)Pädagogik besonders tiefe Spuren hinterlassen“ haben (Henninger 2020: 34). Andere Untersuchungen zeigen, dass pädagogische Themen (inzwischen) nicht mehr nur angegriffen, sondern auch aktiv von rechts vereinnahmt und positiv besetzt werden.

4 Antifeministische und neurechte Aneignungsversuche des Pädagogischen

Einer der wichtigsten Referenzpunkte für die Auseinandersetzung mit neurechten Aneignungsversuchen des Pädagogischen sind die Zwischenergebnisse von Sabine Andresens „wilde[r]‘ Recherche“ zu „[r]echtspopulistische[n] Narrativ[n] über Kindheit, Familie und Erziehung“ (Andresen 2018). Andresen analysiert, dass Entlarvung, also das Aufdecken von (vermeintlichen) Missständen oder angeblichen Verschwörungen, und Skandalisierung als zentrale populistische Modi der (extremen) Rechten, auch in der neurechten Aneignung pädagogischer Themen eine zentrale Rolle spielen (vgl. ebd.: 769f.). Außerdem arbeitet Andresen als vier zentrale Merkmale heraus, dass eine Ideologie der Ungleichheit und Ungleichwertigkeit, eine Wir-vs.-die-Anderen-Konstruktion, eine angebliche Indoktrination der liberalen Gesellschaft sowie eine als homogen imaginierte Gesellschaft der staatlichen Umerziehung drohe (vgl. ebd.). Hierbei arbeitet sie zwar nicht mit dem Antifeminismusbegriff und stellt auch keinen Zusammenhang zur bisherigen Forschung zu Antifeminismus her. Ihre Argumentation denkt die Geschlechterdimension aber konsequent mit und so verdeutlicht Andresen die rechte Ungleichheitsideologie am Narrativ der ‚Genderdiktatur‘ und zeigt, dass insbesondere die Geschlechterforschung als das ‚Andere‘ konstruiert wird.

Die kurz nach Andresens Text erschienenen Beiträge von Meike Sophia Baader stellen auch in der Begriffs- und Literaturwahl explizit eine Verbindung zwischen Antifeminismus und neurechten Aneignungsversuchen des

Pädagogischen her (vgl. Baader 2019, 2020). Baader beschreibt die „autoritäre Revolte“ (Weiß 2017) der ‚Neuen Rechten‘ hier als anti-antiautoritäre Bewegung, die sich stark an der 68er-Bewegung abarbeitet. Sie beschreibt zunächst, dass in der 68er-Bewegung Fragen von Geschlecht und Sexualität sowie Bildung und Erziehung eine zentrale Rolle spielten und identifiziert eine kritische Auseinandersetzung mit Autorität als Hauptanliegen der Bewegung. Die in diesem Zuge zunehmende Infragestellung männlicher Autorität stellt auch den Beginn explizit feministischer Bewegungen ab Ende der 1960er dar, im Rahmen derer auch antiautoritäre Erziehungskonzepte entwickelt wurden (vgl. Baader 2019: 243). Die hier errungene und angestoßene Liberalisierung der Geschlechterverhältnisse und Erziehungskonzepte wird Baader zufolge bereits seit Beginn der 2000er Jahre zunehmend infrage gestellt (z.B. mit Bernhard Buebs *Lob der Disziplin* (2006), das Baader nicht nur als Plädoyer für eine autoritäre Vorstellung von Erziehung, sondern auch als antifeministische Schrift liest). Mit der ‚Anti-Gender‘-Mobilisierung und dem hier vielfach aufgerufenen Bild des unschuldigen Kindes seit Beginn der 2010er Jahre bekommt diese Infragestellung eine neue Qualität.

Sarah Meyer (2022) und Christine Thon (2024) schließen an die Analysen von Andresen und Baader an und zeigen, dass die ‚Neue Rechte‘ inzwischen zunehmend eigene pädagogische Programmatiken entwickelt, die sich auf (Familien-)Erziehung konzentrieren. Diese Entwicklung nehmen auch einige der in diesem Kapitel versammelten Beiträge in den Blick (siehe die Beiträge von Meike Sophia Baader, Christine Thon, Elija Horn & Klemens Ketelhut sowie Heike Mauer). Andere zeigen, dass die ‚Neue Rechte‘ auch in die Felder von (Erziehungs-)Wissenschaft, Soziale Arbeit und Schulbildung vordringt. Anders als die bisherige Forschung zu neurechten Agitationen in diesen Handlungsfeldern (siehe Abschnitt 1), arbeiten die Beiträge dieses Kapitels explizit auch die Verknüpfung zur antifeministischen Mobilisierung heraus.

4.1 Erziehungswissenschaft

So befassen sich *Elija Horn & Klemens Ketelhut* u.a. mit antifeministischen Aktivitäten von erziehungswissenschaftlichen Professor*innen. In einem bereits veröffentlichten Beitrag setzen sich Horn und Ketelhut (2024) mit antifeministischen Publikationen von Bernd Ahrbeck, Marion Felder und Karla Etschenberg auseinander, die in wissenschaftlichen Zeitschriften und wissenschaftlichen Verlagen erschienen sind. In diesem Band zeichnen Horn und Ketelhut nach, wie Ahrbeck und Felder bei öffentlichen Veranstaltungen und in Podcasts als Erziehungswissenschaftler*innen auftreten und hier in einem autoritären und demokratiefeindlichen Verständnis von ‚Kinderschutz‘ das 2024 in Kraft getretene Selbstbestimmungsgesetz diskreditieren. Gearbeitet wird

hier mit bekannten Strategien der (extremen) Rechten wie Angstschüren und Desinformation.

4.2 Soziale Arbeit

Lucia Bruns & Esther Lehnert nehmen in ihrem Beitrag eine historische Perspektive auf die sogenannte Akzeptierende Jugendarbeit in den 1990ern ein. Das Analysematerial bilden problemzentrierte Expert*inneninterviews mit männlichen Sozialarbeitern, die in den frühen 1990er Jahren mit extrem rechten Jugendlichen gearbeitet hatten. Bruns und Lehnert zeichnen zunächst nach, dass das Konzept der Akzeptierenden Jugendarbeit bereits zum Zeitpunkt der Einführung kontrovers diskutiert wurde. Insbesondere die akzeptierende Perspektive, die aus der Arbeit mit Drogenabhängigen übernommen worden war, stand im Fokus der Kritik. Auch die Reduzierung von Rechtsextremismus auf ein Jugendproblem wurde problematisiert. Dass die Akzeptierende Jugendarbeit darüber hinaus auf männliche Täter fokussiert war, wurde allerdings nur von wenigen kritisiert und diese Kritik marginalisiert. Die Analyseergebnisse bestätigen das Fehlen einer geschlechterreflexiven Perspektive der männlichen Sozialarbeiter. Vielmehr wird eine hegemoniale Vorstellung von Männlichkeit reproduziert, die Geschlecht als Kategorie unsichtbar macht. Sexualisierte Gewalt an Mädchen und Frauen wird nicht als solche und die adressierten rechts-extremen männlichen Jugendlichen nicht als Täter erkannt. Bruns und Lehnert zeigen schließlich, dass die Akzeptierende Jugendarbeit in den 1990er Jahren und die damit einhergehende Reproduktion von hegemonialer Männlichkeit keineswegs zur Eindämmung, sondern vielmehr zur Verbindung und damit auch der Stärkung der extremen Rechten beitrug.

4.3 Schulbildung

Thea Stolle befasst sich in ihrem Beitrag mit dem Feld der Schulbildung. Anhand der inzwischen in mehreren Bundesländern erlassenen Sprachverbote nimmt sie in den Blick, wie eine antifeministische Ideologie zunehmend Einzug in allgemeine Schulen erhält. Stolle führt zunächst in linguistische Perspektiven auf vergeschlechtlichte Sprache und unterschiedliche Strategien eines gendersensiblen Sprachgebrauchs ein. Anschließend präsentiert sie die Ergebnisse ihrer Diskursanalyse der beiden Erlasse von Sachsen und Schleswig-Holstein, die als erste Länder das sogenannte Gendern mit Sonderzeichen in Schulen verboten hatten, sowie das Schreiben des Rats für deutsche Rechtschreibung, auf das sich die beiden Erlasse beziehen. Stolle zeichnet nach, dass die Erlasse das Gendern mit Sonderzeichen letztlich nicht einfach und begründungslos verbieten, sondern der Rat für deutsche Rechtschreibung als Autorität

hervorgebracht wird, der die Verwendung von Sonderzeichen wie Asterisk, Unterstrich oder Doppelpunkt über unterschiedliche Strategien delegitimiert.

Auch *Heike Mauer* befasst sich in einem der drei Beispiele ihres Beitrags mit antifeministischen Angriffen im schulischen Kontext: Ausgangspunkt ist die Debatte um den ‚Bildungsplan 2015‘, mit dem die grün-rote Landesregierung Baden-Württembergs ‚Akzeptanz sexueller Vielfalt‘ als Querschnittsthema im neuen Bildungsplan verankern wollte. Gegen dieses Vorhaben formierte sich massiver Widerstand von rechts. Mauer zeichnet die Debatte nach und bezieht sich in ihrer Analyse des Verlaufs sowie der eingesetzten diskursiven Strategien auf einen Beitrag von Ketelhut sowie auch meine eigenen Arbeiten zur Debatte um den ‚Bildungsplan 2015‘. In meiner Monographie zeige ich u.a. wie das Bildungsziel ‚Akzeptanz sexueller Vielfalt‘, das im baden-württembergischen Bildungsplan verankert werden sollte, im Laufe der Debatte unsagbar gemacht wurde. Interessanterweise trugen zur diskursiven Herstellung dieser Unsagbarkeit nicht nur die antifeministischen Angriffe, sondern auch die Äußerungen der Bildungsplanbefürworter*innen wie Antifa, queere Community und Kultusministerium bei (vgl. Grenz 2025).

4.4 (Familien-)Erziehung

In meiner diskursanalytischen Untersuchung der Debatte um den ‚Bildungsplan 2015‘ kann ich außerdem nachzeichnen, dass und vor allem wie Geschlechter- und Sexualitätsfragen jenseits der Heteronorm diskursiv in den privaten Bereich der Familienerziehung verschoben und so dem Zuständigkeitsbereich öffentlicher Schulbildung entzogen werden. Vor dem Hintergrund des antifeministischen Narrativs einer Umerziehung durch den Staat, der von ‚Lobbyisten‘ und ‚Sexideologen‘ beeinflusst werde und Kinder indoktrinieren wolle, erscheint richtige, freiheitliche Erziehung nur im Privaten, in den Familien möglich. Auch Sexualität erscheint in den Äußerungen der selbsternannten ‚besorgten Eltern‘ als reine Privatsache. Sie sei eine „hochsensible, zutiefst private, intime und mit einer natürlichen Schamgrenze geschützte Zone“ (Saur 2014), heißt es in einer Stellungnahme des Philologenverbands. Sexualität ist also nicht nur privat, sondern wird auch immer wieder mit Scham assoziiert und diese Scham naturalisiert. Sexualität erscheint hierdurch als etwas, wofür sich Menschen von Natur aus schämen. Und nicht nur das: Sexualität wird normativ zu etwas, wofür sich Menschen schämen *sollten*. Insbesondere Kindern wird diese Scham zugeschrieben. Kinder erscheinen in den Äußerungen der Bildungsplangeegner*innen als unschuldige, a- bzw. präsexuelle Wesen (vgl. z.B. Baader 2019; Tuidier 2016; Schmincke 2015). Gleichzeitig wird befürchtet, sie könnten die eigene Sexualität ‚zu früh‘ entdecken. Die Bildungsplangeegner*innen sprechen sich in dem analysierten Material daher explizit gegen die Thematisierung von Sexualität im Bildungsplan aus. Die Analyse

zeigt aber, dass die Fokussierung auf das Thema Sexualität insbesondere in diesen Äußerungen hergestellt wird. Sexualität erscheint als *das* Thema der Debatte um den ‚Bildungsplan 2015‘. Während heterosexuelle Lebensweisen hierbei naturalisiert und entsexualisiert werden, werden sowohl queere Lebensweisen als auch die geplanten Bildungsplaninhalte (hyper-)sexualisiert. Es entsteht also der Eindruck, als ginge es bei Menschen, die queer leben immer und ausschließlich um sexuelle Praktiken, die als pervers markiert werden. In der Schule sollten Geschlechter- und Sexualitätsfragen daher allenfalls im Hinblick auf die heteronormative Ehe thematisiert werden. Grundsätzlich werden Geschlechter- und Sexualitätsthemen aber in den Bereich der Erziehung und damit in die Familien verschoben. Familie wird in den Äußerungen der Bildungsplangegner*innen als heteronormative Abstammungsgemeinschaft imaginiert (vgl. Grenz 2025).

In der Debatte um den ‚Bildungsplan 2015‘ kann ich zwar diese Verschiebung von Geschlechter- und Sexualitätsfragen in den privaten Bereich der Familienerziehung nachzeichnen. Die Ausgestaltung von Familienerziehung wird hier allerdings nicht näher thematisiert. Die Analysen von *Christine Thon* zeigen allerdings, dass antifeministische und neurechte Akteur*innen inzwischen zunehmend eigene pädagogische Programme entwerfen, die sich auf Familienerziehung fokussieren (vgl. Thon 2024: 60). So wird der Kampf ‚gegen Gender‘ und die Skandalisierung einer vermeintlichen ‚Krise der Familie‘ auch im AfD-Wahlprogramm fortgeschrieben, ihr werden allerdings „attraktive Entwürfe“ (ebd.: 63) entgegengesetzt. Der „demographische[n] Katastrophe“ (AfD 2021: 105 zit. n. Thon 2024: 64) werden „emotional aufgeladene[.] Szenarien einer heilen Welt der [heteronormativen, JG] Familie als erreichbarer sozialer Sehnsuchtsort“ gegenübergestellt (Thon 2024: 64). In dem in diesem Band veröffentlichten Vortragskript zeichnet Thon anhand von aktuellen antifeministischen Blogs und Webseiten nach, wie traditionelle Familienerziehung als überlegen hervorgebracht wird. Familie und Familienerziehung werden hier emphatisch aufgeladen: Erziehung wird sowohl mit Elternschaft bzw. genauer mit Mutterschaft als auch mit Liebe gleichgesetzt. Thon geht davon aus, dass diese antifeministische und neurechte Diskursivierung von Geschlecht, Generation, Familie, Bildung und Erziehung hegemonial werden könnte, da Familien in aktuellen bildungspolitischen Maßnahmen und Debatten in erster Linie „als Risikofaktor für die Bildungschancen von Kindern adressiert“ werden (ebd.: 65). Auch in der Erziehungswissenschaft beobachtet Thon eine „Banalisation von Familienerziehung als private und auch weibliche Domäne“ (ebd.: 69). Erziehungswissenschaftliche Theoriebildung und Forschung schreiben ihr zufolge heteronormative und familistische Ordnungen fort und bieten neurechten und antifeministischen Aneignungsversuchen des Pädagogischen damit vielfältige Anschlussmöglichkeiten (vgl. ebd.: 69f.).

Auch *Elija Horn & Klemens Ketelhut* befassen sich damit, wie die ‚Neue Rechte‘ über das Ratgeber-Genre in das Feld der Erziehung vordringt. Sie

nehmen hierbei vor allem transfeindliche Erziehungsratgeber in den Blick, die sich sowohl an Eltern als auch an Pädagog*innen richten (vgl. Horn/Ketelhut 2024). Transgeschlechtlichkeit wird hier pathologisiert und als ‚Kult‘ bezeichnet, vor dem es Kinder und Jugendliche zu retten gelte. Horn und Ketelhut arbeiten u.a. heraus, dass es sich bei dem inzwischen als jugendgefährdend eingestuftem Elternratgeber „Wege aus dem Transgenderkult“ (Bode/Duwe 2023) um eine Anleitung zur Durchführung einer Konversionsbehandlung im familiären Kontext handelt.

Meike Sophia Baader schließlich befasst sich nicht nur mit dem Erziehungs-, sondern auch mit dem in antifeministischen Mobilisierungen und neurechten Publikationen immer wieder in Anschlag gebrachten Umerziehungsbegriff. Über einen narrativ- und framing-analytischen Zugang untersucht sie die Schrift „50 Jahre Umerziehung. Die 68er und ihre Hinterlassenschaften“ von Josef Kraus (2018) sowie den Erziehungsratgeber „Wir erziehen. Zehn Grundsätze“ von Caroline Sommerfeld (2019). So arbeitet sie einerseits zentrale Narrative zu Erziehung und Bildung und ihre Verschränkung mit den geschlechter- und familienpolitischen Positionen der ‚Neuen Rechten‘ und andererseits neurechte Netzwerkstrukturen heraus.

5 Autoritäre Erziehung als Grundlage für antifeministische Ideologie

Christopher Fritzsche & Susanne Maurer nehmen in ihrem Beitrag eine andere Perspektive auf die Verschränkung von Antifeminismus und rechter Pädagogik ein. In ihrem Briefwechsel diskutieren sie weniger, dass über antifeministische Mobilisierungen und neurechte Publikationen autoritäre Erziehungskonzepte re-normalisiert werden (sollen), sondern fragen vielmehr, inwiefern umgekehrt die Entstehung antifeministischer Einstellungen über autoritäre Erziehungsformen erklärt werden kann.

David Nax und Florian Schmitt formulierten bereits 2015 die These, dass autoritäre Erziehung eine Erklärung für den „imaginierte[n] Zwang (einer feministisch-homosexuell-verschwörerischen Bedrohung)“ bietet (Nax/Schmitt 2015: 279f.). Die so erlernte „Logik von ‚Ge- und Verboten‘“, (ebd.: 280) lasse keine andere Interpretation der dekonstruktiven Sexualpädagogik zu, als diese als „die Anbahnung einer totalitären Diktatur inklusive neuer, starrer Ge- und Verbote“ (ebd.) zu imaginieren. Während Nax und Schmitt diese These nicht weiter erläutern, befasst sich insbesondere Fritzsche – der im Briefwechsel mit Maurer in erster Linie eine sozialpsychologische bzw. psychoanalytische Perspektive einnimmt – eingehender damit, wie die Erklärungsansätze der Autoritarismusforschung der Frankfurter Schule für die Entstehung von autoritären Einstellungen für die Frage nach antifeministischen Einstellungen fruchtbar

gemacht werden können. Ihm zufolge repräsentieren elterliche und gesellschaftliche Autoritäten auch vergeschlechtlichte Normvorstellungen, die Heranwachsende herausfordern, eine eindeutig heterosexuelle, cis weibliche oder männliche Identität zu entwickeln. Queer-feministische Perspektiven stellen die Notwendigkeit dieser binären Eindeutigkeit infrage und rufen daher zwangsläufig ein „Unbehagen“ mit der eigenen vergeschlechtlichten Subjekt-position hervor.

Auch Maurer geht davon aus, „dass die Missachtung von bzw. der Hass auf Frauen* und ‚Andere‘ ohne eine Vorstellung vom Unbewussten nicht wirklich verstanden werden können“ (S. 338 in diesem Band). In ihren Reaktionen auf Fritzsches Überlegungen stellt Maurer eine Verbindung zu bildungstheoretischen Ansätzen her und zeigt, dass insbesondere in der kritischen Bildungstheorie gerade das Konflikthafte und Widersprüchliche in den Blick genommen wird. Auch in poststrukturalistischen Bildungstheorien, die das Verhältnis von Bildung und Subjektivierung diskutieren, sieht Maurer wichtige Anknüpfungspunkte für Fritzsches sozialpsychologische Ansätze.

Kritisch diskutieren beide die Frage, wo Autoritätsfiguren aktuell zu lokalisieren sind. Während klassische Autoritarismustheorien von einer großen Bedeutung der elterlichen Erziehung und insbesondere der Figur des strafenden Vaters ausgehen, zeigen die Autor*innen, dass diese Perspektive von Beginn an problematisch war bzw. auf einem Missverständnis beruhte: Der strafende Familienvater wurde auch in frühen Texten der Frankfurter Schule lediglich als Repräsentant gesellschaftlicher Autorität verstanden. Maurer und Fritzsche diskutieren hier auch, welche Rolle digitale Medien inzwischen für die Sozialisation von Heranwachsenden spielen. Schließlich lokalisiert Fritzsche gesellschaftliche Autorität in den (quasi unsichtbaren) kapitalistischen Machtverhältnissen, denen sich auch Eltern permanent unterwerfen müssen. Sie verkörpern in diesem Sinne den kapitalistischen Verwertungszwang ihren Kindern gegenüber.

Hier wird ein zentraler Zusammenhang deutlich, den ich auch in meiner eigenen Arbeit (Grenz 2025) abschließend aufgreife, dort aber nur in Ansätzen diskutiere: Das Erstarken von antifeministischen und autoritären Kräften ist ohne eine kapitalismuskritische Perspektive nicht zu erklären. Entgegen der vielfach artikulierten Annahme, antifeministische und autoritäre Mobilisierungen seien als Reaktion auf eine zunehmende Ökonomisierung aller Lebensbereiche zu verstehen, zeigen Fritzsche und Maurer hier aus sozialpsychologischer Perspektive, dass neoliberale Strukturen bereits selbst zum Demokratieabbau beitragen (vgl. Ludwig/Woltersdorff 2018).

6 Antifeministische Metapolitik als Herausforderung für die Erziehungswissenschaft

Diese Entwicklungen stellen auch die Erziehungswissenschaft vor neue Herausforderungen. In einem von *Susanne Maurer* moderierten Gesprächsbeitrag diskutieren *Sieglinde Jornitz, Susanne Maurer, Sarah Meyer & Werner Thole*, wie die Erziehungswissenschaft zum Umgang mit pädagogischen Diskursen von rechts Stellung beziehen kann. Angesichts einer von Thole beschriebenen und von Jornitz als „akademische Gegen-Welt“ (S. 357 in diesem Band) bezeichneten pseudowissenschaftlichen, neurechten Parallelstruktur diskutieren die Autor*innen die Frage, welche Rolle Normativität in Erziehungswissenschaft und Pädagogik spielt. Meyer plädiert dafür, das normative Fundament der Erziehungswissenschaft stärker zu kommunizieren und zu betonen, dass sowohl Bildungs- und Erziehungskonzepte als auch pädagogisches Handeln immer auf bestimmten Wertvorstellungen und ethischen Grundsätzen beruhen müssen. Eine ideologiefreie Bildung und Erziehung – wie sie von der ‚Neuen Rechten‘ reklamiert wird – kann es in diesem Sinne nicht geben, sondern muss selbst als ideologische Position entlarvt werden. Meyer plädiert insgesamt dafür, dass sich die Erziehungswissenschaft noch stärker dem Feld der Wissenschaftskommunikation zuwenden sollte, auch um ein gesellschaftlich weit verbreitetes scientistisches Verständnis von Wissenschaft als objektiv, wertfrei und unpolitisch zu dekonstruieren und Wissenschaft vielmehr als langwierigen, kollektiven und demokratischen Aushandlungsprozess zu rahmen.

Thole betont, dass sich Erziehungswissenschaftler*innen noch stärker kritisch mit Kolleg*innen auseinandersetzen sollten, die die „Einsickerungen“ (S. 360 in diesem Band) von (extrem) rechten Ideologien in die Erziehungswissenschaft bewusst oder unbewusst begünstigen. (Verwiesen sei an dieser Stelle abermals auf den Beitrag von *Elija Horn & Klemes Ketelhut*, die sich explizit mit antifeministischen Erziehungswissenschaftler*innen befassen.) Jornitz konzentriert sich in einem ihrer Redebeiträge stärker auf die Frage, wie Erziehungswissenschaftler*innen (sozial-)pädagogische Fachkräfte insbesondere an Orten, in denen mit der „Generation AfD“ (S. 363 in diesem Band) gearbeitet wird, unterstützen können.

Die diskutierenden Erziehungswissenschaftler*innen nehmen in dem Gesprächsbeitrag also immer wieder eine auf die eigene Disziplin gerichtete, selbstkritische Perspektive ein. Sie plädieren einerseits dafür, erziehungswissenschaftliche Leerstellen und Einhakpunkte für die ‚Neue Rechte‘ zu identifizieren und diskutieren gleichzeitig, was neurechten „Landnahmen“ (Meyer) entgegengesetzt und wie ihnen vorgebeugt werden kann. Dabei gerät die Geschlechterdimension allerdings bisweilen in den Hintergrund. Auch hier setzen sich also die gesellschaftlichen Verhältnisse und eine diskursive Ordnung durch, die es fast unmöglich erscheinen lassen, „die übliche hierarchische

Aufteilung in *allgemeine* Theorien der Gesellschaft einerseits sowie *besondere* Fragen von geschlechter- und sexualitätstheoretischer Relevanz andererseits“ zu verlassen (Laufenberg 2014: 12, Herv.i.O.). Während ich den formulierten Aufforderungen und Strategien in vielerlei Hinsicht nur zustimmen kann, möchte ich daher abschließend dafür plädieren, auch in der Diskussion um die Entwicklung von erziehungswissenschaftlichen Strategien des Umgangs mit neurechten Vereinnahmungsversuchen des Pädagogischen stets auf die Notwendigkeit von feministischen, heteronormativitätskritischen, dekolonialen und intersektionalen Perspektiven hinzuweisen. In der Analyse der Debatte um den ‚Bildungsplan 2015‘ kann ich nachzeichnen, wie die antifeministischen Angriffe insbesondere von antifaschistischen Akteur*innen als neurechte Mobilisierung gerahmt wurden und wie auch dies dazu beitrug, dass der Gegenstand der Debatte – „Akzeptanz sexueller Vielfalt“ als Bildungsziel – unsagbar gemacht und queere Lebensweisen unsichtbar(er) wurde (vgl. Grenz 2025). Vor diesem Hintergrund ist es meines Erachtens unerlässlich, die von der ‚Neuen Rechten‘ angestrebte Geschlechterungleichheit immer wieder explizit zu benennen.

Literatur

- Andresen, Sabine (2018): Rechtspopulistische Narrative über Kindheit, Familie und Erziehung. Zwischenergebnisse einer ‚wilden‘ Recherche. In: Zeitschrift für Pädagogik 64, 6, S. 769–787. doi: 10.25656/01:22173.
- Baader, Meike Sophia (2019): Von der antiautoritären zur autoritären Revolte: Familie, Kindheit, Geschlecht und Sexualität im Fokus. In: Walgenbach, Katharina (Hrsg.): Bildung und Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Zur neoliberalen Neuordnung von Staat, Ökonomie und Privatsphäre. Frankfurt und New York: Campus, S. 239–272.
- Baader, Meike Sophia (2020): Neue Rechte – „Umerziehung“, „Genderideologie“ und „Frühsexualisierung“ – Kampfbegriffe in einem neuen Kulturkampf. Erziehungswissenschaftliche Themen im Fokus von Populismus und Neuer Rechter. In: Binder, Ulrich/Oelkers, Jürgen (Hrsg.): „Das Ende der politischen Ordnungsvorstellungen des 20. Jahrhunderts.“: Erziehungswissenschaftliche Beobachtungen. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 129–154. doi: 10.1007/978-3-658-29192-1.
- BfV, Bundesamt für Verfassungsschutz (2024): Das Netzwerk der Neuen Rechten. <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/hintergruende/DE/rechtsextremismus/das-netzwerk-der-neuen-rechten.html> [Zugriff: 25.04.2025].
- Bode, Stefanie/Duwe, Rona (2023): Wegweiser aus dem Transgenderkult. Ein Elternratgeber. <https://web.archive.org/web/20231002112815/https://lasst-frauen-sprechen.de/wp-content/uploads/2023/03/wegweiser-der-transgenderkult-web-0723.pdf> [Zugriff: 20.05.2025].

- Brüning, Christina (2021): Wider den Missbrauch von Beutelsbach – Einwände aus historischer Perspektive und pragmatische Lösungen für den Geschichts- und Politikunterricht. In: Drerup, Johannes/Zulaica y Mugica, Miguel/Yacek, Douglas (Hrsg.): *Dürfen Lehrer ihre Meinung sagen? Demokratische Bildung und die Kontroverse über Kontroversitätsgebote*. Stuttgart: Kohlhammer, S. 173–187.
- Bueb, Berhard (2006): *Lob der Disziplin. Eine Streitschrift*. 3. Auflage. Berlin: List.
- Degen, Katrin (2024): *Flexible Normalität. Über die fragile Zugehörigkeit von cis Frauen und LSBTI-Personen zur extremen Rechten*. Bielefeld: transcript.
- Dietze, Gabriele/Roth, Julia (Hrsg.) (2020): *Right-Wing Populism and Gender. European Perspectives and Beyond*. Bielefeld: transcript.
- Gille, Christoph/Jagusch, Birgit/Krüger, Christine/Wéber, Júlia (2021): *Ambivalente Verhältnisse und steigende Einflussnahmen: Soziale Arbeit und die extreme Rechte*. In: Sehmer, Julian/Simon, Stephanie/Ten Elsen, Jennifer/Thiele, Felix (Hrsg.): *recht extrem? Dynamiken in zivilgesellschaftlichen Räumen*. Wiesbaden: Springer VS, S. 275–294.
- Götschenberg, Michael/Schmidt, Holger (2024): „Institut für Staatspolitik“. Löst sich die neurechte Denkfabrik wirklich auf? <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/kubitschek-verein-unternehmen-100.html> [Zugriff: 23.06.2024].
- Grenz, Juno (2025): *Bildung in Zeiten von Antifeminismus. Eine bildungs- und queertheoretische Diskursanalyse der Debatte um den ‚Bildungsplan 2015‘*. Opladen, Berlin und Toronto: Barbara Budrich.
- Haker, Christoph/Otterspeer, Lukas (2021): *Die epistemische Dimension der Neuen Rechten. Von einer Kritik des Wissenschafts- und Bildungsverständnisses der Neuen Rechten zu einer Selbstkritik*. In: Sehmer, Julian/Simon, Stephanie/Ten Elsen, Jennifer/Thiele, Felix (Hrsg.): *recht extrem? Dynamiken in zivilgesellschaftlichen Räumen*. Wiesbaden: Springer VS, S. 249–273.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): *Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung 1*. Berlin: Suhrkamp.
- Henninger, Annette (2020): *Antifeminismen. ‚Krisen‘-Diskurse mit gesellschaftsspalten-dem Potential*. In: Henninger, Annette/Birsl, Ursula (Hrsg.): *Antifeminismen. ‚Krisen‘-Diskurse mit gesellschaftsspalten-dem Potential?* Bielefeld: transcript, 9–41.
- Horn, Elija/Ketelhut, Horn (2024): *Kontroversen um Trans* im pädagogischen Feld*. In: *Sexuologie* 31, 1–2, S. 43–52. doi: 10.61387/S.2024.12.6.
- Jornitz, Sieglinde (2020): *Form und Inhalt. Über die Erziehungsvorstellungen der Neuen Rechten in Gestalt von Sommerfelds Buch „Wir erziehen“*. In: *Pädagogische Korrespondenz* 61, 33–50. doi: 10.25656/01:20590.
- Kämpf, Katrin M. (2015): *Eine „Büchse der Pandora“? Die Anrufung der Kategorie Pädophilie in aktuellen antifeministischen und antiqueren Krisen-Diskursen*. In: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hrsg.): *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. Bielefeld: transcript, S. 109–127.
- Kaya, Cem (2022): *Aşk, Mark ve Ölüm – Liebe, D-Mark und Tod*. URL: [wdr/Y3JpZDovL3dkci5kZS9CZWl0cmFnLXNvcGhvcmlkOTRiZDhmZjMtYTNiO00MzlmLTlkOTYtZDg1ZWVmYTg2NjBl](https://www.youtube.com/watch?v=wdr/Y3JpZDovL3dkci5kZS9CZWl0cmFnLXNvcGhvcmlkOTRiZDhmZjMtYTNiO00MzlmLTlkOTYtZDg1ZWVmYTg2NjBl) [Zugriff: 09.05.2025]
- Kraus, Joseph (2018): *50 Jahre Umerziehung. Die 68er und ihre Hinterlassenschaften*. Lüdinghausen: Manuscriptum.

- Krüger, Christine/Jagusch, Birgit/Gille, Christoph/Wéber, Júlia (2022): Extrem rechte Einflussnahmen auf die Soziale Arbeit. Vergleichende Perspektiven. In: Sozial Extra 46, 4, S. 264–268. doi: 10.1007/s12054-022-00505-z.
- Laufenberg, Mike (2014): Sexualität und Biomacht. Vom Sicherheitsdispositiv zur Politik der Sorge. Bielefeld: transcript.
- Ludwig, Gundula/Woltersdorff, Volker (2018): Sexuelle Politiken im autoritären Neoliberalismus zwischen den Versprechen von Freiheit und Sicherheit. In: Pühl, Katharina/Sauer, Birgit (Hrsg.): Kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse: queer-feministische Positionen. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 47–72.
- Meyer, Sarah (2022): Erziehung, Familie und Geschlecht in der Krise: Landnahmestrategien des Pädagogischen durch die Neue Rechte. In: Baar, Robert/Maier, Maja S. (Hrsg.): Familie, Geschlecht und Erziehung in Zeiten der Krisen des 21. Jahrhunderts. Jahrbuch erziehungswissenschaftliche Geschlechterforschung, Band 18. Opladen, Berlin und Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 133–146.
- Nax, David/Schmitt, Florian (2015): Wie ein neo-homophober Diskurs funktioniert. Neue rechtskonservative Kämpfe gegen die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. In: Hechler, Andreas/Stuve, Olaf (Hg.): Geschlechterreflektierte Pädagogik gegen Rechts. Opladen, Berlin und Toronto: Barbara Budrich, S. 264–283.
- Oldemeier, Anna Lena/Backöfer, Ferdinand/Maurer, Susanne/Aleksin, Katharina (2020): Divergenz, Ambivalenz, Kongruenz. Verhältnisbestimmungen zwischen antifeministischem Diskurs und pädagogischem Feld. In: Henninger, Annette/Birsl, Ursula (Hrsg.): Antifeminismen. 'Krisen'-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential? Bielefeld: transcript, S. 231–264.
- Rödel, Severin Sales (2020): „Wir erziehen!“ – Stimmung, Pädagogik und Politik in einem Erziehungsratgeber der „neuen“ Rechten. https://www.researchgate.net/profile/Severin-Roedel/publication/340137780_Wir_erziehen_-Stimmung_Padagogik_und_Politik_in_einem_Erziehungsratgeber_der_neuen_Rechten_Einleitung/links/5e7b4b65299b1f3873ff78/Wir-erziehen-Stimmung-Paedagogik-und-Politik-in-einem-Erziehungsratgeber-der-neuen-Rechten-Einleitung.pdf [Zugriff: 26.06.2024].
- Salzborn, Samuel (2019): Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Saur, Bernd (2014): Ein Kommentar von Bernd Saur. Schamlos im Klassenzimmer. In: Fokus Magazin. 20.10.2014. S. 142.
- Scheele, Sebastian (2015): Das trojanische Zombie-Pferd. Fünf Thesen zu einer diskursiven Verschiebung im gegenwärtigen Antifeminismus. In: Burschel, Friedrich (Hrsg.): Aufstand der „Wutbürger“. AfD, christlicher Fundamentalismus, Pegida und ihre gefährlichen Netzwerke. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, S. 32–46. https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_GK-Rechts.pdf [Zugriff: 22.06.2024].
- Scheele, Sebastian (2016): Von Antifeminismus zu „Anti-Genderismus“? Eine diskursive Verschiebung und ihre Hintergründe. Keynote auf der Tagung „Gegner*innenaufklärung – Informationen und Analysen zu Anti-Feminismus“, Gunda-Werner Institut in der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 31.05.2016. URL: https://www.gwi-boell.de/sites/default/files/uploads/2016/08/scheele_diskursive_verschiebung_antifeminismus.pdf [Zugriff: 26.06.2024].

- Schmincke, Imke (2015): Das Kind als Chiffre politischer Auseinandersetzung am Beispiel neuer konservativer Protestbewegungen in Frankreich und Deutschland. In: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hrsg.): *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. Bielefeld: transcript, S. 93–107.
- Simon, Stephanie/Thole, Werner (2021): Die braune Melange »konservativ-revolutionärer« Erziehung. Zum naturgegebenen Programm einer christlich-fundamentalistischen, national-autoritären Erweckungsphilosophie. In: Sehmer, Julian/Simon, Stephanie/Ten Elsen, Jennifer/Thiele, Felix (Hrsg.): *recht extrem? Dynamiken in zivilgesellschaftlichen Räumen*. Wiesbaden: Springer VS, S. 227–247.
- Sommerfeld, Caroline (2019): *Wir erziehen. Zehn Grundsätze*. Schnellroda: Antaios.
- Thon, Christine (2024): Die Krise der Familie in bildungspolitischen und pädagogischen Programmatiken der neuen Rechten. In: Wischmann, Anke/Engel, Juliane/Demmer, Christine/Vehse, Paul (Hrsg.): *Differenz und Krise. Krisenthematisierungen in der qualitativen Bildungs- und Biographieforschung*. Opladen, Berlin und Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 57–73.
- Tuider, Elisabeth (2016): Diskursive Gemengelagen. Das Bild vom „unschuldigen, reinen Kind“ in aktuellen Sexualitätsdiskursen. In: Henningsen, Anja/Tuider, Elisabeth/Timmermanns, Stefan (Hrsg.): *Sexualpädagogik kontrovers*. Weinheim und Basel: Beltz Juventa, S. 176–193.
- Tuider, Elisabeth/Müller, Mario/Timmermanns, Stefan/Bruns-Bachmann, Petra/Koppermann, Carola (2012): *Sexualpädagogik der Vielfalt. Praxismethoden zu Identitäten, Beziehungen, Körper und Prävention für Schule und Jugendarbeit*. 2., überarb. Aufl. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Weiß, Volker (2017): *Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Wischmann, Anke (2023): Kritik als Haltung in der Pädagogik? Eine Analyse des Diskurses um Schule und Neutralität. In: Engel, Juliane/Fuchs, Thorsten/Demmer, Christine/Wiezorek, Christine (Hrsg.): *Haltungen. Zugänge aus Perspektiven qualitativer Bildungs- und Biographieforschung*. Opladen, Berlin und Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 23–40.

Erziehung, Bildung und die Geschlechterpolitik der Neuen Rechten

Meike Sophia Baader

1 Einleitung

Im Fokus des Beitrages stehen neurechte Positionierungen zu Fragen von Erziehung und Bildung. Gezeigt wird, welcher hohe Stellenwert diesen thematischen Feldern in neurechten Ideologien beigemessen wird. Beobachten lassen sich „Aneignungsversuche“ (Grenz 2025), die mit Deutungskämpfen um die Felder von Erziehung und Bildung verbunden sind und darauf zielen, diese zu besetzen und eigene neurechte pädagogische Ansätze zu markieren. Mit diesen Strategien verbunden ist auch, an bestimmte pädagogische Traditionen anzuknüpfen und andere zu diskreditieren, was auf Versuche der Konstruktion pädagogischer Traditionsbildung verweist. Insgesamt stehen Themen wie Familienpolitik, Geschlechterpolitik, Sexualität, Migration und Erinnerungskulturen in besonderer Weise im Vordergrund neurechter Positionierungen. Die neurechte diskursive Bearbeitung dieser Themenfelder ist unter anderem von einem zentralen Narrativ durchzogen, nämlich das der „Umerziehung“ (Baader 2020), auf das der Beitrag genauer eingeht.

Er diskutiert exemplarisch zwei Veröffentlichungen der letzten Jahre aus dem Spektrum der Neuen Rechten in der BRD. Zum einen die Schrift „50 Jahre Umerziehung. Die 68er und ihre Hinterlassenschaften“ von Josef Kraus (2018) und zum anderen den Erziehungsratgeber von Caroline Sommerfeld „Wir erziehen. Zehn Grundsätze“ (2019). Am Beispiel dieser beiden Publikationen werden Netzwerke der Neuen Rechten, zentrale Narrative zu Erziehung, Bildung und Kindheit sowie geschlechterpolitische Positionen in den Blick genommen. Gezeigt wird auch, an welche Traditionen angeknüpft wird.

Der Beitrag diskutiert in einem ersten Schritt, was unter der Neuen Rechten zu verstehen ist. In einem zweiten werden die eigenen analytischen und theoretischen Zugänge geklärt, mit denen auf die Publikationen und das Feld geblickt wird. Das dritte Kapitel diskutiert das 68er Bashing als Framing der Neuen Rechten, das vierte befasst sich mit Narrativen und zentralen Kampfbergriffen im Erziehungsdiskurs der Neuen Rechten wie „Genderideologie“, „Frühsexualisierung“ und „Umerziehung“. Das fünfte diskutiert das Narrativ

der „Umerziehung“ in der erwähnten Publikation von Kraus (2018), das sechste analysiert den Ratgeber von Sommerfeld „Wir erziehen. Zehn Grundsätze“ (2019) und identifiziert dabei insbesondere eine Anthropologie der Grenze. Nach einem Vergleich der Gemeinsamkeiten beider Publikationen, die vor allem die Narrative der ‚natürlichen Familie‘ und der ‚natürlichen‘ ‚ethnischen Zugehörigkeit‘ fokussieren, wird schließlich ein Fazit vorgenommen.

2 Neurechte Netzwerke und Organisationen

Die Neue Rechte verfügt über Verlage, Zeitungen, Zeitschriften, Vereine, Institute, Akademien, Stiftungen, Schulungsorte und Foren. Gemeinsam bilden diese ein Netzwerk rechter Denkfabriken. Beispielhaft für eine Reihe von Zeitschriften – die bekanntesten sind die „Sezession“ sowie das Magazin Compact, seit 2024 von Verbotsdebatten begleitet – sei hier das Magazin „CATO“ genannt. Es ist aufwändig und großformatig gestaltet und trägt den Untertitel: „Magazin für Neue Sachlichkeit“. Es ist von einem intellektuellen Anspruch geprägt und präsentiert Rubriken wie Ideologiekritik, Gesellschaft, Zeitgeist und Kulturgeschichte. Enthalten sind Beiträge zu Lyrik, Musik, Theologie, Philosophie etc., so der exemplarische Blick in die ausgewählte Ausgabe 2/2023, die sich unter anderem mit dem Sexualpädagogen Helmut Kentler befasst. An den Untertiteln verschiedener Beiträge wird sichtbar, dass eine links-grüne Politik sowie damit in Verbindung gebrachte Denktraditionen als Gegner ausgemacht werden. Dafür steht – das wird in den Beiträgen deutlich – 68 als Chiffre und pars pro toto. Insgesamt zielen sie auf eine Rehabilitierung von Religion, Volksmusik, Heimat, Ethnizität als Kategorie sowie von Kultur-differenz. Erziehung ist in mindestens drei Beiträgen des Heftes explizit. Dazu zählt erstens der erwähnte Beitrag zu den „sexualpädagogischen Thesen von Helmut Kentler“ (von Beverfoerde 2022: 43). Die Autorin gründete 2014 die „Demo für Alle“ als „Aktion für Ehe und Familie, gegen Gender-Ideologie und Sexualisierung von Kindern“ (ebd.: 44). Vorbild war die französische Initiative „La manif pour tous“. Die „Demo für Alle“ engagierte sich gegen den „Transgender-Hype und die übergriffige Sexualpädagogik in Schulen und Kitas“ (ebd.) (siehe dazu Grenz 2025). Beverfoerde fokussiert unter anderem die 68er Bewegung, die unmittelbar mit der RAF in Verbindung gebracht wird und diskutiert den Sexualpädagogen Kentler als „Idol der Achtundsechziger“ (von Beverfoerde 2022: 43).

Ein zweiter Beitrag im Heft, der sich mit pädagogischen Themen befasst, trägt die Überschrift „Ethnizität“ und ist von Manfred Wöhlcke von Glehn verfasst. Er fällt zunächst durch die Abbildungen von Text und Bild aus dem „Struwelpeter“ von Heinrich Hoffmann ins Auge: Auf mehreren Seiten werden hier im Großformat die Bilder und die Erzählung vom „kohlpechraben-

schwarzen Mohr“ wiedergegeben. Der Text diskutiert affirmativ die „Bedeutung des ethnischen Faktors“ für Bildungswege (von Glehn 2023: 48). Er wird auch als „archaische Erbschaft“ bezeichnet und betont die „unterschiedliche zivilisatorische Leistungsfähigkeit einzelner ethnischer Gruppen“ (ebd.: 48). Diese „entzieht sich offensichtlich den gängigen entwicklungspolitischen und sozialpädagogischen Maßnahmen“ (ebd.: 50). Differenzen in schulischen Leistungen werden somit ethnisiert, rassifiziert, naturalisiert und biologisiert. Diese „archaischen“ Zusammenhänge nehme die Soziologie aufgrund „ihrer ideologischen Penetration“, die sich aus der „liberalen (häufig linksliberalen) Grundstimmung“ ableite, nicht zur Kenntnis (ebd.). In einem dritten Beitrag geht es um einen Nachruf auf Hans-Magnus Enzensberger. Dieser wird ebenfalls als Kultfigur von 68 und als überflüssig gewordener „demokratischer Erzieher“ beschrieben (Straub 2023: 81).

Deutlich wird an diesen Beispielen, wie in einem neurechten Kulturmagazin pädagogische Themen diskutiert werden. Dabei zeigen sich Muster, die auch bei den beiden analysierten Büchern zu identifizieren sind.

Insgesamt präsentiert sich das Magazin mit einem kulturtheoretischen Anspruch, der Orientierung geben wolle und sich gegen ein Denken stellt, das als ‚Kulturmarxismus‘ bezeichnet wird. Dass es Teilen der Neuen Rechten gezielt um eine Kulturrevolution von rechts, um eine rechte intellektuelle Elite, um das akademische Feld, die Köpfe, Hörsäle und die Universitäten als Institutionen geht, hat ihr Vordenker, Karlheinz Weißmann, einer der beiden Herausgeber von CATO, explizit betont (Gessenharter 2018: 50). Und so wird in der Zeitschrift der Begriff des Kulturkampfes auch immer wieder bemüht und dabei die transnationale Dimension des europäischen Konservativismus herausgestellt.

2.1 *Neue Rechte in der BRD*

Nach diesem exemplarischen Einblick in ein neurechtes Magazin und seine Thematisierung pädagogischer Fragen diskutiere ich im folgenden Abschnitt unter Bezugnahme auf die einschlägige Publikation von Volker Weiß „Die autoritäre Revolte“ (2017), was unter der Neuen Rechten zu verstehen ist. Der Hauptfeind der Neuen Rechten, so Weiß, sei nicht der Islam, sondern der Liberalismus. Womit dieser in Verbindung gebracht wird, hat auch der Blick in das Magazin gezeigt. Der Gegner, so der bereits erwähnte Weißmann, Gymnasiallehrer für Evangelische Religion und Geschichte, Mitbegründer des Instituts für Staatspolitik, Autor der Jungen Freiheit, Redakteur der Sezession, Mitherausgeber von CATO, Autor zahlreicher Bücher und im Kuratorium der Desiderius-Erasmus-Stiftung, sei die „individualistische, hedonistische und westliche Form von Liberalismus“ (Weißmann 2012, zitiert nach Weiß 2017: 18). Ein weiterer wichtiger Vordenker der Neuen Rechten, Martin Lichtmesz,

Autor der „Sezession“, erklärte: „An Liberalismus gehen die Völker zugrunde, nicht am Islam“ (Lichtmesz 2012, zitiert nach Weiß 2017: 19). Mit diesem Ausspruch stellt er sich in eine historische Tradition, denn er stammt aus dem Theoriefundus der Neuen Rechten, von Arthur Moeller van den Bruck, ein zentraler Denker des deutschen Radikalnationalismus und der Weimarer Republik, Autor der Schrift „Das Dritte Reich“ (1923), der zur „Konservativen Revolution“ zählt. Moeller van den Brucks Motto lautete: „An Liberalismus gehen die Völker zugrunde“ (ebd.). „Gerade aufgrund ihres Antiliberalismus wird seitens der Neuen Rechten dieser Denkschule bis heute ein hoher Stellenwert zugeschrieben“, so Weiß (2017: 21). Die heutige Neue Rechte knüpft also an eine transnationale agierende Rechte des frühen 20. Jahrhunderts an. Auch der Rechtsextreme Björn Höcke, ehemaliger Geschichtslehrer, befand: „Der Islam ist nicht mein Feind, unser größter Feind ist die Dekadenz“ (Weiß 2017: 25). Der rechte Vordenker, Götz Kubitschek, Verleger, Autor und bis Mai 2024 Leiter des „Instituts für Staatspolitik“ unterstreicht: „Wünschen wir uns die Krise! Sie bedrängt, sie bedroht unser krankes Vaterland zwar, aber gerade dies weckt vielleicht seinen Mut, ins Unvorhersehbare abzuspringen und das zu wagen, was den Namen ‚Politik‘ verdiente: Nur kein Rückfall ins Siechtum, ins Latente, ins Erdulden!“ (Kubitschek 2007: 12f., zitiert nach Weiß 2017: 25).

Der Hauptfeind ist also die ‚dekadente‘ westliche Zivilisation, die Moderne und der Liberalismus. Gegen Liberalismus und die Moderne schreibt auch Weißmann in CATO an, auch er attackiert den Mai 68 und die Neue Linke (Weißmann 2023: 39). Weißmann bezieht sich dabei auf eine rechtsintellektuelle Tradition und Denker wie Ernst Jünger und den italienischen Philosophen, Faschisten, Künstler und Traditionalisten Julius Evola und dessen Schrift „Erhebung wider die moderne Welt“ (1935). Weißmann, Mitverfasser eines Handbuchs zur „Konservativen Revolution“ (Mohler/Weißmann 2005), hat zu Evola eine Bibliographie erstellt. Auch dies verweist auf einen europäisch übergreifenden Theoriefundus, der an faschistische Traditionen anknüpft. Direkt im Titel angegriffen wird der Liberalismus in den Publikationen von Manfred Kleine-Hartlage: „Die liberale Gesellschaft und ihr Ende“ (2013/2019), erschienen bei Antaios. Die Auflage von 2013 war mit einer antisemitischen Karikatur auf dem Cover versehen, die von 2019 zeigt den Deutschen Bundestag.

Ziele der neuen Rechten sind ein völkischer Nationalismus, der autoritäre Staat, weshalb Wilhelm Heitmeyer nicht von der Neuen Rechten, sondern vom „autoritären Nationalradikalismus“ spricht (Heitmeyer 2018), sowie die traditionelle Familie mit eindeutiger Geschlechter- und Generationenordnung. Dies wird bei Sommerfeld als „Selbstverständlichkeit“ gerahmt (2019: 299). Neben der traditionellen Familien- und Geschlechterordnung gibt es zudem einen Ruf nach heroischer und militaristischer Männlichkeit, so etwa bei Höcke und im neurechten Portal „WikiMANNia (Baader 2020). Zur Chiffre für den Liberalismus wird 68, zur Chiffre für die Dekadenz eine nicht traditionell und nicht binär gedachte Geschlechterordnung.

2.2 *Neue Rechte und 68*

Zur Neuen Rechten gehören Pegida, seit dem 7. Mai 2021 als rechtsextrem eingestuft, die AfD (gegründet 2013), am 2. Mai 2025 vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft, sowie die Identitären (IB), außerdem das angesprochene Netz an Publikationsorganen, Zeitschriften, Verlagen und Einrichtungen sowie Internetportale, etwa das Internetportal: Politically Incorrect (PI) (Weiß 2017: 16). Auf die hohe Bedeutung von rechten, rechtsextremen oder auch faschistischen transnational agierenden Online-Communities verweist Natascha Strobl (2021). Für die deutschsprachigen Verlage ist insbesondere der Antaios-Verlag von Kubitschek hervorzuheben. Neben der Jungen Freiheit, der Sezession, Compact und CATO ist auch die Chemnitzer Schülerzeitung „Blaue Narzisse“ dazuzuzählen. Ein einschneidendes und damit „diskursives Ereignis“ stellte die Fachmesse „zwischen tag“ 2012 in Berlin dar, auf der sich eine äußerste politische Rechte der Öffentlichkeit präsentierte (Weiß 2017: 15f.), die die bereits erwähnte intellektuelle Ausrichtung markierte und sich transnational vernetzt zeigte. Ein wichtiger intellektueller Treffpunkt ist die „Bibliothek des Konservatismus“ in Berlin, dort gehaltene Vorträge sind teilweise als Videos abrufbar, die stets vor der Kulisse von beeindruckenden Regalen und Buchrücken der Bibliothek inszeniert werden.

Ob die Neue Rechte ein 68 von rechts sei, hat insbesondere Wagner diskutiert (2017). Weiß hingegen betont, dass die Geschichte der Neuen Rechten früher beginnt, nämlich mit der Konservativen Revolution der Weimarer Republik, aber auch mit rechtskonservativen Aktivitäten nach 1945. Dazu gehört etwa die 1951 von deutschen und französischen Rechten gegründete Zeitschrift „Nation Europa“. Die Bedeutung der Nouvelle Droite in Frankreich betont auch Strobl, denn diese habe seit den 1960er Jahren unter Bezugnahme auf die Hegemonietheorie von Antonio Gramsci die Strategie verfolgt, sich im ‚vopolitischen Raum‘ zu etablieren (Strobl 2021: 21). Diese Bestrebungen seien bereits vor dem Mai 68 erfolgt, so Weiß, der unterstreicht, dass die Neue Rechte auch in einer „faschistischen Bündnistradition“ stehe (Weiß 2017: 31), was Weißmanns Verweis auf den italienischen Faschisten Evola bestätigt. Allerdings, so Weiß, übernehme die Neue Rechte Strategien der 68er und der Neuen Sozialen Bewegungen. Die Bewegungsförmigkeit und Heterogenität der Neuen Rechten bilden eine Gemeinsamkeit mit der Bewegung von 68. „Die ‚Neue Rechte‘ bildet keine Einheit (...). Wenn überhaupt, dann wäre von den ‚Neuen Rechten‘ zu sprechen“, so auch deren Selbstbeschreibung (Institut für Staatspolitik 2008: 36, zitiert nach Weiß 2017: 32). Ein Beispiel für die Übernahme von Strategien und Protestformen der 68er Bewegung und linker Bewegungen sind die Proteste der Konservativ-Subversiven Aktion (KSA) beim 68er Kongress an der Humboldt-Universität 2018 (ebd.: 119).

Der Fokus auf Liberalismus und Dekadenz erklärt, warum – neben der Geschlechterordnung – Fragen von Erziehung und Bildung, insbesondere An-

sätze der Liberalisierung von Erziehung, im Fokus sind. Fragen nach Geschlechter- und Generationenverhältnissen, d.h. Erziehungsfragen, waren auch im Kontext der deutschen 68er Bewegung zentral (Baader 2020, 2021). Und auch aus diesem Kontext werden seitens der Neuen Rechten Strategien, etwa mit Blick auf die Bedeutung von Kinderbüchern in ihrer Sozialisationsfunktion und als ‚heimliche Erzieher‘ (Baader 2018), übernommen, wie am Beispiel von Sommerfeld gezeigt wird. Dass die Linke permanent im Fokus der Neuen Rechten ist, dokumentieren auch Publikationen wie „Mit Linken Leben“ von Lichtmesz/Sommerfeld (2017).

3 Analytische und theoretische Zugänge: Diskurse, Narrative, Frames

Der Beitrag betrachtet die neurechten Diskurse als Formen der Wissensproduktion. Er schließt dabei an Ansätze der Begriffsgeschichte sowie der Diskursanalyse mit Blick auf Sagbarkeiten und Unsagbarkeiten und deren Verschiebungen an (Foucault 1991/2010). Insbesondere fokussiert er auf Narrative und deren Analyse. Narrative sind elementare Erzählformen (Link 2013) und basieren auf einem spezifischen Diskursmodus (Zeman 2020) der Verknüpfung, Verkettung und Anordnung von Ereignissen, um Bedeutungen so zu generieren und identitätsstiftende Erzählungen hervorzubringen. Narrative verdichten und verfestigen Erzählungen, weisen in der Wiederholung vergleichbare Strukturen, Muster und *story lines* auf und transportieren Emotionen (Baader/Koch 2025). Sie sind zu verstehen als „kulturelle Weisen der Welterzeugung bzw. als ein performatives Medium der Konstruktion von Wissen“ (Nünning 2019: 60). Narrative schließen Bilder ein, denn auch Bilder produzieren Narrative (Baader/Koch 2025 i.E.). Dies ließe sich analytisch an der Bebilderung und Illustration von CATO vertiefen. Dass die neue Rechte verstärkt Bilder und Narrative bräuchte, um diese in die Welt zu setzen und somit Geschichte/n zu erschaffen, ist erklärter Teil ihrer Strategie und wird von Kubitschek explizit gefordert (Weiß 2017: 124). Im Rahmen des diskurs- und narrativanalytischen Zugangs wird den Kollektivsymbolen eine besondere Bedeutung beigemessen. Kollektivsymbole sind dabei als Reservoir an geteilten Bildern zu fassen (Baader 2020).

Der theoretische Zugang des Beitrages versteht die neurechten Erziehungs- und Bildungskonzepte als Teil der „großen Regression“ (Geiselberger 2017), von „Retrotopia“ (Bauman 2017) und von neuen Kulturkämpfen (Baader 2020: 129). Die Neue Rechte wird überdies, wie oben bereits angeführt, als soziale Bewegung verstanden (Baader 2021), was deren Heterogenität unterstreicht und mit Blick auf die aufgerufenen Kindheitskonzepte relevant wird. Aus der sozialen Bewegungsforschung wird auch die Bedeutung des

Framings übernommen. Framing ist u.a. ein soziologischer Begriff im Anschluss an Erving Goffman, der in der Medien- und Politikanalyse zum Einsatz kommt. George Lakoff und Elisabeth Wehling unterstreichen die Macht des Framings von Ideen, Metaphern und des Nichtrationalen in politischen Auseinandersetzungen (Lakoff/Wehling 2008). Die Bedeutung von Framings für soziale Bewegung stellt Gilcher-Holtey heraus, diese ermöglichen eine „kognitive Identität“ als Voraussetzung für Mobilisierung (Gilcher-Holtey 2001: 11). Mit der Fokussierung auf Framings, Narrative und Kollektivsymbole als Zugang zur Analyse neurechter Positionen wird auch an Baader (2020) angeschlossen. Hier konnte schon gezeigt werden, dass die Kritik an 68 ein Framing der Neuen Rechten darstellt und dies auch in transnationaler Perspektive. 68 kann dabei als Chiffre, aber auch als Kollektivsymbol für den Liberalismus bezeichnet werden.

4 „Umerziehung“ als Kontinuität bei Josef Kraus (2018)

Geschichtsrevisionismus, verbunden mit der Kritik an Erinnerungskultur als „Scham- und Schuldkultur“, radikaler Nationalismus und Kritik an „Genderideologie“ bilden gemeinsame Säulen der Neuen Rechten in transnationaler Hinsicht. Dabei ist das Ressentiment gegen „Genderideologie“ transnational die stärkste gemeinsame Säule (Baader 2020). Dass der Antifeminismus transnational vernetzt ist, haben Henninger/Birsl (2020) gezeigt. Bezogen auf Fragen von Bildung und Erziehung sind „Genderideologie“, „Frühsexualisierung“ und „Umerziehung“ zentrale Kampfbegriffe (Baader 2020). Sie sind dabei nicht genuin rechtsextrem, sondern zugleich anschlussfähig an ein konservatives, auch christlich-konservatives und nicht nur an ein neurechtes Lager (ebd.). Dies betrifft insbesondere eine konservative Vorstellung von der traditionellen (christlichen) Familie und dem „unschuldigen Kind“ (ebd.). Das „unschuldige Kind“ stellt eine Chiffre in den Texten gegen „Frühsexualisierung“ (Schmincke 2015) dar bzw. ein Kollektivsymbol der *longue durée* (Baader 2020).

„Umerziehung“ wird in der neurechten Positionierung als Kampfbegriff im Zusammenhang mit „Genderideologie“ sowie mit „Frühsexualisierung“ in Verbindung gebracht. Kraus, von 1978 bis 2017 Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, verbindet „Umerziehung“ mit weiteren Begriffen wie „Erziehungsdiktatur“, Reeducation, NS, DDR und Stalinismus. Über diese Verkettung wird ein Narrativ von der langen und vor allem diktatorischen Geschichte der „Umerziehung“ erzeugt. Dabei fokussiert er insbesondere auf die Geschichte der Reeducation, die er zunächst als US-amerikanische Strategie der Umgestaltung Deutschlands beschreibt, mit einem antiwestlichen und auch verdeckt antisemitischen Unterton: „Es dauerte nicht lange, und ‚Reeducation‘

wurde von deutschen Intellektuellen übernommen – von Horkheimer, Adorno, Abendroth, Kogon“ (Kraus 2018: 44). Reeducation beschreibt Kraus mit Schrenck-Notzing, führender Vertreter der Neuen Rechten, ehemaliger Unterstützer der 1983 in Deutschland gegründeten rechtskonservativen Partei „Die Republikaner“, Gründer der neurechten Zeitschrift „Criticon“ sowie der „Förderstiftung konservative Bildung und Forschung“ (2000) als „Charakterwäsche“ (1965) und verweist auf „[d]ie Politik der amerikanischen Umerziehung“ (1993) (Kraus 2018: 44). Das Ergebnis sei, „dass die Medien und die politische Klasse in die Schule der Umerzieher und der Rest der Bevölkerung in die der Umzuerziehenden“ schlüpfen (ebd.). Kraus konstruiert eine Kontinuität der Umerziehung seit 1945. Durch weitere Verkettungen wird hier das Narrativ von den USA über die Kritische Theorie, 68, die Migrations-, Geschlechter- und Sexualitätspolitik, die SPD und die Grünen als „Vollender von ‚68‘“, sowie von Angela Merkel als „Quereinsteigerin von ‚68‘“, (ebd.: 132) hervorgebracht. Deutschland sei im Begriff, eine postnationale, postheroische und umerziehende Gesellschaft zu werden, „amorph-pluralistisch bis zur Gesichtslosigkeit“ (ebd.: 177). Aufgerufen wird in diesem Kontext zum Kampf gegen die Dekadenz: „Postheroismus“, „Geburtenrückgang“, „Irreligiosität“ und mangelnden „Willen zur Dauer, zum Beispiel in der Ehe“ bezeichnet Kraus mit Oswald Spengler (1918) als „Untergang des Abendlandes“ und diskutiert dies unter dem Titel „Abmarsch in die Dekadenz?“ (Kraus 2018: 168f.). Damit begegnen wir bei Kraus, dessen Publikation in der Werkreihe „Tumult“ des Manuscriptum-Verlages erschien, ähnlichen Argumentationsfiguren wie bei den Beiträgen aus CAT0. Der Untertitel der Werkreihe Tumult lautet „Vierteljahresschrift für Konsensstörung“, Herausgeber ist Frank Böckelmann. Auch diese Zeitschrift erhebt einen kulturgeschichtlichen Anspruch, in der Reihe kämen „interdisziplinär ermittelnde Selbstdenker zu Wort“. Die Autoren „arbeiten an der Wiederentdeckung des Wirklichen“, denn „Erkennen und Benennen der Wirklichkeit sind heute Räume subtiler öffentlicher Konsensbildung“ (Böckelmann, Editorial, Klappentext, Kraus 2018).

Der Manuscriptum-Verlag ist ein neurechter Verlag, dessen Geschichte eng mit dem Warenhaus „Manufactum“ zusammenhängt. Im Manuscriptum-Verlag erschien unter anderem das Buch von und mit Höcke „Nie zweimal in denselben Fluss“ (2018), das Höcke im „Gedankenaustausch mit dem Künstler und Publizisten“ Sebastian Hennig präsentiert – mit dem Ziel, Höckes Auffassungen zu Geschichte und sein Programm sichtbar werden zu lassen, jenseits seiner öffentlichen und medialen Diffamierung. In diesem Zusammenhang beschreibt sich der Verlag als „Habitat der Vielfalt gegenüber den gift-spritzenden Diversitätsbeauftragten“ (Verlagsprogramm). Der Verlag präsentiert Publikationen der europäischen neuen Rechten, etwa von Matteo Salvini. Herausgeber der Reihe Tumult bei Manuscriptum ist der Medien- und Kulturwissenschaftler Böckelmann. Er gehörte in den 1970er Jahren der Neuen Linken an (Weiß 2017: 120ff.), publizierte Bücher zur „autoritären Persönlich-

keit“ und über die „Subversive Aktion“ (1976) und wandelte sich zum Denker der Neuen Rechten, in dessen Fokus völkische Reinheitsideen, die Kritik an der Migration, an Gendersprache sowie an einer ‚selbstverfügt‘ Auflösung der Geschlechterordnung stehen (Böckelmann 2013). Böckelmann liefert das Vorwort für den erwähnten Band von Höcke im Manuscriptum-Verlag.

5 Caroline Sommerfeld: „Wir erziehen. Zehn Grundsätze“ (2019)

Die Philosophin und Publizistin Sommerfeld, die 2005 mit einer Arbeit über Kant promovierte, ist seit 2015 ebenfalls der Neuen Rechten zuzuordnen. 2019 hat sie den Erziehungsratgeber „Wir erziehen. Zehn Grundsätze“ im Antaios-Verlag vorgelegt. Von erziehungswissenschaftlicher Seite wurde das Buch von Jornitz 2020, Rödel 2020, Simon/Thole 2021 und Meyer 2022 kommentiert. Erziehungsratgeber stellen ein spezifisches Genre dar (Schmid et al. 2019) und sind nach Jürgen Oelkers durch folgende Merkmale charakterisiert: Allzuständigkeit und Unüberprüfbarkeit, sowie das Spannungsfeld von Allgemeinem und Individuellem (Oelkers 1995). Sommerfeld legitimiert ihre Autorität als Auftrag von Kubitschek, dem sie damit die Rolle der Autorität zuschreibt, die sie wiederum autorisiert. Verfassen solle sie das Buch „für uns selbst und die vielen verzweifelten Eltern“ (Sommerfeld 2019: 9). Ihre Selbstbeschreibung lautet: Sie sei Katholikin, Anthroposophin, Philosophin und rechts seit 2015. An anderen Stellen bekennt sie sich zur Identitären Bewegung (Supp 2020). Darüber hinaus ist sie regelmäßige Autorin der Sezession und Vortragende in der Bibliothek des Konservativismus. Gemeinsam mit der Ehefrau von Kubitschek, Ellen Kositzka, hat sie das Buch „Vorlesen“ geschrieben, ebenfalls bei Antaios erschienen (2019). Es handelt sich um Empfehlungen von ca. 150 Kinder- und Jugendbüchern, einen Leitfadens zum Vorlesen sowie für eine rechtskonservative, völkische Erziehung. Es folgten weitere Publikationen von Sommerfeld, etwa der Titel „Selbststrettung“ (2020).

5.1 Anthropologie der Grenze

Einen zentralen Stellenwert von „Wir erziehen“ nimmt die Grenze ein. „Der Mensch ist ein grenzbedürftiges Wesen, je jünger desto mehr. Die Wiederentdeckung dieser wohltuenden Hegung ist der Beginn der Erziehung“, so der Klappentext. Im Buch wird eine Anthropologie der Grenze in einer doppelten Perspektive auf Kinder einerseits und auf Kritik an Migrations- und Flüchtlingspolitik andererseits entworfen. „Kinder brauchen Grenzen“ als Erziehungsmaxime wird mit „Menschen brauchen Grenzen“ als Ruf nach national-

staatlichen Grenzen und Kritik an Grenzüberschreitung durch Migration und Flucht verbunden. Über den Begriff der Grenze werden damit Politik und Erziehung verknüpft. In ihrer Anthropologie bezieht sie sich sowohl auf Rudolf Steiner als auch auf die Existenzphilosophie von Friedrich Bollnow. Sie selbst beschreibt Sommerfeld als Wiederentdeckerin von Grenzen und Hegung. Den Begriff der Hegung führt sie in einer doppelten Konnotation ein, als Pflege, aber auch als Umzäunung mit Bezugnahme auf Steiner und Martin Heidegger. Heidegger stellt eine beliebte Referenz im intellektuellen Denken der Neuen Rechten dar (Brumlik 2016). Der Ratgeber präsentiert sich damit zwar mit einem intellektuellen Anspruch und einer wissenschaftlichen Orientierung, es erfolgt jedoch keine explizite und transparente Bezugnahme auf wissenschaftliche Auseinandersetzungen. Im Buch wird auch selten direkt zitiert, aber es erfolgen allgemeine Verweise auf ausgewählte Literatur sowie Empfehlungen.¹ Der Duktus des Buches folgt dem Gestus der Anthropologin, Anthroposophin, Philosophin und Mutter von Kindern. Sommerfeld, die sich in anderen Publikationen ebenfalls an 68 abarbeitet, dies auch vor dem Hintergrund ihrer Ehe mit dem ehemaligen 68er und Kulturwissenschaftler Helmut Lethen, formuliert im Ratgeber Kritik an der antiautoritären Erziehung, die sie mit *laissez faire* in eins setzt.

Positiv nimmt sie Bezug auf die Reformpädagogik um 1900, auf Kurt Zeidler, Peter Petersen, Maria Montessori und Steiner. Zeidler hat 1925 den Text „Wiederentdeckung der Grenze“ verfasst, der eine Apologie von Führung darstellt. Die pädagogischen Referenzpersonen, die sie hier aufruft, weisen eugenische, rassistische und auch antisemitische Anteile auf. Petersen war, so die einschlägige Forschung, „Rassenideologe und Antisemit“ (Ortmeyer 2009), schließlich hat er einen Text mit dem Titel „Es gibt rassistische Hochwertigkeit. Sie verpflichtet“ (Petersen 1941) verfasst. Montessori wies eugenische Anteile auf und kooperierte mit den italienischen Faschisten (Leenders 2001; Seichter 2024) und auch Steiner war nicht frei von rassenideologischen Anteilen (Benz 2007).

Reformpädagogik bezeichnet Sommerfeld offensiv als autoritär, konservativ und rechts und sich selbst als Wiederentdeckerin einer „reinen Lehre“ der Reformpädagogik. „Wer heute Reformpädagogik wählt, weiß meist gar nicht, dass darin ein konservativ-revolutionärer Geist steckt“ (Sommerfeld 2019: 28). „Kaum einer weiß darum oder will es wahrhaben, dass die Reformpädagogischen Grundbegriffe wie Führung, Autorität, Askese, Glauben und Volk auf Lager haben“ (ebd.: 29).

1 Es wird darauf verzichtet, die von Sommerfeld angeführte Literatur im Literaturverzeichnis dieses Beitrags aufzuführen.

5.2 Zehn Grundsätze der neurechten Erziehung nach Sommerfeld

Die zehn Grundsätze, die Sommerfeld in ihrem Buch diskutiert, sind folgende:

Erstens ‚Führung‘, als ‚situationsgemäße Durchsetzung des richtigen Verhaltens‘ unter Bezugnahme auf Theodor Litts „Führen oder Wachsenlassen“ (1927), aber auch mit Bezugnahme auf Steiners „Die geistige Führung der Menschheit“ (1911) (Sommerfeld 2019: 153). Zweitens ‚Distanz‘ als Hierarchie in der Erziehung, als Gehorsam und ‚Rangordnung‘. Der dritte Grundsatz bezieht sich auf ‚Gemeinschaft‘, die ‚Eigenart in einem größeren Ganzen‘, ‚stabile Autorität‘, den ‚aufrechten Bezug zur eigenen Geschichte‘. Der vierte Grundsatz beruft sich auf den ‚Geist‘: Geistige Erziehung gehe von der Erbsünde und der Hingezogenheit zu Gott aus. Das fünfte Prinzip ist ‚Askese‘, verstanden als ‚Selbstführung‘, ‚Selbstdisziplin‘ und ‚Verlassenheit‘. ‚Verlassenheit‘ wiederum sei sechstens Voraussetzung für ‚Wachstum der inneren Kräfte‘. Der siebte Grundsatz wird als ‚Unverdretheit (désinvolture)“ bezeichnet und als ‚Erziehung gegen die Verdrehung der Köpfe‘ und ‚Orientierung am gesunden Menschenverstand‘ gerahmt. Der achte Grundsatz wird als ‚Beheimatetsein‘ beschrieben und mit einer „Verwurzelung im eigenen Volk als Grundlage von Selbstbewußtsein und Duldsamkeit“ (Sommerfeld 2019: 31) verknüpft; unter Berufung auf Zeidler ist hier von „Kritik an der Vermasung“ und „einer allgemeinen Gleichheit der ‚wohlfeil erworbenen Menschenrechte““ (ebd.) die Rede. Der neunte Grundsatz sei das ‚Anderssein‘: „In einer falschen Welt das Richtige zu tun bringt einen in Stellung gegen die Mehrheit“ (ebd.). Und das letzte und zehnte Prinzip ist schließlich die ‚Anstrengungsbereitschaft‘: unter Berufung auf die konservative Lutheranerin der 1920er Jahre, Magdalene von Tiling, zitiert Sommerfeld diese mit den Worten, Kinder seien bereit, „von einer rein sachlichen Autorität, die in der Ordnung selbst liegt, sich zum Dienst rufen zu lassen“ (Sommerfeld 2019: 32).

5.3 Erziehung zum „Ethnopluralismus“ und zu „Selbstverständlichkeiten“

Im Kontext des achten Grundsatzes zum „Beheimatetsein“ plädiert Sommerfeld für „Ethnopluralismus“. Die Erziehung zum „Ethnopluralismus“ entwickelt sie mit Petersen und Steiner in zehn Schritten und als Gegenentwurf zur „Interkulturellen Erziehung“ von Wolfgang Nieke (2008). Dabei formuliert sie den Anspruch, den zehn entwicklungspsychologischen Stufen Kohlbergs zu folgen. Auch dieser Versuch Sommerfelds kann als Ausweis einer Theoriebildung gelesen werden. Die zehn Stufen Sommerfelds sind: Herkunft (1), Andersheit von Herkunft kultivieren (2), „Andere Völker, andere Sitten!“ sowie die Bedeutung der Muttersprache (3), „Völker brauchen ihre Orte“, „Abstammungsgemeinschaften“ und Pluralismus als „erhaltenswertes Gut“ (4),

„Bewusstsein von der Gefährdung des Eigenen“ erlangen (5), die „Höherwertung des Eigenen“ (6), die „Verteidigung des Eigenen“ (7), die „Aberziehung des Sinnes für das eigene Volk historisch herleiten können“ (8), Kritik des Universalismus mit Steiner (9), sowie Ethnopluralismus als „Selbsterkenntnis des Volkstums“, ebenfalls mit Steiner (10) (Sommerfeld 2019: 260f.). Abschließend wird bilanziert: Durch die „interkulturelle Pädagogik“ „stürzt das Individuum in den Abgrund“ (ebd.: 262).

Mit diesem Bekenntnis zum Ethnopluralismus wird ein ‚kultureller Rassismus‘ präsentiert. Neben dieser Bezugnahme votiert Sommerfeld für „Selbstverständlichkeiten“. Damit ist zunächst „die selbstverständliche Familie“ gemeint (Sommerfeld 2019: 295). Wie aber, so fragt sie, „stellt man Selbstverständlichkeiten her?“ und behauptet „Religionsfreiheit erlaubt das Fernbleiben von der Sexualkundestunde oder der Moschee und Meinungsfreiheit die Abwesenheit bei Aktionen der ‚Schule gegen Rassismus‘“ (ebd.: 298f.). Sie plädiert grundsätzlich für eine „Schlichtheit in den Antworten, obwohl man stets komplexe Begründungen liefern könnte. Einfach so tun, als ob das eigene Tun noch selbstverständlich wäre. ‚Warum trägst Du nur Röcke und Kleider?‘ ‚Weil ich eine Frau bin.‘ ‚Warum habt ihr euch noch nicht getrennt?‘ ‚Weil die Ehe heilig ist.‘ ‚Warum dürfen Ihre Kinder das nicht?‘ ‚Weil ich das bestimme, ich bin ihre Mutter.‘ ‚Warum darf ich nicht Fuck Ju Göthe schauen?‘ Weil Du ein Kind bist.‘ ‚Warum bist du denn so autoritär?‘ ‚Weil ich rechts bin.“(ebd.: 299).

Festzuhalten ist zu diesem Versuch der Theoriebildung, dass weder der Verweis auf die 10 Stufen bei Kohlberg (es sind 6), noch der Verweis, auf das Recht, vom Sexualaufklärungsunterricht fernzubleiben, stimmen. Eltern können ihre Kinder nicht, etwa aus religiösen Gründen, vom Sexualkundeunterricht abmelden, wie das Bundesverfassungsgericht 2009 entschied (Baader/Scheiwe 2019).

6 Resümee und Ausblick

Die Texte von Kraus und Sommerfeld weisen eine Reihe von Gemeinsamkeiten auf. Dazu gehört zunächst ein Narrativ über den Untergang durch 68. Beide formulieren Kritik an der Kritischen Theorie, insbesondere an Adorno und Horkheimer, an der „Erziehung nach Auschwitz“, aber auch an Lukács als Vordenker der Frankfurter Schule. Beide Texte fokussieren kritisch auf Dewey, den Pragmatismus sowie Deweys Schriften „Demokratie und Erziehung“ (1916) und „Deutsche Philosophie und deutsche Politik“ (1942) (Sommerfeld 2019: 81). Sommerfeld bezieht sich auf Kraus (ebd.: 81). Beide referieren in der „Bibliothek des Konservativismus“, einem zentralen Ort für rechte Theorieproduktion. Beide vertreten ein christlich fundiertes Familienbild,

verbunden mit Kritik am Familienverständnis „der Linken“ (Sommerfeld 2019: 298) sowie an sozialwissenschaftlichen Zugängen des „doing family“, vor allem aber der Kritik am Staat. Kraus gehört dem Stiftungsrat der „Stiftung für Familienwerte“ an. Diese versteht sich extern als Fürsprecher und Lobbyist für ein selbstbestimmtes und gelingendes Familienleben auf der Grundlage christlicher Werte, als Alternative zur zunehmend staatlich vereinnahmten Familie. Sie betont die „sichere Bindung der Kleinstkinder durch familiäre Betreuung“ (Stiftung für Familienwerte o.J.).

Wie die Analyse deutlich gemacht hat, existiert ein Netzwerk an neurechten Verlagen, Zeitschriften, Blogs, Einrichtungen und Stiftungen, die einen transnationalen Radius aufweisen und Erziehung und Bildung durchaus explizit und dezidiert im Fokus haben. Gemessen daran, ist die grundsätzliche erziehungswissenschaftliche Auseinandersetzung mit Ansätzen einer neurechten Pädagogik bislang nicht sehr ausgeprägt (u.a. Andresen 2018; Gomolla et. al 2018; Baader 2020; Henninger/Birsl 2020; Jornitz 2020; Rödel 2020; Sehmer et al. 2021; Meyer 2022; Thon 2024; Grenz 2025). In neurechten Kontexten werden Narrative von der „Frühsexualisierung“, der „Genderideologie“ und der „Umerziehung“ hervorgebracht und stets wieder neu bespielt (Baader 2020; Grenz 2025). Weitere Narrative sind, wie die Analyse gezeigt hat, die von der „selbstverständlichen Familie“ und der natürlichen „ethnischen Zugehörigkeit“. Dabei werden eine „ethnische Differenz“ sowie eine „ethnische Überlegenheit“ und somit das „Völkische“ mit dem Argument des „Ethnopluralismus“ betont (Sommerfeld 2019). Bei Sommerfeld ist dies durch Verweise auf Kultur und Geschichte als Argument für Überlegenheit gerahmt. Diese Überlegenheitsideologie wird bei Sommerfeld von geistesaristokratischen Ideen flankiert. Die Ehe erscheint als heilig, Familie wird religiös begründet und stellt eine „Selbstverständlichkeit“ dar (ebd.: 308). Alle vier Narrative, das der „Genderideologie“, der „Frühsexualisierung“, der „natürlichen und selbstverständlichen Familie“ sowie das der „ethnischen Überlegenheit“ bzw. der „ethnischen Differenz“ sind durch Annahmen von Natürlichkeit und Biologie geprägt. Das Narrativ der „Umerziehung“ hingegen ist eines der Kritik von politischer und pädagogischer Praxis. Die Narrative werden wiederholt, sind anschlussfähig und werden variiert.

Mit Sommerfeld beginnt so etwas wie eine rechte pädagogische Theoriebildung. Die von ihr vertretenen Erziehungsprinzipien werden in eine historische und (reform)pädagogische Kontinuität gestellt und die „Anthropologie der Grenze“ führt Pädagogik und Politik zusammen. Dabei wird auch an andere Ratgeber seit 2000, die eine Rückkehr zur Autorität und Grenzen fordern und eine „Kuschelpädagogik“ kritisieren (Bueb 2006; Winterhoff 2008), angeknüpft. Sommerfelds Buch endet mit dem Nietzsche-Zitat: „Nicht nur fort sollst du dich pflanzen, sondern hinauf! Dazu helfe Dir der Garten der Ehe! Einen höheren Leib sollst du schaffen, eine erste Bewegung, ein aus sich rollendes Rad, – einen Schaffenden sollst du schaffen“. Mit diesem Zitat hat die

Reformpädagogin und Eugenikerin Ellen Key ihren Ratgeber „Das Jahrhundert des Kindes“ (1902) überschrieben.

Anders als die Debatte um „Frühsexualisierung“ knüpft Sommerfeld nicht an die Apologie des „unschuldigen Kindes“ als Kollektivsymbol an. Stattdessen lassen ihre Positionen eher Affinitäten zum NS-Ratgeber Johanna Haarer „Die deutsche Mutter und ihr erstes Kind“ (1934) erkennen. Dies kommt etwa im Appell an ‚Distanz‘ zum Ausdruck, im Plädoyer für die ‚Rangordnung‘ zwischen den Generationen, im Ruf nach Askese und der Behauptung von der Notwendigkeit von Verlässlichkeit und der Erziehung für die Volksgemeinschaft. Hier plädiert sie, ganz im Sinne der Neuen Sachlichkeit, für „Verhaltenslehren der Kälte“ (Sommerfeld 2019: 305f.) und beruft sich folglich auf das einschlägige Buch von Lethen (1994), ihrem Ehemann. Damit referiert Sommerfeld indirekt auf ein anderes Kollektivsymbol der Kindheitsgeschichte, nämlich das des „kindlichen Tyrannen“, das auch dem Ratgeber von Haarer zugrunde liegt (Gebhardt 2009).

Mit ihrer Rückwärtsgewandtheit und dem Versuch, historisch vor die Reflexivität der Moderne, vor 1970 und vor 1945 zu kommen, ist das Erziehungsprogramm von Sommerfeld Teil der „Großen Regression“ (Geiselberger 2017), von Nostalgie und „Retrotopia“ (Bauman 2017). Ihre Narrative nehmen Bezug auf die Zeit um 1900 mit ihrer Modernitätskritik. Ihre pädagogische sowie geschlechterpolitische Retrotopie beruft sich auf autoritäre Formen der Reformpädagogik um 1900. Geschlechterpolitisch ruft sie die Figur der starken, autoritären und traditionell orientierten Mutter als Positionierung im Kampf gegen „Genderideologie“ und „Sexualkundeunterricht“ auf. Die Mutter erscheint hier als Bewahrerin der traditionellen, auch religiös begründeten Ehe, Familie und Geschlechterordnung sowie einer stark hierarchisch geprägten generationalen Ordnung. Die von Sommerfeld hervorgebrachten Narrative über Kultur- und Erziehungsgeschichte präsentieren Formen der Beglaubigung und Sinnstiftung, die eine autoritäre pädagogische Tradition von Erziehung und generationaler Ordnung sowie ein traditionelles Geschlechterverhältnis aufrufen, die von der Frau und Mutter gegen die Anfeindungen der Moderne beschützt und verteidigt werden.

Literatur

- Andresen, Sabine (2018): Rechtspopulistische Narrative über Kindheit, Familie und Erziehung. Zwischenergebnisse einer wilden Recherche. In: Zeitschrift für Pädagogik 64, S. 768–787.
- Baader, Meike Sophia (2018): „Mit einander sprechen, das ist r(w)ichtig.“ Generationale Ordnung, Generationenverhältnisse und Erziehung in der BRD seit den 1970er-Jahren. In: Betz, Tanja/Bollig, Sabine/Joos, Magdalena/Neumann,

- Sascha (Hrsg.): *Childhood Studies zwischen Soziologie und Erziehungswissenschaft*. Weinheim Basel: Beltz, S. 78–93.
- Baader, Meike Sophia/Scheiwe, Kirsten (2019): *Erziehung und Schule nach 68. Die pädagogische Dimension von 68*. In: *Sozial Extra. Zeitschrift für Soziale Arbeit*, 1, S. 48–52.
- Baader, Meike Sophia (2020): „Umerziehung“, „Genderideologie“ und „Frühsexualisierung“. *Kampfbegriffe in einem neuen Kulturkampf. Erziehungswissenschaftliche Themen im Fokus von Populismus und Neuer Rechter*. In: Binder, Ulrich/Oelkers, Jürgen (Hrsg.) (2020): *Das Ende der politischen Ordnungsvorstellungen des 20. Jahrhunderts*. Wiesbaden: Springer-VS, S. 129–154.
- Baader, Meike Sophia (2021): *Antiautoritäre Kinderläden, Lebensformen und Geschlechterverhältnisse – Zur Neudimensionierung von Kindheit, Erziehung, Geschlecht und Öffentlichkeit*. In: Baader, Meike Sophia/Freytag, Tatjana/Sager, Christin (Hrsg.): *1968. Kontinuitäten und Diskontinuitäten einer kulturellen Revolte*. Frankfurt a. M.: Campus, S. 179–211.
- Baader, Meike Sophia/Koch, Sandra (2025): *Über die Macht von Narrativen in krisenhaften Zeiten und gesellschaftlichen Transformationen*. In: Sturm, Tanja/Tervooren, Anja/Schmidt, Melanie/Bärmig, Sven/Grunau, Thomas/Thaler, Isabel/Grunau, Sabrina/Ritter, Michael/Wrana, Daniel (Hrsg.): *Krisen und Transformationen. Anschlüsse an den 29. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft*. Opladen: Barbara Budrich, S. 55–66.
- Bauman, Zygmunt (2017): *Retrotopia*. Berlin: Suhrkamp.
- Benz, Wolfgang (2007): *Mit judenfeindlichen Stereotypen hantiert*. Wolfgang Benz über den Waldorf Gründer Rudolf Steiner. In: *Jüdische Allgemeine*, 12.9.2007.
- Böckelmann, Frank (2013): *Jargon der Weltoffenheit. Was sind unsere Werte noch Wert?* Manuscriptum: Lüdinghausen.
- Brumlik, Micha (2016): *Das alte Denken der Neuen Rechten. Mit Heidegger und Evola gegen die offene Gesellschaft*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 3, S. 81–92.
- Bueb, Berhard (2006): *Lob der Disziplin. Eine Streitschrift*. Berlin: List.
- Evola, Julius (1935): *Erhebung wider die moderne Welt*. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- Foucault, Michel (1991/2010): *Die Ordnung des Diskurses*. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Gebhardt, Miriam (2009): *Die Angst vor dem kindlichen Tyrannen. Eine Geschichte der Erziehung im 20. Jahrhundert*. München: Deutsche Verlagsanstalt.
- Geiselberger, Heinrich (Hrsg.) (2017): *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- Gessenharter, Wolfgang (2018): *„Strategien und Einflussphären der „Neuen Rechten“*. In: Gomolla, Mechthild/Kollender, Ellen/Menk, Marlene (Hrsg.): *Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland. Figurationen und Interventionen in Gesellschaft und staatlichen Institutionen*. Weinheim Basel: Beltz Juventa, S. 44–60.
- Gilcher-Holtey, Ingrid (2001): *Die 68er Bewegung. Deutschland – Westeuropa – USA*. München: Beck.
- Gomolla, Mechthild/Kollender, Ellen/Menk, Marlene (2018): *Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland. Figurationen und Interventionen in Gesellschaft und staatlichen Institutionen*. Weinheim Basel: Beltz Juventa.

- Grenz, Juno: (2025): Bildung in Zeiten von Antifeminismus. Eine bildungs- und queertheoretische Diskursanalyse der Debatte um den ‚Bildungsplan 2015‘. Opladen, Berlin und Toronto: Barbara Budrich.
- Haarer, Johanna (1934): Die deutsche Mutter und ihr erstes Kind. München: Lehmanns Verlag.
- Hennig, Sebastian/Höcke, Björn (2018): Nie zweimal in den selben Fluß. Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Hennig. Manuscriptum: Lüdinghausen.
- Henninger, Anette/Birsl, Ursula (Hrsg.) (2020): Anti-Feminismen. ‚Krisen‘-Diskurse mit gesellschaftspaltendem Potential. Bielefeld: transcript.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): Autoritäre Versuchungen. Berlin: Suhrkamp.
- Jornitz, Sieglinde (2020): Form und Inhalt. Über die Erziehungsvorstellungen der Neuen Rechten in Gestalt von Sommerfelds Buch „Wir erziehen“. In: Pädagogische Korrespondenz 61, S. 33–50.
- Key, Ellen (1902/1991): Das Jahrhundert des Kindes. Neu herausgegeben und mit einem Nachwort von Ulrich Herrmann. Weinheim Basel: Beltz.
- Kleine-Hartlage, Manfred (2013/2019): Die liberale Gesellschaft und ihr Ende. Über den Selbstmord eines Systems. Schnellroda: Antaios.
- Kositza, Ellen/Sommerfeld, Caroline (2019): Vorlesen. Schnellroda: Antaios.
- Kraus, Josef (2018): 50 Jahre Umerziehung. Die 68er und ihre Hinterlassenschaft. Die Werkreihe von Tumult. Lüdinghausen: Manuscriptum.
- Lakoff, George/Wehling, Elisabeth (2008): Auf leisen Sohlen ins Gehirn. Politische Sprache und ihre heimliche Macht. Heidelberg: Carl Auer.
- Leenders, Helen: (2001): Der Fall Montessori. Die Geschichte einer reformpädagogischen Erziehungskonzeption im italienischen Faschismus. Bad Heilbrunn: Klinkhardt.
- Lethen, Helmut (1994): Verhaltenslehren der Kälte. Lebensversuche zwischen den Kriegen. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Lichtmesz, Martin/Sommerfeld, Caroline (2017): Mit Linken leben. Schnellroda: Antaios.
- Link, Jürgen (2013): Diskurs, Interdiskurs, Kollektivsymbolik. Am Beispiel der aktuellen Krise der Normalität. In: Keller, Reiner/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.): Zeitschrift für Diskursforschung 1, Beltz Juventa, S. 7–23.
- Meyer, Sarah (2022): Erziehung, Familie und Geschlecht in der Krise: Landnahmestrategien des Pädagogischen durch die Neue Rechte. In: Baar, Robert/Maier, Maja S. (Hrsg.): Familie, Geschlecht und Erziehung in Zeiten der Krisen des 21. Jahrhunderts. Jahrbuch erziehungswissenschaftliche Geschlechterforschung, Band 18. Opladen, Berlin und Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 133–146.
- Moeller van den Bruck, Arthur (1923): Das dritte Reich. Berlin: Ring Verlag.
- Mohler, Armin/Weißmann, Karlheinz (2005): Die konservative Revolution in Deutschland – ein Handbuch 1918–1932. Graz: Ares Verlag.
- Nünning, Ansgar (2019): Wie Erzählungen Kulturen erzeugen. Prämissen, Konzepte und Perspektiven für eine kulturwissenschaftliche Narratologie. In: Uhlig, Bettina/Lieber, Gabriele/Pieper, Irene (Hrsg.): Erzählen zwischen Bild und Text. München: kopaed, S. 31–67.
- Oelkers, Jürgen (1995): Pädagogische Ratgeber. Erziehungswissen in populären Ratgebern. Frankfurt/M: Diesterweg.

- Ortmeyer, Benjamin (2009): Mythos und Pathos statt Logos und Ethos. Zu den Publikationen führender Erziehungswissenschaftler in der NS-Zeit: Eduard Spranger, Herman Nohl, Erich Weniger und Peter Petersen. Weinheim Basel: Beltz.
- Petersen, Peter (1941): Es gibt rassische Höherwertigkeit, sie verpflichtet. In: Heimat und Arbeit. Monatshefte für pädagogische Politik 14, 2, S. 38–41.
- Rödel, Severin Sales (2020): „Wir erziehen!“ Stimmung, Pädagogik und Politik in einem Erziehungsratgeber der „neuen“ Rechten. https://www.researchgate.net/profile/Severin-Roedel/publication/340137780_Wir_erziehen_-_Stimmung_Pada_gogik_und_Politik_in_einem_Erziehungsratgeber_der_neuen_Rechten_Einleitun_g/links/5e7b4b65299bf1f3873fff78/Wir-erziehen-Stimmung-Paedagogik-und-Politik-in-einem-Erziehungsratgeber-der-neuen-Rechten-Einleitung.pdf [Zugriff: 14.04.2025].
- Schmid, Michaela/Sauerbrey, Ulf/Großkopf, Steffen (Hrsg.) (2019): Ratgeberforschung in der Erziehungswissenschaft. Bad Heilbrunn: Julius Klinkhardt.
- Schmincke, Imke (2015): Das Kind als Chiffre politischer Auseinandersetzungen am Beispiel neuer konservativer Protestbewegungen in Frankreich und Deutschland. In: Hark, Sabine/Paula-Irene Villa (Hrsg.): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: Transcript, S. 93–108.
- Sehmer, Julian/Simon, Stephanie/Ten Elsen, Jennifer/Thiele, Felix (Hrsg.) (2021): recht extrem? Dynamiken in zivilgesellschaftlichen Räumen. Wiesbaden: Springer VS.
- Seichter, Sabine (2024): Der lange Schatten Maria Montessoris. Der Traum vom perfekten Kind. Weinheim Basel: Beltz Juventa.
- Simon, Stephanie/Thole, Werner (2021): Die braune Melange „konservativ-revolutionärer Erziehung“: In: Sehmer, Julian/Simon, Stephanie/Ten Elsen, Jennifer/Thiele, Felix (Hrsg.) (2021): recht extrem? Dynamiken in zivilgesellschaftlichen Räumen. Wiesbaden: Springer VS, S. 227–248.
- Sommerfeld, Caroline (2019): Wir erziehen. Zehn Grundsätze. Schnellroda: Antaios.
- Sommerfeld, Caroline (2020): Selbstrettung. Unsere Siebensachen. Schnellroda: Antaios.
- Spengler, Oswald (1918): Untergang des Abendlandes. Wien: Braumüller.
- Stiftung für Familienwerte (o.J.): Stiftung für Familienwerte – über uns. <https://www.stiftung-familienwerte.de/stiftung> [Zugriff: 14.04.2025].
- Straub, Eberhard (2023): Wer mit dem Zeitgeist tanzt ...Hans Magnus Enzensberger und die Gnade der späten Geburt. In: CATO. Magazin für Neue Sachlichkeit, 2, S. 81–85.
- Strobl, Natascha (2021): Radikalierter Konservatismus. Eine Analyse. Berlin: Suhrkamp.
- Supp, Barbara (2020): Er ist links, sie stramm rechts – wie geht das in einer Ehe? In: Der Spiegel 43/2020, 16.10.2020.
- Thon, Christine (2024): Die Krise der Familie in bildungspolitischen und pädagogischen Programmatiken der neuen Rechten. In: Wischmann, Anke/Engel, Juliane/Demmer, Christine/Vehse, Paul (Hrsg.): Differenz und Krise. Krisenthematisierungen in der qualitativen Bildungs- und Biographieforschung. Opladen, Berlin und Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 57–73.

- von Beverfoerde, Hedwig (2023): KentlerGate. Das verbrecherische „Kentler Experiment“ ist noch unaufgeklärt. In: CATO. Magazin für Neue Sachlichkeit, 2, S. 42–44.
- von Glehn, Manfred Wöhleke (2023): Ethnizität. Bericht über ein in Deutschland vermintes Gelände. In: CATO. Magazin für Neue Sachlichkeit, 2, S. 45–51.
- Wagner, Thomas (2017): Die Angstmacher. 68 und die Neuen Rechten. Berlin: Aufbau.
- Weiß, Volker (2017): Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. München: Klett-Cotta.
- Weißmann, Karlheinz (2023): Okkultismus und Politik. Der Einfluß, den die Esoterik auf die Gebildeten des Westens ausgeübt haben, war erheblich. In: CATO. Magazin für Neue Sachlichkeit, 2, S. 35–41.
- Winterhoff, Michael (2008): Warum unsere Kinder Tyrannen werden. Oder: Die Abschaffung der Kindheit. Gütersloh: Güthersloher Verlagsanstalt.
- Zeman, Sonja (2020): Narrativität als linguistische Kategorie: Schlaglichter auf ein sprachliches Grundkonzept, Zeitschrift für germanistische Linguistik 48, 3, S. 447–456.

Queerfeindliche Mobilisierung von rechts: Kulturelle Deutungskämpfe um geschlechtliche und sexuelle Vielfalt und ihre Bedeutung für Bildung und Erziehung

Julian Sehmer, Stephanie Simon

1 Queerfeindlichkeit im Zentrum kultureller Deutungskämpfe

Die Konstruktion queerer¹ Identitäten als Gefahr für ‚die‘ Gesellschaft und die darüber erfolgende Legitimation queerfeindlicher Narrative kann gegenwärtig als erfolgreiche Mobilisierungsstrategie extrem rechter Akteur*innen verstanden werden. Die Leipziger Autoritarismus-Studie stellt 2022 in diesem Kontext einen Anstieg antifeministischer Einstellungen fest, die mit Verschwörungsmentalität und Antisemitismus korrelieren (Decker et al. 2022: 12). Theoretisch wird dies als Ausdruck des „Hass[es] gegenüber dem Uneindeutigen“ erklärt (Kalkstein et al. 2024: 165), welches die vermeintlich natürliche (Geschlechter-)Ordnung infrage stellt. Erst seit 2020 wird dort Antifeminismus über eine eigenständige, reliable Skala gemessen (Höcker et al. 2020), was zeigt, wie marginal die Thematik lange betrachtet wurde; 2024 wurde erstmals auch Transfeindlichkeit erhoben (Decker et al. 2024). Dabei wurde deutlich, dass ein Viertel aller Befragten *geschlossen* antifeministischen und sexistischen Aussagen über die Items hinweg konstant zustimmte und somit ein geschlossenes entsprechendes Weltbild teilt (Kalkstein et al. 2024: 167) – Zustimmungen zu den Items, die Transfeindlichkeit messen, liegen noch höher: hier sind es 37% aller Befragten, die manifest zustimmen (ebd.). Ähnlich fallen auch die Befunde der Mitte-Studie aus (Mokros/Zick 2023: 165).

1 Das Adjektiv queer wird als Sammelbegriff für unterschiedliche Personengruppen verwendet, die heteronormativen Vorstellungen und einer binären Logik in Bezug auf Sexualität und*oder geschlechtlicher Identität nicht entsprechen, bezeichnet also Personen, die im LGBTIQA*-Spektrum verortet sind. Zudem verweist der Begriff auf eine politisch-emanzipatorische Positionierung, die sich von Abwertungszuschreibungen und Scham befreit (Bitzan/Schirmer 2023: 15).

Mit den beiden genannten repräsentativen Längsschnitt-Studien lassen sich also klare Hinweise auf den Anstieg queerfeindlicher und antifeministischer² Einstellungen finden. Weitergehende Aussagen zu den Hintergründen und gesellschaftlichen Dynamiken in Bezug auf Queerfeindlichkeit bieten die Studien allerdings nicht. Um Gründe für die Zunahme queerfeindlicher Ablehnungsmuster aufzuklären oder die Erscheinungsformen nachzuzeichnen, sind qualitative Zugänge notwendig, die einzelne zivilgesellschaftliche Felder oder Themen in den Blick nehmen und Antifeminismus als „Brückennarrativ“ zwischen verschiedenen politischen Milieus analysieren (u.a. Kemper 2024; Jasser 2023; Sehmer 2021; Meiering et al. 2020; Maihofer/Schutzbach 2015).

Im Rahmen dieses Beitrags möchten wir entfalten, dass und wie die kontroverse Diskussion einzelner Facetten in Bezug auf Genderthematiken (explizit auch Fragen von Queerness) – trotz rechtlicher Liberalisierung³ – als direkte Folge extrem rechter Mobilisierungsstrategien gegen queere Menschen und als Teil kultureller Deutungskämpfe verstanden werden kann (Henninger 2020), die gegenwärtig in Bezug auf Erziehung und Geschlecht ausgetragen werden (Sehmer 2022; Ganz/Meßmer 2015; Baader 2020; Andresen 2018). Am Thema Queerfeindlichkeit werden so Mobilisierungspotentiale in konservativen Milieus aktiviert, die „kulturelle Brücken“ (Lob-Hüdepohl 2018) in Form breit geteilter Normvorstellungen und Ablehnungskonstruktionen in Bezug auf geschlechtliche Identität und sexuelle Orientierung darstellen (Strube 2017), „Legitimationsbrücken“ (Heitmeyer et al. 2020: 64ff.) nutzen oder „Brückennarrative“ (Meiering et al. 2020) bedienen, die von extrem rechten Akteur*innen errichtet werden.

Auch der massive Anstieg von Gewalt und Hasskriminalität⁴ gegen queere Personen lässt sich so u.a. als Reaktion auf die gesellschaftlich und

2 Antifeminismus lässt sich als politisch motivierte Ablehnung (queer)feministischer, emanzipatorischer Anliegen und Positionen verstehen (Herberth 2024: 11): zu diesen zählen neben Gleichstellungs- und Sichtbarkeitspolitiken von Frauen*, auch die Thematisierung und Anerkennung von LGBTIQA*-Rechten (Henninger 2020). Zudem gehen antifeministische Positionen von einer als essentiell (und binär) angesehenen Natürlichkeit von Geschlecht und Heterosexualität aus, mit denen die Legitimität der hierarchisch gedachten Ordnung zwischen den Geschlechtern begründet wird (Mayer/Goetz 2019: 222). Queerfeindlichkeit ließe sich damit als spezifische Form des Antifeminismus verstehen. Jedoch existieren ‚feministische‘ Gruppierungen wie der trans-exclusive radical feminism (TERF) – deren Anhänger*innen sich v.a. transfeindlich positionieren (Pearce et al. 2020: 679). Queerfeindlichkeit als Ideologie der Ungleichwertigkeit, die auf die Aufrechterhaltung von (patriarchaler) Herrschaft abzielt (Lang/Fritzsche 2018), hat eine zusätzliche eigene Dimension, welche wir in diesem Beitrag anhand gegenwärtiger Mobilisierungsdynamiken herausstellen und anhand des Themenfelds Erziehung und Bildung nachzeichnen werden.

3 U.a. der gesetzlichen Verankerung der ‚Ehe für alle‘ (2017), der Einführung der Kategorie *divers* im Personenstandsgesetz (2018), der Verabschiedung des Gesetzes zum (eingeschränkten) Verbot von Konversionsbehandlungen (2020) und der Einführung des neuen Selbstbestimmungsgesetzes (2024).

4 Der Lagebericht des Bundesinnenministeriums, welcher auf der Polizeilichen Kriminalstatistik basiert, dokumentiert für das Jahr 2023 1.785 angezeigte Fälle von Hasskriminalität

institutionell erkämpften Rechte queerer Menschen einordnen (Bauer 2018: 136). Über die Versuche, kulturelle Deutungshoheit zu erlangen⁵, streben extrem rechte Akteur*innen an, diese Errungenschaften rückgängig und queeres Leben unsichtbar zu machen bzw. dieses als nicht lebenswert, gefährlich und ungleichwertig zu stigmatisieren. Zugleich finden sich transformierte problematische Ablehnungskonstruktionen (Thole 2020), die sich zwar teilweise von der offenen Abwertung etwa homosexueller Menschen abgrenzen, Queerfeindlichkeit aber weiter konservieren und reproduzieren (Bauer 2018). Über diese Transformationen und Fragmentierungen queerfeindlicher Narrative, so werden wir nachzeichnen, wird eine ausdifferenzierte Angebotspalette unterschiedlicher Deutungen hergestellt, die diversen Gruppierungen je passende ideologische Anknüpfungspunkte offeriert.

So haben sich auch die Räume des Engagements extrem rechter Akteur*innen deutlich auf viele zivilgesellschaftliche Bereiche ausgeweitet (Sehmer et al. 2021; Zick/Mokros 2023: 56). Auch (sozial-)pädagogische und erziehungswissenschaftliche Felder, Akteur*innen und Institutionen stehen im Zentrum rechter Mobilisierungen und werden vermehrt als Schlüsselbereiche zur Erlangung kultureller Hegemonie adressiert. Dies betrifft disziplinäre und professionelle Orte der Pädagogik, die bisweilen Angriffe erleben (Zimmermann et al. 2021; Gille et al. 2021; Glaser/Rahner 2022; Lehnert/Radvan 2018), aber auch selbst zum Betätigungsfeld queerfeindlicher Akteur*innen werden (Parade et al. 2020; Sehmer et al. 2024). Ansatzpunkt für eine dafür sensibilisierte erziehungswissenschaftliche Forschung könnte etwa sein, bestehende oder neu errichtete Legitimationsbrücken zu identifizieren, die Adressat*innen und Thematiken der (Sozial-)Pädagogik betreffen, bzw. nachzuvollziehen, wo pädagogische Akteur*innen selbst an der Konstruktion oder Aufrechterhaltung dieser Legitimationsbrücken beteiligt sind (Simon/Thole 2021; Baader 2020; Andresen 2018; Gille et al. 2021; Haker/Otterspeer 2021).

Der vorliegende Beitrag versucht explorativ, unterschiedliche Mobilisierungsdynamiken anhand von Legitimationsbrücken und darüber konstruierte Deutungsangebote zu Queerfeindlichkeit zu ordnen. Wir werden dazu zunächst Queerfeindlichkeit im Verhältnis zu Heteronormativität und Antifeminismus theoretisch skizzieren (2), bevor wir fünf Mobilisierungsdynamiken

gegen LGBTIQA*-Personen und verweist trotz hoher Dunkelziffer auf eine Verzehnfachung der Straftaten im Bereich „Sexuelle Orientierung“ und „Geschlechtsbezogene Diversität“ seit 2010 (BMI 2024).

5 Akteur*innen der sogenannten Neuen Rechten knüpfen damit an Ideen der ‚konservativen Revolution‘ der Weimarer Republik an und streben einen „langsamen Marsch durch die Institutionen“ und Sagbarkeitsverschiebungen im vorpolitischen zivilgesellschaftlichen Raum an (Brumlik 2016; Weiß 2020; Fücks/Becker 2020; Rödel 2020). Nicht nur über Wahlen und Bewegungen soll die eigene Position artikuliert werden, sondern Narrative und Deutungen sollen entwickelt werden, um Diskurse zu dominieren, als bedeutsam wahrgenommen zu werden und „um so die Bereitschaft zur Hinnahme von nationaler Schließung, autoritärer Unterordnung und ethnischer Homogenität zu fördern“ (Brumlik 2016: o.S.).

empirisch nachzeichnen (3). Unser Beitrag schließt mit der Frage nach der Verwobenheit von pädagogischen Diskursen zu den nachgezeichneten Dynamiken (4).

2 Queerfeindlichkeit, Heteronormativität und Antifeminismus

Unter Queerfeindlichkeit lassen sich Abwertungen und Anfeindungen gegenüber queeren Menschen verstehen, die auf einer „Ideologie der Ungleichwertigkeit“ (Heitmeyer 2008) und der Vorstellung beruhen, dass es eine ‚natürliche‘, ‚richtige‘ – binäre und heterosexuelle – hierarchische Ordnung zwischen den Geschlechtern gibt (Bauer et al. 2018), die sich als Heteronormativität bezeichnen lässt und die als zentral für die Konstruktion, Legitimierung und Aufrechterhaltung der gegenwärtig herrschenden patriarchal-kapitalistischen Gesellschaft betrachtet werden kann (Federici 2021: 31). Heteronormativität lässt sich als Komplex vermeintlich eindeutiger Normalitätsvorstellungen in Bezug auf geschlechtliche und sexuelle Identität sowie daran anknüpfende vergeschlechtlichte Performanz- und Inszenierungspraktiken beschreiben (Weiss 2001; Warner 1991). Sie ist damit Ergebnis und Folge dessen, was Judith Butler (1991) als „heterosexuelle Matrix“ i.S. dieser spezifischen Vorstellung einer vermeintlich natürlichen und eindeutigen Verknüpfung von biologischem und sozialem Geschlecht und sexuellem Begehren bezeichnet, anhand derer Subjekte als ‚normal‘ oder ‚abweichend‘ markiert werden. Heteronormativität ist damit die zentrale strukturelle Grundlage von Queerfeindlichkeit und tangiert die Subjekte unbewusst durch vielfältige Prozesse der Sozialisation (Götsch 2015):

Der Erwartungshorizont, in den Kinder (in Deutschland im 21. Jahrhundert) von Anfang an hineinwachsen, setzt ihre heterosexuelle und zweigeschlechtlich vereindeutigte Entwicklung in der Regel nach wie vor als unbenannte Selbstverständlichkeit voraus und ist zudem oft verbunden mit mehr oder weniger subtilen oder auch expliziten ‚Korrekturen‘ oder Drohungen (der Abwertung, Stigmatisierung, des Ausschlusses bis hin zu physischer Gewalt) bei Anzeichen und Manifestationen des Abweichens von diesen Erwartungen. (Bitzan/Schirmer 2023: 16)

Queerfeindlichkeit bezeichnet an diese binären Ordnungslogiken anknüpfende sprachliche und körperliche Praktiken der Abwertung und des Angriffs auf queere Personen, bzw. Personen, die als solche gelesen werden. Die sich an diese richtenden Praktiken und Adressierungsweisen fordern die Einhaltung dieser Norm und reproduzieren darüber beständig die heteronormative Ordnung, die notfalls mittels Gewalt verteidigt respektive verschärft werden soll. Queere Menschen werden dabei zum Ziel von Angriffen, weil durch ihre

Sichtbarkeit, Existenz und Identität die heteronormative Geschlechterordnung in Frage gestellt wird (Sehmer 2021; Sehmer 2022). Angriffe auf Frauen*, die nicht dem rechts-konservativen Ideal der sich um Haushalt und Kinder sorgenden Mutter entsprechen, oder von ihrer Geschlechtsperformanz uneindeutig sind, werden ebenfalls über heteronormative Ordnungsvorstellungen legitimiert. Antifeminismus und Queerfeindlichkeit teilen sich damit Heteronormativität als gemeinsame Legitimationsfolie, die vom rechten Rand weit bis in die Mitte der Gesellschaft reicht. Insofern gibt es zentrale Überschneidungen zwischen Queerfeindlichkeit und Antifeminismen, da es (queer)feministischen Ansätzen vielfach um die Dekonstruktion heteronormativer Ordnung geht, die ebenfalls eine Gefahr für patriarchale Herrschaft⁶ darstellen.

3 Queerfeindliche Mobilisierungsdynamiken: ein Versuch der Sortierung

Nachfolgend wollen wir explorativ fünf Mobilisierungsdynamiken, dabei genutzte Legitimationsbrücken und darüber hergestellte Deutungsangebote knapp skizzieren, und anschließend diskutieren, welche Konsequenzen sich daraus für pädagogische und erziehungswissenschaftliche Fragen ergeben. Die Dynamiken sind dabei ein Versuch der Sortierung verschiedener queerfeindlicher Deutungsangebote und Strategien, auf die wir im Kontext unterschiedlicher qualitativer Forschungsarbeiten gestoßen sind⁷. Diese wurden für diesen Beitrag – Sabine Andresens (2018) Idee der „wilden Recherche“ aufgreifend – irritiert, ergänzt und systematisiert. Die Analysen haben den Charakter von qualitativ-rekonstruktiven, explorativen Suchbewegungen. In den Blick geraten dabei verschiedene Felder von Bildung und Erziehung: die bürokratische Ebene schulischer Bildungsinstitutionen, die Sexualpädagogik der Vielfalt in Kindertageseinrichtungen und wissenschaftliche Subdisziplinen wie die Genderforschung. Die Dynamiken gehen aber auch über Themen von Erziehung und Bildung hinaus und richten den Blick auf queerfeindliche Entwicklungen, auf die Pädagog*innen nur indirekt reagieren können.

6 Und damit folglich auch die kapitalistische Gesellschaftsform gefährden, die maßgeblich auf der unbezahlten Haus- und Sorgearbeit von Frauen* innerhalb der bürgerlichen Kleinfamilie beruht (Federici 2021). Gleichzeitig ist an der Stelle darauf hinzuweisen, dass bisweilen auch (vermeintlich) feministische Kritiken am Patriarchat an der heterosexuellen Matrix festhalten.

7 Die entsprechenden Fundstellen (z.B. Äußerungen rechter Akteur*innen in Interviews oder Statements auf Twitter/X) werden im Text zur Nachprüfbarkeit genannt, finden sich aber nicht im Literaturverzeichnis, um diese auch deutlich von wissenschaftlicher Fachliteratur abzugrenzen.

3.1 Mit Sprachverboten gegen (vermeintliche) Sprachverbote – Anti-Genderismus als vermeintlich anti-elitäres und freiheitssicherndes Angebot

Als erste Dynamik möchten wir die gegenwärtigen Bestrebungen extrem rechter Akteur*innen fokussieren, gendergerechte Sprache zu verbieten (siehe dazu auch die Beiträge von Perrier und Stolle in diesem Band). Diese wird bereits auch von rechts-konservativen Personen und bürgerlichen Parteien aktiv forciert und umgesetzt. So twitterte Markus Söder (CSU) etwa am 21.02.19: „In Bayern dürfen die Menschen sagen, was sie wollen. Und sie dürfen singen was sie wollen. Ein zwanghaftes Gendern machen wir in Bayern nicht! Wir unterwerfen uns hier weder irgendwelchen Umerziehungs-Fantasien noch betreiben wir hier eine Cancel Culture.“

Hier wird deutlich das Narrativ vorgetragen, gendergerechte Sprache sei eine Bedrohung für die bestehende Gesellschaft und intendiere eine umfassend gesteuerte ‚Umerziehung‘ der Bevölkerung. Reproduziert wird dabei das in unterschiedlichen extrem rechten Kontexten verbreitete Verschwörungsnarrativ, nach dem staatliche Umerziehungsversuche ‚nach 68‘ auf Basis einer ‚linken Agenda‘⁸ und der kritischen Theorie bis heute durchgeführt würden (Simon/Thole 2021; Baader 2020). Die Verwendung gendergerechter Sprache wird so als Indiz für die Umerziehungsintention einer Person und als Angriff auf die bestehende vermeintlich natürliche Ordnung sowie als Eingriff in die kulturelle Alltagswelt einzelner Personen umgedeutet. Entsprechend vehement wird der Vorwurf vorgebracht, die Verwendung gendergerechter Sprache sei der Versuch, Menschen ein bestimmtes Sprechen – etwa im generischen Maskulinum – zu verbieten (Fischer/Hobuß 2021).

Indem das Narrativ trotz fehlenden Verbots eines nicht genderinklusive Sprechens erfolgreich verankert werden konnte, wurde es möglich, die paradoxe rechtspopulistische Formel: ‚Wir brauchen Sprachverbote gegen die (vermeintlichen) Sprachverbote‘ einzuführen⁹, um sich gegen eine vermeintlich aufkrotrierte Sprachveränderung zu wehren. Waren es zu Beginn noch extrem rechte Akteur*innen, die Begriffe wie „Genderwahn“, „Gender-Gaga“ oder „Gender-Ideologie“ repetitiv platzierten (dazu auch Kemper 2024) und gegen genderinklusive Schreib- und Sprechweisen agierten, haben sich Verbote gendergerechter Sprache durchgesetzt: die Erlangung kultureller Hegemonie mindestens im konservativen Spektrum kann damit als erfolgreich gelten (Lehnert 2018: 58).

8 Andreas Kemper (2024: 8) stellt in diesem Kontext auch das Narrativ des „Kulturmarxismus“ als ein ganz zentrales heraus, welches nicht nur in antifeministischen Kontexten, sondern auch in Bezug auf Migration und Sozialstaat vorgetragen wird.

9 Diese Formel wird mittlerweile zunehmend von etablierten demokratischen Parteien aufgegriffen und erhält so eine enorme zusätzliche Reichweite auch über rechte Diskurse hinaus.

Die Ablehnung einer gendergerechten Sprache richtet sich vordergründig gegen eine Veränderung von Sprache, hintergründig gegen die Veränderung von Gesellschaft und Geschlechterverhältnissen. Für Queerfeindlichkeit ist dieses Narrativ bedeutsam, weil die Abwehr gendergerechter Sprache nicht selten auch damit begründet wird, dass es sich bei Personen, die sich nicht eindeutig als männlich oder weiblich verorten, lediglich um eine irrelevante Minderheit handle, deren Anliegen übermäßig viel Raum einnehmen würden. Die ‚Umerziehung‘ aller, so wird suggeriert, solle aufgrund der Macht einer kleinen Minderheit vollzogen werden. Queere Personen verkörpern damit die Gefahr der Veränderung einer Alltags- und Lebenswelt, von Geschlechterverhältnissen und von Gesellschaft im Allgemeinen, was deren Anfeindungen legitimiere. Queerfeindlichkeit wird so auch für diejenigen anschlussfähig, die bisher keine entsprechenden Deutungen vertreten haben oder schlicht keine Relevanz des Gender-Diskurses für ihr eigenes Leben gesehen haben.

Das Narrativ erfüllt damit alle Kriterien einer rechtspopulistischen Verschwörungserzählung (Eliten vs. Volk, geheime Umerziehungsfantasien, Freund-Feind-Dichotomie) (Decker 2018) und transportiert neben antifeministischen Elementen v.a. antisemitische Versatzstücke, die jeder Verschwörungserzählung inhärent sind (Horkheimer/Adorno 1947/2019; Goldenbogen/Kleinmann 2021). Akteur*innen können sich mithilfe dieses Narrativs als Verteidiger*innen des Anliegens der vermeintlichen Mehrheit der Bevölkerung gegen eine kleine Elite positionieren. Dieses Narrativ kann als Legitimationsbrücke für Queerfeindlichkeit verstanden werden und hat durch die umgesetzten tatsächlichen Verbote einer genderinklusiven Schreibweise schon jetzt Auswirkungen im Feld der Bildung und Erziehung zeitigt.

3.2 *Anti-Drag, Anti-Woke und Anti-Sexualpädagogik als Allianz konservativer und extreme rechter Kämpfe gegen queere Sichtbarkeit*

Während die erste Dynamik aufgrund der spezifischen Sprachkonstruktionen in dieser Weise eng an den deutschsprachigen Raum gekoppelt ist, vollzieht sich die zweite Dynamik international: weltweit lässt sich eine autoritäre Mobilisierung gegen queere Sichtbarkeit beobachten. In Europa spielte die (Androhung der) Bekämpfung queerer Rechte eine wichtige Rolle u.a. in den Wahlkämpfen in Polen¹⁰, Ungarn¹¹ und Italien¹². Weiterhin werden queere Menschen weltweit verfolgt und illegalisiert – etwa in Uganda, wo 2023 ein

10 <https://taz.de/Diskriminierender-Wahlkampf-in-Polen/!5691042/> [Zugriff: 02.03.2025].

11 <https://www.dw.com/de/ungarn-viktor-orb%C3%A4ns-neuer-haupt-feind-heit%C3%9Ft-lgbtq/a-57896270> [Zugriff: 15.03.2025].

12 <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/wie-italiens-regierung-fuer-die-naturliche-familie-kaempft-19104862.html> [Zugriff: 14.03.2025].

Gesetz gegen Homosexualität verschärft wurde, durch das homosexuellen Menschen nun in bestimmten Fällen die Todesstrafe droht. In Russland gilt seit Ende 2023 die gesamte LGBTIQ*-Community als extremistische Bewegung, was eine umfassende Unterdrückung und strafrechtliche Verfolgung queerer Menschen nach sich zog¹³. In den USA hetzten Republikaner*innen seit der konservativen Wende im Supreme Court (2017) verstärkt gegen ‚Wokeness‘, was in republikanisch regierten Bundesstaaten zu einer Welle anti-queerer Gesetzesinitiativen führte¹⁴. Besondere Mobilisierung durch extrem rechte, teils bewaffnete und verummte Akteur*innen erfolgte auf Veranstaltungen, bei denen Drag-Queens Kindern und Jugendlichen aus queerinklusiven Büchern vorlasen. Kern der aggressiven Proteste ist auch hier die Argumentation, es gebe eine ‚queere Agenda‘, im Sinne einer Umerziehungsfantasie vermeintlicher Eliten. Gemischt wird diese im spezifischen Fall mit Rhetoriken der Sorge um Kinder vor einer angeblichen Frühsexualisierung, wie sie auch in anderen Analysen herausgestellt wurde (u.a. Lang 2015; Schmincke 2015; Simon et al. 2023). Reaktiviert werden dabei auch historische Gleichsetzungen von Homosexualität mit Pädosexualität, durch die queere Menschen insgesamt als gefährlich für Kinder und Jugendliche imaginiert werden.

Entsprechungen gab es im deutschsprachigen Raum: In München wurde 2023 gegen eine sog. *Drag-Queen-Story-Hour* mobilisiert (zu ähnlichen Angriffen und Narrativen in Österreich siehe Götz in diesem Band). Neben den bereits erwähnten Deutungen „Indoktrination“ und „Frühsexualisierung“ wird dort bereits die Zustimmung zu Drag-Veranstaltungen als „Gefahr für unser Land“¹⁵ markiert. Begleitet wurde die konservativ-rechte Dämonisierung des Engagements queerer Personen im Bildungsbereich zudem von extrem rechter¹⁶, orchestrierter Queerfeindlichkeit: Der Publizist Martin Lichtmesz schrieb

13 <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/russland-verbot-lgbtq-bewegung-extremismus-100.html> [Zugriff 03.05.2024].

14 Zwei Beispiele aus den zahlreichen Gesetzesinitiativen: In Florida wurde 2023 das sogenannte „Don’t say gay“-Gesetz ausgeweitet. Dies untersagt Pädagog*innen, mit Kindern und Jugendlichen bis zur 12. Klasse sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität zu thematisieren oder diese mit einem selbst gewählten Pronomen anzusprechen (Florida House of Representatives 2023). Im gleichen Jahr ermöglicht ein Gesetz in West Virginia zur Priorisierung religiöser Freiheit Bürger*innen, sich nicht mehr an Antidiskriminierungsgesetze zu halten, wenn diese den eigenen Überzeugungen widersprechen (West Virginia Legislature 2023). Unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit wird so die Diskriminierung queerer Menschen legalisiert.

15 Martin Huber (CSU) twitterte am 03.05.23: „Lasst Kinder einfach Kinder sein... Vierjährige sollten mit Bauklötzen oder Knete spielen und nicht mit woker Frühsexualisierung indoktriniert werden.“, Hubert Aiwanger (Freie Wähler) twitterte am 07.05.23: „Kinder mit sowas zu konfrontieren ist Kindeswohlgefährdung, nicht ‚Weltoffenheit‘, Ihr grünen Spinner! Eric Große Kli...liest ja nur nette Märchen vor?“. Der Name spricht für sich. Ihr seid eine Gefahr für unser Land, wenn Ihr sowas gut findet!“

16 Die Veranstaltung fand letztlich von Demonstrationen begleitet statt. Eine Gruppe von Mitgliedern der Identitären Bewegung verschaffte sich Zugang zum Veranstaltungsort (Winklbauer 2023).

dazu in der extrem rechten Sezession, diese Vorleseformate hätten „den deklarierten Zweck“ „Kleinkinder mit einer ‚geschlechterfluiden‘, pro-homosexuellen Ideologie zu imprägnieren und entsprechende Rollenbilder zu normalisieren und attraktiv zu machen“ (2023: o.S.). Geschlechtsangleichende Operationen werden im Text als ‚Genitalverstümmelung‘ bezeichnet und die „Geschichte“ der Travestie in den USA wird fälschlicherweise im „erotischen Entertainment“ verortet, woraufhin resümiert wird: „man [verschleppe dorthin] normalerweise keine kleinen Kinder“ (ebd.). Diese Veranstaltungen hätten „manipulativen Charakter“ (ebd.). Es ginge

um die Rekrutierung für die eigene ideologische (Anti-)Familie [...] Da deren Ideologen und Advokaten Geschlechterrollen als anerzogene „Konstrukte“ betrachten, haben sie folgerichtig bereits Kleinkinder ins Visier genommen, die möglichst früh mit Geschichten gefüttert werden sollen, die eine mögliche spätere „queere“ Entwicklung begünstigen sollen. (ebd.)

Damit wird das Anliegen einer sexualpädagogischen Aufklärung über queere Identitäten zu einer ideologischen Agenda verklärt, die die heteronormative Ordnung nicht nur in Frage stellt, sondern gar das Konzept „Familie“ (Schmincke 2015) und damit – in der völkisch-nationalen Ideologie – auch den Untergang der Nation einläutet (Lang 2015). Die Legitimationsbrücke für den – im Namen des Kindeswohl geführten – Einsatz gegen queere Sichtbarkeit ist auch hier die Behauptung einer für Kinder und letztlich die gesamte Gesellschaft gefährlichen Umerziehungsagenda. Sie ist die Grundlage für rechte Angriffe auf sexualpädagogische, vielfaltsorientierte Angebote und Konzepte.

3.3 *Rechte Strategien zur Spaltung queerer Solidarität: Einladungen zum Hass auch an Teile der queeren Community*

Im Zuge der fortschreitenden Liberalisierung gleichgeschlechtlicher Beziehungen wurde gleichwohl mehrheitlich die Gleichberechtigung homosexueller Menschen anerkannt und ‚homofeindliche‘ Vorurteile haben in weiten Teilen der Bevölkerung sukzessive abgenommen. Plumpe ‚Homofeindlichkeit‘ – etwa die Nutzung des Begriffes ‚schwul‘ als Schimpfwort – hat damit in vielen Milieus an Legitimität und Mobilisierungspotential eingebüßt (Sehmer 2021). Zugleich sind Versuche erkennbar, Teile der queeren Community und deren Unterstützer*innen dazu einzuladen, sich nun am Hass gegen *andere* queere Menschen zu beteiligen. Diese Mobilisierungsdynamik umfasst ein vergiftetes Angebot v.a. an homosexuelle Menschen, sich von der Gruppe der Queers abzugrenzen und darüber scheinbar eine privilegiere Position zu erhalten, wenn sie sich zugleich an der Abwertung derjenigen beteiligen, die aufgrund der gleichen normativen Ordnung wie sie selbst in eine prekarierte gesell-

<https://www.merkur.de/lokales/muenchen/drag-lesung-proteste-kinder-veranstaltung-politik-muenchen-92341017.html>.

schaftliche Position gedrängt werden. Homosexualität wird in diesen Diskursen dann nicht mehr per se als problematisch markiert, wenn die heteronormativen Geschlechterrollenerwartungen – bei Frauen* etwa in Bezug auf die bürgerliche Kleinfamilie oder bei Männern* maskuline Inszenierungspraktiken – eingehalten und reproduziert werden.¹⁷ Darüber lässt sich ausweisen, dass die heteronormativ-patriarchale Matrix anerkannt und weiter getragen wird.¹⁸

Entsprechend finden sich mittlerweile auch im medialen Raum homosexuelle Akteur*innen, die sich aktiv an der Abwertung insbesondere von trans* Personen beteiligen und die sich dabei ganz explizit als homosexuell positionieren (Bauer 2018: 136). Jüngst wurde diese Strategie auch von zentralen extrem rechten bis rechtskonservativen homosexuellen Politiker*innen aufgegriffen: „Ich bin nicht queer, ich bin schwul“ erklärte der CDU-Politiker Jens Spahn im Interview mit dem rechten Nachrichtenportal „nius“ und folgte damit dem Vorbild der AfD-Politikerin Alice Weidel, die im September im Interview mit der ARD erklärt: „Ich bin nicht queer, sondern ich bin mit einer Frau verheiratet, die ich seit 20 Jahren kenne.“¹⁹ Es ist die von Spahn angenommene und reproduzierte Einladung zur Distanzierung von der queeren Community auch für homosexuelle Menschen, die einen Kern gegenwärtiger queerfeindlicher Diskurse bildet und zu einer Normalisierung von Transfeindlichkeit beitragen kann.

3.4 ‚Feministische‘ Mobilisierung gegen Selbstbestimmungsrechte von trans* Personen

Als eine weitere Mobilisierungsdynamik kann die Inszenierung der Abwehr von Transrechten als ‚feministisches‘ Anliegen verstanden werden. Argumentiert wird rechtspopulistisch, dass die Ausweitung von Selbstbestimmungsrechten für trans* Personen insbesondere ein Angebot an (cis) Männer sei, sich als trans* Frauen auszugeben, um Zugang zu Schutzräumen für Frauen zu

17 Im Diskurs wird so indirekt ein Kern homofeindlicher Deutungen – die Abwertung schwuler Männer als ‚effeminiert‘ und damit unmännlich und in bestimmten Fällen auch von lesbischen Frauen als unweiblich (vgl. Eribon 2019) – aufgerufen und ein vermeintlicher Ausweg aufgezeigt.

18 Bspw. die Bücher des neurechten homosexuellen Autors Jack Donovan, die auch bei Antaios verlegt werden (Lauer 2021). Im Zentrum steht dort bspw. eine Argumentation, die eine Besinnung auf naturalisierte Männlichkeitskonstruktionen, die mit Stärke und soldatischer Männlichkeit einhergehen, für homosexuelle Männer anschlussfähig macht, die sich dadurch von denjenigen abgrenzen können, die diese martialischen Männlichkeitsinszenierungen nicht erfüllen und damit die als homogen gedachte Volksgemeinschaft nicht verteidigen können.

19 Im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2025 positionierte sie sich zudem im Sinne des Wahlprogramms der AfD gegen die Ehe für Alle und für die Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartner*innenschaften.

erhalten und sexualisierte Gewalt auszuüben²⁰. Die vorurteilsgeladene Argumentation wird mit einer generellen Abwertung von trans* Personen vermischt, die damit per se als gefährliche Personen markiert werden (Vanagas/Vanagas 2023: 320ff.). Ähnlich wie bei der Inszenierung der Sorge um Kinder dient das Argument als moralische Waffe, mit der die Rechte auf Selbstbestimmung einer vermeintlich kleinen, potentiell gefährlichen Minderheit den Interessen einer schützenswerten, marginalisierten Mehrheit gegenübergestellt werden. Dies gelingt vor allem durch Negierung der Stigmatisierungserfahrungen von Menschen im Transitionsprozess. Die Legitimationsbrücke des Schutzes von Frauen vor sexualisierter Gewalt kaschiert dabei zudem den gemeinsamen Kern antifeministischer und queerfeindlicher Abwertungen: Heteronormativität. So wird etwa suggeriert, der Schutz vor übergriffigen Männern sei mittlerweile erkämpft, würde aber durch trans* Frauen erneut bedroht und in Frage gestellt; zudem gebe es einen biologisch begründeten Wesenskern von Männern, über den alle cis Männer verfügten und der sich nicht verändern lasse. Vor diesem Hintergrund wird die Möglichkeit der Transition grundsätzlich als illegitim und unmöglich zurückgewiesen und ein essentialistisches Verständnis von Geschlecht reproduziert. Gleichzeitig werden hier trans* Frauen nicht als vulnerable Subjekte moduliert, die gewaltförmige Angriffe erleiden können. Auch Angebote zum Schutz und zur Unterstützung von trans* Personen, wie pädagogische Safe Spaces können dadurch unter Legitimationsdruck geraten.

3.5 *Pseudo-wissenschaftliche Angriffe auf sozialwissenschaftliche Genderforschung*

Um rechten Deutungen kulturelle Hegemonie zu verschaffen, sind im Sinne des ‚Metaprojektes‘ der neuen Rechten insbesondere mit Legitimität ausgestattete gesellschaftliche Positionen attraktiv (Rödel 2020). So ist auch das wissenschaftliche Feld wichtiger Austragungsort kultureller Deutungskämpfe für rechte Akteur*innen, die hier als vermeintliche Expert*innen Queerfeindlichkeit verbreiten (Parade et al. 2020; Sehmer 2021; Näser-Lather 2020). In den Sozial- und Erziehungswissenschaften sind pauschale Angriffe auf die Gender-Studies oder geschlechtergerechte Sprache zu rekonstruieren – u.a. durch das mittlerweile fast 750 vorwiegend professorale Mitglieder umfassende, sich als neutral und objektiv verstehende Netzwerk Wissenschaftsfreiheit²¹. Auch

20 Dieses transfeindliche Vorurteil wurde u.a. von J.K. Rowling wiederholt prominent aufgegriffen: <https://www.spiegel.de/kultur/j-k-rowling-autorin-wuerde-fuer-gender-ueberzeugungen-in-den-knast-gehen-a-4617efba-42e7-4f8f-a9c4-bec41a69660d> [Zugriff 15.03.2025].

21 Siehe auch Rauch 2024; Studierendenrat der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg Studierendenrat Halle 2023.

Beiträge des neurechten Blogs *science files*²², welcher auf objektivistische und biologistische Wissenschaftsdeutungen als Legitimationsgrundlage zurückgreift (Sehmer et al. 2024) lassen sich darunter fassen. Als Legitimationsbrücke beider Einsätze wird hier die Konstruktion wahrhaftiger, objektiver Wissenschaft eingeführt, welche beansprucht, gegen vermeintlich ideologisch getriebene, unwissenschaftliche Befunde zu agieren. Entsprechende Argumentationen machen sich zudem die Komplexität qualitativer sozialwissenschaftlicher Erkenntnisproduktion zu Nutze, die als größtenteils interpretativ und unwissenschaftlich – im extrem rechten Sprech als von einer „woken“, identitätspolitisch angetriebenen Wissenschaftscommunity²³ produziert – zurückgewiesen wird. Damit wird auch die Erziehungswissenschaft zugleich zum Ziel von Angriffen als auch zur Arena innerhalb der kulturelle Deutungskämpfe ausgegrenzt werden und Versuche zu beobachten sind, Queerfeindlichkeit (pseudo)wissenschaftlich zu autorisieren (Sehmer et al. 2024).

4 Pädagogische Bezugnahmen: Politische Vereinnahmungen disziplinärer und professioneller pädagogischer Räume über den Vorwurf des Politischen

In pädagogischen Institutionen sowie im wissenschaftlichen Feld lässt sich eine Gleichzeitigkeit von Liberalisierung der Perspektiven auf Geschlecht und Radikalisierung der Gegner*innenschaft konstatieren (Fritzsche/Lang 2020). Einerseits hat sich auch in Institutionen die kritische Auseinandersetzung mit Geschlechternormen als „gender-mainstreaming“ etabliert. Es wurden v.a. vor ca. 10 Jahren vereinzelt und teilweise unter starken Anfeindungen explizit queere pädagogische Konzeptionen vorgelegt (z.B. Tuider/Timmermanns 2015; Rieske 2014; Timmermanns 2014; Busche et al. 2014; Queeres Netzwerk NRW 2022). Andererseits, so scheint es, ist jedoch eine Abkehr von einer binären Logik in pädagogischen Kontexten nicht durchgängig zu erkennen. Dadurch ergeben sich Anschlusspunkte nach zwei Seiten, zum bürgerlich-konservativen sowie zum extrem rechten Lager: Hier wird an der binären Logik festgehalten und unter dem Deckmantel von Kinderschutz und/oder entwicklungspsychologischen Annahmen²⁴ gegen queere Sichtbarkeiten gekämpft.

22 Betrieben von der promovierten und habilitierten Sozialwissenschaftlerin Heike Diefenbach.

23 Neben dem Sammelband von Sandra Kostner zu diesem Thema publizieren Mitglieder des Netzwerks Wissenschaftsfreiheit mittlerweile eigene Sammelbände etwa in der Reihe Pädagogik kontrovers im Kohlhammer Verlag oder Zeitschriften („Jahrbuch Wissenschaftsfreiheit“) und erreichen mit ihren Themen in Tageszeitungen wie der FAZ eine breite Öffentlichkeit.

24 So gehen verschiedene entwicklungspsychologische Argumentationen biologistisch und adultistisch davon aus, Kinder könnten lediglich zwischen zwei Geschlechtern

Solche, teils auch von Kolleg*innen geteilte Positionen, können als Anchlüsse neurechter Akteur*innen genutzt werden, um das staatliche Bildungssystem insgesamt zu delegitimieren (s.a. Simon 2025 i.E.) und eigene, hoch problematische Vorstellungen von Erziehung und Bildung zu verbreiten, die darüber wissenschaftliche Legitimität erhalten. Drastisch ausgedrückt: Damit ist das, was das neurechte Metaprojekt anstrebt (s.a. Rödel 2020), nämlich im vorpolitischen Raum Deutungshoheit zu erlangen, Sagbarkeitsverschiebungen vorzunehmen und Positionen intellektualistisch vorzutragen, bereits geschehen und wird auch ohne deren bemühtes Zutun aus den wissenschaftlichen Milieus heraus umgesetzt.

Anhand der in Kap. 3 beschriebenen unterschiedlichen Mobilisierungsdynamiken und Deutungsangebote sollte deutlich gemacht werden, dass pädagogische Felder nicht nur indirekt von gesamtgesellschaftlichen queerfeindlichen und rechten Mobilisierungen betroffen sind (Kap. 3.1/3.3), sondern selbst zu Zielen und Konfliktfeldern der Austragung kultureller Deutungskämpfe werden (Kap. 3.2/3.4/3.5). Insbesondere wird dies dort deutlich, wo in Folge dieser Deutungskämpfe Zielformulierungen oder Vorgaben für pädagogisches Handeln abgeleitet werden. Dies betrifft in Bezug auf das Verbot genderinklusive Sprache in Schulen etwa Lehrkräfte, die nicht nur verpflichtet werden, auf diese zu verzichten, sondern z.T. aufgefordert sind, deren Verwendung durch Schüler*innen zu sanktionieren²⁵. Dies betrifft aber auch umfassender die elementarpädagogischen Bildungspläne der Länder, in denen v.a. das „Grenzregime Heteronormativität“ (Höblich/Goede 2021: 190) die Zweigeschlechtlichkeit zementiert (Noack-Napoles 2017). Auch wenn weitestgehend geteilt wird, dass frühe Bildung die Aufgabe hat, geschlechtsbezogene Stereotype aufzubrechen und/oder Kindern die Vielfalt unterschiedlicher Orientierungen und Identitäten zu vermitteln (Kubandt 2016; Garbade 2022), reproduzieren die in den Bildungsplänen genutzten Formulierungen teils Heteronormativität (Höblich/Goede 2021: 190; Noack-Napoles 2017; Kubandt 2016). Aber auch dort, wo bereits Progress zu verzeichnen ist, wird die Argumentation durch die Kritiker*innen gedreht: dann sind diejenigen am Rechtsruck Schuld, die progressive, inklusive und diversitätsorientierte pädagogische Konzepte umzusetzen versuchen, weil die vermeintlich zu weit gehenden Konzepte im Sinne eines Automatismus eine Gegenbewegung rechtskonservativer bis rechtsextremer Akteur*innen provozierten – so argumentieren etwa einige Beiträge im Jahrbuch Wissenschaftsfreiheit (2024) oder Beiträge, die sich ‚kritisch‘ mit der

unterscheiden: „Obwohl die Queer-Pädagogik ein Bewusstsein für frühe Uneindeutigkeiten der Geschlechtszuordnung erzeugen will, sind kleine Kinder aus entwicklungspsychologischer Sicht dazu noch kaum in der Lage“ (Stamm 2023: o.S.) – hier wird also das Erkennen einer „sozial konstruierten Zweigeschlechtlichkeit“, nicht ebendiese, naturalisiert.

25 <https://www.hessenschau.de/politik/hessische-schueler-duerfen-in-abschlusspruefungen-keine-genderzeichen-mehr-verwenden-v2,genderverbot-schulen-abschlusspruefungen-hessen-100.html> [Zugriff 22.07.2025].

„neuen Kindheitspädagogik“ und deren „pädagogischem Neusprech“ auseinandersetzen.

Je mehr es rechts-konservativen, neurechten und extrem rechten Akteur*innen gelingt, ihre Deutungen in hegemonialen Diskursen unterzubringen, desto stärker werden sich auch pädagogische Einrichtungen, Programmatiken und Fachkräfte mit diesen Angriffen konfrontiert sehen bzw. erfahren bereits Angriffe (u.a. Gille et al. 2021; Besche et al. 2021; Schuhmacher et al. 2021; Lehnert/Radvan 2018; Glaser/Rahner 2022). Einrichtungen werden zu Zielscheiben, wenn diese heteronormative Zuschreibungen aufzubrechen und Schutz- und Entfaltungsräume auch für queere Personen zu bieten versuchen und zwar nicht nur deshalb, sondern weil für extrem rechte Akteur*innen dies bereits Ausdruck eines abzulehnenden Selbstverständnisses ist: nämlich die Vorstellung und Förderung einer Welt, in der alle ohne Angst verschieden sein können (Adorno 1997: 116). Fachkräfte sehen sich dann zunehmend dem Vorwurf ausgesetzt, selbst eine problematische politische Agenda durchsetzen zu wollen und werden darüber massiv delegitimiert (Henninger 2020; Riegel 2017; Sehmer 2022), was Eltern verunsichern dürfte. Pädagogik ist jedoch kein neutrales Anliegen, sondern lässt sich auch bei vorgegebener Neutralität immer als politisch verstehen. Im Umkehrschluss heißt dies jedoch auch, dass Pädagog*innen aufgefordert sind, sich mittels pädagogischer Einsätze aktiv gegen die Hegemoniegewinne rechter Akteur*innen und die damit verbundene Normalisierung von Queerfeindlichkeit und weiteren Ungleichwertigkeitsideologien zu positionieren (Lehnert 2018: 58). Praxis und Wissenschaft sind an der Stelle so ineinander verwoben und der Disziplin kommt hier die Aufgabe zu, der Praxis den Rücken zu stärken. Ob dafür jedoch Tools aus dem spätkapitalistischen Werkzeugkasten in den Bildungsinstitutionen ausreichen, mögen die Leser*innen selbst entscheiden. Aus unserer Perspektive wäre demgegenüber deutlicher für eine zusätzliche gesellschaftstheoretisch fundierte breite Aufklärungs- und Repolitisierungskampagne in den fach- und hochschulischen pädagogischen Ausbildungsgängen zu plädieren.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1997): *Melange*. In: Adorno, Theodor W. (Hrsg.): *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben. Gesammelte Schriften, Band 4*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 115–116.
- Andresen, Sabine (2018): *Rechtspopulistische Narrative über Kindheit, Familie und Erziehung*. In: *Zeitschrift für Pädagogik* 64, 6, S. 768–787.
- Baader, Meike Sophia (2020): *Neue Rechte – „Umerziehung“, „Genderideologie“ und „Frühsexualisierung“*. In: Binder, Ulrich/Oelkers, Jürgen (Hrsg.): *Das Ende der politischen Ordnungsvorstellungen des 20. Jahrhunderts*. Wiesbaden: Springer VS, S. 129–154.

- Bauer, Gero (2018): Die (De-)Naturalisierung von Homophobie. In: Bauer, Gero/Ammicht-Quinn, Regina/Hotz-Davies, Ingrid (Hrsg.): Die Naturalisierung des Geschlechts. Bielefeld: transcript Verlag, S. 135–151.
- Bauer, Gero/Ammicht-Quinn, Regina/Hotz-Davies, Ingrid (2018): Einleitung. In: Bauer, Gero/Ammicht-Quinn, Regina/Hotz-Davies, Ingrid (Hrsg.): Die Naturalisierung des Geschlechts. Bielefeld: transcript Verlag, S. 7–12.
- Besche, Julia/Boran, Sevda/Pischel, Yvonne/Raddatz, Anna-Carla/Röh, Elisabeth/Koopmann, Micha/Beushausen, Lars/Zick, Lisa Marleen/Opitz, Simon/Ferber, Inga/Neiner, Susanne (2021): Soziale Arbeit unter Druck von rechts. In: Blätter der Wohlfahrtspflege (BdW) 168, 1, S. 28–31.
- Bitzan, Maria/Schirmer, Utan (2023): (Un)angepasst – queer im Übergangssystem. In: Bitzan, Maria/Brück, Jasmin/Dern, Susanne/Nestler, Thomas/Schirmer, Utan/Staudenmeyer, Bettina/Zöllner, Ulrike (Hrsg.): Queer im Übergangssystem. Bielefeld: transcript Verlag, S. 11–33.
- Brumlik, Mischa (2016): Das alte Denken der neuen Rechten. In: Blätter, 3/2016, S. 81–92.
- BMI – Bundesministerium des Inneren und für Heimat (2024): Lagebericht zur kriminalitätsbezogenen Sicherheit von LSBTIQ*. Berlin.
- Busche, Mart/Kugler, Thomas/Nordt, Stephanie (2014): „Murat spielt Prinzessin, Alex hat zwei Mütter und Sophie heißt jetzt Ben“. In: Sozialmagazin 39, 3/4, S. 30–37.
- Butler, Judith (1991): Das Unbehagen der Geschlechter. 23. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Decker, Frank (2018): Was ist Rechtspopulismus? In: Politische Vierteljahresschrift 59, 2, S. 353–369.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Aylene/Brähler, Elmar (2022): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Aylene/Brähler, Elmar (2024): Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024. Gießen: Psychosozial Verlag.
- Eribon, Didier (2019): Betrachtungen zur Schwulenfrage. Berlin: Suhrkamp.
- Federici, Silvia (2021): Das Lohnpatriarchat. Wien/Berlin: Mandelbaum Verlag.
- Fischer, Caja/Hobuß, Steffi (2021): Geschlechtergerechte Sprache als ‚Sprachpolizei‘ oder ‚Political Correctness‘? In: Sigl, Johanna/Kapitza, Katharina/Fischer, Karin (Hrsg.): Facetten des Antifeminismus. Hamburg: Alma Marta, S. 33–50.
- Florida House of Representatives (2023): CS/CS/HB 1069. <https://www.flsenate.gov/Session/Bill/2023/1069/?Tab=BillText>. [Zugriff: 11.05.2024].
- Fritzsche, Christopher/Lang, Juliane (2020): Die GegnerInnenschaft zur Ehe für alle: ein autoritär-regressives politisches Projekt? In: Henninger, Annette/Birsl, Ursula (Hrsg.): Antifeminismen. Bielefeld: transcript Verlag, S. 265–308.
- Fücks, Ralf/Becker, Christoph (Hrsg.) (2020): Das alte Denken der neuen Rechten. Frankfurt a.M.: Wochenschau-Verlag.
- Ganz, Kathrin/Meßmer, Anna-Katharina (2015): Anti-Genderismus im Internet. In: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hrsg.): Anti-Genderismus. 2. Auflage. Bielefeld: transcript Verlag, S. 59–77.
- Garbade, Svenja (2022): Demonstrating Gender. Geschlechterkonstruktionen im kindheitspädagogischen Alltag. Weinheim: Beltz Juventa.

- Gille, Christoph/Jagusch, Birgit/Krüger, Christine/Wéber, Júlia (2021): Ambivalente Verhältnisse und steigende Einflussnahmen: Soziale Arbeit und die extreme Rechte. In: Sehmer, Julian/Simon, Stephanie/Ten Elsen, Jennifer/Thiele, Felix (Hrsg.): recht extrem? Wiesbaden: Springer VS, S. 275–294.
- Glaser, Enrico/Rahner, Judith (2022): Rechtspopulistische Agitation und Vereinnahmung von Kind(eswohl). In: Bak, Raphael/Machold, Claudia (Hrsg.): Kindheit und Kindheitsforschung intersektional denken). Wiesbaden: Springer VS, S. 311 – 322.
- Goldenbogen, Anne/Kleinmann, Sarah (2021): Aktueller Antisemitismus in Deutschland. Verflechtungen, Diskurse, Befunde. Berlin: RLS.
- Götsch, Monika (2015): Paradoxien heteronormativer Sozialisation. In: Dausien, Bettina/Thon, Christine/Walgenbach, Katharina (Hrsg.): Geschlecht – Sozialisation – Transformationen. Jahrbuch Frauen- und Geschlechterforschung in der Erziehungswissenschaft, Band. 11. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 129–144.
- Haker, Christoph/Otterspeer, Lukas (2021): Die epistemische Dimension der Neuen Rechten. In: Sehmer, Julian/Simon, Stephanie/Ten Elsen, Jennifer/Thiele, Felix (Hrsg.): recht extrem? Wiesbaden: Springer VS, S. 249–273.
- Heitmeyer, Wilhelm (2008): Die Ideologie der Ungleichwertigkeit. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 6. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 36–44.
- Heitmeyer, Wilhelm/Freiheit, Manuela/Sitzer, Peter (2020): Rechte Bedrohungsallianzen. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Henninger, Annette (2020): Antifeminismen. In: Henninger, Annette/Birsl, Ursula (Hrsg.): Antifeminismen. Bielefeld: transcript Verlag, S. 9–42.
- Herberth, Sabine (2024): Grundzüge des Antifeminismus. In: Amadeu-Antonio-Stiftung (Hrsg.): Zivilgesellschaftliches Lagebild Antifeminismus 2023. Berlin, S. 10–13.
- Hessenschau (2024): Kultusministerium. Hessische Schüler dürfen in Abschlussprüfungen keine Genderzeichen mehr verwenden, 21.03.2024. <https://www.hessenschau.de/politik/hessische-schueler-duerfen-in-abschlusspruefungen-keine-genderzeichen-mehr-verwenden-v2.genderverbot-schulen-abschluss-pruefungen-hessen-100.html> [Zugriff: 04.05.2024].
- Höblich, Davina/Goede, Hannah (2021): Zwischen Normalisierung und Dekonstruktion. In: Sozial Extra 45, 3, S. 188–191.
- Höcker, Charlotte/Pickel, Gert/Decker, Oliver (2020): Antifeminismus – Das Geschlecht im Autoritarismus? Die Messung von Antifeminismus und Sexismus in Deutschland auf der Einstellungsebene. In: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020. Gießen: Psychosozial, S. 249–282.
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor, W. (1947/2019): Elemente des Antisemitismus. In: Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (Hrsg.): Dialektik der Aufklärung. Frankfurt a.M.: Fischer, S. 177–217.
- Jasser, Greta (2023): Antifeminismus und LGTBQIA*-Feindlichkeit als Brückennarrativ der Radikalen Rechten. In: Demokratie-Dialog 13, S. 62–69.
- Kalkstein, Fiona/Pickel, Gert/Niendorf, Johanna (2024): Antifeminismus und Antisemitismus – eine autoritär motivierte Verbindung? In: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (Hrsg.): Vereint im Ressentiment?

- Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024. Gießen: Psychosozial Verlag, S. 161–180.
- Kemper, Andreas (2024): Antifeministische Narrative. Ein Diskursatlas. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Kubandt, Melanie (2016): Relevanzsetzungen von Geschlecht in der Kindertageseinrichtung. In: GENDER – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft 8, 3, S. 46–60.
- Lang, Juliane (2015): Familie und Vaterland in der Krise. In: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hrsg.): Anti-Genderismus. Bielefeld: transcript Verlag, S. 167–181.
- Lang, Juliane/Fritzsche, Christopher (2018): Backlash, neoreaktionäre Politiken oder Antifeminismus? In: feministische Studien 36, 2, 335–346.
- Lauer, Stefan (2021): Schwule Nazis und nachdenkliche Sprüche auf Bildern. In: BelltowerNews, 07. Juli 2021. <https://www.belltower.news/maennerrechtler-schwule-nazis-und-nachdenkliche-sprueche-auf-bildern-118237/> [Zugriff: 11.05.2024].
- Lehnert, Esther (2018): Kulturkampf von Rechts. Herausforderungen für die Soziale Arbeit. In: agif Sachsen (Hrsg.): MUT. Interventionen. Zwischenbericht. Chemnitz: Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen e.V., S. 58–59.
- Lehnert, Esther/Radvan, Heike (2018): Fallanalysen und Handlungsmöglichkeiten in der Praxis. In: Amadeu Antonio Stiftung Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus (Hrsg.): Ene, mene, muh – und raus bist du! Ungleichwertigkeit und frühkindliche Pädagogik. Berlin: S. 10–27.
- Lichtmesz, Martin (2023): Drag Queen Story Hour in Wien. In: Sezession, 14.04.2023. <https://sezession.de/67368/drag-queen-story-hour-in-wien> [Zugriff: 11.05.2024].
- Lob-Hüdepohl, Andreas (2018): Kirche gegen Rechtspopulismus – auch in den eigenen Reihen. In: Emunds, Bernhard (Hrsg.): Christliche Sozialethik. Baden-Baden: Nomos, S. 237–260.
- Maihofer, Andrea/Schutzbach, Franziska (2015): Vom Antifeminismus zum „Anti-Genderismus“ In: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hrsg.): Sex und Gender. Bielefeld: transcript Verlag, S. 201–217.
- Mayer, Stefanie/Goetz, Judith (2019): Mit Gott und Natur gegen geschlechterpolitischen Wandel. Ideologie und Rhetoriken des rechten Antifeminismus. In: FIPU (Hrsg.): Geschlechterreflektierte Perspektiven. Rechtsextremismus, Band 3. Wien/Berlin: Mandelbaum, S. 205–247.
- Meiering, David/Dziri, Aziz/Foroutan, Naika (2020): Connecting Structures: Resistance, Heroic Masculinity and Anti-Feminism as Bridging Narratives within Group Radicalization. In: International Journal of Conflict and Violence 14, 2, S. 1–19.
- Mokros, Nico/Zick, Andreas (2023): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zwischen Krisen- und Konfliktbewältigung. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hrsg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz, S. 149–184.
- Näser-Lather, Marion (2020): Wissenschaftler_innen vs. Gender Studies. In: Henninger, Annette/Birsl, Ursula (Hrsg.): Antifeminismen. Bielefeld: transcript Verlag, S. 105–148.
- Noack-Napoles, Juliane (2017): „Geschlechtsidentität“ als elementarpädagogisches Bildungsziel. In: Hartmann, Jutta/Messerschmidt, Astrid/Thon, Christine (Hrsg.):

- Queertheoretische Perspektiven auf Bildung. Opladen u.a.: Verlag Barbara Budrich, S. 53–68.
- Parade, Ralf/Thole, Friederike/Wittig, Steffen (2020): Demokratie und Identität: Anti-Genderismus als Versuch der Schließung des Sozialen. In: Zeitschrift Diskurs, 5, S. 40–68.
- Pearce, Ruth/Erikainen, Sonja/Vincent, Ben (2020): TERF wars. In: The Sociological Review 68, 4, S. 677–698.
- Queeres Netzwerk NRW (2022): Queer in der Kita. https://queeres-netzwerk.nrw/wp-content/uploads/2022/05/Queer-in-der-Kita_23_web.pdf [Zugriff: 11.05.2024].
- Rauch, Geraldine (2024): „Die Aktivitäten des Netzwerks Wissenschaftsfreiheit sollten uns mit tiefster Sorge erfüllen“. <https://table.media/research/standpunkt/die-aktivitaeten-des-netzwerks-wissenschaftsfreiheit-sollten-uns-mit-tiefster-sorge-erfullen/> [Zugriff: 05.05.2024].
- Riegel, Christine (2017): Queere Familien in pädagogischen Kontexten. Opladen u.a.: Verlag Barbara Budrich.
- Rieske, Thomas Viola (2014): Queer und Jungenarbeit? In: Sozialmagazin 39, 3/4, S. 74–80.
- Rödel, Severin Sales (2020): (Erwachsenen-)Bildung in Zeiten rechtsgerichteter Metapolitik. In: Debatte – Beiträge zur Erwachsenenbildung 3, 2, S. 900–917.
- Schmincke, Imke (2015): Das Kind als Chiffre politischer Auseinandersetzung am Beispiel neuer konservativer Protestbewegungen in Frankreich und Deutschland. In: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hrsg.): Anti-Genderismus. Bielefeld: transcript Verlag, S. 93–108.
- Schuhmacher, Nils/Schwerthelm, Moritz/Zimmermann, Gillian (2021): Stay with the trouble. Berlin: BAG OKJE.
- Sehmer, Julian (2021): Queerfeindliche Narrative. In: Soziale Passagen 13, 2, S. 351–368.
- Sehmer, Julian (2022): Queerfeindliche Subjektivierung und familiäre Desidentifikation. Zur (Un)Möglichkeit freiwilliger Zustimmung zu Konversionsbehandlungen. In: Baar, Robert/Maier, Maja S. (Hrsg.): Familie, Geschlecht und Erziehung in Zeiten der Krisen des 21. Jahrhunderts. Opladen u.a.: Verlag Barbara Budrich, S. 117–132.
- Sehmer, Julian/Simon, Stephanie/Besche, Julia (2024): Rechte Dynamiken auch in der Wissenschaft. ZQF 25, 1, S. 16–33.
- Sehmer, Julian/Simon, Stephanie/Ten Elsen, Jennifer/Thiele, Felix (2021): recht extrem? Dynamiken in zivilgesellschaftlichen Räumen. Wiesbaden: Springer VS.
- Simon, Stephanie/Schildknecht, Lukas/Sehmer, Julian (2023): Vereinnahmungen von Kindern und Kindheiten. In: ZSE, 4, S. 356–372.
- Simon, Stephanie/Thole, Werner (2021): Die braune Melange »konservativ-revolutionärer« Erziehung. In: Sehmer, Julian/Simon, Stephanie/Ten Elsen, Jennifer/Thiele, Felix (Hrsg.): recht extrem? Wiesbaden: Springer VS, S. 227–247.
- Simon, Stephanie (2025 i.E.): Von Naturalisierungen und Ideologisierungen der Familie: Extrem rechte Deutungen von Kindheiten zwischen öffentlicher und privater Verantwortung. In: Betz, Tanja/Cloos, Peter (Hrsg.): Kindheiten zwischen öffentlicher und privater Verantwortung. Weinheim: Beltz Juventa.

- Spiegel Kultur (2023): Streit über Trans-Rechte. J.K. Rowling würde für Gender-Überzeugungen in den Knast gehen, 19.10.2023. <https://www.spiegel.de/kultur/j-k-rowling-autorin-wuerde-fuer-gender-ueberzeugungen-in-den-knast-gehen-a-4617efba-42e7-4f8f-a9c4-bec41a69660d> [Zugriff: 15.03.2025].
- Stamm, Margit (2023): Dragqueens im Kindergarten? Was ist von Bemühungen zu halten, bereits kleine Kinder vom Fokus auf «nur» zwei Geschlechter zu befreien? In: Margit Stamm Blog, 19.03.2023. <https://margritstamm.ch/blog/blog-uebersicht-bildung-und-erziehung/entry/dragqueens-im-kindergarten-was-ist-von-bemuehungen-zu-halten-bereits-leine-kinder-vom-fokus.html> [Zugriff: 04.05.2024].
- Strube, Sonja Angelika (2017): Christliche Unterstützer der AfD. Milieus, Schnittmengen, Allianzen. In: Orth, Stefan/Resing, Volker (Hrsg.): AfD, Pegida und Co. Freiburg im Breisgau: Herder, S. 58–71.
- Studierendenrat der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (2023): Statement zum „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“ <https://www.stura.uni-halle.de/blog/netzwerk-wissenschaftsfreiheit/> [Zugriff: 05.05.2024].
- Tagesschau (2023): Russland stuft LGBTQ+-Community als „extremistisch“ ein, 30.11.2023. <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/russland-verbot-lgbtq-bewegung-extremismus-100.html> [Zugriff: 03.05.2024]. Thole, Werner (2020): Problematische Ablehnungskonstruktionen. In: Sozial Extra, 44, S. 107–112.
- Timmermanns, Stefan (2014): Wie queer ist LSBTI-Aufklärungsarbeit? In: Sozialmagazin 39, 3/4, S. 82–89.
- Tuider, Elisabeth/Timmermanns, Stefan (2015): Aufruhr um die sexuelle Vielfalt. In: Sozialmagazin, 2, S. 38–47.
- Vanagas, Annette/Vanagas, Waldemar (2023): Das Selbstbestimmungsgesetz. Bielefeld: transcript Verlag.
- Warner, Michael (1991): Introduction: Fear of a Queer Planet. In: Social Text, 29, S. 3–17.
- Weiss, Jillian Todd (2001): The Gender Caste System. In: Law and Sexuality 10, 123, S. 123–186.
- Weiß, Volker (2020): Die autoritäre Revolte. Stuttgart: Klett-Cotta.
- West Virginia Legislature (2023): House Bill 3042. https://www.wvlegislature.gov/Bill_Status/bills_text.cfm?billdoc=hb3042%20intr.htm&yr=2023&sesstype=RS&i=3042. [Zugriff: 11.05.2024].
- Winklbauer, Isabel (2023): Drag-Lesung in München: Rechtsextreme Gruppe dringt in Bibliothek ein – Trans-Autorin (13) sagt Auftritt ab. In: Merkur, 21.06.2023. <https://www.merkur.de/lokales/muenchen/drag-lesung-proteste-kinder-veranstaltung-politik-muenchen-92341017.html> [Zugriff: 11.05.2024].
- Zick, Andreas/Mokros, Nico (2023): Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hrsg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz, S. 53–89.
- Zimmermann, Gillian/Schuhmacher, Nils/Schwerthelm, Moritz (2021): Das Jugendhaus als »linke Terrorzelle«. In: Sozialmagazin, 5–6, S. 60–67.

Antifeminismen in Bildungskontexten als Angriffe auf die Gleichheits- und Partizipationsversprechen von Demokratie

Heike Mauer

1 Einführung: Gesellschaftliche Geschlechterverhältnisse zwischen Emanzipationsbewegungen, Beharrungstendenzen und Angriffen

Geschlecht und gesellschaftliche Geschlechterverhältnisse sind – ebenso wie Gleichstellungspolitiken – Gegenstände erbitterter öffentlicher und auch politischer Debatten. Diese, teils stark emotionalisiert und polemisch geführten gesellschaftlichen Diskussionen situieren sich in einem Spannungsfeld von Kämpfen um Emanzipation und Autonomie einerseits und antifeministischen, autoritären und rechtspopulistischen Angriffen auf die Demokratie, ihre gleichstellungspolitischen Errungenschaften sowie gegen weitergehende (auch geschlechter- und sexualitätspolitische) Forderungen nach Teilhabe, Anerkennung und Liberalisierung andererseits. Wenngleich es sich hierbei um ein globales, länderübergreifendes Phänomen handelt (vgl. Scheele et al. 2022; Kuhar/Paternotte 2017), legt der Beitrag einen Schwerpunkt auf den deutschen Kontext. Jüngste gleichstellungspolitische Kämpfe um Emanzipation bezogen sich u.a. auf die Einführung eines Gesetzes zur geschlechtlichen Selbstbestimmung, die Abschaffung des Werbeverbots für und die – bislang noch nicht erfolgte – Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen, die Erweiterung des Personenstandsrechts um einen dritten und vierten Geschlechtseintrag und die damit verbundene partielle Anerkennung weiterer Geschlechter, aber auch die vollständige Gleichstellung homo- und heterosexueller Paare im Abstammungs- und Eherecht. Hinzu kommen „klassische“, d.h. bis heute unzureichend umgesetzte gleichstellungspolitische Themen, wie etwa die Reduzierung des Gender Pay sowie des Gender Pension Gaps, die Gleichstellung aller Geschlechter im Beruf sowie die Implementierung eines umfassenden

Gewaltschutzes, aber auch neue Herausforderungen wie etwa die Digitalisierung (vgl. Henninger/Wahl 2022; Rudolph 2024).¹

Gleichstellungspolitische Erfolge sind – sowohl gesamtgesellschaftlich als auch innerhalb der jeweiligen Emanzipationsbewegungen – weder unumstritten, noch ist eine umfassende gesellschaftliche Liberalisierung von Geschlechterverhältnissen ein Automatismus. Dies zeigt sich in hartnäckigen Persistenzen sowie offenen und subtilen Widerständen, die mit einer weiteren Demokratisierung von Geschlechterverhältnissen einhergehen. Zugleich formieren sich im Zuge von Liberalisierungsprozessen auch neue Resistenzen und Widerstände gegen gleichstellungs- und geschlechterpolitische Errungenschaften, mit dem Ziel, diese zu bekämpfen und rückgängig zu machen. So ist aktuell in Deutschland der Versuch, Geschlechtervielfalt auch sprachlich auszudrücken, mit einer zum Teil massiven Ablehnung sowie exkludierenden und restriktiven politischen Regulierungsversuchen konfrontiert, die insbesondere den öffentlichen Bildungsbereich (Schulen, Hochschulen, öffentlich-rechtlicher Rundfunk) betreffen (vgl. Schomburg 2023; Deutschlandfunk Kultur 2024; Haufe Online Redaktion 2024; kritisch Lembke 2023; Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung 2024). Sichtbar wird hierbei auch, dass antifeministische Angriffe von ganz unterschiedlichen politischen Akteur_innen durchgesetzt werden,² und dass hierbei von staatlicher Seite auch verfassungsrechtlich garantierte Grundrechte wie das Allgemeine Persönlichkeitsrecht ebenso verletzt sowie das Verbot der Geschlechterdiskriminierung ignoriert werden (Lembke 2023).

Somit ist die derzeitige Situation durch Widersprüche, Ambivalenzen und Ungleichzeitigkeiten geprägt. Auch deshalb wird in der Geschlechterforschung antifeministischen Diskursen eine „Scharnierfunktion“ zugeschrieben, die dazu beitragen, demokratiefeindliche, rechtspopulistische, autoritäre und offen extrem rechte Positionen in die sogenannte ‚Mitte‘ der Gesellschaft zu tragen und dort zu platzieren (vgl. Sauer 2017).

Eine besondere Arena, in der antifeministische Agitationen artikuliert werden, ist der Bildungsbereich.³ Darunter verstehe ich im Folgenden ein

-
- 1 Das Grundgesetz schreibt in Artikel 3 sowohl die Gleichberechtigung von Männern und Frauen fest und eröffnet über das Diskriminierungsverbot „Niemand darf wegen seines Geschlechts (...) benachteiligt oder bevorzugt werden“ zugleich einen umfassendes Schutzgebot für alle Geschlechter (vgl. die Ausführungen von Lembke in Schumacher et al. 2023: 82).
 - 2 In Schleswig-Holstein wurde der Erlass, der das geschlechterinklusive Gendern mit Sonderzeichen in Schularbeiten als Fehler definiert, durch eine Regierungskoalition aus CDU, Bündnis90/Die Grünen und FDP umgesetzt. Das Bayrische Verbot zur Nutzung sprachlicher Sonderzeichen wurde durch CSU und Freie Wähler eingeführt, in Hessen erfolgte das Verbot der Nutzung von Sonderzeichen zum inklusiven Gendern durch eine Koalitionsregierung aus SPD und CDU.
 - 3 Der Fokus auf den Bildungsbereich ist kein auf Deutschland beschränktes Phänomen, wie etwa die „book bans“ in Schul- und öffentlichen Bibliotheken sowie Angriffe auf die critical race theory in den U.S.A. verdeutlichen (vgl. Salam 2024). Auch die jüngsten Angriffe der 2. Trump-Administration zielen mit dem Verbot der Diversity, Equity and Inclusion-Pro-

spezifisches Politikfeld⁴, in dem, etwa im Kontext von Schule, formal über das Verhältnis von staatlichen (Bildungs-)Zielen, Eltern- und Kinderrechten verhandelt wird (Müller 2017), während zugleich inhaltlich etwa um Sichtbarkeit und Anerkennung verschiedener sexueller und geschlechtlicher Identitäten gerungen wird (vgl. Nüthen/Klapeer 2023). Innerhalb des Politikfelds lassen sich formale, unterschiedlich stark staatlich regulierte Bildungskontexte wie Kita und Schule unterscheiden, in denen Lern- und Entwicklungsziele klar definiert sind und denen sich Bürger_innen, wie im Falle von Schule, nicht ohne Sanktionierungen entziehen können.

Der Beitrag analysiert antifeministische Angriffe auf Themen der frühkindlichen und schulischen Bildung, die sich einer (Sexual-)Pädagogik der Vielfalt widmen (vgl. Hartmann 2002; Prengel 2019; Tuidier et al. 2012). Dabei gerät auch die Forschung selbst in den Fokus von Angriffen, die mitunter auch ad personam geführt werden (vgl. Henningsen et al. 2016; Motakef et al. 2014).

Ausgehend von verschiedenen Kontexten der frühkindlichen und schulischen Bildung fragt der Beitrag nach diskursiven Gemeinsamkeiten antifeministischer Angriffe, um darauf aufbauend das Verhältnis zwischen Politisierung und Privatisierung von Geschlechterverhältnissen am Beispiel der Gefährdung ‚des Kindes‘ durch eine Sexualpädagogik der Vielfalt herauszuarbeiten. Hierbei werde ich eine demokratietheoretische Perspektive stark machen, die das den Angriffen zu Grunde liegende Verhältnis von Politisierung, Bildung und Emanzipation und ihre Bedeutung für Demokratisierungsprozesse beleuchtet. So sind die Angriffe erstens in Relation zu einer spezifischen Form der Politisierung und Privatisierung von Normalität zu interpretieren, die geschlechterpolitischen Emanzipationsbestrebungen inhärent ist. Damit soll zugleich begründet werden, dass sich die Angriffe gegen ein umfassendes Verständnis von Gleichheit richten, das für die Verwirklichung demokratischer Teilhabe und Partizipation essentiell ist und dem durch eine Pädagogik der Vielfalt in Bildungskontexten symbolisch zur Anerkennung verholphen wird.

gramme auf den Bildungs- und insbesondere den Hochschulbereich. Erste Konturen einer massiven Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit sind bereits erkennbar (Garisto/Kozlov 2025). Und auch in Deutschland hat die AfD ihre Forderung nach einer Abschaffung der Geschlechterforschung an prominenter Stelle auf ihrem Parteitag reartikuliert.

4 Unter einem Politikfeld wird ein spezifischer thematischer Bereich verstanden, in dem um spezifische Inhalte und die Umsetzung politischer Programme gestritten wird. Die Grenzen zwischen verschiedenen Politikfeldern – etwa Bildungs-, Familien-, Geschlechter- oder Gleichstellungspolitik sind dabei nicht immer trennscharf (vgl. Blum/Schubert 2018: 10). Für einen bildungswissenschaftlichen Überblick über verschiedene Stränge der Bildungstheorie und den Begriff der Bildung vgl. Bergold-Caldwell (2020: 35ff.).

2 Antifeminismus, Antigenderismus oder Gleichstellungsfeindlichkeit? Überlegungen zur genutzten Terminologie

In der Geschlechterforschung setzte seit den 2000er Jahren eine verstärkte Beschäftigung mit Antifeminismus und Angriffen auf gleichstellungspolitische Errungenschaften ein (Lenz 2013). So gerieten die sogenannte ‚Männerrechtsbewegung‘ und ihre Positionen, aber auch ‚neue‘, religiös-fundamentalistische und/oder extrem rechte Agitationen gegen Schwangerschaftsabbrüche in den Fokus. Neben dem Begriff des Antifeminismus, auf den sich der Beitrag im Folgenden bezieht, existieren auch konkurrierende Label wie Gleichstellungsfeindlichkeit (Marx/Kotlenga 2017) oder Antigenderismus (Hark/Villa 2015), so dass die genutzten Terminologien und Verständnisse auch Gegenstand einer sozialwissenschaftlichen Debatte sind (vgl. Schmincke 2018; Scheele 2016). War der Begriff des Antifeminismus historisch auf die „Frauenemanzipation“ bezogen, erweiterte sich durch die Pluralisierung der Kämpfe um Geschlecht und Emanzipation das antifeministische Spektrum. Analytisch lassen sich unterschiedliche Spielarten antifeministischer Diskurse unterscheiden, die sich empirisch in realen politischen Auseinandersetzungen miteinander verbinden können.

Ein männerzentrierter Antifeminismus stellt eine angebliche Diskriminierung von Männern und eine Abwertung von Männlichkeit in den Mittelpunkt (Scheele 2016: 5). Feminismus und Gleichstellungspolitiken werden offensiv abgelehnt. Zugleich werden Staat und Gesellschaft bereits als vollumfänglich von Feminismus durchdrungen imaginiert (Lenz 2013: 220, mit Bezugnahme auf Rosenbrock). Ein Kennzeichen des männerzentrierten Antifeminismus ist daher die Gleichsetzung von Feminismus mit Herrschaft, die auf einer „mangelnde[n] Differenzierung zwischen politischer Partizipation und Herrschaft“ basiert und damit auch Gleichstellungspolitiken fundamental angreift (Rosenbrock 2012: 70). Auf diese Weise erscheint bereits die öffentliche Teilhabe von Frauen, Queers, nichtbinären oder trans Personen in Politik und Gesellschaft als eine Form von Dominanz des Feminismus, die Männer vermeintlich unterdrückt. Diese Umdeutung von Partizipation in (illegitime) Herrschaft ermöglicht unter Umständen ein formales Bekenntnis zu Gleichheit, während Feminismus gleichzeitig in seiner vermeintlichen Exzesshaftigkeit gerade als Bedrohung dieser Gleichheit gerahmt werden kann (Lenz 2013: 221f.). Weiterhin ist in diesem Kontext auch eine Ethnisierung von Sexismus zu beobachten, die Gleichberechtigung in der deutschen Gesellschaft als bereits weitgehend verwirklicht ansieht und fortbestehenden Sexismus, aber auch Homophobie externalisiert und ausschließlich auf – vermeintlich – Fremde, insbesondere als zugewanderte, geflüchtete und/oder muslimisch wahrgenommene Gesellschaftsgruppen projiziert. Auf diese Weise kann Feminismus abgewertet und

zugleich auf ein „Überlegenheitsnarrativ“ Bezug genommen werden, das „feministische Errungenschaften (auch) als Inbegriff der Fortschrittlichkeit westlicher Gesellschaftsentwürfe“ vereinnahmt und sie dennoch ihres gesellschaftsverändernden Potenzials beraubt (Bergold-Caldwell et al. 2021: 158).

Davon wird eine familienzentrierte Form des Antifeminismus unterschieden, die sich dem Schutz einer als natürlich und biologistisch definierten, heteronormativen Kleinfamilie verschreibt. Operiert wird hierbei mit einem „Angst-Szenario“ von „Umerziehung und Sexualisierung“ (Scheele 2016: 6). Zugleich wird mit dem Schutz des „Kindeswohls“ argumentiert (Schmincke 2017), das bereits durch die Darstellung diverser, nicht-heteronormativer Familien-, Geschlechter- und Sexualitätsverhältnisse bedroht erscheint. In diesem Kontext zeigen sich auch Verknüpfungen zu antifeministischen und rassistischen Diskursen und die Verbindung zu völkischen Konzeptionen von Familien. Denn auch in rassistischen und bevölkerungspolitischen Diskursen erscheint die als weiß imaginierte deutsche Familie bedroht – von ‚außen‘ durch Migration, geburtenstärkere und zugleich jedoch gewaltaffine ‚Fremde‘ sowie von ‚innen‘ durch den Feminismus und einen daraus resultierenden Gebärstreik einheimischer Frauen, aber ebenso durch die Sichtbarkeit von Queers und nicht-heteronormativen Lebensweisen, die im hier referierten Diskurs als Angriffe auf die ‚traditionelle‘ Familie interpretiert werden (Bergold-Caldwell et al. 2021: 156f.). Waren solche Positionen zunächst auf offen völkische Zirkel beschränkt, haben entsprechende Diskurselemente ‚nach Köln‘ (vgl. Dietze 2016), aber auch im Zuge der Radikalisierung der AfD und verschiedenen extrem rechten ‚Protestbewegungen‘ an Deutungsmacht und Anschlussfähigkeit in die ‚Mitte‘ der Gesellschaft gewonnen (Bergold-Caldwell et al. 2021: 157f.).

Schließlich existiert eine ‚genderbezogene‘ Form des Antifeminismus, die sich den Kampf gegen ‚Gender‘ auf die Fahnen geschrieben hat (Schmincke 2018). Bezugspunkt solcher Angriffe ist nicht der Feminismus, sondern eine vermeintliche ‚Gender-Ideologie‘, der sogenannte ‚Gender-Wahn‘ (vgl. Sauer 2017), infolgedessen auch die Geschlechterforschung selbst zum Gegenstand von antifeministischer Agitation wird (vgl. Mauer 2021; Näser-Lather 2021). Genderbezogener Antifeminismus richtet sich gegen die Kritik und Infragestellung von Zweigeschlechtlichkeit und Heteronormativität. Er propagiert eine scheinbar klare, stabile und unveränderbare (Geschlechter)Ordnung, deren Grundpfeiler voneinander unterscheidbare geschlechtliche Identitäten sowie die heterosexuelle Kleinfamilie sein sollen. Zugleich fungiert ‚Gender‘ als ‚leerer Signifikant‘, an den sich die verschiedensten politischen Anliegen andocken und zu einem Bedrohungsdiskurs formieren lassen (Sauer 2019: 348). Häufig können Mobilisierungen hierbei an Alltagserfahrung einer vermeintlich ‚natürlichen‘ Zweigeschlechtlichkeit anknüpfen (vgl. ebd.), die ‚Anti-Gender‘-Diskurse auch im politischen Mainstream Plausibilität verleihen.

3 Kämpfe um Bildung und Geschlecht als Gegenstand antifeministischer Kämpfe

3.1 Geschlecht und sexuelle Vielfalt im Unterricht?! Angriffe im Kontext von Schule

Prominentes Beispiel für antifeministische Agitation im Kontext von Schule ist der Konflikt um den 2014 verabschiedeten Bildungsplan des Landes Baden-Württemberg (vgl. Grenz 2020; 2021). Darin wollte die grün-rote Landesregierung „Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ als Querschnittsthema in fünf Leitprinzipien (Berufliche Orientierung, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Medienbildung, Prävention und Gesundheitsförderung und Verbraucherbildung) integrieren (Ketelhut 2018). Ein Realschullehrer aus dem Schwarzwald initiierte eine Petition, die dem Bildungsplan u.a. unterstellt, einen „LSBTIQ*-Lebensstil“ zu propagieren ohne eine „ethische Reflexion der negativen Begleiterscheinungen“ zu thematisieren, worunter u.a. „die erhöhte Anfälligkeit für Alkohol und Drogen, die auffällig hohe HIV-Infektionsrate bei homosexuellen Männern“ sowie eine geringere Lebenserwartung und ein erhöhtes Risiko für psychische Krankheiten aufgezählt werden (Open Petition 2013: o.S.). In der Petition wird argumentiert, dass die Unterzeichnenden „das Anliegen, Homosexuelle, Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und Intersexuelle nicht zu diskriminieren“ zwar durchaus teilen, doch würde der Aktionsplan „über das Ziel der Verhinderung von Diskriminierung hinaus[schießen]“ und stattdessen „eine pädagogische, moralische und ideologische Umerziehung an den allgemeinbildenden Schulen“ intendieren (zitiert nach Tuider 2016: 176). Die Petition erhielt nicht nur rund 190.000 Unterschriften, sondern es formierten sich neue politische Zusammenschlüsse, wie die sogenannte „Demo für alle“, die dem Bildungsplan eine „Frühsexualisierung“ und Indoktrination von Kindern mittels „Gender-Ideologie“ vorwarf (zitiert nach Ketelhut 2018: o.S.). Vor dem Hintergrund der Kampagne und der öffentlichen Debatte strich die Landesregierung schlussendlich den Begriff „sexuelle Vielfalt“ zugunsten der Formulierung „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ (zitiert nach ebd.). Diskursanalytisch kann aufgezeigt werden, wie im Verlauf der Debatte „sexuelle Vielfalt“ zu einer Unsagbarkeit geworden ist, indem die Thematisierung nicht-heterosexueller Lebensweisen systematisch mit einer Sexualisierung von Schule und einer Gefährdung von Kindern durch Indoktrination sowie der erzwungenen Auseinandersetzung mit als nicht adäquat erachteten Themen assoziiert und schlussendlich in einen Zusammenhang mit Pädophilie gerückt wurde (Grenz 2021: 191ff.).

3.2 Welche Geschichten dürfen erzählt werden? Öffentliche Medienbildung im Visier

Debatten und Angriffe beschränken sich allerdings nicht auf formalisierte Bildungsbereiche, sondern betreffen auch öffentlich-rechtliche Bildungs- und Medienangebote. Ende März 2022 strahlte die „Sendung mit der Maus“ eine Folge zum Thema Transgeschlechtlichkeit aus, in der Katja von ihrer Transition berichtet und u.a. erzählt, wie unangenehm sie den Prozess der psychologischen Begutachtung und der gerichtlichen Anhörung empfunden hat. Darüber hinaus begleitet die Maus sie durch ihren Alltag, bspw. in ihrer neuen Wohnung und bei der Arbeit (Die Maus 2022).

Die Sendung löste im rechtskonservativen, autoritär-liberalen Spektrum Stürme der Entrüstung aus. Etwa vermutete der ehemalige Bild-Chef-Redakteur Julian Reichelt, das öffentlich-rechtliche Fernsehen betreibe eine gezielte Einschüchterungskampagne und wolle Fakten unterdrücken: „Die Zwangsmaus und die Öffentlich-Rechtlichen wollen, dass wir uns nicht mehr trauen, Dinge zu sagen, von denen wir wissen, dass sie wahr sind. Sie wollen uns einschüchtern und erziehen, bis wir aus Furcht Fakten verleugnen: Jungs sind Jungs, Mädchen sind Mädchen“ (Reichelt 2022a). Seiner Ansicht nach betreibe die Sendung mit der Maus zum Thema Transgeschlechtlichkeit schlicht „Propaganda“ für das Selbstbestimmungsgesetz (Reichelt 2022b). Auch in der Tageszeitung „Die Welt“ erschien – zunächst unter dem Titel „Wie ARD und ZDF Kinder sexualisieren und umerziehen“ (vgl. Kram 2022) – ein Gastbeitrag, der sich einen wissenschaftlichen Anstrich gab. Darin wird vor einer Form der Unterwanderung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gewarnt und die Öffentlichkeit zur Intervention aufgefordert:

Es kann nicht angehen, dass eine kleine Anzahl von Aktivisten mit ihrer ‚woken‘ Trans-Ideologie den ÖRR unterwandert, Falschdarstellungen als vermeintlichen Stand der Wissenschaft verbreitet und das Leben von Kindern und Jugendlichen nachhaltig beschädigt. Eltern wissen in der Regel nicht, was mit solchen Sendungen den Kindern angetan wird und mit welchen Botschaften diese indoktriniert werden. (Hümpel et al. 2022)

3.3 Darf Murat Prinzessin spielen? Frühkindliche Bildung

Im Jahr 2018 unterstützte die Berliner Senatsverwaltung die Herausgabe der Handreichung „Murat spielt Prinzessin, Alex hat zwei Mütter und Sophie heißt jetzt Ben. Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt als Themen frühkindlicher Inklusionspädagogik“, die sich an pädagogische Fachkräfte der Kindertagesbetreuung richtete. Die Broschüre, die ein Vorwort der Berliner Staatssekretärin für Jugend und Familie vorangestellt ist, enthält neben wissenschaftlichen Fachbeiträgen zur frühkindlichen Bildung auch Praxismaterialien, darunter den Medienkoffer „Familien und vielfältige Lebensweisen“, der in Kitas dazu

eingesetzt werden kann, die Vielfältigkeit von Familien darzustellen (Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg/Bildungsinitiative Queerformat 2018).⁵ Obwohl an ein Fachpublikum gerichtet, griffen die Boulevard-Medien die Publikation als „Sex-Broschüre“ auf und insinuierten, diese werde direkt an Kinder verteilt (Niggemeier 2018). Das Aktionsbündnis „Demo für alle“ initiierte die Petition „Kein Vielfalts-Sex in KiTas: Indoktrinierende Broschüre sofort zurückziehen!“, die bis heute über 53.000 Unterschriften erreichte (Citizen Go 2018). Infolge der medialen Debatte brachte die Berliner CDU einen Antrag in das Abgeordnetenhaus ein, der auf einen Verteilungsstopp der Broschüre zielte. Die Begründung lautete, dass „Fragen der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt (...) nicht in die Berliner Kindertagesstätten [gehören]. Die dort betreuten Kleinstkinder sollen Kind sein dürfen, ohne in jüngsten Jahren mit Fragestellungen zur sexuellen Identität konfrontiert zu werden“ (Abgeordnetenhaus Berlin 2018c). Hierzu reichte die FDP-Fraktion einen Änderungsantrag ein, der insbesondere auf die Sicherung von Qualitätskriterien und die Beachtung des „Erziehungs-Vorrang[s] der Eltern beim Thema sexuelle Vielfalt“ abzielte (Abgeordnetenhaus Berlin 2018b: 2). Insgesamt deutlich moderater formuliert, intervenierte der Antrag dennoch dahingehend, den elterlichen Erziehungsvorstellungen stärker als bisher Vorrang gegenüber einem öffentlichen Bildungsauftrag in Kita-Tagesstätten zu gewähren.⁶

Der Änderungsantrag der AfD (Abgeordnetenhaus Berlin 2018a) ist deutlich weitreichender und fordert nicht allein, die Verteilung der Broschüre zu stoppen, sondern die Streichung von §1 Abs. 3 Satz 2 des Berliner Kitaförderungsgesetzes, der als Förderziel in Kindertageseinrichtungen die Vorbereitung des Kindes

auf das Leben in einer demokratischen Gesellschaft (...), die für ihr Bestehen die aktive, verantwortungsbewusste Teilhabe ihrer Mitglieder im Geiste der Toleranz, der Verständigung und des Friedens benötigt und in der alle Menschen ungeachtet ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Identität, ihrer Behinderung, ihrer ethnischen, nationalen, religiösen und sozialen Zugehörigkeit sowie ihrer individuellen Fähigkeiten und Beeinträchtigungen gleichberechtigt sind

definiert.⁷

Zur Begründung führt die AfD an, Kita-Kinder seien die falsche Adresse für die Bekämpfung von Homophobie. „Kinder hingegen müssen Kind sein

5 Der Titel eines Bilderbuchs aus dem Koffer lautet bspw. „Du gehörst dazu. Das große Buch der Familien“, das sexuelle, ethnische und religiöse Vielfalt sowie das Leben mit und ohne Behinderung als selbstverständliche Lebensrealität von Kindern darstellt. Anhand verschiedener Themen wie Hobbies, Gefühle, Armut/Reichtum, Ferien, Feste, etc. werden unterschiedliche Familienverhältnisse und Erfahrungen von Kindern gezeigt (Hoffman 2010).

6 Der Antrag der FDP wurde – ebenso wie diejenigen der CDU und der Änderungsantrag der AfD – durch das Abgeordnetenhaus Berlin abgelehnt (Abgeordnetenhaus Berlin 2018d: 3045).

7 Vgl. <https://gesetze.berlin.de/bsbe/document/aiz-jlr-KitaRefGBErahmen%4020160801> [Zugriff 27.06.2024].

dürfen“ (Abgeordnetenhaus Berlin 2018a: 2). Insbesondere liege „[p]rophy-laktische Aufklärungsarbeit über Homo-, Trans-, und Intersexualität anhand von Bilderbüchern (...) nicht im allgemeinen Bildungsinteresse von Kita-Kindern“ (ebd.: 2). Vielmehr sei es nicht nur „unnötig“, bereits in Kindertageseinrichtungen sexuelle Vielfalt aktiv in die pädagogische Arbeit zu integrieren, sondern sogar gefährlich, da dies „Kinder unnötig verstören“ könne (vgl. Abgeordnetenhaus Berlin 2018a: 2). Lediglich „anlassbezogen“ solle „[ü]ber Vielfalt von Lebensformen“ gesprochen werden (vgl. ebd.: 2). Ferner, so der Vorwurf der AfD, delegitimiere die Broschüre den Standpunkt, dass „Kinder für eine gesunde Entwicklung eine Mutter und einen Vater brauchen, die als Paar zusammenleben“ und lasse keine Diskussionen zu (vgl. ebd.: 3). Es werde vorgegeben, „welche Einstellung richtig ist und mit welchen Vorurteilen aufzuräumen sei. Die Broschüre fordert nicht nur akzeptierende Toleranz für gleichgeschlechtlich orientierte Lebensweisen, sondern Wertschätzung derselben und verbittet sich jegliche Distanz und Kritik dieser Lebensmodelle“ (vgl. ebd.: 3). Damit werde, so die AfD, nicht nur dem „wissenschaftlichen Gebot der Diskursivität“ zuwidergehandelt, sondern auch die „bildungspolitische Befugnis des Staates“ überschritten (vgl. ebd.: 3). Es müsse, so die AfD, der Gesellschaft erlaubt sein, „gleichgeschlechtlich Orientierte“ zu kritisieren, und eine ‚ethische‘ Rechtfertigung der eigenen „Lebensweise“ zu verlangen (vgl. ebd.: 2). Dazu gehöre es ihrer Ansicht nach etwa, die „Leerstelle“ eines Vaters zu thematisieren, unter der Kinder lesbischer Paare vermeintlich litten, die Bedingungen von Leihmutterchaft bei einem schwulen Elternpaar zu hinterfragen oder medizinethische Fragen im Rahmen von Kinderwunschbehandlungen aufzuwerfen. Sichtbar wurden in der Plenardebatte auch kulturalistische und rassistische Diskursfragmente. So fragte etwa der ehemalige AfD-Abgeordnete Andreas Wild in der Berliner Plenardiskussion, „welcher türkische Vater [es] haben möchte, dass sein Sohn Prinzessin spielt“ (Abgeordnetenhaus Berlin 2018d: 3045). Impliziert wird damit, dass eine türkische Nationalität zwangsläufig mit cis-heteronormativen Geschlechterbildern verbunden ist.

Politisch konnten die Versuche, die Verbreitung der Broschüre zu verhindern, abgewehrt werden. Auch Demokratieförderung und Gleichberechtigung sind weiterhin im KitaFördergesetz verankert. Dennoch ist die Broschüre „Murat spielt Prinzessin“ weiterhin Angriffen ausgesetzt. Etwa nehmen zwei Professor_innen für Inklusionspolitik in einem Gastbeitrag in der FAZ auf sie Bezug, um frühkindliche Bildung zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt und Diversität anhand von zwei Argumentationssträngen zu diskreditieren: Ein erster Argumentationsstrang bezieht sich auf die vermittelten pädagogischen Inhalte und kritisiert diese als unangemessen. Kinder würden „Themen und Inhalte ausgesetzt“, „die altersinadäquat sind, die sie überfordern, irritieren und befremden“ (Ahrbeck/Felder 2020). Es wird suggeriert, dass „bewusst Intimitätsschranken überschritten werden und grenzverletzend in das Persönliche eingedrungen wird“ (vgl. ebd.). Die Pädagogik der Vielfalt wird also inhaltlich

abgelehnt, weil sie für Kinder schädlich sei und darüber hinaus gesellschaftsverändernde Ziele verfolge, die von den Autor_innen politisch abgelehnt werden.

Letzteres wird insbesondere im zweiten Argumentationsstrang sichtbar. So erheben die Autor_innen den Vorwurf, dass eine inklusive, auf Vielfalt abzielende Bildung eine „ursprüngliche Befreiungsabsicht, die persönliche Besonderheit sensibel schützen soll, in ein neues Machtsystem“ verkehre (Ahrbeck/Felder 2020). Ihre Anschuldigung lautet, dass es einer Pädagogik der Vielfalt nicht mehr um einen Abbau von Diskriminierungen, sondern um das genaue Gegenteil gehe: „Privilegien für das jeweils Eigene und Besondere“ (vgl. ebd.). LGBTQ-Gruppen werfen sie vor, das Ziel einer gleichberechtigten Anerkennung im Sinne einer Vormachtstellung der eigenen Lebensentwürfe und Werte verkehrt zu haben, und eine „Dominanz [...] in Lehrplänen und Unterrichtsmaterialien“ errungen zu haben (vgl. ebd.).

4 Antifeminismen in Bildungskontexten als paradoxe Politisierung gegen demokratische Gleichheitsversprechen

Wie anhand der drei Beispiele aufgezeigt, stellen Inhalte und Ausrichtung öffentlicher Bildungsangebote und -konzepte ein umkämpftes Politikfeld dar (vgl. Baader 2009). Dabei ist antifeministischen Angriffen auf Bildungseinrichtungen die Verteidigung einer cis-heteronormativen Normalität gemeinsam, indem geschlechtliche und sexuelle Vielfalt unsichtbar und unartikulierbar, d.h. nicht öffentlich darstellbar und lebbar, gemacht werden soll. In dieser expliziten und wertschätzenden Sichtbarkeit liegt, wenngleich zu polemischen Vorwürfen – Frühsexualisierung, Umerziehung, Propaganda von Gender-Ideologie – verzerrt, der ‚politische Gehalt‘ einer Geschlechterpädagogik der Vielfalt. Im weiteren Verlauf des Beitrags werde ich argumentieren, dass sich die Angriffe auf die Trennung zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten beziehen und somit eines der „Kernfelder feministischer politischer Theorie“ berühren (Ludwig 2016: 193).

Feministische und geschlechtertheoretisch informierte Theorien des Politischen insistieren darauf, dass bereits die Unterscheidung zwischen einer öffentlichen, politischen Sphäre von Privatheit, d.h. etwas, was dem Politischen und der Öffentlichkeit konstitutiv entgegengesetzt wird und diesen folglich entzogen ist, ein umkämpfter Akt und eine politische Setzung ist, die konstitutiv vergeschlechtlicht und rassifiziert ist (vgl. Martinsen 2024). Diese Grenze zwischen dem Öffentlichen (Bildungsauftrag in Kitas, Schulen oder dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk) und dem Privaten (das ‚unschuldige Kind, das durch die elterliche Erziehung nur ‚natürlichen‘ Einflüssen ausgesetzt ist) wird

in den Angriffen auf eine Pädagogik der Vielfalt jedoch naturalisiert, so dass ihr Konstruktionscharakter ebenso wie die heteronormative Vergeschlechtlichung der so voneinander getrennten Sphären (vgl. Ludwig 2016) invisibilisiert wird.⁸

Die Pädagogik der Vielfalt kann im Sinne einer „Politik zweiter Ordnung“ verstanden werden (Dormal/Mauer 2018: 26). Diese macht gerade die Grenzziehung zwischen der politischen und der nicht-politischen Sphäre zum Gegenstand der gesellschaftlichen Reflexion und Aushandlung, so dass jene hierarchischen, vergeschlechtlichten und rassifizierten Vorstellungen über die Subjekte und über die gesellschaftliche Ordnung sichtbar werden, die für diese Trennung des Politischen und des Privaten konstitutiv sind und zugleich durch sie erzeugt werden (vgl. Traußneck 2024). Indem die Pädagogik der Vielfalt Kindern die Fragen danach zugänglich macht, wie Menschen zusammenleben (können) und wollen und wie Kinder und Erwachsene unter- und miteinander Identität, Zugehörigkeit, Freundschaft, Liebe und Sorgeverhältnisse gestalten, ist sie Ausdruck einer solchen „Politik zweiter Ordnung“, die die Reflexion über bestehende Verhältnisse ermöglicht.

Zur Bedrohung wird die Pädagogik der Vielfalt in den Augen von Antifeminist_innen auch deshalb, weil sie sich mittels dieser Fragen unmittelbar einer „Politik der Entpolitisierung“ entgegenstellt (Selk 2012). Diese entzieht durch eine Normalisierung bzw. „Selbstverständlichung des Alltags, Naturalisierung, Privatisierung oder den Hinweis auf den gesunden Menschenverstand“ gesellschaftliche Verhältnisse einer öffentlichen Auseinandersetzung und der politischen Veränderung (ebd.: 183). Insofern trägt eine an Vielfalt orientierte Pädagogik zu einer Politisierung des „Trennungsdispositivs“ (Ludwig 2016) zwischen öffentlich und privat bei. Denn Bildungspolitikern, die die Vielfalt von Lebens-, Liebens- und Sexualitätsverhältnissen darstellen, oder die Entfaltungsmöglichkeiten von Geschlechtlichkeit und Identität jenseits einer hierarchischen, heteronormativen und binär strukturierten Ordnung erkunden, stehen allein durch diese Sichtbarmachung einer gleichberechtigten Pluralität solch autoritären Politiken der Entpolitisierung entgegen.

Antifeministische Angriffe können daher als paradoxe Form der Politisierung begriffen werden – denn sie zielen einerseits auf die Entpolitisierung der Grenze zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten, während sie andererseits stets offen für die Mobilisierung von cis-heterosexuellen und rassistisch imprägnierten Geschlechterbildern für ihr biopolitisches Projekt einer nach außen abgeschotteten Gemeinschaft bleiben. In Bildungskontexten zielen sie auf die Stillstellung heteronormativer ‚Normalität‘, indem die gesellschaftliche Aushandlung von Geschlechterverhältnissen durch eine ‚natürliche Ordnung‘ der Familie ersetzt werden soll. Die konkreten Konturen eines solchen

8 Es soll hier jedoch nicht verschwiegen werden, dass eine „Politik der Kindheit“ bislang auch in der Demokratietheorie noch weitestgehend Leerstelle geblieben ist (vgl. Mühlbacher 2024).

biopolitischen Projektes scheinen in den hier diskutierten Beispielen eher implizit auf, doch verweisen die Verherrlichung einer soldatischen Männlichkeit durch Björn Höcke, der eine solche nicht nur als Gegenmodell einer „Verweiblichung‘ der Gesellschaft“ versteht, sondern mit der Wiederentdeckung „unserer Männlichkeit“ explizit eine Wiedererlangung von ‚Wehrhaftigkeit‘ verbindet (zitiert nach Sauer 2019: 343), oder die Erziehungsratgeberliteratur von rechts darauf (Baader 2020: 135), dass es hierbei um die Durchsetzung umfassender politischer „Ordnungsvorstellungen“ geht (ebd.: 147).

In Bildungskontexten dominieren familienzentrierte und genderbezogene Formen des Antifeminismus. Es geht um den ‚Schutz‘ von Kindern und Familie und um die Bewahrung einer als gefährdet inszenierten ‚Normalität‘, die mitunter auch ganz offen als weiße, deutsche und christliche Nation imaginiert wird (vgl. ebd.: 145f.). Die im vorherigen Abschnitt vorgestellten antifeministischen, bildungspolitischen Interventionen zielen dabei auf eine Privatisierung von (kindlicher) Sexualität, die als inexistent und das Kind somit als ‚unschuldig‘ imaginiert wird. Hierbei wird mit einem Bedrohungsszenario gearbeitet, dem zufolge ‚Gender-Ideologie‘ und ‚Frühsexualisierung‘ nicht nur die ‚normale‘ Familie, sondern letztlich die gesamte Gesellschaft zerstören wollen. Die gegen eine Pädagogik der Vielfalt gerichteten Argumentationen greifen dazu auf die bereits beschriebene Umdeutung einer (partiellen) Sichtbarkeit von Vielfalt, sexueller oder auch kultureller Differenz in ein Dominanz- und Herrschaftsstreben von ‚Minderheiten‘ zurück. Zugleich wird der gesellschaftliche Wandel, der sich auch in veränderten Bildungsinhalten zeigt, als allein und intentional durch feministische Akteur_innen oder LGBTIQ-Aktivist_innen gesteuert dargestellt. Hierin besteht eine Affinität zwischen antifeministischen Angriffen und Verschwörungsideologien (vgl. Butter 2018).

Zugleich wird mit Übertreibungen, Zuspitzungen und teils bewussten Fehlinterpretationen gearbeitet, die implizieren, die Pädagogik der Vielfalt betreibe eine altersunangemessene ‚Frühsexualisierung‘, mitunter wird das Feld der Geschlechterpädagogik überhaupt auf das Thema Sexualität reduziert (vgl. Tuider 2016: 179ff.). Dieser verengte Fokus auf die Körperlichkeit von Geschlecht (und Sexualität) verleugnet erneut die sozialen und politischen Dimensionen von gesellschaftlichen Geschlechterverhältnissen und macht diese unsichtbar. Denn die Körperlichkeit von Sexualität und Geschlechtlichkeit wird als vermeintlich Privates aus der Öffentlichkeit verbannt, insofern sie sich als ‚abweichend‘ von einer heteronormativ imaginierten ‚Normalität‘ präsentiert. Denn während heterosexuelle Familienverhältnisse weiterhin dargestellt werden, wird die sichtbare Präsenz queerer Lebenswelten als pädagogisch inadäquat und als Indoktrination gerahmt. Dies ist jedoch gerade nicht Ausdruck einer ‚natürlichen Ordnung‘, sondern Ausdruck einer autoritären, gegen die gleichberechtigte Pluralität gerichtete politische Setzung.

Rhetorisch wird die Figur des Exzesses und der Übertreibung eingesetzt, um die Sichtbarkeit bspw. von queeren Familienkonstellationen oder trans

Personen zu diskreditieren und als Gefahr zu inszenieren, während formal ein Bekenntnis zu Diskriminierungsfreiheit abgelegt wird. Infolgedessen erscheint Cis-Heteronormativität nicht nur als ‚die Normalität‘, sondern auch als Diskriminierungsfreiheit, indem deren antiplurale Normativität verleugnet wird. Indem umgekehrt queere Sichtbarkeit und Präsenz jenseits einer solchen cis-heteronormativen ‚Normalität‘ bereits als Übertreibung und vermeintlicher Exzess von Gleichberechtigung dargestellt wird, wird auf eine Privatisierung von geschlechtlichen und sexuellen Identitäten abgestellt, die allen ‚Abweichler innen‘ die öffentliche Anerkennung versagt, mit weitreichenden Implikationen für deren gesellschaftliche und politische Teilhabe als individuelle und kollektive Subjekte mit spezifischen geschlechtlichen und sexuellen Identitäten. Instrumentell tolerierbar erscheint die Sichtbarkeit von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt lediglich dann, wenn mit ihr rassistische Argumentationen und/oder Überlegenheitsnarrative untermauert werden können.

Zugleich werden Kinder und Jugendliche als ‚unschuldig‘ und schutzbedürftig imaginiert, die durch den Kontakt mit ‚Genderideologien‘ gefährdet und ‚umerzogen‘ werden sollen (vgl. Schmincke 2017; Tuidier 2016; Baader 2020). Dahinter steht *erstens* die Idee einer kompletten Formbarkeit von Kindern und Jugendlichen innerhalb eines autoritär imaginierten Bildungsprozesses. Denn bereits die positive Darstellung von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt, so die Implikation, führe bei den Kindern unmittelbar und uneindeutig zu einer positiven Übernahme der Bildungsinhalte. Bildungsprozesse erscheinen dementsprechend als frei von Ambiguität und Ambivalenz und nehmen die Form von Propaganda und Indoktrinierung an. *Zweitens* reartikuliert die Vorstellung eines ‚unschuldigen Kindes‘ die vermeintlich strikte Trennung des Öffentlichen und des Privaten. Die Lebenswelten von Kindern werden als abgeschlossen und unbeeinflusst von Gesellschaft dargestellt – vorausgesetzt, es findet keine ‚Indoktrinierung‘ im Sinne der ‚Gender-Ideologie‘ statt. Entgegen der lebensweltlichen Erfahrung von Kindern und Jugendlichen, die ihren Alltag ständig mit gesellschaftlich dominanten und zugleich medial vermittelten Konventionen – und entsprechenden normativen Vorstellungen über Geschlecht, Familie und Sexualität – abgleichen müssen, wird der Eindruck erweckt, dass allein eine diversitätsbewusste und geschlechtersensible Pädagogik zu einer vermeintlichen „Frühsexualisierung“ von Kindern führt (vgl. Mauer 2020). Der öffentliche und politische Charakter dieser Idealvorstellungen wird hingegen verleugnet, so dass die heteronormativ vergeschlechtlichten und rassifizierten Biopolitiken, die im Kern der Angriffe auf eine Pädagogik der Vielfalt stehen, unsichtbar bleiben.

Bildungspolitikern, die Vielfalt sichtbar machen, knüpfen wertschätzend an die Pluralität der Menschen an. Auch wenn es sich hierbei um eine symbolische Form der Anerkennung handelt, begrenzt die selbstverständliche Darstellung von Vielfalt und der Gleichwertigkeit unterschiedlichster Lebensverhältnisse und Familienentwürfe die Möglichkeiten, eine entpolitisierte ‚Normalität‘

einer heteronormativen, binär- und cisgeschlechtlichen Geschlechterordnung zu behaupten. Freilich nimmt eine solche Politisierung von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in Bildungskontexten nicht die Form einer ‚Indoktrination‘ oder einer ‚Umerziehung‘ an, wie dies Antifeminist_innen behaupten. Vielmehr macht diese Politisierung zunächst nur die Kontingenz von Geschlechter- und Lebensverhältnissen sichtbar und situiert diese als gesellschaftlich und politisch. Bildungspraktisch wird ein Möglichkeitsraum der Sichtbarkeit und des Ausprobierens unterschiedlicher Lebensweisen geschaffen, politisch eröffnet diese Sichtbarkeit den Raum, Konflikte um die Kategorie Geschlecht zu artikulieren und eine gesellschaftliche Auseinandersetzung über die politische Gestaltung von Geschlechterverhältnissen zu führen, die das Potential einer Demokratisierung der Geschlechterordnung bergen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Angesichts der sich global verschärfenden autoritären Wende, die – wie jüngst in den U.S.A. – mit einer massiven Zunahme antifeministischer Angriffe auf gleichstellungspolitische Errungenschaften (nicht nur) an Schulen und Hochschulen einhergeht, gilt es, solche Räume der Sichtbarkeit mehr denn je offen und zugänglich zu halten, nicht zuletzt in Bildungskontexten.

Literatur

- Baader, Meike Sophia (2009): Öffentliche Kleinkinderziehung in Deutschland im Fokus des Politischen. Von den Kindergärten 1848 zu den Kinderläden in der 68er Bewegung. In: Ecarius, Jutta/Groppe, Carola/Malmede, Hans (Hrsg.): Familie und öffentliche Erziehung: Theoretische Konzeptionen, historische und aktuelle Analysen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 267–289. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91814-3_14.
- Baader, Meike Sophia (2020): Neue Rechte – „Umerziehung“, „Genderideologie“ und „Frühsexualisierung“ – Kampfbegriffe in einem neuen Kulturkampf. Erziehungswissenschaftliche Themen im Fokus von Populismus und Neuer Rechter. In: Binder, Ulrich/Oelkers, Jürgen (Hrsg.): „Das Ende der politischen Ordnungsvorstellungen des 20. Jahrhunderts.“: Erziehungswissenschaftliche Beobachtungen. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 129–154. https://doi.org/10.1007/978-3-658-29192-1_9.
- Bergold-Caldwell, Denise (2020): Schwarze Weiblich*keiten: Intersektionale Perspektiven auf Bildungs- und Subjektivierungsprozesse. Bielefeld: transcript.
- Bergold-Caldwell, Denise/Grubner, Barbara/Rams, Patricia (2021): Effekte der diskursiven Verknüpfung von Antifeminismus und Rassismus: Eine Fallstudie zu Orientierungskursen für neu Zugewanderte. In: Henninger, Annette/Birsl, Ursula (Hrsg.): Antifeminismen. ›Krisen‹-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential? Bielefeld: transcript, S. 149–192. <https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/9783839448441-005/html> [Zugriff: 28.03.2025].

- Blum, Sonja/Schubert, Klaus (2018): Politikfeldanalyse. Wiesbaden: Springer Fachmedien. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-17758-4>.
- Butter, Michael (2018): »Nichts ist, wie es scheint«: Über Verschwörungstheorien. Berlin: Suhrkamp.
- Deutschlandfunk Kultur (2024): Behörden, Schulen und Unis. Bayerns Staatsregierung führt Genderverbot ein. <https://www.deutschlandfunkkultur.de/genderverbot-bayern-100.html> [Zugriff: 28.03.2025].
- Dietze, Gabriele (2016): Das ‚Ereignis Köln‘. In: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 25, 1, S. 93–102.
- Dormal, Michel/Mauer, Heike (2018): Das Politisierungsparadox. Warum der Rechtspopulismus nicht gegen Entpolitisierung und Ungleichheit hilft. In: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 27, 1, S. 22–34.
- Garisto, Dan/Kozlov, Max (2025): Exclusive: How NSF Is Scouring Research Grants for Violations of Trump’s Orders. In: *Nature*, 03.02.2025, <https://doi.org/10.1038/d41586-025-00365-z>.
- Grenz, Frauke (2020): Sexual Politics on Behalf of LGBTIQ? Re_Production of Heteronormativity in the German Debate about the Implementation of Sexual Diversity as a Topic in School. In: *Open Gender Journal* 4, 4, S. 1–19, <https://doi.org/10.17169/ogj.2020.82> [Zugriff: 28.03.2025]
- Grenz, Frauke (2021): Let’s (Not) Talk About Sex. In: Fegter, Susann/Langer, Antje/Thon, Christine (Hrsg.): *Diskursanalytische Geschlechterforschung in der Erziehungswissenschaft. Jahrbuch erziehungswissenschaftliche Geschlechterforschung*. Opladen u.a.: Barbara Budrich, S. 185–200. <https://doi.org/10.2307/j.ctv1gbrzn.14>.
- Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hrsg.) (2015): *Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. 2. Auflage. Bielefeld: transcript.
- Hartmann, Jutta (2002): *Vielfältige Lebensweisen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Haufe Online Redaktion (2024): Hessen verbietet Gendern in der Landesverwaltung. https://www.haufe.de/oeffentlicher-dienst/personal-tarifrecht/hessen-verbietet-gendern-in-der-landesverwaltung_144_619764.html [Zugriff: 28.03.2025].
- Henninger, Annette/Wahl, Angelika von (2022): Gleichstellungspolitik in der Ära Merkel: Die vierte Regierung Merkel (2018-2021) zwischen Modernisierung und Corona-Krise. In: Zohlhöfer, Reimut/Engler, Fabian (Hrsg.): *Das Ende der Merkel-Jahre: Eine Bilanz der Regierung Merkel 2018–2021*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 325–352. https://doi.org/10.1007/978-3-658-38002-1_13.
- Henningsen, Anja/Tuider, Elisabeth/Timmermanns, Stefan (Hrsg.) (2016): *Sexualpädagogik kontrovers*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Ketelhut, Klemens (2018): „Bildungsplan und Gender-Wahn“? Die Debatte um den Bildungsplan in Baden-Württemberg und ihre Folgen. Gunda-Werner-Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie in der Heinrich-Böll-Stiftung. <https://www.gwi-boell.de/de/2018/02/23/bildungsplan-und-gender-wahn-die-debatte-um-den-bildungsplan-baden-wuerttemberg-und-ihre> [Zugriff: 28.03.2025].
- Kram, Johannes (2022): Trans als Trigger: Wie die „Welt“ den Kampf gegen lästige, obskure Minderheiten befeuert. In: *Übermedien*. <https://uebermedien.de/72578/trans-als-trigger-wie-die-welt-den-kampf-gegen-laestige-obskure-minderheiten-befeuert/> [Zugriff: 28.03.2025].

- Kuhar, Roman/Paternotte, David (2017): *Anti-Gender Campaigns in Europe: Mobilizing against Equality*. Illustrated Edition. London, New York: Rowman & Littlefield Publishers.
- Lembke, Ulrike (2023): Verfassungswidrige Sprachverbote. In: *Verfassungsblog*. <https://doi.org/10.17176/20231124-213811-0> [Zugriff: 28.03.2025].
- Lenz, Ilse (2013): Geschlechterkonflikte um die Geschlechterordnung im Übergang. Zum neuen Antifeminismus. In: Appelt, Erna/Aulenbacher, Brigitte/Wetterer, Angelika (Hrsg.): *Gesellschaft. Feministische Krisendiagnosen*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 204–226.
- Ludwig, Gundula (2016): Das „liberale Trennungsdispositiv“ als staatstragendes Konstrukt. Eine queer-feministische hegemonietheoretische Perspektive auf Öffentlichkeit und Privatheit. In: *Politische Vierteljahresschrift* 57, 2, S. 193–216. <https://www.jstor.org/stable/24877848>.
- Martinsen, Franziska (2024): Politische Theorie und Geschlechterverhältnisse. In: Klapeer, Christine/Leinius, Johanna/Martinsen, Franziska/Mauer, Heike/Nüthen, Inga (Hrsg.): *Handbuch Politik und Geschlecht*. Opladen: Verlag Barbara Budrich. <https://doi.org/10.3224/pg.2024.ptugfm.1-o>.
- Marx, Daniela/Kotlenga, Sandra (2017): *Übliche Widerstände oder neue Infragestellungen? Gleichstellungsfeindlichkeit und Angriffe auf Gleichstellungsarbeit an Hochschulen in Niedersachsen*. Göttingen. https://www.nds-lagen.de/download/Berichte/Abschlussbericht_LNHF-Projekt_Antifem_final_Sept_2018.pdf [Zugriff: 28.03.2025].
- Mauer, Heike (2020): Das Conni-Problem. Eine Replik. *Gender-Blog*. <https://doi.org/10.17185/gender/20200922> [Zugriff: 28.03.2025]
- Mauer, Heike (2021): Nichts als Wahn und Ideologie? Rechtspopulistische Angriffe auf die Geschlechterforschung und die Politisierung von Geschlechterverhältnissen. In: Kim, Seongcheol/Selk, Veith (Hrsg.): *Wie weiter mit der Populismusforschung?* Baden-Baden: Nomos, S. 271–292. <https://doi.org/10.5771/9783748922773-271>.
- Motakef, Mona/Teschlade, Julia/Wimbauer, Christine (2014): *Solidaritätsaufruf. Gegen eine anti-genderistische Kampagne – SozBlog*. *Soziologie-Blog*. <https://blog.sozioologie.de/2014/07/solidaritaetsaufruf-gegen-eine-anti-genderistische-kampagne/> [Zugriff: 28.03.2025].
- Mühlbacher, Sarah (2024): *Politiken Dezentrieren: Kindheit Und Demokratietheorie*. In: Alberth, Lars/Kluge, Markus/Burmeister, Christoph T./Eunicke, Nicoletta (Hrsg.): *Politiken Der Kindheit*. Weinheim: Beltz Juventa, S. 152–168.
- Müller, Ulrike A. C. (2017): *Bienen und Blumen im Dreieck*. In: Lembke, Ulrike (Hrsg.): *Regulierungen des Intimen: Sexualität und Recht im modernen Staat*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 237-253. https://doi.org/10.1007/978-3-658-11749-8_12.
- Näser-Lather, Marion (2021): *Wissenschaftler_innen vs. Gender Studies: Argumentationen, Wirkungen und Kontexte einer ‚wissenschafts‘-politischen Debatte*. In: Henninger, Annette/Birsl, Ursula (Hrsg.): *Antifeminismen: „Krisen“-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential?* Bielefeld: transcript Verlag, S. 105–148. <https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/9783839448441-004/html> [Zugriff: 28.03.2025].
- Niggemeier, Stefan (2018): *Die Lüge von der „Sex-Broschüre für Kita-Kinder“*. *Übermedien*.

- <https://uebermedien.de/25645/die-luege-von-der-sex-broschuere-fuer-kita-kinder/> [Zugriff: 28.03.2025].
- Nüthen, Inga/Klapeer, Christine M. (2023): Zwischen LGBTIQ-Akzeptanzförderung, Heteronormativitätskritik und Vielfaltsdiskursen. In: Baader, Meike Sophia/Freytag, Tatjana/Kempa, Karolina (Hrsg.): *Politische Bildung in Transformation – Transdisziplinäre Perspektiven*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 237–259. https://doi.org/10.1007/978-3-658-41027-8_14.
- Prenzel, Annedore (2019): *Pädagogik der Vielfalt*. 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-21947-5>.
- Rosenbrock, Hinrich (2012): *Die antifeministische Männerrechtsbewegung: Denkweise, Netzwerke und Online-Mobilisierung*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Rudolph, Clarissa (2024): Gleichstellungspolitik als politikwissenschaftliche Praxis. In: Klapeer, Christine/Leinius, Johanna/Martinsen, Franziska/Mauer, Heike/Nüthen, Inga (Hrsg.): *Handbuch Politik und Geschlecht*. Opladen: Verlag Barbara Budrich. <https://doi.org/10.3224/pg.2024.gappcr.1-o>.
- Salam, Erum (2024): Book Bans in US Schools and Libraries Surged to Record Highs in 2023. In: *The Guardian*, 14. März 2024. <https://www.theguardian.com/books/2024/mar/14/book-bans-us-schools-surge> [Zugriff: 28.03.2025].
- Sauer, Birgit (2017): Gesellschaftstheoretische Überlegungen zum europäischen Rechtspopulismus. Zum Erklärungspotenzial der Kategorie Geschlecht. In: *Politische Vierteljahresschrift* 58, 1, S. 1–20. <https://www.jstor.org/stable/26427721> [Zugriff: 28.03.2025].
- Sauer, Birgit (2019): Anti-feministische Mobilisierung in Europa. Kampf um eine neue politische Hegemonie? In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 13, 3, S. 339–352. <https://doi.org/10.1007/s12286-019-00430-8>.
- Scheele, Alexandra/Roth, Julia/Winkel, Heidemarie (Hrsg.) (2022): *Global Contestations of Gender Rights*. In: *Global Contestations of Gender Rights*. Bielefeld: transcript. <https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/9783839460696/html> [Zugriff: 28.03.2025].
- Scheele, Sebastian (2016): *Von Antifeminismus zu „Anti-Genderismus“? Eine diskursive Verschiebung und ihre Hintergründe*. Berlin. https://www.gwi-boell.de/sites/default/files/uploads/2016/08/scheele_diskursive_verschiebung_antifeminismus.pdf [Zugriff: 28.03.2025].
- Schmincke, Imke (2017): Das Kind als Chiffre politischer Auseinandersetzung am Beispiel neuer konservativer Protestbewegungen in Frankreich und Deutschland. In: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hrsg.): *(Anti-)Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. 2. Auflage. Bielefeld: transcript, S. 93–107.
- Schmincke, Imke (2018): Frauenfeindlich, sexistisch, antifeministisch? Begriffe und Phänomene bis zum aktuellen Antigenderismus. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte: (Anti-)Feminismus* 68, 17, S. 28–33.
- Schomburg, Neele (2023): Gendern in Schule und Verwaltung: Welche Bundesländer es verbieten – und welche den Doppelpunkt nutzen. In: RND – RedaktionsNetzwerk Deutschland, 15. Juli 2023. <https://www.rnd.de/politik/gendern-in-schule-und-verwaltung-wo-gilt-das-verbot-bundeslaender-uebersicht-UXSOG4QPP5FFJLHZORHZWR4FA4.html> [Zugriff: 28.03.2025].
- Schumacher, Nina/Krause, Julx/Lembke, Ulrike (2023): Geschlechtervielfalt und Gleichstellung – aktuelle juristische Herausforderungen und alltägliche Praxis. In:

- Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung NRW (Hrsg.): Gender-Kongress 2023. Geschlechter(un)gerechtigkeit an Hochschulen. Düsseldorf, S. 81–92. https://www.mkw.nrw/system/files/media/document/file/2023_genderkongress_dokumentation_webfassung_0.pdf [Zugriff: 28.03.2025].
- Selk, Veith (2012): Die Politik der Entpolitisierung als Problem der Politikwissenschaft und der Demokratie. In: ZPTh – Zeitschrift für Politische Theorie 2, 2, S. 185–200. <https://www.budrich-journals.de/index.php/zpth/article/view/6842/5870> [Zugriff: 28.03.2025].
- Traubneck, Matti (2024): Kolonialität, Sex und Demokratietheorie. In: Klapeer, Christine/Leinius, Johanna/Martinsen, Franziska/Mauer, Heike/Nüthen, Inga (Hrsg.): Handbuch Politik und Geschlecht. Opladen: Verlag Barbara Budrich. <https://doi.org/10.3224/pg.2024.ksdmt.1-o>.
- Tuider, Elisabeth (2016): Diskursive Gemengelagen. Das Bild vom ‚unschuldigen, reinen Kind‘ in aktuellen Sexualitätsdiskursen. In: Henningsen, Anja/Tuider, Elisabeth/Timmermanns, Stefan (Hrsg.): Sexualpädagogik kontrovers. Weinheim: Beltz Juventa, S. 177–193.
- Tuider, Elisabeth/Müller, Mario/Timmermanns, Stefan/Bruns-Bachmann, Petra/Koppermann, Carola (2012): Sexualpädagogik der Vielfalt: Praxismethoden zu Identitäten, Beziehungen, Körper und Prävention für Schule und Jugendarbeit. 2., überarb. Auflage. Weinheim: Beltz Juventa.
- Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung (2024): Rechtliche Einschätzung staatlicher „Genderverbote“. Berlin: Antidiskriminierungsstelle des Bundes. https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Standpunkte/05_genderverbot.pdf?__blob=publicationFile&v=4 [Zugriff: 28.03.2025].

Quellen

- Abgeordnetenhaus Berlin (2018a): Änderungsantrag der AfD-Fraktion zum Antrag der CDU-Fraktion Kita-Broschüre zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt stoppen – Drucksache 18/0831 (Drucksache 18/0831-2 vom 22.02.2018). <https://www.parlament-berlin.de/ad0s/18/IIIPlen/vorgang/d18-0831-2.pdf> [Zugriff: 28.03.2025].
- Abgeordnetenhaus Berlin (2018b): Änderungsantrag der FDP-Fraktion zum Antrag der Fraktion CDU: Kita-Broschüre zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt stoppen – Drucksache 18/0831 (Drucksache 18/0831-1 vom 22.02.2018). <https://www.parlament-berlin.de/ad0s/18/BildJugFam/vorgang/bjfl18-0130-1-v.pdf> [Zugriff: 28.03.2025].
- Abgeordnetenhaus Berlin (2018c): Antrag der Fraktion CDU: Kita-Broschüre zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt stoppen (Drucksache 18/0831 vom 14.02.2018). <https://www.parlament-berlin.de/ad0s/18/IIIPlen/vorgang/d18-0831.pdf> [Zugriff: 28.03.2025].
- Abgeordnetenhaus Berlin (2018d): Plenarprotokoll 18/26 vom 17. Mai 2018. <https://www.parlament-berlin.de/ad0s/18/IIIPlen/vorgang/d18-0831.pdf> [Zugriff: 28.03.2025].

- Ahrbeck, Bernd/Felder, Marion (2020): Die klassische Familie wird zum Ausnahmefall. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. September 2020. <https://zeitung.faz.net/faz/politik/2020-09-03/c7b86ae9455bd09f1b4ed951039d0243> [Zugriff: 28.03.2025].
- Citizen Go (2018): Kein Vielfalts-Sex in KiTas: Indoktrinierende Broschüre sofort zurückziehen!
<https://www.citizengo.org/de/ed/156998-kein-vielfalts-sex-kitas-indoktrinierende-broschuere-sofort-zurueckziehen> [Zugriff: 28.03.2025].
- Die Maus (2022): Ich bin Katja. Die Sendung mit der Maus, Köln. Text abrufbar unter: https://www.wdrmaus.de/filme/sachgeschichten/erik_ist_jetzt_katja.php5 [Zugriff: 28.03.2025].
- Hoffman, Mary (2010): Du gehörst dazu: Das große Buch der Familien. Mannheim: Fischer Sauerländer.
- Hümpel, Rieke/Steinhoff, Uwe/Galuschka, Antje/Korte, Alexander/Vollbrecht, Marie (2022): Wie ARD und ZDF unsere Kinder indoktrinieren. In: Die Welt, 1. Juni 2022. Text abrufbar unter: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus/239113451/Oeffentlich-rechtlicher-Rundfunk-Wie-ARD-und-ZDF-unsere-Kinder-indoktrinieren.html> [Zugriff: 28.03.2025].
- Open Petition (2013): Zukunft – Verantwortung – Lernen: Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens. <https://www.openpetition.de/petition/online/zukunft-verantwortung-lernen-kein-bildungsplan-2015-unter-der-ideologie-des-regenbogen> [Zugriff: 28.03.2025].
- Reichelt, Julian (2022a): Twitter-Post vom 27. März 2022. Text abrufbar unter: <https://x.com/jreichelt/status/1508032251665260547> [Zugriff: 28.03.2025]
- Reichelt, Julian (2022b): Twitter-Post vom 01.06.2022. Text abrufbar unter: <https://x.com/jreichelt/status/1531996203323478023> [Zugriff: 28.03.2025]
- Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg/Bildungsinitiative Queerformat (Hrsg.) (2018): Murat spielt Prinzessin, Alex hat zwei Mütter und Sophie heißt jetzt Ben. Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt als Themen frühkindlicher Inklusionspädagogik. Text abrufbar unter: <https://queerformat.de/murat-spielt-prinzessin-alex-hat-zwei-muetter-und-sophie-heisst-jetzt-ben-januar-2018/> [Zugriff: 28.03.2025].

Aşk, Mark ve Ölüm – Rassistische Kontinuitäten, hegemoniale Männlichkeiten und affektive Blickwechsel in Filmbildungsräumen der Migrationsgesellschaft

Katja Lell, Burak Şengüler

1 Einleitung

In diesem Beitrag möchten wir uns skizzenhaft den Verknüpfungsweisen zwischen Film, Rassismus und Antifeminismus aus Perspektive einer ästhetischen Filmbildung widmen. Wir orientieren uns dabei an unseren Analysen des Dokumentarfilms *Aşk, Mark ve Ölüm* (dt. *Liebe, D-Mark, Tod*, von Cem Kaya, 2022, 96 Min.) und mehreren Filmvermittlungssituationen, in denen wir die Aufführung dieses Films vor Publikum erfahren haben. Der Dokumentarfilm erzählt die Geschichte der Musikkultur und -praxis von türkeistämmigen Arbeitsmigrant*innen, die in den 1960er und 1970er Jahren als sog. ‚Gastarbeiter*innen‘ nach Deutschland gekommen sind und montiert dafür Archivmaterialien aus den 1960er bis 2000er Jahren mit aktuell geführten Interviews mit den Musikstars der Szene, begleitet von zahlreichen Musikeinlagen. Darüber hinaus wirft der Film einen gegenwärtigen Blick auf die vielfältige (über die türkeibezogene Migration hinausgehende) Musikkultur der Migrationsgesellschaft Deutschland heute.¹

Unsere leitende These ist, dass Filme, die die migrationsgesellschaftliche Realität thematisieren und alle Subjekte der Migrationsgesellschaft adressieren – wenn auch auf unterschiedliche Art und Weise – notwendigerweise für Irritations- und Störungsmomente sorgen, die auch als *Blickwechsel* verstanden werden können (vgl. Rodonò 2022; Lell/Zahn 2024: 130). Was passiert, wenn Filme, die *Blickwechsel* produzieren, im öffentlichen Raum gezeigt werden,

1 In der Rezeption in Deutschland wurde der Film begeistert aufgenommen und durch zahlreiche Preise geehrt (Grimme Preis 2024, Prädikat besonders wertvoll der deutschen Film- und Medienbewertung, Panorama Publikumspreis der Berlinale 2022, u.v.m.) Gleichzeitig sind uns konservative bis rechte Stimmen im Diskurs aufgefallen, die dem Film gegenüber negativ eingestellt sind und ihn als Anlass nehmen, um von „Ressentiments gegen Deutsche“ zu sprechen (vgl. Filmhaus Köln 2023a).

der gleichzeitig auch immer von affektiven antifeministischen, rechten Politiken geprägt ist? Wie lässt sich eine affektiv aufgeladene Abwehrhaltung der Zuschauer*innen vor dem Hintergrund migrationsgesellschaftlicher Perspektiven betrachten?

Wir orientieren uns an Theorien ästhetischer Bildung, welche Bildung nicht als Wissens- oder Kompetenzvermittlung verstehen, sondern das sinnlich-verkörpernte Erfahren von Filmen, ihre Medialität und Materialität, ihre Beziehungsweisen als Bildungsprozesse analysieren (vgl. Zahn 2012). In diesem Sinne sind ästhetische Bildungsprozesse mit Film an seine Aufführung gebunden, fragil und ephemere. Film als ein körperlich-leibliches Ereignis entzieht sich einer reibungslosen sprachlichen Aneignung sowie einem kognitiven ‚Verstehen‘, sondern bringt uns als Zuschauende an Grenzen des Benenn- und Verstehbaren. Anknüpfend daran fragen wir: Wie schafft es *Aşk, Mark ve Ölümler*, voreilige, identifizierende Lesarten sowie Abwehrreaktionen angesichts mehrdeutiger affektiv-ästhetischer Filmerfahrungen aufzuschieben und so vielleicht Bildungsprozesse zu initiieren? Im Folgenden werden wir zunächst unser Verständnis von Antifeminismus, Rassismus und Diskursen zur Migration darlegen (1). In einem zweiten Schritt stellen wir die Denkfiguren des Blickwechsels und der situierten Spurenlese im Kontext diskriminierungskritischer Filmbildung vor (2), um dann – ausgehend von unserem Filmbispiel und einer ausgewählten Vermittlungssituation – bildungstheoretische Implikationen für diskriminierungskritische Filmbildung in der Migrationsgesellschaft zu skizzieren (3).

2 Antifeminismus – Rassismus – Migration

Antifeministische Diskurse und Überzeugungen sind grundlegender Bestandteil rechter Ideologien, beschränken sich jedoch nicht ausschließlich auf die (extreme) Rechte, sondern erfahren zunehmend Resonanzen in der Breite der Gesellschaft (vgl. Lang/Peters 2018). Die Ergebnisse der Leipziger Autoritarismusstudie von 2022 zeigen, dass antifeministische Einstellungen in Deutschland zugenommen haben und „[...] bis zu einem Viertel der Deutschen antifeministischen und sexistischen Aussagen [...]“ (Kalkstein et al. 2022: 253) zustimmt. Antifeministische Narrative wirken nach Meiering et al. (2018) als „Brückennarrativ“ und ermöglichen aufgrund ihrer diskursiven Flexibilität, Bündnisse mit unterschiedlichsten antidemokratischen Akteur*innen. Nicht nur werden antifeministische Mobilisierungen zunehmend mit rassistischen Denkfiguren verknüpft, wie Bergold-Caldwell und Grubner herausstellen (2020: 149), auch kann das antifeministische Denken in starker Korrelation zu dem Konzept der hegemonialen Männlichkeit gestellt werden (vgl. Kalkstein et al. 2022: 248ff.). Mit dem Konzept der hegemonialen Männlichkeit wird

„jene Konfiguration geschlechtsbezogener Praxis [bezeichnet] [...], welche die momentan akzeptierte Antwort auf das Legitimitätsproblem des Patriarchats verkörpert und die Dominanz der Männer sowie die Unterordnung der Frauen gewährleistet (oder gewährleisten soll)“ (Connell 2015: 130). Es beschreibt also „[...] jene Form von Männlichkeit, die in einer gegebenen Struktur des Geschlechterverhältnisses die bestimmende Position einnimmt“ (ebd.).²

Für unsere Auseinandersetzung wollen wir das Konzept der *weißen* hegemonialen Männlichkeit in Bezug auf die Chiffre der Migration aufgreifen, denn es gibt eine enge Verknüpfung von Migrations- und Geschlechterdiskursen, die unter anderem rassistische und antifeministische Strukturen aufweisen (vgl. Bergold-Caldwell/Grubner 2020). Migration wird von Foroutan (2018) als Chiffre für verschiedene, aber miteinander verbundene Kämpfe für die vielfältige Demokratie bezeichnet, in denen auch Geschlechter-, Sexualitäts-, und Begehrensfragen artikuliert werden (vgl.: 18). Bezogen auf Geschlechterdiskurse zeigt sich unserer Auffassung nach, dass nicht-*weiße* Männlichkeiten als ‚gefährliche‘ Männlichkeiten ins ‚Außen‘ verschoben und zum Migrationsanderen gemacht werden (vgl. Scheibelhofer 2018). *Weiß*e hegemoniale Männlichkeiten hingegen sind mit der Idee von Nationalstaatlichkeit verknüpft und verweigern es – auf der Suche nach ‚Reinheit‘ und Eindeutigkeit – Prozesse der kulturellen Hybridisierung anzuerkennen, die durch die Migrationsbewegungen schon immer Teil der Aushandlung um Nationalstaaten waren (vgl. Mecheril/Messerschmidt 2016: 149f.; zum Begriff „kultureller Hybridisierung“ vgl. Mecheril 2023).

Obwohl es Migration „zu allen historischen Zeiten und fast überall gegeben“ hat (Mecheril 2016: 9), werden Migrationsphänomene in gesellschaftspolitischen und wissenschaftlichen Diskursen selten als Normalfall, sondern vielmehr als krisenhafte Ausnahmeerscheinung betrachtet (vgl. Aksakal/Wolfesberger 2023).³ Castro Varela (2015) beschreibt in Bezug auf die BRD die

-
- 2 Nach Connell (2015) entstand die hegemoniale Männlichkeit als dominantes Muster männlicher Identität im Verlauf der Entstehung moderner Gesellschaften nach der feudalen Ära. Sie ist eng verbunden mit dem Konzept des bürgerlichen Individuums, das cis-männlich und *weiß* konnotiert ist. Obwohl das Konzept der hegemonialen Männlichkeit im Zuge eines globalisierten Finanzkapitalismus stärker flexibilisiert und dynamisiert wird und nicht zwangsläufig an Weißsein und Cis-Männlichkeit geknüpft sein muss (vgl. Connell 2005: 72), „[...] verändert sich nichts Grundlegendes an dem kulturellen Ideal hegemonialer weißer Männlichkeit, das Weiblichkeit und marginalisierte Männlichkeit unterordnet“ (Bereswill/Neuber 2013: 104). In diesem Zusammenhang verweist Connell darauf, dass jede Gesellschaft eine dominante Form von Männlichkeit aufweist, die als Referenzrahmen für Weiblichkeit sowie andere Ausformungen von Männlichkeiten fungiert. Hegemoniale Männlichkeit gründet auf einer Doppelstruktur, aus der heraus homosoziale Strukturen unter Männlichkeiten sowie heterosoziale Strukturen zwischen Männlichkeiten und Weiblichkeiten heraus definiert werden.
 - 3 Ein Rückblick auf die politische Affirmation Deutschlands zur eigenen Migrationsgeschichte zeigt, dass diese erst sehr spät eingetreten ist, da bis in die späten 1990er Jahre vehement abgestritten wurde, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei. Auch wenn die Migrationsgeschichte Deutschlands nicht erst mit den Anwerbeabkommen der sogenannten Gast-

„Leugnung der Einwanderungsrealität als wirkmächtige Lebenslüge“ (657), die zur Problemkonstruktion der Migrationsdiskurse beigetragen hat und auch bis heute in transformierter Weise anhält. Diese Diskurse haben auch einen Einfluss auf vergeschlechtlichte natio-ethno-kulturelle Identitätsbildungsprozesse, die zwischen Wir und Nicht-Wir trennen und im Rahmen hegemonialer Männlichkeit affektiv und emotional aufgeladen und wirkmächtig sind.

Aus der Perspektive einer diskriminierungskritischen, ästhetischen Filmbildung, interessiert es uns insbesondere, die Affekte und Emotionen zu untersuchen, die in diesem Kontext eine Rolle spielen. In mehreren Studien wurde die Bedeutung von Emotionen und Affekten für rassismuskritische Bildungsprozesse betont und wir denken, dass dies auch und besonders in der ästhetischen Bildung eine Rolle spielen sollte (vgl. Bönkost 2017; Adusei-Poku 2018). Aus einer affekttheoretischen Perspektive können rassistische und *weiß* cis-männlich hegemoniale Strukturen als affektiv und emotional aufgeladen beschrieben werden (zu Rassismus und Affekt vgl. İnan (2023)). Vor dem Hintergrund männlich konnotierter Geschlechtsanforderungen, werden bestimmte Gefühle delegitimiert (Verletzlichkeit, Schwäche, Trauer, Unsicherheit, u.a.), bzw. müssen überwunden werden, andere wiederum werden erlaubt, gar privilegiert und bestärkt (Wut, Aggression, Hass, u.a.) (vgl. Strick 2021: 65; Stuve/Debus 2012: 50f.).

Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Transformationsdynamiken in Richtung Gleichstellung und Antidiskriminierung werden affektiv aufgeladene Ängste, Unsicherheiten und Vorstellungen von Rollenverlusten von *weißen* cis-männlichen Menschen von antifeministischen und neuen rechten Gruppierungen aufgefangen (vgl. Strick 2021: 444f.). In der Forschung wird betont, dass rechter Populismus insbesondere auf eine affektive Politisierung setzt, um bestehende, aber gemäßigte heterosexistische und rassistische Einstellungen durch die Mobilisierung von Affekten zu radikalisieren (vgl. Kalkstein et al. 2022; Sauer 2020). Dabei spielen Gefühle, wie ‚Liebe zur Heimat‘, Angst vor ‚Fremdheit‘, etc. eine Rolle, die mit affektiven Konstruktionen von Zugehörigkeiten einhergehen (vgl. Mecheril/Messerschmidt 2016; vgl. Werner 2020: 105f.). In diesem Zusammenhang werden Migrationsbewegungen als gesellschaftliches Problem, als etwas ‚Fremdes‘ oder ‚Bedrohliches‘ stigmatisiert (vgl. Aksakal/Wolfesberger 2023). Rassifizierte und migrantisierte Männlichkeiten werden zur Projektionsfläche für ‚importierten Sexismus‘, *weiße* Cis-Männlichkeiten werden als Retter rassifizierter/migrantisierter Frauen vor rassifizierten/migrantisierten Männern stilisiert (vgl. Dietze 2019; Hark/Villa 2017: 19f.). Für diese affektiv aufgeladenen (Migrations-)politiken sind

arbeitergenerationen in den 1950er und 1960er Jahren einsetzte, so hatten diese Ereignisse nachträglich einen starken Impetus auf die nationalrechtliche Entwicklung.

insbesondere die spezifischen Wahrnehmungsweisen von (audio-)visuellem Material u.a. in Sozialen Medien relevant.⁴

3 Filmbildung – Blickwechsel – Situierete Spurenlese

Uns interessiert es vor diesem Hintergrund, Formate der Filmbildung in (selbstorganisierten) Kinoräumen zu untersuchen und darüber nachzudenken, wie diese Widerstand und Transformation ermöglichen können.⁵ Mit Rodonò (2022) gehen wir davon aus, dass „Film und das Kino Imaginations- und Verhandlungsräume sind, die das Politische und das Soziale nicht bloß abbilden oder bestätigen. Film hat das Potential, die Architekturen eben dieses Politischen und Sozialen zu befragen und alternative gesellschaftliche Entwürfe denkbar und spürbar zu machen“ (2). Das Nachdenken über Filme im Kontext der Filmbildung geht also nie nur von ‚dem‘ Film als solchem, sondern auch immer von dessen spezifischen Aufführungssituationen aus. Filmvermittlungsräume können Begegnungsweisen zwischen Menschen und Filmen schaffen und so differente Subjektivierungsweisen und möglicherweise auch (Film-)bildungsprozesse anregen. Diese spezifischen Begegnungsweisen verstehen wir als Möglichkeitsräume, die dazu führen können, dass in Gesprächen ein ‚Dazwischen‘ entsteht, welches funktionalistische und binäre Positionierungslogiken verlangsamt, ein Zuhören und Sprechen ermöglicht, dass immer wieder emphatisch wird und Offen- und Unabgeschlossenheiten stehen lassen kann. In Anlehnung an den transformatorischen Bildungsbegriff gehen wir davon aus, dass Filmbildungsprozesse es Subjekten ermöglichen können, ihre Denk- und Wahrnehmungsgewohnheiten zu transformieren und anders*⁶ zu werden (vgl. Zahn 2012; Koller 2023).

Filmbildung ist also keinesfalls nur als die Aneignung eines Wissens über Filme zu verstehen: Dokumentarfilme können durchaus ein spezifisches Kontextwissen *über* (historische) Gegebenheiten, wie die türkeibezogene Arbeitsmigration nach Deutschland und die Musikkultur oder auch zeichenbasiertes

4 Die Vernetzung der neuen Rechten basiert auf den Möglichkeiten der Vernetzung durch Soziale Medien und auf Videoplattformen und findet somit insbesondere im Feld des (Audio-)Visuellen statt, bspw. in Vlogs, Reels, Memes (vgl. Bogerts/Fielitz 2019). Wie rechte, antifeministische Affektpolitiken in Soziale Medien funktionieren, untersucht bspw. Heider (2022) entlang von einzelnen Videos von Influencern der Identitären Bewegung oder siehe dazu auch die Ausstellung Alt-Right Komplex im Hartware Medien Kunstverein (Arns/HMKV 2019).

5 Obwohl wir diesen Aspekt nicht in unserem Text diskutieren können, möchten wir an dieser Stelle darauf hinweisen, dass in einer Kultur der Digitalität (Stalder 2016) auch Kinoräume immer schon von Diskursen und Praktiken der Digitalität – und somit auch von postdigitalen Kulturen der extremen Rechten durchdrungen sind.

6 Zur Schreibweise von „anders*“ vergleiche Boger (2020).

Wissen *über* Repräsentationen und Darstellungsweisen vermitteln. Dieses Wissen, gedacht als ein ‚Wissen *über*‘, kann aber nur bildungsrelevant werden, wenn es nicht im Sinne einer Wissensaneignung additiv verstanden wird, sondern wenn die Subjekte dadurch angeregt werden, ihre eigenen Sicht- und Denkweisen zu befragen – und sich darin körperlich-affektiv mit Momenten von Nicht-Wissen und Alterität konfrontiert sehen (vgl. Lell/Zahn 2024). Im Bereich des Audiovisuellen fußt das situierte Erfahrungswissen der einzelnen Betrachter*innen auf erlernten Blickweisen, die vom ‚Feld des Sichtbaren‘ geprägt sind, wie es in *Visual Culture Studies*-Ansätzen herausgearbeitet wurde (vgl. Schade/Wenk 2011). Filme, wie *Aşk, Mark ve Ölüm* haben durch ihre spezifische Machart unserer Auffassung nach das Potential, hegemoniale Blickverhältnisse und die damit einhergehenden Affizierungen umzuwenden und so einen Blickwechsel aus einer ‚Perspektive der Migration‘ zu evozieren (vgl. Rodonò 2022; Heidenreich 2015). Die Perspektive der Migration wendet sich gegen eine Politik der Ethnisierung, die einer Logik der Integration folgt; sie setzt ‚alternative, nicht institutionalisierte Wissensbestände als Ausgangspunkt für eine gesellschaftskritische Analyse‘ (Rodonò 2022). Sie fordert so ein vereinfachtes, binäres Denken und Wahrnehmen in ‚Migrant*innen‘ und ‚weiße Deutsche‘ heraus, dekonstruiert kulturelle Reinheitsphantasmen und macht deutlich, dass Erkennungsmuster immer auch schon V/erkennungsmuster sind; denn ich verkenne den Film, bzw. den Anderen* immer auch, indem ich ihn als etwas/jene*n zu erkennen meine (zum Begriff des ‚V/erkennens‘ vgl. Heidenreich 2015). Filme, die einen Blickwechsel im Sinne einer Perspektive der Migration einnehmen, können einerseits affizieren, weil sie bestehende Sichtbarkeits- und Transparenzanforderungen unterwandern und Opazitäten herstellen; andererseits, weil in ihnen wortwörtlich zurückgeblickt wird und der ‚unsichtbare‘, da normalisierte, weiße cis-heteronormative Blick unangenehmerweise selbst thematisch werden kann. Darin kann eine doppelte Entzogenheit erfahrbar werden, denn weder ist der eigene Blick, die eigene Situierung und Subjektivität, noch das angeschaute Objekt, der Andere*, eindeutig benennbar, begreifbar oder sichtbar. Allerdings sind diese Film-Erfahrungen als Affizierungen nicht einfach zugänglich. In einer *Spurenlese* können Zuschauende medialisierten Erfahrungsspuren nachgehen und versuchen diese in Sprache (ohne andere Artikulationsweisen) zu übersetzen (zum Begriff der ‚Spurenlese‘ vgl. Zahn 2012). Dabei entzieht sich der Film in seiner endgültigen Bedeutung gerade nicht nur durch seine Ästhetik, sondern auch durch die Begegnung mit anderen situierten Sichtweisen in Filmvermittlungsräumen.

4 **Aşk, Mark ve Ölüm (Kaya, 2022) beim (Re-)Claim?! – Aktionstag für Vielfalt im Kölner Norden**

Zentrale Themen des Dokumentarfilms *Aşk, Mark ve Ölüm* (Kaya 2022) sind die Musikkulturen und die damit verbundenen (kulturellen) Praktiken der sog. Gastarbeitergenerationen und ihrer Folgegenerationen. Der Film ist durch eine verwobene Montage von zeitgenössischen Interviewaufnahmen mit Musiker*innen und Stars der Musikszene (klassisch dokumentarisch im Stile von *Talking Heads*) mit Archivaufnahmen – teilweise private Videoaufnahmen, aber auch Fernsehberichte und Musikvideos aus der Vergangenheit – gekennzeichnet. Gezeigt werden lustvolle Momente, die das Leben und das Am-Leben-sein feiern. Subjekte, die eigene oder familiäre Migrationserfahrungen haben, können von den audiovisuellen Darstellungen der Konzerte, Hochzeiten oder Abende in Bars mit Livemusik (türk. Meyhane) affiziert werden und (kurzweilig) Momente der Repräsentation und des Empowerments erfahren. Dieser Blick in die Geschichte soll aber nicht mit einer vermeintlich authentischen Repräsentation von ‚reiner türkischer Kultur‘ verwechselt werden, vielmehr, so unsere These, schafft es der Film, einen *Blick-zurück* zu evozieren, der nicht als nostalgische ‚Rückschau‘, sondern als Blickwechsel zu verstehen ist, wie wir in einer Analyse der spezifischen ästhetischen Strategien des Films ausführen wollen.

Die Montage des Films folgt einer zeitlichen Chronologie mit dem Ziel, in einer linearen Narration, die Musikgeschichte darzustellen, wobei sie beim Anwerbeabkommen zwischen der Türkei und Deutschland von 1955 beginnt (00:04:25 Min.). Meist werden zeitgenössische Interviewszenen, die von konkreten Musikereignissen, Veranstaltungen und Konzerten von damals berichten, von dem Originalmaterial aus der jeweiligen Zeit begleitet: Als bedeutungstragender Ort, an dem sich kulturelle Praktiken entfaltet und welcher zu einem wichtigen Begegnungs- und Gemeinschaftsort wurde, wird der alte Türkische Basar (heute Bahnhof Bülowstraße) in West-Berlin vorgestellt (ab 00:47:07 Min.). Die beschriebenen Szenen fungieren auch als eine Wissensvermittlung im Sinne eines ‚Wissens über‘ diese migrantische Musikszene. Denn wie wir bei den Filmscreenings in Köln feststellten, können sich die wenigsten Menschen in Köln noch an die Geschichte der Kassettenvertriebs- und Musikproduktionsfirma Türküola erinnern, die vom Kölner Hansaring aus ein internationales, extrem erfolgreiches und umsatzstarkes Musikunternehmen aufgebaut hat. Ebenso ging auch die Geschichte des Bahnhofs Bülowstraße nach der Wende vergessen (vgl. Filmstill 1; zum migrantischen Blick auf die Wende vgl. den Film *Mauern – Duvarlar – Walls* von Can Candan (2000, 84 Min.)).

Abbildung 1: Filmstill 1



Quelle: Aşk Mark ve Ölüm (Kaya, 2022), Minute 0:48:26

So berichteten mehrere Freund*innen, die in aus der Türkei migrierten Familien aufgewachsen sind, dass sie kein oder sehr vages Wissen über die Geschichte dieser Musikszene hatten, obwohl die Musik ihnen aus ihrer Kindheit präsent war. Auch im Film sprechen an einigen Stellen Figuren, wie zum Beispiel der Sänger Muhabbet, darüber, dass sie eher zufällig auf das musikkulturelle Erbe der vorherigen Generationen gestoßen sind (01:23:00 Min.). In dem Sinne holte der Film körperlich-sinnlich abgespeicherte Erinnerungen und Gefühle aus der Kindheit zurück, die im Erwachsenenalter vielleicht vergessen oder überlagert wurden und setzte sie mit konkreten Informationen *über* die Bewegungsgeschichte der Musik in Beziehung.

In Bezug auf die Zeitlichkeit des Dokumentarfilms scheint die Narration also chronologisch und linear zu verlaufen. Durch die Zusammenstellung der Interviews mit Archivaufnahmen aus dem BRD-Fernsehen der 1960er-2000er Jahre, die auf objektivierende, rassistische und polemische Art und Weise über ‚Gastarbeiter*innen‘ berichten, haben die Musiker*innen die Möglichkeit diese zu kommentieren und zu problematisieren. Stereotyp und rassistisch aufgeladenen Klischeebildern von ‚armen‘, ‚bemitleidenswerten‘ oder ‚gefährlichen‘ Gastarbeiter*innen, die besonders im Fernsehen der 1960er und 1970er Jahre reproduziert wurden, stellt der Film Bilder von Freude, Tanz und Wohlstand der ‚Gastarbeiter*innen‘ entgegen (01:02:06 Min.). Unterstützt wird dieser Eindruck durch die Farbgestaltung des Films: Den matten Farben der Archivaufnahmen (teilweise auch in schwarz-weiß), wird im Film eine extravagantere und neon-bunte Typografie entgegengestellt, die auch ironische Untertöne mitbringt (vgl. Filmstill 2).

Abbildung 2: Filmstill 2



Quelle: Aşk Mark ve Ölüm (Kaya, 2022), Minute 00:39:53

Die poppige Ästhetik, die schnelle Halay-Musik, die feierliche Stimmung der Interviewten führen dazu, dass die Zuschauenden körperlich einbezogen werden, in eine ihnen gut oder weniger bis gar nicht bekannte Welt, und Teil dieser filmischen Welt werden. Der distanzierende und objektivierende Modus des ‚Wissens über‘ wird zu einem körperlichen Wissen, vor allem durch den schnellen rhythmischen Schnitt und durch die Musik. Der auf diese Art und Weise inszenierte Schnitt fungiert als audiovisueller Verstärker von Momenten des Empowerments und unterläuft hegemoniale Narrative der einseitigen Marginalisierung, ohne diese zu leugnen.

Hier werden Bewegtbilder gezeigt, die sonst im *weißen* Blick auch heutiger (Fernseh-)dokumentationen selten sichtbar werden, was sicherlich auch mit der weiterhin praktizierten Leugnung der gegenwärtigen Einwanderungsrealität und medialer Problematisierung und Skandalisierung von Migration zusammenhängt. Aber die schmerzliche Erfahrung der Stereotypisierung, Ausgrenzung und rassistischen Gewalt wird mit diesen positiven, empowernden Bildern nicht im Sinne von ‚jetzt ist alles gut‘, überschrieben, sondern u.a. durch Erzählungen von widerständigen, streikenden Arbeitsmigrantinnen⁷ (00:29:25–00:32:11 Min.) und erfolgreichen Geschäftsfrauen, die ehemals als Arbeitsmigrantinnen nach Deutschland kamen (00:18:38–00:23:38), hybridisiert (vgl. Heidenreich 2015: 297). Der Blickwechsel zeigt sich für uns einerseits darin, dass der Film eine *weiß-normalisierte* Zuschauer*innenschaft mit ihren Wissenslücken

7 Vgl. dazu den Dokumentarfilm *Pierburg: Ihr Kampf ist unser Kampf* (Edith Schmidt, David Wittenberg, 1974, 49 Min).

konfrontiert, andererseits darin, dass dieser vereindeutigende und verändernde Vorstellungen türkischer Kultur in Deutschland abwehrt und verkompliziert.⁸

Durch die Inszenierung und Verkünstelung einzelner Szenen, die beispielsweise in den Szenen mit den Hochzeitsmusikern Rüstü Elmas und Mustafa Deniz (Min. 01:01:27, vgl. Filmstill 3) und in der Szene mit dem Musiker İsmet Topçu vor einer Mondprojektion (01:29:40 Min., vgl. Filmstill 4) für uns sichtbar werden, schafft der Film eine selbstironische Distanz zu den Akteur*innen und bricht die Erwartungen an Authentizität, die sowohl an Dokumentarfilme als auch an die Selbsterzählungen von Migration herangetragen werden.⁹

Abbildung 3: Filmstill 3



Quelle: *Aşk Mark ve Ölüm* (Kaya, 2022), Minute 01:01:27

- 8 Auch kann der bewusste Einsatz migrationsbedingter Mehrsprachigkeit im Film als ein Blickwechsel verstanden werden, als taktisch überlegene Strategie der Kritik an den herrschenden Verhältnissen (Wortneuschöpfungen, Code-Switching, etc.).
- 9 Rüstü Elmas und Mustafa Deniz, elegant in feierlicher Kleidung, erinnern sich an große und ekstatische Hochzeitsfeiern, indem sie in Slow-Motion tanzen und Geldscheine werfen (1:01:27 Min.). Der Musiker İsmet Topçu spricht von einem Traum, in dem er vom Mond aus auf die Erde schaut (00:00:55-00:01:46 Min.) – und fragt sich, welche Melodie, welches Lied er in diesem Moment spielen würde. Der Blick aus dem Weltall auf die Erde wird im Abspann des Films wieder aufgegriffen (01:29:40 Min., Filmstill 4). In diesem zeitlich-räumlichen Entrücktsein aus den linearen, historischen Begebenheiten heraus, produziert der Film einen Blick auf die Geschichte, der gleichzeitig außerhalb und innerhalb gegebener zeitlicher Strukturen und historischer Narrative zu liegen scheint. Dieser entrückten Szene folgend kaputtuliert der Film die Zuschauenden zunächst in einen bunten und lauten Vorspann und dann in eine vollgestellte, klein wirkende Wohnung, in der der Sammler Ömer Boral sein Archiv an Musikkassetten aus den 1960er und 1970er Jahren mit türkischsprachiger in Deutschland entstandener Musik präsentiert (00:02:19-00:03:00 Min.). Wir sehen eine Wand aus Musikkassetten, deren Kassettencover mit farbig bedruckten Portraits der jeweiligen der Musiker*innen verziert sind. Viele Augenpaare blicken uns an und aus der Vergangenheit zurück.

Abbildung 4: Filmstill 4



Quelle: Aşk Mark ve Ölüm (Kaya, 2022), Minute 01:29:40

Diese Distanzierungsmomente unterstützen den Blickwechsel, indem sie (mit einem Augenzwinkern) mit der Vorstellung einer objektivierten Zeitgeschichte brechen und uns daran erinnern, dass die Vergangenheit immer nur aus unserer jeweils situierten Gegenwart heraus erinnerbar werden kann. Durch die Zusammenstellung von Interviews und Archivmaterialien wird eine Gleichzeitigkeit sowie Wechselseitigkeit von Gegenwart und Vergangenheit im Film inszeniert, die auch ein Gefühl einer Zeitlosigkeit evozieren kann: Erinnerungen und Erfahrungen von damals und heute überlagern sich – wodurch bestimmte, rassistische Kontinuitäten erfahrbar werden. Oder, um es mit den Worten İmran Ayatas im Film zu sagen: „Ich glaube Geschichte wird immer fortgeschrieben, aber es gibt eine (...) Verbindung: Das ist der Rassismus“ (01:24:20 Min.).¹⁰ Diese Film-Erfahrungen entsprechen nicht der Idee eines

10 Die Aussage bezieht sich auf die historische und kulturelle Entwicklung von Rap und Hip-Hop in Deutschland, lässt sich jedoch auch auf die Motivation und Intention der sog. „Gastarbeiterlieder“ beziehen. Gefühle und Erfahrungen von Entfremdung, Entwurzelung, Ausgrenzung und Ausbeutung durch die deutsche Mehrheitsgesellschaft waren und sind vielfach das Movens für Kulturproduktionen. Der zeitliche Verweis auf Rassismus zeigt Kontinuitäten auf, die den Rassismus als flexible symbolische Ressource (vgl. Scherschel 2015) thematisieren und die unterschiedlichen Ausformungen der Gewaltförmigkeit aufdecken. Auch die im Film gezeigten zeitgenössischen Musiker*innen verweisen in ihren Arbeiten immer wieder auf rassistische und sexistische Strukturen in Deutschland (z.B. die Rapperin Ebow, 01:23:30 Min.). Denn, obwohl Deutschland jetzt offiziell ein Einwanderungsland ist, bestehen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit weiterhin – sie verstärken sich mit den aktuellen rechten Bewegungen gar.

‚Wissens über‘, bei der das zu-erkennende Objekt (die Geschichte) klar vom erkennenden Subjekt getrennt ist, vielmehr scheint die Vergangenheit durch die Gegenwart, durch die sie wahrgenommen wird, geprägt und ist in dieser verschachtelt.

Den Blickwechsel untersuchen wir nicht nur in einer Analyse des Films selbst, sondern entlang von zwei Filmvermittlungssituationen: ein Filmscreening der Filmreihe *Spätsommerkino* (organisiert vom Filmhaus Köln) in der Kinder- und Jugendeinrichtung *Offene Tür Die Villa* in Chorweiler/Volkhoven, sowie ein Filmscreening im Rahmen des Seminars *Reality Bites – Dokumentarfilme im Gespräch* (in Kooperation mit der Universität zu Köln, dem Filmhaus Köln und der dfi–Dokumentarfilminitiative im Filmbüro NW).

In beiden Filmscreenings konnten wir eine affektive Resonanz der im Film angelegten Blickwechsel in den jeweiligen Filmaufführungssituationen beobachten: Die körperliche Affizierung war spürbar und zeigte sich besonders in den Nachgesprächen, die von vielen Wortmeldungen, Tränen und Lachen begleitet wurden. Menschen, die rassistische Diskriminierungen erfahren, reagierten häufig aufgeregt, berührt, begeistert. Neben den identifikatorischen Momenten, konnten wir auch Widerstand, Wut, Schuld und andere Gefühle beobachten, die wir den beschriebenen Blickwechseln zuschreiben und die uns bereits aus der rassismuskritischen Arbeit an *Weißsein* bekannt sind (vgl. Bönkost 2017; Linnemann 2023).

Wir wollen unsere Erfahrungen des Filmscreenings von *Aşk, Mark ve Ölüm*, welches im Rahmen der Filmreihe *Spätsommerkino*, die im September 2023 in Chorweiler/Volkhoven in Köln stattgefunden hat in diesem Text hervorheben. Das *Spätsommerkino* war als ein Filmbildungsangebot konzipiertes, partizipatives Projekt zwischen dem Filmhaus Köln und anderen Akteuren der Stadt angelegt und hatte das Ziel, ein von Jugendlichen des Stadtteils kuratiertes Filmprogramm zu zeigen. Das Filmprogramm fand auf einer öffentlichen Fläche – einem Park –, die vom ansässigen Bürger*innenverein verwaltet wurde, statt und konnte von allen Anwohner*innen und Gästen besucht werden. Ohne die Rezeption und Diskussion des Films in den Filmveranstaltungen in einer Dichte darstellen zu können, möchten wir uns vor dem Hintergrund des Konzepts der affektiv aufgeladenen, hegemonialen Männlichkeit besonders auf das Nachgespräch, welches im Anschluss an eines der Filmscreenings stattgefunden hat, konzentrieren.

Das Filmscreening war Teil der Veranstaltung *(Re-)Claim?! – Aktionstag für Vielfalt im Kölner Norden* und fand in einem Wohnzimmer in der *Villa* statt, welches so gut gefüllt war, dass Menschen auf dem Boden sitzen oder stehen mussten. Der Hintergrund des Aktionstags war ein vorzeitiger Abbruch der Kooperation nach dem ersten Filmscreening (*Aşk, Mark ve Ölüm*) seitens des Bürger*innenvereins, womit zwei weitere Filmscreenings nicht mehr stattfinden konnten. Die Begründung seitens des Bürger*innenvereins war, dass der Film „Ressentiments gegen Deutsche“ schüre und es Hinweise auf

„gewaltbereite Gegner*innen des Filmprogramms“ gebe. Darüber hinaus wurde dem Filmhaus rückgemeldet, dass es Anzeigen durch Bürger*innen bei der Polizei gegeben hätte. Recherchen und Rückfragen zeigten, dass keine solche Meldungen bei der Polizei eingegangen waren und es darüber hinaus auch keine anderen Hinweise auf Gewalt o.Ä. gab (vgl. Filmhaus Köln 2023a). Die weiteren Filmscreenings mussten in der Folge aus dem öffentlichen Raum in die Räumlichkeiten der *Villa* verlegt werden. Die Solidaritätsveranstaltung (*Re-)Claim?! – Aktionstag für Vielfalt im Kölner Norden*) fand einige Zeit später statt, bei der der Film *Aşk Mark ve Ölüm* erneut gezeigt wurde und die außerdem von einem Publikumsgespräch und einer anschließenden Podiumsdiskussion sowie weiteren unterschiedlichen Programmpunkten zivilgesellschaftlicher Akteur*innen gerahmt war (vgl. Filmhaus Köln 2023b). Die Aushandlung wurde auch durch Posts auf Facebook und in anderen Sozialen Medien kommentiert.

Vor dem Hintergrund der Vorkommnisse herrschte eine engagierte, aufmerksame und solidarische Stimmung (vgl. Filmhaus Köln 2023b). Menschen waren gekommen, nicht nur um den Film zu schauen, sondern weil sie mit dem Vorgehen des Bürger*innenvereins nicht einverstanden waren und ein Zeichen setzen wollten. Im Raum entstand während des Filmscreenings zumindest bei uns ein Gefühl von Zugehörigkeit und des gemeinsamen Wunsches einer ‚Aufarbeitung‘ der Ereignisse. Eine der ersten Aussagen nach dem Filmscreening wurde von einem interessiert wirkenden, ca. 70-Jährigen *weiß* und deutsch zu positionierenden Mann geäußert: Er drückte zunächst seine Sympathien für den Film aus, machte aber deutlich, dass er mit der Darstellung der Ereignisse im Film nicht einverstanden war; entschieden wies er eine schlechte Behandlung der ‚Gastarbeiter*innen‘ durch die ehemalige Regierung und Zivilgesellschaft zurück. Die darauffolgenden Äußerungen anderer Zuschauer*innen versuchten, die Aussage zu relativieren, indem sie auf die Begrenzungen der filmischen Form referierten: ein Dokumentarfilm könnte nun mal immer nur einige Perspektiven erzählen. Deutlich wurde, dass dieses Gegenargument aber nicht den Kern der Anklage traf, denn es wurde weiter diskutiert, warum der Film denn so ‚einseitig‘ erzähle und warum die ‚anderen‘, ‚integrierten‘ Perspektiven ausgelassen wurden.¹¹ Dass die ‚Normalität‘ einer ‚ausgewogenen‘ oder ‚objektiven‘ Berichterstattung in der ersten Aussage bereits mit einem *weißen* Blick gleichgesetzt wurde, blieb nur am Rande thematisiert. In der darauf folgenden Diskussion entspannen sich immer wieder Argumentationsstrukturen, die wir kennen, wenn es um Rassismus und die *weiße* Zurückweisung/Ignoranz von rassistischen Strukturen geht: nicht nur sehen sich *weiße* Menschen, die mit der Idee von strukturellem Rassismus konfrontiert werden,

11 Vor dem Hintergrund eines „Intergrationsdispositivs“ (Bojadžijev 2018) verweist die Aussage auf Herrschafts- und Disziplinierungsverhältnisse. Integration wird verstanden als eine Bringschuld von Migrationsanderen, die eine Selbsterwerfung unter die Mechanismen eines natio-ethno-kulturell codierten ‚Wirs‘ einfordert (vgl. Mecheril 2018: 322).

als Opfer, da zu Unrecht beschuldigt, vielmehr bringen sie rassifizierte Menschen in die Rolle, in der sie auf Basis ‚persönlicher‘ Evidenzerfahrungen beweisen müssen, dass es Ausländerfeindlichkeit und Rassismus gibt. So gab es subjektive, emotional aufgeladene Äußerungen, warum es so wichtig ist, diese Perspektiven zu zeigen, warum sie mit Erfahrungswelten von Zuschauenden resonieren und Identifikationspotentiale bieten. Bemerkenswert war es, dass das Gespräch weitergesucht wurde und durchaus auch ein Begegnungsraum entstand, in Momenten in denen Wut und Freude über den Film versprachlicht werden konnten, ohne dass respektloses oder offen rassistisches Verhalten dominiert hätte. Die in den Blickwechseln vollzogenen audiovisuellen Umkehrungen von Machtverhältnissen innerhalb von unhinterfragbar geglaubten Wissensbeständen sorgten für Irritation und führten zu Widerständen. Denn dass das migrantisch situierte Wissen (vgl. Güleç/Schaffer 2017) des Films (und auch der Zuschauer*innen in der *Villa*) weniger wahr zu sein scheint, hängt nicht mit der zwangsläufigen Auswahl und Begrenzung des Formats des Dokumentarfilms zusammen, sondern mit der Normalisierung und auf Basis eines gesetzten und kollektiv eingeübten *weißen* Blicks, der bestimmte Sprecher*innen, bestimmte Blickweisen fraglos als ‚normal‘ und ‚objektiv‘ konnotiert, andere dagegen als ‚fehlerhaft‘ oder ‚unvollständig‘ markiert.

5 Fazit

Durch die Analyse der Filmvermittlungssituation wurde deutlich, dass *Aşk, Mark ve Ölüm* nicht ‚nur‘ Rassismus adressiert, sondern auch einen *Blick-zurück* auf eine *weiße*, westdeutsche Männlichkeit – heute und in der BRD der 1960–1970er Jahre – wirft, der aufwühlen kann, weil er die verfestigten und affektiv aufgeladenen Selbstbilder einer ‚starken‘ Männlichkeit befragbar macht – und somit bestehenden machtvollen Positionen von (nicht-)rassifizierten, migrantisierten, vergeschlechtlichten Subjekten ins Wanken bringen kann. In Anknüpfung an migrationsspezifische Diskurse in Deutschland spielt hier auch ein Blickwechsel auf das sog. ‚Wirtschaftswunder‘ in Nachkriegsdeutschland eine Rolle: Dies, so erzählt es auch der Film, ist zum großen Teil durch die kapitalistische Ausbeutung von billigen Arbeitskräften u.a. aus der Türkei ermöglicht worden, sodass *weiße* deutsche Menschen, und vor allem ältere Männer davon profitierten. Dieser Blickwechsel fordert ein *weißes*, cis-heteronormatives, leistungsbezogenes, national-stolzes Männlichkeitsbild heraus und produziert darin affektiv aufgeladene Reaktionen, wie sich im Nachgespräch gezeigt hat. Obwohl der Film nicht direkt in Bezug auf antifeministische Bildrhetoriken (wie bspw. #TradWife, vgl. Rösch in diesem Band) lesen lässt, erlaubt die hier vorgestellte Analyse der Vermittlungssituation in Verknüpfung von rassistischen und heterosexistischen Perspektiven, eine Kritik

am Topos der heterosexuellen, *weißen* Kernfamilie der Nachkriegs-BRD und an deren Männlichkeits- und Geschlechterverhältnissen zu formulieren. So können Filmvermittlungssituationen Ansatzpunkte für Analysen bieten, entlang derer sich komplexe, intersektional situierte Film-Erfahrungen untersuchen lassen; die Räume eröffnen, in denen im besten Fall komplexe, affektive Aushandlungsprozesse stattfinden können. Der Versuch, die different situierten Blickweisen artikulierbar zu machen, kann solche hybriden Aushandlungsräume entstehen lassen und Möglichkeiten bieten, durch *Blickwechsel* eigene situierte und rassifizierende Blickweisen zu reflektieren – durch und mit den Filmen sowie im Gespräch mit anderen Teilnehmenden – und sich relational Positionierungen im ‚Dazwischen‘ zu erarbeiten (vgl. Lell/Zahn 2025 i.E.). Diese relationalen Positionierungen sind aber nicht als freundliches Nebeneinander zu denken, sondern von Entzogenheit, Verunsicherung und Irritation gekennzeichnet. Sie fordern in ihrem *Blick-zurück* einen normalisierten *weißen* Blick heraus und zeigen die Partialität und Situietheit eines vermeintlich neutralen, *weißen*, BRD-deutschen und männlichen Blicks auf, wie dies in der Diskussion in der *Villa* zeitweise gelungen ist. In dem Aushalten eines ‚Dazwischens‘ kann sich das manifestieren, was Mecheril als „Migrationsgesellschaften“ beschrieben hat: sich durch Migration beständig konstituierende, gesamtgesellschaftliche Veränderungsprozesse (vgl. Foroutan/İkiz 2016: 138), Phänomene wie transnationale Zwischenwelten, Mehrfachzugehörigkeiten und hybride Identitäten, die Vermischung von Sprachen und kulturellen Praxen, aber auch Differenzkonstruktionen, Fremdheitsdiskurse und Formen rassistischer Diskriminierungen (vgl. Mecheril 2016: 12f.).¹²

Filme, die einen *weißen* Blick konfrontieren, Ungewissheiten und Hybridisierungen schaffen, können in Filmvermittlungssituationen Blickwechsel hervorrufen, die relationale gesellschaftlich transformative Bildungsprozesse auszulösen vermögen. Somit bietet im Rahmen einer rassistuskritischen Filmbildung nicht alleine die Erfahrung von Alterität und Fremdheit durch Filme Anlässe für Bildungsprozesse, sondern die spezifische Erfahrung von Blickwechseln in einer dynamischen und relationalen Filmvermittlungssituation. Diese verunmöglicht es, rassistisch konnotierte Vorstellungen ‚des Fremden‘ – das Nicht-Wissen als ein Gar-nicht-erst-Wissen-Wollen zu kultivieren, sondern fordert auf, die eigenen Denk- und Blickstrukturen in Bewegung zu bringen, sie als Partielle und Situierte wahrzunehmen.¹³

12 Um solche Situationen herzustellen, braucht es allerdings das ‚Commitment‘ einer Gruppe, einen rassistuskritisch geleiteten und moderierten Raum, in dem Menschen die Verantwortung füreinander erkennen und die Begegnung suchen (vgl. auch die strukturellen Dimensionen einer diskriminierungskritischen Filmbildung vgl. Lell/Zahn 2024: 195–222). Die Kulturarbeiter*innen des Filmhauses sowie die Akteur*innen vor Ort haben es unserer Meinung nach geschafft, eine solche Situation bei der Filmveranstaltung herzustellen.

13 Güleç & Schaffer (2017) unterscheiden zwischen der Kultivierung eines Nicht-Wissens als Teil einer ‚belohnten‘ *weißen* Ignoranz, die rassistische Strukturen aufrechterhält, und einem Noch-nicht-Wissen; die Irritationen, die der Film bieten kann, können als Anlässe für ein

Filmographie

- Aşk, Mark ve Ölüm – Liebe, D-Mark und Tod (R: Cem Kaya, 2022, 96 Min.).
wdr/Y3JpZDovL3dkci5kZS9CZWl0cmFnLXNvcGhvcmlkOTRiZDhmZjMtYT
NiOC00MzlmLTlkOTYtZDg1ZWVmYTg2NjBl [Zugriff: 09.05.2025]
- Mauern – Duvarlar – Walls (R: Can Candan, 2000, 84 Min.)
<https://www.bpb.de/mediathek/video/305232/duvarlar-mauern-walls/> [Zugriff: 09.05.2025]
- Pierburg: Ihr Kampf ist unser Kampf (R: Edith Schmidt, David Wittenberg, 1974, 49 Min.).

Literatur

- Adusei-Poku, Nana (2018): Alle müssen alles lernen oder: emotionale Arbeit. In: *Art Education Research* 8, 14, S. 1–8.
- Aksakal, Mustafa/Wolfesberger, Philipp (2023): Der Migrations- und Krisen-Nexus. Analytische Perspektive auf (nicht-) solidarische Mobilisierungspraktiken. In: Villa, Paula-Irene (Hrsg.): *Polarisierte Welten. Verhandlungen des 41. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2022*. https://publikationen.sozioogie.de/index.php/kongressband_2022/article/view/1689 [Zugriff: 02.05.2025].
- Ams, Inke/HMKV (2019): *Der Alt-Right-Komplex – Über Rechtspopulismus im Netz*. Dortmund: Kettler.
- Bereswill, Mechthild/Neuber, Anke (2013): Marginalisierte Männlichkeit, Prekarisierung und die Ordnung der Geschlechter. In: Lutz, Helma/Vivar, Maria Teresa Herrera/Supik, Linda (Hrsg.): *Fokus Intersektionalität*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 93–113.
- Bergold-Caldwell, Denise/Grubner, Barbara (2020): Effekte der diskursiven Verknüpfung von Antifeminismus und Rassismus: Eine Fallstudie zu Orientierungskursen für neu Zugewanderte. In: Henninger, Annette/Birsl, Ursula (Hrsg.): *Antifeminismen: »Krisen«-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential?* Bielefeld: transcript Verlag, S. 149–192.
- Boger, Mai-Anh (2020): Wen als was anerkennen? Zum Verhältnis zwischen Anerkennungstheorie und Theorie der trilemmatischen Inklusion. In: *Zeitschrift für Inklusion*, 1. <https://www.inklusion-online.net/index.php/inklusion-online/article/view/553> [Zugriff: 01.05.2025].
- Bogerts, Lisa/Fielitz, Maik (2019): Die visuelle Kultur des (neuen) Rechtsterrorismus. In: *Antifaschistisches Infoblatt* 4. <https://antifainfoblatt.de/aib125/die-visuelle-kultur-des-neuen-rechtsterrorismus> [Zugriff: 02.05.2025].
- Bojadžijev, Manuela (2018): Migration und Integration. Zur Genealogie des zentralen Dispositivs. In: *Migration und Soziale Arbeit* 40, 1, S. 54–61.

Wissen-Wollen verstanden werden, welches vor dem Hintergrund der Grenzen des Erkenn- und Wissbaren zumindest zeitweise bestehende Wissens-, Blick- und Machtordnungen zu destabilisieren vermag (vgl. Güleç/Schaffer 2017; Lell/Zahn 2025 i.E.).

- Bönkost, Jule (2017): Normalisierung weißer Emotionen als Strategie rassismuskritischer Bildungsarbeit. Berlin: Institut für diskriminierungsfreie Bildung.
https://diskriminierungskritische-bildung.de/wp-content/uploads/2021/07/IDB-Paper-No-5_Normalisierung-weisser-Emotionen.pdf [Zugriff: 02.05.2025].
- Castro Varela, María Do Mar (2015): Migration als Chance für die Pädagogik. In: Pädagogische Rundschau 69, 6, S. 659–672.
- Connell, Raewyn. (2005): Globalization, imperialism, and masculinities. In: Kimmel, Michael/Hearn, Jeff/Connell, Raewyn (Hrsg.): Handbook of studies on men & masculinities. Thousand Oaks/London/New Delhi: Sage, S. 71–89.
- Connell, Raewyn (2015): Der gemachte Mann: Konstruktion und Krise von Männlichkeiten. Wiesbaden: Springer VS.
- Dietze, Gabriele (2019): Sexueller Exzeptionalismus. Überlegenheitsnarrative in Migrationsabwehr und Rechtspopulismus. Bielefeld: transcript Verlag.
- Filmhaus Köln (2023a): Pressemitteilung Filmhaus, 14.09.2023 <https://filmhaus-koeln.de/post/kurzfristige-absage> [Zugriff: 02.05.2025].
- Filmhaus Köln (2023b): Veranstaltungsankündigung Filmhaus. <https://rausgegangen.de/en/events/re-claim-aktionstag-fur-vielfalt-0/> [Zugriff: 02.05.2025].
- Foroutan, Naika/İkiz, Dilek (2016): Migrationsgesellschaft. In: Mecheril, Paul (Hrsg.): Handbuch Migrationspädagogik. Weinheim, Basel: Beltz, S. 138–151.
- Foroutan, Naika (2018). Die Postmigrantische Perspektive: Aushandlungsprozesse in pluralen Gesellschaften. In: Hill, Marc/Yıldız, Erol (Hrsg.): Postmigrantische Visionen. Erfahrungen – Ideen – Reflexionen. Münster: transcript Verlag, S. 15–29.
- Güleç, Ayşe/Schaffer, Johanna (2017): Empathie, Ignoranz und migrantisch situiertes Wissen: Gemeinsam an der Auflösung des NSU-Komplexes arbeiten. In: Karakayalı, Juliane/Kahveci, Çağrı/Liebscher, Doris/Melchers, Carl (Hrsg.): Den NSU-Komplex analysieren: Aktuelle Perspektiven aus der Wissenschaft. Bielefeld: transcript Verlag, S. 57–80.
- Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (2017): Unterscheiden und herrschen. Ein Essay zu den ambivalenten Verflechtungen von Rassismus, Sexismus und Feminismus in der Gegenwart. Bielefeld: transcript.
- Heidenreich, Nanna (2015): V/Erkennungsdienste, das Kino und die Perspektive der Migration. Bielefeld: transcript Verlag.
- Heider, Matthias (2022): Rechtsextremes Framing Auf YouTube: Darstellungsformen und Ästhetik von Influencern der Identitären Bewegung. In: Medienpädagogik: Zeitschrift für Theorie und Praxis der Medienbildung, S. 267–290.
- İnan, Çiğdem (2023): Affekttheoretische Perspektiven auf Rassismus. In: Nationaler Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NADiRa)/Polat, Serpil (Hrsg.): Rassismusforschung I. Bielefeld: transcript Verlag, S. 191–230.
- Kalkstein, Fiona/Pickel, Gert/Niendorf, Johanna/Höcker, Charlotte/Decker, Oliver (2022): Antifeminismus und Geschlechterdemokratie. In: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 245–270.
- Koller, Hans-Christoph (2023): Bildung anders denken. Einführung in die Theorie transformatorischer Bildungsprozesse. Stuttgart: Kohlhammer.
- Lang, Juliane/Peters, Ulrich (Hrsg.) (2018): Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt. 1. Auflage. Hamburg: Marta Press.

- Lell, Katja/Zahn, Manuel (2024): Spannungsfelder interkultureller Filmbildung. *Kunst Medien Bildung*, Band 15. München: kopaed.
- Lell, Katja/Zahn, Manuel (2025 i.E.): Interkulturelle Filmbildung als selbstreflexive Positionierungsarbeit. In: Böschen, Jasmin/Stolz, Anna/Sabisch, Andrea/Sonnemann, Lukas (Hrsg.): *Tagungsband Bildsituationen (in Vorbereitung, voraussichtlich 2025)*.
- Linnemann, Tobias (2023): *Bildet Scham? Zusammenhänge von Scham und Bildungsprozessen von weiß-mehrheitsdeutsch Positionierten bezüglich ihrer Involvierung in rassistische Verhältnisse*. Berlin: Logos Verlag.
- Mecheril, Paul (2016): *Migrationspädagogik – ein Projekt*. In: Mecheril, Paul (Hrsg.): *Handbuch Migrationspädagogik*. Weinheim, Basel: Beltz, S. 8–31.
- Mecheril, Paul (2018): *Ordnung, Krise, Schließung. Anmerkungen zum Begriff Migrationsregime aus zugehörigkeitstheoretischer Perspektive*. In: Pott, Andreas/Rass, Christoph/Wolff, Frank (Hrsg.): *Was ist ein Migrationsregime? What Is a Migration Regime?* Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 313–330.
- Mecheril, Paul (2023): *Kultur*. In: Huber, Matthias/Döll, Marion (Hrsg.): *Bildungswissenschaft in Begriffen, Theorien und Diskursen*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 313–320.
- Mecheril, Paul/Messerschmidt, Astrid (2016): *Die Sexualisierung der Anderen – globale Kontexte und Perspektiven solidarischer Bildung*. In: *Widersprüche* 36, 141, S. 147–158.
- Meiering, David/Dziri, Aziz/Foroutan, Naika/Teune, Simon/Abou Taam, Marwan (2018): *Brückennarrative. Verbindende Elemente in der Radikalisierung von Gruppen*. Frankfurt a. M.: Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK).
- Rodonò, Aurora (2022): *Blickwechsel Migration. Überlegungen für eine rassismuskritische Filmvermittlung*. DFF – Deutsches Filminstitut & Film-museum. https://www.dff.film/wp-content/uploads/2022/03/Blickwechsel_Migration-1.pdf [Zugriff: 02.05.2025].
- Sauer, Birgit (2020): *Authoritarian Right-Wing Populism as Masculinist Identity Politics. The Role of Affects*. In: Dietze, Gabriele/Roth, Julia (Hrsg.): *Right-Wing Populism and Gender. European Perspectives and Beyond*. Gender Studies. Bielefeld: transcript Verlag, S. 23–40.
- Schade, Sigrid/Wenk, Silke (2011): *Studien zur visuellen Kultur: Einführung in ein transdisziplinäres Forschungsfeld*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Scheibelhofer, Paul (2018): *Der fremd-gemachte Mann. Konstruktionen von Männlichkeit in der Migrationsgesellschaft*. Wiesbaden: Springer VS.
- Scherschel, Karin (2015): *Rassismus als flexible symbolische Ressource. Eine Studie über rassistische Argumentationsfiguren*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Stalder, Felix (2016): *Kultur der Digitalität*. Berlin: edition Suhrkamp.
- Strick, Simon (2021): *Rechte Gefühle: Affekte und Strategien des digitalen Faschismus*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Stuve, Olaf/Debus, Katharina (2012): *Männlichkeitsanforderungen: Impulse kritischer Männlichkeitstheorie für eine geschlechterreflektierte Pädagogik mit Jungen*. In: Dissens e.V./Debus, Katharina/Könnecke, Bernhard/Schwerma, Klaus/Stuve, Olaf (Hrsg.): *Geschlechterreflektierte Arbeit mit Jungen an der Schule: Texte zu Pädagogik und Fortbildung rund um Jungen, Geschlecht und Bildung*. Berlin: Dissens e.V., S. 44–60. <https://www.dissens.de/fileadmin/JuS/Redaktion/Dokumente/>

Buch/Stuve%20Debus%20-%20M%C3%A4hnlichkeitsanforderungen.pdf [Zugriff: 02.05.2025].

Werner, Gabriele (2020): Angst um .../Sorgetragen für ... In: Martin, Susanne/Linpinsel, Thomas (Hrsg.): Angst in Kultur und Politik der Gegenwart. Kulturelle Figurationen: Artefakte, Praktiken, Fiktionen. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 99–118.

Zahn, Manuel (2012): Ästhetische Film-Bildung. Studien zur Materialität und Medialität filmischer Bildungsprozesse. Bielefeld: transcript Verlag.

Umkämpfte Kinder und Jugendliche: Trans*, Pädagogik und Politik.

Elija Horn, Klemens Ketelhut

Seit November 2024 können trans* Jugendliche, die das 14. Lebensjahr abgeschlossen haben, mit einer Erklärung beim Standesamt ihren Namen und ihren Geschlechtseintrag ändern lassen. Die Berechtigung dazu gibt ihnen das Selbstbestimmungsgesetz (SBGG). Viele, auch mit pädagogischen Aufgaben betraute Menschen, reagierten irritiert auf diese Neuerung. Es entbrannten zahllose Debatten zur Frage: „Wie sieht ein pädagogisch verantwortlicher Umgang mit trans* Kindern und Jugendlichen aus?“ Menschen, die sich nie vorher mit dem Thema befasst hatten, fühlten sich plötzlich berufen, sich dazu zu äußern.

Neben vielen qualifizierten Beiträgen finden sich solche, die entscheidende Aspekte ausblenden, Halb- oder Unwahrheiten ins Feld führen und entsprechend unzutreffende Schlussfolgerungen nahelegen. Korrekt ist hingegen, dass 14-Jährige nur dann Namen und Geschlechtseintrag ändern lassen dürfen, wenn sie eine Zustimmung seitens ihrer Sorgeberechtigten vorlegen. Trans* Kinder können ohne ihre Eltern gar keine Änderungen vornehmen lassen. Auch dass das dem SBGG vorausgegangene „Transsexuellengesetz“ bereits seit 2011 aufgrund von Widersprüchen zur Verfassung suspendiert worden war, bleibt oft unerwähnt – ebenso die Beschränkung des SBGG auf reine Verwaltungsakte¹. Die neue Regelung berücksichtigt zudem den aktuellen Stand der Forschung: Laut ICD-11 hat „Geschlechtsinkongruenz“ keinen Krankheitswert, sondern stellt eine Normvariante dar (Rauchfleisch 2018).

Trans* Kindern und Jugendlichen wird es durch das SBGG erleichtert, in der Schule oder anderen Einrichtungen korrekt adressiert zu werden. Angesichts der oft prekären Lebenswelten von queeren Minderjährigen, z.B. der ihnen häufig widerfahrenen Diskriminierung (Timmermanns et al. 2022: 90f.) und den damit einhergehenden Ängsten und potenziellen Bildungsbenachteiligungen (Meyer/Sauer 2017: 53), ist diese Erleichterung bedeutsam. Trans* Kinder und Jugendliche sind akutem Minderheitenstress und damit einem erhöhten Risiko physischer und psychischer Erkrankungen ausgesetzt (Meyer

1 Die Gabe von substituierenden Hormonen oder chirurgische Eingriffe sind im SBGG nicht geregelt. Allen psychologischen, psychiatrischen und medizinischen Behandlungsschritten liegen Richtlinien der zuständigen Fachgesellschaften zugrunde.

2003; Timmermanns et al. 2022; Kasprowski et al. 2021). Das Gesetz und die darin verankerten Selbstbestimmungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche könnten ein Schritt zur Minimierung dieser Risiken sein.

In den Diskussionen rund um das SBGG wurden diese empirisch belegten Herausforderungen und die mit dem Gesetz ermöglichten Verbesserungen teils nicht berücksichtigt, sondern infrage gestellt. Die CDU/CSU unterstellt, dass „in der altersbedingt volatilen Lebensphase der Pubertät [...] Persönlichkeitszweifeln mit einem leichtfertigen Geschlechtswechsel begegnet“ (CDU/CSU 2025: 62) werde; „[o]perative Eingriffe vor der Volljährigkeit“ (ebd.) – über die im SBGG gar nicht verfügt wird und die ohne elterliche Zustimmung so wieso nicht erlaubt sind – lehne man ab. Neben CDU/CSU protestieren auch Akteur*innen der (Neuen) Rechten, radikal konservative Christ*innen und sich selbst als Feminist*innen bezeichnende Personen.

Im folgenden Text analysieren wir pädagogische Publikationen und Positionen, die Selbstbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen sowie das SBGG aus pädagogischer Perspektive problematisieren. Dabei zeigen wir auf, wie in diesen Beiträgen rechte und antifeministische Narrative reproduziert werden – etwa durch die Leugnung von trans* Lebensrealitäten oder pathologisierende Zuschreibungen, und wie diese unter Bezug auf den Kinderschutz diskursiv legitimiert werden.

Eingangs erläutern wir die theoretische Rahmung unserer Analyse, insbesondere mit Blick auf sogenannte Brückennarrative, also diskursive Elemente, die ideologisch unterschiedliche Positionen – etwa christlich-fundamentalistische, radikalfeministische oder neurechte Perspektiven – miteinander verbinden und so Anschlussfähigkeit erzeugen. Im Zentrum steht die Analyse einer Folge des *Kinderschutz Podcasts*, in dem die Erziehungswissenschaftler*innen Bernd Ahrbeck und Marion Felder die Existenz von trans* Kindern und Jugendlichen infrage stellen sowie ihre Bedarfe delegitimieren. Sie speisen damit Positionen in erziehungswissenschaftliche Diskurse ein, die auch in offensiv transfeindlichen Kreisen kursieren. Zum Schluss befassen wir uns mit dem Elternratgeber *Wege aus dem Transgenderkult* und ordnen die Ergebnisse unserer Analyse in den Kontext der Erforschung (neu)rechter Einflussnahmen im pädagogischen Feld ein.

1 Theoretischer Rahmen: Brückennarrative, Familialismus

Ausgehend von der Frage, welches Gesellschafts- und Menschenbild sowie welche strategischen Einsätze hinter den im Folgenden vorgestellten Artikulationen zu vermuten sind, wird (heuristisch) mit dem Zugang der Brückennarrative gearbeitet. Damit ist beschrieben, dass es Narrative, Diskurse oder

Theorien gibt, (mit) denen es gelingt, dass eine Verbindung zwischen auf den ersten Blick unverbundenen oder wenig verbundenen Diskursen oder Diskursfeldern entsteht sowie zwischen ideologisch unterschiedlichen Gruppierungen: „Diese Narrative sind zwar in den jeweiligen Bereichen unterschiedlich zugeschnitten, gehören aber zu den gleichen narrativen Bündeln und erfüllen ähnliche Funktionen. Sie strukturieren Wahrnehmungsmuster, Zugehörigkeitsattributionen und Handlungsoptionen“ (Meiering et al. 2018: 10).

Dieser Definitionsansatz stammt aus Forschungen, die sich mit Radikalisierungsprozessen befassen. Für unseren Zusammenhang steht die Frage nach Radikalisierung nicht im Fokus, sehr wohl aber die, wie es Akteur*innen gelingt, ideologisch unterschiedliche oder sich widersprechende Versatzstücke so zuzuschneiden, dass sie (i) als eine Verbindung (Brücke) zwischen unterschiedlichen Gruppierungen dienen können und (ii) den eigenen theoretischen oder ideologischen Zugang erweitern und/oder verstärken können, ohne dass dessen eigene Identität dadurch (zu sehr) in Frage steht.²

So lässt sich zum Beispiel erklären, warum rechtsextreme Parteien wie die „Heimat“ (vorm. NPD) sich bereits 2015 gegen die Integration von sexueller Vielfalt in den baden-württembergischen Bildungsplan positionierten und gemeinsam mit überwiegend christlichen Akteur*innen demonstrieren konnten (vgl. Ketelhut 2018). Im weitesten Sinne antifeministische Diskurs- und Handlungspraxen haben die Funktion von Brückennarrativen (Blum et al. 2024). Es ist davon auszugehen, dass bestimmte Themen „auf beiden Seiten der Brücke“ verhandelt werden, aber unterschiedliche Begründungen erhalten (z.B. das Festhalten am Zweigeschlechtermodell einmal aus der Perspektive einer gottgewollten gesellschaftlichen Ordnung und einmal als Ausdruck der Natur des Menschen und der wiederherzustellenden Traditionen). Hierzu bedienen sich beispielsweise rechte und christliche Akteur*innen unterschiedlich begründeter Ausprägungen des Familialismus, der eine hohe Anschlussfähigkeit auch im vorpolitischen Raum (Weiß 2017) besitzen dürfte, da nahezu jeder Mensch in einer spätkapitalistischen Gesellschaft mit familiären Strukturen in Verbindung steht.³ Mit Kemper (2014) kann dies als eine sehr spezifische Perspektive auf Familie verstanden werden:

„Familialismus“ meint nicht eine Ausrichtung auf Familie generell, sondern er bezieht sich auf ein sehr eingeschränktes, bevölkerungsbiologisch-nationales und normatives Familienbild. Familien, die diesem Leitbild nicht entsprechen, wie Alleinerziehende, nichtdeutsche Familien, finanzschwache Familien und sogenannte Patchwork- bzw. Regenbogenfamilien, werden marginalisiert, wenn nicht sogar bekämpft. Entsprechend richtet sich der Familialismus auch

2 Weiter unten wird dies am Beispiel des Ratgebers „Wege aus dem Transgenderkult“ (Bode/Duwe 2023) noch einmal genauer dargestellt.

3 Die soziale Figuration Familie ist als gesellschaftliche Struktur zu verstehen, die, trotz aller Wandlungen ihrer Form(en), stabil geblieben ist. Familie durchzieht so ziemlich alle gesellschaftlichen Sphären und bietet konkrete Subjektpositionen an.

gegen individuelle Lebensentwürfe, die keine Elternschaft vorsehen.“ (Kemper 2014: 61)

Kemper entwickelt diesen Zugang aus einer Analyse der seinerzeit noch jungen AfD. Ein solches Familienbild ist dabei anschlussfähig an das vieler christlicher Gruppierungen, die ebenfalls nur die Verbindung von cis Mann und cis Frau samt den daraus hervorgehenden leiblichen Kindern als legitim erachten. Während bei der AfD nationalistische und völkische Argumente als Grundlegung dafür dienen, geht der Rekurs in christlichen Zusammenhängen auf biblische Dogmen zurück. Trotzdem (oder: deswegen?) können beide Perspektiven gemeinsam agieren, denn im Ergebnis geht es um eine gleiche oder ähnliche Zielstellung: die gesellschaftliche (Re-)Etablierung genau dieses Familienmodells und das Problematisieren oder Unsichtbarmachen aller anderen Familien. Hier zeigt sich, was auch Fegert (2019) herausgearbeitet hat: Im Zentrum (neu)rechter Familienbilder steht ideologisch eine naturrechtlich „begründete“ Vorrangstellung der Eltern, was diese Familienbilder auch notwendigerweise mit ausschließlich biologisch begründeten Geschlechtervorstellungen in Verbindung bringt. Zudem sollen diese Familienordnungen die Kinder schützen;⁴ ein Schutz, der, denkt man zum Beispiel an fundamentalistisch-religiöse Zusammenhänge, darin besteht, eine eigenlogische Entwicklung der Kinder zugunsten einer fremdlogischen weitgehend zu unterbinden.⁵ Wie wir in unserem Beitrag zu „Trans* im pädagogischen Feld“ (Ketelhut/Horn 2024) gezeigt haben, sind mit solchen Vorstellungen verbundene Praktiken in Bezug auf Erziehung von Kindern ideologisch flexibel.

Im Folgenden wird dieser Zusammenhang noch einmal aufgenommen und anhand einer spezifischen Form queerfeindlicher Praktiken, den so genannten Konversionsbehandlungen, vertieft werden.⁶

Als Konversionsbehandlungen⁷ werden Praktiken beschrieben, die versuchen, die sexuelle Orientierung (also das Begehren) und/oder die Geschlechts-

4 An dieser Stelle wäre weitergehend zu analysieren, wie die unterschiedlichen Anforderungen an die Familie, die sich in den ideologisch aufgeladenen Narrativen darstellen, zueinander positioniert sind, denn: gerade konservative Gesellschaftsbilder verbinden sich häufig mit der Formulierung, dass die Familie die kleinste Einheit im Staat oder die Keimzelle der Gesellschaft sei. Damit ist im Kern angesprochen, dass innerhalb der Familie Kinder zu späteren Gesellschaftsmitgliedern bzw. auch Staatsbürger*innen erzogen werden (sollen). Gleichzeitig steckt in der Schutzraumvorstellung auch die Idee, dass die Kinder im Zweifel gegen den Staat oder vor dem Staat geschützt werden müssten, was bedeuten kann – und das ist historisch nicht neu – dass die Erziehung zu Staatsbürger*innen oder Gesellschaftsmitgliedern so angelegt ist, dass sie auf *andere* Vorstellungen des Zusammenlebens orientiert sind, als qua Verfassung vorgesehen.

5 Dies wird aktuell in dem Spielfilm „Gotteskinder“ von Frauke Lodders (Lodders 2024) eindringlich herausgearbeitet.

6 Teile der folgenden Ausführungen beruhen dabei auf der in Ketelhut/Horn (2024) vorgestellten Argumentation.

7 Konversionsbehandlungen oder auch -maßnahmen ersetzen den auch heute noch häufig gebrauchten Begriff der „Konversionstherapie“. Dieser ist insofern falsch, als dass eine therapeutische Maßnahme voraussetzt, dass es erstens z.B. eine Erkrankung oder Störung gibt, die

identität eines Menschen zu verändern. Im Zusammenhang mit der Geschlechtsidentität bedeutet das, dass z.B. trans* oder nicht binäre Menschen durch Konversionsbehandlungen zu cis Menschen werden und in dem ihnen bei ihrer Geburt zugewiesenen Geschlecht leben sollen. Hinsichtlich des Begehrens bedeuten Konversionsbehandlungen, dass sich das Begehren entweder zu einem eindeutig heterosexuellen Begehren verändert oder dass der Mensch, der „falsch“ begehrt, zumindest in die Lage versetzt wird, sein sexuelles Verlangen soweit zu kontrollieren, dass er in einer Art zölibatärer Abstinenz leben wird.

Aus der ersten empirischen Studie zu Konversionsbehandlungen in Deutschland⁸ lässt sich für den hier vorliegenden Zusammenhang eine wichtige Erkenntnis ableiten: Zum einen zeigt sich, dass Konversionsbehandlungen, wenn sie das Thema Geschlechtsidentität betreffen, primär im familiären Kontext stattfinden und/oder angebahnt werden. Am zweithäufigsten berichten Überlebende davon, dass sie sich im Kontext von Psychotherapie und in medizinischen Settings mit Konversionsbehandlungen konfrontiert sahen. Entsprechend finden an sozialen Orten, die gerade für Heranwachsende Schutz und Unterstützung anbieten sollten, hochgradig problematische Interventionen statt, die, auch das zeigt die Studie, gravierende gesundheitliche Folgen haben können.

2 Positionierungen zu Trans* im erziehungswissenschaftlichen Diskurs

In den vergangenen vier Jahren haben sich Bernd Ahrbeck und Marion Felder – beide Inhaber*innen pädagogischer bzw. erziehungswissenschaftlicher Professuren und Mitglieder im Netzwerk Wissenschaftsfreiheit⁹ – zu Fragen des seinerzeit in Planung befindlichen Selbstbestimmungsgesetzes (SBGG) und des Umgangs mit trans* Kindern und Jugendlichen zu Wort gemeldet. Sie

zweitens einer Veränderung durch therapeutische Maßnahmen zugänglich ist. Beides ist nicht der Fall, wenn Menschen z.B. pansexuell begehren und/oder eine Geschlechtsidentität haben, die keine cis-Geschlechtlichkeit ist (Sonnefeld/Breuer/Piesch 2024). Im internationalen Kontext wird üblicherweise der präzisere, aber auch voraussetzungsvolle Begriff „Sexual orientation and gender identity and expression change efforts (SOGIECE)“ genutzt.

8 Die Studie umfasst eine quantitative Befragung mittels Onlinefragebogen und qualitativ ausgewertete, narrativ-biografische Interviews (Kettelhut/Cubelic 2025).

9 Das Netzwerk Wissenschaftsfreiheit setzt sich eigenen Angaben zufolge für die „Freiheit von Forschung und Lehre gegen ideologisch motivierte Einschränkungen“ (Netzwerk Wissenschaftsfreiheit 2021) bspw. durch Genderstudies oder Inklusionsforschung ein. Trotz eindeutiger politischer Stellungnahmen markiert sich das Netzwerk als neutral und objektiv. Schubert (2024) konstatiert, dass es „einseitig festlegt, was ideologisch ist [...] und was nicht“, oder anders gesagt: dass es weder objektiv noch neutral ist und agiert.

äußerten sich publizistisch, unter anderem in Artikeln in etablierten pädagogischen Fachzeitschriften sowie einer Monografie und zwei Herausgeber*innenbänden in einem renommierten Fachverlag¹⁰, aber auch in dezidiert politischen Kontexten. So trat Ahrbeck auf Einladung der CDU im November 2023 als Sachverständiger zu Fragen des geplanten SBGG in einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Im Bundestag auf. Hier wie dort kritisierten Ahrbeck und Felder das Gesetzesvorhaben und untermauerten ihre Position mit Argumenten, die einer Beschneidung kindlicher und jugendlicher Selbstbestimmungsräume im Hinblick auf Geschlecht das Wort redeten (vgl. Ketelhut/Horn 2024). Wesentlich markierten sie vor dem Hintergrund kulturkritischer Setzungen die Artikulation minderjähriger Personen, trans* zu sein, als unzureichend, ungütig oder gar gefährlich, und bemühten das Narrativ einer „Translobby“, das üblicherweise im verschwörungstheoretischen Diskursraum zu verorten ist (vgl. ebd.). Eine tragende Rolle spielt in ihren Texten ferner der wiederkehrende Verweis auf das irreführende und wissenschaftlich unhaltbare Konzept des *Rapid Onset Gender Dysphoria* (ROGD)¹¹. Im Folgenden diskutieren wir ausgewählte Einwände gegen die geschlechtliche Selbstbestimmung von Kindern und Jugendlichen, die Ahrbeck und Felder im *Kinderschutz Podcast 2022* hervorgebracht haben.¹²

Im Oktober 2022 traten Ahrbeck und Felder im *Kinderschutz Podcast* der Deutschen Kinderschutzstiftung Hänsel+Gretel¹³ zum Thema trans* Kinder und Jugendliche auf. In diesem Format werden Personen interviewt, die „Kinder und Jugendliche schätzen, schützen und stärken“ und „wertvolle Informationen und Tipps“ (Hänsel+Gretel Deutsche Kinderschutzstiftung o.J.) in Sachen Kinderschutz vermitteln. Unter dem Titel *Im falschen Körper? Genderdysphorie und Kinderschutz* sind Ahrbeck und Felder mit Katinka Beckmann,

-
- 10 Es handelt sich um folgende Publikationen: Ahrbeck, Bernd (2020): Grenzauflösungen, Identitätspolitik und pädagogische Folgen. In: Pädagogische Korrespondenz, 62, S. 27–42; ders. (2020): Was Erziehung leisten kann. Pädagogik jenseits der Illusionen. Stuttgart: Kohlhammer.; B. Ahrbeck, Bernd/Felder, Marion (2020): ‚Gender Identity‘, das Elternrecht und die pädagogische Kapitulation. In: Pädagogische Korrespondenz 61, 88–103; dies. (Hrsg.) (2022): Geboren im falschen Körper. Genderdysphorie bei Kindern und Jugendlichen. Stuttgart: Kohlhammer.; dies (Hrsg.)(2024): Wege und Irrwege der Sexualpädagogik. Stuttgart: Kohlhammer.
 - 11 Vgl. Littman 2019; deutsch: „plötzlich auftretende Geschlechtsdysphorie“. Dieses von führenden Fachverbänden nicht anerkannte Konzept beschreibt das Phänomen von sich unerwartet und aufgrund „sozialer Ansteckung“ als trans* identifizierenden Minderjährigen; die zugrundeliegende Studie erhob Aussagen von Eltern, die dem trans* Outing ihrer Kinder skeptisch gegenüberstanden (vgl. Ashley 2020).
 - 12 Der mehr als einstündige Podcast birgt Material auch für eine tiefergehende Analyse, die aufgrund des begrenzten Umfangs dieses Artikels nicht möglich ist.
 - 13 Die 1997 gegründete Stiftung setzt sich für die „Bildung einer kinderbewussten Gesellschaft“ (Hänsel+Gretel Deutsche Kinderschutzstiftung 2020: 1) ein. Sie unterstützt zahlreiche Projekte, u.a. das bekannte Notinsel-Projekt. Kinderbewusst sei eine Gesellschaft, die „Zeichen der psychischen und physischen, insbesondere der sexuellen Gewalt und Benachteiligungen gegen Kinder zu lindern und zu vermeiden sucht“ (ebd.).

Professorin für Kinder- und Jugendhilfe mit Schwerpunkt Kinderschutz, einer Kollegin Felders an der Hochschule Koblenz, im Gespräch. Im Teaser sind folgende Themenpunkte angekündigt: Steigende Fallzahlen von Kindern, die den Wunsch äußern, „das Geschlecht zu wechseln [sic]“, ob es sich dabei um einen Trend handle oder um ein Zeichen steigender Toleranz gegenüber Vielfalt und das „Recht der kindlichen Selbstbestimmung im Kontext des Transsexuellengesetzes“¹⁴ (Hänsel+Gretel Deutsche Kinderschutzstiftung 2022). In welchem Zusammenhang diese Fragen zum Kinderschutz stehen, bleibt vorläufig unklar.

Zunächst legen Ahrbeck und Felder ihre Position zum Umgang mit trans* Minderjährigen dar. Sie vertreten die Ansicht, dass – ausgenommen sehr wenige Einzelfälle – diejenigen Kinder und Jugendlichen, die sich derzeit als trans* outen, gar nicht wirklich trans* seien. Vielmehr handele es sich um Heranwachsende, die im Rahmen einer konflikthafter Identitätssuche ins Straucheln geraten seien. Ahrbeck:

„Diese Kinder sind häufig psychisch belastet, indem sie Ängste haben, sie manchmal vielleicht auch borderlineartige Zustände haben, vor allem Traumatisierungen. Störungen aus dem Autismusspektrum sind wichtig. Dann kommen die Irritationen der Pubertät dazu, dann kommt ein Gefühl der Gesellschaft, [...] man kann sich alles aussuchen und frei wählen dazu [...]“ (Hänsel+Gretel Deutsche Kinderschutzstiftung 2022: min 28:07f.)

Felder verweist zudem auf Phänomene „sozialer Ansteckung“ und rekurriert damit erneut auf *Rapid Onset Gender Dysphoria* (ROGD) mit dem auch in dem als jugendgefährdend indizierten Ratgeber „Wege aus dem Transgenderkult“ (Bode/Duwe 2023)¹⁵ sowie anderen transfeindlichen Schriften argumentiert wird. Man könne, so Felder weiter, nicht unterscheiden, wer von den Kindern und Jugendlichen wirklich trans* sei und wer nicht, denn es gebe keine klaren Kriterien (vgl. Hänsel+Gretel Deutsche Kinderschutzstiftung 2022: min 15:38f., 34:50f.). So zieht sie in Zweifel, ob es überhaupt transidente Kinder gebe (vgl. ebd.: min 03:04); stattdessen präferiere sie die Begriffe Geschlechtsdysphorie oder „Geschlechtsidentitätsstörung“¹⁶ (ebd.: min 03:29). Beides komme bei Heranwachsenden vor, führe aber nicht „automatisch zur

14 Dass sich Ahrbeck und Felder ebenso wie ihr Host trotz der festgestellten Verfassungswidrigkeit und Suspension des Transsexuellengesetzes für dieses Wording entscheiden, ist bemerkenswert.

15 Siehe auch Kapitel 3.

16 In der 2022 in Kraft getretenen ICD 11 ist die Rede von Geschlechtsinkongruenz, also einer „ausgeprägten und anhaltenden Inkongruenz zwischen dem erlebten Geschlecht einer Person und dem zugewiesenen Geschlecht“; in sich hat sie keinen Krankheitswert, ist aber als Ursache vor allem psychischer Belastungen dort aufgeführt. Genderdysphorie (Unbehagen in Bezug auf das zugeschriebene Geschlecht) ist ein diagnostischer Begriff aus dem DSM-5 aus dem Jahr 2013, der signalisiert, dass Trans*geschlechtlichkeit keine Störung darstellt, allerdings nach wie vor als psychische Erkrankung gilt. Der Begriff der „Geschlechtsidentitätsstörung“ beinhaltet explizit den Störungsbegriff, womit Trans*geschlechtlichkeit eindeutig pathologisiert wird. Das entspricht nicht dem derzeitigen wissenschaftlichen Status quo.

Transsexualität“ (ebd.: min 03:48). Erwachsene trans* Personen würden, so Felder, mit der Rede von trans* Kindern ihren eigenen Weg legitimieren wollen „nach dem Motto: Ja, das ist wirklich was Biologisches [...], das ist wahr [...] und das sieht man jetzt bei den Kindern“ (ebd.: min 25:33f.) und Kinder so instrumentalisieren.

Wenn nun das geplante Selbstbestimmungsgesetz Kindern ab dem 14. Lebensjahr ermögliche, eigenmächtig ihren Namen und Geschlechtseintrag ändern zu können, entspreche das einer „sozialen Transition“, die „nicht folgenlos“ sei und mehr oder weniger direkt zur Einnahme von „Pubertätsblockern, Gegenhormonen und [zur geschlechtsangleichenden] OP“ (ebd.: min 43:08f.) führe, so Felder. Mit dem Gesetzesvorhaben werde Ahrbeck zufolge zudem eine „Philosophie“ eingeführt, der zufolge Kindern „möglichst niemand reinreden“ soll (ebd.: min 39:44f.). Im Ergebnis führe das dazu, dass die „Suche [nach der eigenen Identität im Kinder- und Jugendalter] dadurch [...] abgebrochen oder gar verhindert [wird], indem nämlich Kindern [...] ein medizinischer Weg aus dieser Suche herausgewiesen wird.“ (ebd.: 08:42f.) Hinzu komme, dass selbst für „echte“ trans* Kinder und Jugendliche die Transition keine absolute Abhilfe schaffen könne, denn, so Ahrbeck: „Man kann ja nicht wirklich von einer Frau zu einem Mann werden“ (ebd.: min 24:17), es gebe nur eine Angleichung.

Ahrbeck und Felder äußern zusammengefasst die Sorge, dass das SBGG dazu beitragen werde, dass sehr viele Kinder und Jugendliche eine Transition durchlaufen, die sie später bereuen und nicht mehr rückgängig machen können. In dieser Logik bedürfe es des Eingreifens im Sinne des Kinderschutzes – denn Kinderschutz heiße nicht, „Kinder werden sich selbst überlassen [...]“ (ebd.: min. 45:53f.). Dies korrespondiert mit der Haltung der Gastgeberin Beckmann, die eine Analogie zur Kinder- und Jugendhilfe herstellt: Auch dort müsse mitunter gegen den Willen des Kindes gehandelt werden, beispielsweise wenn „ein Kind natürlich zurück zu seinen Eltern möchte, aber das eben nicht geht, weil diese Eltern zum Beispiel selber schädigen. Da setze ich mich ja auch aus Kinderschutzgründen [...] ein Stück weit über den Wunsch des Kindes hinweg [...]“ (ebd.: min 37:53f.). Was sollte also passieren? Angesichts der psychischen Belastungen, die bei als trans* geouteten Kindern und Jugendlichen häufig festgestellt werden, müsse man zunächst feststellen, „womit man es hier überhaupt zu tun hat“ (ebd.: min 48:05f.) – also ob überhaupt eine Transgeschlechtlichkeit vorliege. Da es dafür aber, wie Felder im Podcast behauptet, keine klaren Kriterien gebe und sie grundsätzlich bezweifelt, dass es transidente Kinder gibt, müsse man „die Kinder hinterfragen und nicht nur affirmieren, auch das ist Kinderschutz“ (ebd.: min 48:11). Beckmann bekräftigt diese Forderung und schließt mit den Worten: „[...] für mich wäre das auch genau das, nämlich Selbstbestimmung und Wertschätzung und Kinder ernst nehmen, dass ich eben auch bei einem Erwachsenen, würde ich ja auch Entscheidungen

auch erstmal noch hinterfragen, gerade Entscheidungen in dieser Tragweite“ (ebd.: min 48:17).

Die zentrale Botschaft lautet also: Wenn sich Minderjährige als trans* outen, müsse man davon ausgehen, dass sie auf diesem Weg einer psychischen Belastung ausweichen wollen, und ihre Selbstauskunft ausdrücklich anzweifeln. Neu ist diese Idee nicht. Dass Menschen, die von einer diskursiv etablierten Norm abweichen, psychisch krank seien, ist ein Diskurs, der mindestens bis ins 19. Jahrhundert zurück reicht (vgl. Foucault 1973, 1977); erst die seit 2022 gültige ICD 11 bricht mit der institutionalisierten Pathologisierung von Trans*. Die rechtskonservative Presse arbeitet jedoch weiterhin mit dem Phantasma; dort raunte man im November 2021, dass mit dem geplanten SBGG „[d]er Kinderschutz [...] zum Wohl einer vermeintlichen Selbstbestimmung und zum Leidwesen vieler psychisch angeschlagener Kinder und Jugendlicher geopfert“ (Schwarz 2021) werden solle.

Was also ist die Aufgabe des Kinderschutzes? Allgemein gesprochen ist unter Kinderschutz die „Aufgabe und Praxis, Kinder vor Gewalt, Misshandlung und Vernachlässigung zu schützen“ (Gedik/Wolff 2021: 9) zu verstehen. Wenn Ahrbeck, Felder und Beckmann im vorliegenden Podcast das mittlerweile beschlossene SBGG in Kinderschutzperspektive diskutieren, dann erkennen sie in dem Gesetz und den erweiterten Selbstbestimmungsrechten zumindest Gefährdungspotenzial – nämlich, a) dass Kinder einen unumkehrbaren Weg in eine Transition einschlagen, obwohl sie gar nicht trans* sind, sondern psychisch krank, und b) dass dabei die psychische Erkrankung unbehandelt bleibt. In dieser Logik müssten Kinder davor „geschützt“ werden, auf den Gedanken zu kommen, trans* zu sein, bspw. indem sie mit dem Thema Transgeschlechtlichkeit in Berührung kommen. Diese Position passt zu der Tendenz, dass sich Kinderschutzfragen zunehmend in Richtung „Risikokontrolle“ bewegen und mit der Anforderung „perfektionierter Weltbeherrschung“ (Gedik/Wolff 2021: 11) konfrontiert würden. Die Interessen der Kinder selbst gerieten dabei häufig aus dem Blick (vgl. ebd.: 10) – so auch in diesem Podcast. Die Moderatorin Beckmann vergleicht ein Agieren gegen die Ermöglichung von mehr – nicht vollumfänglicher! – geschlechtlicher Selbstbestimmung bei Minderjährigen mit dem Fall, dass man den Wunsch des Kindes nach Verbleib in der Familie trotz elterlichen Gewalthandelns übergehen müsse (vgl. Hänsel+Gretel Deutsche Kinderschutzstiftung 2022: min 37:53f.). Auf diese Weise insinuiert sie, dass trans* Outings und der damit verbundene Wunsch nach angemessener Adressierung im Sinne des Kinderschutzes zu übergehen seien. Felder führt diesen Gedanken konsequent fort: Kinderschutz sei, auf das trans* Outing von Kindern nicht affirmativ, sondern hinterfragend – das kann auch heißen: zersetzend – zu reagieren (vgl. ebd.: min 48:17).

Diese Auffassung von Kinderschutz ist ausgesprochen problematisch. Einer Sorge auf der Seite von Erwachsenen wird hier mehr Gewicht eingeräumt als der Selbstverlautbarung eines*einer Heranwachsenden. Ahrbeck und

Felder delegitimieren diese als Ergebnis psychopathologischer Phänomene und sozialer Ansteckung. In anderen Texten kritisieren sie den vermeintlich so überbordenden wie manipulativen Einfluss der Gender- und Queer Studies und die damit in Einklang operierende „Sexualpädagogik der Vielfalt“ (vgl. Ahrbeck/Etschenberg/Felder 2022).

Diskursiv ergibt sich so eine beträchtliche Schnittmenge zu neurechten Rhetoriken. Vermeintlicher „Kinderschutz“ steht seit Jahren auf der Agenda (neu)rechter Akteur*innen. Wie der Kinder- und Jugendpsychiater Jörg Fegert (2019) analysiert, geht es ihnen weniger um die Ausweitung eines zivilrechtlichen Kinderschutzes, sondern um die „Betonung des Schutzraums Familie mit der Hervorhebung des Elternrechts als Naturrecht“ (470) und die Vermischung legitimer Anliegen „mit einer Emotionalisierung in Richtung Staatsversagen“ (473). Die von Kindern geäußerten Anliegen spielen – wenn überhaupt – eine untergeordnete Rolle. Zugleich adressiert die Neue Rechte lange tradierte Kindheitsvorstellungen: Einerseits seien Kinder unschuldige Wesen, die von selbst niemals Fragen der Geschlechtlichkeit und Sexualität reflektieren würden; andererseits seien Kinder in ihrer Impulsivität und Unvernunft eine potenzielle Gefahr – auch für sich selbst –, die es einzuhegen gilt. Beides müsse erzieherisch bearbeitet werden, nämlich indem Kindern, zu ihrem eigenen Schutz, enge Grenzen gesetzt werden.

Trotz einiger beschwichtigender Lippenbekenntnisse befindet sich diese Podcastfolge diskursiv mitten im Fahrwasser (extrem) rechter Denk- und Argumentationsfiguren. Hinzu kommt, dass etliche der von Ahrbeck, Felder und Beckmann eingestreuten und Befürchtungen weckenden „Fakten“ auf wackeligen Beinen stehen. Selbstverständlich gibt es diagnostische Verfahren, die zum Einsatz kommen, wenn minderjährige Trans* bei Ärzt*innen vorstellig werden (vgl. Science Media Center Germany 2024). Hier wird sorgfältig untersucht, ob bei den vorstelligen Kindern und Jugendlichen grundsätzliche psychische Erkrankungen vorliegen, die es zweifelsfrei zu behandeln gilt. Was Ahrbeck und Felder jedoch nahelegen, dass es nämlich psychische Erkrankungen gäbe, deren (fälschliches) Symptom eine Geschlechtsinkongruenz wäre, das gibt es nicht (vgl. ebd.). Vielmehr ist davon auszugehen, dass Kinder und Jugendliche, die mit einem trans* Anliegen vorstellig werden, bereits sehr viel Mut und Kraft investieren mussten, um sich überhaupt zu zeigen – denn bereits sehr junge Kinder wissen um Geschlechterrollenanforderungen und dass deren Nichteinhaltung von Peers und auch Erwachsenen sanktioniert wird (vgl. u.a. Faulstich-Wieland 2008: 243).

3 Schluss: „Wege aus dem Transgenderkult“¹⁷ – Allianzen gegen Kinderschutz

Der Elternratgeber „Wege aus dem Transgenderkult“ (Bode/Duwe 2023) wurde 2023 über die Website des Vereins „Lasst Frauen sprechen e.V.“ veröffentlicht. Nach einer Prüfung durch die Bundeszentrale für Kinder- und Jugendschutz wurde er in die Liste der jugendgefährdenden Medien aufgenommen und ist seitdem nicht mehr auf der Seite des Vereins zu finden (vgl. Klein 2023).

Bei der Broschüre handelt es sich um eine ins Deutsche übertragene und stark gekürzte Variante der US-amerikanischen Publikation, die im Original unter dem Titel „Desist, Detrans, Detox: Getting your child out of the gender cult“ von Maria Keffler (2021) veröffentlicht wurde. Keffler ist Mitbegründerin der Organisation „Advocates for children“, die das Ziel hat, Kinder und Jugendliche von körperlichen und sozialen Transitionsmaßnahmen abzuhalten.¹⁸

Im Vorwort für die deutsche Variante des Ratgebers machen die Autorinnen deutlich, warum sie sich der Perspektive der Originalschrift von Transgeschlechtlichkeit als „Kult“ anschließen: „Ein Vorteil der Interpretation eines Kultes liegt darin, aufzuzeigen, wie umfassend dieses System in das Leben der Betroffenen eingreift, wie schwer es ist, ihn zu verlassen und dass es – aufgrund der negativen Konnotation des Wortes „Kult“ – keine positiven Aspekte von Transgenderismus gibt. Ebenso auch keine ‚wahren Transsexuellen‘,“ (Bode/Duwe 2023: 1).

Nicht nur wird damit die Tatsache geleugnet, dass trans* Personen existieren, gleichzeitig wird durch die prominente Betonung der Idee eines „Kults“ semantisch wie politisch an die Vorstellung einer „Genderideologie“ angeschlossen, einem Begriffskomplex, der sowohl im Kontext des christlichen Fundamentalismus als auch in der Neuen Rechten eine zentrale Rolle im

17 Die folgende Darstellung und Argumentation baut auf unseren Ausführungen und Schlussfolgerungen in Horn/Ketelhut 2024 auf.

18 Zentrale Prämissen der Organisation, die sich als christlich fundiert beschreibt, sind unter anderem die Zurückweisung der Existenz von Transgeschlechtlichkeit und die erhebliche Kritik daran, dass es (biologisch begründet) mehr als zwei Geschlechter geben kann. Entsprechend existieren in dieser Logik keine trans* Kinder und Jugendlichen, die Seite richtet ihre Angebote rund um den Begriff *gender dysphoria* aus. Ebenfalls prominent ist die Aussage, dass Verbote von Konversionsbehandlungen und -maßnahmen schädlich seien: „These bans prevent therapists and caregivers from doing anything except agreeing with a gender dysphoric person’s wrong belief that they were ‚born in the wrong body‘ and pressing them into medicalization. There should not be only one treatment permitted for every single person who suffers from gender dysphoria. Each person is an individual and should be given the care and therapy that is most appropriate for him or her, including but not limited to talk and behavioral therapies“ (Advocates Protecting Children o.J.). Diese Argumentation findet sich auch in anderen Kontexten wieder, die sich gegen das Verbot von Konversionsmaßnahmen aussprechen.

Kampf gegen die Gleichberechtigung von queeren Menschen spielt (Kemper 2024).

Zudem verweisen die Autorinnen darauf, dass es in ihren Augen kein Problem darstellt, eine aus dem fundamentalistisch-christlichen Kontext stammende Schrift weiter zu verbreiten:

„Wir sind uns bewusst, dass die Autorin Keffler aus einer christlich-konservativen Tradition kommt und nicht aus einer radikalfeministischen. Das muss sie auch nicht. Wir finden ihr Buch so wertvoll, dass wir unterschiedliche politische Haltungen zu anderen Themen nicht als Hindernis betrachten, ihr umfangreiches Wissen den verzweifelten Eltern in Deutschland zur Verfügung zu stellen.“ (ebd.: 3)

Trotz des Verweises auf „unterschiedliche politische Haltungen“ macht diese Passage deutlich, dass hier klar ein Brückenschlag zwischen zwei Sphären vollzogen wird, die sich zunächst auszuschließen scheinen. Möglich wird dies im Kern darüber, dass sowohl der christliche Fundamentalismus als auch der von Bode und Duwe in Anspruch genommene „Radikalfeminismus“ davon ausgehen, dass es nur zwei (biologische) Geschlechter geben könne, die unveränderlich seien. Anders ist es nicht möglich, die Existenz von Trans* zu negieren und in den Kontext einer „Genderideologie“ zu stellen, was gleichzeitig auch eine weitere Brücke zu rechten und rechtsextremen Kontexten ermöglicht (vgl. IDZ 2024: 47).

Insgesamt zeigt sich, dass Akteur*innen aus unterschiedlichen Diskursarenen in der Lage sind, sich über fragwürdige Konzepte („ROGD“) und durch ihre bedingte Unbestimmtheit variabel einsetzbare Begriffe („Transgenderkultur“, „Genderideologie“) semantisch und politisch in Beziehung zu setzen. Innerhalb dieses Beziehungsnetzes, das sich auch durch Brückennarrative anbahnt, erhält und erweitert, wird Kinderschutz in einer paradoxen Fassung ins Feld geführt, die mehr als fragwürdig erscheint: Anstatt trans* Kindern eine eigenlogische Entwicklung zuzugestehen, sollen diese in der Familie, die als Schutzraum imaginiert und verteidigt wird, in dieser Entwicklung behindert werden – folgt man dem, was Bode und Duwe in ihrem „Ratgeber“ vorstellen, mit Mitteln der „Schwarze[n] Pädagogik“ (Rutschky 1977), mit Manipulation, Beschämung und dem Versagen der notwendigen Unterstützung durch Fachpersonen. Es ist deshalb folgerichtig, dass in der Begründung für die Indizierung als jugendgefährdende Schrift mehrfach darauf hingewiesen wird, dass der „Ratgeber“ Konversionsgedanken propagiert.

Ausblickend erscheint es uns notwendig, den hier eingeschlagenen Weg der Analyse weiter und umfangreicher zu verfolgen, gerade hinsichtlich der Frage, wie die verschiedenen Netzwerke untereinander verbunden sind. Diese Notwendigkeit ergibt sich bereits aus der Beobachtung der aktuellen Entwicklungen, die zeigen, dass die semantische Saat aufgegangen und politische Handlungen zur Folge hat, die queere Menschen in ihren Rechten zu beschnei-

den versuchen und dafür auch vor einer ausgesprochen problematischen Umdeutung der Idee des Kinderschutzes nicht Halt machen.

Literatur

- Advocates protecting children (o.J.): Welcome to Advocates Protecting Children, Oct 27, 202. <https://www.advocatesprotectingchildren.org/post/welcome-to-advocates-protecting-children> [Zugriff: 15.05.2025].
- Ahrbeck, Bernd/Etschenberg, Karla/Felder, Marion (2022): Neo-Emancipatory Sex Education in Germany: Sexual Abuse and Gender Confusion. In: *Dignity: A Journal of Analysis of Exploitation and Violence* 7, 1, S. 1–12. <https://doi.org/10.23860/dignity.2022.07.01.02>.
- Ashley, Florence (2020): A critical commentary on ‚rapid-onset gender dysphoria‘. In: *The Sociological Review* 68, 4, S. 779–799. <https://journals.sagepub.com/doi/10.1177/0038026120934693>.
- Science Media Center Germany (Hrsg.) (2024): Transkript der SMC-Press Briefing „AWMF-Leitlinie zu Geschlechtsinkongruenz und -dysphorie im Kindes- und Jugendalter“, 20.03.2024. https://media.sciencemediacenter.de/_legacy/user_upload/Press_Briefing_Zubehoer/Transkript_Geschlechtsdysphorie_SMC-Press-Briefing_2024-03-20.pdf [Zugriff: 05.12.2024].
- Blum, Rebekka/Degen, Katrin/Degner-Mantoan, Jennifer/Rösch, Viktoria (2024): Antifeminismus. In: *Gender Glossar*. <https://www.gender-glossar.de/post/antifeminismus> [Zugriff: 15.05.2025].
- Bode, Stefanie/Duwe, Rona (2023): Wegweiser aus dem Transgenderkult. Ein Elternratgeber. <https://web.archive.org/web/20231002112815/https://lasst-frauen-sprechen.de/wp-content/uploads/2023/03/wegweiserautransgenderkult-web-0723.pdf> [Zugriff: 20.05.2025].
- CDU/CSU (2025): Politikwechsel für Deutschland. Wahlprogramm von CDU und CSU. https://www.bundestagswahl-bw.de/fileadmin/bundestagswahl-bw/2025/Parteien_und_Spitzenkandidierende/btw_2025_wahlprogramm-cdu-csu.pdf [Zugriff: 04.04.2025].
- Faulstich-Wieland, Hannelore (2008): Sozialisation und Geschlecht. In: Hurrelmann, Klaus/Grundmann, Matthias/Walper, Sabine (Hrsg.): *Handbuch Sozialisationsforschung*. 7. Aufl. Weinheim/Basel: Beltz, S. 240–253.
- Fegert, Jörg (2019): „Falsche Freunde im Kinderschutz“. In: *Zeitschrift für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie*, 47, 5, S. 469–474.
- Foucault, Michel (1973): *Die Geburt der Klinik. Eine Archäologie des ärztlichen Blicks*. München: Hanser.
- Foucault, Michel (1977): *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Gedik, Kira/Wolff, Reinhart (2021): Einleitung. In: Gedik, Kira/Wolff, Reinhart (Hrsg.): *Kinderschutz in der Demokratie – Eckpfeiler guter Fachpraxis. Ein Handbuch*. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 9–22.

- Hänsel+Gretel Deutsche Kinderschutzstiftung (o.J.): Kinderschutz Podcast. <https://haensel-gretel.de/kinderschutz-podcast> [Zugriff: 05.06.2024].
- Hänsel+Gretel Deutsche Kinderschutzstiftung (2020): Satzung der Deutsche Kinderschutzstiftung Hänsel + Gretel. https://haensel-gre-tel.de/fileadmin/Startseite/Unsere_Transparenz/Satzung_der_Deutsche_Kinderschutzstiftung_Haensel_Gretel_06_03_2020_clean.pdf [Zugriff: 05.06.2024].
- Hänsel+Gretel Deutsche Kinderschutzstiftung (2022): Kinderschutz Podcast #35. Im falschen Körper? Genderdysphorie und Kinderschutz. Kathinka Beckmann im Gespräch mit Prof. Dr. Marion Felder und Prof. Dr. Bernd Ahrbeck. <https://kinderschutzpodcast.podigee.io/41-neue-episode> [Zugriff: 02.09.2024].
- IDZ Jena (Hrsg.) (2024): Organisierte Trans*feindlichkeit: Konzepte, Akteur*innen, Narrative, Strategien und Gegenstrategien. https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publicationen/IDZ-Brosch%C3%BCre_Transfeindlichkeit.pdf [Zugriff: 16.04.2025].
- Kasprowski, David/Fischer, Mirjam/Chen, Xiao/Vries, Lisa de/Kroh, Martin/Kühne, Simon/Richter, David/Zindel, Zaza (2021): Geringere Chancen auf ein gesundes Leben für LGBTQI*-Menschen. In: DIW-Wochenbericht 6, S. 79–88.
- Keffler, Maria (2021): Desist, Detrans & Detox: Getting Your Child Out of the Gender Cult. Advocates Protecting Children: Arlington.
- Kemper, Andreas (2014): Keimzelle der Nation – Teil 2: Wie sich in Europa Parteien und Bewegungen gegen Toleranz, Vielfalt und eine progressive Geschlechter- und Familienpolitik radikalisieren. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/11163.pdf> [Zugriff: 15.05.2025].
- Kemper, Andreas (2024): Gender-Ideologie. In: Diskursatlas. Antifeminismus. <http://www.diskursatlas.de/index.php?title=Gender-Ideologie&oldid=3284> [Zugriff: 16.04.2025].
- Ketelhut, Klemens/Cubelic, Danijel (Hrsg.) (2025): Expertise zu Konversionsbehandlungen in Deutschland. Ergebnisse einer deutschlandweiten Studie im Dunkelfeld heteronormativer Gewalt. (In Vorbereitung)
- Ketelhut, Klemens/Horn, Elija (2024): Kontroversen um Trans* im pädagogischen Feld. In: Sexuologie. Zeitschrift für Sexualmedizin, Sexualtherapie und Sexualwissenschaft, 31, 1–2, S. 43-52. DOI: 10.61387/S.2024.12.6.
- Ketelhut, Klemens (2018): „Bildungsplan und Gender-Wahn“? Die Debatte um den Bildungsplan in Baden-Württemberg und ihre Folgen. In: Gunda-Werner-Institut (Hrsg.): Demokratie braucht Feminismus. <https://www.gwi-boell.de/de/2018/02/23/bildungsplan-und-gender-wahn-die-debatte-um-den-bildungsplan-baden-wuerttemberg-und-ihre> [Zugriff: 12.10.2020].
- Klein, Jeja (2023): „Wegweiser aus dem Transgenderkult“. Prüfstelle indiziert Anti-Trans-Handreichung. https://www.queer.de/detail.php?article_id=46985 [Zugriff: 16.04.2025].
- Littman, Lisa (2019): Correction: Parent reports of adolescents and young adults perceived to show signs of a rapid onset of gender dysphoria. In: PLoS one 14, 3. <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0214157> [Zugriff: 05.06.2024].
- Lodders, Frauke (2024): Gotteskinder. Spielfilm. Kinescope Film GmbH.
- Meiering, David/Dziri, Aziz/Foroutan, Naika/Teune, Simon/Lehnert, Esther/Abou Taam, Marwan (2018): Brückennarrative – Verbindende Elemente für die Radikalisierung von Gruppen. In: PRIF Report, 7, Frankfurt/M .

- Meyer, Erik/Sauer, Arn (2017): *Wie ein grünes Schaf in einer weißen Herde. Lebenssituationen und Bedarfe von jungen Trans*-Menschen in Deutschland.* Herausgegeben vom Bundesverband Trans* e.V. (BVT*). https://www.vielfalt-mediathek.de/wp-content/uploads/2022/04/Homo-Trans-und-Interfeindlichkeit_wie-ein-gruenes-schaf-in-einer-weissen-Herde.pdf [Zugriff: 07.05.2025].
- Meyer, Ilan H. (2003): Prejudice, social stress, and mental health in lesbian, gay, and bisexual populations: Conceptual issues and research evidence. In: *Psychological Bulletin*, 129, 5, S. 674–697. <https://doi.org/10.1037/0033-2909.129.5.674>.
- Netzwerk Wissenschaftsfreiheit (2021): Manifest. <https://www.netzwerk-wissenschaftsfreiheit.de/ueber-uns/manifest/> [Zugriff: 04.04.2025].
- Rauchfleisch, Udo (2018): Medizinische Einordnung von Trans*identität. <https://www.bpb.de/themen/gender-diversitaet/geschlechtliche-vielfalt-trans/245353/medizinische-einordnung-von-trans-identitaet/> [Zugriff: 04.04.2025].
- Rutschky, Katharina (1977): *Schwarze Pädagogik. Quellen zur Naturgeschichte der bürgerlichen Erziehung.* Frankfurt a. M.: Ullstein.
- Schwarz, Pauline (2021): Umoperieren von Minderjährigen. Die radikalen Pläne der Ampel-Sondierer zum Transsexuellenrecht. <https://www.tichyseinblick.de/meinungen/sondierungspapier-ampel-transsexuelle/> [Zugriff: 04.04.2025].
- Schubert, Karsten (2024): Zwei Begriffe der Wissenschaftsfreiheit. <https://www.jmwiarda.de/2024/04/03/zwei-begriffe-der-wissenschaftsfreiheit/> [Zugriff: 05.12.2024].
- Sonnefeld, Christoph/Breuer, Johannes/Piesch, Roswitha (2024): LIEBES-LEBEN-Beratung zum Schutz vor Konversionsbehandlungen. In: *BZgA Forum*, 01/24, S. 80–85. https://doi.org/10.17623/BZgA_SRH:forum_2024-1-beitrag_liebesleben-schutz-konversion.
- Timmermanns, Stefan/Graf, Niels/Merz, Simon/Stöver, Heino (2022): „Wie geht’s euch?“ Psychosoziale Gesundheit und Wohlbefinden von LSBTIQ*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Weiß, Volker (2017): *Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes.* Stuttgart: Klett-Cotta.

“Even the toughest Nazis came crying to me when they had a broken heart”. Gender-reflective perspectives on the social-pedagogical interaction with right-wing youth in the early 1990s

Lucia Bruns, Esther Lehnert

The early 1990s in Germany were shaped by a rise of right-wing, racist and antisemitic violence. Far-right youth cultures were spreading rapidly and social work practitioners were discussing this omnipresence controversially (Scherr 1992; Bohn/Fuchs/Kreft 1997). The concept of Accepting Youth Work with right-wing youth cliques, which was developed in Bremen in the late 1980s (Krafeld 1992), pushed for social pedagogical attention to right-wing youth and played a central role in the debate. Franz-Josef Krafeld (1992) developed the concept of “Accepting Youth Work” on practical experience with right-wing skin cliques as part of a project at the University of Applied Sciences in Bremen. The concept of accepting, open and outreach youth work with the target group of right-wing youths quickly developed into the most important concept in East and West Germany.

Wilhelm Heitmeyer (1987) was a central figure (with his theorem of disintegration) in the research on far-right extremism at the time, which had a direct influence on the concept of Accepting Youth Work and the connected professional debate. At that time, the education scientist Birgit Rommelspacher exposed the problem of the gender-theoretical gaps in the theorization of far-right orientation and their impact on social pedagogical practice. Further, she criticized the perpetrator-focused orientation of youth work:

Not considered are the girls, and on the other hand, the victims of the persecution [...]. By concentrating the whole effort on German youths who are ready to use violence, they are, in a certain way, being encouraged in their behaviour and upvalued in their position, which begs the question whether through this focus itself racist and sexist structures are reinforced. (Rommelspacher 1993: 206, translated from German by the authors)

Here, the focus was mainly on male and violent individuals and even though there was a one-sided view of far-right extremism as a masculine problem, there was no dedicated gender-theoretical debate on the issue (cf. Birsl 1994: 42). Also, the people who were affected by racism, antisemitism and far-right violence were barely addressed as subjects of social pedagogical practice in

the professional discourse (Rommelspacher 1993). Therefore, this article wants to explore and discuss the social pedagogical interaction with far-right youth in the 1990s.

The orientation along the concept of Accepting Youth Work will be examined, as well as the absence of gender-reflective perspectives, and the resulting consequences for the professional practice. Several quotes from problem-centred interviews with two male professionals who had formerly worked with right wing youth in Brandenburg (subsequently referred to as F1) and East-Berlin (F2) in the early 1990s will serve as empirical material. Alongside the retrospective views of the former professionals on their own work, the significance of normative gender constructions and gender-stereotypical attributions will be discussed. Of interest is how questions regarding gender and masculinity are retrospectively addressed by former professionals and what current interpretations can be reconstructed in discussions about past social pedagogical practices. Using elements from these interviews as examples, gender-reflective considerations will be explored, while also reflecting on the limitations of generalizing conclusions.

1 The professional discourse on youth work with right-wing youth

In 1992, as a response to far-right riots, Angela Merkel, who was Youth Minister at that time, initiated the *Action Program against Aggression and Violence* (Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt) (AgAG), which was scientifically monitored and documented (Bohn/Münchmeier 1997; Böhmisch/Fritz/Seifert 1997). The AgAG's aim was to counter the escalating far-right violence, while simultaneously establishing new structures of youth work in the former GDR.¹ The Accepting Youth Work with far-right youth cliques was developed from a practical research project by Franz Josef Krafeld in Bremen in the 1980s. The practical experiences of five students were analysed and systematized in a sophisticated process (cf. Krafeld 1996). As the only concept for dealing professionally with far-right youth in West Germany, it became a model for the design of the AgAG, without modifying it to address the specific conditions of East Germany.

The dominance of the accepting approach, which goes back to the work with drug addicts, was accompanied by a controversial professional debate.

1 In the GDR, these youth clubs were mainly affiliated with the respective places of work and training through the SED youth organization Free German Youth (FDJ). In addition, there were social-diaconal youth clubs operated by the churches that also engaged with subculturally influenced youths (cf. Radvan 2019).

Critical voices particularly questioned the validity of transferring a concept from the field of addiction to the phenomenon of right-wing violence. Further elements of the debate were mainly the limitations regarding ideologies of inequality, as well as scene-specific challenges (cf. Scherr 1992; Bohn/Fuchs/Kreft 1997). Thus, critical questions were not only directed at the transfer of the approach (originally developed for urban areas in West Germany) to the East German regions, which in some areas had a right-wing hegemony in their local youth culture. There were also objections to the underlying assumptions and content focus of the accepting work as such. Especially significant for the AgAG's understanding of right-wing extremism was Wilhelm Heitmeyer's Disintegration Theorem (1994) which decisively influenced the program's content orientation (Bruns 2019: 15). The criticism (from within and outside the same professional field) particularly focused on the exclusively youth-oriented perspective, which didn't perceive the phenomenon of far-right violence as an overarching societal issue and thereby depoliticized it (Weber 1999). Also outside of the professional discourse, the "state-funded skinhead grooming" (Drieschner 1993) was seen critically by some. Only a few authors in the context of the professional debate (Leiprecht 1990; Rommelspacher 1993) explicitly addressed and problematized the focus on perpetrators and the lack of gender reflection. Holzkamp and Rommelspacher (1991) argued extensively that right-wing extremism is not only a masculine phenomenon. They explicitly pointed out the imagined white female supremacy as a motivational factor for women entering the violent-sexist scene, which was supposed to help overwrite previous experiences of devaluation. Gertrud Siller (1993) and Ursula Birsl (1994) addressed even further analytical gaps in the professional discourse.

In the concrete design of the AgAG, female youth were explicitly named as a target group (cf. Behn 1995). Elke Lutzebäck, Gisela Schaar and Carola Storm (1995) also described the role of girls in far-right youth groups. However, a comprehensive gender-reflective examination that also looks at the AgAG from a masculinity-theoretical perspective could not be found in these years. Andrea Pingel and Peter Rieker (2002) pointed out that the consideration of gender roles should be reflected in conceptual frameworks for working with far-right youth, as they would have an influence on how the target group views and experiences the world around them. Michaela Köttig (2004) was the first to focus on far-right girls in empirical research and interviewed them about their biographies and experiences in a far-right youth clique. Claus et al. (2010) focused on far-right masculinities, and in addition two anthologies (Amadeu Antonio Stiftung/Radvan 2013; Hechler/Stuve 2015) explicitly addressed a gender-reflective prevention of right-wing extremism and pedagogy, while Lehnert and Radvan (2016) examined (amongst other things) the phenomenon of far-right female professionals in pedagogical settings. Following the critical discourse on accepting work, Krafeld (2000) developed the approach of

justice-oriented youth work from the preceding concept. Today, conceptions rarely explicitly refer to Accepting Youth Work, but the premises and explanatory approaches that were defining for this approach can still be found in pedagogical work (cf. Stützel 2013: 227).

2 Methodological remarks and empirical data

In our research project “Youth work, police and right-wing youth” (Bock et al. 2023) we conducted guided, problem-centred expert interviews (Witzel 2000) and subsequently interpreted them using qualitative content analysis following Uwe Kuckartz’s approach (2018). The interview guideline primarily addressed questions regarding the target group, the methods and concepts orienting the everyday professional conduct, as well as challenges in the work. The guideline was provided to the interviewees in advance. If the interviewees did not mention female clients themselves, they were explicitly asked about the presence of girls. The examined youth clubs were facilities for open children and youth work in Berlin and Brandenburg which were funded through the AgAG. The professionals from East-Berlin and Brandenburg we interviewed, whose statements are especially referred to in our article, also mentioned that they worked in an accepting way with far-right youths. The existence of other concepts or own conceptions for the examined youth clubs cannot be assumed, even upon request no other concepts could be presented to us.

For research-ethical reasons of anonymization, we consciously abstained from a detailed description of the examined youth clubs and of the interviewed professionals. We made this decision, because we didn’t want to attribute their (non-)actions to a monocausal relationship with the emergence or consolidation of far-right scenes. Therefore, it is important to incorporate the historical context and the former professional discourse into the interpretation.

The establishment of the youth clubs that were funded through the AgAG was connected to significant pressure to act as their formation occurred during the time of a complex transformational phase characterized by new orientations, unpredictabilities, and daily experiences of devaluation (cf. Mau 2019). Thus, it was crucial for social pedagogy to find a way of dealing with the extreme right-wing and violent behaviour of the young people at all. In the whole process of reconstruction, West German dominance became apparent, since the youth welfare structures of the AgAG were supposed to be built solely following the ‘West German’ model. A limited time frame and lack of expertise² were also challenges the employees had to deal with. While interpreting the

2 Only 29-40% of the employees in the AgAG had social pedagogical training (Buderus 1998: 45).

interviews, it is important to have in mind that the relevance of the category of gender in the far-right was only beginning to be discussed in the professional discourse in the early 1990s – and therefore parallel to the period of social work the interviewees later described in the interviews. We are aware of the fact that gender-reflective perspectives had little dissemination in the examined youth work institutions and could hardly do so due to the research status at that time.³ Also racism and anti-Semitism-critical perspectives were barely represented in the context of social pedagogical practice of the time.⁴

The professional practice that is at the centre of our examination took place over 30 years ago. Under consideration of current perspectives, the question needs to be asked, how the relevance of the category of gender is constructed in today's social pedagogical practice with far-right youth and to what extent the look back of the interviewed professionals includes reflexive moments.

3 Insights into our research findings

In the following, we will use examples from our material to work out possible consequences of the lack of gender-reflective perspectives and discuss these in terms of masculinity theory. These effects can be illustrated below using the example of a narrative passage from a professional about a social pedagogical situation he experienced. It is part of an interview we conducted with a former male professional from a municipal youth club (funded by AgAG) in the federal state of Brandenburg. We had sent our guidelines to the interviewee in advance. The professional therefore knew that we were also interested in questions about the role and relevance of girls for the professional work in the youth club.

Regardless of this, the professional repeatedly talks about “the young people” without any reference to (their) gender. Against the background of our research interest and also following our impression that these “young people” are male, we ask again and explicitly about the presence of girls. The question is preceded by a description of an experiential pedagogical program, in which the professional again reports on “the young people”. When asked back, he reports that at least a third of the participants in the experiential education program were girls. Quite abruptly, the professional says that the girls in the groups didn't get along well with each other and contributed to the violence

3 Although girls were named as a target group in the AgAG program and further training was offered in the context of the program supervision (Behn 1995), we – also based on our extensive empirical material – find that gender-reflexive perspectives were marginalized in practice. This was also noted by Heike Radvan (Radvan 2023).

4 For the changes in the professional discourse along the perspective of a diversity-conscious social pedagogy, cf. Leiprecht 2008.

that the social worker observed within the group as a whole. The quotes are part of a description of what the girls do in the youth club and how they generally behave. He explains:

The girls courted the boys and wanted the strong one or I don't know what- or girls often gave the impetus for serious- very serious bodily harm, so I often experienced that. And with the right-wing youths in the youth club [...], it was sometimes [...] that I didn't understand why women do that or why young women do that and old women do that, why they keep going to violent offenders, why they humiliate themselves so much. [...] (F1 2021: 428).

There is a lack of understanding as to why right-wing girls and women deliberately enter relationships with violent boys and men. The behaviour of the teenage girls mainly triggers reactions of incomprehension from the male professional. The choice of words and the way in which the girls' behaviour is portrayed suggests that they have 'voluntarily' humiliated themselves. This is not only implied, but also explicitly formulated in the following sentence by the professional: "*They are not even asked to humiliate themselves. They do it themselves.*" (ibid.: 428).

In addition to an obvious irritation, a certain dislike and antipathy towards the girls and their behaviour is also evident. Almost casually, the professional mentions a scene from the youth club in which a humiliating and violent situation involving female visitors becomes apparent. Thus, he seems to be wanting to illustrate his lack of understanding of the young women's behaviour. We cite this literally as to make it clearer: "*I've experienced parties where two women in the back were ready to orally satisfy everyone with [sighs], what do you call it – fellatio [...]. They were parked there. And that was – well, it made you sick.*" (ibid.: 428). The professional seems to assume that the two young women (in his opinion) voluntarily humiliated themselves by allowing the young men to perform public sexual acts in the club. He remembers this situation, which he obviously observed himself and which must be interpreted as a description of sexualized violence. We do not know whether these female visitors were minors, but we think it possible based on the entire interview and the photos the professional showed us. The professional articulates his disgust towards the observed situation and the girls' behaviour ("so it made you sick"), but without assessing it from a professional pedagogical perspective. He does not address the dynamics of violent and abusive relationship constellations. There is no reflection – following Bourdieu – on the fact that the young women's behaviour "[...] is not based on the voluntary decision of an enlightened consciousness, but on the immediate and pre-reflective subjugation of socialized bodies" (Bourdieu 1997: 165)

Further gender-analytical interpretations can be made on the basis of the situation described which illustrate the consequences of the lack of inclusion of gender-reflective perspectives on the social pedagogical actions of the professional. When it comes to statements concerning the young women, there seems to be no consideration of far-right lifeworlds, where the female body is

perceived in a misogynistic and sexualized way, altogether.⁵ When looking at the violent scene depicted based on a social-psychological theorization according to Rolf Pohl, it becomes clear that this might be a collective form of female degradation and an extreme form of making the feminine available (Pohl 2003: 162). The depicted overemphasis of male heterosexuality (which is publicly staged and exhibited in the youth club) becomes vivid through this scene and must be understood as a constitutive element of hegemonic normal masculinity. Following Pohl, the open degradation, objectification and violence towards the female visitors appears as a consequence of a fragile and threatened masculinity, which is to be 'healed' through the illusory control over the female body and female sexuality (Pohl 2003: 174). For the professional, the women's behavior seems to repel and contradict all his own ethical and moral ideas of femininity. At the same time, the effects of this situation on the youth club, the young men involved and the visitors present remain unspoken. An active naming of the male adolescents as perpetrators and an assessment of their behaviour as violent has obviously not taken place; it is also not addressed as such in the current memory and retrospective view of the professional.

The interview sequence shows that the lack of active inclusion of the category of gender in professional action results in the invisibilization and non-addressing of girls and women. When talking about girls and adolescent women (as reported, this only happens when we ask directly) who visit the youth club, the professional presents an interpretation that follows a one-sided attribution of blame. The girls' and women's behavior is devalued and they are held responsible for the humiliation and violence they have experienced. In terms of masculinity theories, it can be interpreted that women in the youth club, which can be described as a male homosocial space, functioned as spectators and mirrors (Bourdieu 1997: 203); they were apparently tolerated while sexually available. In the role of spectators, women took on a passive and at the same time not unimportant function, as their exclusion and devaluation enabled male homo-social communalization practices. Following Connell the youth club can be understood as a male homosocial space, which also reveals the double relationality of hegemonic masculinity: The male youths not only possess hegemony over the female visitors, but also over subordinate or marginalized masculinities (Connell 1999: 101).

To illustrate male communalization with the inherent devaluation of femininity, let's take a brief look at another interview passage. We conducted this interview with a former professional from East-Berlin (Lichtenberg), who also spoke about his social pedagogical practice in an AgAG funded youth club. When asked about his practice, the former professional from Berlin said:

5 This is illustrated, for example, in studies that deal with gender images in right-wing rock song lyrics and emphasize the dominance of sexist stereotypes. For example, Brasch et al. refer to the study by Kirsten Döring and Renate Feldmann and state that women as submissive sexual objects are a recurring image of women (Brasch et al 2019: 305).

(...) That means, you accept him [the youth], you address all of his problems, and you make an effort that he has fun in this club and with the activities we prepared, you know, that's the first thing. Secondly, you are willing to make yourself available as a trash can for all that they experience, gone through [sic]. So even the toughest Nazis came crying to me when they had a broken heart, just because the lady somehow swapped this strong protector. (F2 2021: 115)

In retrospect, the central task is recalled as offering an attractive leisure activity and direct dealing with everyday problems. According to the narration, male right-wing youth (even the “toughest Nazis”) would also very emotionally (and therefore, following traditional gender notions, “unmanly”) turn to the youth worker and seek a relationship with him. In the statement “just because the lady somehow swapped this strong protector” both, the expression of emotion (“came crying”), as well as the act of turning to someone, and therefore also the supportive relationship with the professional, are somehow being trivialized and devalued (“trash can”). This scene is not considered (not even retrospectively) as an invitation to discuss topics such as love, sexuality, loss, or grief. This is surprising insofar as the professional describes relationship work as his main goal. This high value is also documented in the statement about being regarded as a father figure by many youths (ibid.: 101). The opportunity to develop a sustainable relationship remains unused in this situation – the youths’ problems seem to be ridiculed instead. This reaction can be interpreted as a sign of the professional’s own overextension (which may have only been perceived retrospectively), which is also evident in the negative self-designation by the professional as a “trash can”.

The quote also reveals internalized masculinity demands of the professional. With a certain amount of pride, the professional reports that even the “toughest Nazis” confided in him as a father figure. At the same time, there is a devaluation and depersonalization of women (referred to as “the lady”). A female perspective on the end of a relationship and the potential role of violent relationship dynamics remain unmentioned in the memory, which is particularly problematic in the context of the far-right. In our interpretation, the male youth functions as a strong protector, reproducing traditional gender roles also found in the construction of the far-right “Volksgemeinschaft” (engl. “peoples community”, a far-right ideological concept of a ‘pure’ society) (cf. Lehnert 2010).

4 Conclusion: The lack of Gender-reflective perspectives

The research results presented here are based on two interviews with former youth social workers. At this point, it is crucial to mark the limitations of generalizing statements. On the basis of our own material, we cannot determine

how situations in other youth clubs working with far-right youth would have been handled at that time. However, it is possible to formulate considerations about the impact the absence of gender-reflective perspectives within the social pedagogical practice with far-right youth can have. Since relationship building is crucial to the concept of accepting youth work, we consider it a problem that in our material, only very few memories reveal instances where the youths displayed obvious boundary-transgressing behaviour. Differing from the concept of Accepting Youth Work, these moments are not being retrospectively addressed as challenges for the professional practice and the implementation of relationship work.

It should be remembered that in working with far-right youths, whose experience of life constitutively includes violence and rule-violation, the exclusion of boundary transgressions from relationship building has an even greater relevance. This raises the question, to what extent this lack of addressing boundaries and boundary transgressions is subject to gendered logics, markers and sanctions. When examining boundary violations from the perspective of critical masculinity research, it becomes apparent that the transgression of boundaries is inherent in constructions of masculinity. This entails the devaluation of women and everything associated with femininity. Women primarily function as mirrors for the construction of masculinity. The image of “the female spectator” (Bourdieu 1997: 203) is also found in the professional’s narrative about female visitors, who are not equally seen as youths, who have a political interest or are even political actors, but rather – as often in the context of the far-right – as (girl-)friends of the male visitors (cf. F2 2021: 43). At the same time, it becomes clear that the memories about the youths are shaped by normative ideas of gender and masculinity (‘the lady’ vs. ‘the strong protector’ (cf. *ibid.*: 115)). As in almost all interviews we conducted with former professionals⁶ we examined that the significance of the category of gender for their work is only articulated upon direct inquiry. It becomes apparent, that in the professionals’ statements about the young visitors, they are implicitly assumed to be male individuals, although this is not addressed in the target group description. In the professionals’ memory, the youth club is an implicit male space. This results in the invisibility or non-addressing of girls and women, meaning that the youth club can enable and even support male homo-social community practices. When no engagement with gender-reflective understandings and approaches takes place, when gender-stereotypical attributions will be performed unquestioned, it is plausible that the boundary-transgressions of male youths underly a naturalization. The image of the adolescent male, who ‘runs riot’ and ‘tests his boundaries’ belongs to the typical attributions of adolescent men and are particularly potent in the context of right-wing

6 We primarily spoke with men, although there have also been female professionals in that field. Unfortunately, the few women whose contact information we could ascertain did not respond to our request or were not available for an interview.

extremism. The lack of addressing the category of gender and the resulting reinforcement of masculinity requirements relating to identity in professional practice can thereby have a gender-codifying effect. This contrasts with more recent gender-reflective approaches in working with far-right youth (cf. Fachstelle Gender und Rechtsextremismus 2012). Conceptions of hegemonic masculinities in the far-right, such as the image of the soldier-like man, are not deconstructed but instead receive strong reinforcement. Based on our material, it can be stated, that this does not lead to a limitation, but rather to a consolidation and strengthening of the far-right and far-right ideological fragments.

References

- Amadeu Antonio Stiftung/Radvan, Heike (2013): Gender und Rechtsextremismusprävention. Berlin: Metropol.
- Behn, Sabine (1995): Mädchenarbeit und geschlechtsspezifische Arbeit im Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt. In: Engel, Monika/Menke, Barbara (Hrsg.): Weibliche Lebenswelten – gewaltlos? Analysen und Praxisbeiträge für die Mädchen- und Frauenarbeit im Bereich Rechtsextremismus, Rassismus, Gewalt. Münster: Agenda, S. 163–169.
- Birsl, Ursula (1994): Rechtsextremismus: weiblich-männlich? Rechtsextremistische Orientierungen im Geschlechtervergleich. In: Zeitschrift für Frauenforschung 12, 1–2, S. 42–63.
- Bock, Vero/Bruns, Lucia/Jänicke, Christin/Kopke, Christoph/Lehnert, Esther/Mildenberger, Helene (2023): Jugendarbeit, Polizei und rechte Jugendlichen in den 1990er Jahren. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Böhnisch, Lothar/Fritz, Karsten/Seifert, Thomas (1997): Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt. Die wissenschaftliche Begleitung. Ergebnisse und Perspektiven, Band 2. Münster: Votum.
- Bohn, Irina/Münchmeier, Richard (1997): Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt. Dokumentation des Modellprojektes, Band 1. Münster: Votum.
- Bohn, Irina/Fuchs, Jürgen/Kreft, Dieter (1997): Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt. Materialsammlung aus der öffentlichen Diskussion, Band 2. Münster: Votum.
- Bourdieu, Pierre (1997): Die männliche Herrschaft. In: Dölling, Irene/Krais, Beate (Hrsg.): Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktionen in der sozialen Praxis. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 153–217.
- Brasch, Sonja/Büttner, Frauke/Reich, Jana/Sigl, Johanna (2019): Frauenbilder-Männerbilder. Gender im Rechtsrock am Beispiel Brandenburg. In: Botsch, Gideon/Raabe, Jan/Schulze, Christoph (Hrsg.): Rechtsrock. Aufstieg und Wandel neonazistischer Jugendkultur am Beispiel Brandenburg. Berlin: Be.bra Wissenschaft Verlag, S. 301–320.
- Bruns, Lucia (2019): Die akzeptierende Jugendarbeit und der NSU-Komplex. Reihe Differenzverhältnisse – Schriftenreihe des Center for Migration, Education and

- Cultural Studies an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Oldenburg: BIS.
- Buderus, Andreas (1998): Fünf Jahre Glatzenpflege auf Staatskosten. Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik. Bonn: Pahl-Rugenstein Verlag.
- Claus, Robert/Lehnert, Esther/Müller, Yves (2010): „Was ein rechter Mann ist“. Männlichkeiten im Rechtsextremismus. Bonn: Dietz.
- Connell, Robert W. (1999): Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten. Opladen: Leske+Budrich.
- Drieschner, Frank (1993): Glatzenpflege auf Staatskosten. www.zeit.de/1993/33/glatzenpflege-auf-staatskosten [Zugriff: 30.08.2022].
- Fachstelle Gender und Rechtsextremismus (2012): Eine Stellungnahme der Fachstelle „Gender und Rechtsextremismus“ der Amadeu Antonio Stiftung. www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2019/01/stellungnahme-ak-geschlechterreflektierende-rechtsextremismuspraevention-06_2013.pdf [Zugriff: 21.03.2024].
- Hechler, Andreas/Stuve, Olaf (Hrsg.) (2015): Geschlechterreflektierte Pädagogik gegen Rechts. Opladen, Berlin, Toronto: Barbara Budrich.
- Heitmeyer, Wilhelm (1987): Rechtsextreme Orientierungen bei Jugendlichen. Weinheim und München: Juventa.
- Heitmeyer, Wilhelm (1994): Das Desintegrations-Theorem. Ein Erklärungsansatz zu fremdenfeindlich motivierter rechtsextremer Gewalt und zur Lähmung gesellschaftlicher Institutionen. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Das Gewalt-Dilemma. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 29–72.
- Holzkamp, Christine/Rommelspacher, Birgit (1991): Frauen und Rechtsextremismus. In: Päd. Extra & Demokratische Erziehung 1, S. 33–39.
- Köttig, Michaela (2004): Lebensgeschichten rechtsextrem orientierter Mädchen und junger Frauen. Biographische Verläufe im Kontext der Familien- und Gruppendynamik. Gießen: Psychosozial.
- Krafeld, Franz Josef (1992): Grundsätze einer akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendliquen. In: Scherr, Albert (Hrsg.): Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen. Bielefeld: KT, S. 37–45.
- Krafeld, Franz Josef (1996): Konzeptionelle Überlegungen für die Arbeit mit Cliques. In: Deinert, Ulrich/Sturzenhecker, Benedikt (Hrsg.): Konzepte entwickeln. Weinheim und München: Juventa, S. 35–42.
- Krafeld, Franz Josef (2000): Von der akzeptierenden Jugendarbeit zu einer gerechtigkeitsorientierten Jugendarbeit. In: Deutsche Jugend 48, 6, S. 266–268.
- Kuckartz, Udo (2018): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Lehnert, Esther (2010): „Angriff auf Gender Mainstreaming und Homo-Lobby“- der moderne Rechtsextremismus und seine nationalsozialistischen Bezüge am Beispiel der Geschlechterordnung. In: Claus, Robert/Lehnert, Esther/Müller, Yves (Hrsg.): „Was ein rechter Mann ist“. Männlichkeiten im Rechtsextremismus. Bonn: Dietz, S. 89–99.
- Lehnert, Esther/Radvan, Heike (2016): Rechtsextreme Frauen. Analysen und Handlungsempfehlungen für Soziale Arbeit und Pädagogik. Opladen, Berlin, Toronto: Barbara Budrich.

- Leiprecht, Rudolf (1990): „Da baut sich ja in uns ein Haß auf“ – Zur subjektiven Funktionalität von Rassismus und Ethnozentrismus bei abhängig Beschäftigten Jugendlichen – eine empirische Untersuchung. Hamburg, Berlin: Argument.
- Leiprecht, Rudolf (2008): Eine diversitätswusste und subjektorientierte Sozialpädagogik: Begriffe und Konzepte einer sich wandelnden Disziplin. In: Neue Praxis, 38 S. 427–439.
- Lutzebäck, Elke/Schaar, Gisela/Storm, Carola (1995): Mädchen in rechten Jugendcliquen. In: Behn, Sabine/Heitmann, Helmut/Voß, Stephan (Hrsg.): Jungen, Mädchen und Gewalt – ein Thema für die geschlechtsspezifische Jugendarbeit?! IFFJ Schriften, Band 8. Berlin: IFFJ, S. 153–161.
- Mau, Stefan (2019): Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
- Pingel, Andrea/Rieker, Peter (2002): Pädagogik mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Ansätze und Erfahrungen in der Jugendarbeit. Leipzig: Deutsches Jugendinstitut.
- Pohl, Rolf (2003): Paranoide Kampfhaltung. Über Fremdenhass und Gewaltbereitschaft bei männlichen Jugendlichen. In: Koher, Frauke/Pühl, Katharina (Hrsg.): Gewalt und Geschlecht. Wiesbaden: Springer VS Verlag, S. 161–186.
- Radvan, Heike (2019): DDR-Geschichte und Ostsozialisation in der Sozialen Arbeit. Ein Kommentar. In: Blätter der Wohlfahrtspflege, 166, 5, S. 183–185.
- Radvan, Heike (2023): Perspektiven auf die Wahrnehmung extrem rechter Frauen in Forschung und Praxis der 1990er Jahre. Ein Plädoyer für die Differenzkategorie Ost/West und Intersektionen. In: Bock, Vera/Bruns, Lucia/Jänicke, Christin/Kopke, Christoph/Lehnert, Esther/Mildenberger, Helene (Hrsg.): Jugendarbeit, Polizei und rechte Jugendliche in den 1990er Jahren. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 88–96.
- Rommelspacher, Birgit (1993): Männliche Gewalt und gesellschaftliche Dominanz. In: Otto, Hans-Uwe/Merten, Roland (Hrsg.): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Opladen und Bonn: Leske + Budrich, S. 200–210.
- Scherr, Albert (1992): Gegen „Leggewisierung“ und „Heitmeyerei“ im Antifaschismus? Antikritisches zur Debatte um eine Pädagogik mit rechtsorientierten Jugendlichen. In: Scherr, Albert (Hrsg.): Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen. Bielefeld: KT, S. 17–36.
- Siller, Gertrud (1993): Das Verhältnis von Frauen und Rechtsextremismus und Gewalt. Theoretische Vorüberlegungen für eine weiterführende Analyse. In: Otto, Hans-Uwe/Merten, Roland (Hrsg.): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Opladen und Bonn: Leske + Budrich, S. 219–226.
- Stützel, Kevin (2013): Männlich, gewaltbereit, desintegriert. Eine geschlechterreflektierende Analyse der akzeptierenden Jugendarbeit in den neuen Bundesländern. In: Amadeu Antonio Stiftung/Radvan, Heike (Hrsg.): Gender und Rechtsextremismusprävention. Berlin: Metropol, S. 211–230.
- Weber, Ilona (1999): Chancen und Grenzen des „akzeptierenden Ansatzes“ in der Jugendarbeit. In: Zentrum Demokratische Kultur Berlin (Hrsg.): Keine Akzeptanz von Intoleranz. Grenzen der akzeptierenden Jugendsozialarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen. Schriftenreihe des Zentrums Demokratische Kultur. Berlin, S. 13–18.

Witzel, Andreas (2000): Das problemzentrierte Interview. In: Forum qualitative Sozialforschung. www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1132/2519 [Zugriff: 01.03.2025].

Interviews

F1: Interview professional 1, Brandenburg 2021

F2: Interview professional 2, Berlin 2021

Sonderzeichen? Nein danke! – Wie Genderstern & Co aus der Schule verbannt wurden. Eine Analyse von Delegitimierungsstrategien

Thea Stolle

1 Einleitung

Ihre Nutzung innerhalb von Wörtern beeinträchtigt [...] die Verständlichkeit, Vorlesbarkeit und automatische Übersetzbarkeit sowie vielfach auch die Eindeutigkeit und Rechtssicherheit von Begriffen und Texten. Deshalb können diese Zeichen zum jetzigen Zeitpunkt nicht in das Amtliche Regelwerk aufgenommen werden. (RfdR 2021: 2)

Der Rat für deutsche Rechtschreibung (RfdR) ist ein zwischenstaatliches Gremium im Auftrag der deutschsprachigen Länder und laut den Angaben auf seiner Internetseite die „maßgebende Instanz für die deutsche Rechtschreibung“ (RfdR o.J.). Zu seinen Aufgaben zählen die Beobachtung des Schreibgebrauchs und die Weiterentwicklung der deutschen Rechtschreibung, z.B. durch wissenschaftlich begründete Vorschläge zur Anpassung des amtlichen Regelwerks an den Sprachwandel (vgl. RfdR 2021). Wie Ulrike Lembke feststellt, besitzt er allerdings keinerlei Regelungskompetenz: „Das ‚amtliche Regelwerk‘ wird nur durch Beschluss der KMK und Länder für die Schulen sowie durch Beschluss der Bundesregierung für die Bundesverwaltung verbindlich“ (Lembke 2023).

Dennoch zeigen seine Veröffentlichungen zum Thema geschlechtergerechte Sprache große Wirkung. Immer wieder wird auf diese Bezug genommen, Formulierungen übernommen und auf die vermeintliche Autorität des Rates verwiesen, wenn politische Gremien beschließen, dass fortan das Gendern mit Sonderzeichen zu unterlassen sei – so zuletzt die hessische Landesregierung in ihrer Dienstanweisung an die Ministerien und Landesverwaltung (vgl. Peters 2024). Zuvor hatte schon das hessische Kultusministerium erklärt, die Sonderzeichen würden in schulischen Abschlussprüfungen als Fehler gewertet (vgl. Maier 2024). Auch in Bayern und Sachsen-Anhalt wurden für den Schulkontext bereits ähnliche Entscheidungen getroffen (vgl. ZDF heute 2024). Sachsen und Schleswig-Holstein waren 2021 die ersten Bundesländer, deren Bildungsministerien mit Verweis auf eine zuvor erschienene Pressemitteilung des RfdR das Gendern an Schulen stark einschränkten.

Im Rahmen dieses Beitrages zeige ich anhand der Pressemitteilung des Rfdr, eines Erlasses des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein (MBWK) und eines Schreibens des sächsischen Kultusministeriums an die Schulleitungen, wie das Gendern mit Sonderzeichen im Schulkontext diskursiv delegitiert wurde.

Der Beitrag beginnt mit linguistischen Vorbetrachtungen, welche an einigen Beispielen verdeutlichen, wie vergeschlechtlichte Strukturen durch Sprachhandeln hergestellt werden und sich im Sprachsystem widerspiegeln (Kapitel 2.1). Dabei werden auch verschiedene Strategien gendersensibler Sprache mit ihren Möglichkeiten und Grenzen in den Blick genommen (Kapitel 2.2). Die anschließende Beschreibung von Korpus, methodischen Grundlagen und konkretem Vorgehen bei der Diskursanalyse soll nachvollziehbar machen, auf welche Weise die Ergebnisse gewonnen wurden (Kapitel 3). Die Darstellung dieser erfolgt in Kapitel 4. Der Beitrag schließt mit einer kurzen Diskussion und einem Ausblick auf mögliche Anschlussforschung (Kapitel 5).

2 Geschlecht und Sprache

2.1 Linguistische Perspektiven

Die Auseinandersetzung mit sprachlichen Strukturen, die vergeschlechtlichte Wirklichkeit nicht nur widerspiegeln, sondern auch herstellen, ist nicht neu: Zu Beginn der 1970er-Jahre entstanden in den USA erste Studien zum Zusammenhang von Sprache und Patriarchat, welche die feministische Sprachkritik im deutschen Sprachraum inspirierten. Untersucht und kritisiert wurden nicht nur Formen diskriminierenden Sprachgebrauchs, sondern auch geschlechtsbezogene Asymmetrien im Bereich der Morphologie (Wortbildung), Lexik (Wortschatz) und Semantik (Bedeutung) (vgl. Diewald/Nübling 2022: 7; Kotthoff/Nübling 2018: 17f.; Pusch 1987: 5f.). Auf diese Weise wurde verdeutlicht, wie auch das Sprachsystem das Männliche als historisch verankerte Norm widerspiegelt. Diese Beobachtungen und entsprechende Lösungsvorschläge wurden von Beginn an bis heute (nicht nur im Fachkontext) kontrovers diskutiert. Im Folgenden sollen einige Kernpunkte der sprachwissenschaftlichen Debatte aufgezeigt werden.

So wie in der öffentlichen Debatte und dem Diskurs innerhalb der Gender Studies ist der Terminus Geschlecht auch aus linguistischer Perspektive uneindeutig und kann sich auf unterschiedliche Aspekte beziehen. Zu *Sexus* (als vermeintlich biologischer Eigenschaft) und *Gender* (als diskursiv hergestellter sozialer Kategorie) kommen die grammatische Kategorie *Genus* (die anzeigt, welche Form die Begleitwörter der Substantive annehmen müssen), sowie die

semantische Ebene bestimmter Wörter, die geschlechtsbezogene Bedeutungsmerkmale aufweisen. So enthalten *Bruder* und *Hengst* beide das semantische Merkmal „männlich“, *Schwester* und *Stute* dagegen „weiblich“ als festen Bestandteil ihrer Wortbedeutung — auch unabhängig vom grammatischen Geschlecht (Genus) wie z.B. bei *das Mädchen*.

Grundsätzlich wird im Deutschen jedem Substantiv eines von drei Genera (Maskulinum, Femininum, Neutrum) als grammatische Eigenschaft zugeordnet, ohne dass damit per se eine geschlechtliche Bedeutung verknüpft wäre, wie bei der Bezeichnung von Gegenständen gut zu beobachten ist: *der Löffel, die Gabel, das Messer* (vgl. Diewald/Nübling 2022: 5f.). Bei Lebewesen und besonders Personenbezeichnungen wird aber schnell deutlich, dass ein Zusammenhang zwischen Genus und dem vermeintlich natürlichen Geschlecht besteht, welcher unter der Bezeichnung Genus-Sexus-Kongruenz verhandelt wird und von vielen Studien belegt wurde (vgl. Braun et al. 1998; Gygax et al. 2008; Verweken et al. 2013).

Dort, wo das grammatische Geschlecht eines Wortes nicht mit den zugeschriebenen geschlechtlichen Eigenschaften des Bezeichneten übereinstimmt (z.B. *das Mädchen, das Fräulein, das Weib*), ist von Genus-Sexus-Diskordanz die Rede (vgl. ebd.). Diese Art von Genus-Verschiebung folgt bestimmten patriarchalen Mustern – meist im Zusammenhang mit Abwertung aufgrund nicht erfüllter sozialer Rollen oder Geschlechterstereotype (vgl. Lobin 2021: 47; Diewald/Nübling 2022: 6; Lind 2022: 640). Bezeichnungen, die sich auf weibliche Personen beziehen, stehen dann im Neutrum, wenn sie sich auf (sozial) „unfertige“ Individuen beziehen (*das Mädchen, das Fräulein*). Bei erwachsenen Frauen ist das Genus Neutrum nahezu ausnahmslos mit Sexualisierung und/oder Diskreditierung verbunden: *das Luder, das Pin-Up, das Weibsbild, das Frauenzimmer, das Merkel*. Umgekehrt werden auch Männer „feminisiert“, die den zugeschriebenen Genderrollen nicht gerecht werden und sich vermeintlich „unmännlich“ verhalten (z.B. *die Memme, die Lusche, die Schwuchtel/Tunte/Tucke*) (vgl. Lind 2022: 640; Diewald/Nübling 2022: 6).

Unter Generischem Maskulinum (GM) wird die Auffassung verstanden, dass grammatische Maskulina als unmarkierte Formen semantisch nicht geschlechtsspezifisch seien. Sie seien sprachsystematisch so angelegt, dass sie nicht nur als semantisch spezifisch maskuline Formen auftreten können, sondern auch als eine Art Oberbegriff für Personen(gruppen), deren Geschlecht gemischt, unbekannt oder irrelevant ist (vgl. Eisenberg 2022: 34f.; Kotthoff/Nübling 2018: 11; Kotthoff 2020: 7).

Allerdings hat sich die Grammatik (und die geschlechtsübergreifende Bedeutung des GM) mit den historischen Begebenheiten entwickelt und ist keinesfalls natürlich gegeben oder präskriptiv (vgl. Müller-Spitzer 2022: 23ff.). Außerdem wurde durch Studien vielfach belegt, dass die Nutzung des GM männliche Assoziationen hervorruft und nicht geschlechtsneutral interpretiert wird. Die Wirkung des GM auf die mentale Repräsentation ist von Beginn an

ein zentraler Kritikpunkt der feministischen Linguistik gewesen. Psycho- und kognitionslinguistische Experimente in verschiedenen Studien (z.B. Gygax et al. 2008 und Kusterle 2011) zeigen, dass bei generisch gemeinten Maskulina durchgängig zuerst männliche Personen assoziiert werden – auch wenn diese mit weiblich assoziierten Geschlechtsstereotypen kombiniert werden (vgl. AG Feministisch Sprachhandeln 2014/2015: 45). Das grammatische Geschlecht überlagert also sogar stereotype Berufsvorstellungen (vgl. Müller-Spitzer 2022: 25).

Um der Idee von geschlechtsübergreifenden Personenreferenzen bzw. dem Anliegen der mentalen Repräsentation verschiedener Geschlechter näher zu kommen, wurden in den letzten Jahrzehnten verschiedene Sprachformen entwickelt, erprobt und kontrovers diskutiert. Solche Strategien werden unter dem Topos geschlechtergerechter Sprache oder verwandten Konzepten wie gendersensibler Sprache verhandelt, von denen einige im folgenden Abschnitt beleuchtet werden.

2.2 Strategien gendersensibler Sprache

Neutralisierung

Hirschauer (2001) geht mit seinem Konzept des *undoing gender* davon aus, dass Geschlecht, welches durch soziale Praktiken erst erzeugt wird, durch das Unterlassen bestimmter differenzierender Handlungen auch neutralisiert werden kann (vgl. Diwald/Nübling 2022: 18). Für diese Neutralisierung bzw. Irrelevantsetzung von Geschlecht (unterschieden als soziale Ordnungskategorie) sollen in der sprachlichen Kommunikation alle Hinweise auf Geschlecht beseitigt werden, indem bei Personenreferenzen auf jegliche semantische und morphologische Geschlechtsmarker verzichtet wird (vgl. ebd.: 19). Die dafür infragekommenden sprachlichen Mittel können in *Benennungen auf Wortebene* und *Umschreibungen* unterschieden werden. Zur ersten Gruppe gehören beispielsweise substantivierte Partizipien und Adjektive (z.B. *Studierende, Angestellte, Kranke*), Kurzwörter (z.B. *Hiwi, Azubi, Studi*), Sachbezeichnungen bzw. Abstrakta, die auf Positionen oder Funktionen referieren (z.B. *Leitung, Professur, Lehrkraft, Staatsoberhaupt*) oder auf soziale Kollektive (z.B. *Kollegium, Publikum, Belegschaft, Personal*). Hinzu kommen generische Nomen ohne Movierung (z.B. *der Mensch, das Mitglied, die Person*).

Syntaktische Strukturen, die für geschlechtsneutrale Umschreibungen genutzt werden können, sind beispielsweise Wortgruppen mit Adjektiven (z.B. *ärztlichen/juristischen Rat einholen; ärztlich tätig sein*), Relativsätze (z.B. *Wer helfen will, ist willkommen.; die Person/Lehrkraft, die gestern...; die Studierenden/alle, die an der Prüfung teilnehmen...*) oder Umformulierungen im Passiv (z.B. *die Dokumente wurden fristgerecht eingereicht*).

Als Argument für die Nutzung von Neutralisierungen kann angeführt werden, dass nicht-binäre Personen bei Befragungen angaben, diese zu bevorzugen, da Geschlecht in den Hintergrund rückt, Binarität nicht reproduziert wird und die Formen weniger auffällig sind (vgl. Löhrr 2022: 369).

Weitere Vorteile werden darin gesehen, dass in den meisten Fällen bestehendes Sprachmaterial und bekannte Regeln genutzt werden. Löhrr merkt außerdem an, dass die Neutralisierungsstrategien weniger politisch assoziiert werden, was ihre Akzeptanz begünstigt (ebd.: 368f.).

Zu beachten bleibt aber, dass viele der Benennungen auf Wortebene nur im Plural geschlechtsneutral sind. Im Singular erhalten sie durch die Begleitwörter wie Artikel und Pronomen Genusmarkierungen, die in semantischer Kongruenz dem gemeinten Geschlecht (meist binär) entsprechen, z.B. *der/die Studierende; eine Studierende/ein Studierender*.

Mit Blick auf Studien zur mentalen Repräsentation halten Kotthoff und Nübling (2018: 115) fest, dass bei Neutralformen ein so genannter *male bias* greife und die gut gemeinte Unsichtbarmachung von Geschlecht nur einen Reproduktionsraum für die männliche Norm eröffne. Aufgrund der mangelnden Repräsentation anderer geschlechtlicher Realitäten und der Tatsache, dass die bestehende Geschlechterordnung durch die Nutzung gewohnter Formen nicht irritiert wird, werden diese auch als pseudo-antidiskriminierend kritisiert (vgl. AG Feministisch Sprachhandeln 2014/2015: 39; Löhrr 2022: 368f.). Deshalb werden nun Strategien der Sichtbarmachung in den Blick genommen, die an diesen Punkten ansetzen.

Sichtbarmachung

Ein zentrales Ziel der feministischen Linguistik war von Beginn an die sprachliche Gleichberechtigung von Frauen. Damit diese nicht unsichtbar bleiben, wurden verschiedene Vorschläge für ihre sprachliche Repräsentation gemacht. Dazu gehörte beispielsweise die „totale Feminisierung“ durch die Einführung eines generischen Femininums. Dieses sollte für kompensatorische Gerechtigkeit sorgen und Männern verdeutlichen, wie es ist, immer nur „mitgemeint“ zu sein (vgl. Pusch 1987: 9). Während sich diese nicht durchsetzen konnte, sind Formen der „partiellen Feminisierung“ heute weit verbreitet (vgl. Kotthoff 2020: 9). Dazu gehören Paarformen (z.B. *Arbeiterinnen und Arbeiter*), auch Beidnennung oder Splitting genannt, und Verkürzungen dieser Formen durch Klammern (*Arbeiter(innen)*), Schrägstrich (*Arbeiter/innen*) oder Binnen-I (*ArbeiterInnen*). Diese integrativen Paarformen haben bewiesenermaßen positive Effekte auf die mentale Repräsentation (vgl. Kotthoff/Nübling 2018: 217; Löhrr 2022: 372), sind aber aus verschiedenen Gründen kritisch zu betrachten. Zum einen kann die Genuskongruenz der Begleitwörter im Singular Schwierigkeiten bereiten: *ein/e neue/r Student/in* ist nicht intuitiv zu erfassen und vorzulesen. Zum anderen wurde argumentiert, dass durch Klammern und

Schrägstriche die femininen Wortbestandteile als optional oder verzichtbar bzw. ergänzend und damit nachrangig gekennzeichnet würden (vgl. Kotthoff/Nübling 2018: 216).

Aus queerfeministischer Perspektive wird außerdem kritisiert, dass sich diese Ausdrucksweisen nicht für den Einbezug nicht-binärer Menschen eignen, weil sie mit der Repräsentation von ausschließlich zwei Geschlechtern zur Reproduktion binärer Geschlechtervorstellungen beitragen (vgl. Löhr 2022: 371f.; AG Feministisch Sprachhandeln 2014/2015: 28; Kotthoff 2020: 17). Diese Einschätzungen werden von den Ergebnissen einer Studie bestätigt, in der ein Großteil der nicht-binären Befragten angab, sich nicht oder kaum durch Beidnennung bzw. Schreibweisen mit Binnen-I repräsentiert zu sehen (vgl. Löhr 2022: 371f.).

Für die sprachlich-visuelle Inklusion aller Geschlechter wurden vor allem Vorschläge unterbreitet, bei denen grafische Marker an der Morphemgrenze zwischen Stamm und Movierungssuffix einen Raum zwischen den beiden binär gedachten Geschlechtern eröffnen sollen, mit dem die Zweigeschlechtlichkeit in Frage gestellt und andere Geschlechtsidentitäten eingeschlossen werden (vgl. AG Feministisch Sprachhandeln 2014 / 15; Kotthoff/Nübling 2018: 218). In der gesprochenen Sprache werden diese Formen mit einem Glottisschlag realisiert – einem stimmlosen Laut, der im Kehlkopf gebildet wird und das Suffix phonetisch abgrenzt.

Die erste Variante dieser Art, die sich für inklusives Gendern etablierte, ersetzte 2003 den Schrägstrich in den integrativen Paarformen durch einen Unterstrich (*Arbeiter_innen*) – später Gender-Gap genannt (Herrmann 2003). Ab 2009 etablierte sich der Gender-Stern bzw. Asterisk (*Arbeiter*innen*) und einige Jahre später begann die Verbreitung des Doppelpunktes (*Arbeiter:innen*) (vgl. Mäder 2022). Beide funktionieren nach demselben Prinzip wie der Unterstrich, wobei dem Gendersternchen mit seinen zahlreichen Strahlen als ikonisiertem Platzhalter für geschlechtliche Vielfalt eine stärkere und positivere Symbolkraft zugesprochen wird. Die deutsche Überwachungsstelle des Bundes für Barrierefreiheit von Informationstechnik empfiehlt nach einer Studie mit technischer Prüfung von Stern und Doppelpunkt in Screenreadern, Zielgruppenbefragungen und einem Interview mit einer Selbstvertretung von trans*- und nicht-binären Personen den Asterisk (vgl. Koehler/Wahl 2021). Auch in Löhrs Studie gibt eine Mehrheit der Befragten an, den Stern im Vergleich zum Unterstrich zu bevorzugen und häufiger selbst zu nutzen (vgl. Löhr 2022: 370).

Insgesamt bewerten es die Befragten als positiv bzw. wünschenswert, wenn durch Brüche mit gewohnten Sprachformen ein Bewusstsein für die Existenz vielfältiger Genderidentitäten geschaffen oder zum Nachdenken angeregt wird (vgl. ebd.). Dennoch ergab die Studie, dass geschlechtsneutrale Formulierungen anstelle von Betonung oder Markierung von geschlechtlicher Vielfalt favorisiert werden (vgl. ebd.). Kritik an den Sonderzeichen-Formen ergab sich

aus der als erschwert wahrgenommenen Lesbarkeit und Übertragung in die Mündlichkeit (vgl. ebd.). Grund dafür könnten die grammatikalischen Herausforderungen sein, die vor allem im Singular auftreten und dort am deutlichsten werden, wo Begleitwörter wie Artikel, Pronomen und Adjektive zu den Personenbezeichnungen mit Sonderzeichen hinzukommen: *ein*e gute*r Schüler*in* (vgl. GfdS 2020). Kritisiert wird außerdem, dass die Bedeutung der genutzten Zeichen nicht transparent sei. Die geschlechtliche Aufladung sei den genutzten Graphemen nicht inhärent und aus ihnen nicht ohne weiteres ableitbar (vgl. Kotthoff 2020: 10f.). Zwar sei eine entsprechende Bedeutungszuschreibung durch einen intensiv geführten Meta-Diskurs möglich, dies hätte aber wiederum ausgrenzende Effekte, da nur Mitglieder der mit diesen Auseinandersetzungen vertrauten „in-group“ die entsprechenden Schreibpraxen verstehen könnten. Daraus wird abgeleitet, dass Asterisk und Co. zu Zugehörigkeitszeichen werden, die der Selbstbestätigung einer sozialen Gruppe dienen, die sich eine überlegenere Sprachsensibilität zuschreibe (vgl. Kotthoff 2020: 11f.; Kotthoff/Nübling 2018: 221). Weitere Kritikpunkte der emotional aufgeladenen Debatte betreffen die angebliche Sexualisierung der Grammatik im Zusammenhang mit einer Überbetonung von Geschlecht, wo es eigentlich nicht relevant sei. Außerdem sei gendersensible Sprache ein Elitentema, welches von echten (sozialen) Problemen und deren Bewältigung ablenke (vgl. Kotthoff 2020: 8; Wizorek 2022: 5; VDS 2019).

Hier bieten sich wiederum Anknüpfungspunkte für konservative bis rechts-extreme Positionen, die die Bemühungen um machtkritische Reflexion des Sprachhandelns als „Gender-Pflicht“ oder „Sprachverbote“ diffamieren und sich von einer vermeintlichen „Sprachpolizei“ gegängelt fühlen (vgl. Grenz 2021: 185; Lobin 2021: 94f.; Müller-Spitzer 2022: 27f.; Wizorek 2022).

3 Korpus und analytisches Vorgehen

Aus einer poststrukturalistischen Perspektive und mit diskursanalytischem Erkenntnisinteresse wurde im Rahmen der Untersuchung die Formierung von Wissensordnungen anhand lokal situierter, diskursiver Praktiken in den Blick genommen. Der Gegenstand gendersensible Sprache bzw. die damit verbundene Verhandlung von Bedeutung und Wahrheit im Rahmen institutionell produzierter Dokumente wurde in Anlehnung an die Kodierschritte der Grounded Theory Methodologie analysiert und durch eine linguistische Perspektive mit Fokus auf sprachliche Auffälligkeiten und Argumentationsmuster ergänzt.

Analysiert und ausgewertet wurden ein Schreiben des sächsischen Kultusministeriums (SMK 2021) und ein Erlass des schleswig-holsteinischen Bildungsministeriums (MBWK 2021) zu geschlechtergerechter Sprache sowie

eine Pressemitteilung des Rates für deutsche Rechtschreibung (RfdR 2021), auf die in den beiden anderen Schreiben Bezug genommen wurde.

Der Analyseprozess umfasste verschiedene Schritte wie das Markieren erster Auffälligkeiten, dem Aufwerfen von Fragen und dem Ableiten von Hypothesen in einem Prozess freien Schreibens (vgl. Breuer et al. 2019: 169).

Im Anschluss wurde das Material Zeile für Zeile feinanalytisch „aufgebrochen“ (vgl. Strübing 2018: 42). Mit einem Dreischritt aus Auswahl der Analyseeinheit, Umschreibung und Abstraktion konnte das Material inhaltlich erschlossen werden. Im Sinne des offenen Kodierens ging es dabei aber nicht nur um eine Zusammenfassung des Gesagten, sondern auch um das Herausarbeiten innerer Zusammenhänge (vgl. Bischof/Wohlrab-Sahr 2018: 79). Deshalb wurden auch formelle bzw. linguistische Aspekte festgehalten, wie sprachliche Auffälligkeiten und Formulierungen, aber auch die Funktion bestimmter Sequenzen innerhalb der (Argumentations)Logik der Dokumente.

Anschließend wurden im Rahmen des axialen Kodierens Abstrahierungen zu treffenderen Codes weiterentwickelt und diese sortiert, gruppiert, dokumentübergreifend verglichen und strukturiert, um Zusammenhänge zwischen den Konzepten zu erfassen (vgl. Bischof/Wohlrab-Sahr 2018: 87). Für diese „Sortierung, An-/Ordnung und Relationierung der destillierten Konzepte“ (Breuer et al. 2019: 281) und die Sichtbarkeit der entsprechenden Bedeutungsnetzwerke wurde das Kodierparadigma nach Strauss und Corbin herangezogen (vgl. Strauss/Corbin 1996: 78ff.; Strübing 2018: 45f.). Diese Form der Darstellung erleichterte es, im Zuge des selektiven Kodierens aus einer diskursanalytischen Perspektive Zusammenhänge und Widersprüche sichtbar zu machen und zu zeigen, wie innerhalb der Dokumente und durch deren Zusammenwirken eine bestimmte Wahrheit über das Gendern mit Sonderzeichen produziert wird.

4 Ergebnisse: Delegitimierung der Sonderzeichen

Angesichts der besonderen gesellschaftlichen Bedeutung des Themas Antidiskriminierung und in diesem Zusammenhang auch der Sensibilisierung für den Umgang mit Diversität ist die Verwendung geschlechtergerechter Sprache ein wichtiges Thema in Schule [...]. [...] Dem Bildungsministerium obliegt jedoch die Verantwortung, für das Erlernen [...] der deutschen Rechtschreibung [...] Sorge zu tragen. Dies erfolgt im Kontext verbindlicher Regeln auf Grundlage des Amtlichen Regelwerks, das eine Nutzung von Sonderzeichen innerhalb eines Wortes derzeit weder vorsieht noch empfiehlt. (MBWK 2021: 3)

Wie im Zitat oben finden sich in allen untersuchten Dokumenten Passagen, die Gleichberechtigung, Geschlechtergerechtigkeit, Antidiskriminierung und Diversität als Werte von gesellschaftlicher Relevanz reproduzieren (vgl. SMK 2021: 1; RfdR 2021: 1). Die Kultusministerien konstruieren diese Wichtigkeit

auch im Schulkontext (MBWK 2021: 3; SMK 2021: 1, 2). Die Nutzung gendersensibler Ausdrucksweisen ergibt sich folglich als notwendiger Schritt, um nicht hinter diesem Wertekonsens zurückzubleiben. Dies geht allerdings mit Einschränkungen und Distanzierungen einher, welche hauptsächlich konkrete sprachliche Formen betreffen. Die eigentlich angestrebte Geschlechtergerechtigkeit wird hier als Rechtschreibfrage verhandelt, wodurch die Sonderzeichen-Formen als für den Schulkontext ungeeignet erklärt und somit delegitimiert werden (vgl. MBWK 2021: 2f.; SMK 2021: 2; RfdR 2021: 2).

Die in den untersuchten Dokumenten verwendeten und empfohlenen sprachlichen Formen orientieren sich an den Vorgaben des amtlichen Regelwerkes. Obwohl alle auf das generische Maskulinum verzichten, wird geschlechtliche Vielfalt nicht sprachlich abgebildet.

Ein zentraler Bezugspunkt für die Delegitimierung der Sonderzeichen ist der Rat für deutsche Rechtschreibung, auf dessen Autorität immer wieder verwiesen wird (MBWK 2021: 1f.; SMK 2021: 1f.). Mit dem amtlichen Regelwerk setzt er die Rechtschreibnorm für den Schulbereich. 2018 kommunizierte er im Rahmen einer Pressemitteilung erstmalig die Definition von sechs Kriterien als Grundlage für „Geschlechtergerechte Schreibung“ (vgl. RfdR 2018), welche 2021 „bestätigt“ (RfdR 2021: 1) und um einen Punkt ergänzt wurden. Demnach sollen geschlechtergerechte Texte sachlich korrekt, verständlich und lesbar sowie vorlesbar sein, Rechtssicherheit, Eindeutigkeit und sprachliche Übertragbarkeit gewährleisten sowie „für die Lesenden bzw. Hörenden die Möglichkeit zur Konzentration auf die wesentlichen Sachverhalte und Kerninformationen sicherstellen“ und die Lernbarkeit nicht erschweren (RfdR 2021).

Unklar bleibt, auf welcher Grundlage diese wirkmächtigen Kriterien ausgewählt und speziell an geschlechtergerechte Texte angelegt wurden. Es könnte angenommen werden, dass sie von allen Texten im Geltungsbereich des amtlichen Regelwerks erfüllt werden sollten. Dennoch scheint gerade die Verständlichkeit z.B. bei behördlichen Schreiben aus dem Bereich Verwaltung oder Recht oft kein ausschlaggebendes Kriterium zu sein.

Dem Kriterium Lernbarkeit widmet der Rat einen eigenen Absatz:

Die geschriebene deutsche Sprache ist nicht nur von Schülerinnen und Schülern zu lernen, die noch schriftsprachliche Kompetenzen erwerben und deren Leistungen nach international vergleichenden Studien immer wieder Gegenstand öffentlicher und vor allem bildungspolitischer Diskussionen sind. Rücksicht zu nehmen ist auch auf die mehr als 12 Prozent aller Erwachsenen mit geringer Literalität, die nicht in der Lage sind, auch nur einfache Texte zu lesen und zu schreiben. Auch Menschen, die innerhalb oder außerhalb des deutschsprachigen Raums Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache erlernen, sollte der Sprach- und Schrifterwerb nicht erschwert werden. (RfdR 2021: 1)

In diesem Abschnitt werden drei Gruppen als potentielle Leidtragende einer geschlechtergerechten Sprache mit Sonderzeichen präsentiert: Schüler*innen, Erwachsene mit geringer Literalität und DaF/DaZ-Lernende. Geschlechterge-

rechte Sprache wird hier als zusätzliche Schwierigkeit konstruiert: In Bezug auf die erste Gruppe wird eine Verknüpfung mit bestehenden Leistungsvergleichsdebatten hergestellt und nahegelegt, dass die Ergebnisse durch die Nutzung geschlechtersensibler Sprachformen negativ beeinflusst werden könnten. Mit Blick auf die zweite Gruppe wird deutlich, dass hier Benachteiligungen gegeneinander ausgespielt werden: Menschen, die aufgrund ihrer Geschlechtsidentität marginalisiert sind, können auf sprachlicher Ebene nicht angemessen sichtbar gemacht werden, weil auf Menschen mit geringer Literalität Rücksicht genommen werden muss. Ähnliches gilt auch für die Gruppe der DaF/DaZ-Lernenden. Doch ob es am Ende wirklich der Gender-Stern ist, welcher den Behördenbrief unverständlich macht, bleibt zu bezweifeln.

Diese paternalistische bzw. infantilisierende Argumentation, die den betreffenden Gruppen nicht zutraut, mit der Komplexität geschlechtlicher Vielfalt und ihrer sprachlichen Repräsentation umgehen zu können, fußt möglicherweise auch auf adultistischen, klassistischen oder rassistischen Zuschreibungen.

Insgesamt bleibt fraglich, wie die (Nicht)Erfüllung der Kriterien beurteilt wird bzw. inwiefern geschlechtergerechte Schreibung diese gefährdet. Denn die Tatsache, dass die Kriterien explizit als Anforderungen an geschlechtergerechte Texte gestellt werden, verweist auf die Unterstellung, entsprechende Sprachformen würden Texte potenziell inkorrekt, uneindeutiger, unverständlicher etc. machen.

Der Bezug auf die Kriterien in der PM des Rates und die Ausführungen zur Lernbarkeit im Besonderen entsprechen einer Einschränkung der Positionierung für geschlechtergerechte Sprache. Die Erfüllung der Kriterien wird höher priorisiert als die sprachliche Repräsentation verschiedener Geschlechtsidentitäten, was mit der Abwertung dieser Zielvorstellung einhergeht. Diskursiv wird hier also Folgendes konstruiert: Es ist wichtiger, dass die Sprache normgerecht ist, als dass sie geschlechtergerecht ist.

Eine solche Wertehierarchie wird auch in Bezug auf den Zielkonflikt Einheitlichkeit vs. Geschlechtergerechtigkeit sehr deutlich. Zum Ende des Schreibens betont der Rat, „dass auch bei der geschlechtergerechten oder -sensiblen Schreibung darauf zu achten ist, die Einheitlichkeit der geschriebenen Sprache im deutschsprachigen Raum zu sichern“ (RfdR 2021: 2). Da der Rat Letzteres als eine seiner Hauptaufgaben beschreibt, ist hier von einem übergeordneten Wert auszugehen. Dabei hätte der Rat in seiner Funktion die Möglichkeit für Einheitlichkeit zu sorgen, indem er bestimmte Formen gendersensibler Schreibung, wie beispielsweise den Asterisk, ins amtliche Regelwerk aufnimmt und empfiehlt. Wie diese inklusiven Strategien der Sichtbarmachung stattdessen mit Hilfe der Kriterien in den untersuchten Schreiben delegitimiert werden, zeigt der folgende Abschnitt.

So schreibt der Rat in seiner Pressemitteilung, dass die Sonderzeichen-Formen die Kriterien für geschlechtergerechte Texte nicht erfüllen (vgl. RfdR 2021: 1f.). Diese Behauptung wird anschließend mit dem Argument

unterfüttert, die Sonderzeichen hätten bereits spezifische Bedeutungen bzw. Funktionen in verschiedenen Bereichen. Die Nutzung im Wortinneren zur sprachlichen Repräsentation geschlechtlicher Vielfalt wird damit als Zweckentfremdung konstruiert, die viele der gesetzten Kriterien negativ beeinflusst. Die Konsequenz, die daraus gezogen wird, ist die Nicht-Aufnahme der Sonderzeichen-Formen ins amtliche Regelwerk. Zwar wird mit Hilfe sprachlicher Marker (daher, deshalb) ein argumentativer Zusammenhang zur Delegitimierung der Sonderzeichen-Formen hergestellt, inhaltlich bleibt jedoch unklar, inwiefern die jeweiligen Kriterien von den verschiedenen Formen „beeinträchtigt“ werden (RfdR 2021: 2).

Die Kultusministerien wiederum begründen die Nicht-Eignung der Sonderzeichen für den Schulkontext durch den Verweis auf den RfdR, das amtliche Regelwerk und die Kriterien: Diese gendersensiblen Formen seien vom Regelwerk nicht abgedeckt, sie entsprächen den Kriterien und dem Regelwerk nicht und die Aufnahme ins Regelwerk sei nicht empfohlen worden (vgl. MBWK 2021: 2; SMK 2021: 2). Auf diese Weise wird es ihnen auch möglich, sich einer inhaltlichen Verantwortung zu entziehen und lediglich die formale Verantwortung für die Einhaltung der Rechtschreib-Norm als Legitimation für das eigene Handeln zu nutzen (vgl. Eingangszitat Kapitel 4). Auch der Rat für deutsche Rechtschreibung nutzt die Strategie, die Verantwortung einer anderen Stelle zuzuweisen und spielt sie in seiner Pressemitteilung quasi an Politik und Gesellschaft zurück (vgl. RfdR 2021: 1).

Während sich der RfdR darauf beschränkt, keine Empfehlung für die Aufnahme der Sonderzeichen-Formen ins amtliche Regelwerk auszusprechen, leiten die Kultusministerien mehr oder weniger konkrete Maßnahmen für den Schulkontext ab, die zur Festigung der gesetzten Norm und damit der Delegitimierung der Sonderzeichen beitragen (vgl. MBWK 2021: 2f.; SMK 2021: 2). Dazu zählt die Bitte, an den Schulen für die Thematik der geschlechtergerechten Sprache und deren normgerechte Umsetzung zu sensibilisieren sowie die Vorgaben des amtlichen Regelwerkes zu beachten. Dazu zählt auch die Deklaration der Sonderzeichen-Formen als Verstöße gegen die Rechtschreibung, verbunden mit der Darstellung der entsprechenden Sanktionen bei der Bewertung schulischer Leistungen, sowie die Aufforderung, die Nutzung von Sonderzeichen im Schulkontext zu unterlassen: „Diese Zeichen sind daher im Bereich der Schule [...] nicht zu verwenden.“ (SMK 2021: 2)

Die hier dargestellten diskursiven Praktiken haben zur Konsequenz, dass die vom Rat gesetzten Rechtschreibnormen durch Wiederholung und Anerkennung als handlungsleitende Autoritäten gefestigt werden. Dabei wird eine klare Dichotomie zwischen legitimen und illegitimen Formen konstruiert. Sprachformen, die mit Hilfe von Sonderzeichen im Wortinneren geschlechtliche Vielfalt sichtbar machen sollen, werden in diesem Zuge delegitimiert und somit im Schulkontext nicht mehr nutzbar.

5 Schlussbetrachtungen

Obwohl die Relevanz von Geschlechtergerechtigkeit, Antidiskriminierung und Diversität als erstrebenswerter Konsens reproduziert wird, wird durch die untersuchten Schreiben die Sichtbarmachung geschlechtlicher Vielfalt auf sprachlicher Ebene quasi verunmöglicht: Die Anerkennung der gesellschaftlichen Werte und das Anliegen, diese auch auf sprachlicher Ebene und im Schulkontext zu berücksichtigen, wird eingeschränkt, indem auf die einzuhaltenden Rechtschreibregeln verwiesen wird. Dabei spielt die Betonung der Verantwortung innerhalb der eigenen Funktion bzw. Institution ebenso eine Rolle, wie der Bezug auf Autoritäten, die Abgabe von inhaltlicher Verantwortung, die Normsetzung durch den Rfdr und deren Festigung durch die Kultusministerien, die Hierarchisierung von Werten und die von den Kultusministerien abgeleiteten Maßnahmen.

Gerade in Bezug auf den letzten Aspekt könnte nun die Rolle der Kultusministerien diskutiert werden, da die Veröffentlichung der jeweiligen Schreiben keine notwendige Konsequenz aus der vom Rat präsentierten Einschätzung darstellt, sondern eine politische Entscheidung. Der Rat hatte bereits 2018 die Kriterien aufgestellt und Formen mit Sonderzeichen nicht empfohlen. Warum sich die Kultusministerien nach der Pressemitteilung von 2021 veranlasst sahen, diese Schritte zu gehen, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden.

Bemerkenswert ist auch, dass durch die untersuchten Schreiben die Nutzung bestimmter Sprachformen für den Schulbereich quasi untersagt wird. Der populistische Vorwurf, als Sprachpolizei Sprechverbote zu erteilen, wird aber denjenigen entgegengebracht, die für einen freiwilligen, reflektierten Umgang mit diskriminierungssensibler Sprache werben.

Im Anschluss an die hier präsentierte Analyse der Erlasse aus Schleswig-Holstein und Sachsen könnten weitere Dokumente einbezogen werden, um beispielsweise zu prüfen, ob in anderen Fällen (z.B. in Sachsen-Anhalt, Bayern oder Hessen) ähnliche diskursive Strategien wiederzufinden sind. Untersuchenswert ist auch, inwiefern sich die hier zusammengetragenen Erkenntnisse in der Medienberichterstattung wiederfinden oder ob dort eigene Muster zum Tragen kommen. Auch die Auswirkungen dieser kultusministeriellen Schreiben auf die Praxis sollten beleuchtet werden: Welche Effekte haben diese auf Lehrkräfte, Schüler*innen und den tatsächlichen Sprachgebrauch?

Auf einer etwas theoretischeren Ebene könnten solche und ähnliche Dokumente unter dem Aspekt der Hegemonie (vgl. Nonhoff 2006) analysiert werden. Dabei könnte, unter der Prämisse von hegemonialer Zweigeschlechtlichkeit, beispielsweise der Frage nachgegangen werden, ob Delegitimierung der Sonderzeichen-Formen als defensiv-hegemoniale Strategie gefasst werden kann und ob sich weitere solcher Strategien finden lassen.

Literatur

- AG Feministisch Sprachhandeln der Humboldt-Universität zu Berlin (2014/2015): Anregungen zum antidiskriminierenden Sprachhandeln. 2. Aufl. Berlin.
- Bischof, Andreas/Wohlrab-Sahr, Monika (2018): Theorieorientiertes Kodieren, kein Containern von Inhalten! Methodologische Überlegungen am Beispiel jugendlicher Facebook-Nutzung. In: Pentzold, Christian/Bischof, Andreas/Heise, Nele (Hrsg.): Praxis Grounded Theory. Theoriegenerierendes empirisches Forschen in medienbezogenen Lebenswelten. Ein Lehr- und Arbeitsbuch. Wiesbaden: Springer VS, S. 73–101.
- Braun, Friederike/Gottburgsen, Anja/Sczesny, Sabine/Stahlberg, Dagmar (1998): Können Geophysiker Frauen sein? Generische Personenbezeichnungen im Deutschen. In: Zeitschrift für Germanistische Linguistik, 26, 3, S. 265–283.
- Breuer, Franz/Muckel, Petra/Dieris, Barbara (2019): Reflexive Grounded Theory. Eine Einführung in die Forschungspraxis. 4. Aufl. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Diewald, Gabriele/Nübling, Damaris (Hrsg.) (2022): Genus – Sexus – Gender. Berlin/Boston: De Gruyter.
- Eisenberg, Peter (2022): Weder geschlechtergerecht noch gendersensibel. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 72, 5–7, S. 23–29.
- GfdS Gesellschaft für deutsche Sprache e.V. (2020): Leitlinien der GfdS zu den Möglichkeiten des Genderings. <https://gfds.de/standpunkt-der-gfds-zu-einer-geschlechtergerechten-sprache/> [Zugriff: 15.11.2023].
- Grenz, Frauke (2021): Let's (Not) Talk About Sex. Eine Analyse von Unsagbarkeiten in der Debatte um den baden-württembergischen Bildungsplan. In: Fegter, Susann/Langer, Antje/Thon, Christine (Hrsg.): Diskursanalytische Geschlechterforschung in der Erziehungswissenschaft. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 185–200.
- Gygax, Pascal/Gabriel, Ute/Sarrasin, Oriane/Oakhill, Jane/Garnham, Alan (2008): Generically Intended, but Specifically Interpreted: When Beauticians, Musicians, and Mechanics Are All Men. In: Language and Cognitive Processes, 23, 3, S. 464–485.
- Herrmann, Steffen „Kitty“ (2003): Performing the Gap – Queere Gestalten und geschlechtliche Aneignung. In: Arranca! 28, S. 22–26.
- Hirschauer, Stefan (2001): Das Vergessen des Geschlechts. Zur Praxeologie einer Kategorie sozialer Ordnung. In: Bettina Heintz (Hrsg.): Geschlechtersozioologie. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 208–235.
- Koehler, Stefanie/Wahl, Michael (2021): Empfehlung zu gendergerechter, digital barrierefreier Sprache. <https://www.k-t-d.org/files/uploads/Veranstaltungsflyer/empfehlung-zu-gendergerechter-digital-barrierefreier-sprache-studie-koehler-wahl.pdf> [Zugriff: 06.03.2025].
- Kusterle, Karin (2011): Die Macht von Sprachformen: der Zusammenhang von Sprache, Denken und Genderwahrnehmung. Frankfurt a. M.: Brandes & Apsel.
- Kotthoff, Helga/Nübling, Damaris (2018): Genderlinguistik. Eine Einführung in Sprache, Gespräch und Geschlecht. Tübingen: Narr Francke Attempto (Narr Studienbücher).

- Kotthoff, Helga (2020): Gender-Sternchen, Binnen-I oder generisches Maskulinum, ... (Akademische) Textstile der Personenreferenz als Registrierungen? In: *Linguistik online*, 103, 3, S. 105–127.
- Lembke, Ulrike (2023): Verfassungswidrige Sprachverbote. In: *Verfassungsblog*. <https://verfassungsblog.de/verfassungswidrige-sprachverbote/> [Zugriff: 15.05.2024].
- Lind, Miriam (2022): Liminalität, Transdifferenz und Geschlecht: Sprachliche Praktiken jenseits von Zweigeschlechtlichkeit. In: *Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik*, 52, 4, S. 631–649.
- Lobin, Henning (2021): *Sprachkampf. Wie die Neue Rechte die deutsche Sprache instrumentalisiert*. Berlin: Dudenverlag.
- Löhr, Ronja (2022): „Ich denke, es ist sehr wichtig, dass sich so viele Menschen wie möglich repräsentiert fühlen“. Gendergerechte Sprache aus der Sicht nicht-binärer Personen. In: Diewald, Gabriele/Nübling, Damaris (Hrsg.): *Genus – Sexus – Gender*. Berlin/Boston: De Gruyter, S. 349.
- Maier, Pascal (2024): Wenn der Genderstern im Abi als Fehler gilt. In: *ZDF heute*. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/gendern-genderverbot-hessen-100.html> [Zugriff: 19.08.2024].
- Mäder, Claudia (2022): Der Genderstern hat sich in vielen Institutionen durchgesetzt, gleichzeitig provoziert er noch immer. Wie kam der * eigentlich in die Welt? In: *Neue Züricher Zeitung*. <https://www.nzz.ch/feuilleton/gendersternchen-wie-kam-das-zeichen-in-die-sprache-ld.1715402> [Zugriff: 15.12.2024].
- MBWK Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Schleswig-Holstein (2021): *Erlass zur Verwendung geschlechtergerechter Sprache im Unterricht und in der Kommunikation von Schulen*. Kiel. <https://www.uni-flensburg.de/fileadmin/content/zentren/gender-and-diversity/dokumente/gendersensible-sprache/erlass-geschlechtergerechte-sprache-in-schulen-09092021.pdf> [Zugriff: 14.11.2023].
- Müller-Spitzer, Carolin (2022): Zum Stand der Forschung zu geschlechtergerechter Sprache. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 72, 5–7, S. 23–29.
- Nonhoff, Martin (2006): *Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt »Soziale Marktwirtschaft*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Peters, Teresa (2024): Ministerpräsident Rhein verbietet Gendersprache in Ministerien. <https://www.hessenschau.de/politik/ministerpraesident-rhein-verbietet-gendersprache-in-ministerien--v3.gendersprache-ministerium-100.html> [Zugriff: 15.12.2024]
- Pusch, Luise F. (1987): *Totale Feminisierung*. In: *Frau ohne Herz: feministische Lesbenzeitschrift*, 23, S. 4–10.
- RfdR Rat für deutsche Rechtschreibung (o.J.): *Der Rat für deutsche Rechtschreibung – die zentrale Instanz in Fragen der Rechtschreibung*. <https://www.rechtschreibrat.com/> [Zugriff: 15.11.2023].
- RfdR Rat für deutsche Rechtschreibung (2018): *Empfehlungen zur „geschlechtergerechten Schreibung“ – Beschluss des Rats für deutsche Rechtschreibung vom 16. November 2018*. https://www.rechtschreibrat.com/DOX/rfdr_PM_2018-11-16_Geschlechtergerechte_Schreibung.pdf [Zugriff: 15.11.2023].
- RfdR Rat für deutsche Rechtschreibung (2021): *Geschlechtergerechte Schreibung: Empfehlungen vom 26.03.2021*. https://www.rechtschreibrat.com/DOX/rfdr_PM_2021-03-26_Geschlechtergerechte_Schreibung.pdf [Zugriff: 15.11.2023].

- SMK – Sächsisches Staatsministerium für Kultus (2021): Geschlechtergerechte Sprache und Schreibung. Anlage 4 zum SL-Schreiben vom 25. August 2021. Dresden. https://www.lsvd.de/media/doc/10455/20210826_schulltg-zur-schuljahresvorbereitung_schreiben_geschlechtergerechte_sprache.pdf [Zugriff: 14.11.2023].
- Strauss, Anselm L./Corbin, Juliet (1996/1990): *Grounded Theory: Grundlagen qualitativer Sozialforschung*. Weinheim: Beltz.
- Strübing, Jörg (2018): *Grounded Theory: Methodische und methodologische Grundlagen*. In: Pentzold, Christian/Bischof, Andreas/Heise, Nele (Hrsg.): *Praxis Grounded Theory. Theoriegenerierendes empirisches Forschen in medienbezogenen Lebenswelten. Ein Lehr- und Arbeitsbuch*. Wiesbaden: Springer VS, S. 27–52.
- VDS Verein Deutsche Sprache (2019): Schluss mit Gender-Unfug! Der Aufruf und seine Erstunterzeichner. <https://vds-ev.de/aktionen/aufrufe/schluss-mit-gender-unfug/> [Zugriff: 14.11.2023].
- Vervecken, Dries/Hannover, Bettina/Walter, Ilka (2013): Changing(S)expectations: How gender fair job descriptions impact children's perceptions and interest regarding traditionally male occupations. In: *Journal of Vocational Behavior*, 82, 3, S. 208–220.
- Wizorek, Anne (2022): Vom Gender-Kampfplatz zum Sprachspielraum. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 72, 5–7, S. 4–5.
- ZDF heute (2024): Ataman warnt vor Genderverboten. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/gendern-verbot-diskriminierung-100.html> [Zugriff: 19.08.2024].

Rechte Diskurse über Familie und Erziehung – hegemonietheoretische Analysen¹

Christine Thon

Dass rechte Bewegungen mit Kurs auf die sog. „Mitte der Gesellschaft“ auf pädagogische und Geschlechterthemen setzen, ist auf dieser Tagung bereits mehr als deutlich geworden. Insbesondere bei pädagogischen Diskursen ist die politische Ausrichtung häufig viel weniger offensichtlich, als wenn über Themen wie Migration oder Islam Anhänger_innenschaft generiert werden soll. Dass sich darüber aber besonders gut für rechte Politik mobilisieren lässt, haben wir gerade von Juno Grenz eindrucksvoll vorgeführt bekommen (vgl. auch Grenz 2021, 2020).

Rechte Diskursproduktionen zu pädagogischen Themen, die dabei massiv und in mehrfacher Hinsicht mit Geschlechterthemen verknüpft werden, machen sich zunächst v.a. an Bedrohungsszenarien fest. Sie rechnen ab mit Pädagogiken, die emanzipatorisch und an Vielfalt orientiert sind. Dies dokumentiert sich vielen, teils populären Publikationen über „antiautoritäre Pädagogik“, von rechten Autor_innen wie dem von Meike Baader angesprochenen Joseph Kraus oder der christlichen Antifeministin Gabriele Kuby (2020).

Derartige rechte Diskursproduktionen wurden schon mehrfach zum Gegenstand erziehungswissenschaftlicher Analysen. Darauf möchte ich zunächst kurz eingehen und dann formulieren, welche weiteren Fragen sich daraus ergeben. Anschließend stelle ich einen hegemonieanalytischen Zugang vor, der sich m.E. für die Bearbeitung dieser Fragen besonders eignet, um dann kurz an ausgewählten Beispielen zu zeigen, was sich unter dieser Perspektive an Erkenntnissen zu rechten pädagogischen Diskursen ergeben kann.

1 Rechte Diskursproduktionen zu pädagogischen Themen

Rechte Diskursproduktionen zu pädagogischen Themen hat Sabine Andresen (2018) anhand von Texten aus rechtsextremen Magazinen und politischen

1 Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um das leicht überarbeitete Manuskript des am 5. Mai 2023 an der Europa-Universität Flensburg gehaltenen Vortrags.

Dokumenten untersucht. In den dort aufzufindenden „Narrative[n] über Kindheit, Familie und Erziehung“ identifiziert sie zwei zentrale Modi der Bedeutungsproduktion, den Modus der Entlarvung und den Modus der Skandalisierung. Im Modus der Entlarvung wird „liberale Erziehung“ als „irrational, schwach und widersprüchlich“ charakterisiert (ebd.: 767). Der Modus der Skandalisierung basiert auf dem Motiv einer „Gefährdung des deutschen Kindes und der deutschen Kindheit“ (S. 770).

Solche Skandalisierungen im Rahmen der neurechten Bezugnahme auf die antiautoritäre Bewegung von 68 hat *Meike Sophia Baader* (2019; 2020) präziser rekonstruiert. Sie zeigt, inwiefern die Diffamierung der 68er-Bewegung und v.a. die Diffamierung der antiautoritären Pädagogik ein konstitutives Element für die Etablierung der neuen Rechten ist. Die Re-Stabilisierung autoritärer Ordnungen (vgl. Baader 2020: 131) wird entlang pädagogischer Themen verhandelt. Dafür stehen Kampfbegriffe wie „Umerziehung“, „Genderideologie“ und „Frühsexualisierung“.

Die Abwehr und Diffamierung emanzipatorischer und an Vielfalt orientierter Pädagogiken, die sich darin dokumentiert, wird jedoch inzwischen auch mit der positiven Formulierung von eigenen rechten, ethnopluralistischen, völkischen Pädagogiken kombiniert. Sabine Andresen weist darauf hin, dass die Etablierung rechter Narrative wesentlich über die Herstellung von Anschlüssen funktioniert, und das gilt auch für die Bestimmung rechter *Erziehungsideale* und die Formulierung entsprechender Programmatiken. Dabei wird an völkisches Gedankengut und reformpädagogische Ideen angeknüpft (vgl. ebd.: 782ff.). Dadurch kommt zu den von Andresen zunächst identifizierten Modi der Entlarvung und Skandalisierung einer hinzu, nämlich der „der versprochenen Entschiedenheit und Handlungsfähigkeit“, so Andresen (ebd.: 784).

Die Bedeutung des Anschlüsse-Herstellens, die sich darin zeigt, möchte ich jetzt diskursanalytisch zuspitzen.

2 Hegemonieanalytischer Zugang

Die Herstellung von Anschlüssen oder präziser von diskursiven Verknüpfungen ist etwas, worauf eine hegemonietheoretische Diskursanalyse im Anschluss an Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (2006) in besonderer Weise die Aufmerksamkeit richtet. Der hegemonietheoretische Ansatz eignet sich darüber hinaus bei dem hier zur Debatte stehenden Gegenstand auch, weil v.a. intellektuelle neurechte Akteur_innen ihre Aktivitäten ganz explizit als einen Kampf um Hegemonie verstehen und dazu etwa auf die Hegemonietheorie von Gramsci zurückgreifen (vgl. Bruns/Glösel/Strobl 2017: 86)

Bei der Analyse solcher Kämpfe um Hegemonie erscheint mir ein Aspekt zentral, den Andreas Reckwitz in seiner Lesart von Laclau herausarbeitet. Reckwitz schreibt:

Diese Hegemonien arbeiten nicht nur mit Macht- und Zwangseffekten, sondern auch mit der Attraktivität der hegemonialen Positionen: Hegemonie ist, was einer Mehrheit als erstrebenswert suggeriert wird und damit den Status der kulturellen Alternativlosigkeit gewinnt. (Reckwitz 2021: 87)

Aus dem diskursanalytischen Ansatz von Laclau und Mouffe kann ich an dieser Stelle nur sehr kurz wenige Aspekte herausgreifen, die mir aber sehr aufschlussreich erscheinen im Hinblick auf die Herstellung von solchen attraktiven „kulturellen Alternativlosigkeiten“ in rechten pädagogischen Diskursen. Diese Aspekte ergeben sich v.a. aus dem Verständnis von Diskursen als Artikulationen.

Die Grundlage von Laclaus und Mouffes Herangehensweise ist die post-strukturalistische Auffassung, dass die Bedeutung sprachlicher Elemente, von Signifikanten immer in ihrer Beziehung zu anderen Signifikanten bestimmt wird. D.h. wir haben es mit einem System von Verweisungszusammenhängen zu tun. Diese sind an sich instabil und verschiebbar, es kommt aber auch zu stärkeren Fixierungen von Bedeutungen, zumindest vorübergehend.

Das geschieht durch „Artikulationen“. Mit dem Terminus bezeichnen Laclau/Mouffe „jede Praxis, die eine Beziehung zwischen Elementen so etabliert, dass ihre Identität als Resultat einer artikulatorischen Praxis modifiziert wird“ (2006: 141). Artikulatorische Verbindungen können eine erstaunliche Stabilität erlangen; ihre Bestandteile können sich gegenseitig fixieren, so dass sie als zwangsläufig verbunden aufgefasst werden. Dies lässt sich an einem Beispiel veranschaulichen:

Vielleicht kennen Sie den Titelsong der amerikanischen Sitcom „Eine schrecklich nette Familie“. Es ist ein Song von Frank Sinatra aus den 1950er Jahren mit dem Refrain, den Sie hier sehen: „Love and marriage, love and marriage, they go together like a horse and carriage. This I tell you brother: You can't have one without the other“. So wie horse and carriage buchstäblich aneinander gekoppelt sind, verhält es sich mit Liebe und Ehe: Sie sind eine Einheit und nicht voneinander zu trennen. Und sie stehen letztendlich für eine ganze Gesellschaftsordnung: „love and marriage, it's an institute you can't dispare. Ask the local gentry, and they will say it's elementary“ heißt es weiter und durchaus etwas ironisch in dem Song.

Inzwischen besteht diese Verkoppelung von Liebe und Ehe nicht mehr, man kann das eine ohne das andere haben. Damals allerdings bildete die Artikulation von beidem das Zentrum des hegemonialen Diskurses einer heteronormativen Geschlechterordnung. Love and marriage repräsentieren in dieser Kombination, worum es in dem Diskurs geht und repräsentieren auch den Diskurs (mit Laclau und Mouffe verstanden als „die aus der artikulatorischen

Praxis hervorgehende strukturierte Totalität „(2006: 141; Herv. i.O.)“ in seiner Gesamtheit.

Durch artikulatorische Verknüpfungen von Signifikanten entsteht das, was Laclau und Mouffe als Äquivalenzketten bezeichnen. Aufgrund einer Logik der Äquivalenz erscheinen die Elemente, die in die Kette integriert werden als Bestandteile eines Ganzen und stabilisieren sich gegenseitig in ihrer Bedeutung. Solche Signifikantenketten sind um Knotenpunkte herum angeordnet, die in besonderem Maße Bedeutungen fixieren und einen Zusammenhang stiften. Darüber kann es zu einer imaginären Schließung des Diskurses kommen. Noch mehr als durch das Verwerfen eines Anderen oder Abweichenden geschieht das durch die Bereitstellung von Eindeutigkeiten, universellen Gewissheiten und unhinterfragten Selbstverständlichkeiten (vgl. Reckwitz 2012: 69ff.; Thon 2020).

Ein Beispiel für einen solchen Knotenpunkt aktueller rechter Diskurse ist der Terminus „Gender-Ideologie“ oder „Gender-Wahn“. Darin werden Gender-Mainstreaming, geschlechtergerechte Sprache und Sexualpädagogik der Vielfalt äquivalent gesetzt und gleichzeitig adressiert, wie das etwa an diesem Flyer der Kampagne „Gender mich nicht“ der Jungen Freiheit zu sehen ist. Der Signifikant „Gender-Wahn“ steht im rechten Diskurs für so unterschiedliche Elemente wie „Frühsexualisierung“, „Herrschaft der Homo-Lobby“, die Bedrohung der Familie, und damit die „Selbstabschaffung des deutschen Volkes“ und den „Großen Austausch“; die Liste ließe sich noch fortsetzen. Der Knotenpunkt Gender-Wahn integriert also differente Elemente, so dass diese relativ beliebig austauschbar werden und immer für das Ganze stehen. Insofern hat der Terminus „Gender-Wahn“ wie auch „Gender-Ideologie“ bereits den Status eines leeren Signifikanten. Beide sind auch über die (unscharfen) Grenzen neuer rechter Diskurse hinaus gut etabliert und stellen insofern ein Erfolgsmodell rechter Hegemonialisierung dar.

Allerdings haben wir es dabei mit den von Andresen identifizierten Modi der Entlarvung und der Skandalisierung zu tun, und unter hegemonieanalytischer Perspektive sind ja für die Hegemonialisierung von Diskursen nicht nur Diffamierungen und Ausschlüsse des Anderen von Bedeutung, sondern in besonderem Maße die Herstellung von Attraktivität und Selbstverständlichkeit des Eigenen. Daher gehe ich im Folgenden an einem Beispiel der Frage nach, wie rechte Diskurse „positive“ Horizonte und eigene Entwürfe von Pädagogik herstellen.

3 Exemplarische Analysen

In rechten und antifeministischen Diskursen ist von Erziehung v.a. im Kontext der Abwehr von antiautoritärer Pädagogik oder Sexualpädagogik die Rede

oder im emphatischen Bezug auf das Erziehungsrecht der Eltern oder die Überlegenheit einer traditionellen Familienerziehung. Entsprechend gibt es einige ausgearbeitete und zu Publikationen gewordene Entwürfe von Erziehung, etwa den Erziehungsratgeber von Caroline Sommerfeld (2019), (mit dem sich morgen eine Podiumsdiskussion beschäftigen wird), das Sexualpädagogik-„Praxisbuch Fit for love“ von Tabea Freitag oder die Buchreihe „leben lieben lernen“ von Wertevollwachsen.

Eine wesentlich größere Reichweite haben allerdings rechte und antifeministische Blogs, etwa von Birgit Kelle (Die ersetzbare Mutter – Ein Mythos hat Pause 2020; Muttertier, Klappentext im Blog), Gabriele Kuby („Wir lassen unsere Kinder im Stich“, Interview im Blog) oder Ellen Kositzka (Gebärstreik). Ebenso präsent sind Websites von Demo für alle, der Initiative Familienschutz oder von Wertevollwachsen. Auf diese beiden Formate, Blogbeiträge und Websites bzw. Materialien, die dort herunterzuladen sind, werde ich mich im Folgenden beziehen.

Erziehung wird dort auf eine ganz spezifische Weise präsent. Neben der üblichen Abwehr von Erziehungsnotständen wird auf eine enorm emphatische Weise auf Erziehung Bezug genommen, und zwar in einer Kombination mit anderen Signifikanten, die sich in allen Teilen meines bisher noch kleinen Korpus so finden lässt. Wenn man fragt, was horse and carriage oder love and marriage dieses pädagogischen Diskurses sind, was also artikulatorisch verknüpft wird, so zeigt sich, etwas vorhersehbar: Es sind Erziehung und Familie respektive Elternschaft und noch genauer gesagt Mutterschaft. Aber werfen wir einen genaueren Blick darauf.

Auf der Website der Kampagne „#wertevollwachsen“ der christlich-antifeministischen „Stiftung Familienwerte“ beispielsweise werden sehr explizite Bestimmungen von Erziehung vorgenommen. Unter der Überschrift „VERANTWORTUNG“ wird Erziehung mit Elternschaft gleichgesetzt, als deren „geistige Dimension“. Auch als „PRÄGUNG“ wird Erziehung mit dem elterlichen „Vorbild“, der „Familienkultur“ und darüber hinaus mit „Traditionen“ artikuliert. Unter dem Titel „BINDUNG“ erfährt Erziehung eine Gleichsetzung mit Liebe, und zwar der „bedingungslosen Liebe der Eltern“. Wie schon die „Prägung“ ist die „Entwicklung emotionaler Gesundheit und psychologischer Reife“ eine selbstläufige Konsequenz, nicht das Resultat einer bestimmten Tätigkeit der Eltern.

Die Logik der Äquivalenz ist hier sehr deutlich zu beobachten: Erziehung ist nicht dasselbe wie Elternschaft und auch nicht wie Liebe, aber sie werden hier in einen Verweisungszusammenhang gebracht, der sie auf bestimmte Weise vereindeutigt: Erziehung ist elterliche Erziehung – und, das wird an anderer Stelle deutlich, außerhalb des Elternhauses kann keine legitime Erziehung stattfinden. Und die „richtige“ Wahrnehmung von Elternschaft produziert quasi automatisch durch die Mechanismen von Prägung und Bindung gelingende Erziehung. Durch die Artikulation mit „Liebe“ ist Erziehung zudem

stark mit dem Versprechen von positiven Emotionen und Sinn aufgeladen und zugleich simplifiziert.

In einem Blogbeitrag für das rechte Magazin Sezession nimmt Ellen Kositzka ähnliche diskursive Verknüpfungen vor. Sie begründet ihre Entscheidung, Kinder zu bekommen, mit einer

große[n] Erziehungslust. Wie schön: Sich in die Pflicht genommen fühlen! Total und absolut verantwortlich sein! Jemanden begleiten und prägen zu dürfen! Dasein MÜSSEN! Unbedingt und unersetzbar! Und dann, quasi gratis, ungemaine Liebesaufwallungen, die die üblichen Alltags-Zutaten wie Streß und Langeweile (logisch immer mit im Boot als Mutter) überwölbten (Kositzka 2023).

Auch hier also die Emotionalität, sogar in der gesteigerten Form von „unge-
meinen Liebesaufwallungen“. Auch die anderen Aspekte haben etwas Überwältigendes, die Pflicht und Verantwortung sind „total und absolut“, das „MÜSSEN!“ „unbedingt“. Das Überwältigtsein wird hier als etwas Euphorisierendes dargestellt und steht zugleich in einem Spannungsverhältnis zum Empfinden der eigenen Macht, das Kind „prägen zu dürfen“. Über diese Verknüpfungen wird Mutterschaft als Erziehungslust artikulierbar und verleiht – analog zur „Lust auf Familie“ bei „#wertevollwachsen“ – der Verbindung von Erziehung und Elternschaft eine hohe Attraktivität. Durch die Versprechung von Automatismen – des unausweichlichen „Müssens“ oder der „Liebesaufwallungen“ – stattet es sie mit Gewissheiten aus.

Ähnlich, wenn auch etwas weniger überschwänglich, argumentiert die christlich-antifeministische Publizistin Gabriele Kuby in einem Interview mit der Jungen Freiheit:

Eltern brauchen eine Vision von Familie, die Wahrnehmung der Gefahren, Verzichtbereitschaft und die Entschlossenheit, ihre Kinder in ihrem Leben an die erste Stelle zu setzen. Der Lohn ist die Chance auf eine glückliche Familie, fraglose Zugehörigkeit über Generationen und Bewahrung vor Einsamkeit (Kuby 2021).

Eine Vereindeutigung von Familienglück als Mutterglück und Elternschaft als Mutterschaft ist ein weiterer Schritt in der Fortsetzung der Äquivalenzkette. Sie findet bei Kositzka, aber auch an anderen Stellen bei Kuby und weiterhin bei Birgit Kelle statt. Kelle bewirbt in ihrem Blog ihr Buch „Muttertier“ mit den Worten:

Wir hüten die Brut, wir verteidigen sie wie Löwinnen. Wir geben ihr Wurzeln und Flügel. Wir lieben sie. Es ist nicht rational, es ist. Wir sind Muttertiere bis zum letzten Atemzug. Und das machen wir gut so (Kelle 2017).

Was hat nun der rechte pädagogische Diskurs, wie wir hier präsentiert bekommen, anzubieten und was macht ihn attraktiv?

Es ist kein pädagogischer Diskurs, der ein pädagogisches Programm anzubieten hätte, noch beschäftigt er sich mit grundlegenden Fragen etwa von Freiheit und Zwang oder von Unbestimmtheit, noch mit dem Technologiedefizit der Pädagogik. Trotzdem werden alle denkbaren pädagogischen Programme

überboten, weil Elternschaft, insbesondere Mutterschaft, und Erziehung in eins gesetzt werden. Pädagogik ist Familie, Familie ist Pädagogik. So wird ein diskursiver Knotenpunkt hergestellt, in den darüber hinaus auch noch Versprechungen von Liebe, Sinn, Macht, Gewissheit und Selbstverständlichkeit eingebunden werden. Und im Blick auf die Art und Weise des Sprechens zeigt sich hier wie in der Abwehr und Skandalisierung antiautoritärer Pädagogik: Auch die positive Bestimmung von Mutterschaft als Erziehung und Erziehung als Mutterschaft berauscht sich an der Drastik der eigenen Formulierungen.

Wenn es nun um die Hegemonialisierung eines Diskurses durch die Attraktivität der angebotenen Positionen geht, ist es nicht belanglos, mit welchen anderen Diskursen ein Diskurs eigentlich um Vorherrschaft konkurriert. Darauf möchte ich zum Schluss noch einen kurzen Blick werfen.

Meine Hypothese ist, dass rechte pädagogische Diskurse mit dem bildungspolitischen Mainstream-Diskurs um Hegemonie konkurrieren und die „normale“ deutsche Familie rehabilitieren, die in etablierten bildungspolitischen Diskursen permanent unter Verdacht gestellt wird. Analysen wie etwa von Betz u.a. (2013; Bischoff/Betz 2015) zeigen, dass bildungspolitische Diskurse Familie v.a. als Risikofaktor für die Bildungschancen von Kindern adressieren. Zwar gilt dabei insbesondere die bildungsferne, sozial schwache, migrantische oder Eineltern-Familie als das große Problem des deutschen Bildungssystems. Doch selbst Familien, die den familistischen Normen von Bildungsinstitutionen (vgl. Kleiner/Langer/Thon 2022) entsprechen, müssen sich in vieler Hinsicht gegenüber diesen Institutionen rechtfertigen. Die Lokalisierung der Ursachen von Bildungsungleichheit oder von Schulproblemen generell in der Familie und die Zuschreibung von Defiziten an Familien statt an die Schule begründet Kompensationsmaßnahmen von Seiten des Bildungssystems. Die Forderung, insbesondere die Gleichheit von Bildungschancen stärker in die Verantwortung staatlicher Institutionen zu legen, stellt wiederum aus rechter Perspektive einen illegitimen Übergriff dar.

Dem gegenüber re-legitimiert der rechte bildungspolitische Diskurs die elterliche Macht über das Kind und rehabilitiert die „normale“, Generationen- und Geschlechterdifferenzen sowie die Heteronorm aufrechterhaltende deutsche Familie als das, was zuallererst und maßgeblich das Wohlergehen von Kindern sichere, und macht sie zur Opponentin des staatlichen Bildungswesens.

Doch auch die Erziehungswissenschaft trägt ihren Teil dazu bei, rechte pädagogische Diskurse konkurrenzfähig zu machen. In der erziehungswissenschaftlichen Theoriebildung wird Familienerziehung vergleichsweise wenig thematisiert und bleibt damit auch hier weitgehend ein Feld der unhinterfragten Selbstverständlichkeiten. Es gibt eine bemerkenswerte Banalisierung von Familienerziehung als private und auch weibliche Domäne im Unterschied zur professionalisierten Sphäre öffentlicher Erziehung und insbesondere Bildung. Erziehung, die in der Familie stattfindet, bleibt in erstaunlichem Maße

theoretisch und empirisch unterbelichtet, da sie als auf naturwüchsigem Wissen von Frauen basierend gilt (vgl. Thon/Menz 2017). Aufgrund der Nähe zu oder der mangelnden Abgrenzbarkeit von Sorge oder Betreuung wird ihr manchmal gar der pädagogische Charakter abgesprochen.

Babara Rendtorff und Vera Moser (1999) weisen darauf hin, dass Erziehung nicht nur als Familienerziehung, sondern generell als weibliche Domäne der männlichen Domäne Bildung untergeordnet wird. Das äußert sich bis heute in der hierarchisierenden geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in Bildung und Erziehung [ebenso wie in dem nur allmählich bearbeiteten Professionalisierungsdefizit des weiblich konnotierten Bereichs der öffentlichen frühkindlichen Erziehung]. Entsprechend wird die Aufwertung frauendominierter frühpädagogischer Institutionen und der Forschung dazu nicht unter der Überschrift von Erziehung, sondern frühkindlicher Bildung betrieben.

Diese Reserviertheit – oder Unbedarftheit? – der Erziehungswissenschaft gegenüber Erziehung und insbesondere Familienerziehung überlässt diese einer diskursiven Verhandlung als Selbstverständlichkeit und Naturwüchsigkeit. Auch hier können rechte Pädagogiken anschließen.

Literatur

- Andresen, Sabine (2018): Rechtspopulistische Narrative über Kindheit, Familie und Erziehung. Zwischenergebnisse einer ‚wilden‘ Recherche. In: Zeitschrift für Pädagogik 64, 6, S. 768–787.
- Baader, Meike Sophia (2019): Von der antiautoritären zur autoritären Revolte: Familie, Kindheit, Geschlecht und Sexualität im Fokus. In: Walgenbach, Katharina (Hrsg.): Bildung und Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Zur neoliberalen Neuordnung von Staat, Ökonomie und Privatsphäre. Frankfurt/M.: Campus Verlag, S. 239–274.
- Baader, Meike Sophia (2020): »Umerziehung«- »Genderideologie« und »Frühsexualisierung« – Kampfbegriffe in einem neuen Kulturkampf. Erziehungswissenschaftliche Themen im Fokus von Populismus und Neuer Rechter. In: Binder, Ulrich/Oelkers, Jürgen (Hrsg.): Das Ende der politischen Ordnungsvorstellungen des 20. Jahrhunderts. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 129–154.
- Betz, Tanja/De Moll, Frederick/Bischoff, Stefanie (2013): Gute Eltern – schlechte Eltern: Politische Konstruktionen. In: Corell, Lena/Lepperhoff, Julia (Hrsg.): Frühe Bildung in der Familie. Perspektiven der Familienbildung. Weinheim u.a.: Beltz Juventa, S. 69–80.
- Bischoff, Stefanie/Betz, Tanja (2015): „Denn Bildung und Erziehung der Kinder sind in erster Linie auf die Unterstützung der Eltern angewiesen“: Eine diskursanalytische Rekonstruktion legitimer Vorstellungen „guter Elternschaft“ in politischen Dokumenten. In: Fegter, Susann/Kessler, Fabian/Langer, Antje/Ott, Marion/Rothe, Daniela/Wrana, Daniel (Hrsg.): Erziehungswissenschaftliche

- Diskursforschung: Empirische Analysen zu Bildungs- und Erziehungsverhältnissen. Wiesbaden: Springer VS, S. 263–282.
- Bruns, Julian/Glösel, Kathrin/Strobl, Natascha (2017): Die Identitären. Rechtsextreme Ideologie der Neuen Rechten und modernisierter Rassismus einer Jugendbewegung. In: Jahrbuch für Pädagogik 2017, S. 81–102.
- Grenz, Frauke (2020): „Sexual Politics on Behalf of LGBTQ+“? Re_Production of Heteronormativity in the German Debate about the Implementation of Sexual Diversity as a Topic in School. In: Open Gender Journal, 4. https://www.genderopen.de/bitstream/handle/25595/1945/Grenz_2020_Politics.pdf?sequence=1 [Zugriff: 29.03.2023].
- Grenz, Frauke (2021): Let's (Not) Talk About Sex. Eine Analyse von Unsagbarkeiten in der Debatte um den baden-württembergischen Bildungsplan. In: Fegter, Susann/Langer, Antje/Thon, Christine (Hrsg.): Diskursanalytische Geschlechterforschung in der Erziehungswissenschaft. Jahrbuch erziehungswissenschaftliche Geschlechterforschung, Bd. 17. Opladen u.a.: Verlag Barbara Budrich, S. 185–200.
- Kelle, Birgit (2017): MUTTERTIER – Eine Ansage. In: Blog-Volle Kelle, Bücher, <https://vollekelle.de/buecher/> [Zugriff: 29.03.2023].
- Kleiner, Bettina/Langer, Antje/Thon, Christine (2022): Familistisches Krisenmanagement. Intersektional vergeschlechtlichte Dimensionen der Corona-Krise und ihre erziehungswissenschaftliche Bedeutung. In: Zeitschrift für Pädagogik, 68, 3, S. 328–345.
- Kositza, Ellen (2023): Gebärstreik, Folge XXVII. In: Sezession, 04.03.2023, <https://sezession.de/67176/gebaerstreik-folge-xxvii> [Zugriff: 29.03.2023].
- Kuby, Gabriele (2020): Die verlassene Generation. Kisslegg: Fe-Medienverlags GmbH.
- Kuby, Gabriele (2021): „Wir lassen unsere Kinder im Stich“. In: Junge Freiheit, 26.02.2021, 9/21, S. 3, [c20f97_b32c4de49ab64f96839c8dee7685adff.pdf](https://www.jungefreiheit.de/2021/02/26/wir-lassen-unsere-kinder-im-stich/) [Zugriff: 29.03.2023].
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1991/2006): Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien: Passagen-Verlag.
- Reckwitz, Andreas (2012): Subjekt. 3. Aufl. Bielefeld: transcript.
- Reckwitz, Andreas (2021): Subjekt. 4. Aufl. Bielefeld: transcript.
- Rendtorff, Barbara/Moser, Vera (1999): Geschlecht als Kategorie – soziale strukturelle und historische Aspekte. In: Dies. (Hrsg.): Geschlecht und Geschlechterverhältnisse in der Erziehungswissenschaft. Opladen: Leske + Budrich, S. 11–68.
- Sommerfeld, Caroline (2019): Wir erziehen. Zehn Grundsätze. Schnellroda: Antaios.
- Thon, Christine (2020): Hegemonie. Kapitel I.2.5. In: Truschkat, Inga/Bormann, Inka (Hrsg.): Einführung in die erziehungswissenschaftliche Diskursforschung. Forschungshaltung, zentrale Konzepte, Beispiele für die Durchführung. Mit Beiträgen von Julia Biermann, Yasmine Chehata, Kerstin Jergus, Fabian Kessel, Felicitas Macgilchrist, Lisa Pfahl, Christine Thon, Nils Wenzler. Weinheim: Beltz, S. 63–73.
- Thon, Christine/Menz, Margarete (2017): Frühkindliche Erziehung in und außerhalb der Familie. Einführung. In: Kraus, Anja/Budde, Jürgen/Hietzge, Maud/Wulf, Christoph (Hrsg.): „Schweigendes“ Wissen in Lernen und Erziehung, Bildung und Sozialisation. Weinheim: Beltz, S. 288–299.

Ist autoritäre Erziehung schuld am Antifeminismus? Ein Briefwechsel zwischen Sozialpsychologie und Erziehungswissenschaft

Christopher Fritzsche, Susanne Maurer

Liebe Susanne,

ich bin sehr froh darüber, mit Dir in diesen Austausch treten zu können, weil ich mir davon neue Perspektiven auf Fragen erhoffe, die mich schon länger umtreiben. In den letzten Jahren hat die Beschäftigung mit verschiedenen Erscheinungsformen von Antifeminismus in mir immer wieder das Bedürfnis geweckt umfassender verstehen zu wollen, wie sich die Genese antifeministischer Einstellungen eigentlich erklären lässt. Vor allem deshalb, weil die politische Auseinandersetzung mit Antifeminismus und die so wichtige pädagogische Aufklärungs- und Präventionsarbeit meiner Ansicht nach nur dann gelingen kann, wenn uns in diesem Gebiet möglichst detaillierte Erkenntnisse vorliegen.

Eine meiner früheren Suchbewegungen führte mich auf das Gebiet der Einstellungserhebungen, weil hier in weiterführenden Analysen detailliert aufgeschlüsselt wird, welche Auswirkungen einzelne isolierte Variablen auf die Ausprägung antifeministischer Einstellungen haben. Dabei musste ich jedoch feststellen, dass viele aus dem Alltagsverständnis heraus abgeleitete Hypothesen über Antifeminismus begünstigende Faktoren der wissenschaftlichen Überprüfung nicht standhalten. Antifeminismus ist weder ein Einstellungsmerkmal vorrangig „bildungsferner“ Schichten, noch existiert er ausschließlich in neurechten oder ultrareligiösen Milieus. Er ist auch kein ausschließliches „Männerphänomen“. Auch wenn sich einzelne Häufungen erkennen lassen, ist Antifeminismus als Einstellungsmerkmal prinzipiell in allen gesellschaftlichen Schichten und Gruppen verbreitet.¹ Diese Befunde deuten für mich darauf hin, dass also auch die Entstehungsfaktoren antifeministischer Einstellungen im weiteren Sinne gesamtgesellschaftlicher Natur sein müssen.

Deshalb hat mich meine Suche nach Erklärungsansätzen schließlich zur sozialpsychologisch orientierten Autoritarismusforschung der Frankfurter Schule geführt, die in ihren Studien etwa über „Autorität und Familie“

1 Zu diesen Befunden kommt etwa die Regressionsanalyse der Leipziger Autoritarismus-Studie 2022 (Kalkstein et al. 2022: 261).

(Horkheimer 1987a) oder den „Autoritären Charakter“ (Adorno 1995 [1950]) ausdrücklich den Anspruch hatte, gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge zu beschreiben. Zwar lag hier der Fokus nicht dezidiert auf der Untersuchung antifeministischer Einstellungen, sondern in einem grundsätzlicheren Sinne auf der Genese autoritärer Ressentiments – dennoch lässt sich meiner Meinung nach viel aus dem grundlegenden Erklärungszusammenhang ableiten. Vereinfacht kann die Entstehung autoritärer Einstellungen diesem sozialpsychologischen Ansatz² nach so erklärt werden: Kinder und Heranwachsende geraten während des Aufwachsens in ein konflikthafte Verhältnis zu Autoritäten, weil die teilweise aus dem eigenen Unbewussten stammenden Bedürfnisse und Handlungsimpulse zunehmend im Widerspruch zu den Erwartungen des sozialen Umfelds stehen. Verkörpert werden diese Anforderungen in erster Linie durch die leiblichen Eltern, welche selbst jedoch gleichzeitig gesellschaftlichen Imperativen unterworfen sind. Im Verlauf dieses Prozesses formiert sich in der Psyche der heranwachsenden Subjekte die innere Instanz des „Über-Ichs“, welche aus dem Unbewussten stammende Regungen abwehrt und das Subjekt im Sinne der elterlichen Vorbilder und gesellschaftlichen Anforderungen diszipliniert. Diese Dynamiken der Abwehr und Verdrängung lösen die unliebsamen Regungen jedoch nicht vollständig auf, sondern führen sie gewissermaßen einem inneren Reservoir zu, welches beständig unterschwellig eingehegt bleiben muss, damit die Gefühlsregungen nicht unkontrolliert an die Oberfläche drängen. Für die Entwicklung der späteren Persönlichkeit ist es nun entscheidend, auf welche Art und Weise die Bewältigung dieser Herausforderung gelingt. Im Idealfall tritt während des Heranwachsens neben das die äußeren Autoritäten verkörpernde Über-Ich ein reflektiertes und gestärktes bewusstes Ich, welches den inneren Gefühlshaushalt auf der Basis eigener Entscheidungen reguliert. Wird dieser Prozess jedoch beispielsweise durch ein sehr restriktives soziales Umfeld erschwert, gewinnt die Instanz des Über-Ichs zunehmend an Bedeutung und steuert die innere Impulsabwehr vermehrt durch das Erzeugen innerer Ängste und Sanktionsdrohungen. Das so geschwächte Ich unterwirft sich dann gewissermaßen den äußeren Autoritäten und integriert diese immer stärker in das übermächtig werdende Über-Ich. Gleichzeitig entstehen im Verlauf dieser Dynamik weitere Frustrationen und Aggressionen durch die innere Disziplinierung, welche jedoch in Unkenntnis der eigentlichen Prozesse nicht gegen die innerlichen und äußerlichen Autoritäten, sondern eher gegen von diesen stigmatisierte soziale Gruppen in Gestalt allgemein akzeptierter Feindbilder gerichtet werden. Dieses ambivalente Phänomen wird auch als sado-masochistische Disposition beschrieben, weil sich in ihr die Lust an der psychologisch notwendigen Unterwerfung mit der Wut auf andere verbindet, welche vermeintlich für das eigene Leid verantwortlich sind.

2 Zentral für das Verständnis der hier skizzierten Perspektive ist Fromms „Sozialpsychologischer Teil“ in den bereits erwähnten „Studien über Autorität und Familie“ (Fromm 1987).

Es ist für mich ziemlich plausibel, dass sich mit diesem Ansatz nicht nur die Genese autoritärer Ressentiments allgemein, sondern auch speziell antifeministischer Einstellungen erklären lässt. Denn die elterlichen und gesellschaftlichen Autoritäten verkörpern nicht nur abstrakte Anforderungen und Werturteile, sondern in Form von Geschlechterbildern und Rollenerwartungen auch ganz konkrete geschlechts- und sexualitätsbezogene Normen. Die Heranwachsenden mit ihren vielfältigen geschlechtlichen und sexuellen Impulsen stehen in einem weiterhin heteronormativ verfassten gesellschaftlichen Umfeld vor der Herausforderung, eine möglichst eindeutige, binär ausgerichtete geschlechtliche und sexuelle Identität zu entwickeln, um sich vor möglichen Sanktionen zu schützen. In einem solchen Setting berühren feministische und geschlechterreflektierende Positionen und Forderungen, die zu einer bewussten Auseinandersetzung mit dem eigenen geschlechtlichen Gewordensein aufrufen, nahezu zwangsläufig höchst affektiv aufgeladene Anteile und erzeugen auf eigene Art ein „Unbehagen“ der vergeschlechtlichten Subjekte. Es erscheint naheliegend, dass insbesondere eher autoritär orientierte Personen auf diese Irritationen mit heftigen Abwehrbewegungen reagieren, welche die Form antifeministischer Ressentiments annehmen können.

Leider ist dieser Erklärungsansatz dadurch angreifbar, dass die ihm zugrunde liegenden Vorstellungen von der Sozialisation in der patriarchal strukturierten Kleinfamilie sich auf die gesellschaftlichen Verhältnisse zu Beginn des 20. Jahrhunderts beziehen. Kritische Stimmen wie etwa Hopf (1990) oder Oestereich (2000) wiesen schon vor Jahrzehnten darauf hin, dass insbesondere die Figur des allmächtigen, strafenden Familienvaters heutzutage nicht mehr in derselben Form existiert und dass weitere Sozialisationsinstanzen, wie etwa peer groups und Soziale Medien, deutlich an Einfluss gewonnen haben. Das sind beträchtliche Einwände, denen sich eine sozialpsychologische, autoritarismustheoretische Perspektive stellen muss. Wo siehst Du, mit Deiner erziehungswissenschaftlichen Expertise, da Möglichkeiten zur Aktualisierung oder zur Anknüpfung? Und was hältst Du gegenwärtig generell für eine relevante Perspektive für das Verständnis antifeministischer Einstellungen?

Lieber Christopher,

zunächst einmal ganz herzlichen Dank dafür, dass Du Dein Nachdenken mit mir teilst! Uns beiden ist es ja wichtig, die subjektiven Voraussetzungen für antifeministische Affekte zu klären – auch für die Bereitschaft, sich gegenüber rechts-autoritären Strömungen und Positionen zu öffnen, die auf einer Ideologie der Ungleichwertigkeit beruhen. Und ich denke, dass das Erkenntnisinstrumentarium der Psychoanalyse (in ihren unterschiedlichen Ausprägungen) dafür sehr hilfreich sein kann – insbesondere, wenn es mit gesellschaftstheoretisch inspirierten Perspektiven verbunden wird. Wir haben ja auch im Kontext des Forschungsprojektes REVERSE (vgl. Henninger/Birsl 2020) immer wieder gemeinsam darüber nachgedacht, welchen gesellschaftlichen und

(sozial)psychologischen Dynamiken sich die von uns untersuchten Antifemismen ‚verdanken‘, und uns den damit verbundenen Fragen aus verschiedenen Richtungen und mit unterschiedlichen Theorie-Bezügen genähert (vgl. Autor_innenkollektiv „Subjekt“ 2020).

Du schreibst ja selbst, dass die Auseinandersetzung der unterschiedlichen Akteur_innen der Frankfurter Schule mit Fragen des ‚autoritären Charakters‘ auch in ihrem zeitgenössischen Kontext zu sehen ist. Rahmenbedingungen für Sozialisationsprozesse haben sich in den letzten 80 bis 90 Jahren ja durchaus verändert – in den späten 1970er Jahren wurde eine Debatte über einen ‚neuen [narzisstischen] Sozialisationstypus‘ geführt (u.a. Ziehe 1975), und wir haben erst angefangen zu verstehen, welche radikalen Veränderungen in Bezug auf die Wahrnehmung des eigenen Selbst, der Anderen, und der Welt sich mit den neuen digital vermittelten Lebens- und Kommunikationsweisen vollziehen³ – und hier spreche ich noch gar nicht vom inzwischen für viele schon alltäglich gewordenen Umgang mit KI, was meines Erachtens nochmal ein riesiger qualitativer Sprung ist. Ich selber denke viel darüber nach, inwieweit die grundlegend binäre Struktur des Digitalen⁴ mit dafür verantwortlich sein könnte, dass die Bereitschaft zu einem komplexeren Denken, zum Aushalten von Mehrdeutigkeit und Widersprüchlichkeit zurückgeht – was gerade in den medialen Öffentlichkeiten und in der Art, wie hier mit Themen (und auch Menschen!) umgegangen wird, für mich – oft bis zur Unerträglichkeit – spürbar wird.

Um auf die Psychoanalyse zurückzukommen: Ich denke, dass die Missachtung von bzw. der Hass auf Frauen* und ‚Andere‘ ohne eine Vorstellung vom (auch kollektiven) Unbewussten nicht wirklich verstanden werden können. Auch nicht der starke Affekt gegen Positionen und Politiken, die versuchen, der Gleichrangigkeit aller Menschen, und auch aller Geschlechter, zur Geltung zu verhelfen. Hier reichen mir Erklärungen nicht aus, die versuchen den Wunsch nach einfache(re)n Welt-Bildern und die Abschottung gegenüber anderen Perspektiven und Wirklichkeitserfahrungen vor allem als Bedürfnis nach einer ‚Reduktion kognitiver Dissonanz‘ (Festinger 1957) zu deuten – als quasi

-
- 3 Warren Neidich (2017) weist allerdings darauf hin, dass die Neuroplastizität eine nicht zu unterschätzende Voraussetzung dafür bildet, dass auch weiterhin offen bleibt, wie Menschen sich in dieser Hinsicht entwickeln (können). Auf dieses ‚wie‘ haben die gesellschaftlichen Entwicklungen m.E. aber einen erheblichen Einfluss ...
 - 4 Allerdings ist demgegenüber die Algorithmizität zu berücksichtigen, die ja über quasi gleichzeitige Verknüpfungen unterschiedlichster Informationen funktioniert. Deren Problematik besteht wiederum darin, dass die quantitative Logik durchschlägt (‚Big Data‘), und das qualitative (auch an ethischen Wertmaßstäben orientierte) darin ‚unterliegt‘ bzw. gar nicht mehr diskutiert wird, weil eben gezählt und nicht erzählt wird, weil nicht ‚erwogen‘, hin und her argumentiert, und schließlich ‚mit guten Gründen‘ über etwas entschieden wird. Wie u.a. Kyle Chayka (2024) deutlich macht, wird so das (potenziell) Konfliktvolle (also Politische) ‚ausgelöscht‘, auch die Geschichte und Mehrdeutigkeit einer jeden Auseinandersetzung. – Das spielt m.E. auch für die Phänomene eine Rolle, die mit der aktuellen TrumpMusk-Konstellation in den USA (seit Beginn des Jahres 2025) eine ungeheuerliche Dynamik entwickelt haben.

‚anthropologische Konstante‘. Als ob es im menschlichen Vermögen nicht auch einen Anteil gäbe, der sein Begehren auf ‚etwas Anderes‘ ausrichten kann; als ob Unbekanntes, Ungewisses, Unklares, Uneindeutiges, nicht auch die eigene Neugier wecken kann, und die Lust es näher zu betrachten, damit auch in Berührung zu kommen, um möglicherweise eine neue Erfahrung zu machen, die uns selbst verändert – aus der wir selbst als ‚Andere‘ hervorgehen ... und schon stecken wir mitten im Nachdenken über mögliche Lern- und Bildungsprozesse! :-)

Die mir bekannten Projekte einer Ideologiekritik, die tiefer geht, haben immer eine sozial-psychologische oder psychoanalytische Komponente. Und die Dimension des Begehrens, ebenso wie die Frage des (eigenen) Umgangs mit dem (eigenen) Affektiven, spielt dabei eine große Rolle. Was ist unser Begehren, was zieht uns an, was erscheint verheißungsvoll, was er-lösend? Ich finde solche Fragen hilfreich, wenn es um die Anziehung- oder Abstoßungskraft bestimmter Ideen, Politiken und Praktiken geht. Auch diejenigen Untersuchungen, die unsere eigenen (‚merkwürdigen‘) Sehnsüchte erkunden und unsere eigenen Ambivalenzen ausloten – nicht zuletzt, wenn es darum geht, unser eigenes Verwickelt-Sein in sexistische, rassistische, kolonialistische Denk- und Verhaltensweisen erkennen und reflektieren zu können. Begriffe wie ‚Abwehr‘, ‚Abspaltung‘, ‚Projektion‘ bezeichnen komplexe Vorgänge, die sich sowohl psychodynamisch wie gesellschaftstheoretisch fassen lassen. In der Erziehungswissenschaft bewegen wir uns eigentlich ständig zwischen diesen Dimensionen hin und her, weil es immer um die Individuen in ihrem ‚Werden‘ – und in ihren sozialen, gesellschaftlichen Bezügen geht. Die Vorstellung von ‚Bildung‘ ist darauf bezogen – weil hier die Entwicklung, Ausprägung und auch Transformation der Verhältnisse zu sich selbst, zu anderen und zur Welt im Fokus steht. In der kritischen Bildungstheorie (u.a. Koneffke 1994) wird dabei das Konflikthafte und Widersprüchliche betont, das sich vor allem auch den Konflikten und Widersprüchen in den gesellschaftlichen Verhältnissen verdankt. In Überlegungen zu einer ‚riskierten Souveränität‘ (Sattler 2009) wird dabei auch die herrschaftskritische Frage aufgeworfen, wie ‚schwach‘ ein Subjekt/ein_e Akteur_in des eigenen Lebens und in Gesellschaft eigentlich sein darf – und inwieweit es gerade einer ‚riskierten Souveränität‘ bedarf, um sich tatsächlich ‚bilden‘ zu können.

Liebe Susanne,

vielen Dank für Deine ausführliche Antwort! Es ließe sich an viele Deiner Impulse detailliert anknüpfen, und ich kann an dieser Stelle vorerst nur die herausgreifen, die mir am dringlichsten erscheinen. In der Fortführung der Überlegungen aus meinem ersten Brief finde ich besonders Deine Hinweise auf sich verändernde Sozialisationsprozesse und die schwer abzuschätzenden Einflüsse neuer Lebens- und Kommunikationsweisen relevant. Gerade auch, weil diese existenzielle Fragen berühren, denen sich eine aktualisierte

Autoritarismustheorie stellen muss. Ich will im Folgenden kurz skizzieren, welche Anknüpfungsmöglichkeiten hier aus meiner Sicht existieren. Die erste betrifft die Frage, welche Autoritäten eigentlich genau auf die heranwachsenden Subjekte einwirken.

Für mich ist die Annahme, es seien *vorrangig* die Eltern und insbesondere der leibliche Vater, welche die psychische Entwicklung der kindlichen Subjekte formen, eines der weitverbreitetsten und folgenreichsten Missverständnisse in der Diskussion um die klassische Autoritarismustheorie. Bereits in den Studien über „Autorität und Familie“ findet sich der Hinweis, dass die Familie als „psychologische Agentur der Gesellschaft“ fungiert (Fromm 1987: 87). Der strafende Vater ist für Fromm zwar „dem Kind gegenüber der erste Vermittler der gesellschaftlichen Autorität, aber (inhaltlich gesehen) ist er nicht ihr Vorbild, sondern ihr Abbild“ (ebd.: 88). Wenn wir dieses Verständnis ernst nehmen, ermöglicht es uns den kritischen Hinweis auf den zweifellos vorhandenen Wandel der Familien- und Erziehungsformen aufzunehmen, und unsere Bemühungen um eine zeitgenössische Aktualisierung der Autoritarismustheorie trotzdem fortzusetzen. Zu fragen wäre dann, ob es bei all den Veränderungen in den letzten 100 Jahren dennoch gesellschaftliche Rahmenbedingungen gibt, welche relativ konstant geblieben sind und weiterhin in einem mit der frühen Kritischen Theorie zu beschreibenden Sinne die Subjekte prägen. Die aktuelle deutschsprachige Autoritarismusforschung, wie sie vorrangig durch die Erhebungsreihe der Leipziger Autoritarismusstudien geprägt wird, sieht insbesondere die kapitalistische Produktions- und Lebensweise als eine Konstante, die ähnlich wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts vermittelt durch die jeweiligen Familien und deren Lebenswelten auf die Heranwachsenden einwirkt. Horkheimers Rede von der „anonymen Macht wirtschaftlicher Notwendigkeit“ (Horkheimer 1987b: 39), lässt sich ohne große Abstriche auf die Gegenwart übertragen. Unabhängig von den in Krisenzeiten zunehmenden Sorgen vor einer Steigerung der Inflation oder einem einsetzenden Wirtschaftsabschwung ist es gerade der unscheinbare kapitalistische Alltag mit seinem gnadenlosen Verwertungszwang, der die Subjekte zum unfairen Tausch von Lebenszeit und körperlicher Gesundheit gegen wirtschaftliches Überleben nötigt. Im Abbild der Eltern tritt dieser Zwang auch schon Kindern und Jugendlichen gegenüber, die leicht erahnen können, dass die Strahlkraft der von den Eltern inszenierten Souveränität direkt von deren ökonomischen Möglichkeiten abhängt. Die Erwachsenen erscheinen in diesem Zusammenhang nur bedingt als Vorbilder aus eigener Kraft, sondern gleichzeitig selbst als hochgradig abhängig von einer unpersönlichen Autorität, deren eigensinnigem Wirken sie unterworfen sind. Die Leipziger Autoritarismusstudien bezeichnen diese Abhängigkeit vom ökonomischen Prozess und dessen Imperativen deshalb zu Recht als „sekundären Autoritarismus“ (Decker 2015). Aus dieser Perspektive kommt dem marktwirtschaftlichen Leistungsprinzip und dem ungerechten Zufall der persönlichen wirtschaftlichen Lebenslage die Rolle sekundärer Sozialisationsinstanzen

zu, welche *vermittelt* durch die Eltern und das familiäre Umfeld auf die heranwachsenden Subjekte einwirken.

Auf ähnliche Art und Weise lässt sich auch über den von Dir angesprochenen Einfluss neuer digitaler Kommunikationsweisen und -techniken nachdenken. In der Bundesrepublik besitzen aktuellen Auswertungen zufolge bereits 76 Prozent der 10–12 Jährigen ein eigenes Smartphone (bitkom 2024) und digitale Medien werden von Jugendlichen zwischen 12–17 Jahren derzeit täglich mehr als 3,5 Stunden genutzt (BZgA 2024). Wenn wir uns allein diese schlaglichtartigen Zahlen vor Augen führen, lässt sich bereits thesenartig vermuten, dass Kinder und Jugendliche täglich mehr Zeit mit digitalen Medien verbringen, als im persönlichen Austausch mit ihrer Familie. Welche Schlussfolgerungen müssen wir vor diesem Hintergrund für unser Verständnis von kindlicher und jugendlicher Sozialisation ziehen? Mir zumindest scheint es so, als ließen sich einige Annahmen der sozialpsychologischen Autoritarismusforschung über die Formung der Subjekte durch kapitalistische Vergesellschaftung auch auf das Wirken digitaler Medien übertragen. Zumindest, wenn ich an all jene sozialen Erlebniswelten denke, an denen das einzelne Subjekt zwar technologievermittelt teilnehmen kann, deren unberechenbares Urteil (etwa in Form von Shitstorms, Cyber-Mobbing oder Ghosting) es aber jederzeit fürchten muss und kaum aktiv beeinflussen kann. Darüber hinaus ist auch bedenkenswert, dass die klassische Kleinfamilie des 20. Jahrhunderts zwar wie angeführt als gesellschaftliche Zwänge vermittelnde „Agentur“ fungierte, potentiell jedoch auch ein gewisser „Schutzraum“ war, der die drastischsten gesellschaftlichen Leistungsanforderungen abfedern konnte und, abhängig von der jeweiligen Stellung im Geschlechter- und Generationenverhältnis, zumindest begrenzte Möglichkeiten der individuellen Entfaltung bot (Dubiel 1988: 48)⁵. Mit Blick auf den Einfluss digitaler Medien in der Gegenwart müssen wir jedoch davon ausgehen, dass diese Schutzfunktion so nicht mehr existiert und die heranwachsenden Subjekte diesem vielmehr weitgehend ungehemmt ausgesetzt sind. In unserem Sinne wäre zu fragen, inwieweit der zunehmende Konsum digitaler Medien im Kinder- und Jugendalter nicht nur physiologische und biochemische Auswirkungen hat, sondern sich ebenso wie die kapitalistische Vergesellschaftung auf die sekundäre Sozialisation auswirkt.

Mit diesen Überlegungen will ich unseren imaginären Gesprächsball zunächst nun wieder an Dich übergeben, liebe Susanne. Besonders interessieren würde mich, inwieweit Fragestellungen aus der gegenwärtigen Autoritarismusforschung, wie etwa zum Einfluss kapitalistischer Vergesellschaftung unter neoliberalen Vorzeichen oder digitaler Medien auf die Sozialisation Heranwachsender, auch in den Erziehungswissenschaften verfolgt werden. Siehst Du da Möglichkeiten für eine gegenseitige theoretische Inspiration?

5 Damit soll die patriarchale Herrschaft und Ausbeutung innerhalb der bürgerlichen Kleinfamilie nicht relativiert werden.

Lieber Christopher,

ich sehe solche Möglichkeiten tatsächlich. Dabei denke ich z.B. an die strukturelle Bildungstheorie (Jörissen/Marotzki 2009), die sich ganz stark mit den medial vermittelten Prozessen der Subjektbildung oder ‚Subjektivierung‘ befasst, denke auch an theoretische Perspektiven der Subjektivierung allgemein, die in der Erziehungswissenschaft vielfältig und intensiv diskutiert und reflektiert werden (vgl. u.a. Rose 2024). Die Studien zur Gouvernamentalität der Gegenwart (vgl. Foucault 2009) haben in der Erziehungswissenschaft jedenfalls deutliche Spuren gelegt (z.B. Weber/Maurer 2006). Und Beiträgen aus der erziehungswissenschaftlichen Geschlechterforschung (Rendtorff u.a. 2020; Kleinau/Rendtorff 2012) oder auch der rassismuskritischen Forschung (u.a. Mecheril 2014; Bergold-Caldwell 2020; Akbaba/Heinemann 2023) verdanken wir ein erweitertes und vertieftes Verständnis der komplexen Prozesse von ‚Vergesellschaftung‘, die ja über diverse Ungleichheits- und Differenzordnungen vermittelt sind.

Anmerken möchte ich hier noch, dass Disziplingrenzen ja nicht unbedingt scharf gezogen sind (jedenfalls nicht an den ‚Außenrändern‘ der Erziehungswissenschaft, wie ich sie kenne und schätze – und auch nicht zwischen deren Teilbereichen), auch wenn manche das aus (nachvollziehbaren) disziplinpolitischen Gründen gerne hätten. Ich sehe hier – soweit es um Problemwahrnehmungen und -deutungen geht – viele Übergänge und einen ‚lebhaften Grenzverkehr‘ zwischen unterschiedlichen Räumen des Fragens und Nachdenkens, die nicht nur disziplinär strukturiert sind. Verbindend (oder überbrückend) sind für mich hier vor allem die gemeinsamen, oder ähnlich gelagerten, Erkenntnisinteressen, die untrennbaren Fragen. Jedenfalls tragen meiner Erfahrung nach bestimmte Denkstile, theoretische Vorlieben, Forschungszugänge und ganz allgemein die praktizierten Modi der Erkenntnis mehr zu Gemeinsamkeiten oder Differenzen bei, als – manchmal ja auch eher ‚zufällige‘, studien- und berufsbiografisch bedingte – Verortungen in einer bestimmten Disziplin.⁶ So viel zur Relativierung von Disziplingrenzen.

Gleichwohl möchte ich unseren für den Briefwechsel gewählten Ansatz natürlich dennoch ernstnehmen und nun wieder aufgreifen – nämlich zu schauen, was unsere unterschiedlichen disziplinären Hintergründe denn zu bieten haben, wenn es um Erkenntnismöglichkeiten im Hinblick auf Antifeminismen geht. Und dazu fällt mir vor allem das Folgende ein: Die in der und für die Pädagogik sehr grundlegende Idee, dass es sich bei (Selbst-)Bildungsprozessen um ein sich – über die gesamte Lebensspanne – entwickelndes, und auch veränderndes Verhältnis zu sich selbst, zu anderen und zur Welt handelt, lässt sich hier m.E. produktiv machen. Gerade in dieser dreifachen Bezugnahme geht die Bildungs-Idee über enger geführte (z.B. stark individualisierende)

6 Für mich zeigt sich das zum Beispiel daran, dass ich mein eigenes pädagogisches Fragen mit kulturwissenschaftlichen oder auch medienwissenschaftlichen Zugängen sehr gut verbinden kann, ebenso mit historischen und gesellschaftstheoretischen Perspektiven.

Fragen von Identität hinaus; sie erschöpft sich auch nicht in sozialpsychologischen Erkenntnissen, obwohl es hier viele Berührungspunkte und ‚Überblendungen‘ gibt. Und dass mit Bezug auf ‚Bildung‘ von ‚Welt‘ die Rede ist, und nicht von ‚Gesellschaft‘, hat ebenfalls seine Gründe und weist noch einmal auf etwas Wichtiges hin. Denn es geht – recht existentiell, und auch ganz subjektiv, und sinnlich, leibhaftig spürbar – um ein ‚sich selbst in der Welt wahrnehmen, erleben und verstehen können‘, die ‚Welt‘ für sich zu einem sinnhaften und bewohnbaren Ort machen können. Und das alles in einer unhintergehbaren Bezogenheit auch auf andere Menschen, ‚von Anfang an‘. Das verbindet uns – in a/symmetrischer Interdependenz – ganz grundlegend miteinander, verweist aber zugleich auf die Abhängigkeiten und Verletzlichkeiten im menschlichen Da-Sein und in den sozialen Gefügen, die ambivalent erlebt werden und potentiell konflikthaft sind.

Das Empfinden einer existentiellen Unsicherheit, leibkörperliche oder auch psychische Erschöpfungszustände und das Erleben, mit den eigenen Erfahrungen und Nöten nicht wahrgenommen und ernst genommen zu werden, können dazu führen, dass mit dem Ambivalenten und den realen Konflikt-Momenten im unmittelbar eigenen Lebenszusammenhang, aber auch im gesellschaftlichen Raum insgesamt, nicht gut umgegangen werden kann. Und das bietet dann Einhaltspunkte für Welt- und Menschenbilder, auch Vorstellungen vom Sozialen, die antifeministisch, antisemitisch, antiplural, antidemokratisch etc. geprägt sind. (Im alltäglichen Umfeld – am Bahnsteig, im Café ... – erlebe ich das derzeit z.B. in Form von sehr aggressiven Äußerungen, die sich auf ein kleines Ärgernis ebenso beziehen können wie auf ein großes Unrecht; strukturelle Probleme und Verursachungszusammenhänge werden dabei in der Regel nicht adressiert, vielmehr ‚entlädt‘ sich die affektive Energie als Haß auf die schon immer gerne ‚genutzten‘ oder gerade aktuellen ‚Sündenböcke‘ – nicht zuletzt gehört dazu inzwischen anscheinend auch ‚die Demokratie‘ ...)

In der Pädagogik interessieren wir uns ja nicht nur für Lern- sondern auch für Bildungsprozesse – und das Interessante am hier von mir nur kurz skizzierten Bildungsverständnis ist für mich, dass dabei auch ein (selbst)kritisch-reflexives, ein utopisches und ein normatives Moment mit im Spiel sind. Das heißt, es geht nicht um einen inhaltlich beliebigen Lernvorgang, sondern um einen vielschichtigen Prozess, in dem immer auch die Frage nach den ethischen Referenzpunkten gestellt werden muss. In der kritischen Bildungstheorie werden Bildungsprozesse in ihrer Widersprüchlichkeit und Ambivalenz markiert (z.B. Messerschmidt 2020), und es wird betont wie wichtig es ist, dass die Spannung, die sich damit verbindet, ausgehalten wird. Doch das ist anstrengend. Und setzt auch bestimmte Ressourcen, Ermutigungs- und Unterstützungszusammenhänge voraus. Praktisch wird in vielen pädagogischen Feldern – wenn es gut geht – genau daran gearbeitet: an der Ermöglichung und Unterstützung von Denk- und Urteilsfähigkeit sowie (solidarischer) Handlungsfähigkeit (Menhard 2020). Doch was ist, wenn pädagogische Fachkräfte das selber nicht

erfahren haben, wenn sie es selber nicht können – oder wenn sie mit ihrer Arbeit, mehr oder weniger bewusst, ganz andere Ziele verfolgen? Auch davon ist die Real-Geschichte der Pädagogik ja durchzogen. Du siehst, ich habe ‚das Problem‘, dass sich Forschung, Analyse und Theoriebildung hier immer auch in einem Theorie-Praxis-Zusammenhang bewegen ... aber genau das ist, so meine These, auch eine spezifische Ressource, denn kaum eine Disziplin befasst sich so intensiv mit den auch problematischen Aus-Wirkungen ihres Praktisch-Werdens wie die Pädagogik.

Liebe Susanne,

vielen Dank auch für Deinen letzten Brief, der unsere Diskussion auf so anregende Weise fortgeführt hat. Deine Zeilen zeigen mir deutlich, welch produktive Anschlussmöglichkeiten sich durch das Zusammenspiel von Erziehungswissenschaft und Sozialpsychologie eröffnen können, um die gesellschaftlichen Bedingungen und individuellen Dynamiken besser zu verstehen, die autoritären und antifeministischen Einstellungen zugrunde liegen. Ich will den Faden unserer bisherigen Überlegungen noch einmal aufgreifen und versuchen, einige provisorische Schlussfolgerungen aus unserem Gedankenaustausch zu ziehen.

Deine Hinweise auf die Bedeutung von Bildung als einem lebenslangen, ambivalenten und von Unsicherheiten durchzogenen Prozess haben für mich eine Perspektive eröffnet, welche unmittelbar an das von mir vorgestellte, klassisch sozialpsychologische Erklärungsmuster verschiedener Ressentiments anknüpft. Wenn wir davon ausgehen, dass autoritäre und antifeministische Positionen subjektive Versuche darstellen, das Selbst gegen einen permanenten gesellschaftlichen Horizont von Unsicherheit und Verletzlichkeit zu stabilisieren, stellt sich die von Dir aufgeworfene Frage, wie es gelingen kann, „die Welt bewohnbarer zu machen“. Das Nachdenken über Ambiguitätstoleranz hat dabei nicht nur theoretische, sondern auch praktische Aspekte: Wie können pädagogische Kontexte geschaffen werden, die Subjekte in ihrer Fähigkeit unterstützen, Unsicherheit auszuhalten, Widersprüche produktiv zu verarbeiten und sich nicht reflexartig auf autoritäre oder antifeministische Denkfiguren zurückzuziehen? Hier sehe ich eine zentrale Verbindungslinie zwischen unseren disziplinären Perspektiven, die – wie Du ja ausgeführt hast – sich in ihren Grenzbereichen ohnehin berühren.

Wo die kritische Sozialpsychologie plausibilisiert, dass autoritäre und antifeministische Dispositionen in affektiven Bewältigungsmustern von Unsicherheit, Ohnmacht und Entfremdung wurzeln, kann die Erziehungswissenschaft zeigen, wie jene Dispositionen durch pädagogische Interventionen irritiert und in reflexive Selbstverhältnisse überführt werden können. Für zukünftige Forschungen könnte sich daraus der Auftrag ableiten, interdisziplinäre Studien zu konzipieren, die autoritäre und antifeministische Ressentiments nicht isoliert als Meinungsphänomene erfassen, sondern als Ausdruck gelernter Bewältigungsstra-

tegien in einem widersprüchlichen gesellschaftlichen Umfeld. In der pädagogischen Praxis bedeutet es Räume zu schaffen, in denen Unsicherheit und das Bedürfnis nach stabilisierender Vereindeutigung nicht tabuisiert, sondern als Teil der Wirklichkeit anerkannt werden — Räume, in denen das Erlernen von Ambiguitätstoleranz als Ziel pädagogischer Arbeit explizit benannt wird.

Damit wird auch klar, dass es nicht genügt, auf individueller Ebene gegen antifeministische und autoritäre Ressentiments zu intervenieren, solange die gesellschaftlichen Verhältnisse — von der ökonomischen Unsicherheit bis zur Überforderung durch digitale Medienwelten — weiterhin die Bedingungen produzieren, unter denen diese gedeihen. Insofern scheint mir der Dialog zwischen unseren Disziplinen nicht nur ein akademisches Unterfangen, sondern auch ein politisches Projekt zu sein. Es geht um die Frage, wie wir Verhältnisse schaffen können, unter denen Subjekte weder auf autoritäre noch auf antifeministische Deutungen zurückgeworfen werden, sondern in der Lage sind, mit den Zumutungen von Unsicherheit, Ambivalenz und gesellschaftlicher Komplexität anders umzugehen — solidarisch, reflektiert, handlungsfähig. Mit diesem Ausblick bedanke ich mich für die inspirierenden Gedanken, die Du in unseren Briefwechsel eingebracht hast. Ich bin sicher, dass wir diese Diskussion — in welcher Form auch immer — fortsetzen werden.

Herzliche Grüße

Christopher

Lieber Christopher,

ich danke Dir für Deine nachdenklichen, und zugleich mit einem so klaren – pädagogischen wie politischen – Handlungsimpuls verbundenen Worte! In meinem eigenen Resümee möchte ich einige Aspekte noch einmal aufrufen und festhalten, die für eine Erklärung der Anziehungskraft und Wirkmächtigkeit von Antifeminismus meines Erachtens immer berücksichtigt werden müssen. Abschließen möchte ich mit der Frage der Demokratiebildung – das ist ja für uns beide eine wichtige Perspektive.

Zum ersten Punkt: Hier möchte ich gerne daran erinnern, dass die Auseinandersetzung mit Geschlechterfragen mehrere existentiell bedeutsame Dimensionen des menschlichen Lebens berührt, die nicht zuletzt mit folgenden Fragen zu tun haben: der Frage der Identität (wer bin ich, wie kann ich mich verstehen und verorten?) und der Frage des Begehrens (wen oder was begehre ich bzw. wie richtet sich meine Sehnsucht aus?). Die genannten Fragen verweisen auf unsere existentielle Verletzlichkeit und Angewiesenheit, auf unsere Geburtlichkeit ebenso wie auf unsere Sterblichkeit. Ich erinnere hier deshalb daran, weil die affektive Wucht, die sich mit Antifeminismen verbinden kann, sich meines Erachtens auch daraus speist.

Der zweite Punkt, Demokratiebildung oder die ‚Bildung zur Demokratie hin‘, hat für mich ebenfalls damit zu tun. Carsten Büniger, ein Kollege aus der Allgemeinen Erziehungswissenschaft, hat in diesem Zusammenhang als

zentrale Aufgabenstellung die Entwicklung der Fähigkeit angesprochen, sich für ‚Andere/s‘ öffnen zu können (vgl. auch Büniger/Jergus 2025). Das scheint heute (wieder!) besonders schwierig zu sein – in einer Zeit, in der unsere Beziehung zur Wirklichkeit und zur Welt verloren zu gehen scheint, in der autoritärer Dezisionismus unfassbar schnell neue Realitäten schafft, in der über lange Jahre erkämpfte und herausgebildete Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens quasi in einem Moment zerstört werden können. Journalist_innen und politische Intellektuelle zeigen sozusagen in real-time auf, ‚wie Faschismus funktioniert‘ (vgl. u.a. Stanley 2024) – wie sich das von uns Wahrnehmbare verschiebt, und sich damit auch eine Art ‚Erfahrungsblockade‘ einstellt. Umso wichtiger wird es, genau hinzuschauen, sich auch die Zeit dafür zu nehmen – gegen den Strom. Überlebenswichtig wird es, dem vorherrschenden Sog widerstehen zu können, auch im Sinne einer Wahrnehmungsfähigkeit dessen, was Tag für Tag geschieht, und was das für die Menschlichkeit – und für ‚planetarische Gerechtigkeit‘⁷ – bedeutet. Unsere sinnliche Wahrnehmung ist immer auch gesellschaftlich strukturiert. Doch die entsprechenden Rahmungen können auch verschoben werden – z.B. im Sinne eines nicht-herrschaftlichen Antwortgeschehens auf ein Ereignis, im Sinne von Ver-Antwortung als ethischem Impuls (Butler 2020). Demokratie wird hier als ein spezifisches Verhältnis von Politischem und Ethischem betrachtet, das allerdings immer wieder reformuliert – auch erstritten und verteidigt werden muss. Carsten Büniger⁸ spricht angesichts all dessen von einer ‚gemeinsamen Suche [unter Verschiedenen], die als solche einen Unterschied machen könnte‘. Ich verstehe auch unseren Briefwechsel hier als eine solche ‚gemeinsame Suche‘ – danke, dass Du mich dazu eingeladen hast!

Mit herzlichem Gruß,
Susanne

Literatur

Adorno, Theodor W. (1995): Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

-
- 7 Im Juni 2025 fand in Bielefeld das Festival „Denken – Fühlen – Handeln. Ein Zukunftsfestival für planetarische Gerechtigkeit“ statt, das von Erziehungswissenschaftler_innen in vielfältigen Kooperationsbezügen mit der Stadtgesellschaft realisiert wurde. Vgl. <https://dfh-festival.de> [Zugriff: 28.05.2025].
 - 8 Vortrag im Rahmen der internationalen und transdisziplinären Tagung „Demokratisierung der Sinne — Sinnlichkeit der Demokratie. Emanzipation als Erfahrungen von Gleichheit in hierarchisch anders sensorischen Räumen / Democratization of the Senses – Senses of Democracy: Emancipation as Experience of Equality in Hierarchical Otherwise Sensorial Spaces“, 4.-6. April 2025 in Rauscholzhäusern (bei Marburg/Gießen).

- Ahmed, Sara (2004): *The Cultural Politics of Emotion*. Edinburgh: Edinburgh University Press/Routledge.
- Akbaba, Yaliz/Heinemann, Alisha M.B. (Hrsg.) (2023): *Erziehungswissenschaften dekolonisieren. Theoretische Debatten und praxisorientierte Impulse*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Autor_innenkollektiv „Subjekt“ (2020): *Subjekttheoretische Annäherungen an zeitgenössische Antifeminismen*. In: Henninger, Annette/Birsl, Ursula (Hrsg.): *Anti-Feminismen – Krisen-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential?* Bielefeld: transcript, S. 387–429.
- Bergold-Caldwell, Denise (2020): *Schwarze Weiblich*keiten. Intersektionale Perspektiven auf Bildungs- und Subjektivierungsprozesse*. Bielefeld: transcript.
- Bitkom (2024): *Ab 10 Jahren haben die meisten Kinder ein eigenes Smartphone*. <https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Ab-10-Jahren-haben-meisten-Kinder-eigenes-Smartphone> [Zugriff: 06.06.2025].
- Bünger, Carsten/Jergus, Kerstin (2025): *Zum Bildungsversprechen der Demokratie. Pädagogische Aspekte politischer Subjektivierung*. In: Friedrichs, Werner/Kierot, Lara/Lange, Dirk/Marchart, Oliver (Hrsg.): *Radikale Demokratiebildung. Postfundamentale Streifzüge*. Wiesbaden: Springer, S. 147–167.
- Butler, Judith (2020): *Die Macht der Gewaltlosigkeit: Über das Ethische im Politischen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- BZgA (2024): *„Die Drogenaffinität Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland 2023“ – Ergebnisse zur Computerspiel- und Internetnutzung*. Info-Blatt vom 21. August 2024. https://www.bioeg.de/fileadmin/user_upload/PDF/pressemitteilung/daten_und_fakten/24_08_21_Infobaltt_Drogenaffinit%C3%A4tsstudie_2023_Computerspiel-Internetnutzung.pdf [Zugriff: 06.06.2025].
- Chayka, Kyle (2024): *Filterworld. How Algorithms Flattened Culture*. New York: Doubleday.
- Decker, Oliver (2015): *Narzisstische Plombe und sekundärer Autoritarismus*. In: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.): *Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus*. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 21–34.
- Dubiel, Helmut (1988): *Kritische Theorie der Gesellschaft. Eine einführende Rekonstruktion von den Anfängen im Horkheimer-Kreis bis Habermas*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Festinger, Leon (1957): *A Theory of Cognitive Dissonance*. Stanford: Stanford University Press.
- Foucault, Michel (2009): *Kritik des Regierens. Schriften zur Politik. Ausgewählt und mit einem Nachwort versehen von Ulrich Bröckling*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fromm, Erich (1987): *Sozialpsychologischer Teil*. In: Horkheimer, Max (Hrsg.): *Studien über Autorität und Familie: Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung*. Lüneburg: zu Klampen, S. 77–135.
- Hopf, Christel (1990): *Autoritarismus und soziale Beziehungen in der Familie. Qualitative Studien zur Genese autoritärer Dispositionen*. In: *Zeitschrift für Pädagogik* 36, 3, S. 371–91.
- Horkheimer, Max (Hrsg.) (1987a): *Studien über Autorität und Familie: Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung*. Lüneburg: zu Klampen.
- Horkheimer, Max (1987b): *Allgemeiner Teil*. In: Horkheimer, Max (Hrsg.): *Studien über Autorität und Familie: Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung*. Lüneburg: zu Klampen, S. 3–76.

- Jaeggi, Rahel (2024): Vorwort. In: Stanley, Jason (Hrsg.): *Wie Faschismus funktioniert*. Frankfurt am Main: Westend Verlag, S. 9–18.
- Jörissen, Benjamin/Marotzki, Winfried (2009): *Medienbildung: Eine Einführung. Theorie – Methoden – Analysen*. Bad Heilbrunn: Julius Klinkhardt.
- Kalkstein, Fiona/Pickel, Gert/Niendorf, Johanna/Höcker, Charlotte/Decker, Oliver (2022): *Antifeminismus und Geschlechterdemokratie*. In: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (Hrsg.): *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?* Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 245–70.
- Kleinau, Elke/Rendtorff, Barbara (Hrsg.) (2012): *„Eigen“ und „anders“ – Abgrenzungen und Verstrickungen. Geschlechterforschung und Psychoanalytische Pädagogik im Dialog*. Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Koneffke, Gernot (1994): *Pädagogik im Übergang zur bürgerlichen Herrschaftsgesellschaft*. Wetzlar: Büchse der Pandora.
- Mecheril, Paul (Hrsg.) (2014): *Subjektbildung. Interdisziplinäre Analysen der Migrationsgesellschaft*. Bielefeld: transcript.
- Menhard, Ioanna (2020): *Solidarität und Mündigkeit selbstkritisch zusammengedacht. Pädagogische Überlegungen mit Interesse an Empowerment und Powersharing*. In: Chehata, Yasmine/Jagusch, Birgit (Hrsg.): *Empowerment und Powersharing*. Weinheim: Beltz Juventa, S. 72–83.
- Messerschmidt, Astrid (2020): *Fremd werden. Geschlecht – Migration – Bildung*. Wien: Löcker.
- Neidich, Warren (2017): *Neuromacht*. Berlin: Merve.
- Oesterreich, Detlef (2000): *Autoritäre Persönlichkeit und Sozialisation im Elternhaus. Theoretische Überlegungen und empirische Ergebnisse*. In: Rippl, Susanne/Seipel, Christian/Kindervater, Angela (Hrsg.): *Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 69–90.
- Rendtorff, Barbara (2011): *Bildung der Geschlechter*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Rendtorff, Barbara/Mahs, Claudia/Warmuth, Anne-Dorothee (Hrsg.) (2020): *Geschlechterverwirrungen. Was wir wissen, was wir glauben, und was nicht stimmt*. Frankfurt am Main: Campus.
- Rose, Nadine (Hrsg.) (2024): *Addressing Inequality. Erziehungs- und sozialwissenschaftliche Beiträge zur Subjektivierungsforschung*. Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Sattler, Elisabeth (2009): *Die riskierte Souveränität. Erziehungswissenschaftliche Studien zur modernen Subjektivität*. Bielefeld: transcript.
- Weber, Susanne Maria/Maurer, Susanne (Hrsg.) (2006): *Gouvernementalität und Erziehungswissenschaft. Wissen – Macht – Transformation*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ziehe, Thomas (1975): *Pubertät und Narzißmus – Sind Jugendliche entpolitisiert?* Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.

Zwischen Analyse und Stellungnahme: Erziehungswissenschaftliche Perspektiven auf die Neue Rechte im Gespräch

Sieglinde Jornitz, Susanne Maurer, Sarah Meyer, Werner Thole

Im Rahmen der Tagung in Flensburg im Mai 2023, die diesem Band vorausging, fand die Podiumsdiskussion „Wie Stellung beziehen? Zum Umgang mit pädagogischen Diskursen von rechts“ statt, die von Christine Thon vorbereitet und moderiert worden ist. Wie kann und soll sich Erziehungswissenschaft zur rechten Diskursproduktion über pädagogische und bildungspolitische Themen verhalten, und wie kann sie dieser begegnen? Das war die zentrale Frage, der exemplarisch anhand verschiedener erziehungswissenschaftlicher Kritiken an Caroline Sommerfelds „Wir erziehen. Zehn Grundsätze“ (2019) nachgegangen wurde. Dabei wurde auch die Frage des Wissenschaftsverständnisses adressiert, das in dieser Auseinandersetzung eine nicht unerhebliche Rolle spielt. Die damals verhandelten Themen bildeten später den Ausgangspunkt für ein Online-Gespräch in leicht variiertes Besetzung¹, das hier in einer für die Schriftform bearbeiteten Fassung dokumentiert wird.

Maurer: Wenn ich dich richtig verstanden habe, Werner, so schlägst du vor damit einzusteigen, dass wir uns an die Zeit von vor zwei Jahren zurückerinnern und von da aus weitergehen? Oder war der Vorschlag damit einzusteigen, was uns jetzt gerade in Bezug auf diese Kämpfe um Pädagogik und Geschlecht umtreibt?

Jornitz: Ich fände den Einstieg, über die Rückerinnerung ins Jetzt zu kommen, auch eine schöne Figur, weil ich ein gewisses Unbehagen hatte, über die Überlegungen von vor zwei Jahren zu sprechen, als ob das immer noch genau so aktuell sei. Ich finde eine Verknüpfung von damals und heute gut.

Maurer: Dann würde ich dich, Werner, einladen zu beginnen ...

1 An der damaligen Podiumsdiskussion war zusätzlich Severin Sales Rödel beteiligt; im Online-Format (Anfang des Jahres 2025) übernahm Susanne Maurer die Rolle der Moderatorin.

Thole: Gerne, ich versuche an unsere damalige Diskussion anzuknüpfen. In der Vorbereitung auf unser heutiges Gespräch habe ich mir meine Notizen von der Podiumsdiskussion in Flensburg nochmals angesehen. Wir waren ja herausgefordert, Fragen von Geschlecht und Pädagogik als Gegenstand politischer Auseinandersetzung zu diskutieren und uns analytisch damit zu beschäftigen, wie diese Begriffe in rechtsnationalen, antifeministischen und rassistischen Diskursen aufscheinen. Ich weiß nicht, wie es Ihnen ging, aber ich habe gedacht: Oh, da waren wir damals aber sehr mutig. Mutig insofern, weil wir doch etwas spekulativ, aber zugleich recht eindeutig der Meinung waren, dass die im sogenannten parteipolitischen Vorfeld oder in den politisch-sozialen Bewegungen der antidemokratischen, national-autoritär geprägten Rechten geführten Diskurse, die die Öffentlichkeit nicht durchgängig erreichen, inzwischen auf die Agenda von allgemeineren politischen Diskursen gesetzt wurden. Erstmals prominenter realisierte sich das, denke ich, beim sogenannten Potsdamer Treffen.² Ich weiß nicht, wie es Ihnen ging – ich war über die Correctiv-Recherchen überhaupt nicht überrascht, weil ich über meine Leseerfahrung der Texte von Götz Kubitschek, Martin Sellner und auch von Benedikt Kaiser wusste, dass die schon häufiger, eigentlich seit Jahren entsprechende Treffen durchführen und ihre Thesen, gerade auch ihre ethnopluralistischen Ideen, in die politischen Diskurse der wertkonservativen und der nationalautoritären Rechten, die auch in den Parlamenten präsent sind, einzuschleusen versuchen. Viele haben noch gedacht: „Remigration“ – also das werden die nicht durchsetzen können.“ Ich glaube und vermute, das Potsdamer Treffen war eine Art Höhepunkt. Götz Kubitschek hat das schon 2023 formuliert mit den Sätzen, und ich zitiere: „Machen wir es kurz. In Deutschland tobt ein geistiger Bürgerkrieg. Es geht um die Vorherrschaft auf medialem sprach- und geschichtsphilosophischen Feld, und die Heftigkeit der Abwehr gegen Neudeutungsvorstöße von rechts erlaubt die Bezeichnung Krieg.“ Er stellt lapidar fest: „Lasst uns diesen Krieg führen, wir werden ihn gewinnen.“³ Die Diskussion Anfang 2025 im Deutschen Bundestag, die Reden von Merz und auch von anderen haben gezeigt: Das, was Kubitschek und dann auch andere in Potsdam thematisierten, das haben sie auf der Tagesordnung der öffentlichen politischen Diskurse inzwischen etablieren können. Nicht nur, auf welche Weise Fragen der Migration und Fragen eines ‚unberechtigten illegalen Zuzugs‘ inhaltlich zum Thema werden. Nein, sogar die Begriffe der Rechten werden inzwischen öffentlich gebraucht. Der Begriff ‚Remigration‘ ist zu einer Beschreibung geworden, die diesen Diskurs heute, so denke ich zumindest, weitgehend rahmt. Und die Parteien der sogenannten bürgerlichen Mitte, bis hin zu den Grünen, haben sich zwar nicht durchgängig diesem Sprachgebrauch, aber doch den über die Sprache transportierten Inhalten angenähert. Sie fühlen sich gezwungen sich damit auseinanderzusetzen. – Was hat das mit dem Thema der Tagung in Flensburg zu tun? Wir haben uns

2 Vgl. u.a. Deutschlandfunk 2024.

3 Kubitschek 2023: 1.

damals vielleicht noch etwas unsicherer demgegenüber verhalten. Ich meine beobachten zu können, dass in dem Feld der rechtsnational orientierten Diskurse genau das beabsichtigt wird: Mit dem Projekt ‚Metapolitik‘, das gerade auch Genderfragen und Fragen der Migration zentral setzt und auch Fragen von Bildung und die Gestaltung des Sozialen aufgreift, wird eine bestimmte Agenda verfolgt; es werden Diskurse initiiert, die dann langsam einsickern in die allgemeineren öffentlichen Debatten. Ein Programm, das unter dem Titel ‚Metapolitik‘ die Erringung einer kulturellen Hegemonie anstrebt⁴, das im Rahmen einer mehr oder weniger wissenschaftlichen, ich würde sagen, einer pseudowissenschaftlichen Auseinandersetzung entwickelt wird, etabliert sich auch politisch. Mit Kaiser gesprochen: „Begriffe werden etwa aus der Wissenschaft heruntergebrochen und finden, vermittelt durch die Medienwelt, Eingang in den Alltagsverstand „⁵ Die Diskussionen, die in Bezug auf Fragen von Erziehung, Bildung und auch die Gestaltung des Sozialen in den autoritären, national geprägten Diskursmilieus zu beobachten sind, finden in einer vergleichbaren Dynamik Eingang in die allgemeineren politischen Diskurse – wenn sie dort nicht schon längst Eingang gefunden haben. Das macht eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Inhalten dieses [rechten] Milieus umso notwendiger und bedeutsamer. Und da tragen die dies beobachtenden Wissenschaftler*innen, so meine ich, eine enorme Verantwortung. Und euch, den Initiator*innen der Flensburger Tagung, ist zu danken, ebenso wie allen, die an verschiedenen Stellen Entsprechendes initiiert haben; dass sie das wahrnehmen und dazu motivieren, danach zu schauen, ob auch im Feld der wissenschaftlichen Auseinandersetzung radikal rechte Begriffe und Diskurse Eingang finden, und wenn ja, in welcher Weise. Und das scheint mir inzwischen tatsächlich der Fall zu sein.

Maurer: Vielen Dank erst mal an dich, Werner, für deinen Einstieg in die Diskussion. Ich würde dazu gerne noch anmerken, bevor die nächste Gesprächsteilnehmerin sich vielleicht einklinken möchte, dass es in der Zwischenzeit ja auch das Netzwerk EN:DIRA⁶ gibt, an dem sich sehr viele, vor allem auch sehr viele jüngere Wissenschaftler*innen beteiligen, die aus ganz unterschiedlichen erziehungswissenschaftlichen Teilgebieten, Lehr- und Forschungszusammenhängen, zum Teil auch aus verschiedenen pädagogischen Praxiszusammenhängen kommen. In einer der von EN:DIRA organisierten Online-Veranstaltungen (im Januar 2025) hat Markus Rieger-Ladich⁷ ebenfalls über die intellektuellen Hintergründe und Rahmungen der Neuen Rechten gesprochen und diese noch einmal aufgezeigt, so wie du es jetzt gerade in Bezug auf das Projekt der Metapolitik und den Kampf um kulturelle Hegemonie angesprochen hast.

4 Vgl. dazu z.B. Waldstein 2019/2015.

5 Kaiser 2023: 40.

6 Vgl. u.a. Deutscher Bildungsserver 2025.

7 Vgl. u.a. Rieger-Ladich 2025.

Und er hat dabei versucht, das auch aus einer allgemeinpädagogischen, bildungstheoretischen Perspektive zu beleuchten. Daran musste ich beim Zuhören gerade denken. Du hast gerade von einer Verantwortung gesprochen – und ich denke, dass ein Teil der Verantwortung auch darin besteht, immer wieder auch selbst Öffentlichkeiten herzustellen und zu reklamieren für eine andere Art der Auseinandersetzung, gerade auch unter Kolleg*innen aus den verschiedenen Gebieten im erziehungswissenschaftlichen Bereich – um sich Klarheit zu verschaffen, um sich zu vergewissern, um Wissen auszutauschen, zu teilen, um neue analytische und einordnende, einschätzende Möglichkeiten zu gewinnen. Und da ist für mich auch immer interessant, wie ihr diese Versuche, die da gemacht werden, wahrnehmt, weil eine der Grundfragen unserer Podiumsdiskussion damals ja war, wie wir zum Umgang mit pädagogischen Diskursen von rechts Stellung beziehen (können). Man könnte natürlich auch sagen, wie wir überhaupt mit diesen auf Pädagogik bezogenen, oder Pädagogik zumindest stark mitberührenden Diskursen von rechts umgehen (können). Das sind nicht nur die im engeren Sinne, bzw. unmittelbar auf Erziehung bezogenen Beiträge, davon hast du, Werner, ja gerade auch gesprochen. Obwohl das wahrscheinlich immer noch unser Hauptbezugspunkt hier sein wird. Sieglinde Jornitz, mögen Sie anschließen an Werner Thole?

Jornitz: Mich hat einer Ihrer Gedankengänge umgetrieben, Herr Thole, bezogen auf die wissenschaftliche Auseinandersetzung. Als ich mir noch einmal die Notizen angeschaut habe, die wir für das Podium damals hatten, das ja von Caroline Sommerfelds Buch *Wir erziehen* (2019) seinen Ausgang nahm, da erschien mir das teilweise wie aus einer anderen Zeit. Gleichzeitig weiß ich natürlich, dass viele der Figuren, in denen Caroline Sommerfeld schreibt oder auch, wie sie schreibt, durchaus charakteristisch für Texte aus der Neuen Rechten oder rechten Szene sind. Was mich umtreibt ist der Versuch, die wissenschaftliche Auseinandersetzung damit noch einmal zu unterscheiden von der politischen. Das eine bedeutet, sich genau anzuschauen, wie dort eigentlich argumentiert wird und für was. Da kann man wahrscheinlich, bezogen auf Sommerfeld, sagen, dass hier – obwohl sie an reformpädagogische Traditionen anknüpft – eine ganz klassische Form von Gehorsamsbeziehung zwischen Kindern und Erwachsenen gedacht wird, bei der man fragen müsste: Ist das etwas, was wir noch unter einer sehr konservativen bis rechten Form von Erziehung subsumieren können? Plus das Nicht-Befragen reformpädagogischer Traditionen von vor inzwischen ja über 100 Jahren, die auch nicht mehr eins zu eins in die heutige Situation zu übersetzen sind. Was mich umtreibt ist die Frage, was wir eigentlich machen, wenn wir uns schriftliche Dokumente aus der rechten Szene anschauen. Denn oftmals, und dafür ist, glaube ich, Sommerfelds Buch charakteristisch, ist diesen Texten argumentativ gar nicht so einfach zu begegnen. Da ist ganz oft kein scharfes Argument, sondern ein merkwürdiges Konglomerat von ganz Vielem zu finden, so dass man oftmals den Boden unter den

Füßen verliert. Und dann findet man sich auf einmal an einer Stelle wieder, wo die Ebene einer rationalen Auseinandersetzung schon längst verlassen worden ist. Der Diskurs in dieser rechten oder neurechten Szene bleibt aber zugleich in einer ganz strategischen Art und Weise unter einem wissenschaftlichen Deckmantel. Da wird oftmals auf selbst geschaffenen Bühnen agiert: die rechten Akteur*innen haben sich selbst Publikationsorgane geschaffen, Verlage und Institute – also eine Art akademische Gegen-Welt. Man sieht ja zunehmend, dass rechte Begrifflichkeiten Akzeptanz gefunden haben und dann kaum noch als etwas aus dem rechten Diskurs erkennbar sind. Und die Frage ist aber: Gibt es eine Möglichkeit das aufzuhalten? Was bedeutet das letztendlich für wissenschaftliches Arbeiten? Mir kommt die Aufgabe hier sehr groß vor, und gleichzeitig erscheint es mir, als ob man sich dabei mit den falschen Mitteln der Szene zuwendet. Das sind die Mittel, die man wissenschaftlich eben zur Verfügung hat. Aber diese wissenschaftliche Auseinandersetzung, was bedeutet die denn? Das ist ja keine Auseinandersetzung mit den Rechten selbst, sondern eine Auseinandersetzung mit deren (Diskurs-)Produkten. Wir behandeln sie genauso, wie wir andere Dokumente oder Quellengruppen auch behandeln würden. Und genau an der Stelle habe ich ein Unbehagen, das kann ich aber gar nicht genauer fassen. Es geht vielleicht um die Frage, ob hier womöglich gar nicht mehr wissenschaftlich agiert werden kann, und ob wir die Ebene wechseln müssen – uns auf eine Ebene begeben müssen, die nur noch politisch sein kann.

Maurer: Ich fand gerade diesen letzten Satz nochmal wichtig. Vielleicht können wir den festhalten und dazu nachher noch einmal dezidiert einsteigen: Müssen wir hier die Ebene wechseln? Und welche Rolle genau spielt hier der konkrete Kontext, und auch die Instrumentalisierung von wissenschaftlichen Mitteln und Medien für deutlich politische Zwecke?

Jornitz: Instrumentalisierung gibt es ja auch auf unserer Seite.

Thole: Ich finde es hochinteressant, wie Sie das gerade benannt haben, Frau Jornitz. Ich habe ein ähnliches Unbehagen in den aktuellen Auseinandersetzungen, wo wir sehr oft herausgefordert sind, in der Situation direkt zu reagieren. Jetzt aber sitze ich hier am Schreibtisch, und das ist ein anderes Setting. Hier befinden wir uns quasi in einer Situation, die es uns ermöglicht, darüber nachzudenken, wie wir uns positionieren könn(t)en, und vielleicht auch eher suchend Positionen zu entwickeln und zu formulieren. Und in dieser Situation würde ich dann sagen: es gibt keine gute, jedenfalls keine einfache Antwort auf diese Fragen. Aus einer erziehungswissenschaftlichen sowie sozialwissenschaftlich geprägten Position heraus würde ich sagen: Ja, so ein bisschen haben Sie schon recht mit Ihrer Aussage, aber im Kern würde ich dennoch widersprechen. Und zwar würde ich insofern widersprechen und darauf hinweisen, dass

erziehungswissenschaftliche Positionierungen immer auch normative, wertebezogene Horizonte aufrufen. Wenn Sie darauf verzichten, landen Sie im Bereich der inhaltlichen wie normativen Beliebigkeit. Und diese Beliebigkeit verliert sich da, wo Sie sich – ganz handlungspraktisch – in pädagogischen Settings artikulieren (müssen). Ich habe den Bezug auf die Sozialwissenschaften nicht ohne Grund hergestellt, weil über eine sozialwissenschaftliche Perspektivierung auch in der Erziehungswissenschaft mindestens seit sechs Jahrzehnten die Möglichkeit gegeben ist, Argumente auch empirisch zu prüfen und abzusichern. Die dennoch aufzurufenden normativen Kontexte können so gewissermaßen empirisch relationiert werden. Und gerade darin liegt der Unterschied gegenüber den ebenfalls wert- und normorientierten Positionen der nationalautoritären Rechten, wie ich sie in deren bildungs-, erziehungs- und auch sozialwissenschaftlich orientierten Diskursen meine entdecken zu können, weil diese im Kern ganz anders fundiert sind. Am Buch von Caroline Sommerfeld kann man das exemplarisch zeigen. Auch an den Arbeiten von Benedikt Kaiser. Beider Arbeiten können dabei nicht eins zu eins auf die politische Bühne transportiert werden, denn hier wird ja mit ganz anderen Begriffen gearbeitet. Am Beispiel der Familie bzw. der Bedeutung der Familie und der Familienerziehung lässt sich das, glaube ich, ganz gut deutlich machen. Im Programm der AfD steht, dass die Familie, bestehend aus Vater, Mutter, Kindern, die ‚Keimzelle der Gesellschaft‘ ist. Diese im Grunde ziemlich erwartbare Formulierung erfährt dann aber doch eine andere Tönung. Sie wird dort nämlich an Begriffe wie ‚Frühsexualisierung‘, Transgender, Kinderrechte und Fragen von Bildung und Erziehung gekoppelt. Sie wird ausgefranst in Bezug darauf, dass ein mehrgliedriges Schulsystem erwünscht ist, und sie wird natürlich auch noch einmal ethnopluralistisch gerahmt. Dieselbe Grundfigur finden wir unter anderem bei Caroline Sommerfeld. Sie ist ‚wertkonservativ‘ und erinnert an Pädagogen, die Sommerfeld in ihrer traditionellen Gebundenheit vielleicht sogar klüger liest, als ich oder andere sie übersetzt haben. Aber im Kern findet sich da die Vorstellung, dass Erziehung immer von Autorität geprägt ist. Caroline Sommerfeld argumentiert, dass gleichwertige Partner*innen in Erziehungsverhältnissen den Partner*innen keine Entwicklungschancen ermöglichen. Und darüber begründet sie, dass Individualität und die Entwicklung von Identität immer auf einem stabilen autoritären Beziehungsverhältnis basieren sollte, das sich über Unterschiede herstellt. Das buchstabiert sie dann auch in Bezug auf eine geschlechternormative Ordnung weiter aus, denn die Geschlechterordnung und die generationale Ordnung sind ein zentrales Gehäuse ihrer Vorstellung. Wenn wir das mit empirischen Erkenntnissen über die Bedingungen des Aufwachsens konfrontieren, dann werden wir relativ schnell feststellen, dass sich hier ein Modell oder ein Blick auf die Wirklichkeit revitalisiert, der den von Kindern und auch von Eltern gelebten Erwartungen nicht mehr entspricht. Die Eigenständigkeit, die Kinder und jüngere Jugendliche aufgrund veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen inzwischen für

sich reklamieren, die Ideen davon, dass sich die Geschlechterverhältnisse nicht mehr über ganz bestimmte hierarchisierte geschlechtliche Zuordnungen in Familien gestalten – all das sind Vorstellungen, die heute gesellschaftliche Realität sind. Die von den Individuen inzwischen auch gewünscht sind, und die Autonomie, Eigensinnigkeit und auch das ermöglichen, was von den rechtsnationalen Diskursen reklamiert wird: nämlich individuelle Freiheit. Wenn ich all das bedenke, dann entlarvt sich dieses Gebilde, das wir hier im Visier haben, ganz klar als Ideologieproduktion. Und da liegt, glaube ich, die entscheidende Differenz zu normativ angeregten und fundierten Überlegungen eines doch etwas aufgeklärteren Erziehungs- und Bildungsdiskurses.

Maurer: Ich möchte Sieglinde Jornitz gerne die Möglichkeit geben, falls gewünscht, dazu noch einmal in Resonanz zu gehen. Danach würde ich dann an Sarah Meyer weitergeben, gerade im Hinblick auf ihre aktuellen Recherchen und Analysen.

Jornitz: Ich möchte nur auf eine Sache zurückkommen, und zwar bezogen auf den normativen Horizont oder das normative Fundament. An der Stelle sind wir gar nicht different, Herr Thole. Das von Ihnen in Erinnerung gerufene Setting der Sozialwissenschaften und auch der Erziehungswissenschaft hilft, sich diesem normativen Fundament noch einmal anders bzw. erneut und mit großem Nachdruck zuzuwenden. Meine Wahrnehmung ist, dass um dieses Fundament in der Erziehungswissenschaft nicht mehr gerungen wird, sondern dass es manchmal fast verschwindet, oder nur noch in bestimmten Teildisziplinen präsent ist. Pädagogik ist immer an eine bestimmte Vorstellung gebunden, die jeweils ein normatives Fundament hat. Ich glaube, es wäre hilfreich dies stärker wieder zu explizieren, um die normativen Bezüge nicht den Rechten zu überlassen. Ich habe den Eindruck, als ob uns das auch nochmal dazu zwingt, etwas zu verdeutlichen, was in meiner Wahrnehmung tatsächlich in den letzten zehn, fünfzehn Jahren zurückgedrängt worden ist. Das hat natürlich auch viel mit der Disziplingeschichte zu tun.

Maurer: Ich würde da gern noch mal einen kleinen Impuls hineingeben, der genau darauf Bezug nimmt. Das Demokratiezentrum in Hessen, in dessen Kontext es ja auch um Beratung verschiedener zivilgesellschaftlicher Akteur*innen angesichts von radikal rechten Aktivitäten und ‚Landnahmen‘ geht, ist in Hessen an die Uni in Marburg angedockt, mit unterschiedlichen Forschungsbereichen und einem Weiterbildungsmaster. Im November (2024) gab es dort einen Fachtag, wo Susann Gessner, eine Kollegin aus der Politikdidaktik, zusammen mit Philipp Klingler⁸ aus empirischen Studien berichtet hat, in deren Rahmen untersucht wurde, wie präsent die Frage von Demokratie und

8 Beratungsnetzwerk Hessen o.J.

Demokratiebildung bzw. politischer Bildung im Lehramtsstudium eigentlich ist – und zwar im gesamten bundesdeutschen Kontext. Es wird dabei so eine Art Kartierung vorgenommen, an welchen Hochschulstandorten diese Themen explizit angesprochen werden – zunächst wird das über die Studienordnungen und Modulbeschreibungen rekonstruiert. Das sagt vielleicht noch nicht so viel aus, aber es ist doch ein Indikator. Die bisherigen Befunde diesbezüglich zeigen, dass entsprechende Themen bisher an kaum einem Standort als Inhalte des Lehramtsstudiums explizit formuliert werden. Darüber hinaus wurde von Interviews berichtet, die mit Lehramtsstudierenden und Lehrkräften an verschiedenen Schulen geführt worden sind. Und was ich sehr interessant fand, war diese ganze Auseinandersetzung um das Neutralitätsgebot. Das ist für mich in gewisser Weise vergleichbar mit dem Streit um Wissenschaftsfreiheit und Meinungsfreiheit, der ja von radikal rechter Seite auch als politische Waffe genutzt wird. Damit wird zugleich abgewehrt dass z.B. Verhältnisse von Ungleichheit und Ausgrenzung problematisiert werden können; es wird abgewehrt, dass sie infrage gestellt werden und dass dabei um das Normative auch gerungen wird. Es scheint tatsächlich vielen Menschen im Kontext des Lehramtsstudiums, Studierenden wie Lehrenden, aber auch Lehrer*innen und Schulleitungen vor Ort – das war eben ein Befund aus den besagten Studien – nicht bewusst, dass sie gesetzlich, sowohl auf Bundesebene als auch auf Länderebene, natürlich auf das Grundgesetz verpflichtet sind, auf ein demokratisches Gemeinwesen verpflichtet sind, und dass das Neutralitätsgebot nicht bedeutet, dass man sich nicht äußern kann, wenn es um Demokratiegefährdung geht – oder um die Frage, was Demokratie bedeutet, wie man an ihr arbeiten kann, wie demokratische Prozesse gestaltet werden können. Im Gegenteil: Kolleg*innen im öffentlichen Dienst, aber auch in anderen Bereichen von Erziehung und Bildung, müssten sich diesbezüglich eigentlich deutlich in einer Verantwortung sehen, die auch praktisch wird. Ich fand es jedenfalls ziemlich interessant, nochmal in die diversen Gesetzestexte hineinzugehen, und sich damit auch noch mal ganz konkret vor Augen zu führen, worauf Lehrkräfte, Schulleitungen und auch Hochschulverantwortliche sich beziehen können, inwiefern sie ausdrücklich dazu verpflichtet sind für bestimmte Dinge einzutreten; all das hat ja mit diesem normativen Horizont zu tun, von dem wir gesprochen haben. Aber das scheint nicht sehr stark im Bewusstsein zu sein und in der alltäglichen Praxis kaum eine Rolle zu spielen, geschweige denn sich in Studienordnungen niederzuschlagen. Das fand ich schon einen bemerkenswerten Befund. Also wir stecken mitten drin in der Frage, wo eigentlich die normative Orientierung abgeblieben ist. Auch im Rahmen des EN:DIRA-Netzwerks ist die Frage des Neutralitätsgebots verhandelt worden, und es wurde deutlich, dass es hier insgesamt einen ungeheuer großen Informations- und Klärungsbedarf gibt – nicht nur bei jüngeren Kolleg*innen in Qualifikationsphasen oder bei Studierenden.

Meyer: Ich möchte gerne an das Thema der Normativität anknüpfen, es ist ein Punkt, der mich in der Vorbereitung ebenfalls sehr stark beschäftigt hat. Ich glaube auch, dass die Erziehungswissenschaft dringend ihre Normativität als unvermeidlich, als unhintergebar offenlegen muss, jedenfalls viel stärker als sie es bisher tut. Und dass sie auch die Notwendigkeit von Bildung als normative Praxis begründen muss, das allgemein verständlich noch einmal klären und begründen muss. Gerade weil neurechte Diskurse versuchen diese Normativität von Pädagogik, Erziehungswissenschaft und auch Wissenschaft allgemein als ‚linke Ideologie‘ zu framen und damit im Grunde als ‚unwissenschaftlich‘ zu diskreditieren, um sich dann selbst als ‚objektiv‘ und ‚ideologiefrei‘ zu inszenieren. Das ist ja die Strategie dahinter. Und demgegenüber braucht es aus der Wissenschaft selbst, glaube ich, wiederum eine Strategie. D.h., Erziehungswissenschaft als Disziplin muss über ihre Normativität klarer kommunizieren, also immer wieder aktiv darauf hinweisen, dass Werte, Ziele, ethische Grundlagen immer Teil jeder Form von Bildung und Erziehung sind. Und sie muss noch deutlicher das zur Schau gestellte naive Wissenschaftsverständnis beziehungsweise diese Scheinneutralität rechter Diskurse dekonstruieren: Sie tun so, als seien sie ideologiefrei, obwohl sie natürlich selbst eine sehr starke Ideologie vertreten. Erziehungswissenschaft hätte aus meiner Sicht also den Auftrag aufzuzeigen, dass die Forderung nach ideologiefreier Bildung und Erziehung eigentlich selbst eine starke ideologische Position darstellt. Das ist der eine Punkt. Das alles hat natürlich auch etwas mit dem allgemeinen, öffentlichen, naiven Wissenschaftsverständnis zu tun, das immer Ideen mitträgt von „Wissenschaft hat keine politische Agenda“, „wissenschaftliche Begriffe sind objektiv“ oder auch „Wissenschaft ist wertfrei und basiert ausschließlich auf Fakten und Methoden“. Ich glaube, da braucht es noch mal eine andere Kommunikation, um eben diejenigen Punkte zu stärken, die tatsächlich eine gute Wissenschaft auszeichnen, gerade in Bezug auf Erziehungswissenschaft, die ja eben normativ gebunden ist und demokratische Werte verteidigen muss, weil es sonst keine Wissenschaftsfreiheit mehr gibt. Es braucht eine Klärung darüber, dass Wissenschaft auf Offenheit, auf Kritik, auf Dialog basiert. Und dass sie vor allem auch immer ein langfristiger und eben auch kollektiver Prozess ist. Denn gerade die Neuen Rechten, gerade die wissenschaftlich-intellektuell Tätigen, versuchen sich selbst immer als die wissenschaftlich ausgeschlossenen Alleinkämpfer zu inszenieren. Und das schließt natürlich an eine Vorstellung von Wissenschaft an, die Wissenschaft denkt als „da sitzen einzelne intellektuelle Genies allein an ihrem Schreibtisch, und dann kommt irgendwann die große, einzelne Idee, die dann alles verändert“, statt Wissenschaft als kollektiven langwierigen Prozess zu verstehen, der eben auch auf Konsensfindung basiert. Auch da schließt Erziehungswissenschaft an, und ich glaube, wir müssen auch noch einmal ein bisschen Selbstsensibilisierung hinsichtlich eigener Begriffe und Vorstellungen von Wissenschaft betreiben. Gille et al. (2019) haben für die Soziale Arbeit ganz gut herausgearbeitet, wo eigent-

lich ‚offene Flanken‘ erziehungswissenschaftlicher Theorien und Begriffe sind, die gewisse Anschlussmöglichkeiten in der Neuen Rechten oder der extremen Rechten ermöglichen. Und Frau Jornitz hatte im Rahmen der Podiumsdiskussion ja auch den Begriff der Erziehung noch einmal problematisiert, und zwar in der Hinsicht, dass es da sozusagen eine neue positive Kontextualisierung und Aufarbeitung aus der Erziehungswissenschaft selbst heraus braucht. Es gibt aber auch noch weitere Begriffe, auf die das zutrifft. Und all das hat natürlich ebenfalls mit der Frage der Normativität zu tun – und damit, wie wir Begriffe füllen, und warum wir sie so füllen, und nicht anders.

Jornitz: Ich würde gerne auf das Letztgenannte noch einmal eingehen. Ich finde an den Begrifflichkeiten wichtig, dass sie immer auch eine Geschichte haben. Das heißt, dass ein Begriff, den wir nach wie vor nutzen, mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht mehr dieselbe begriffliche Füllung hat wie vor 100 oder 50 Jahren. Wichtig ist ja, dass der Begriff weiterhin ein aufschließendes Potenzial hat, um uns etwas aus der sozialen Wirklichkeit zu erklären, damit ist er zugleich gebunden an die soziale Wirklichkeit, wie sie sich zu einem bestimmten Zeitpunkt darstellt. Es geht mir darum, dass erst das Wissen um die Geschichtlichkeit – nicht als ‚totes Wissen‘, sondern in einer lebendigen Form – dass eben erst dieses Wissen um die historische Gewordenheit den Zugriff darauf erlaubt, warum ein Begriff heute gegebenenfalls anders benutzt wird, aber weiterhin immer noch das Alte in sich trägt, wenngleich er nun eine neue Dimension hat. Und da kann man sich auch in der Disziplin der Erziehungswissenschaft an die eigene Nase fassen, weil das Bemühen um ein solches Bewusstsein nur wenig zu verzeichnen ist. Das hat viel mit Disziplinpolitik zu tun, auch mit dem Reduzieren der historischen Lehrstühle. Jedenfalls finde ich es wichtig zu reflektieren, warum etwas in der Semantik der Neuen Rechten verfängt, was dann aber gar nicht mehr auf die veränderte Wirklichkeit bezogen wird. Das hätte dann ebenfalls eine normative Strahlkraft, auch der Argumentation, die meines Erachtens eine politische Wirkung haben kann, ohne selbst Politik sein zu müssen.

Maurer: Ich finde, das noch mal einen sehr, sehr wichtigen Bezug, sich die Geschichtlichkeit unserer eigenen Denkmöglichkeiten vor Augen zu führen, diese auch immer wieder zu vergewissern – zu prüfen, wann damit was erkennbar und verstehbar wurde, und inwieweit etwas z.B. in Richtung ‚Öffnung, Weiterentwicklung, verantwortungsvolle Gestaltung‘ verbunden sein konnte, oder wie es auch in problematischer Weise umgewendet oder umgedeutet werden kann. Das aufschließende Potenzial bzw. diese qualitative Komponente, von der Sie gesprochen haben, scheint mir hier bedeutsam. Manchmal ist ja auch die Rede vom ‚Instandbesetzen von Begriffen‘. Dass man sich zum Beispiel den Begriff der Freiheit wieder erschließt, ihn sich kritisch-reflexiv aneignet. Das hat auch in der feministischen Theoriebildung eine Rolle gespielt

(z.B. Grubner/Birkle/Henninger (2016). Ich finde es ganz interessant (und notwendig!), Begriffe und Konzepte einerseits in ihrer historischen Situiertheit wahrzunehmen und zu kennen, sie ein Stück weit auch nachzeichnen zu können, und sie andererseits aber auch für die Jetztzeit neu zu bestimmen. Was könnte/müsste z.B. Freiheit denn jetzt heißen, und welche Herausforderung verbindet sich heute damit? Ein sehr prominentes Beispiel ist ja auch der Gemeinschaftsbegriff, oder der Begriff des Führens. Welche Rolle haben diese Begriffe in einem bestimmten historischen Kontext, in bestimmten Momenten gespielt? Wie konnten sie ‚aufgeladen‘ sein? Wie konnten sie Faszination entfalten? Wenn ich etwa an die Jugendbewegung denke, an gruppenpädagogische, auch allgemeinere sozialpädagogische Perspektiven, die sich historisch ganz stark gerade mit dem Gemeinschaftsbegriff verbunden haben – und die darüber zum Teil die Wahrnehmung einbüßten, was mit dem Bezug auf Gemeinschaft eben auch befördert werden konnte – z.B. die Kriegsverherrlichung 1914, oder der Übergang zur bzw. die Mitwirkung/Verstrickung in die NS-Pädagogik. Natürlich fällt es leichter so etwas zu sehen, wenn es aus einer zeitlichen Distanz angeschaut wird, als wenn man es gegenwärtig erkennen will. In der Gegenwart überstürzen sich ja häufig die (auch diskursiven) Ereignisse.

Meyer: Wenn ich mir aktuelle Beiträge zur Pädagogik der Neuen Rechten anschau, z.B. in der Zeitschrift „Sezession“, dann ist es da mitnichten so, dass etwas Ähnliches passiert wie in anderen thematischen Bereichen, für die ‚große neue Begriffe‘ entwickelt und inhaltlich gefüllt werden, wie das zum Beispiel mit dem Begriff der „Remigration“ geschehen ist; vielmehr werden hier eigentlich die immer gleichen Narrative, die immer gleichen Strategien wiederholt und wiederholt und wiederholt in den einzelnen Beiträgen. Es ist eigentlich eher so, dass man sagen kann: Es wird eine Masse von Texten produziert, die aber immer auf den gleichen Strategien basieren, auf den gleichen Argumentationsmustern; es sind eigentlich altbekannte Aspekte, die da immer wieder hervorgeholt werden: der ‚Niedergang des deutschen Bildungssystems‘, diese Dekadenznarrative in Bezug auf die aktuelle Bildungspolitik. Es sind die Narrative von Erziehung im Privaten als ‚Widerstand‘ gegen öffentlich getragene und gestaltete Bildung und Erziehung. Es sind Narrative von Elite, von Elitenbildung: „Wir müssen Leistungsförderung betreiben“. Diese meritokratischen Perspektiven werden stark hervorgehoben. Und zugleich werden damit natürlich auch starke Abwertungen von migrantisierten Personen eingeflochten, von Menschen, die (angeblich) weniger leistungsfähig sind und so weiter. Es sind die altbekannten Erzählungen, die hier vor allem auf das Bildungssystem oder auf die familiäre Erziehung angewendet werden. Im Wesentlichen immer die gleichen Erzählungen. Und für mich erzeugt das das Bild, dass es gar nicht so sehr um eine wirkliche inhaltliche Füllung von pädagogischen Themen geht, sondern dass dieses Feld von Pädagogik, Bildung, Erziehung nur als Schauplatz genutzt wird, um den Hegemoniekampf praktisch

werden zu lassen. Das ist mein Eindruck. Es geht nicht um eine wirkliche intellektuelle Beackering des Feldes.

Thole: Da würde ich Ihnen absolut zustimmen. Und das wird immer offensichtlicher, finde ich, gerade auch in der schon angesprochenen Zeitschrift. Die Beiträge setzen sich immer häufiger mit ganz basalen Fragen des Alltags auseinander. Gerade Ellen Kositzka macht das sehr geschickt. Wenn man liest, wie sie ihre Alltagserfahrung so ganz süffisant an eine ideologische Konstruktion von Erziehung koppelt und so illustriert, dass sie damit ‚erfolgreich‘ war, ist die Botschaft quasi: „Ihr könnt hier doch sehen, alle meine Kinder schaffen es in irgendeiner Form, den Weg durchs Leben erfolgreich zu gestalten.“ Zentral erscheint mir einerseits danach zu fragen, ob und in welcher Form sich diese ideologisierten Vorstellungen von Erziehung und Bildung, von pädagogischen Praktiken, zum einen im gesamtgesellschaftlichen Diskurs wiederfinden bzw. inwieweit sie dort aufgegriffen werden; zum anderen, ob – und wenn ja, in welcher Form – sie auch in wissenschaftlichen Diskursen auftauchen. Und diesbezüglich ist schon zu erkennen, dass Fragen der Elite und der Leistung, gekoppelt an einen sehr formalisierten Bildungsbegriff, in den Diskussionen internationaler und nationaler Vergleichsstudien an Bedeutung gewinnen. Es ist auch zu erkennen, dass mit bestimmten Vorstellungen von Aufwachsen kokettiert wird – wenn an prominenter Stelle gegenwärtig etwa erneut überlegt wird, ob nicht eventuell auch eine Kita-PISA-Studie durchgeführt werden muss. Da geht es nicht um die Initiierung von Bildungsprozessen, sondern um eine frühestmögliche Gestaltung des Aufwachsens, die darauf hin orientiert ist, den (unterstellten) Kompetenzerwartungen der Gesellschaft zu entsprechen. Von ‚Kompetenz‘ wird dann aber nicht gesprochen, sondern von ‚Bildung‘. Solche Diskursverschiebungen zu erkennen und zu markieren, ist eine Herausforderung – gerade für Erziehungswissenschaftler*innen, die für sich reklamieren, sensibel für Einsickerungen national-autoritärer Vorstellungen zu sein. Das betrifft übrigens nicht nur die Diskurse der Erziehungswissenschaft selbst, sondern auch Diskurse um die sozialwissenschaftlichen Rahmungen von Erziehung und Bildung. Hier findet insgesamt noch viel zu wenig statt. Auch weil wir uns scheuen, Kolleg*innen als Personen zu adressieren, die eine gewisse Nähe zu national-autoritären, exkludierenden Positionen aufweisen und die sich bewusst, explizit, oder eher implizit und subtil mit entsprechenden Argumenten an Auseinandersetzungen beteiligen, die manchmal auch von uns selbst gestaltet werden (wie z.B. Tagungen).

Maurer: Ich würde an dieser Stelle – vielleicht ein bisschen provozierend – gerne eine Kollegin zitieren, die sich u.a. im Kontext „Schwarze Menschen in Deutschland“ (ISD) engagiert. Sie hat in einem Gespräch vor ein paar Tagen gefragt: „Was haben wir eigentlich in der Erziehungswissenschaft verpasst und versäumt zu tun?“ – Ich habe da erst mal eine Gegenrede begonnen, und

gesagt: „Da passiert doch auch ganz viel, an ganz verschiedenen Ecken, und es wurden doch Versuche unternommen, noch mal neue Öffentlichkeiten für die Thematik zu schaffen.“ Aber sie hat einfach zugespitzt und drastisch formuliert, was vielleicht tatsächlich auch an der erziehungswissenschaftlichen ‚Community‘ insgesamt vorbeigegangen ist. Auch migrantische/migrantierte und Schwarze Kolleg*innen erheben die – schon lange mit Bezug auf eine (umfassend gedachte) Inklusion gebrauchte – Forderung: „Sprecht mit uns, nicht über uns!“ Das führt vielleicht auch noch mal zurück zu der Frage, wo wir in der Erziehungswissenschaft noch andere Aufmerksamkeiten hätten entwickeln müssen und können – auch zu einem früheren Zeitpunkt. Es ist oft ja müßig so zu denken und zu sprechen. Aber mich hat wirklich beschäftigt, wo eigentlich die Einhakpunkte für eine (selbst)kritische Intervention sind. Werner, du hast gerade selbst ein Beispiel dafür genannt, was uns da möglicherweise beeinflusst, uns z.B. daran hindert, auch öffentlich in eine konfrontativere Auseinandersetzung einzusteigen. Dieses Problem kennen wir auch aus anderen Gebieten, wo es um Vorstellungen von Kollegialität geht – Vorstellungen von einem bestimmten Regelwerk, auch einer bestimmten Kultur, wie man sich begegnet und miteinander spricht, wie man im Rahmen gemeinsamer Veranstaltungen agiert, und da oft in einer gewissen Zurückhaltung verbleibt – so habe ich dich jedenfalls gerade verstanden –, die aber in manchen Momenten vielleicht auch mal durchbrochen werden könnte oder sogar müsste. Ich finde das für mich selbst auch oft sehr schwierig. Um es an einem Beispiel aus meinem eigenen wissenschaftlichen Erfahrungszusammenhang zu verdeutlichen: Die AfD hat auf Bundes- und Landesebene ja immer wieder ‚Kleine Anfragen‘ gestellt, als bewusste Strategie, die ja auch als ‚Politik der kleinen Nadelstiche‘ bezeichnet wird. Das betraf auch ein interdisziplinäres Forschungsprojekt zu Antifeminismus, das wir vor ein paar Jahren an der Uni Marburg durchgeführt haben (Henninger/Birsl 2020). In diesem Zusammenhang haben dann auch ganz konkrete persönliche Angriffe auf einzelne Wissenschaftler*innen stattgefunden. – Ich fand es gut und sehr wichtig, dass unsere Hochschulleitung sich damals schützend und unterstützend verhalten hat.⁹ Unter anderem wurde in der Folge eine interdisziplinäre Ringvorlesung als Studium Generale organisiert, in der all diese umstrittenen Fragen von Wissenschaftlichkeit und Wissenschaftsfreiheit öffentlich aus ganz verschiedenen Perspektiven verhandelt worden sind. Und genau dort hat sich eben auch gezeigt, wie uns wohlvertraute Kolleg*innen, uns an anderer Stelle durchaus auch verbundene Kolleg*innen, ganz stark auf diese Figur der ‚Ideologisierung‘ bzw. der Gleichsetzung von ‚Links- und Rechtsextremismus‘ Bezug genommen haben. Im Sinne dieses ‚Hufeisenbildes‘, das ja immer wieder aufgerufen wird: „Das eine ist extrem, aber das andere ist auch extrem!“ Wo dann gar nicht mehr inhaltlich unterschieden wird oder werden kann. Und es war

9 Auf welche Faktoren diese nicht unbedingt selbstverständliche Haltung letztlich zurückzuführen ist, könnte noch einmal eigens rekonstruiert werden.

durchaus schwierig, das in dieser universitären Öffentlichkeit kollegial zu verhandeln. – Ich würde jetzt aber gerne noch fragen: Wo sehen Sie, seht Ihr vielleicht auch noch andere Momente – die einerseits etwas Produktives haben, etwas Öffnendes und Weiterführendes, wo sich Erziehungswissenschaft tatsächlich einbringt? Und wo sind vielleicht auch blockierende Momente zu verzeichnen, mit denen wir uns ernsthaft auseinandersetzen müssen?

Meyer: Das, was jetzt gerade eben angesprochen wurde, war das Feld der Wissenschaft selbst, waren die Kommunikationsweisen und Hemmnisse, die wir mit uns selbst herumtragen. Ein weiteres Feld, das ich für vollkommen unterbelichtet halte, gerade in der Erziehungswissenschaft, denn da sind andere Disziplinen schon sehr viel weiter, ist die Frage der Wissenschaftskommunikation hinein in die öffentliche Sphäre. Die ist, denke ich, ganz zentral, wenn wir über das Thema der ‚Landnahmen‘ der extremen Rechten in Wissenschaftsbezügen sprechen. Wir kommunizieren in einer Fachgemeinschaft in erster Linie für uns selbst, unter uns selbst, und in der Erziehungswissenschaft natürlich dann mehr oder weniger auch noch in Richtung (Fach-)Praxis. Aber an welchen Stellen wir eigentlich in den breiteren öffentlichen Diskurs treten, das ist in der Erziehungswissenschaft m.E. sehr unsichtbar. Und ich glaube, da braucht es Ideen. Denn gerade wenn wir uns in einem ‚Kulturkampf‘ befinden, ob wir das nun wollen oder nicht, wo es eben um diese Fragen von Deutung und von Wissenschaftlichkeit geht, dann ist man gezwungen sich da zu positionieren und sich auch zu präsentieren. Dann ist natürlich die Frage: Wer macht es, und welche Formate gibt es? Wie ist das in einem prekären Wissenschaftsalltag überhaupt zu integrieren, und wie ist das konkret umzusetzen? Wer verfügt auch über den institutionellen Rückhalt, mit den eigenen wissenschaftlichen Themen stärker in die Öffentlichkeit zu treten? Gerade wenn wir daran denken, dass wir in solchen Momenten meist auch als Einzelperson auftreten müssen, als einzelne Wissenschaftler*innen im öffentlichen Diskurs in Erscheinung treten, und dann eben auch mit zunehmender verbaler Gewalt konfrontiert sind, mit dem rechtsextremen Online-Mob zum Beispiel. Dennoch glaube ich, dass wir nicht umhinkommen darüber nachzudenken, wie man diese öffentliche, vor allem auch mediale Sphäre stärker bespielen kann, auch wenn es unangenehm sein mag und der Wissenschaftstradition erst mal zu widersprechen scheint. Wie schnell es dann doch gehen kann, dass Wissenschaft instrumentalisiert, gar in ihren Grundfesten erschüttert wird, das sehen wir ja gerade am Beispiel der USA. Und ich glaube, es ist notwendig, dass man sich wappnet, auch wenn man als Wissenschaftler*in natürlich alles andere möchte, als in einen solchen Kampf hineingezogen zu werden. Ich habe aber keine Phantasien, wie das angesichts der Strukturen von Wissenschaft in Deutschland gut gelingen könnte.

Jornitz: Ich weiß nicht, ob das dazu passt, aber meine letzte Lektüre aus der Tageszeitung war die Beschreibung eines sozialpädagogischen Zentrums in Suhl in Thüringen. Die Stadt Suhl selbst hat mit einem massiven Rückgang der Einwohnerzahl und mit einer massiven ‚Überalterung‘ zu kämpfen. Und die Sozialpädagogin, die ein Zentrum leitet, das nach der Schule ‚Auffangstätte‘ ist, wo es Essen und eine Tagesstruktur für Kinder aus Familien gibt, die das oft nicht selber leisten (können), ist damit konfrontiert, dass die AfD in der Stadt offenbar Jugendangebote für die „Generation AfD“ macht. Das ist zwar nichts prinzipiell Neues, fällt jetzt aber natürlich in den finanziell prekär aufgestellten Kommunen auf einen anderen Boden. Ich fände das eine interessante Volte, auch darüber zu sprechen. Pädagogisches ist ja im Spiel, wenn Eltern, Kinder, Jugendliche und das Aufwachsen im Fokus stehen – deshalb kam mir dieser Zeitungsartikel über die Situation in Suhl wieder in den Sinn. Da wäre ganz konkret Unterstützung auch aus der Wissenschaft denkbar. Also z.B. eine gute Begründung dafür, warum es ein solches Zentrum braucht, und dass es nicht sein kann, dass man gerade daran spart. Dass die AfD offensichtlich Geld genug hat, in solche Lücken zu springen, das schreit danach – ich kann es jetzt nicht anders formulieren – eine Rückenstärkung aus der Wissenschaft heraus anzubieten, für die pädagogischen Fachkräfte, die vor Ort tätig sind. Das ist jetzt noch keine konkrete Idee, aber das scheint mir doch ein Aspekt zu sein, der ebenfalls zur Frage der Wissenschaftskommunikation gehört. Pädagogik ist ja immer auch eine Wissenschaft ‚engagée‘, und ich wüsste auch gar nicht, wie man Pädagogik anders betreiben könnte.

Maurer: Ich finde diesen Punkt sehr wichtig. In der Sozialen Arbeit und Sozialpädagogik diskutieren wir natürlich sehr stark, wie bedeutsam eine gute Infrastrukturpolitik ist, wie man die unterstützen und mit begründen kann, und ob man in die Auseinandersetzungen um Finanzierung nicht vielleicht noch viel offensiver und aktiver reingehen müsste. Ich nenne mal zwei Beispiele, die sind beide aus Sachsen. In dem einen Fall hat eine Gruppe von Kolleg*innen es tatsächlich geschafft, Jugendliche wieder ‚zurückzugewinnen‘, die vorher in rechten Szenen verkehrt haben. Daran ist mit einem ganz langen Atem über Jahre hinweg gearbeitet worden, vor dem Hintergrund einer im ländlichen Raum insgesamt ja völlig ausgetrockneten Infrastruktur für Kinder und Jugendliche. Und nur dadurch, dass es diesen ‚anderen Ort‘ langfristig gab, und dass es auch diese konkreten Menschen langfristig gab und sie nicht irgendwann wieder ‚verschwunden‘ sind, konnten sich die Jugendlichen dann damit verbinden. Auch das, was dort geschieht und gelungen ist, ist natürlich immer wieder durch die Streichung von Fördermitteln bedroht. Und es stellt sich wirklich die entscheidende Frage, wo die Kräfte und Ressourcen herkommen sollen, um dem, was als ‚rechte Jugendarbeit‘ bezeichnet wird, auch langfristig etwas entgegenzusetzen. Das andere Beispiel ist das Careleaver-Zentrum in Dresden. Das ist eine für mich sehr beeindruckende Einrichtung, die ganz stark

auch auf Selbstorganisation beruht, unterstützt von engagierten Fachkräften. Und dieses tolle Projekt steht jetzt (Jahreswende 2024/25) ganz unmittelbar vor dem ‚Aus‘, weil die finanzielle Förderung ganz kurzfristig eingestellt werden soll. Es wird gerade noch darum gekämpft, und es gibt auch konkrete Unterstützungsversuche, auch von hochschulischer Seite. Diese beiden Beispiele zeigen für mich, wie wichtig es ist, dass Menschen aus unterschiedlichen Bereichen, gerade auch aus der Pädagogik, der Erziehungswissenschaft und Sozialpädagogik, sich zur Qualität und Bedeutung von solchen Orten und Projekten auch öffentlich fachlich äußern; dass sie sich dazu äußern, was es bedeutet, wenn man diese Orte und Projekte preisgibt. Welcher Schaden da entsteht – nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für die fachliche Entwicklung, und für das, was in einem demokratischen Gemeinwesen ermöglicht werden muss.

Meyer: Das sind alles wichtige Punkte. Allerdings ist es immer ein ‚Einspringen‘, wenn schon ein Problem da ist. In der Sozialpädagogik ist es, glaube ich, durchaus auch in der Disziplin kulturell etabliert, die Profession da enger zu unterstützen. Schwieriger wird es, wenn es um die Frage von Narrativen geht; wir haben ja davon gesprochen, dass die Neue Rechte Narrative setzt, die sie sehr geschickt in den öffentlichen Diskurs einbringen kann. Das schafft sie wirklich sehr geschickt. Und ich habe den Eindruck, dass es aus der Wissenschaft heraus schwer fällt, eigene produktive, positive Narrative über ihre Forschungsthemen und -befunde in die Öffentlichkeit zu bringen. Das passiert einfach nicht – wenn überhaupt, dann nur ganz selten, in irgendwelchen einzelnen Interviews. Und ich glaube, das ist ein Feld, wo man hindenken und hinschauen müsste. Gibt es dazu Ideen, und wie könnten sie realisiert werden? Gerade die sozialen Medien sind ja ein Raum, wo heutzutage sehr stark Meinungsbildung und öffentliche Diskurse stattfinden. Und da stellt sich schon die Frage, wie Wissenschaft in diesen Räumen eigentlich repräsentiert ist – gerade, wenn es nicht nur um eine akute Reaktion auf etwas geht, sondern eher um eine Vorbereitung, um ein Lancieren von ‚anderen‘ Narrativen.

Maurer: Ich möchte noch ein anderes Beispiel anführen, das dazu vielleicht passt. Kolleg*innen in Bielefeld versuchen jetzt gerade einen anderen Weg zu gehen, und das fand ich interessant. Da gab es so eine Aussage wie: „Wir brauchen nicht noch ein weiteres Buch, einen weiteren Sammelband; wir müssen auf einer ganz anderen Ebene agieren und versuchen, in anderen Öffentlichkeiten präsent zu sein und mit anderen Akteur*innen zu kooperieren, auch über verschiedene Sphären hinweg.“ In einem solchen kooperativen Netzwerk werden sie demnächst ein ‚Festival des Denkens, Fühlens und Handelns‘¹⁰ veranstalten, in dessen Rahmen auch viele künstlerische und gemeinwesenbezogene Aktivitäten an verschiedenen Orten mit verschiedenen Akteursgruppen

10 <https://www.dfh-festival.de>.

stattfinden. Das ist so ein Versuch, glaube ich. Und was ich damit ansprechen möchte, ist dieses disziplinübergreifende Moment, auch das Akteursgruppen-übergreifende Moment. Es gibt ja Leute, die können das einfach besser als viele aus unserem eigenen Feld – diese ganzen soziokulturellen und Social-Media-Dimensionen wahrzunehmen, zu verfolgen und zu bespielen, sie konkret aufzugreifen. Das wäre für mich jedenfalls eine für die Zukunft sehr notwendige Perspektive, wie man zu einer Etablierung von anderen Arbeitsweisen, Denkweisen und Artikulationsweisen kommen kann.

Thole: Dass Vertreter*innen der Erziehungswissenschaft immer wieder darüber sprechen, wie sie in der Öffentlichkeit mit ihren Vorstellungen präserter werden können, das ist so, seit ich zurückblicken kann. Und dass nur wenige Vertreter*innen der Erziehungswissenschaft in den breit rezipierten Medien Aufmerksamkeit finden, das können wir ebenfalls konstatieren. Wir können uns darüber beschweren, dass für entsprechende Fragen, für die wir uns zuständig erachten, eher Kolleg*innen aus der Soziologie oder der Psychologie angefragt werden, aber das ist vielleicht auch müßig. Das andere Feld, über das vorhin gesprochen wurde – da glaube ich, dass das Pädagog*innen relativ gut gelingt, sich in Konflikte in bestimmten regionalen Räumen, gerade in Bezug auf die Fragen, die wir hier mitdiskutieren, einzubringen und sich da zu artikulieren. Das ist in den neuen Bundesländern der Fall, das war auch schon in den älteren Bundesländern der Fall – gerade in Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit. Das gehört sozusagen zum Alltag der in diesen Feldern engagierten Mitarbeiter*innen. Ich finde es wichtig, dass wir das beobachten und versuchen uns hier zu zeigen, und dass wir die Herausforderung annehmen, auch mit neuen sozialen Medien souveräner und präserter umzugehen. Als ich vorhin die Anmerkung formulierte, dass wir kritischer mit uns selbst und öffentlich präserter mit unseren Argumenten umgehen sollten, da bezog ich mich auf unsere innerwissenschaftlichen, manchmal doch sehr geschlossenen Diskurse. Wer von uns hat sich schon einmal intensiv mit dem „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“¹¹ auseinandergesetzt, mit Positionen, wie sie etwa Sandra Kostner vertritt, die wie Sommerfeld ihre Einlassungen mit dem Begriff der ‚Identitätslinken‘ rahmt – eine Figur, die die Diskussion um Migration und Ungleichheit ja durchaus mitbestimmt. Ich kenne keinen Beitrag aus unseren Reihen, der prominent gesagt hat: „Nein, so nicht.“ Ich kenne bislang auch keinen Beitrag, der sich mit den im Kontext dieses Netzwerks präsenten weiteren Erziehungswissenschaftler*innen kritisch beschäftigt und z.B. danach fragt, inwiefern Manfred Lüders, Florian von Rosenberg, oder – für den Bereich „Pädagogik der frühen Kindheit“ – Wilfried Schmied¹² sich in diesem

11 <https://www.netzwerk-wissenschaftsfreiheit.de>

12 Die genannten und noch andere Kolleg*innen aus der Erziehungswissenschaft sind Mitunterzeichnende eines Manifests zur „Wissenschaftsfreiheit“, mit dem das Netzwerk Anfang Februar 2021 an die Öffentlichkeit trat.

Zusammenhang aktiv engagieren, und ob bzw. in welcher Weise sie auch ihre pädagogischen Positionen über dieses Engagement rahmen. Die Ausgangsbestimmung, die diese Kolleg*innen eint ist die, dass es ‚Diskursbeschränkungen‘ in der Erziehungswissenschaft gibt, und dass die Möglichkeiten, Themen mit bestimmten theoretischen Ambitionen zu präsentieren, nicht sehr groß sind. Das wird auch in dem ersten „Jahrbuch Wissenschaftsfreiheit“ (2024) durch einen Beitrag von Bernd Ahrbeck und anderen so formuliert¹³, wo vier Zeitschriften der Erziehungswissenschaft, nämlich die „Zeitschrift für Pädagogik“, die „Zeitschrift für Erziehungswissenschaft“, die „Neue Praxis“ und die Zeitschrift „Soziale Arbeit“ daraufhin untersucht werden, ob in dem Zeitraum 2017 bis 2022 Fragen von Transgender und Genderdysphorie diskutiert wurden. Sie kommen dann zu dem Ergebnis, dass diese bedeutsamen Themen dort nicht diskutiert wurden und schlussfolgern, dass in den betrachteten Zeitschriften ‚Diskursbeschränkungen‘ wahrzunehmen sind. Sie meinen damit konstatieren zu können, dass die Freiheit der wissenschaftlichen Artikulation in diesen erziehungswissenschaftlichen Zeitschriften nicht gewährleistet sei. Dass dieser Befund das Resultat einer selektiven Sichtung der Zeitschriften ist und forschungsmethodisch nicht unbedingt souverän erscheint, weil hier keineswegs rekonstruktiv oder hermeneutisch, sondern im Kern subsumptionslogisch vorgegangen wurde, also normativ-setzender Empirismus betrieben wurde, bleibt bei der Rezeption der vorgetragenen Befunde zumeist ausgeblendet. Ich nehme auch in diesem Fall wahr, dass problematische Denkfiguren und Aussagen in wissenschaftliche Diskurse einsickern; wahrscheinlich gibt es noch viel mehr solcher Beispiele, und auch feiner gestrickte. Gegenwärtig, so meine ich, zeigen wir uns diesen Einmischungen gegenüber sehr zurückhaltend, nehmen sie allenfalls lächelnd zur Kenntnis und meinen darauf verzichten zu können, sie auch zu diskutieren. Möglicherweise findet das auch nicht statt, weil jüngere Kolleg*innen befürchten (müssen), über entsprechend kritische Beiträge oder Kommentierungen in ihren Karrierechancen beeinträchtigt zu werden – vor allem, wenn eine derartige Auseinandersetzung mit prominenten Vertreter*innen der Erziehungswissenschaft zu führen wäre. Die Herausforderung besteht – wie bereits zuvor erwähnt – immer auch darin, sich mit den politisch-kulturellen Selbstverortungen und darüber motivierten inhaltlichen Positionierungen auseinanderzusetzen.

Maurer: Das muss man, glaube ich, einfach mal so festhalten. Ich fand auf jeden Fall diese Frage der Narrative wichtig, die wir vorher besprochen haben. Aber natürlich auch die Frage, wo entsprechende Auseinandersetzungen stattfinden, und ob wir das ausreichend zur Kenntnis nehmen? Findet eine aktive und auch offensivere Auseinandersetzung damit statt, oder eher eine Politik der Nichtberührung? Ich nehme jedenfalls wahr, dass es das Bedürfnis zu

13 Vgl. Ahrbeck et al. 2024.

geben scheint, mit all diesen komplexen und komplizierten Themen gar nicht erst in Berührung zu kommen, sich davon möglichst weit zu entfernen – denn eine*r könnte ja auch ‚etwas falsch machen‘ dabei. Und damit werden diese Felder tatsächlich anderen politischen Kräften überlassen, die sich darin dann ausbreiten können, um mal ein solches Bild zu verwenden. Ganz konkret wurde das für mich im Fall eines Buchprojektes, das im selben Publikationsumfeld erscheinen wird wie das von dir vorhin angesprochene Jahrbuch. Wir haben das mit dem für uns zuständigen Verlag dann intensiv diskutiert, und der Verlag hat uns angeboten, eine ‚Gegenpublikation‘ zu schreiben. Das ist aber gar nicht so leicht und lässt sich nicht einfach aus dem Ärmel schütteln. Da sind wir auch wieder bei den Arbeitsbedingungen. Eine*r hat ja nicht unbedingt die zeitlichen Ressourcen, um dann ‚einfach mal so‘, ‚ganz locker‘, einen solchen Raum, wenn er tatsächlich angeboten wird, auch zu nutzen. Dazu kommt die politische Überlegung, ob wir dem besagten Jahrbuch selber noch zusätzliches Gewicht geben, wenn wir eine Gegenveröffentlichung dazu machen. Das ist ja das alte Dilemma... Aber manchmal denke ich, wir hätten es eigentlich machen sollen, vielleicht sogar machen müssen.

Wir steuern jetzt auf das Ende unseres Gesprächs zu, in dem wir die Fragen erneut verhandelt haben, die damals von Christine Thon für das Podium formuliert worden sind. Wir haben uns dabei nicht mehr so konkret auf Sommerfeld bezogen – ihr Buch und ihre Position waren trotzdem noch ein Thema für uns. Von heute aus sind wir noch mal anders mit den damaligen Fragen umgegangen und haben uns darüber ausgetauscht, wie sich die Problematik heute für uns darstellt, was uns diesbezüglich gerade umtreibt und beschäftigt. Ich habe den Eindruck, dass wir dabei vielfältige Aspekte berührt haben. Man kommt dabei natürlich immer an eine bestimmte Grenze, wo sich weiterhin – oder auch weitere – Fragen stellen. Ich sehe es eher als eine Suchbewegung, die wir hier gemeinsam vollzogen haben.

Literatur

- Ahrbeck, Bernd/Felder, Marion/Kunze, Axel Bernd/Reichardt, Tobias (2024): Wortüber wird in der Pädagogik publiziert? Welche Themen bleiben ausgespart? In: Netzwerk Wissenschaftsfreiheit e.V. (Hrsg.): Jahrbuch Wissenschaftsfreiheit, Band 1, Heft 1. Berlin: Duncker & Humblot, S. 11–36.
- Beratungsnetzwerk Hessen (o.J.): Im November 2024 in Marburg: Fachtag „Rechtsextremismus und Demokratiegefährdung – Herausforderungen für Arbeitsfelder der Pädagogik, Beratung und Sozialen Arbeit“. <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/forschung-weiterbildung/fachtag-rechtsextremismus-und-demokratiefeindlichkeit/> [Zugriff: 22.05.2025].

- Deutscher Bildungsserver (2025): Vernetzen gegen Rechts. Fragen an die Gründer*innen des Erziehungswissenschaftlichen Netzwerks Diskursintervention Rechtsaußen (EN:DIRA). In: bildung.social, 08.04.2025. <https://bildung.social/@DeutscherBildungsserver/114301852273081801> [Zugriff: 22.05.2025].
- Deutschlandfunk (2024): Das Potsdamer Treffen, die AfD und die „Remigration“, 30.12.2024. <https://www.deutschlandfunk.de/potsdamer-treffen-remigration-afd-100.html> [Zugriff: 22.05.2025].
- Gille, Christoph/Jagusch, Birgit/Poetsch, Steffen/Hilgers, Lisa/Kronies, Antonia/Drücker, Ansgar/Kerber, Alexander/Yakin, Bejan (2019): Die Neue Rechte in der Sozialen Arbeit in NRW: Exemplarische Analysen. (FGW-Studie Rechtspopulismus, soziale Frage & Demokratie, 3). Düsseldorf: Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung e.V. (FGW). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-67153-2>.
- Grubner, Barbara/Birkle, Carmen/Henninger, Annette (Hrsg.) (2016): Feminismus und Freiheit. Geschlechterkritische Neuaneignung eines umkämpften Begriffs. Königstein/Ts.: Ulrike Helmer.
- Henninger, Annette/Birsl, Ursula (Hrsg.) (2020): Antifeminismen. ‚Krisen‘-Diskurse mit gesellschaftspaltendem Potenzial? Bielefeld: transcript.
- Kaiser, Benedikt (2023): Alltagsverstand und gesunder Menschenverstand. In: Sezession 116, S. 39–43.
- Kubitschek, Götz (2023): Beobachtungsebenen. In: Sezession 116, S. 1.
- Rieger-Ladich, Markus (2025): Was will die Neue Rechte? In: Stuttgarter Zeitung 100, 25./26.01.2025.
- Sommerfeld, Caroline (2019): Wir erziehen. Zehn Grundsätze. Schnellroda: Antaios.
- Waldstein, Thor von (2019/2015): Metapolitik. Theorie – Lage – Aktion. Schnellroda: Antaios.

IV. Statt eines Ausblicks

„Bessere Geschichten“ in der Hochschulbildung – Listige Strategien für die Geschlechterforschung oder: Was kann man tun, wenn man nichts tun kann? Kann der Henker ein Verbündeter der Geschlechterforschung sein?¹

Andrea Pető

Die zeitgenössische Situation, in der wir uns befinden, ist geprägt von Umweltzerstörung, politischer Polarisierung, von strukturellen und anderen Formen von Gewalt, sowie von der Umwandlung der liberalen Demokratie in Autokratien unterschiedlicher Ausprägung. Dies erklärt die Dominanz apokalyptischer Visionen und Untergangsszenarien im politischen Diskurs und in den Medien. Wir sind alle müde, erschöpft, hoffnungslos und deprimiert. In Gesprächen in Universitätskantinen beklagen sich die Lehrkräfte über fehlende Mittel, die unkooperative und fordernde Verwaltung und die unkooperativen Studierenden. Erfolgsgeschichten, und die Freude, die wir nach einer erhellenen Diskussion mit Kolleg_innen und Studierenden empfinden, kommen in diesen Gesprächen nur selten vor. Der Mangel an Analyseinstrumenten, um die neuen Entwicklungen zu verstehen, trägt ebenfalls zur Verwirrung bei. Die Vereinnahmung des feministischen Diskurses, Vokabulars und der Institutionen durch Kräfte, die die hart erkämpften Errungenschaften der Gleichstellungspolitik entleeren und instrumentalisieren, ist schmerzhaft und verwirrend.

Unglücklicherweise wird das „grimmige Geschichtenerzählen“ oft auch in einer ausgrenzenden, rassistischen und (hetero)sexistischen Art und Weise genutzt, um Angst und Unsicherheit zu schüren und eine zunehmend repressive nationalistische Politik zu propagieren. Gleichzeitig spielt das „grim storytelling“ eine große Rolle in den Sozialwissenschaften, wo die Reaktion auf den gegenwärtigen Zustand der Welt oft darin besteht, sich auf den Niedergang, das Leiden, den Zusammenbruch und die Konflikte zu fokussieren.

Können wir über pessimistische Rahmungen hinausgehen und gleichzeitig neue Instrumente entwickeln, um die sozialen, politischen und ökologischen

1 Andrea Pető, Professorin für Gender Studies an der CEU in Wien, wurde am 15. September 2022 mit der Ehrendoktorwürde der Södertörn Universität in Stockholm (Schweden) ausgezeichnet. Dieser Text ist eine überarbeitete und ausgearbeitete Version ihres Vortrags „Why Do Universities and Academic Freedom Matter?“, den sie bei der Preisverleihung hielt. Für diesen Sammelband wurde der Text von Susanne Maurer und Ayla Fedorchenko ins Deutsche übertragen.

Herausforderungen zu bewältigen, vor denen wir in Europa und darüber hinaus stehen? Was sind die Folgen des „düsteren Geschichtenerzählens“ – die diese Bereiche, und zunehmend auch den ästhetischen Bereich (unsere ganze Wahrnehmung), durchziehen und bestimmen? Und welche Möglichkeiten könnten sich durch „bessere Geschichten“ ergeben – Geschichten von politischen, akademischen und ästhetischen Interventionen, die affektive, verkörperte und transformative Alternativen bieten? Durch das Stellen solcher Fragen will dieser Beitrag das Lebbare und Lebenswerte erforschen, verstehen und sichtbar machen – will Alternativen zu den „düsteren Geschichten“ von der Gegenwart bieten.

Mein Versuch, von den „düsteren Geschichten“ wegzukommen, ist umso wichtiger, weil ich eine ‚dreifache Verliererin‘ bin, was meine Rolle als Professorin für Gender Studies an der CEU [Central European University] angeht (Pető 2020): Erstens wurde mein akademisches Fach, die Gender Studies, ohne jede Rücksprache von der Liste der akkreditierten Studiengänge gestrichen.²

Zweitens wurde die CEU gezwungen von einem EU-Mitgliedsland in ein anderes zu ziehen, um ihre akademische Freiheit zu wahren (von Budapest/Ungarn nach Wien/Österreich).

Und drittens musste ich selbst aus dem ungarischen Akkreditierungsausschuss zurücktreten, da der Präsident des Ausschusses verlangte, dass ich meinen von Expert_innen begutachteten wissenschaftlichen Artikel aus der sonst weniger bekannten deutschen wissenschaftlichen Zeitschrift *„Berichte zur Wissenschaftsgeschichte“* zurückziehen sollte.³ Inzwischen ist dieser Artikel über illiberale akademische Autorisierung zum meistgelesenen Artikel in der Zeitschrift geworden. Diese ungewollte Anerkennung oder, wie Eric Fassin es formuliert, diese „paradoxe Anerkennung“, schuf eine politische Gelegenheit dazu, meine Gedanken mit einem außerordentlich breiten Publikum zu teilen.

Dieses Papier stützt sich auf zwei Argumente:

1. „Grimmigtes Geschichtenerzählen“ erfasst nur einen Teil der Geschichte und muss daher durch „bessere Geschichten“ ergänzt werden – Geschichten, die ein Verständnis für das menschliche Potenzial, die Kreativität und Widerstandsfähigkeit, die Verbundenheit und auch die geteilte „Verwundbarkeit“ schaffen (Georgis 2013).
2. Die Tendenz zum „düsteren Geschichtenerzählen“ in den kritischen Sozialwissenschaften stellt eine große Einschränkung des Vorstellungsvermögens dar – der Möglichkeiten, sich diejenigen

2 Weitere Informationen zum Prozess finden sich in Kováts (2018).

3 <https://www.theguardian.com/world/2021/nov/30/hungarian-academic-andrea-peto-quits-in-censorship-row>.

Veränderungen vorzustellen und umzusetzen, die Europa jetzt am dringendsten braucht, um das europäische Projekt voranzubringen.

In ihrer Kritik an einer „düsteren Anthropologie“ fragt Sherry Ortner kurz und bündig: „Welchen Sinn hat der Widerstand gegen den Neoliberalismus, wenn wir uns nicht auch bessere Lebensweisen und eine bessere Zukunft vorstellen können?“ (Ortner 2016: 60). Deshalb ist es wichtig, dass die alternativen Werkzeuge der Wissensproduktion und die Praktiken des politischen Engagements, die bereits in verschiedenen aktivistischen Communities in ganz Europa umgesetzt werden, besser sichtbar werden. Ebenso wichtig ist es, diese alternativen Instrumente der Wissensproduktion und des politischen Engagements in eine Methodologie zu übersetzen, mit der sie auch hinsichtlich ihres Potenzials für Politik in einem größeren Maßstab erkennbar gemacht werden können. Dafür ist eine Neubetrachtung der Produktivität einer kritischen sozialwissenschaftlichen Praxis dringend erforderlich. Die Voraussetzung einer kritischen sozialwissenschaftlichen Praxis ist akademische Freiheit. Sie ist der Schlüssel für die Formulierung und das Erzählen der „besseren Geschichten“, denn die ‚bessere Geschichte‘, als kreatives Moment und als Medium, schwierige Erfahrungen zu überleben, ist zugleich das Prinzip dafür, wie Menschen durch das gemeinsame Teilen einer Geschichte kollektiv besser überleben können (vgl. Georgis 2013: 13).

Bildung ist ein Raum, in dem das „kollektive Teilen“ von „besseren Geschichten“ geschieht. Diese Geschichten können literarische oder historische sein, eine Familiengeschichte oder Ihre eigene Geschichte. Das Teilen kollektiver Geschichten ist ein mächtiges Werkzeug im Kampf gegen düsteres Geschichtenerzählen (Altınay/Pető 2022). Mit diesem Artikel teile ich meine persönlichen Erfahrungen sowie theoretische und strategische Einsichten darüber, wie die Geschlechterforschung bei illiberalen Angriffen überleben und sogar gedeihen kann.

1 Zur neuen Bedrohung von Gender Studies und akademischer Freiheit

Um Widerstand leisten zu können, müssen wir zunächst wissen, welcher Gefahr wir gegenüber stehen, wenn die Geschlechterforschung durch Anti-Intellektualismus und die Vereinnahmung ihrer Sprache bedroht und delegitimiert wird. Ich nehme hier Bezug auf eine spezifische Transformation von Staatlichkeit, die von Weronika Grzebalska als illiberale polypore Staatlichkeit gefasst wird und die auf einem den entsprechenden Staaten gemeinsamen Modus Operandi basiert (Grzebalska/Pető 2018).

Der Polypor ist ein parasitärer Porenpilz, der auf Holz lebt und nichts anderes produziert als weitere Polypore. Im Gegensatz zu Politikwissenschaftler_innen, die die Effektivität dieser illiberalen Staaten bewundern, die demokratische Institutionen zerstören (Krastev 2018), argumentieren wir, dass Polyporstaaten keine originellen Ideen haben; vielmehr übernehmen sie die Ideen anderer und nutzen sie für ihre eigenen Zwecke: die Selbsterhaltung ihrer eigenen, separaten Welt.

Frühere autoritäre Regime übernahmen bestehende wissenschaftliche Institutionen und verwandelten sie in explizit ideologische Einrichtungen, wie z.B. Forschungsinstitute für die Geschichte der Kommunistischen Partei oder für ‚Rassen-Hygiene‘. Im Gegensatz dazu tarnen sich polypore Institutionen als „echte“ akademische Institutionen.⁴

Der polypore Staat schafft nicht nur parallele Institutionen, sondern schwächt auch die bereits bestehende Infrastruktur und diskreditiert deren Aktivitäten. Der illiberale Staat zerstört zudem systematisch alle anderen bestehenden Mechanismen der wissenschaftlichen Beurteilung, indem er entleerte Institutionen in performative Formalitäten verwandelt und sie zu bloßen Simulakra der ursprünglichen Institutionen macht.

Polypore Institutionen und bisherige staatliche Institutionen mit demselben Profil unterscheiden sich dadurch, dass die verfügbaren staatlichen Mittel für die Polypor-Institutionen grenzenlos zu sein scheinen, da nun Mittel aus den anderen staatlichen Institutionen in die Polypor-Institutionen gepumpt werden, was zur weiteren Verarmung der bestehenden staatlichen Institutionen (etwa Schulen und Universitäten) führt.

Meine persönliche Geschichte veranschaulicht, dass Angriffe auf die akademische Freiheit nicht in „fernen Ländern, die wir so wenig kennen“ (um Chamberlain zu paraphrasieren, als er den Vertrag mit Hitler unterzeichnete, in der Hoffnung, den Frieden zu retten), sondern inmitten der Europäischen Union stattfinden. Die jüngsten Entwicklungen innerhalb der EU und in Ländern wie Dänemark und Schweden, den früheren Vorreitern akademischer Freiheit und der Institutionalisierung von Geschlechterforschung, zeigen, dass akademische Freiheit keine Selbstverständlichkeit, sondern ein Verhandlungsraum ist. Wie aber kommt es, dass die verschiedenen Berufsorganisationen, Institutionen und die EU selbst so unvorbereitet waren im Hinblick auf diesen Paradigmenwechsel in der Wissensproduktion und -verbreitung?

Ich behaupte, dass genau das der Angriff auf die akademische Freiheit ist. Eine Art von „Schlafwandeln“, die wir auch in unserer Podcast-Serie des „Johannesburg Holocaust and Genocide Centre“ verhandeln: Vier Historiker_innen des Holocaust, darunter auch ich, diskutieren darüber, was wir aus der

4 Mehr dazu in Pető (2021).

Vergangenheit lernen können, um so Gemeinsamkeiten und Unterschiede hinsichtlich der Angriffe auf liberale Werte zu erkennen.⁵

Illiberalismus ist kein neues Phänomen: Die europäische Moderne hat immer mit Ausgrenzung, Kolonialismus und Othering gearbeitet. Dieses düstere Erbe ist nie verschwunden, aber progressive Akteur_innen haben seine Nicht-Sichtbarkeit als Abwesenheit gedeutet. Das Schlafwandeln wird nun durch die Poly-Krise brutal beendet, wobei alle Fehler und Folgen der Neoliberalisierung, einschließlich der Umwandlung der Universitäten in fließbandartige Wissenstransferunternehmen, ans Licht kommen. Als eine der möglichen Antworten auf die Poly-Krise kapern einige Gruppen den Staat und nutzen die von dessen Bürger_innen angesammelten Ressourcen des Staates für ihre eigenen Zwecke.

Das ist ein entscheidender Teil dieses Paradigmenwechsels: die neue Beziehung zum Staat. Der Glaube an den Staat und seine Institutionen ist unbestreitbar; aber die Länder, die die Neoliberalisierung durchlaufen haben, die die staatlichen Institutionen im Zeichen von Exzellenz und wirtschaftlicher Effizienz grundlegend geschwächt hat, haben einen Staat geschaffen, der stark für die Starken und schwach für die Schwachen ist, was bedeutet, dass der Staat entscheidet, wer die würdigen Bürger_innen sind und wem sie dienen.

Auch die Hochschulbildung hat sich in diesem Prozess gewandelt: Der Anteil der öffentlichen Hochschuleinrichtungen ging zurück. In Ungarn wurde die gesamte Hochschulbildung innerhalb von zwei Wochen (!) privatisiert, ein enormer Verlust an Autonomie und der Freiheit zu entscheiden, was und wie gelehrt werden soll. Die Geschichte der CEU, einer privaten Universität in Ungarn, die gezwungen war, nach Wien umzuziehen, also von einem EU-Mitgliedsland in ein anderes, hilft uns zu reflektieren, ob nur öffentliche Universitäten dem öffentlichen Wohl dienen können. Wenn der Staat von der Mafia gekapert wird und wie eine Mafiagruppe agiert, kann eine private Universität ein ‚Leuchtturm‘ der akademischen Freiheit sein. Das war der Grund, warum die CEU Ungarn verlassen musste.

Natürlich handelt es sich bei dem Prozess, von dem hier die Rede ist, nicht einfach um eine ‚Orbanisierung‘; es ist nur allzu leicht, strukturelle Veränderungen bzw. einen Paradigmenwechsel an einer (einzigsten) Person festzumachen, da dies dazu beiträgt, einen verstörenden Paradigmenwechsel zu normalisieren. Es ist sogar gefährlich, da die illiberale staatliche Vereinnahmung die gekaperte neoliberale Sprache der Exzellenz, der Wettbewerbsfähigkeit, der Wirksamkeit, des sozialen Outreach und der Indikatoren nutzt – ähnlich, wie wenn weibliche Regierende sich auf die Rechte von Frauen beziehen.

Dies führt zu einem weiteren Merkmal des Schlafwandels: dem Konzept des ‚illiberalen Pragmatismus‘, wonach ‚alles möglich‘ ist: Wenn ein

5 Siehe die Podcastreihe „Sleepwalking Through the Assault on Democracy“, produziert vom Johannesburg Holocaust & Genocide Centre. Abrufbar unter: <https://democracyinstitute.ceu.edu/sleepwalking-through-assault-democracy-podcasts>.

Argument nicht funktioniert, ist das kein Problem, dann wird einfach ein anderes angewandt, das vielleicht genau das Gegenteil des ersten ist. Der Inhalt ist nicht wirklich wichtig. Intellektuelle, Wissenschaftler_innen und fortschrittliche Politiker_innen verwenden viel Zeit und Energie darauf, ein Phänomen zu analysieren und zu verstehen, das unmöglich zu analysieren und zu verstehen ist. Und es ist diese unmögliche Aufgabe, die zur Erschöpfung und Depression der progressiven Kräfte wesentlich beiträgt.

2 Was können wir tun, wenn nichts getan werden kann – oder sollten wir uns mit dem Henker verbünden?

1935 schrieb Bert Brecht in seinem Werk „Schreiben der Wahrheit. Fünf Schwierigkeiten“ Folgendes: „Es gehört Mut dazu zu sagen, dass die Guten nicht besiegt wurden, weil sie gut waren, sondern weil sie schwach waren.“ In meiner akademischen Arbeit untersuche und analysiere ich die Frage: Warum sind wir heute so schwach, obwohl wir wissen, dass wir die Guten sind, eine Vision von einer besseren Gesellschaft haben und in der Lage sind „bessere Geschichten“ zu erzählen (Pető 2022a)?

Wir verlieren den Kampf um Hegemonie, und das ist nicht einfach ‚ein unglücklicher Zufall‘. Der jüngste Aufstieg des Illiberalismus und des Neofaschismus ist keine Naturkatastrophe, sondern hat Gründe und Ursachen. Und selbst Erdbeben kann man vorhersagen, wenn man aufmerksam genug ist. Bei Erdbeben halten einige gut gebaute Häuser dem Beben stand, während andere einstürzen.

Was geschehen ist und was mit verschiedenen Gender-Studies-Programmen weltweit geschehen wird, ist klar. Die illiberalen Taktiken sind: Einschränken (durch „Verbiegen“ und „Entschärfen“), Delegitimieren (durch „Verfälschen“), oder faktische Elimination (durch „Brechen“ und möglicherweise „De-Spezifizierung“) der Geschlechterstudien (Ergas et al. 2022).

In meiner Arbeit interessiere ich mich für den Grund unseres Schlafwandels, für unsere Ignoranz gegenüber den Ursachen und Gründen, die dazu führen, dass wir schwach werden. Und ich möchte auch verstehen, wie man dem Einhalt gebieten kann: wie man Gebäude errichten kann, in diesem Fall Räume für kritische Wissensproduktion, die Erdbeben standhalten. Wir können das Schlafwandeln nur beenden, wenn wir eine Kultur entwickeln, die aus der Bildung als einem Ort des Teilens der „besseren Geschichten“ kommt. „Education matters“ – denn wenn wir versagen, schlafwandeln wir in eine Situation hinein, wie wir sie im Fall von Russland erleben.

In den vergangenen Jahrzehnten gab es mehrere Warnzeichen in Bezug auf die russische Hochschulbildung, die ignoriert wurden, obwohl sie die Blaupause für die Transformation von Forschung und Bildung weltweit bildeten.

Im Jahr 2022 kam dann der Moment, an dem Bildung anscheinend nicht mehr ausreicht, sondern nur noch echte Waffen und das Opfern von Menschenleben das Böse aufhalten können. Bildung kann die Kultur, die wir brauchen, um das Schlafwandeln zu beenden, allerdings nur schaffen, wenn Akademiker_innen und Forschende in der Lage sind, die Wahrheit so zu sprechen, um hier noch einmal Brecht zu zitieren, dass sie auch gehört werden kann. Das gegenwärtige akademische Evaluierungssystem mit intransparenten Impact-Faktoren und manageriellen Lehrleistungen ermutigt uns nicht die Wahrheit zu sagen. Und vor allem nicht für ein breiteres Publikum. Dass viele fortschrittliche und kritische Denker_innen es versäumt haben, die Wahrheit so zu sagen, dass sie von vielen gehört und auch von vielen verstanden werden kann, hat zu der aktuellen Serie sich überlagernder Krisen beigetragen. Eine dieser Krisen besteht darin, dass die akademische Welt ein Kriegsgebiet geworden ist, mit den Gender Studies als erstem Schlachtfeld (Petó 2022b).

Was auch immer mit den Gender Studies geschieht, es wird die Zukunft der Hochschulbildung beeinflussen – und die Art und Weise, wie Wissen produziert, geteilt und bewertet wird. Ich widerspreche der Behauptung, dass es hoffnungslos sei, die Selbstzentriertheit der akademischen Welt zu ändern, aber in einem so feindlichen Umfeld ist dieses Ziel noch schwieriger zu erreichen.

Lassen Sie mich noch einmal Brecht zitieren: „Selbst die Henker sind ansprechbar, wenn die Bezahlung für das Hängen nicht mehr einläuft, oder die Gefahr zu groß wird.“ Sogar der Henker kann im richtigen historischen Moment rekrutiert werden – aber nur, wenn wir schlau genug sind, diesen historischen Moment zu erkennen und so vorzugehen, dass dies auch für den Henker attraktiv sein kann. Es reicht nicht mehr aus, einfach nur unsere Arbeit zu tun, wir müssen „listig“ sein, um wieder Brechts Adjektiv zu verwenden, denn der institutionelle Rahmen, dem wir blind vertraut haben, um die Werte zu schützen, die uns wichtig sind, schützt uns nicht mehr, sondern wird von illiberalen Kräften gekapert. Die neuen Kommunikationsmittel, die die Ideen der Freiheit verbreiten und für alle zugänglich sein sollten, schaffen verletzte, ausgebeutete und hasserfüllte Individuen, jene schamlosen Bürger_innen, die hinter diversen grausamen Ereignissen in der Geschichte der Menschheit stecken.

Die Diskussion über akademische Freiheit fällt oft in das ‚schwarze Loch‘, was andere bzw. andere Institutionen tun sollten, anstatt die Frage zu stellen, was wir als Wissenschaftler_innen, als Akademiker_innen in der Hochschulbildung tun können.

Die erste Strategie finden wir in dem Volksmärchen mit dem Titel „Das kluge Mädchen“, in dem der König das Mädchen auffordert ihn zu besuchen, und ihm ein Geschenk zu bringen und zugleich kein Geschenk zu bringen; sie soll bekleidet und zugleich unbekleidet kommen, andernfalls wird er sie hinrichten (lassen). In einen akademischen Kontext übersetzt: mitmachen und teilzunehmen, und zugleich nicht teilzunehmen, sich zu wehren und sich nicht zu wehren, getrieben vom Imperativ zu überleben. Die Zweideutigkeit der

Antworten bietet Raum zum Überleben und hilft die Konfrontation zu vermeiden, von der ‚das kluge Mädchen‘ weiß, dass sie sie gegen den viel mächtigeren Feind verlieren wird. Und wenn man ohnehin verlieren muss, ist schon allein das Überleben ein Erfolg.

Die zweite Strategie ist die Normalisierung dessen, was eigentlich nicht normal ist: Sagen, dass es ‚in Ordnung‘ ist, ‚das Positive‘ zu sehen, nicht zu politisieren, einfach die Konfrontation zu vermeiden. Normalisierung ist eine dem illiberalen Staat inhärente Strategie, die die Passivität der Individuen sichert.

Die dritte Strategie ist das Sich-Verstecken in einem akademischen Elfenbeinturm (der ‚objektiven Wissenschaft‘) und die Verwendung einer technokratischen akademischen Sprache, um alles zu vermeiden, was als politisch bezeichnet werden könnte. Da die progressiven Kräfte den hegemonialen Kampf um die Definition der Bedeutung von ‚Politik‘ verloren haben, ist die Diskussion, ob Wissenschaft politisch ist/sein kann/sein darf, eine nicht zu gewinnende Diskussion für progressive und kritische Forschungsgebiete. Die Behauptung, die Rückkehr zur objektiven Wissenschaft könne die kritischen Sozial- und Geisteswissenschaften retten, ist ein Fehler.

Die vierte Option ist die Schaffung alternativer Institutionen, die Politik der Trennung, die während des Kommunismus in Osteuropa sehr gut funktioniert hat. Havels Konzept der ‚Anti-Politik‘ schlug eine Nichtbeteiligung an der Politik vor – in einer Sphäre, in der ein übermächtiger Staat sowohl damals als auch heute die Ressourcen kontrolliert. Als Alternative wurde der Aufbau von alternativen, nicht-formalen Organisationen und Bewegungen vorgeschlagen, da die Informalität Überwachung und Kontrolle erschwert.

3 Wie kann die akademische Geschlechterforschung in einem illiberalen Vielvölkerstaat widerstehen?

Wenn der Staat gekapert ist und der illiberale Diskurs hegemonial wird, können bewährte Praktiken aus der Vergangenheit sehr nützlich sein. Die Arbeit von David J. McQuoid-Mason in Apartheid-Südafrika finde ich hier sehr inspirierend (McQuoid-Mason 2019). Er erfand das Konzept des ‚Straßenrechts‘ anstelle der Menschenrechte und baute so ein Bildungsnetzwerk auf, das zum Sturz des Apartheidregimes beitrug und auch zur Grundlage des neuen Südafrika wurde.

Im Vergleich zu Südafrika während der Apartheid weist der neue illiberale polypore Staat drei funktionale Merkmale auf: die Einrichtung von Parallelinstitutionen, einen spezifischen Familien- und Sicherheitsdiskurs, und all das vergeschlechtlicht. Politikbezogene Fragen werden hier als Sicherheitsfragen dargestellt. Und gemäß der entsprechenden Rhetorik wird eine wachsame

Regierung die Bedrohungen, die von EU, UNO, Migrant_innen, Fachleuten aus der Geschlechterforschung etc. ausgehen, besiegen ...

Der Sicherheitsdiskurs wirkt sich auch auf die Narrative in der Wissenschaftspolitik aus. Es ist quasi zur Routine geworden, Wissenschaftler_innen und Akademiker_innen als „Feinde der Nation“ zu bezeichnen und Wissenschaftler_innen persönlich einzuschüchtern, die mit der Regierungspolitik nicht einverstanden sind.⁶

In diesem Kontext – wenn Frauen nicht mehr als Staatsbürgerinnen angesehen werden, sondern nur noch im familialistischen Diskurs eine Rolle spielen – gibt es immer noch Möglichkeiten zum Widerstand. Sichtbare und nicht sichtbare Lehrende und Mitarbeitende tun die richtigen Dinge zur richtigen Zeit: Strategisch und „geschickt“ bauen sie Netzwerke und damit Widerstandsfähigkeit auf.

Während die illiberalen Kräfte die Institutionen erobern, liegt unsere Stärke in diesen unsichtbaren Netzwerken, dank derer der Widerstand von ganz unerwarteten Orten ausgehen kann. Hier sind einige Vorschläge:

- Stärken Sie Ihre Zunft: Treten Sie einer Berufsorganisation bei und stärken Sie Ihr berufliches Netzwerk. Das berufliche Netzwerk ist nicht Ihre Familie, Sie müssen nicht alle Mitglieder lieben und mit allen übereinstimmen, aber Sie sollten die basalen Grundsätze der Berufsethik teilen. Diese starken Werte sind bereits ein Schlag gegen den „illiberalen Pragmatismus“.
- Nutzen Sie Ihre akademische Autorität, um zu beeindrucken und Ihre Ziele zu erreichen. Die neuen illiberalen polyporen Institutionen hacken akademische Autorisierungssysteme, um die beruflichen Werte zu untergraben, und bauen gleichzeitig ihr paralleles Autorisierungssystem auf, um es im hegemonialen Kampf zu nutzen. Schrecken Sie nicht davor zurück, Ihre Titel und Qualifikationen zu verwenden, wenn Sie sich an öffentlichen Debatten beteiligen und ihre Stellungnahmen veröffentlichen.
- Überlegen Sie sorgfältig, wann und wie Sie sich an öffentlichen Diskussionen beteiligen, denn bei diesen Debatten geht es nicht um die Lösung von Problemen, sondern die Debatte als Genre wird selbst zur Verbreitung und Normalisierung sehr problematischer Ideen genutzt. Beteiligen Sie sich an Debatten über Gender Studies, aber NICHT in einem Rahmen von „für und gegen“, sondern mit Bezug auf konkrete Fragen, die aus der Geschlechterforschung stammen.

6 Siehe Dimitry Dubrowskis Blog zum Stand der russischen Hochschulbildung, <https://cisr.pro/en/projects/academic-freedom-in-russia-blog/>.

- Vermeiden Sie Fachsprache und Fachbegriffe im Englischen. Illiberale Wissenschaft gewinnt, weil sie populistische Methoden anwendet: Sie wendet sich an ein breites, nichtprofessionelles Publikum in einer populären, verständlichen Sprache. Versuchen Sie, dasselbe zu tun, um über sehr komplexe Themen in einer verständlichen Sprache zu sprechen.
- Die illiberale Übernahme ist auch eine Gegenrevolution des Rechts, die sich juristischer Methoden bedient, um einen alternativen Rechtsrahmen zu schaffen. Die besten Verbündeten sind Anwälte, denn sie wissen, dass ihre gesamte Glaubwürdigkeit auf dem Spiel steht, nicht nur eine einzelne konkrete Frage oder ein einzelnes konkretes Problem.
- Schließen Sie sich mit ein paar Influencer_innen zusammen, die Sie unterstützen und die Sie in den sozialen Medien unterstützen.
- Ihr Klassenzimmer und Ihr Hörsaal sind Ihr Raum. Nutzen Sie diesen strategisch, um die Forschungsagenda zu gestalten.
- Nutzen Sie bestehende Organisationen und ihre Ressourcen in Hochschule und Wissenschaft für Ihre Zwecke.
- Nutzen Sie bestehende Gesetze und Diskurse wie „Land X ist Vorreiter bei den Menschenrechten“ für Ihre Zwecke und als Drohung mit PR-Katastrophen.
- Illiberale Regime arbeiten mit Konflikten, zum einen weil Akademiker_innen nicht sehr kämpferisch sind und zum anderen, weil Debatten eine Möglichkeit sind, ihre Ideen zu verbreiten und zu normalisieren. Konflikte sind dann gut (in Bezug auf Debatten, Berichte, Denunziationen usw.), wenn Sie wissen, wie Sie diese als politische Chance nutzen können.
- Akzeptieren Sie, dass einige Ihrer Kolleg_innen nicht Ihre Verbündeten sind. Sie verfolgen vielleicht andere Ziele, sind kurzsichtig oder einfach müde und erschöpft. Stoßen Sie sie nicht vor den Kopf, aber halten Sie die Tür zu ihnen immer offen, indem Sie sie auf dem Laufenden halten.
- Seien Sie bereit, als ‚Landesverräter_in‘ gelistet zu werden und nutzen Sie soziale Medien für Ihre Zwecke (tweeten Sie z.B. unter #theOtherHungary, um ein Beispiel zu geben und eine Alternative aufzuzeigen).
- Seien Sie in den sozialen Medien präsent und achten Sie darauf, dass Sie sicher bleiben. Wenn Sie Drohungen erhalten, reagieren Sie schon auf die erste Drohung, indem Sie sofort die Polizei informieren und sie auffordern ihre Arbeit zu machen. Wenn sie das nicht tut, posten Sie darüber.

- Suchen Sie sich einen Kampf, den Sie zu Ihren Bedingungen gewinnen können; verschwenden Sie keine Energie darauf zu reagieren, denn so arbeiten Polyporstaaten mit scheinbar unerschöpflichen Ressourcen. Schweigen und Nichtstun können genauso mächtig sein wie auf die Straße zu gehen!

4 Fazit

Ich argumentiere in diesem Beitrag dafür, den Kampf gegen akademische Freiheit und Gender Studies und die Kontrolle darüber, was und wie gelehrt wird, als wesentlichen und konstitutiven Teil der illiberalen Wende zu verstehen. Dies ist keine vorübergehende Gegenreaktion, sondern eine grundlegend neue Entwicklung in der Wissenschaftspolitik illiberaler Regime. Sie kann nicht mit dem vagen Versprechen auf Erfolg durch Normalisierung oder als nur vorübergehende Gegenreaktion bekämpft werden. Wichtiger noch: Es gibt keine „guten alten Zeiten“ der Wissenschaftspolitik, zu denen man zurückkehren kann, weil die Neoliberalisierung der akademischen Landschaft die wissenschaftliche Wissensproduktion und -vermittlung bereits grundlegend verändert hat.

Überbürokratisierte neoliberale Universitäten und ihre Impact-Factor-getriebene Massenlehre im Fließbandstil sind Produkte einer vergangenen Epoche. Sie sind nicht mehr in der Lage Räume zu schaffen für verantwortungsvolle, kritische Denker_innen, und ihr Modus Operandi macht die gesamte kritische Wissensproduktion angreifbar (siehe Lynch/Ivancheva 2015).

Illiberale Wissenschaftspolitik hat langfristige Auswirkungen auf die akademische Autorität: Wenn der Staat die „Trollwissenschaft“ mit Steuergeldern unterstützt und alle seine Qualitätssicherungsinstitutionen auf Institutionen und Systemen akademischer Autorität basieren, wird die „Trollwissenschaft“ zur „echten Wissenschaft“. Darum geht es in der Tat beim Aufbau eines alternativen, parallelen Wissenschaftssystems. Dennoch sind die Impact-Faktoren und internationalen Fachzeitschriften auch Orte der beruflichen Solidarität und vielleicht die einzigen Instrumente, um illiberale Kräfte zu diskreditieren, zu marginalisieren und zu besiegen.

Zunächst müssen jedenfalls die Probleme und dann die Bedrohungen identifiziert werden, um Strategien und Taktiken für den Widerstand und den Aufbau einer neuen Hochschulbildung zu entwickeln, die auch den Anforderungen der Poly-Krise gerecht wird.

In naher Zukunft ist zu erwarten (wenn dies noch nicht geschehen ist), dass Lehrpläne kontrolliert werden, auf dem Campus kostenlose Apps beworben werden, um Lehrende auf dem Handy zu melden, und dass in Seminarräumen Videoüberwachungssysteme installiert werden.

Ein interessantes Beispiel für eine Anpassungsstrategie, die so genannte „Smart Girl“-Strategie, lässt sich bei denjenigen Gender Studies-Forschenden beobachten, die ihre Forschung nun unter dem Begriff „Familienforschung“ weiterführen. Neue Disziplinen wie die Familienforschung ersetzen die Geschlechterforschung – zunächst in Russland, dann in Ungarn und Polen – und zeigen damit die Auswirkung der polyporen Wissenschaftspolitik auf die Wissenschaft.

In unserer globalen Studie mit Ergas et al. (2022) konnten wir aufzeigen:

Obwohl von den staatlichen Behörden initiierte Repressionen zur Aussetzung der Programme führen können, bedeutet dies nicht das vollständige Ende der Geschlechterforschung – vielmehr kann das zu einem erneuten Interesse bei Studierenden und auch zu einer Dezentralisierung der neoliberalen Universität führen und sie damit der Öffentlichkeit zugänglicher machen – durch alternative Wissenszentren, die durch Widerstandsbewegungen geschaffen werden. Da die bestehenden Zentren für Gender Studies geschwächt oder ganz beseitigt wurden, zum Beispiel durch eine Politik der Brechung, Beugung und De-Spezifizierung, haben sich Wissenschaftler_innen an anderen Orten, einschließlich der Universitäten im Exil, und an informellen Akademien eingefunden, wo sie ihre Arbeit durch Netzwerke des wissenschaftlichen Austauschs verbreiten und diskutieren.

Dies wird ein langer Kampf – kein Sprint, sondern ein Marathonlauf, und um mit Dina Georgis abzuschließen: „[...] wenn es keine letzte Geschichte gibt, wenn die Geschichte nie endet, gibt es immer eine bessere Geschichte als die bessere Geschichte“ (Georgis 2013: 26).

Literatur

- Altınay, Ayşe Gül/Pető, Andrea (2022). Feminist+ solidarity as transformative politics. In: *European Journal of Women's Studies*, 29, 4, S. 477–488. <https://doi.org/10.1177/13505068221135504>.
- Georgis, Dina (2013). *Better stories*. Albany: State University of New York Press.
- Ergas, Yasmine/Kochkorova, Jazgul/Pető, Andrea/Trujillo, Natalia (2022). Disputing ‚Gender‘ in Academia: Illiberalism and the Politics of Knowledge. In: *Politics and Governance*, 10, 4, S. 121–131. Abrufbar unter <https://doi.org/10.17645/pag.v10i4.5529>.
- Grzebalska, Weronika/Pető, Andrea (2018). The gendered modus operandi of the illiberal transformation in Hungary and Poland. In: *Women's Studies International Forum*, 68, S. 164–172.
- Kováts, Gergely (2018): Trust and the governance of higher education: The introduction of chancellor system in Hungarian higher education. In Curaj, Adrian/Deca, Ligia/Pricopie, Remus (Hrsg.): *European higher education area: The impact of past and future policies*. Cham: Springer International Publishing, S. 651–669.

- Krastev, Ivan (2018). Eastern Europe's Illiberal Revolution. The Long Road to Democratic Decline. In: *Foreign Affairs*, 97, 3. Abrufbar unter <https://www.foreignaffairs.com/articles/hungary/2018-04-16/eastern-europes-illiberal-revolution>.
- McQuoid-Mason, David (2019). *Street Law and Public Legal Education: A collection of best practices from around the world in honor of Ed O'Brien*. Juta & Company Ltd.
- Ortner, Sherry (2016). Dark Anthropology and its Others. Theory since the eighties. In: *Journal of Ethnographic Theory*, 6, 1, S. 47–73.
- Pető, Andrea, (2020): Academic Freedom and Gender Studies: An Alliance Forged in Fire. In *Gender and Sexuality Journal*, 15, S. 9–24.
- Pető, Andrea (2021). The Illiberal Academic Authority: An Oxymoron? In: *Berichte für Wissenschaftsgeschichte*, 44, 4, S. 461–469. <https://doi.org/10.1002/bewi.202100013>.
- Pető, Andrea (2022a). Academic freedom, science and right-wing politics. In: Eslen Ziya, Hande/Giorgi, Alberta (Hrsg.): *Populism and Science in Europe*. Cham: Palgrave Macmillan, S. 285–293.
- Pető, Andrea (2022b). Academic Reproductive Rights as Battlefield in the New Cold War. A Historical Comparison of Illiberal Gender Politics Regarding Reproductive Rights in Hungary. In: Scheele, Alexandra/Roth, Julia/Winkel, Heidemarie (Hrsg.): *Global Contestations of Gender Rights*. Bielefeld: Bielefeld University Press, S. 227–247.

Autor*innenverzeichnis

Prof.in, Dr.in Meike Sophia Baader, Universität Hildesheim; Professorin für Allgemeine Erziehungswissenschaft. Forschungsschwerpunkte: Historische Bildungsforschung, Geschlechterforschung, Kindheitsgeschichte, Erziehung, Bildung und soziale Bewegungen, Bildungsgeschichte der DDR, Paradoxe Bildung und Gewaltgeschichte, Sexualisierte Gewalt in pädagogischen Kontexten.

Lucia Bruns, Erziehungswissenschaftlerin (MA), Alice-Salomon-Hochschule Berlin, Doktorandin und Lehrbeauftragte. Forschungsschwerpunkte: Promoviert zur Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen im Kontext der Entstehung des NSU in den 1990er Jahren.

Jennifer Degner-Mantoan (M.A.), Ruhr-Universität Bochum, Doktorand*in im Bereich der soziologischen Geschlechterforschung. Forschungsschwerpunkte: Antifeminismus, Geschlecht in der (extremen) Rechten, Diskursforschung, soziale Bewegungen.

Christopher Fritzsche, Philipps-Universität Marburg, Doktorand der Politikwissenschaft. Forschungsschwerpunkte: Geschlechter- und Rechtsextremismusforschung, Materialistische Hegemonietheorie, Kritische Sozialpsychologie.

Dr.in Judith Goetz, Post-Doc an der Universität Innsbruck; Rechtsextremismus-Expertin und Gender-Forscherin, Forschungsschwerpunkte: Antifeminismus, Rechtsextremismus, Politische Bildung, Geschlechts- und sexualitätsbezogene Ideologien der Ungleichheit.

Dr. Elija Horn, Humanistische Hochschule Berlin; wissenschaftlicher Mitarbeiter im Studiengang Humanistische Lebenskunde. Forschungsschwerpunkte: Historische Bildungsforschung und pädagogische Antidiskriminierungsarbeit.

Dr. Funda Hülagü, Universität Marburg; Wissenschaftliche Mitarbeiterin mit dem Schwerpunkt Politik und Geschlechterverhältnisse. Forschungsschwerpunkte: materialistisch-feministische Theorien, geschlechtsspezifische Gewalt, Familienpolitik sowie organisierter Antifeminismus.

Dr. Sieglinde Jornitz, DIPF|Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation, Erziehungswissenschaftlerin, Forschungsschwerpunkte:

Bildungsreformaßnahmen in Deutschland und international, Schulpädagogik, Bildanalysen.

Dr.in Z. Ece Kaya, Technische Universität Darmstadt; wiss. Mitarbeiterin im Projekt „Better Together!“. Forschungsschwerpunkte: Dt. Missions- und Kolonialpädagogik bis in die NS-Zeit, Pädagogik und Erziehungswissenschaft im NS, antisemitismus- und rassismuskritische Bildungspraxis in der Migrationsgesellschaft.

Dr. Klemens Ketelhut, senior researcher und Projektleitung des Projekts ForDisens beim BBZ Lebensart e.V. und Fellow researcher zum Themenfeld Konversionsbehandlungen bei Mosaik Deutschland e.V. Forschungsschwerpunkte: Konversionsbehandlungen, Religion im Kontext queerer Bildung, antiquere sowie antifeministische Bewegungen und Diskurse.

Dr.in Juliane Lang, Justus-Liebig-Universität Gießen, Projektleitung und Principal Investigator (PI) im Teilprojekt des Forschungsverbundes „GERDEA“ (Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlichen Geschlechterverhältnissen und der zeitgenössischen extremen Rechten. Dynamiken – Effekte – Ambivalenzen). Forschungsschwerpunkte: Rechtsextremismus und Geschlecht; Antifeminismus.

Prof.in Dr.in Esther Lehnert, Alice Salomon Hochschule Berlin, Professorin für Geschichte, Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit. Forschungsschwerpunkte: Sozialpädagogische Strategien gegen Rechtsextremismus, Gender und die extreme Rechte, Soziale Arbeit im Nationalsozialismus, Geschichte der Sozialen Arbeit.

Katja Lell, wissenschaftlich-künstlerische Mitarbeiterin Kunsthochschule für Medien Köln und freischaffende Filmvermittlerin, Filmemacherin sowie Doktorandin am Department Kunst und Musik der Universität zu Köln. Forschungsschwerpunkte: Ästhetische Filmbildung, feministische und queere Medien- und Filmwissenschaften, Blicktheorien, rassismuskritische Filmvermittlung.

Dr. Heike Mauer, Universität Duisburg-Essen; wissenschaftliche Mitarbeiterin der Koordinations- und Forschungsstelle des Netzwerks Frauen- und Geschlechterforschung NRW. Forschungsschwerpunkte: Gleichstellungsforschung, geschlechterbezogene Hochschulforschung, Antifeminismen.

Prof.in Dr.in Sarah Meyer, Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit und Diakonie. Stiftung Das Rauhe Haus, Hamburg; Professorin für Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Subjekt und Sozialisation. Forschungsschwerpunkte: normative Rahmungen von Kindheit, Familie, Erziehung und Geschlecht, diskursive Strategien und Subjektbildung.

Prof. Dr. Rajni Palriwala (retired) University of Delhi, Indien; Dehli School of Economics, professor of sociology. Research Focus: Gender relations, care and emotion, the welfare state and citizenship, kinship and marriage, women and work, migration, women's movements and feminist politics, and cross-cultural and comparative studies.

Dr.in Gwenaëlle Perrier, Universität Sorbonne-Paris Nord, Frankreich; ‚Maitresse de conférences‘ in Politikwissenschaft, mit dem Schwerpunkt Geschlechterforschung, Policy-Analyse, Institutionalisierung von Gender-Fragen und deutsch-französischer Vergleich.

Prof. Dr. habil. Andrea Pető DSc (1964) Professorin Lehrstuhl für Gender Studies an der Central European University in Wien, Research Affilierte des CEU Democracy Institute, Budapest, und Doktorin der Wissenschaften der Ungarischen Akademie der Wissenschaften. Forschungsschwerpunkte: Gender History und Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert.

Viktoria Rösch, M.A., Frankfurt University of Applied Sciences; Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Verbundprojekt *GERDEA* – Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlichen Geschlechterverhältnissen und der zeitgenössischen extremen Rechten. Dynamiken – Effekte – Ambivalenzen. Forschungsschwerpunkte: Rechtsextremismusforschung mit dem Fokus Geschlecht, Visuelle Soziologie, Kritische Medienforschung sowie Qualitative Methodologien und Methoden.

Burak Şengüler, Universität zu Köln, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Department Kunst und Musik; Kunst- und Theatervermittler, politischer Bildner in schulischen und außerschulischen Räumen. Schwerpunkte: Rassismus- und Diskriminierungskritik in Kunst und Bildung, Empowerment und künstlerische Praxis, Ästhetische Bildung in der Migrationsgesellschaft, Erinnerungsdiskurse und Memory Studies.

Prof. Dr. Julian Sehmer, HAWK Hildesheim/Holzminen/Göttingen. Professor für „Normative Rahmungen Sozialer Arbeit“. Forschungsschwerpunkte: Professions-/Professionalitätsverständnisse, Subjekt- und Adressierungspraktiken, soziale Normen & ethisch-normative Ordnungen, Rechte Dynamiken, Rechtsextremismus und Queerfeindlichkeit.

Prof.in Dr.in Johanna Sigl, Hochschule RheinMain, Professorin für politische Bildung und Soziale Arbeit. Forschungsschwerpunkte: Geschlechterreflektierende Rechtsextremismusforschung (Prävention und Intervention) sowie Forschung zur Aufarbeitung sexualisierter Gewalt.

Dr.in phil. Stephanie Simon, wissenschaftliche Mitarbeiterin (Post-Doc), Technische Universität Dortmund, Institut für Sozialpädagogik, Erwachsenenbildung und Pädagogik der Kindheit. Forschungsschwerpunkte: Rechte

Dynamiken im Kontext Erziehung und Bildung; Kindheitsforschung und Kindheitspädagogik; Armut und Soziale Ungleichheiten.

Thea Stolle, M.A. Erziehungswissenschaften, Europa-Universität Flensburg. Arbeitsbereiche: Deutsch als Fremdsprache, sowie politische Bildung (aktuell) mit den Schwerpunkten: Umweltgerechtigkeit, Gender und Klassismus.

Werner Thole, *1955, Prof. Dr. phil, von 2021 bis 2023 Hochschullehrer und aktuell wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Dortmund sowie seit 2024 Gastprofessor an der BTU Cottbus-Senftenberg, zuvor von 2000 bis 2021 an der Universität Kassel. Forschungsschwerpunkte: Kindheits-, Jugend- und Professionalisierungsforschung, Theorie und Praxis der Sozialpädagogik.

Herausgeber*innenverzeichnis

Vert-Prof.in Dr.in Denise Bergold-Caldwell, Europa-Universität Flensburg; Vertr.-Professorin für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Geschlechterforschung am Institut für Erziehungswissenschaften. Forschungsschwerpunkte: Geschlechter-, Post- und Dekoloniale Theorien, sowie kritische Subjekt- und Bildungstheorien.

Rebekka Blum (Promotion 12/2024 abgeschlossen), Philipps-Universität Marburg, Wissenschaftliche Mitarbeiter*in im Forschungsprojekt „RexWiHO - Rechtsextremismus in Wissenschaft und Hochschule“ am Fachbereich Geschichtsdidaktik. Forschungsschwerpunkte: Antifeminismus, Rechtsextremismus, Verschwörungserzählungen, Hochschulforschung.

Dr. Marina Dangelat, Europa-Universität Flensburg, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Geschlechterforschung am Institut für Erziehungswissenschaften. Forschungsschwerpunkte: Bildung und soziale Ungleichheit; empirische Bildungs- und Schulforschung, Professionalisierungsprozesse in der Lehrer:innenbildung.

Juno Grenz (Promotion 03/2025 abgeschlossen), Europa-Universität Flensburg, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Geschlechterforschung am Institut für Erziehungswissenschaften und im Forschungsprojekt „Gender 3.0 in der Schule“. Forschungsschwerpunkte: Antifeminismus, Rechtsextremismus, Queer Theory, Bildungs- und Subjektivierungstheorien, Diskursforschung.

Prof.in (i. R.) Dr.in Susanne Maurer, Universität Marburg, dort bis 2022 Professur für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik. Arbeitsgebiete: Gesellschafts- und Geschlechtergeschichte Sozialer Arbeit, Reflexive Historiographie und Kritische Theoriebildung, Feministische Erkenntniskritik, Entwicklungsdynamiken Sozialer Bewegungen und Bildungsprozesse in diesem Kontext.

Prof.in (i. R.) Dr.in Christine Thon, Europa-Universität Flensburg, dort bis 2025 Professur für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Geschlechterforschung am Institut für Erziehungswissenschaften. Forschungsschwerpunkte: Bildung und Geschlecht im Kontext gesellschaftlicher Ungleichheitsverhältnisse und Transformationsprozesse; Zusammenhänge von Pädagogik, Politik und Geschlecht; Qualitativ-rekonstruktive Forschungsmethoden, insbesondere Diskurs- und Biographieforschung.



Juno Grenz

Bildung in Zeiten von Antifeminismus

Eine bildungs- und
queertheoretische Diskursanalyse
der Debatte um
den ‚Bildungsplan 2015‘

2025 • ca. 500 Seiten • kart. • ca. 99,00 € (D) • 101,80 € (A)
ISBN 978-3-8474-3155-8 • eISBN 978-3-8474-1965-5 (Open Access)

Die Thematisierung von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt wird seit den 2010er Jahren zunehmend bekämpft. Vor dem Hintergrund einer queertheoretischen Reformulierung von Bildung widmet sich die Arbeit einer Diskursanalyse der Debatte um den ‚Bildungsplan 2015‘, die den Beginn der neuen antifeministischen Welle markiert.

Mit den gewonnenen Erkenntnissen setzt das Buch neue Maßstäbe an demokratieverpflichtete Reflexionen zu Bildung und Erziehung.

shop.budrich.de



Pädagogik und Geschlecht als Gegenstand politischer Kämpfe

(Extrem) Rechte, rassistische und antifeministische Mobilisierungen versuchen pädagogische und bildungspolitische Themen zu vereinnahmen und gesellschaftliche Anschlussfähigkeit herzustellen. Der Band befasst sich mit dieser Entwicklung, verdeutlicht positionierte Gegennarrative und analysiert, wie die „Neue Rechte“ emanzipatorische Pädagogik angreift, und eigene autoritäre Erziehungs- und Bildungskonzepte formuliert.

Die Herausgeberinnen:

Denise Bergold-Caldwell, Vertr.-Prof. für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Geschlechterforschung, Institut für Erziehungswissenschaft, Europa-Universität Flensburg

Rebekka Blum, Wissenschaftliche Mitarbeiter*in im Arbeitsbereich Geschichtsdidaktik, Fachbereich Geschichte und Kulturwissenschaften, Universität Marburg

Marina Dangelat, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Geschlechterforschung, Institut für Erziehungswissenschaften, Europa-Universität Flensburg

Juno Grenz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Geschlechterforschung, Institut für Erziehungswissenschaften, Europa-Universität Flensburg

Susanne Maurer, bis 2022 Professorin für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik an der Philipps-Universität Marburg

Christine Thon, bis 2025 Professorin für Erziehungswissenschaft mit Schwerpunkt Geschlechterforschung, Institut für Erziehungswissenschaften, Europa Universität Flensburg

ISBN 978-3-8474-3116-9



www.budrich.de